



24. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

KONGRESS KATALOG

2019



**Prävention &
Demokratieförderung
20./21. Mai 2019
Berlin**

SPIEL
NICHT BIS ZUR
GLÜCKSSPIEL
SUCHT

**WIE WEIT
GEHEN
SIE MIT?**

Wenn Glücksspielsucht

Familien und Freundschaften

belastet.

Informationen auf
www.check-dein-spiel.de
oder am Beratungstelefon, kostenfrei und anonym:
0800 137 27 00.

BZgA Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit.



© Estrel Berlin

EINLADUNG ZUM ABENDEMPFANG

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat lädt gemeinsam mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ alle registrierten Kongressteilnehmenden zum



Abendempfang am Montag, den 20. Mai 2019, um 18.00 Uhr, im Estrel Congress Center

sehr herzlich ein. Für Ihr leibliches Wohl ist natürlich gesorgt.

Bitte weisen Sie sich am Einlass mit dem Kongressnamensschild aus.



© Dorit Schülze

DAS www.taschengrammophon.de
TASCHENGRAMMOPHON





Kongresskatalog

Der Kongresskatalog des 24. Deutschen Präventionstages informiert über die Veranstalter und Partner des Kongresses, beinhaltet Zusammenfassungen zu den zentralen Kongressinhalten sowie eine vorläufige Liste der Teilnehmenden.

Für die Beschreibungen der Infostände, Vorträge, Projektspots etc. sind die jeweiligen Autoren bzw. die ausführenden Institutionen verantwortlich.

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover

Telefon: 0511-0511 367394-10

Fax: 0511-0511 367394-29

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Internet: www.praeventionstag.de

Redaktion, Satz und Layout

Tana Franke, Rolf Grimmer, Dr. Claudia Heinzelmänn,
Margo Krenz, Karla Marks, Dr. Malte Strathmeier

Druck

Steppat Druck, Laatzen

Hannover, Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
- Grußworte	6
- Partner	15
- Organisation	49
Plenen	
- Eröffnungsplenum	68
- Abendempfang	70
- Abschlussplenum	71
Vorträge	
- Forum „Demokratie leben!“	73
- Forum „Politische Bildung“	127
- Einzelvorträge deutsch	171
- Internationales Forum	329
- Projektsots	365
- PoD – Presentation on Demand	461
Ausstellung	
- Infostände	469
- Posterpräsentationen	649
- Sonderausstellungen	711
- Infomobile	727
Begleitveranstaltungen	731
Teilnehmer*innen	747
Referent*innen	825

Grußwort



Dr. Franziska Giffey

Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Liebe Teilnehmende des 24. Deutschen Präventionstages,

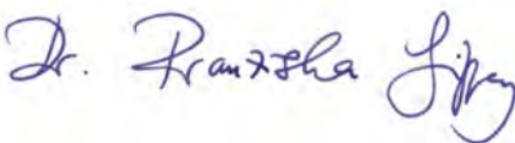
der Deutsche Präventionstag bringt Menschen, Themen und Debatten zusammen. Das Wort Prävention kommt oft als nächstes, als notwendige Ergänzung, wenn es um Sicherheit in Deutschland geht. Keine Sicherheit ohne Prävention! Wenn sich diese Sichtweise durchsetzt, ist das gut; denn tatsächlich ist Sicherheit mehr als das Handeln der Ordnungskräfte. Soziale Konflikte in unserer Gesellschaft erfordern andere Konzepte als Umerziehen, Verurteilen oder Wegsperrern. Wir brauchen Bildung, die schon früh ansetzt und nie aufhört – lebenslanges Lernen und Chancen für alle. Der Präventionstag bietet die Gelegenheit, die Chancen der Prävention deutlich zu machen. Zugleich ist Vorsicht geboten, wenn schnell und heftig gefordert wird, dass man einfach nur früher präventiv ansetzen müsse. Prävention hat auch Grenzen.

Bei diesem Präventionstag kommen zwei Themen zusammen: Prävention und Demokratieförderung. Prävention heißt: Da ist eine Gefahr. Wir müssen frühzeitig etwas tun, um uns davor zu schützen. Aber ein Fußballturnier mit Flüchtlingen, der Besuch von Schulklassen im Bundestag, die Beteiligung von Kindern in der Kita, das Engagement im Rettungsdienst, selbst ein Gedenkstättenbesuch sind zunächst einmal nicht Antworten auf Gefahren, sondern Engagement, das einen eigenen Wert hat. Es bedeutet den Engagierten etwas, es hilft anderen, es hält die Gesellschaft zusammen. Vieles davon ist nicht einmal bewusste Demokratieförderung. Es ist einfach etwas Richtiges, was Menschen tun, etwas, das Sinn hat und Sinn gibt. Und es belebt Demokratie.

Denn Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Sie braucht Menschen, die aktiv mitmachen, und Menschen, die Werte und Verfahren der Demokratie weitergeben. Angesichts von emotional aufgeladenen Debatten, falschen Nachrichten und Hass in den sozialen Netzwerken ist diese Aufgabe sicherlich nicht leichter geworden. Demokratieförderung heißt Aushandeln lernen, Konflikte gewaltfrei lösen, Kompromisse schließen, Lösungen finden, mit denen

alle leben können, und in manchen Fällen auch aushalten lernen, dass es nicht sofort eine Lösung gibt. Auf der persönlichen Ebene erfordert das, Abstand zu den eigenen Interessen einnehmen zu können, andere Perspektiven nachzuvollziehen, Vielfalt und Gleichwertigkeit anzuerkennen. All das ist Demokratieförderung und lässt sich aktiv gestalten. All das wirkt gleichzeitig auch präventiv. Wer erlebt hat, dass Vielfalt bereichern kann und dass man eigene Interessen in demokratische Entscheidungsprozesse einbringen kann, ist immun – oder zumindest besser gewappnet – gegen undemokratische oder extremistische Haltungen. Demokratieförderung ist also nicht mit Prävention gleichzusetzen. Aber demokratisches Handeln wirkt präventiv gegen Gewalt. Andersherum gilt: Prävention schützt Demokratie, und Demokratie ist auf diesen Schutz angewiesen.

Gerade in Berlin-Neukölln die Schirmherrschaft über den Deutschen Präventionstag innezuhaben, freut mich besonders. Es war hier, wo ich als Bürgermeisterin gelernt und betont habe: Man muss allen die Hand reichen. Niemand darf zurück bleiben. Es braucht Regeln für das Zusammenleben und klare Stopp-Signale, wenn Grenzen überschritten werden. Der Präventionstag mit seinem großen Angebot an Vorträgen, Foren und Projektspots aus den Feldern der Prävention, der Demokratieförderung, der politischen Bildung, der Jugendhilfe, sowie von Polizei und Justiz bietet die Möglichkeit, wichtige Fragen des Zusammenhalts unserer Gesellschaft zu besprechen. Den Organisatorinnen und Organisatoren gilt ebenso wie allen Teilnehmenden mein herzlicher Dank für Ihr Engagement. Ich wünsche Ihnen für die kommenden zwei Tage spannende Einblicke, neue Impulse und gute Gespräche.



Dr. Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Grußwort



Michael Müller

Regierender Bürgermeister
von Berlin

Zum zweiten Mal nach 2010 tagt der Deutsche Präventionstag in Berlin. Herzlich willkommen in der deutschen Hauptstadt!

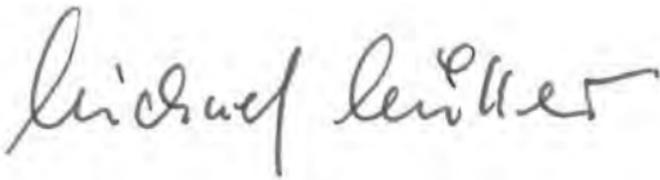
„Prävention und Demokratieförderung“: So lautet das Motto Ihrer Tagung. Dahinter steht die Vorstellung, dass sich Teilhabe und Gestaltung, Vielfalt und Toleranz aus den demokratischen Grundwerten ableiten und Demokratieförderung präventiv gegen Gewalt und Radikalisierung wirkt.

Viele Initiativen setzen sich in unserer Stadt genau dafür ein. Das Spektrum reicht vom Kiezmanagement über die Sozial- und Bildungsarbeit, das Wirken von Sportvereinen und Verbänden bis hin zur Präventionsarbeit von Polizei und Justiz, um nur einige wichtige Bereiche zu nennen.

Deshalb ist es sehr zu begrüßen, wenn Fachleute und engagierte Bürgerinnen und Bürger, Sozialarbeiter und Pädagogen, Angehörige der Polizei und Justiz sich gemeinsam mit vielen Initiativen zusammenfinden, um Erfahrungen auszutauschen und Perspektiven aufzuzeigen.

Ich wünsche dem 24. Deutschen Präventionstag in Berlin, dass er den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neue Erkenntnisse bringt, und dass sie anschließend gestärkt und ermutigt in ihren alltäglichen Einsatz für die Präventionsarbeit zurückkehren. In diesem Sinne

wünsche ich Ihnen eine anregende Konferenz und einen angenehmen Aufenthalt in Berlin sowie alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit!

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Müller". The signature is written in a cursive style with a prominent loop at the end of the last name.

Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin

Grußwort



Andreas Geisel

Senator für Inneres und Sport,
Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

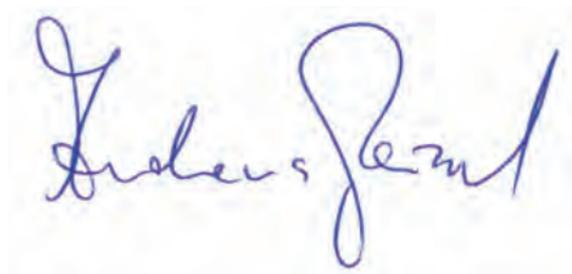
ich freue mich, dass der Deutsche Präventionstag in Berlin stattfindet und heiße Sie herzlich willkommen.

Als Senator in Berlin für Sicherheit zu sorgen, heißt einer enormen Vielfalt an Menschen und Lebenskonzepten zu begegnen, auf soziale Ungleichheiten zu reagieren, organisierte Kriminalität und terroristische Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen und einer sehr hohen Zahl von Veranstaltungen und Demonstrationen gerecht zu werden. Sicherheit in Berlin zu gewährleisten, ist daher auch immer ein Balanceakt zwischen den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen und der Bereitstellung hierfür notwendiger Rahmenbedingungen. Die Gewährleistung von Unversehrtheit darf die Freiheit des Einzelnen nicht gefährden, dafür steht Berlin.

Um den teilweise rasant wandelnden Bedingungen der Stadt gerecht zu werden, hat Berlin das Konzept der Urbanen Sicherheit entwickelt: Eine Ausrichtung der klassischen Sicherheitspolitik hin zu einer stärker kooperativen und für soziale Herausforderungen sensiblen Politik. Ich gehe davon aus, dass innere und soziale Sicherheit zusammen gehören. Neben dem Handeln der Sicherheitsinstitutionen sind dafür die Anerkennung kultureller Unterschiede sowie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit unabdingbar. Aber auch auf Verantwortung bedachtes Handeln jedes Einzelnen ebenso wie couragiertes Verhalten tragen zu einer sicheren Stadt bei. Neben Sicherheitskonzepten und individueller Verantwortlichkeit ist Prävention die Antwort auf Unsicherheit, Gewalt und Kriminalität.

Vor diesem Hintergrund ist es mir eine besondere Freude, dass im 25. Jahr des Bestehens der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Präventionsakteure aus ganz Deutschland

in Berlin zusammenkommen. Hier können sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen austauschen, sich vernetzen und neue Erkenntnisse in ihre zukünftige Arbeit einfließen lassen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Präventionstag und schöne Tage in Berlin.

A handwritten signature in blue ink, reading "Andreas Geisel". The signature is written in a cursive style with a large initial 'A' and a long, sweeping tail.

Andreas Geisel
Senator für Inneres und Sport

Grußwort



Aleksander Dzembitzki

Vorsitzender der Landeskommission
Berlin gegen Gewalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2019 ist für mich Grund und Anlass zu doppelter Freude. Zum einen sind der Deutsche Präventionstag und mit ihm ca. 3000 Präventionsakteure in der Stadt. Zum anderen feiert die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ihr 25-jähriges Bestehen.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist ein Kind der Wende, die Antwort auf eine ehemals geteilte Stadt. In keiner anderen deutschen Stadt prallten die unterschiedlichen Systeme so sehr aufeinander wie in Berlin. Um zu analysieren, wo und in welchen Bereichen Gewalt vorhanden und Gewaltprävention notwendig war, wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen und entsprechende Maßnahmen entwickelt. 1994 war, nach einer Zeit der Vorbereitung, die Geburtsstunde der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

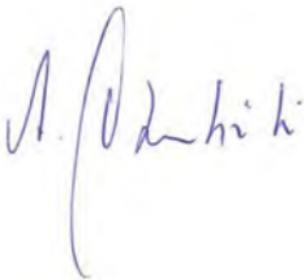
Was damals für Berlin galt, ist heute noch aktuell. Die Stadt ist einem permanenten, sowohl sichtbaren als auch unsichtbaren Wandel unterworfen. Diese Dynamik ist spannend, einerseits verheißt sie Leben und lockt Millionen Touristen an. Andererseits ist die Geschwindigkeit, mit der städtebauliche und soziale Veränderungen einhergehen, herausfordernd. Sowohl herausfordernd für die, die von den Veränderungen betroffen sind, aber auch für die verantwortlichen Präventionsakteure.

Mit dieser Dynamik Schritt zu halten, heißt, Entwicklungen früh zu erkennen, wissenschaftlich fundiert zu analysieren und betreffende Verantwortliche zu koordinieren. Das war und ist Ziel und Zweck der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

Diese deckt inhaltlich, entsprechend ihrer ressort- und institutionsübergreifenden Zusammensetzung, ein großes Themenspektrum ab. Auf aktuelle Entwicklungen reagierend, richtet sich 2019 unser besonderes Augenmerk vor allem auf die Gewaltprävention im Netz, auf die Urbane Sicherheit und damit verbundene Stärkung der kiezorientierten Gewaltprävention sowie die Prävention von Radikalisierung.

Das Programm des Deutschen Präventionstages ist – erfreulicherweise – enorm vielfältig und eng getaktet. Nichtsdestotrotz hoffe ich, dass Sie Zeit finden und wir Sie auf dem Berliner Platz begrüßen und inspirieren dürfen.

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewinnbringende Tage, die die Möglichkeit zur Vernetzung und viele Anregungen für Ihre Arbeit bieten.



Aleksander Dzembitzki
Staatssekretär für Sport
Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

DPT & Partner

Partner

	Seite
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	17
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)	19
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	20
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb	21
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	22
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)	23
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	24
Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)	25
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	26
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	27
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	28
European Forum for Urban Security (EFUS)	29
European Society for Prevention Research (EUSPR)	30
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	31
Initiative „Kein Raum für Missbrauch“	32
Korean Institute of Criminology (KIC)	33
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)	34
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	35
Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions	36

DPT & Partner

Partner

	Seite
Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)	37
Österreichischer Präventionskongress (Übersatz)	38
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	39
proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation	40
Radicalisation Awareness Network – RAN	41
Stiftung gegen Gewalt an Schulen / Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden	42
Stüllenberg Stiftung	43
UN-Habitat	44
United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)	45
Violence Prevention Alliance (VPA)	46
WEISSER RING e. V	47

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Familien darin zu unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können, ist das Ziel einer guten Familienpolitik. Dafür brauchen Familien vor allem Zeit für Kinder und Beruf, finanzielle Stabilität und eine gute Kinderbetreuung.

Für alle Familienformen gibt es finanzielle Leistungen wie das Kindergeld, den Kinderzuschlag oder den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende.

Damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt, fördert das Bundesfamilienministerium eine familienfreundliche Personalpolitik in Unternehmen, zum Beispiel mit dem Programm „Erfolgsfaktor Familie“.

Die frühe Förderung von Kindern leistet einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit. Darüber hinaus unterstützt eine gute Kinderbetreuung Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Bundesfamilienministerium setzt sich dafür ein, dass die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität beendet wird.

Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf gutes Aufwachsen und gleiche Chancen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status. Dieses Recht umzusetzen ist ein zentrales Anliegen des Bundesfamilienministeriums.

Kinder haben ein Recht auf Schutz vor körperlicher, sexueller und seelischer Gewalt. Im Kinder- und Jugendschutz geht es sowohl um Prävention als auch um Intervention.

Die Kinder- und Jugendhilfe soll modernisiert und weiterentwickelt werden. Dafür hat das Bundesfamilienministerium mit der Plattform „Mitreden – Mitgestalten“ einen Beteiligungs- und Dialogprozess gestartet.

Die Jugend ist ein prägender Lebensabschnitt. Das Bundesfamilienministerium nimmt Jugendliche ernst und unterstützt ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten.

Mit der Initiative JUGEND STÄRKEN setzt sich das Bundesfamilienministerium für Jugendliche mit schlechten Startchancen ein. Es unterstützt eine bessere soziale, schulische

und berufliche Integration junger Menschen auf lokaler Ebene.

Digitale Medien prägen den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Das Bundesfamilienministerium unterstützt ein gutes Aufwachsen mit Medien durch verschiedene Projekte.

Das Bundesfamilienministerium versteht sich als Partner der Zivilgesellschaft – auf Augenhöhe mit Millionen von freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Stiftungen. Deshalb unterstützt es die starke Engagementlandschaft in Deutschland.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der zentralen Herausforderungen, um das Leben in unserem Land zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Dafür müssen Frauen und Männer auf dem gesamten Lebensweg die gleichen Chancen erhalten – persönlich, beruflich und familiär.

Auch im hohen Alter selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben – das wünschen sich die meisten Menschen. Sie dabei zu unterstützen, ist zentrales Ziel der Seniorenpolitik.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz setzt sich für einen Rechtsrahmen ein, der viele Freiheiten lässt und zugleich einen verlässlichen Schutz in allen Lebensbereichen gewährleistet. Straftaten sollen gar nicht erst begangen werden. Aber die Furcht vor Straftaten darf auch nicht zu einer übermäßigen Beschneidung der Grundwerte unserer Gesellschaft führen, die neues Unrecht schafft. Diesen Leitlinien widmen wir unsere Arbeit.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz arbeitet auf dem Gebiet der Kriminalprävention eng mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (siehe Seite 27) zusammen und fördert durch regelmäßige Zuwendungen Projekte insbesondere zur Verbesserung des Wissenstransfers von Erkenntnissen aus der Forschung in die praktische Präventionsarbeit.

Durch die Finanzierung von beispielsweise Vernetzungsinitiativen auf den Handlungsebenen von Wissenschaft und Praxis, Entwicklung von Fortbildungskonzepten für die schulische Präventionsarbeit, Präventionsmodulen für den Themenbereich „interkulturelle Kompetenzen“ und Erstellung wissenschaftlicher Gutachten für den Jahreskongress des Deutschen Präventionstages, wird ein wichtiger Beitrag zur Evidenzbasierung der Präventionsarbeit geleistet.

Die Verhütung von Straftaten ist der beste Opferschutz – aber nicht immer können Straftaten verhindert werden. Um Opferschutz und Opferhilfe auch im Strafverfahren gerecht zu werden, brauchen wir eine rechtsstaatliche, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Strafrechtspflege. Mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21. Dezember 2015 wurden die Verpflichtungen aus der Opferschutzrichtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 umgesetzt und zudem die psychosoziale Prozessbegleitung im deutschen Strafverfahrensrecht verankert. Damit wurde der Schutzstandard für Opfer weiter erhöht. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz fördert durch regelmäßige Zuwendungen ebenfalls den DBH-Fachverband (siehe Seite 22), der durch Projekte im Bereich der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe auch einen wichtigen Beitrag zur Kriminalprävention leistet.

Dass sich Prävention, Opferschutz und Repression wirkungsvoll ergänzen – dafür setzen wir uns ein.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr.

Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um.

Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.liebesleben.de
www.sexualaufklaerung.de
www.drugcom.de
www.null-alkohol-voll-power.de
www.kenn-dein-limit.info
www.rauch-frei.info
www.gutdrauf.net
www.kinderstarkmachen.de
www.kindergesundheit-info.de
www.fruehehilfen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Maarweg 149-161, 50825 Köln
Tel: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)
Fax: 0221 – 89 92 300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Internet: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung/ bpb

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb unterstützt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger dabei, sich mit Politik zu befassen. Im Zentrum der Arbeit der bpb steht die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation. Aktuelle und historische Themen greift sie mit Veranstaltungen, Printprodukten, audiovisuellen und Online-Produkten auf. Das breit gefächerte Bildungsangebot der bpb soll Bürgerinnen und Bürger motivieren und befähigen, sich kritisch mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auseinander zu setzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Aus den Erfahrungen mit diktatorischen Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte erwächst für die Bundesrepublik Deutschland die besondere Verantwortung, Werte wie Demokratie, Pluralismus und Toleranz im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen.

Seit 2010 setzt die bpb auch das Bundesprogramm Zusammenhalt durch Teilhabe um, welches in ländlichen und strukturschwachen Gegenden Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus fördert. Ebenfalls in der bpb angesiedelt ist das Bündnis für Demokratie und Toleranz, dessen Ziel es ist, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz sichtbar zu machen und Bürgerinnen und Bürger zum Einsatz für die Demokratie zu ermutigen und anzuregen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bpb.de

Tipp für die Zielgruppe Polizei: Zwischen Konflikt und Konsens? Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog (www.bpb.de/polizei-zivilgesellschaft)

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (e.V.)

Der DBH-Fachverband ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein in Form eines bundesweiten und international aktiven Fachverbands für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik. Er wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gefördert. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit ca. 6.000 Mitgliedern aus Straffälligen- und Bewährungshilfe sowie aus Täter-Opfer-Ausgleich zusammengeschlossen. Er engagiert sich seit mehr als 67 Jahren bundesweit für eine soziale Strafrechtspflege und Kriminalpolitik. Der DBH-Fachverband ist Träger von Einrichtungen und Projekten aus der Bewährungs- und Straffälligenhilfe, des DBH-Bildungswerks, des Projektes LOTSE sowie des Servicebüros für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung.

Der DBH-Fachverband hat sich zum Ziel gesetzt,

- die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege sowie eine humanistisch geprägte Straffälligenhilfe zu fördern,
- an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität zu arbeiten,
- sich für Schadenswiedergutmachung und den Täter-Opfer-Ausgleich einzusetzen,
- die Wiedereingliederung von Strafgefangenen zu unterstützen und einen Beitrag zur Kriminalprävention zu leisten sowie
- in der Bevölkerung das Verständnis für eine soziale Strafrechtspflege und einen alternativen Umgang mit strafrechtlich relevanten Konflikten zu stärken.

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet seinen Mitgliedern eine Plattform zum aktiven Austausch kommunaler Alltagspraxis in Sicherheits- und Präventionsfragen und die unbürokratische Zusammenarbeit.

Der Austausch der Mitglieder, vertreten durch Bürgermeister/innen, Referatsleiter/innen im Rechts-, Ordnungs- und Sicherheitsbereich und Vorsitzende von Präventionsgremien in Deutschland und Europa, ist ein zentraler Aspekt des Städtenetzwerks. DEFUS unterstützt die Sicherheitsarbeit der Mitglieder mit einem maßgeschneiderten Serviceangebot. Zusätzlich stärkt DEFUS als Mitglied in wissenschaftlichen Forschungskonsortien den Wissenstransfer von der Praxis in die Wissenschaft und macht wissenschaftliche Erkenntnisse für die Praxis nutzbar.

DEFUS verschafft seinen Mitgliedern einen leichten Zugang zu europäischen Fördermitteln für präventive und sicherheitsrelevante Projekte in den Kommunen. Die Umsetzung der von der EU finanziell geförderten Projekte wird mit passgenauen Weiterbildungsangeboten und Austauschtreffen auf europäischer Ebene eng begleitet und ergänzt.

DEFUS ist der deutsche Zweig des Europäischen Netzwerkes Urbane Sicherheit (EFUS) mit Sitz in Paris und wurde während des 15. Deutschen Präventionstages am 10. Mai 2010 in Berlin gegründet. Bei EFUS sind 255 Städte und Gemeinden aus 16 europäischen Ländern Mitglied. Ziel von EFUS ist es, den europäischen Austausch der kommunalen Sicherheitsakteure zu fördern.

Inzwischen profitieren 17 deutsche Mitgliedsstädte bzw. -organisationen von dem europaweiten Netzwerk der ältesten Nichtregierungsorganisation im Bereich der urbanen Sicherheit. Die DEFUS-Geschäftsstelle befindet sich in Hannover und wird von Anna Rau als Geschäftsführerin geleitet.

Nähere Informationen zu DEFUS und zu aktuellen Projekten erhalten Sie an unserem Infostand sowie im Internet unter: www.defus.de

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Gemeinsam Veränderung bewirken

Als Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und internationalen Bildungsarbeit engagieren wir uns weltweit für eine lebenswerte Zukunft. Wir haben mehr als 50 Jahre Erfahrung in unterschiedlichsten Feldern, von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über Energie- und Umweltthemen bis hin zur Förderung von Frieden und Sicherheit. Das vielfältige Know-how des Bundesunternehmens GIZ wird rund um den Globus nachgefragt – von der deutschen Bundesregierung, Institutionen der Europäischen Union, den Vereinten Nationen, der Privatwirtschaft und Regierungen anderer Länder. Wir kooperieren mit Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Institutionen und tragen so zu einem erfolgreichen Zusammenspiel von Entwicklungspolitik und weiteren Politik- und Handlungsfeldern bei. Unser Hauptauftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Alle Auftraggeber und Kooperationspartner schenken der GIZ ihr Vertrauen, Ideen für politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen mit ihnen gemeinsam zu entwickeln, konkret zu planen und umzusetzen. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen stehen wir für deutsche und europäische Werte. Gemeinsam mit unseren Partnern in den nationalen Regierungen weltweit sowie mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft arbeiten wir flexibel an wirksamen Lösungen, die Menschen Perspektiven bieten und deren Lebensbedingungen dauerhaft verbessern.

Die GIZ hat ihren Sitz in Bonn und Eschborn. Unser Geschäftsvolumen betrug im Jahr 2017 rund 2,6 Milliarden Euro. Von den 19.506 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in rund 120 Ländern sind fast 70 Prozent als Nationales Personal vor Ort tätig. Als anerkannter Träger des Entwicklungsdienstes entsenden wir derzeit 590 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer. Darüber hinaus hat das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), eine Arbeitsgemeinschaft aus GIZ und der Bundesagentur für Arbeit, im Jahr 2017 385 Integrierte und 484 Rückkehrende Fachkräfte an lokale Arbeitgeber in den Einsatzländern vermittelt beziehungsweise finanziell oder durch Beratungs- und Serviceleistungen unterstützt. *

* Personal- und Geschäftszahlen: Stand 31.12.2017

Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)

Der Deutsche Familiengerichtstag wurde anlässlich der im Juli 1977 in Kraft getretenen grundlegenden Reformen des Eherechts gegründet. Richter, Rechtsanwälte, Psychologen, Sozialpädagogen und Angehörige weiterer mit Familien und dem Familienrecht befassten Professionen haben sich in diesem Verein zur interdisziplinären Zusammenarbeit verbunden. Ihr Ziel ist es, das komplexe Gebiet des Familienrechts fortzuentwickeln, seine Anwendung in der Praxis zu unterstützen und das Verständnis für dieses Rechtsgebiet zu fördern, mit dem die Betroffenen meist in existenziellen Lebenskrisen konfrontiert werden.

Teil dieser Aufgabe ist dabei die Gewaltprävention, da Gewalt in innerfamiliäre Beziehungen – sei es gegen den Partner, sei es gegen die Kinder – eine große Bedeutung hat und in vielfältiger Form die Familiengerichte beschäftigt. Dabei gilt es, allen Formen innerfamiliärer Gewalt rechtzeitig und effektiv entgegenzutreten. Dies kann nur durch ein schnelles Handeln der Gerichte im Zusammenwirken mit sozialpädagogischen Fachkräften, aber auch mit der Polizei, gelingen. Durch die gerichtliche Zuständigkeit für die Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz, für eine vorsorgende Intervention bei sozial auffälligen Jugendlichen und alle elterlichen Konflikte zum Sorge- und Umgangsrecht sind die Familiengerichte in vielfältiger Form auch präventiv tätig.

Über seine Arbeit informiert der Deutsche Familiengerichtstag auf seiner Homepage unter www.dfgt.de.

Der nächste Deutsche Familiengerichtstag findet in der Zeit vom 18. bis 21. September 2019 im Phantasialand in Brühl statt.

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen, fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisnahe Fragestellungen und setzt sich für eine rationale, an den Folgen orientierte Gestaltung des Jugendkriminalrechts ein.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Weiterbildung, Vernetzung und Erfahrungsaustausch. Alle drei Jahre richtet der Verband den Deutschen Jugendgerichtstag aus, die zentrale Tagung für alle mit Jugendkriminalrecht befassten Berufsgruppen.

Die DVJJ gibt die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), die einzige interdisziplinäre Fachzeitschrift zum Jugendstrafrecht und zur Arbeit mit straffällig gewordenen jungen Menschen, heraus. In der Reihe Arbeitshilfen für die Praxis und in der Schriftenreihe der DVJJ erscheinen Monografien und Sammelbände zu wichtigen Fragen der Jugenddelinquenz.

Weitere Informationen: www.dvjj.de

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und
Jugendgerichtshilfen e.V.

Lützerodestraße 9

30161 Hannover

Tel.: 0511 34836-40 | Fax 0511 3180660

info@dvjj.de

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention wurde 2001 als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ihr Ziel ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen und der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten.

Mit seinem gesamtgesellschaftlichen Ansatz will das DFK Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik sein. Es sieht seine Aufgabe darin, die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure und den Wissenstransfer von Forschung in die Praxis fördern.

Kernthemen der Stiftungsarbeit sind neben der Entwicklungsförderung und Gewaltprävention junger Menschen derzeit verstärkt auch die Prävention von Wohnungseinbruch und die Förderung von Maßnahmen zum Schutz und zur Integration geflüchteter Menschen.

In der organisatorisch beim DFK angebundene Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ wird Forschungswissen zu evidenzbasierter Präventionsarbeit praxistauglich aufbereitet.

Für die vielfältigen Handlungsfelder und -ebenen in der Präventionsarbeit stellt das DFK Informationsangebote auf der Website www.kriminalpraevention.de und mit der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ zur Verfügung. Das Webportal www.wegweiser-praevention.de weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden. Über die Arbeit des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention informiert die Homepage www.nzkrim.de.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o Bundesministerium des Innern,
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Tel. 0228-99681-3275
E-Mail: dfk@bmi.bund.de, www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung.

Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI. Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und der institutionellen Angebote verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Auf seiner Homepage www.dji.de informiert das Deutsche Jugendinstitut die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit über seine Aktivitäten und Forschungsergebnisse.

Kontakt:
www.dji.de

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von mehr als 250 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt, und für seine Expertise bei der EU, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt.

Heute hat Efus Mitglieder in 16 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Expertinnen und Experten Erfahrungen und Fachwissen austauschen, und die gemeinsam im Rahmen europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit. Es bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk von Städten und Experten ein, informiert zu aktuellen Entwicklungen, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken, bietet Seminare und europäische Projekte an, und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln. Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet deutschen EFUS-Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene.

Mehr Informationen zu EFUS erhalten Sie unter:

www.efus.eu.

Kontakt:

European Forum for Urban Security

10 rue des Montiboefus

75020 Paris

Frankreich

Email: contact@efus.eu

Telefon: +33 (1) 40 64 49 00

European Society for Prevention Research (EUSPR)

The European Society for Prevention Research (EUSPR) aims to advance the science base of environmental, universal, selective and indicated prevention aimed at improving human health and well-being and addressing health inequalities. Cornerstones of this advancement are: a cross-disciplinary networks of scientists, policy makers and practitioners, methodology development, promotion of higher education and career development in prevention and implementation research. Membership in EUSPR is open to qualified professionals who work in the field of prevention: all European and international researchers, professionals, practitioners, policy makers and students who share the Society's aims We also encourage membership from all countries, particularly those professionals who wish to develop collaborative links with European researchers. More information about the Society, including membership and our annual conference can be found at <http://euspr.org/> .

Ziel ist die Schaffung von fairen Chancen des Heranwachsenden für junge Menschen durch Staat und Gesellschaft unter Berücksichtigung der Idee der Glen Mills Schools u. aktueller sozialwissenschaftlicher, insbesondere kriminologischer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis über die Bedeutung der Bedingungen des Aufwachsens für eine gelungene Integration in die Gesellschaft.

Seit Gründung im Jahre 2000 fördert die GMAD e. V. *finanziell, rechtlich u. konzeptionell von den Glen Mills Schools, USA unabhängig* die Jugendarbeit auf überregionaler u. regionaler Ebene sowie soziale u. kommunalpol. Projekte, Fortbildungs-, Schulungs- u. präventive Interventionsprogramme, Vorträge, Seminare auf der Basis neuester Erkenntnisse zur Wirkung solcher Programme als auch die Entwicklung und Durchführung von individuellen Einzelinterventionen, insbesondere an den Schnittstellen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung u. Justiz. Die Vernetzung mit anderen Organisationen, insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung u. Ausbildung sowie die Zusammenarbeit mit örtlichen Präventionsgremien wird angestrebt.

Die Förderung der nationalen und internationalen Kooperation & Kommunikation im Sinne der Zielsetzungen, insbesondere im regen Austausch mit Wissenschaftlern, Praktikern, Organisationen u. Verbänden aus den USA, haben zu zahlreichen langjährigen internationalen Kontakten u. Netzwerken geführt.

Initiative „Kein Raum für Missbrauch“

Sexualisierte Gewalt gehört noch immer zum Grundrisiko einer Kindheit in Deutschland. Die Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung hat zum Ziel, dass alle Einrichtungen und Organisationen in Deutschland wie Schulen, Kindertagesstätten, Heime, Sportvereine, Kliniken, Kirchengemeinden ebenso wie Anbieter von Kinder- und Jugendreisen und Internetdiensten Schutzkonzepte zu Prävention und Intervention von Missbrauch einführen. Mit Schutzkonzepten sollen alle Räume, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, zu Orten und Erfahrungsräumen werden, an denen sie wirksam vor sexueller Gewalt geschützt sind und wo sie Hilfe erhalten, wenn sie anderswo – online oder offline – sexuelle Gewalt erfahren.

Informationen und kostenlose Materialien zum Bestellen sind auf der Website www.kein-raum-fuer-missbrauch.de zu finden. Mit dem besonderen Fokus auf Schulen wurde die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ entwickelt. Sie bietet Schulleitungen, Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal Materialien, die gemeinsam mit den Kultusbehörden der Länder und Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis erarbeitet wurden. (www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de)

„Schule gegen sexuelle Gewalt“ ist im September 2016 gestartet. Bis Anfang 2019 haben sich bereits 15 Länder der Initiative angeschlossen.

Um Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt besser vor sexueller Gewalt zu schützen, bietet das neue Portal www.wissen-hilft-schuetzen.de einen Überblick über existierende Präventionsmaterialien zur Medienpädagogik und Gewaltprävention. Es liefert außerdem Informationen zu Fortbildungsangeboten sowie zu Hilfe- und Beratungsangeboten.

Weitere Informationen und Hilfe unter:

www.beauftragter-missbrauch.de

www.kein-raum-fuer-missbrauch.de

www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de

www.wissen-hilft-schuetzen.de

www.hilfeportal-missbrauch.de

Hilfetelefon Sexueller Missbrauch: 0800-2255530

Hilfetelefon Forschung: 0800-4455530

Twitter: @ubskm_de

Korean Institute of Criminology (KIC)

Das KIC ist seit 1989 die staatliche Forschungseinrichtung in Korea, die in ihrer wissenschaftlichen Autonomie Forschungsprojekte betreibt, welche die Themenbereiche Kriminologie, Kriminalrecht und -praxis sowie Kriminalprävention umfassen. An den 6 Forschungsabteilungen arbeiten mehr als 60 qualifizierte ForscherInnen, die über vielfältiges Fachwissen verfügen, u.a. aus der Strafrechtswissenschaft, Kriminologie sowie Psychologie. Neben Forschungsprojekten sind sie an kriminalpolitischen Beratungen vielseitig beteiligt.

Das KIC hat inzwischen weit über 1.000 Forschungsberichte veröffentlicht und gibt vierteljährlich die Fachzeitschrift „The Korean Criminological Review“ heraus. 1998 hat das KIC gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie den 12. Weltkongress der Kriminologie veranstaltet. Zusammen mit der Asian Criminological Society war das KIC der Veranstalter des 4. Asienkongresses der Kriminologie 2012. Jeden Dezember findet das internationale KIC-Forum mit einem aktuellen kriminalpolitischen Thema statt.

Seit 2004 arbeitet das KIC als Mitgliedsinstitut mit der UN-PNI (Wien) zusammen. Im Rahmen des wissenschaftlichen Austauschabkommens arbeitet das KIC mit dem MPI für Strafrecht, der Kriminologischen Gesellschaft (KrimG) und dem BKA sowie dem DPT eng zusammen, wobei der DPT-KIC-Austausch inzwischen eine Tradition der Präventionspartnerschaft bildet.

Kontakt:

Korean Institute of Criminology (KIC)

114 Taebong-no, Seocho-gu,
06764, Seoul / Korea

Email: secretariat@kic.re.kr

Website: <https://eng.kic.re.kr/>

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen wurde 1979 mit der Zweckbestimmung „praxisorientierter Forschung“ gegründet. Zunächst war der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit die Untersuchung von Behandlungsmaßnahmen des Strafvollzuges und der Bewährungshilfe. Bereits Anfang der 1980er Jahre wurde jedoch ein weiter gefasstes Forschungskonzept mit den Forschungsschwerpunkten „Täter“, „Opfer“ und „Institutionen“ entwickelt und umgesetzt. Neben der Genese von Kriminalität und ihrer Behandlung werden sowohl opferbezogene Fragestellungen als auch die Arbeit der verschiedenen Instanzen sozialer Kontrolle und Rechtspflege (Polizei, Justiz, Sozialarbeit, Strafvollzug) in den Blick genommen. Zudem werden neben den eher anwendungsorientierten Forschungsfragen auch theoriegeleitete und modellbildende Untersuchungen verfolgt. Seit den frühen 2000er Jahren werden vom KFN zunehmend auch Fragen des präventiven Umgangs mit Kriminalität und sozialschädlichem Verhalten in den Fokus genommen.

Für die Bearbeitung der wissenschaftlichen Forschungsfelder ist die interdisziplinäre Ausrichtung und Zusammensetzung des Instituts von zentraler Bedeutung. Dabei stehen die Disziplinen Psychologie, Soziologie und Rechtswissenschaft zwar im Vordergrund, je nach Fragestellung, Zugang und Verwendung der Forschung ergänzen aber auch Forscher aus den Kultur-, Gesundheits-, Kommunikations- und anderen Wissenschaften das Team des KFN.

Es ist nicht alleinige Aufgabe des Instituts, wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen und die Forschungsergebnisse anschließend in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, Monographien und Buchreihen zu publizieren. Zu den zentralen Aufgaben des Instituts gehört es auch, für den Transfer der kriminologischen Forschungsergebnisse in die Praxis Sorge zu tragen und sich mit den Erkenntnissen der kriminologischen Forschung aktiv an der Diskussion der einschlägigen Themen in Medien, Öffentlichkeit und Politik zu beteiligen. Schließlich bringt das KFN seine Expertise an den benachbarten Universitäten und Hochschulen in die Lehre ein und es eröffnet vielen Studierenden die Möglichkeit, als Praktikanten oder wissenschaftliche Hilfskraft forschungspraktische Erfahrungen zu sammeln.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kfn.de

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Berlin feiert 25 Jahre Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Damit verfügt Berlin über ein Gremium, das ein Ohr am Puls der Stadt hat, das Faktoren zur Entstehung von Gewalt identifiziert, das Gewaltentwicklungen analysiert und maßgeschneiderte Lösungen entwirft.

Wir vernetzen Wissenschaft, Politik sowie unterschiedliche Praxisfelder und fördern den Austausch und die Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsakteurinnen und -akteuren. Unser erklärtes Ziel ist die Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt. Mit Konzepten, Programmen und Projekten zur Urbanen Sicherheit, zum Opferschutz und zum politischen und religiös begründetem Extremismus werden unterschiedliche Individuen, Institutionen und Sozialräume gestärkt. In enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention liefern wir Zahlen und Informationsmaterial sowie Evaluationen zu gewaltpräventiven Projekten in den unterschiedlichen Präventionsbereichen.

Im 25. Jahr der Landeskommission Berlin gegen Gewalt laden wir alle interessierten Gäste des DPT auf den „Berliner Platz“ ein. Dort wollen wir und unsere Berliner Kooperationspartner Sie informieren und inspirieren.

Kommen Sie vorbei, wir freuen uns auf Sie!

Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

Das Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. betreut für die deutschen Lions Clubs Hilfsprojekte in der ganzen Welt und informiert, berät und unterstützt beim Lions-Jugendaustausch (Lions Youth Exchange) und bei Lions-Quest. Das Hilfswerk der Deutschen Lions e. V. engagiert sich nachhaltig für eine bessere Welt, indem es sich gemäß der Ziele und ethischen Grundsätze der Lions für Völkerverständigung und Chancengleichheit einsetzt.

Lions-Quest und der internationale Lions Youth Exchange bilden gemeinsam mit Kindergarten plus und dem Grundschulprogramm Klasse2000 unter dem Schirm „Stark fürs Leben“ eine einzigartige Präventionskette der deutschen Lions.

Lions-Quest ist das Lebenskompetenzprogramm für junge Menschen. Das Fortbildungsprogramm für Lehrer/innen und verwandte Berufsgruppen besteht aus den drei Seminaren „Erwachsen werden“, „Erwachsen handeln“ und „Zukunft in Vielfalt“ mit dem Ziel der nachhaltigen Lebenskompetenzförderung junger Menschen von 10 bis 21 Jahren. In mehrtägigen Seminaren erlernen die Teilnehmer/innen dazu praxisnahe Methoden und vielfältige Werkzeuge zur unmittelbaren Umsetzung im Schulalltag.

Als Präventionsprogramm wirkt sich Lions-Quest positiv auf das Klassenklima und die Lernatmosphäre aus und erweitert den Handlungsspielraum und das Rollenverständnis bei Lehrerinnen und Lehrern. Lions-Quest „Erwachsen werden“ stärkt die Gesundheit und Resilienz bei Kindern und Jugendlichen von 10 bis 14 Jahren. Lions-Quest „Erwachsen handeln“ fördert die Selbstwahrnehmung und das Demokratieverständnis bei 15 bis 21-Jährigen und erleichtert den Übergang von Schule zum Beruf. Das Seminar zu Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ befähigt die Teilnehmer/innen Prozesse in kulturell heterogenen Gruppen zu begleiten und zu steuern. Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ erweitert bei Jugendlichen von 10 bis 21 Jahren, egal welcher Herkunft, interkulturelle Kompetenzen.

Sie haben Fragen? Wir sind gerne für Sie da:

www.lions-quest.de

info@lions-quest.de

Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

Das Nationale Zentrum für Kriminalprävention (NZK) ist eine vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat finanzierte kriminologische Arbeitsstelle zur Unterstützung der evidenzorientierten Kriminalprävention in Deutschland. Es wurde Anfang 2016 auf Empfehlung der Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit“ im Expertendialog der Bundeskanzlerin gegründet und befindet sich in der Aufbauphase. Organisatorisch und räumlich ist es an das Deutsche Forum Kriminalprävention (DFK) angegliedert. Dem interdisziplinären Team des NZK stehen ein Fachbeirat und eine Steuerungsgruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur Seite.

Als eine Einrichtung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik & Praxis hat es die Aufgabe Wissen über die Wirkung kriminalpräventiver Maßnahmen zu generieren, zu bündeln und adressatengerecht zu verbreiten. Zu diesem Zweck erstellen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen systematische Übersichtsarbeiten zu ausgewählten Themen der Kriminalprävention und führen in Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen und Präventionsakteuren empirische Evaluationsstudien durch.

Die verschiedenen Projektbereiche des NZK umfassen die Präventionsfelder politisch und religiöse Radikalisierung, Sexualdelinquenz, Gewalt im Fußball und jugendliche Mehrfachtäter.

Weitere Informationen und Veröffentlichungen finden sie unter www.nzkrim.de

Österreichischer Präventionskongress

Digitale Versklavung?!

Generationen zwischen Euphorie und Abhängigkeit!

Der Österreichische Präventionskongress 2019 (www.praeventionskongress.at).

Die digitalen Entwicklungen verändern rasant unsere Lebens- und Umwelt. Diese Veränderungsprozesse verantwortlich mitzugestalten, wird zukünftig eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen sein.

Auch wenn nicht abschätzbar ist, wie sich die Welt im Zuge der Digitalisierung verändern wird, ist es eine der vordringlichsten Aufgaben, UNS auf UNSERE Zukunft vorzubereiten.

Selbstbestimmtes Handeln sowie die kompetente Nutzung zukünftiger weiterer Digitalisierung – aktuell z.B. Smartphone, Internet, Soziale Medien – bedeutet, ständig die Zugänge und das Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen, notwendigerweise die Erziehungsstile der Eltern und das pädagogische Instrumentarium von KindergärtnerInnen, PädagogInnen, von Jugend- und SozialarbeiterInnen usw., für die verschiedenen Altersstufen anzupassen und weiterzuentwickeln.

Was über all diesen Entwicklungen steht, ist die Frage, über welche „Digitale Kompetenzen“ die Gesellschaft zukünftig verfügen muss, um im Alltag, im Kindergarten und Schule, in der Freizeit, in der Gesellschaft und im Beruf mithalten zu können, ohne Verlust von Empathie, von Kreativität, von Sensibilität, von Dialogbereitschaft; von menschlichen Grundbedürfnissen!

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb verfolgt das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsakteure über aktuelle Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung von kriminalpräventiven Maßnahmen und Konzepten sowie die Herausgabe von Medien, die allen Präventionsakteuren kostenlos zur Verfügung stehen und die sie in ihrer praktischen Präventionsarbeit vor Ort unterstützen.

Im Fokus der länderübergreifend entwickelten und finanzierten Präventionsprojekte stehen Themen wie u.a. Gewalt, Drogen oder Diebstahl. Die Präventionsbotschaften und -medien richten sich an unterschiedlichste Zielgruppen wie Eltern, Lehrkräfte, Gewerbetreibende oder auch Journalisten. Aktuelle Handlungsfelder sind die Prävention von politisch motivierter Kriminalität, Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien sowie das Thema Zivilcourage. Unter www.aktion-tu-was wird dieses Thema in neuer Erscheinungsform präsentiert. Des Weiteren gibt es mit den „Zivilen Helden“ unter www.zivile-helden.de ein gänzlich neues Format zum Thema Zivilcourage.

Weitere Informationen zur polizeilichen Prävention finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de

proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse – Beratung – Evaluation

proVal entwickelt in enger Kooperation mit Experten aus Wissenschaft und Praxis professionelle Lösungen für die Optimierung und Evaluation von Programmen und Projekten, die Verbesserung von Arbeits- und Kooperationsbeziehungen und die Erschließung neuer Wissensgebiete.

Unsere vielfältigen Analyse- und Beratungsansätze schaffen eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung Ihrer Programme, Projekte und Einzelmaßnahmen.

- Unsere Zielworkshops helfen Ihnen bei der Festlegung realistischer Ziele und Maßnahmen.
- Unsere wirkungszentrierte Evaluation bietet die Gewähr für effektive Programme und Projekte.
- Unsere innovativen Netzwerkanalysen unterstützen Sie bei der Optimierung von Kooperationsstrukturen und Informationsflüssen.
- Anwendungsorientiertes Wissen und neue Handlungsansätze erarbeiten wir in enger Kooperation mit Universitäten, Fachhochschulen und Projektträgern

Unsere Auftraggeber sind u.a.:

- Bundesministerium des Inneren
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Deutsche Bahn AG
- Deutscher Kinderschutzbund e.V.
- Innenministerium Baden-Württemberg
- Jugendförderung der Stadt Braunschweig
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landesstelle Jugendschutz
- Medizinische Hochschule Hannover
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen
- Sächsisches Staatsministerium des Innern
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- Universität Bielefeld

Für weitere Informationen stehen Ihnen Dr. Olaf Lobermeier und PD Dr. Rainer Strobl jederzeit gern zur Verfügung.
www.proval-services.net

Radicalisation Awareness Network – (RAN)

The Radicalisation Awareness Network (RAN) connects first line practitioners around Europe working daily with those vulnerable to radicalisation, as well as those who have already been radicalised. As teachers, social workers, community police officers, etc. they are engaged in preventing and countering radicalisation and violent extremism in all its forms, or in reintegrating violent extremists.

Since it was founded in 2011 by the European Commission, RAN has attracted over 3000 professionals. First-line practitioners gather in 10 Working Groups focusing on different issues: Communication and Narratives, Education, EXIT, Youth Families and Communities, Local Authorities, Prison and Probation, Police and Law Enforcement, Remembrance of Victims of Terrorism, Health and Social Care and Young.

The RAN Centre of Excellence (CoE) acts as a hub for connecting, developing and disseminating expertise. It supports and coordinates RAN, and fosters an inclusive dialogue between practitioners, policy makers and academics. The CoE develops knowledge, and supports both the European Commission – which funds RAN – and the EU Member States. Trainings, workshops and counselling are provided.

The RAN Collection provides insights into the network's expertise and experiences. It presents approaches to preventing and countering radicalisation leading to violent extremism. Responding to the needs of policy-makers and national authorities, the RAN CoE consolidates expertise in accessible Policy and Issue Papers. This documents and more information on RAN can be found on: ec.europa.eu/ran.

Stiftung gegen Gewalt an Schulen / Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde nach dem Amoklauf im März 2009 gegründet und im November desselben Jahres in die Stiftung gegen Gewalt an Schulen überführt.

Ziel der Stiftung ist es, den Ursachen und der Entwicklung von Gewalt im schulischen Raum präventiv zu begegnen, Früherkennung möglicher exzessiver Gewaltereignisse zu unterstützen und politische Entscheidungsträger im Bereich der Sicherung privaten Waffenbesitzes zu beraten.

- Primärer Tätigkeitsbereich der Stiftung ist die Prävention gewalthaltigen Verhaltens junger Menschen im schulischen Bereich. Hierzu bietet die Stiftung eigene Programme, Workshops und Schulungen für alle am schulischen Leben Beteiligten an. Zur Gewährleistung der Qualität der Präventionsprogramme kooperiert die Stiftung mit erfahrenen Partnern in diesem Bereich.
- Zur Unterstützung der Früherkennung möglicher Gewalttaten bietet die Stiftung in Kooperation mit dem Kriminologischen Lehrstuhl der Justus-Liebig-Universität, Gießen, ein Beratungsnetzwerk Amokprävention an.
- Im Bereich der Medienberichterstattung bei Großschadensereignissen arbeitet die Stiftung mit der Deutschen Journalistenschule, dem Netzwerk Recherche und dem Dart Center zu Themen des angemessenen sensiblen Umgangs mit traumatisierten Gesprächspartnern zusammen.
- Neben der Beratung politischer Gremien zu Fragen der Sicherung privaten Waffenbesitzes arbeitet die Stiftung regional mit Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe in Fällen von Bedrohungen im schulischen Kontext zusammen.

Weitere Informationen:

www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de

info@stiftung-gegen-gewalt.de

Stüllenberg Stiftung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 fördert und fordert die Stiftung anwendungsorientierte Forschung sowie deren Evaluation zur Reduzierung/Vermeidung von Kriminalität. Neben Entwicklung, Durchführung und Implementierung einer Vielzahl (auch eigener) Forschungsprojekte hat die Stiftung 2001 eine deutschlandweite Qualifizierungsoffensive für Mitglieder kriminalpräventiver Gremien aufgelegt, in Folge wurde der jährlich mit 50.000 € dotierte Deutsche Förderpreis Kriminalprävention ausgelobt.

Das ursprünglich auf 10 Jahre angelegte Programm wurde 2016 eingestellt. Fortgeführt wird bis heute auf Wunsch der ehemaligen Preisträger jedoch das Symposium der Preisträger „Deutscher Förderpreis Kriminalprävention“.

Dieses Symposium hatte 2017 in Münster zwei zentrale Fragestellungen formuliert – einerseits zur politischen Grundhaltung, andererseits zur nachhaltigen Finanzierung von Projekten und Programmen in der Kriminalprävention.

Die Stiftung hat daraufhin in enger Zusammenarbeit mit dem LPR Nds. die Planung und Durchführung eines offenen „Zukunftstag Kriminalprävention“ übernommen.

Die interaktive Tagesveranstaltung mit hochkarätigen Referenten findet am 17. September 2019 an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster/Hiltrup statt und widmet sich der Bearbeitung und Beantwortung der beiden Fragestellungen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der aktuellen Ausgabe (2/2019) „forum kriminalprävention“, der Webseite www.stuelenberg-stiftung.de oder fragen formlos per Mail an: zukunftstag@stuelenberg-stiftung.de

UN-Habitat

The United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat) has developed a unique position supporting urban development and the planning and building of a better urban future for next generations. This key process supports economic growth and social development, and reduces poverty and inequalities. UN-HABITAT established the Safer Cities Programme (SCP) in response to this predicament, to empower local authorities and other stakeholders in delivering urban safety and security, mainly in low- and middle-income countries. SCP aims to strengthen the capacity of local authorities to use good governance, appropriate urban planning and management, and reduction of acute vulnerabilities to diminish the incidence and impact of violence. The Safer Cities approach embraces a holistic and integrative solution to urban safety and security challenges, equipping and empowering cities to adopt strategies and action plans underpinned by inclusive partnerships that contribute to broad and equitable enjoyment of the urban advantage. Over the past 20 years, the programme has implemented effective urban safety and security programmes in over 80 cities and towns worldwide.

Following the adoption of the New Urban Agenda at the Habitat III Summit in Quito in October 2016, UN Habitat is assigned as the UN focal agency for its implementation that will include the elaboration of UN systemwide Guidelines on Safer Cities.

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC)

UNODC is the lead United Nations entity to assist Member States in addressing the threat posed by drugs, crime and terrorism. Headquartered in Vienna, Austria, UNODC has a network of more than 50 field offices around the world, covering over 150 countries. The Office facilitates the ratification and implementation of the relevant United Nations conventions, as well as the application of the United Nations standards and norms in crime prevention and criminal justice through a range of actions, including: generating, analysing and exchanging comparative data on transnational threats; promoting cross-border cooperation; ensuring access to technical expertise, global knowledge products and best international practices to prevent and fight crime; and promoting criminal justice reform, law enforcement, drug demand reduction, and HIV and AIDS prevention.

The prevention of crime lies at the heart of the work of the Office, which is the custodian of the *United Nations Convention against Transnational Organized Crime*, the *United Nations Convention against Corruption*, as well as standards and norms, including the Guidelines for the Prevention of Crime and the *Guidelines for Cooperation and Technical Assistance in the Field of Urban Crime Prevention*. Recognizing the multiple causes of crime, UNODC promotes strategies and programmes which are multi-sectoral and evidence-based, and which favour a participatory approach. UNODC actively contributes to international and national efforts to prevent and control crime, and assists requesting States with enhancing the capacity of key crime prevention actors and systems to operate more effectively, with particular attention to vulnerable groups.

www.unodc.org

Violence Prevention Alliance (VPA)

The Violence Prevention Alliance (VPA), which is led by the World Health Organization, is a network of governmental organizations, international agencies, nongovernmental organizations, and research institutions working to prevent violence.

VPA participants are committed to an evidence-based public health approach that targets the risk factors leading to violence and promotes multi-sectoral cooperation. The VPA aims to contribute to the implementation of the violence-related sustainable development goals, in particular targets 16.1, 16.2 and 5.2 and concentrates primarily on interpersonal violence – including child maltreatment, youth violence, intimate partner and sexual violence, and elder abuse.

The VPA was officially launched in January 2004 at the first Milestones in a Global Campaign for Violence Prevention meeting. Since then the VPA has grown from a dozen participants to over 70 today and includes participants such as the US Centers for Disease Control and Prevention, the United Nations Development Programme (UNDP), the United Nations Children's Fund (UNICEF), the United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), the World Bank, the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, and the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

The VPA provides an opportunity for various types of organizations (governmental, non-governmental, research, and private) from all sectors (health, justice, education) with an international reach to unite around a shared vision and approach to violence prevention that works both to address the root causes of violence and to improve services for victims.

WEISSER RING e. V.

Kriminalprävention ist eine der zentralen Aufgaben des WEISSEN RINGS, der seit 40 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark.

Der WEISSE RING hat über 100.000 Förderer. Mehr als 3.000 ehrenamtliche, professionell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit mehr als 400 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden, begleiten bei Gängen zur Polizei oder zu Gerichten und vermitteln materielle Hilfen.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Denn Kriminalprävention ist der beste Opferschutz!

Durch die Erfahrungen aus der Opferhilfe kann der WEISSE RING wie keine andere Organisation die Interessen der Opfer und den Opferschutz in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Kriminalprävention einbringen. Der WEISSE RING setzt sich mit überregionalen und lokalen Maßnahmen für die Kriminalprävention ein.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: praevention@weisser-ring.de

Webseite: www.weisser-ring.de

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	50
Trägergesellschaft DVS	51
Kongressorganisation	52
Programmbeirat des 24. Deutschen Präventionstages	54
DPT-News	56
DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I)	58
Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (pufii.de)	61
Webinare	63
Suchportal dpt-map.de	65

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der Deutsche Präventionstag wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnisse aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Trägersgesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner) und das Kuratorium (Vorsitzender: Prof. Dr. Helmut Fünfsinn). Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

Kongressorganisation

Veranstalter

DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Geschäftsstelle

Geschäftsführer und Kongressleiter
Erich Marks

Leitende Projektmanagerin, Internationale Kontakte
Dr. Claudia Heinzelmänn

Projektmanagerin, Kongress- und Teilnehmermanagement
Tana Franke

Projektmanager, Öffentlichkeitsarbeit und Social Media
Dr. Malte Strathmeier

IT-Projektmanager, Informationstechnik, Softwareentwicklung und Administration
Rolf Grimmer

Projektmanagerin, EU-Projekt „Cutting Crime Impact“,
Fachkräfteportal pufii.de
Margo Krenz

Projektmanager, CTC-Transferstelle
Sven Kruppik

Assoziierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Akquise, dpt-map
Jennifer Bergs

Finanzverwaltung und Lektorat, DPT gGmbH
Karla Marks

Redaktion Daily Prevention News
Anna Rau

Wissenschaftliche Beraterinnen und Berater

Prof. Dr. Marc Coester
Frederick Groeger-Roth
Dr. Burkhard Hasenpusch
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner (Kongresspräsident)
Susanne Kirchhoff
Stephan Voß

Repräsentanz – International Prevention Board

Australien
Prof. John W. Toumbourou

Großbritannien
Prof. Dr. Manuel Eisner

Kanada
Dr. Felix Munger

Nord- und Lateinamerika
Prof. Dr. Irvin Waller

Österreich
Prof. Dr. Christian Grafl

Ukraine
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak

Geschäftsstellen-Kooperation

In der Kurt-Schumacher-Str. 29 in Hannover arbeitet die Geschäftsstelle der DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützigen Gesellschaft mbH eng mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) zusammen.

Programmbeirat des 24. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 24. Deutschen Präventionstages sind:

- **Heike Bartsch**
Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

- **Prof. Dr. Marc Coester**
Wissenschaftlicher Berater des Deutschen Präventionstages, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

- **Stefan Daniel**
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Bonn

- **Prof. Dr. Helmut Fünfsinn**
Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln

- **Dr. Claudia Heinzemann**
Leitende Projektmanagerin des Deutschen Präventionstages, Hannover

- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**
DPT-Kongresspräsident, Tübingen

- **Erich Marks**
Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover

- **Andreas Mayer**
Mitglied des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln

- **Dr. Iris Alice Muth**
Referatsleiterin Radikalisierungsprävention im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- **Joachim Schneider**
Geschäftsführer ProPK – Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Stuttgart
- **Céline Sturm**
Kordinatorin im Fachbereich Prävention im WEISSEN RING e. V., Mainz
- **Daniel Wolter**
Bundesgeschäftsführer des DB-Fachverbandes, Köln

DPT-News

Die tägliche Präventions-News des DPT

Jeden Tag informiert der Deutsche Präventionstag mittels einer aktuellen täglichen Kurzmeldung des Geschäftsführers Erich Marks über Dokumente, Veranstaltungen und Hintergrundmaterialien aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik.

Diese tägliche News veröffentlicht der Deutsche Präventionstag speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention und angrenzender Präventionsbereiche seit Juli 2011 auf seiner Internetseite, sowie auf Twitter und Facebook.

Es besteht auch die Möglichkeit, die Präventions-News als kostenlose E-Mail zu abonnieren und zwischen einem täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Versand zu wählen.



Die internationale „Daily Prevention-News“ des DPT

Seit Dezember 2017 versendet der DPT zusätzlich zur deutschen eine tägliche internationale Nachricht – die *Daily Prevention News (DPN)* in englischer Sprache.

Dabei handelt es sich um Hinweise aus der internationalen Präventionsarbeit. Sie beinhalten Informationen über Veranstaltungen, Berichte, Dokumente, politische Entscheidungen und Ankündigungen internationaler Organisationen aus den Bereichen Präventionspraxis, Präventionsforschung und Präventionspolitik aus aller Welt. Die DPN werden verfasst von Anna Rau, Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS).

Es besteht auch die Möglichkeit, die Präventions-News als kostenlose E-Mail zu abonnieren und zwischen einem täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Versand zu wählen.



DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I)

Das DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I) fördert den Dialog zwischen Präventions-Forschung, -Praxis und -Politik. Einen Schwerpunkt legt das Institut auf die Gewaltprävention.

Die Aufgaben des DPT-I liegen v.a. in der

- Vertiefung des Dialoges zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft über die Ergebnisse der Präventionsforschung mit dem Ziel einer stärkeren Wissensbasierung der Prävention
- Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Umsetzung von Forschungsvorhaben mit Praxisrelevanz
- Beratung des Deutschen Präventionstages und seiner Partnerorganisationen über die Ergebnisse und den Stand der Präventionsforschung
- Durchführung eigener Forschungsvorhaben mit der Perspektive der praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse

Aktuell laufen beim DPT-I folgende Projekte:

- Assoziierte Partnerschaft im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt „Bewertung und Verbesserung der urbanen Sicherheit mit Hilfe von semantischen 3D-Stadtmodellen (Stadt-sicherheit 3D)“.
- Forschungspartnerschaft mit dem vom BMBF geförderten Verbundprojekt „SiBa – Sicherheit im Bahnhofsviertel“ unter Leitung der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement, Universität Tübingen, im Verbund mit der Universität Wuppertal
- Assoziierte Partnerschaft im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“
- Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-

Initiativen – pufii.de in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

- Partnerschaft im Projekt „Migration und Sicherheit in der Stadt“ (migsst), in dem ethnische Segregation als Risikofaktor untersucht und auf Basis dieser Erkenntnisse neue Ansätze für die Kriminalprävention entwickelt werden. Das auf drei Jahre angelegte Projekt wird vom BMBF gefördert, Konsortialführer ist die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW. Das DPT-Institut für angewandte Präventionsforschung kommuniziert Projektergebnisse mit den Akteuren der Präventionspraxis über ein Webinar sowie eine Veranstaltung im Rahmen des Deutschen Präventionstages.
- Partnerschaft im EU-Projekt „Cutting Crime Impact – Praxisbasierte Innovationen für die Prävention, Ermittlung und Eindämmung schwerwiegender Alltagskriminalität (CCI)“, an dem das DPT-I neben elf weiteren Partnern beteiligt ist. Das Projekt zielt darauf ab, die breitere Anwendung wirksamer Konzepte für Sicherheit und Gefahrenabwehr in der EU zu fördern und ein erweitertes europäisches Sicherheitsmodell zu entwickeln. Abgestimmt auf die Bedürfnisse der Strafverfolgungsbehörden und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger wird CCI vier Toolkits zu den folgenden Bereichen entwickeln und implementieren: Predictive Policing, Community Policing, Kriminalprävention durch Städtebau und Planung sowie die Messung und Minderung des Unsicherheitsempfindens in der Bevölkerung. Das Projekt wird aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm EU Horizon 2020 finanziert.
- CTC-Transferstelle zur Entwicklung und Umsetzung eines bundesweiten Transferkonzeptes für die kommunale Präventionsrahmenstrategie „Communities That Care – CTC“. Der Deutsche Präventionstag hat für den bundesweiten CTC-Transfer eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPRN) und dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) abgeschlossen. Zu den Aufgaben der Transferstelle gehören in den ersten drei Jahren:

Aktualisierung der CTC-Trainingsmaterialien und die darauf aufbauende Entwicklung von E-Learning Materialien für alle fünf CTC-Phasen,

Entwicklung eines didaktischen Konzepts für eine interaktive CTC-Lernplattform mit Blended Learning Elementen, Beauftragung einer technischen Basis für die Lernplattform und Steuerung der Umsetzung,

Konzeptentwicklung für den Know-how Transfer von CTC in interessierte Bundesländer bzw. Kommunen in Deutschland.

- Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen mit Förderung der Auridis gGmbH zum Einsatz der Präventionsstrategie „Communities That Care – CTC als Instrument der Jugendhilfeplanung“.
- Mitwirkung am „Handbuch der Extremismusprävention (HEX) – Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, koordiniert durch das Bundeskriminalamt.



Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (pufii.de)

Pufii.de ist die zentrale Informationsplattform für die Themen Integration und Prävention. Mit ihrer Hilfe soll die Arbeit und der Austausch aller integrativ und präventiv tätigen Fachkräfte gestärkt und erleichtert werden. Das bundesweite Portal dient als Informationsquelle, Ideenstifter und Vernetzungsforum.

Das Fachkräfte- und Informationsportal informiert über innovative Initiativen, kommende Veranstaltungen und aktuelle Fördermöglichkeiten. Durch die Handreichung von Materialien und die thematisch sortierte Informations-Datenbank etwa in den Kategorien Kommunen, Prävention, Arbeitsmarkt und rechtliche Grundlagen, wird eine aktuelle Übersicht geboten. Der wöchentliche Newsletter von pufii.de informiert jeden Freitag über die aktuellen Themen der Woche. Es wird auf neue Initiativen, kommende Veranstaltungen, Förderprogramme sowie Publikationen hingewiesen.

Rechtzeitiges Ansetzen, Nachhaltigkeit und Koordination: Dies sind wesentliche Faktoren für eine erfolgreiche Integration neuzugewanderter Menschen. Aus diesem Grund wurde pufii.de geschaffen. Durch eine systematische Zusammenarbeit, den Austausch von Konzepten und Strategien sowie das schnelle Auffinden von Informationen wird ein wichtiger Beitrag für eine aktive Teilhabe aller Menschen und eine inklusive Gesellschaft geschaffen.

Ziel soll es sein, eine enge Zusammenarbeit der einzelnen haupt- und ehrenamtlichen Fachkräfte der Integrations- und Präventionsarbeit zu etablieren sowie eine ressourcenschonende und effiziente Arbeit zu gewährleisten.

Pufii.de ist eine gemeinsame Initiative der drei Organisationen:

- Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)
- Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)
- Institut für angewandte Präventionsforschung des Deutschen Präventionstages (DPT-I)

Pufii.de ist ihr präventiver Beitrag für eine bundes- und landesweit gelingende Integration.



Webinare

Das DPT – Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I) bietet seit 2016 Webinare an. Webinare sind Seminare, die online im World Wide Web angeboten werden. Sowohl die Referentinnen und Referenten als auch die Teilnehmenden können bequem von zu Hause oder von ihrem Arbeitsplatz an einem Webinar teilnehmen. Einzige Voraussetzung sind ein Computer und eine ausreichende Internetverbindung.

Während des Webinars können die Teilnehmer und Teilnehmerinnen das Live-Video der Vortragenden und die Präsentation nach ihren Vorlieben vergrößern oder verkleinern. Durch eine Chatfunktion können sie Fragen und Kommentare posten, auf die ein Moderator eingeht und an die Vortragenden weiterleitet.

2016 hatte das DPT-I eine Kooperation mit dem Radicalisation Awareness Network (RAN) und bot erstmals vier Webinare an, die in der DPT-Online-Dokumentation als Aufzeichnung angesehen werden können.

2017 kooperierte das DPT-I im Rahmen des EU-Projektes „Local Institutions against violent Extremism (LIAISE 2)“ mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS). In dieser Kooperation sind insgesamt acht Webinare entstanden, die ebenfalls auf der Website des DPT abrufbar sind.

Im Januar 2018 startete das DPT-I eine neue Reihe mit seinen Partner-Organisationen. Insbesondere mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS), dem Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (Efus), dem WEISSEN RING, dem Deutschen Forum Kriminalprävention (DFK), dem Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK), dem DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) sind Webinare in Vorbereitung oder bereits durchgeführt worden.

Die aktuellen Webinar-Termine werden auf der DPT-Webseite angekündigt. Ebenso ist eine Online-Anmeldemöglichkeit vorhanden.



Die Webseite „DPT-Map“ sucht gezielt nach Projekten, Maßnahmen, Institutionen und Personen aus dem Arbeitsfeld der Kriminalprävention. Die Quellen für die Suche nach Stichworten und Schlüsselbegriffen sind bereits im Internet veröffentlichte thematische Datenbanken ausgewiesener Fachorganisationen.

Zum Start von „www.dpt-map.de“ im Oktober 2010 konnte innerhalb von 2.462 Datensätzen recherchiert werden, auf der Basis der Internetseiten des Deutschen Präventionstages und des Landespräventionsrates Niedersachsen. Zum Stand vom 25.04.2019 verweisen 32.467 Datensätze auf 6.660 unterschiedliche Webseiten.

Die Einbeziehung weiterer Fachorganisationen als Partner erfolgt kontinuierlich. Institutionen, die an einer Partnerschaft und der Verlinkung ihrer Datenbanken interessiert sind senden bitte eine E-Mail an die Redaktion: dpt@praeventionstag.de.



Plenen

	Seite
Eröffnungsplenum	68
Abendempfang	70
Abschlussplenum	71

Eröffnungsplenum

20. Mai von 11:00 bis 12:30 Uhr
Convention Hall II

Begrüßung



Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages

Grußworte



Dr. Franziska Giffey
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Andreas Geisel
Senator für Inneres und Sport, Berlin



Dr. Dirk Aßmann
Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Panel: Politik, Praxis und Wissenschaft im Trialog



Dr. Franziska Giffey

Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische
Bildung (bpb)



Sinan Selen

Vizepräsident des Bundesamts für
Verfassungsschutz (BfV)

Moderation

- **Erich Marks**, Geschäftsführer DPT
- **Julia Bauer**, TV-Journalistin

Musikalische Begleitung

Babylon Orchestra

Abendempfang

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat lädt gemeinsam mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ alle registrierten Kongressteilnehmenden zum Abendempfang anlässlich des 24. Deutschen Präventionstages in Berlin

am Montag, den 20. Mai 2019, um 18.00 Uhr,
im Estrel Congress Center
sehr herzlich ein.

Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, wird den Abendempfang eröffnen. Im Anschluss besteht bei einem gemeinsamen Abendessen Gelegenheit zum Austausch unter den Kongressteilnehmenden.

Bitte weisen Sie sich am Einlass mit dem Kongressnamensschild aus.



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Abschlussplenum

21. Mai von 15:15 bis 16:15 Uhr
Convention Hall II

Grußwort



Dr. Katarina Barley
Bundesministerin der Justiz und für
Verbraucherschutz

Berliner Erklärung



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Kongresspräsident

Neuköllner Aufruf



Stephan Voß
Alice Salomon Hochschule Berlin

Präventionsrede 2019



Prof. Dr. Antje Boetius
Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-
Zentrum für Polar- und Meeresforschung

Ausblick und Verabschiedung



Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages

Forum: „Demokratie leben!“

	Seite
<i>Einführung</i>	
Forum „Demokratie leben!“ Zivilgesellschaftliche Ansätze der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention	78
„Demokratie leben!“ ab 2020 Thomas Heppener	80
<i>Standards in der Präventionsarbeit: Wunschtraum oder bereits Realität?</i>	
Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit Rechtsextremismus Tobias Lehmeier	82
Standards in der Präventionsarbeit Rüdiger José Hamm Jamuna Oehlmann	84

	Seite
<i>Qualifikationsprofile: Anforderungen und Spannungsfelder</i>	
Die Kunst, professionell-pädagogisch und präventiv zu sein	86
Dr. Carmen Figlestahler Dr. Frank Greuel Katja Schau Maren Zschach	
Qualifikationsprofile in Demokratieförderung und Prävention	88
Dr. Aline Rehse Diana Zierold Eva Zimmermann	
Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?	90
Dipl. Psych. Kerstin Sischka	
<i>Prävention online: Medienpädagogik, Engagementförderung, Streetwork</i>	
Digitale Zivilgesellschaft – Präventionsarbeit im Netz	92
Christina Dinar Cornelia Heyken	
bildmachen – Prävention in Sozialen Medien	94
Canan Korucu	

	Seite
<i>Radikalisierungsprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe</i>	
Modellprojekte und Demokratieförderung im Strafvollzug	96
Dr. Maruta Herding Dr. Maria Jakob Dr. Nadine Jukschat	
Radikalisierungsprozesse in Haft. Das „System fit machen“	98
Joschka Gatzlaff	
180°Wende – Gesprächszirkel hinter Gittern!	100
Numan Özer	
Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug	102
Mona Kebe	
Wohngruppenarbeit als Extremismusprävention im Jugendvollzug	104
Christian Döring Laura Köhler Mario Watz	

	Seite
<i>Psychosoziale und -therapeutische Ansätze in der Präventionsarbeit</i>	
Psychologische Faktoren im Extremismuskontext	106
Dr. Dr. Michail Logvinov	
Radikal ICH – Prävention durch Identitätsstärkung?	108
Larissa Sander	
<i>Prävention durch Bearbeitung lokaler Konflikte</i>	
Konfliktberatung als Radikalisierungsprävention	110
Dr. Ulrike Gatzemeier	
Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft	112
Niels Gatzke	
Community Communication: Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen	114
Ann-Sofie Susen	

	Seite
<i>Demokratieförderung durch Empowerment und Teilhabe</i>	
Chancen und Grenzen von Partizipation Dr. Kari-Maria Karliczek Jasmin Rocha	116
Mobiles demokratisches Empowerment im ländlichen Raum Goetz Lehmann	118
<i>Demokratieförderung im Sozialraum Schule</i>	
Dialog macht Schule: Demokratie. Bildung. Für Alle Hassan Asfour	120
Die Rolle von Gender in der universellen Prävention Jenny Omar	122
Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit an der Schule Sanem Kleff	124

„Demokratie leben!“

Zivilgesellschaftliche Ansätze der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention

Einleitung

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und respektvolles Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie seit 2015 das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ziel ist es, vor allem junge Menschen gegen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen stark zu machen. Das Programm setzt dabei auf verschiedenen Ebenen an: Es werden deutschlandweit mehr als 600 Projekte sowohl mit kommunalen als auch mit regionalen und überregionalen Schwerpunkten gefördert.

Die „Partnerschaften für Demokratie“ entwickeln vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen Strategien zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt. Die Landes-Demokratiezentren unterstützen in jedem Bundesland Menschen im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen. Sie vernetzen und koordinieren die vor Ort vorhandenen Initiativen, Maßnahmen sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote zu demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen, insbesondere der Mobilien Beratung, der Opferberatung und der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsberatung.

Zudem werden wichtige, bundesweit aktive nichtstaatliche Organisationen bei der Professionalisierung ihrer Arbeit unterstützt (Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger).

In zahlreichen Modellprojekten werden innovative Methoden und Ansätze in der Präventionsarbeit und zur Demokratieförderung entwickelt und erprobt.

Ab dem Jahr 2020 geht das Bundesprogramm in die nächste Entwicklungsstufe. Die Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention bleiben weiterhin die zentralen Säulen des Bundesprogramms und werden zukünftig um die Gestaltung von Vielfalt als dritte Säule ergänzt. Angesichts der zunehmenden Spaltungen in unserer Gesellschaft und der

damit verbundenen Gefährdungen des friedlichen und freiheitlichen Zusammenhalts ist dieses dritte Handlungsfeld notwendig. Es soll gezielt diejenigen stärken, die sich entschieden gegen Rassismus und für Respekt einsetzen.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm finden Sie auf der Webseite demokratie-leben.de und im Newsletter des Bundesprogramms.



Thomas Heppener

**Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

Thomas Heppener (Jahrgang 1966) leitet das Referat 102 „Demokratieförderung“ im Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Er ist Lehrer und Betriebswirt und war bis 2014 Direktor des Anne Frank Zentrums.

„Demokratie leben!“ ab 2020

Der Vortrag eröffnet die Vortragsreihe zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf dem Präventionstag. Er bietet zum einen eine erste Einordnung der vielfältigen Erfahrungen und Ergebnisse aus der Programmphase 2015-2019. Der Vortrag widmet sich zum anderen der Fortführung und Weiterentwicklung des Bundesprogramms ab 2020 und stellt dazu die zukünftige Programmarchitektur vor.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bleibt eine zentrale Säule der Strategie der Bundesregierung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Dabei konzentriert sich „Demokratie leben!“ ab 2020 auf drei Kernziele: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten, Extremismus vorbeugen. Im Vortrag werden dazu die aktuellen Planungen vorgestellt.



Tobias Lehmeier

**Bundesarbeitsgemeinschaft
"Ausstieg zum Einstieg" e.V.**

Tobias Lehmeier, M.A. (Politikwissenschaft), studierte in Erlangen und Jena. Er arbeitete während des Studiums in verschiedenen Projekten der politischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit verschiedenen Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere des Antisemitismus.

Lehmeier ist seit 2018 Projektkoordinator bei der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V., Dachverband zivilgesellschaftlicher Ausstiegs- und Distanzierungshilfen aus Rechtsextremismus.

Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit Rechtsextremismus

Moderation: Nilden Vardar, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Vortrag befasst sich mit Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus. Diese werden von der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. in verschiedenen Formaten permanent weiterentwickelt und spielen eine zentrale Rolle in der praktischen Arbeit der Mitglieder. Ausstiegsarbeit ist eine hochkomplexe, hochprofessionelle, soziale Arbeit und deshalb braucht es Standards, die von Praktiker*innen entwickelt werden und an denen sich ihre Arbeit gleichzeitig stets messen lassen muss. Insbesondere gilt dies, da sich die Arbeit in einem sensiblen, auch mit Sicherheitsrisiken behafteten, Themengebiet abspielt.

Zudem arbeiten Ausstiegs- /Distanzierungshilfen in einem gesellschaftspolitischen Spannungsfeld. Einerseits haben die Adressat*innen ihrer Arbeit zum Teil Straftaten begangen, Menschen abgewertet und damit Opfer und Betroffene rechter Gewalt hervorgebracht. Andererseits bedroht eine sich wandelnde politische Großwetterlage das Engagement gegen extrem rechte Einstellungen und Personen.

In diesem Spannungsfeld wird sich der Vortrag damit befassen, wie die Standards entwickelt wurden, was Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit leisten können, wie diese auf aktuelle Erkenntnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zurückgreifen und welche realistischen Ziele sich die Arbeit setzen kann.

Forum: „Demokratie leben!“

Standards in der Präventionsarbeit: Wunschtraum oder bereits Realität?



Rüdiger José Hamm

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus



Jamuna Oehlmann

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Rüdiger José Hamm, Diplom-Politologe, Abschluss am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin. Hamm ist seit 2003 in der politischen Bildungsarbeit tätig. Zu seinen wissenschaftlichen Expertisen und praktischen Arbeitsbereichen zählen Critical Mixed Race Studies, Extremismus, Interkulturelle Bildung, Antirassismus und Antisemitismus. Hamm ist seit Mitte 2017 Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus.

Jamuna Oehlmann (BA Asienwissenschaften und MA Internationale Beziehungen und Diplomatie) koordiniert gemeinsam mit Rüdiger José Hamm (Diplom-Politologe) seit 2017 die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx). Die BAG RelEx ist ein bundesweiter Zusammenschluss von 28 Trägern der Präventions- und Ausstiegsarbeit im Bereich des religiös begründeten Extremismus. Die BAG RelEx vernetzt die zivilgesellschaftlichen Träger, ermöglicht den regelmäßigen Fachaustausch und treibt gemeinsam mit den Mitgliedern die inhaltliche und praktische Weiterentwicklung des Arbeitsbereichs voran. Zur Weiterentwicklung im Feld gehört u.a. die Einigung auf Standards in der Arbeit.

Standards in der Präventionsarbeit

**Moderation: Nilden Vardar, Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Prävention von politischen und religiös begründeten Radikalisierungen ist in aller Munde. Schließlich bedrohen zunehmend demokratiefeindliche Denk- und Handlungsmuster das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Träger ist anerkannter und essentieller Teil der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Aufgrund der Tatsache, dass der Arbeitsbereich im Gegensatz zur Präventionsarbeit in anderen Themenfeldern noch relativ jung ist, werden immer wieder berechnete Fragen nach der Ausgestaltung des Arbeitsfeldes und geltenden Standards gestellt. In diesem Vortrag wird der Bereich der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus als Arbeitsfeld und darin geltende Standards benannt.



Dr. Carmen Figlestahler

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Dr. Frank Greuel

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Katja Schau

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Maren Zschach

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Carmen Figlestahler, Soziologin, ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle (Saale);

Dr. Frank Greuel, Dipl.-Pädagoge, ist wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle (Saale);

Katja Schau, M.A. Soziologie, ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle (Saale);

Maren Zschach, Dipl.-Pädagogin, ist wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle (Saale).

Die Kunst, professionell-pädagogisch und präventiv zu sein

Moderation: Isabell Ziegler, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Als professionelles pädagogisches Agieren im Bereich der allgemeinen Kinder- und Jugendhilfe gilt ein fachliches Handeln, das von Lebensweltorientierung geleitet ist und an den Interessen und Bedürfnissen der Adressierten ansetzt. Ziel hierbei ist, Subjekte durch partizipative Bildungsprozesse bei der Entwicklung einer eigenverantwortlichen Lebensführung zu unterstützen. Pädagogische Angebote, die in Hinblick auf präventive Zielstellungen konzipiert sind, stehen vor der Herausforderung, diese Paradigmen trotz präventiver Rahmungen aufrechtzuerhalten. So sind unter präventiven Vorzeichen beispielsweise feste Präventionsziele festgeschrieben. Der Raum für Bildungsprozesse, deren Zielhorizonte weitgehend offen sind und die mit dem Ziel der Mündigkeit verknüpft sind, reduziert sich entsprechend.

In dem Vortrag werden wir 1.) Dimensionen des Spannungsfeldes zwischen Pädagogik und Prävention in der pädagogisch-präventiven Praxis theoretisch-konzeptionell darstellen; 2.) aufbauend auf empirischen Daten aus der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte der Radikalisierungsprävention des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verschiedene Umgangsweisen mit diesen Spannungsfeldern analytisch nachzeichnen; 3.) Thesen zur Anforderung an professionelles Handeln für pädagogische Praxis im Bereich von Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention formulieren.



Dr. Aline Rehse

**Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (DJI)**



Diana Zierold

**Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (DJI)**



Eva Zimmermann

**Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Außenstelle Halle (DJI)**

Dr. Aline Rehse hat Soziologie und Psychologie an der Universität Leipzig studiert. Ihre Dissertation an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig widmete sie dem Bildungserwerb von Kindern aus zugewanderten Familien in Deutschland und Israel. Seit 2016 ist sie als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V., Halle, tätig. Zuvor forschte und lehrte sie u.a. am Lehrstuhl für Soziologie und Methodenlehre der Universität Leipzig sowie am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig.

Diana Zierold hat Soziologie an der TU Chemnitz studiert und eine Erzieherausbildung absolviert. Sie hat bereits in verschiedenen Evaluationsprojekten am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München und Halle sowie an der Evangelischen Hochschule Dresden und in einem DFG-Projekt an der TU Chemnitz geforscht und mehrjährige praktische Erfahrungen in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit.

Alle drei Referentinnen arbeiten derzeit in der Programmevaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ u.a. im Förderbereich der Modellprojekte am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle.

Eva Zimmermann hat Erziehungswissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig studiert. Seit 2011 ist sie als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V., Halle, in der Evaluation von Bundesprogrammen zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung tätig.

Qualifikationsprofile in Demokratie- förderung und Prävention

Moderation: Isabell Ziegler, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Aktuell fördert das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 171 Modellprojekte (MP) in den Bereichen ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. Ihr Auftrag ist es, innovative Ansätze und Methoden für die pädagogische Praxis mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu entwickeln und zu erproben. Der Vortrag setzt sich mit der These auseinander, inwieweit MP als „Think tanks“ der fachlichen Weiterentwicklung in den Bereichen Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention betrachtet werden können. Eine zentrale Voraussetzung, um den komplexen Aufgaben von MP gerecht zu werden, sind die fachlichen und beruflichen Hintergründe bzw. Qualifikationen ihrer Mitarbeitenden. Die wissenschaftliche Begleitung widmet sich der Frage, mit welchen beruflichen Hintergründen und Qualifikationen die MP ihre Teams aufstellen, um ihren Auftrag zu bestreiten. Der Vortrag arbeitet hierzu die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Rahmenbedingungen zwischen den Bereichen heraus – in Bezug auf die Qualifikationen des Personals, die Bedarfe und Präferenzen bei der Personalakquise sowie die Strategien im Umgang mit dem Fachkräftemangel in der außerschulischen Bildungsarbeit. Die Bearbeitung der Fragestellungen erfolgt auf quantitativer und qualitativer Datengrundlage der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte.



Kerstin Sischka

Forschungsgruppe Modellprojekte e.V.

Kerstin Sischka, Dipl.-Psych. und M.A., studierte Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaften und Pädagogik an der Freien Universität Berlin. Sie arbeitet seit 1999 zu Fragen der Radikalisierungsprävention. Von 2008 bis 2011 war sie in der wissenschaftlichen Begleitung von Projekten zur Arbeit mit rechtsextremismus-affinen jungen Menschen tätig. Seit 2011 arbeitet sie in der psychotherapeutischen Patientenversorgung. Sie ist wissenschaftlich sowie berufspolitisch aktiv in der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V. Gemeinsam mit psychotherapeutischen und wissenschaftlichen KollegInnen baut sie seit 2018 die Fachstelle Extremismus und Psychologie (FEB) mit dem Projekt NEXUS-Psychologisch-Therapeutisches Netzwerk Justiz und Extremismus auf. Die Fachstelle befindet sich in der Trägerschaft der Forschungsgruppe Modellprojekte e.V. und kooperiert im Wissensaustausch mit der Freudenberg Stiftung. Das Projekt NEXUS bietet Beratung und Supervision für Fachkräfte im Justizkontext, schafft ambulante psychotherapeutische Behandlungsmöglichkeiten für von Haft bedrohte und Haftentlassene (junge) Menschen, die radikalierungsgefährdet sind oder einschlägige Straftaten begangen haben, und berät Familienangehörige. Zudem richtet NEXUS Workshops für die Berliner Bewährungshilfe zu psychologischen Fragen des Extremismus aus.

Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?

Moderation: Isabell Ziegler, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Die Fachdebatte in der Extremismusprävention und Deradikalisierung ist oft von einem technischen Schwerpunkt geprägt: Wie können wirkungsvolle Maßnahmen entwickelt und erprobt werden? Wirksamkeit und Professionalität sind aber auch von der psychosozialen Stabilität der Fachkräfte abhängig. Deradikalisierung, Ausstiegshilfe und Rehabilitation von Straffälligen sind anspruchsvolle Arbeitsfelder. Fachkräfte aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen haben oft mit schwierigen Familienkonstellationen oder psychisch instabilen Klienten zu tun; es geht um sicherheitsrelevante Fragen und spezialisierte Anforderungen in einem konflikthafter gesellschaftlichen Umfeld. Die Fachkräfte bringen oft ein hohes Commitment ein. Gleichzeitig ist die Arbeit von diversen Belastungen und Unsicherheiten begleitet. Erfolge und Misserfolge in der Arbeit sind aber auch dadurch bestimmt, wie es den Fachkräften persönlich geht, wie belastet sie sind und wie sie es schaffen, zusammenzuarbeiten und schwierige Situationen zu verstehen oder zu meistern. Projektträger haben eine doppelte Fürsorgepflicht – eine professionelle, reflektierte Praxis wie auch die psychosoziale Stabilität der Mitarbeiter zu unterstützen. Im Vortrag sollen Thesen zu den besonderen Herausforderungen der Arbeit in einem gesellschaftlichen Konfliktfeld und zu notwendigen Unterstützungsstrukturen entwickelt werden.



Christina Dinar

Amadeu Antonio Stiftung



Cornelia Heyken

Amadeu Antonio Stiftung

Christina Dinar hat Soziale Arbeit sowie Theologie, Kulturwissenschaften und Gender Studies studiert und war in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen für verschiedene Stiftungen und im Communitybereich für Wikimedia Deutschland tätig. Für das Projekt *debate* – für digitale demokratischen Kultur (vormals *no-nazi.net*) entwickelt sie gemeinsam mit Kolleg*innen Online-Präventionsansätze für junge Menschen in sozialen Netzwerken gegen die Verbreitung von Hatespeech. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bei der Amadeu Antonio Stiftung ist der Transfer von analogen klassischen Ansätzen der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in eine digitale Umwelt. Christina Dinar hat folgende Fachartikel zum Thema verfasst (Auswahl): Hass und Hetze im Internet – Analyse und Intervention, Simone Rafael/Christina Dinar in: *merz – medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik*, 2017/03 http://www.merz-zeitschrift.de/?MAIN_ID=1. Flüchtlingsfeindlichkeit im Netz: Wie kann Gegenrede in die pädagogische Praxis übersetzt werden?, Christina Dinar in: *Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug)* 1/2017 <http://www.kjug-zeitschrift.de/kjug-12017-christina-dinar-fluechtlingsfeindlichkeit-im-netz-wie-kann-gegenrede-in-die-paedagogische-praxis-uebersetzt-werden/#more-6435> Dreck im Netz-was tun? Interview mit Christina Dinar in: *Wamiki* 04/2016

Cornelia Heyken hat Erziehungswissenschaft und Linguistik studiert und war in der (offenen) Jugendarbeit, der politischen Bildungsarbeit sowie für ein großes Soziales Netzwerk tätig. Derzeit leitet sie das Projekt *debate*// für digitale demokratischen Kultur und entwickelt gemeinsam mit Kolleg*innen Online-Präventionsansätze und Konzepte zu Digital Streetwork im Web2.0 sowie Workshops für junge Menschen und pädagogische Fachkräfte.

Digitale Zivilgesellschaft – Präventionsarbeit im Netz

Moderation: Alexandra Beyersdörfer, jugendschutz.net (js.net)

Wie kann eine digitale Zivilgesellschaft in ihrer Demokratiefähigkeit gestärkt werden? Dieser Frage widmet sich der Vortrag. Wir stellen unser Projekt „debate“ vor und nähern uns damit auf unterschiedlichen Ebenen, die zusammen funktionieren müssen, dieser Frage an: Informieren, Sensibilisieren und Befähigen durch Prävention in der 1. und 2. Präventionsstufe auf der einen, und durch Erwachsenenbildung auf der anderen Seite. Primäre Prävention meint bei uns das Empowerment demokratisch engagierter Jugendlicher (z. B. in Workshops, die mit dem eigens von uns entwickelten Manual „Hate Speech begegnen“ von Trainer*innen durchgeführt werden, die wir geschult haben). Im Sekundären Bereich meint das Radikalisierungsprävention, d. h. mit dem von uns konzipierten Digital Streetwork versuchen wir rechtsaffine junge Menschen im Netz zu erreichen. Im Bereich der Erwachsenenbildung arbeiten wir mit Fachkräften der päd. und Sozialen Arbeit in Workshops, um diese für menschenfeindliche Inhalte im Netz zu sensibilisieren. In unserem Vortrag werden wir diese Ansätze anschaulich und informativ darstellen, um Anregungen, Ideen und Vorschläge für die Teilnehmer*innen aufzuzeigen. Wir möchten Mut machen, sich in den Sozialen Netzwerken zu bewegen, selbst präventiv tätig zu werden. Wir stehen im Anschluss für Fragen und Beratung zur Verfügung.



Canan Korucu

ufuq.de

Canan Korucu arbeitet seit August 2017 bei ufuq.de, einem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, der in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus aktiv ist. Im Bund-Länder-Projekt „bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“ ist sie als Gesamtkoordinatorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Korucu studierte Erziehungswissenschaften und Gender Studies in Berlin und hat ein Aufbaustudium der Islamwissenschaften absolviert. Nach beruflichen Stationen der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen zu den Themen antimuslimischer Rassismus sowie interreligiöser Dialog war sie an der Universität Bremen als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Den Schwerpunkt ihrer Forschung und Lehre bildete dabei die Analyse migrationsgesellschaftlicher Dominanz- und Differenzverhältnisse im Kontext von Migration, Gender und Islam.

bildmachen – Prävention in Sozialen Medien

Moderation: Alexandra Beyersdörfer, jugendschutz.net (js.net)

Jugendliche sind in ihrem digitalen Alltag zunehmend mit Hate Speech sowie islamistischen und rechtsextremistischen Inhalten konfrontiert. Vor diesem Hintergrund gewinnen Soziale Medien auch in der Präventionsarbeit an Bedeutung. Mit dem Projekt bildmachen möchten wir Jugendliche und pädagogische Fachkräfte für die Anwerbestrategien islamistischer, insbesondere salafistischer Gruppen, sensibilisieren und Möglichkeiten aufzeigen, sich selbst mit eigenen Inhalten in den Sozialen Medien einzubringen.

Die Workshops bieten Jugendlichen die Möglichkeit ihr eigenes digitales Nutzungsverhalten zu reflektieren, die Argumentationsstrategien islamistischer sowie rechtsextremistischer Akteur_innen in Sozialen Medien zu erkennen, sich mit Themen wie Pluralismus, Religion und Diskriminierung auseinanderzusetzen sowie eigene Medienprodukte (Memes, GIFs, Podcasts) zu erstellen.

Ziel ist es, Jugendliche darin zu stärken, eigene Perspektiven zu gesellschaftlichen, politischen sowie religiösen Fragen zu entwickeln und diese in Sozialen Medien einzubringen.

In den Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte werden Informationen über Strategien islamistischer Akteur_innen in Sozialen Medien vermittelt. Sie bieten konkrete medienpädagogische Anregungen für Schule und außerschulische Bildungsarbeit. Die Workshops und Fortbildungen sind kostenfrei und in Bayern, Berlin, Niedersachsen und NRW buchbar.

Forum: „Demokratie leben!“
Radikalisierungsprävention in Strafvollzug und
Bewährungshilfe



Dr. Maruta Herding
Deutsches Jugendinstitut (DJI)



Dr. Maria Jakob
Deutsches Jugendinstitut (DJI)



Dr. Nadine Jukschat
Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Dr. Maruta Herding ist Soziologin und wissenschaftliche Referentin in der Programmevaluation „Demokratie leben!“ am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale). Sie ist dort in der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte zu „Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen gewaltorientierten Islamismus im Jugendalter, muslimische Jugendliche und Jugendkulturen sowie pädagogische Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, unter anderem im Gefängniskontext.

Dr. Maria Jakob ist Soziologin und seit 2017 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in Halle/Saale. Sie studierte Kulturwissenschaften und Politikwissenschaften an der Universität Leipzig und war dort im Anschluss als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaften tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind qualitative Methoden, Integration, Zugehörigkeit und Praxisforschung.

Dr. Nadine Jukschat ist Kulturwissenschaftlerin und seit Oktober 2018 wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. in der Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zuvor arbeitete sie am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. und leitete dort zuletzt das BMBF Forschungsverbundprojekt „Radikalisierung im digitalen Zeitalter – Risiken, Verläufe und Strategien der Prävention (RadigZ)“.

Modellprojekte und Demokratieförderung im Strafvollzug

Moderation: Judy Korn, Violence Prevention Network e.V. (VPN)

Seit 2017 werden im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ 16 Modellprojekte der Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und der Bewährungshilfe gefördert. Der Vortrag stellt ausgewählte Einblicke der wissenschaftlichen Begleitung dieser Modellprojekte vor. Empirische Basis sind Interviews mit Projektbeteiligten sowie teilnehmende Beobachtungen von Projektveranstaltungen, die zwischen 2018 und 2019 im Zuge der wissenschaftlichen Begleitung erhoben wurden. Der Vortrag geht zunächst der Frage nach, inwieweit Radikalisierungsprävention im Strafvollzug auch Demokratieförderung bedeuten kann bzw. muss. Darauf aufbauend werden die besonderen Herausforderungen geschildert, vor denen Demokratieförderung in einer hierarchischen und von Zwangsmitteln geprägten Institution steht: Wie können etwa Gefangenen die demokratischen Werte von Teilhabe, Vielfalt und Toleranz vermittelt werden, wenn diese institutionell bedingt kaum Teil ihres Alltags sein können? Anhand von Erfahrungen aus den Modellprojekten werden hier Möglichkeiten und Herausforderungen pädagogischer und struktureller Demokratieförderung im Vollzugskontext diskutiert.



Joschka Gatzlaff

AMA e.V.

Joschka Gatzlaff hat Soziale Arbeit studiert und ist seit 2008 als Seminarleiter und Referent mit den Schwerpunkten Antisemitismus- und Rassismuskritik sowie Demokratiebildung in der politischen Jugendbildungsarbeit aktiv. Aktuell schreibt er seine Abschlussarbeit im Masterstudium „Präventive Soziale Arbeit – Kriminologie und Kriminalprävention“ und arbeitet als Sozialpädagoge bei Legato Bremen mit den Schwerpunkten „Religiös begründete Radikalisierung in Gefängnissen“ und „Disengagementarbeit“.

Radikalisierungsprozesse in Haft. Das „System fit machen“

**Moderation: Judy Korn, Violence Prevention Network
e.V. (VPN)**

Legato Prävention hat mit einem eigens entwickelten Fortbildungsprogramm einen experimentellen Weg der Präventionsarbeit im Gefängnis eingeschlagen, der in Deutschland einzigartig ist.

Entsprechend den alltäglichen Herausforderungen der Arbeitssituation in Haftanstalten wurde ein Konzept mit einem innovativen didaktischen Fundament entwickelt, das diesen Herausforderungen Rechnung trägt. Anstatt als externer Partner nur Fachwissen über die Angestellten zu „schütten“, wurde ein Weg entwickelt, mit dem es im fordernden Haftalltag und unter Berücksichtigung einer kontinuierlichen Ressourcenknappheit gelingt, erfolgreiche Präventionsarbeit in Haft zu gewährleisten: Das Ziel ist die Schaffung von „sensiblen“ Systemen.

Dabei wird zusammen mit dem allgemeinen Vollzugsdienst und Fachdiensten die eigene Rolle im System Gefängnis reflektiert und bearbeitet, um den Anforderungen gelingender Präventionsarbeit gerecht zu werden. Ergänzt durch Fachwissen zum Themenbereich religiös begründete Radikalisierung ist das Verständnis der Mitarbeiter_innen für die eigene Rolle als Teil des Systems Haft der zentrale Schlüssel, um die radikalisierungsfördernden Einflüsse einer Haftstrafe zu stoppen und ihnen aktiv entgegenzuwirken.

Gefördert durch „Demokratie leben!“ wurden seit 2017 als Modellprojekt in Bremen und Hamburg mehrere hundert Mitarbeiter_innen geschult.



Numan Özer

180 Grad Wende

Numan Özer ist Jurist und leitet ehrenamtlich seit 2015 das Engagement der 180 Grad Wende in verschiedenen Justizvollzugsanstalten in NRW. Zusammen mit Kollegen schult er Gruppenleiter für diese Angebote und berät Justizvollzugsanstalten bei der Einführung von neuen Maßnahmen. Hauptberuflich ist Herr Özer Netzwerkkoordinator im Projekt 180 Grad Wende Keepers und qualifiziert aktive Ehrenamtler im Themenfeld der Prävention und bei der Projektumsetzung in ihren jeweiligen Kommunen.

180°Wende – Gesprächszirkel hinter Gittern!

Moderation: Judy Korn, Violence Prevention Network e.V. (VPN)

Der Gesprächszirkel ist eine Maßnahme der 180 Grad Wende und des Trägervereins Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e.V. in 4 Justizvollzugsanstalten in NRW. Dabei begleiten junge erwachsene Mentoren/Gruppenleiter des Vereins Insassen der Justizvollzugsanstalt in einem Gesprächszirkel während ihrer Haftzeit und nach Wunsch in einer weiteren Runde auch nach der Entlassung.

Ziel ist die Kriminalitäts- und Radikalisierungsprävention, De-radikalisierung sowie ein Beitrag zur erfolgreichen Resozialisierung von Straftätern und religiös motivierten Extremisten bzw. vornehmlich Mitläufern dieser Szenen. Die Zielgruppe sind Insassen der Justizvollzugsanstalt. Im Fokus stehen Häftlinge im Alter von 18-35 Jahren, wobei derzeit auch Älteren die Teilnahme bei vorhandenen Kapazitäten nicht verwehrt wird. Die angewandte Methodik ist zusammengefasst: Empowerment-Training durch Storytelling über Mittler aus der eigenen Gemeinde, die die Zielgruppe peer-to-peer erreichen und zum Hinterfragen bisheriger Wertevorstellungen bzw. Weltbilder und einer Perspektive nach der Haft bzw. zu einer Resozialisierung während der Haft beitragen sollen. Imame und geschulte Religionsbetreuer begleiten diese Treffen mit und bringen auch religionspädagogische Elemente mit ein.

Forum: „Demokratie leben!“

Radikalisierungsprävention in Strafvollzug und
Bewährungshilfe



Mona Kebe

Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Mona Kebe; M.Sc. Psychologie; Denkzeit-Gesellschaft e.V.;
Projektleitung Just X Berlin – Prävention und Deradikalisierung
im Berliner Strafvollzug

Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug

**Moderation: Judy Korn, Violence Prevention Network
e.V. (VPN)**

Die Radikalisierung junger Menschen ist ein Thema, welches Politik und Zivilgesellschaft herausfordert. Ein bestehender Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Delinquenz lenkt das Augenmerk auch auf Justizvollzugsanstalten (JVA-en), denen eine Bedeutung als relevanter Rekrutierungsort zukommen kann. Vor diesem Hintergrund braucht es Konzepte und Programme, die auf die Problemlagen und Bedarfe betroffener Gefangener zugeschnitten sind und einer (weiteren) Radikalisierung entgegenwirken. In dem Projekt JUST X Berlin – Prävention und Deradikalisierung im Berliner Strafvollzug (Projektförderung: „Demokratie leben!“, BMFSFJ) arbeitet die Denkzeit-Gesellschaft e.V. im Verbund an einem multimethodalen Ansatz bei der Umsetzung von Maßnahmen der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung in Berliner JVAen. Im Rahmen des Projekts bietet die Denkzeit-Gesellschaft das Blickwechsel-Training an, ein psychodynamisch fundiertes pädagogisches Einzeltraining, welches ideologieunspezifisch und phänomenübergreifend arbeitet und auf eine Nachreifung psychosozialer Kompetenzen abzielt, die bei mangelnder Ausbildung als Risikofaktoren für eine Radikalisierung gelten können sowie die Entwicklung einer stabilen Identität fördert, die Klienten befähigt sich aus radikalen Strukturen nachhaltig zu lösen. Vortragsthema ist das Blickwechsel-Training sowie psychodynamische Aspekte von Radikalisierung.

Forum: „Demokratie leben!“

Radikalisierungsprävention in Strafvollzug und
Bewährungshilfe



Christian Döring

Rote Linie e.V.



Laura Köhler

Rote Linie e.V.



Mario Watz

Justizvollzugsanstalt Rockenberg

Wohngruppenarbeit als Extremismusprävention im Jugendvollzug

Moderation: Judy Korn, Violence Prevention Network e.V. (VPN)

Gerade im Justizvollzug unterliegen Jugendliche oft der Beeinflussung durch extremistische Milieus und ideologische Denkansätze.

In einem sozialen Trainingsprogramm in den jeweiligen Wohngruppen der JVA Rockenberg (Hessen) versucht das Team der Roten Linie e.V. diese Ansätze zu hinterfragen.

Dies geschieht im Rahmen des Projektverbundes "KOGEX Hessen – Kompetent gegen Extremismus in Justizvollzug und Bewährungshilfe".

Im Fokus stehen die gemeinsame Auseinandersetzung mit persönlichen Fähigkeiten, sozialem Lernen sowie Unterstützung zur Eigenmotivation für Lern- und Veränderungsprozesse der jungen Inhaftierten in Bezug auf den Haftalltag und ihr Leben außerhalb der JVA.

Berichtet wird über die gemeinsamen Überlegungen der Gruppenzusammensetzungen, der Motivation der jungen Inhaftierten, die Inhalte des Trainingsprogramms bis hin zu den Ergebnissen der ersten Trainingseinheiten.



Dr. Dr. Michail Logvinov

**ZDK Gesellschaft Demokratische
Kultur gGmbH**

Dr. Michail Logvinov, M.A., Dipl.-Päd., ist Extremismusforscher und Fachkraft für Kriminalprävention. Er studierte Slawistik, Latinistik, Germanistik auf Lehramt und Politikwissenschaft sowie Neuere und Neueste Geschichte. 2004 promovierte er in Philologie in Wolgograd und 2011 in Politikwissenschaft an der TU Chemnitz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Terrorismusbekämpfung und Kriminalprävention. Derzeit ist Michail Logvinov Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH und arbeitet im Modellprojekt „Diagnostisch-therapeutisches Netzwerk Extremismus (DNE)“.

Psychologische Faktoren im Extremismuskontext

**Moderation: Melanie Kamp, Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Das Diagnostisch-Therapeutische Netzwerk Extremismus (DNE) trägt der wissenschaftlichen Erkenntnis Rechnung, dass das extremistische Engagement nicht nur die sozial-kognitive Informationsverarbeitung beeinträchtigt, sondern auch problematische Verhaltensabläufe fördert, die psychologisch-therapeutischer Interventionen bedürfen. Auch wenn die Psychopathologie nicht als Ursache des Extremismus oder der extremistischen Gewalt gelten kann, sind kognitive und andere Therapien als Maßnahmen der tertiären Prävention in einigen Fällen angezeigt. Darüber hinaus gilt es, mögliche Risiken – von den jeweiligen Personen ausgehend und für die Betroffenen selbst – zu eruieren. Vor diesem Hintergrund nahm das DNE seine Arbeit auf, um auf spezifische Bedarfe der Klientel reagieren zu können.

Im Vortrag sollen die Arbeitsweisen des DNE umrissen und methodische Vorüberlegungen im Blick auf das Thema „Risikobewertung“ vorgestellt werden. Des Weiteren werden die Vortragenden den aktuellen Forschungsstand zu Psychopathologien im Extremismuskontext – je nach Phänomenbereich – kritisch würdigen und auf die relevanten Dispositionen eingehen, welche die Affiliation fördern, sich aber auch im Zuge der Radikalisierungsprozesse erst entwickeln können. Im Vordergrund sollen dabei mögliche und plausible Implikationen für die Ausstiegsarbeit und deren psychologische Begleitung stehen.



Larissa Sander

Drudel 11 e.V.

Larissa Sander studierte von 2014-2017 Psychologie an der FSU Jena. Nach ihrem B.Sc. Abschluss im Sommer 2017 begann sie ihre Laufbahn bei dem Jenaer Verein Drudel 11 e.V. im Modellprojekt „Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug“. Frau Sander ist in den Bereichen Entwicklung und Umsetzung pädagogischer Angebote und Maßnahmen tätig. Zudem wirkte sie 2018 an Veröffentlichungen in den Zeitschriften „Deutsche Jugend“ und „Bewährungshilfe“ sowie diversen Öffentlichkeitsauftritten und Vorträgen des Modellprojektes mit, beispielsweise auch auf dem Deutschen Präventionstag 2018 in Dresden. Seit Oktober 2018 studiert Frau Sander im Masterstudiengang Psychologie an der FSU Jena im Schwerpunkt „Psychologie in Arbeit, Bildung und Gesellschaft“.

Radikal ICH – Prävention durch Identitätsstärkung?

Moderation: Melanie Kamp, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Radikale Gruppierungen teilen unabhängig ihrer Ausrichtung ein gemeinsames Merkmal: Die Bereitschaft, im Dienste einer „höheren Sache“, Gewalt anzuwenden und persönliche Werte den Gruppenwerten unterzuordnen. Dabei ist es nicht zwingend von Belang, ob die „höhere Sache“ eine Religion, eine politische Einstellung oder völlig anders geartete Motive wie Umweltschutz darstellt. Auch Gewaltbereitschaft erstreckt sich auf einem Spektrum, das von Gewalt bei Demonstrationen bis hin zu terroristischen Aktivitäten reicht. Mitglieder radikaler Gruppierungen scheinen in ihrer Identität mit der Gruppenidentität zu verschmelzen. Persönliche Grundbedürfnisse wie Sicherheit und körperliche Unversehrtheit werden im Kampf um die Zielerreichung hintenangestellt.

Welche Rolle spielen also Selbstwahrnehmung und Identität im Radikalisierungsprozess? Und welche Interventionsmöglichkeiten ergeben sich hieraus? Anhand eines praktischen Beispiels aus dem Bereich Strafvollzug sollen Möglichkeiten und Grenzen zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierungsarbeit durch Identitätsstärkung diskutiert werden. Vorangestellt werden Überlegungen über die generelle Wirkung von Gruppenprozessen auf die Selbstwahrnehmung und den Nutzen sozialer Gruppen für die Identitätsbildung.



Dr. Ulrike Gatzemeier

**Verein zur Förderung der Bildung –
VFB Salzwedel e.V.**

Ulrike Gatzemeier ist Mediatorin und Konfliktberaterin. Sie hat Interkulturelle Kommunikation und Friedens- und Konfliktforschung studiert und in der Sozialpsychologie promoviert. Sie ist seit 2017 für den VFB Salzwedel tätig, zunächst als Konfliktberaterin, seit 2018 als Projektleitung im EU-geförderten Projekt „Integration und Teilhabe durch Kommunale Konfliktberatung“.

Konfliktberatung als Radikalisierungsprävention

Moderation: Till Sträter, CAMINO – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Bürgerinnen und Bürger wenden sich von politischen Prozessen ab, ihr Engagement im kommunalen Leben geht zurück, sie sehen sich von der etablierten Politik nicht mehr vertreten. Tiefgreifende Veränderungen wie wirtschaftliche und administrative Reformen werfen in der Bevölkerung Fragen nach Gestaltungsmöglichkeiten und Selbstwirksamkeit auf. Dies kann eine Ursache für Demokratieverdrossenheit, Radikalisierung und entstehende Gewaltpotenziale sein.

Wie können diese Herausforderungen angegangen werden? Voraussetzung dafür ist, dass lokale Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bestehende Spannungen und Konfliktpotenziale verstehen und zielgerichtet sowie unter geeigneter Einbeziehung des gesamten Gemeinwesens angehen.

Der Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. führt seit 2016 Beratungsprojekte in Gemeinden in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg durch. Anhand ausgewählter Beispiele wird gezeigt, wie systemische Beratung Akteure dabei unterstützt, die komplexe Gemengelage lokaler Probleme und Konflikte zu entwirren, die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und schwierige Situationen in lösungsorientierte Prozesse umzuwandeln, um damit die strukturellen Voraussetzungen zur Stärkung demokratischer Kultur zu schaffen.



Niels Gatzke

**Regionale Arbeitsstelle für Bildung,
Integration und Demokratie (RAA)
Mecklenburg-Vorpommern e. V.**

Niels Gatzke ist Politikwissenschaftler und Leiter des Projektes „perspektywa – Vom Grenzraum zum Begegnungsraum“ der Regionalen Arbeitsstelle Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Löcknitz (bei Stettin). „perspektywa“ unterstützt das Zusammenleben und Engagement von deutschen Alteingesessenen und polnischen Zuzügler*innen in der Region. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Abbau von Vorurteilen gegenüber Polen, das Zusammenleben im deutsch-polnischen Grenzraum sowie Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie, Neuere Geschichte und Soziologie in Potsdam, Wien (Österreich) und Toruń (Polen). Seit 2011 ist er bei der RAA in verschiedenen Bildungs- und Demokratieprojekten tätig. Ehrenamtlich engagiert er sich im Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (DPG) Vorpommern e. V.

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft

Moderation: Till Sträter, CAMINO – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Im Jahr 2014 kochte das Thema der sogenannten „Grenzkriminalität“ im Amt Löcknitz-Penkun, direkt gelegen an der polnischen Grenze hoch. Die RAA hat sich mit der Verwaltung des Landkreises und des Amtes zusammengeschlossen und einen Präventionsrat auf Amtsebene gegründet. D. h. mehrere Gemeinden haben sich zusammengeschlossen um gemeinsam handlungsfähig zu sein. Als erste Maßnahme wurden vier Diskussionsveranstaltungen zum Thema „Sicherheit“ organisiert. Auf diesen Veranstaltungen wurde die Bevölkerung für die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Polizei sensibilisiert und das subjektive Sicherheitsgefühl in einzelnen Dörfern gestärkt. Es ist gelungen das Thema in der Region zu entnationalisieren und die Diskussion konstruktiv in die Richtung einer Verstärkung der deutsch-polnischen Polizeizusammenarbeit zu lenken. Durch die Begleitung von Akteur*innen vor Ort und die praktische Unterstützung in der Organisation und Durchführung von weiteren Veranstaltungen (Willkommensveranstaltung für Flüchtlinge, Bürgerforum der Landesregierung, Interkulturelle Woche) in den Folgejahren ist es gelungen eine wichtige Schnittstelle zwischen den vorhandenen Vereinen, Schulen, Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu etablieren. Dabei hat sich gezeigt, dass der Präventionsrat als Struktur selbstständig auf Problemlagen reagieren kann und Herausforderungen präventiv aufgreift.



Ann-Sofie Susen

Stiftung SPI

Ann-Sofie Susen

- Diplom-Politologin
- Seit 2002 Mitarbeiterin des Mobilen Beratungsteams der Stiftung SPI
- Seit 2017 Leiterin des Mobilen Beratungsteams Berlin für Demokratieentwicklung der Stiftung SPI
- Schwerpunkte: Gemeinwesenberatung bei vorurteilsbasierten Konfliktlagen, Community Communication, Demokratiebildung, Diversity & Change Management

Community Communication: Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen

Moderation: Till Sträter, CAMINO – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Viele Kommunen stehen vor der Aufgabe, dynamische gesellschaftliche Veränderungen der pluralistischen Einwanderungsgesellschaft nicht nur zu steuern, sondern auch transparent zu kommunizieren. Häufig führen sozialräumliche Planungen und Veränderungen in diesem Zusammenhang zu lokalen, vorurteilsbasierten Konfliktlagen.

Das Mobile Beratungsteam Berlin der Stiftung SPI hat in den vergangenen 15 Jahren Community Communication als konzeptionellen Ansatz entwickelt, mit dem Konfliktlagen durch Formate diskursiver Beteiligung versachlicht, differenziert und pluralisiert werden können, um Entpolarisierungen im Gemeinwesen entgegenzuwirken.

Konflikte werden dabei nicht allein als Störung, sondern als Chance aufgefasst, die die Möglichkeit zur Aktivierung demokratischer Auseinandersetzungen bis hin zum langfristigen bürgerschaftlichen Engagement birgt.

In dem geplanten Vortrag soll Community Communication als Ansatz Mobiler Beratungsarbeit im Feld der lokalen Demokratieentwicklung skizziert und anhand konkreter Beispiele (Moscheebau, Flüchtlingsunterkunft) und Formate (Multiplikatorenrunde, Bürgerversammlung, Dialogrunden etc.) veranschaulicht werden.



Dr. Kari-Maria Karliczek

**Camino – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im
sozialen Bereich gGmbH**



Jasmin Rocha

**Camino – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im
sozialen Bereich gGmbH**

Kari-Maria Karliczek, Dr. jur. Dipl.-Soz., ist Mitarbeiterin von Camino. Neben unterschiedlichen kriminologischen Fragestellungen befasst sie sich mit gemeinwesenorientierten Strategien gegen Rechtsextremismus und der Evaluation von Programmen. Seit über zehn Jahren begleitet sie verschiedene Programme des BMFSFJ im Themenbereich Rechtsextremismusprävention, Förderung von Demokratie und Toleranz evaluativ. Ihr Augenmerk liegt dabei auf der Entwicklung integrierter kommunaler Handlungsstrategien.

Jasmin Rocha ist Sozialwissenschaftlerin. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Camino evaluiert und berät sie schwerpunktmäßig Programme und Projekte in den Themenfeldern Demokratie und Menschenrechte sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Teilhabe. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ untersucht sie seit 2017 die Umsetzung von Modellprojekten in den Themenfeldern Empowerment, Konfliktbearbeitung und interkulturelle Öffnung. Ein Schwerpunkt liegt auf Fragen der Partizipation von Zielgruppen.

Chancen und Grenzen von Partizipation

Moderation: Sera Choi, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Für nahezu alle Angebote des Programms „Demokratie leben!“ ist Partizipation als ein Aspekt der Demokratieförderung ein wichtiges Instrument der Zielentwicklung und Projektumsetzung. In den unterschiedlichen Programmbereichen eröffnen partizipative Prozesse ganz unterschiedliche Chancen, es sind ihnen aber auch unterschiedliche Grenzen gesetzt.

Der Vortrag wird darstellen, inwieweit partizipative Prozesse im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie sowie im Rahmen von Modellprojekten im Programmbereich „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ umgesetzt werden. Vergleichend wird herausgearbeitet, welche Bedeutung Partizipation innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit einerseits und in der Umsetzung von Projekten andererseits hat. Dabei wird deutlich, dass Akteure, die partizipative Prozesse initiieren, mit unterschiedlichen Hürden und Grenzen konfrontiert sind. Aus den Erfahrungen der beiden Programmbereiche wird abgeleitet, was in der Umsetzung partizipativer Prozesse zu beachten ist.



Goetz Lehmann

Arbeit und Leben MV

Götz Lehmann, 1959 geboren in Leipzig, 30 Jahre Ost: Schlosser, Hausmeister, Kulturorganisator, soziokulturelle Projekte, 30 Jahre West: Leipzig Kultur- und pädagogischer Manager, Bildungsexperte, ab 1993 Wechsel nach Berlin, diverse Projektmanagementaktivitäten u.a. berufliche Orientierung, Referent politische Bildung DKHW, Aufbau Medienausbildung am Erich Pommer Institut Babelsberg, Produzent cineplus Berlin, „urban age“ Projektleitung in Berlin/Wedding, 2005 Wechsel nach China als Projektentwickler/Planer und Aufbau triad Berlin Büro Shanghai, Mitwirkung bei EXPO 2010, Rückkehr 2013 nach Berlin diverse Bildungsprojekte für die BpB und Anne Frank Zentrum Berlin, ab 07/2014 Leiter Forum 65+ im ländlichen Raum Ost-Bundesländer, seit 07/2018 Leiter MODEM Modellprojekt im Landkreis Vorpommern-Greifswald für Arbeit und Leben e.V.

Mobiles demokratisches Empowerment im ländlichen Raum

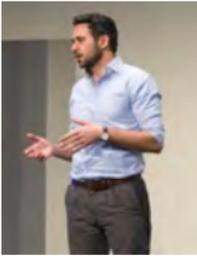
**Moderation: Sera Choi, Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

Ansatz ist eine aufsuchende mobile Bildungsarbeit im ländlichen Räumen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Ziel ist es zivilgesellschaftliche demokratische Strukturen zu stärken, neu aufzubauen. Formate beziehen sich bedarfsgerecht auf die Themen in den jeweiligen Dörfern und Kleinstädten. Dabei definieren die Beteiligten selbst die Themen, die für sie vor Ort von Bedeutung sind. Bereits Aktive werden gestärkt, empowered. Neue Zielgruppen für ein demokratisches Engagement werden erschlossen. Durch die Stärkung wird zielgerichtet daran gearbeitet, dass Demokratie als Staatsform und als Lebensform in allen Subsystemen der jeweiligen ländlichen Struktur wieder wirkmächtig werden kann bzw. bleiben kann. Stärkung der regionalen Identität, der Eigenverantwortung und eine positive Perspektive auf die Demokratie stehen dabei im Zentrum. Ausgewählt für den Ansatz wurden zwei Landkreise, in denen neben infrastrukturellen Problemen auch das rechtspopulistische Gedankengut zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Dieser Struktur wird eine demokratische „Gegenkultur“ gegenübergestellt, gelebt, gestärkt.

Ein ressourcenorientiertes Vorgehen ist immanent. Bewusste Präsenz eines Bildungsträgers vor Ort ist zentraler Bestandteil.

Kooperationspartner werden eingebunden. Demokratie als offensive Perspektive in der Arbeits- und Lebenswelt ist die Perspektive.

www.modem-arbeitundleben.de



Hassan Asfour

Dialog macht Schule gGmbH

Hassan Asfour

Gründer und Geschäftsführer der gemeinnützigen Dialog macht Schule GmbH. Er hat Interkulturelle Kommunikation und Internationale Beziehungen an der Humboldt Universität in Berlin, Madrid, Beirut studiert. Vor der Gründung hat er sich bei Amnesty International im Bereich Kampagnen & Kommunikation engagiert. Er ist zudem systemischer Berater und Therapeut.

Dialog macht Schule: Demokratie. Bildung. Für Alle

**Moderation: Sebastian Kohlmann, Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Das Programm Dialog macht Schule (DmS) unterstützt Schulen in sozial-räumlich schwieriger Lage dabei, den Anforderungen einer immer vielfältigeren Schülerschaft gerecht zu werden. Dafür qualifiziert Dialog macht Schule Student*innen (verschiedener Fachrichtungen) zu Dialogmoderator*innen (DM). Die DM arbeiten über zwei Jahre wöchentlich mit ihren Schüler*innen zusammen. Diese intensive Form der Begleitung ermöglicht den DM eine Beziehung zu den SuS aufzubauen. Sie bildet auch die Basis der Arbeit in den Dialoggruppen: Im geschützten Vertrauensraum haben die SuS die Möglichkeit ihre Themen, Erfahrungen und Meinungen einzubringen. Die eingebrachten Themen der Jugendlichen bilden dann den Ausgangspunkt der gemeinsamen Arbeit:

- Ein Liebesfilm kann zu einer intensiven Diskussion über Geschlechterrollen führen
- Ein Konflikt im Klassenraum zum Austausch über das gemeinsame Miteinander
- Ein aktuelles Thema, wie die Inhaftierung von Journalist*innen, zum Dialog über Pressefreiheit

Im Rahmen des Projektsports soll den Teilnehmer*innen ein Einblick in die Arbeit des Programmes gewährt werden, auf Gelingensfaktoren von Demokratiebildung, sowie die Vorteile der langfristigen Arbeit mit Schüler*innen an Schulen in sozial-räumlich schwieriger Lage eingegangen werden.



Jenny Omar

ufuq.de

Jenny Omar ist Sozialarbeiterin / Sozialpädagogin und Projektleitung in dem Projekt „Wie wollen wir leben?“ des Vereins ufuq.de.

Die Rolle von Gender in der universellen Prävention

Moderation: Sebastian Kohlmann, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Frage nach der eigenen sexuellen und geschlechtlichen Identität ist eine zentrale Frage für Jugendliche. Islamistisch-ideologische Ansprachen funktionieren häufig geschlechtsspezifisch, sodass die kritische Auseinandersetzung mit stereotypen Geschlechterrollen in der Präventionsarbeit relevant ist.

Der Vortrag gibt Einblicke wie die kritische Beschäftigung mit Geschlecht in der universellen Prävention an Schulen aussehen kann.

In dem Projekt „Wie wollen wir leben?“ von ufuq.de wurde ein Workshop für Jugendliche zu dem Thema „Geschlechterrollen und Islam“ entwickelt, in dem sich Jugendliche mit ihren eigenen Vorstellungen von Geschlechterrollen auseinandersetzen und für hetero-sexistische Normen sensibilisiert werden. Bewusst werden dabei auch die hetero-sexistischen Normen und Strukturen in der Mehrheitsgesellschaft in den Blick genommen.

Es werden exemplarisch zwei Methoden vorgestellt, die mit verschiedenen Bildern arbeiten. Während die eine Methode die Möglichkeit bietet, über stereotype Geschlechterrollen und hetero-sexistische Normen zu reflektieren, werden mit der zweiten Übung alternative Narrative von nicht-weißen (muslimischen) Geschlechterrollen aufgezeigt.

Dabei soll die Vielfalt (muslimischer) Geschlechtsidentitäten aufgezeigt und die Entscheidungsfreiheit innerhalb von Geschlecht und sexueller Orientierung deutlich gemacht werden.



Sanem Kleff

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Sanem Kleff ist Pädagogin und seit 2000 Direktorin des bundesweiten Netzwerks Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. In dieser Funktion hat sie zahlreiche Konzepte zur Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit für die Schulen des Netzwerks entwickelt und dazu Bücher, Materialien und Handreichungen publiziert. Zuvor hat sie als Hauptschullehrerin für die Fächer Deutsch als Zweitsprache und Bildende Kunst und als Dozentin in der Lehrerfortbildung gearbeitet. Seit 1981 war Sanem Kleff zudem in verschiedenen leitenden Funktionen in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf Berliner Landes- und Bundesebene tätig. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt liegt in den Bereichen „Interkulturelle Pädagogik“, „Unterricht mit Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache“, „Gewaltprävention“, „Islamismus“, „Religion, Staat und Gesellschaft“ und „Antidiskriminierung“.

Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit an der Schule

Moderation: Sebastian Kohlmann, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Eine Schule mit Courage, die den diskriminierungsfreien Umgang mit allen Ideologien der Ungleichwertigkeit nachhaltig verankert, ist bestens geeignet, Teilhabe und Resilienz unter Kindern und Jugendlichen zu stärken sowie der Radikalisierung junger Menschen vorzubeugen. Das Netzwerk von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage mit seinen aktuell mehr als 3.000 Schulen und 380 Kooperationspartnern hat das Ziel, das Lernziel Gleichwertigkeit in Schulen nachhaltig zu stärken. Der Vortrag fokussiert auf den Gelingensbedingungen des multidimensionalen Präventionsansatzes im Netzwerk. Dieser hat das Ziel, die Öffnung von Schulen zu fördern, schulische und außerschulische zivilgesellschaftliche Akteure in niedrigschwelligen Maßnahmen zusammen zu bringen, die Aktiven an den Schulen zu qualifizieren, und damit aktuelle Ansätze von Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit im Regelsystem Schule zu verankern. Damit durch die Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein Klimawandel an den Schulen gelingt.

Forum: „Politische Bildung“

	Seite
Forum: „Politische Bildung“ Einführung	131
Politisches Kabarett und Projektvorstellung: „Staatsfreund Nr. 1“ und „Abdelkatie“ Abdelkarim	132
Projektvorstellung: Die FakeHunter Andreas Langer Dr. Christian Meyer-Heidemann	134
Demokratieförderung und Prävention im Kontext von Flucht Thomas Gill	136
Projektvorstellung: Demokratiestärkung und Konfliktlösung im Verein fördern Lan Böhm Ingo Bröcker-Wätzel Susanne Springborn	138
Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“ Prof. Dr. Christoph Kopke Philipp Kuschewski	140
Beratungsgespräch: Individuelle Beratung zu undemokratischem Verhalten im Verein Ingo Bröcker-Wätzel Walter Pilger Susanne Springborn	142

	Seite
Bühnenstück: NSU-Monologe Schauspieler*innen der Bühne für Menschenrechte	144
Podiumsdiskussion: Nach dem NSU – Betroffenheit fordert aktives Tun Seda Başay-Yıldız Stephan J. Kramer Dr. Irene Mihalic Prof. Dr. Vanessa Salzmänn	146
Theaterstück und Gespräch: Gemeinsam mutig bleiben Pedram Aghdassi Philipp Badi Blom Nina Holzhäuser Betül Yimez	148
Narrative Gesprächsgruppen – an Schulen im ländlichen Raum Tina Heise PD Dr. Harald Weilnböck	150
Podiumsdiskussion: Politische Bildung vs. (Extremismus-)Prävention? Thomas Heppener Barbara Menke Holger Schmidt Benedikt Widmaier	152

	Seite
Projektvorstellung: Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog	154
Martin Becher Susanne Feustel Grit Hanneforth Thomas Müller	
Vortrag und Gesprächsrunde: Politische Bildung im Jugendstrafvollzug	156
Diana Beyer Prof. Dr. Jens Borchert Franziska Göpner Roman Guski Dr. Maren Jütz	
Workshop: Demokratieverständnisse in der Extremismusprävention	158
Dr. Gereon Flümann	
Projektvorstellung: Jamal al-Khatib – Mein Weg: Webvideos zur Extremismusprävention	160
Rami Ali Felix Lippe	
Projektvorstellung: Mit einer App spielerisch gegen Parolen	162
Achim Bröhenhorst Dr. Daniela Kallinich Mikis Rieb	

	Seite
Projektvorstellung: Clearingverfahren und Case Management – Radikalisierungsprävention in der Schule	164
Lisa Kiefer Dr. Michael Kiefer	
Demokratie für mich. Ein Bildungsprogramm zur Demokratiebildung junger neu Zugewanderter	166
Stefan Schack Sabine Sommer Maria Springenberg-Eich	
Projektvorstellung: Haltung zeigen, aber wie? WiEder_sprechen für Demokratie	168
Larissa Bothe Julia Wolrab	

Forum: „Politische Bildung“

Weil das diesjährige Kongressthema „Demokratieförderung und Prävention“ nicht zuletzt die politische Bildung auf den Plan ruft, ist die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in diesem Jahr auf dem DPT mit einer Vielzahl unterschiedlicher Formate und Partner am Rahmenprogramm beteiligt.

Im „Forum politische Bildung“ zeigen die bpb und ihre Partner im Saal „Europa“ (gleich neben der Halle, in der auch das Eröffnungspodium stattfindet) und im Raum „Backstage I“, welchen Beitrag politische Bildung sowohl im Bereich der Demokratieförderung als auch mit Blick auf die Prävention leisten kann.

Die inhaltliche Bandbreite reicht von politischer Bildung im Jugendstrafvollzug über spezielle Angebote für die Polizei bis hin zu Videoformaten für Jugendliche und Apps, um sich gegen populistische Parolen zu wappnen. In Projektvorstellungen geben die bpb und ihre langjährigen Partner wie die Landeszentralen für politische Bildung, das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und von der bpb geförderte (Modell-)Projekte Einblick in ihre Arbeit. Hinzu kommen Vorträge, Workshops, Theaterstücke, Beratungsangebote, Podiumsdiskussionen und politisches Kabarett. Es werden innovative Formate präsentiert und zwei Sonderausstellungen im Foyer vor dem Saal „Europa“ komplettieren das Angebot.

Übrigens: Sie finden die bpb und weitere Partner auch in der Ausstellungshalle, und zwar in der „Straße der politischen Bildung“, beginnend bei Stand 1001 – kommen Sie doch mal vorbei!



Abdelkarim

Abdelkarim wurde 1981 als Sohn marokkanischer Einwanderer in Bielefeld geboren. Nach dem Besuch der Hauptschule und dem Abitur studierte er Jura an der Universität Bochum. Seit 2010 arbeitet Abdelkarim hauptberuflich als Comedian und wurde mit zahlreichen renommierten Kabarettpreisen ausgezeichnet, u.a. mit dem Bayerischen Kabarettpreis, dem Jurypreis der Berliner Wühlmäuse und dem Stuttgarter Besen. 2018 erhielt Abdelkarims Sendung zur Bundestagswahl, „Endlich Klartext!“, in dem er Spitzenpolitiker mit realen Bürgerproblemen konfrontierte, in der Kategorie „Beste Information“ den Deutschen Fernsehpreis. Im selben Jahr wurde ihm der Ehrenpreis der Helga und Edzard Reuter-Stiftung für sein mutiges, gesellschaftliches Engagement verliehen.

Abdelkarim ist Stammgast in fast allen gängigen Kabarett- und Comedy-Formaten im TV: „heute show“, „Die Anstalt“ / ZDF, „Nuhr im Ersten“, „Puffaffs Happy Hour“ / 3sat, vormals „TV Total“ / ProSieben, u.v.m.. 2013 bis 2016 lief seine erste eigene Fernsehreihe, die er moderierte, „StandUpMigranten“, im ARD-Kanal EinsPlus. Mit seinem ersten Soloprogramm „Zwischen Ghetto und Germanen“, war er bis Ende 2016 auf Deutschland-Tournee. 2017 startete sein 2. Soloprogramm, mit dem er aktuell auf Tour ist, „Staatsfreund Nr. 1“.

Politisches Kabarett und Projektvorstellung: „Staatsfreund Nr. 1“ und „Abdelkratie“

Moderation: Lobna Jamal, Bundeszentrale für politische Bildung

Abdelkarim hat sich oft gefragt, was er eigentlich ist: ein deutscher Marokkaner oder ein marokkanischer Deutscher? Mittlerweile weiß er es: Er ist ein Deutscher gefangen im Körper eines Grabschers. Abdelkarim hat sich aber um den Gesellschaftsteilnahmeschein bemüht und er hat es geschafft! Er ist der wichtigste Mann in Deutschland. Er ist der „Staatsfreund Nr. 1“! Von der Jugendkultur, über das Leben in der Bielefelder Bronx bis hin zu tagesaktuellen und gesellschaftspolitischen Themen spinnt Abdelkarim gleichermaßen irritierende wie feinsinnige Geschichten. Abdelkarim präsentiert einen Auszug aus seinem aktuellen Programm und stellt sein neues Projekt „Abdelkratie“ vor: „Deutsche Demokratie so abfeiern, als wär's die Demokratie eines Landes, das ich sehr geil finde? Kein Problem.“ Von diesem Spirit geleitet, entwickelte Abdelkarim gemeinsam mit der bpb eine zehnteilige Video-Reihe. Mit Tiefsinn und Humor ergründet Abdelkarim darin die hochkomplexen Grundfeste der Demokratie. Was ist „Meinungsfreiheit“? Was bedeutet „Pluralismus“? Und was versteht man genau unter „Rechtsstaat“? Diese und weitere Fragen werden auf spielerische, aber ebenso informative Weise entschlüsselt. Politische Bildung wird (be-)greifbar, verbindet und regt zum Mitmachen an! Denn Abdelkarim meint: „Machen wir uns nichts vor, Deutschland ist nämlich bei allen Haken, die es gibt, ein großartiges Land. Yeah.“



Andreas Langer

**Aktion Kinder- und Jugendschutz
Schleswig-Holstein e. V.**



Dr. Christian Meyer- Heidemann

**Landesbeauftragter für politische
Bildung in Schleswig-Holstein**

Andreas Langer ist gelernter Erzieher und Diplom-Medienpädagoge. Seit 2016 ist er bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz für den erzieherischen, präventiven Jugendschutz und Jugendmedienschutz und Jugendmedienkultur in Schleswig-Holstein verantwortlich. Dort entwickelt er unter anderem Medienprojekte mit präventivem Charakter, immer orientiert an aktueller Jugendmedienkultur.

Dr. Christian Meyer-Heidemann ist der Landesbeauftragte für politische Bildung in Schleswig-Holstein. Auf die Promotion zum Thema „Selbstbildung und Bürgeridentität“ folgten Professurvertretungen für Politikdidaktik an den Universitäten Lüneburg und Kiel. Meyer-Heidemann ist Vorstandsmitglied der Sektion „Politikwissenschaft und Politische Bildung“ in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) und Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten.

Projektvorstellung: Die FakeHunter

In sozialen Netzwerken und anderen Portalen im Internet machen vermehrt Falschmeldungen die Runde und verunsichern damit längst nicht mehr nur Erwachsene, sondern vermehrt auch Kinder und Jugendliche. „Fake News“ sind in der Regel manipulativ verbreitete, vorgetäuschte Nachrichten die sich überwiegend im Internet zum Teil viral verbreiten.

Das Projekt „Die FakeHunter“ widmet sich verschiedenen, einfach zu verstehenden Prüfwerkzeugen und macht sie für die Workshop-Teilnehmer/-innen digital oder analog anwendbar und erfahrbar. Dabei lernen sie nicht nur das bloße Anwenden bestimmter Techniken und Mechaniken im Netz, sondern auch eine grundlegende Medienkritik kennen und nutzen, mit der sie auch schon in ihrem eigenen Umfeld bestimmte Gerüchte, Nachrichten per Whatsapp oder Kettenbriefe besser einordnen können.

Es wird ein fiktives Newsportal, das eigens für das Planspiel des Projekts erstellt wurde, vorgestellt. Hauptsächlicher Bestandteil des Portals sind Meldungen zu vielen Themenbereichen, die Fake News enthalten können. Durch die gezielte Erstellung der News für das Planspiel ist es möglich, adressatenorientierte Bildungsangebote zu machen. Beispielartikel gibt es bereits vorab unter www.diefakehunter.de



Thomas Gill

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Thomas Gill ist Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Demokratieförderung und Prävention im Kontext von Flucht

Im Rahmen der Entwicklung eines neuen Gesamtkonzepts zur Partizipation und Integration von Geflüchteten im Land Berlin wurden Workshops mit den Verantwortlichen der Projekte aus den Bereichen Demokratieförderung, Empowerment und Prävention durchgeführt. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten drei Jahre wurde ein Konzept der Demokratieförderung und Präventionsarbeit entwickelt, welches Grundlage für die Schwerpunktsetzungen in Zukunft bildet.

Im Vortrag werden die konzeptionellen Überlegungen, die dem Konzept zugrunde liegen, und künftige Projektideen vorgestellt und offene Fragen für die weitere Diskussion benannt.

Kernaussage ist, dass ein Paradigmenwechsel notwendig ist, der Menschen mit Fluchterfahrung nicht als Hilfeempfänger adressiert, sondern sie als politische Subjekte in die demokratischen Prozesse einbezieht.

Forum: „Politische Bildung“



Lan Böhm

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Bundeszentrale für politische Bildung



Ingo Bröcker-Wätzel

Landessportbund Brandenburg e. V.



Susanne Springborn

Landessportbund Brandenburg e. V.

Lan Böhm berät Vereine, Verbände und politische Akteure aus dem Gemeinwesen zu den Themen Demokratiebildung, Extremismusprävention und Vernetzung. Seit 2017 leitet die Diplom-Politologin die Regiestelle des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Z:T fördert Projekte, die Engagement und Beteiligung stärken, insbesondere in ländlichen Regionen. Über 2.000 haupt- und ehrenamtliche Demokratieberater*innen wurden so bereits ausgebildet und begleitet. Weitere Infos unter: www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

Susanne Springborn (systemische Beraterin) und **Ingo Bröcker-Wätzel** (Mediator) verantworten das Projekt "BeratenBewegen – DRANBLEIBEN" bei der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.. Die beiden beraten Sportvereine in allen Fragen rund um Teilhabe, Konfliktbewältigung und im Umgang mit extremistischen und demokratiefeindlichen Vorfällen. Im Bereich Sport und Feuerwehr haben sie zudem Teams von weiteren ehrenamtlichen Demokratieberater*innen und Konfliktmanager*innen ausgebildet. Weitere Infos unter: www.beratenbewegen.de

Projektvorstellung: Demokratiestärkung und Konfliktlösung im Verein fördern

Moderation: Lan Böhm, Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Bundeszentrale für politische Bildung

Gemeinsam Wandern gehen, Fußball spielen im Verein, als Kamerad/-in in der Feuerwehr engagiert sein – das funktioniert (noch?) in Dörfern und Kleinstädten. Teamgeist, Respekt und Zusammenhalt sind in den Vereinen wichtige Werte. Doch überall dort, wo Menschen zusammen kommen, gibt es auch Konflikte. Auch Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder religiöser Weltanschauung stellen die Vereine vor Herausforderungen. Gerade die ehrenamtlich Engagierten vor Ort sind durch solche Situationen schnell überfordert. Wie kann ich auf diese Konflikte reagieren, wie Ehrenamtliche im Verein halten und dabei die Vereinswerte aktiv leben?

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) des Bundesministeriums des Innern (BMI) hat Lösungsvorschläge für diese Fragen entwickelt. Hilfreiche Handlungsansätze und Fördermöglichkeiten für Vereine werden im Rahmen des Vortrags vorgestellt. Insbesondere soll dabei von der Arbeit der Demokratieberater/-innen berichtet werden:

Die geförderten Vereine bilden Demokratieberater/-innen, Konfliktlotsen oder Stärkenberater/-innen aus, welche dann in ihren eigenen Vereinsstrukturen informieren, sensibilisieren und beraten. Im Anschluss an den Vortrag (nachfolgender Programmslot!) haben interessierte Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, ihre individuellen Fragen oder Probleme mit den anwesenden Demokratieberater/-innen zu erörtern.



Prof. Dr. Christoph Kopke

Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin



Philipp Kuschewski

Deutsche Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Christoph Kopke ist Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement. Christoph Kopke studierte an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und promovierte dort auch. Er arbeitete in verschiedenen Forschungsprojekten u.a. an der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und am Institut für Geschichte der Medizin, Charité Berlin. Von 2006 bis 2015 war Christoph Kopke als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam bzw. als freiberuflicher Politikwissenschaftler tätig.

Philipp Kuschewski studierte Politikwissenschaft (Hauptfach), Öffentliches Recht und Kommunikationswissenschaft (Nebenfächer). Er beendete sein Studium mit dem Abschluss Magister Artium (M. A.). Nach mehrjährigen Tätigkeiten als wissenschaftliche Hilfskraft sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet „Polizeiliches Krisenmanagement“ bei der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup arbeitet er dort seit September 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Koordinierungsstelle „Politische Bildung und Polizei“ (KOST PolBiP).

Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“

Moderation: Dr. Gereon Flümman, Bundeszentrale für politische Bildung

Die Polizei ist als Exekutivorgan des Staates in besonderem Maße Repräsentantin des rechtsstaatlichen Prinzips und der Werte des Grundgesetzes. Zur verantwortungsvollen Wahrnehmung dieser Rolle benötigen Polizistinnen und Polizisten politische Bildung, die sie dazu befähigt, kritisch-reflektiert Einsatzanlässe in ihrem politisch-sozialen Kontext zu verstehen, Urteilsfähigkeit zu entwickeln und die Menschenwürde achtend im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln.

Vor diesem Hintergrund haben die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) und die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW im Sommer 2016 das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“ ins Leben gerufen, um die Angebots- und Bedarfsstrukturen politischer Bildung in den deutschen Polizeien zu analysieren und die Entwicklung von Bildungsangeboten zu unterstützen. Der Vortrag zeichnet daran anlehnend die Vorgehensweise des Projektes nach, gibt einen Überblick über zentrale Ergebnisse und diskutiert unter Präventionsaspekten Möglichkeiten, Grenzen und Entwicklungsperspektiven für die Praxis der politischen Bildung innerhalb der Polizei.



Ingo Bröcker-Wätzel

Landessportbund Brandenburg e. V.



Walter Pilger

NaturFreunde Thüringen e. V.



Susanne Springborn

Landessportbund Brandenburg e. V.

Walter Pilger ist stellv. Landesvorsitzender der NaturFreunde Thüringen e. V. und seit Mai 2014 als ausgebildeter Stärkenberater aktiv. Ehrenamtlich trägt er dazu bei, das Vereinsmotto mit Leben zu füllen: NaturFreunde – unterwegs in Sachen Demokratie. Immer dabei: der rote Koffer, das Erkennungszeichen der Stärkenberater/-innen. Weitere Infos unter: www.naturfreunde-thueringen.de

Susanne Springborn (systemische Beraterin) und **Ingo Bröcker-Wätzel** (Mediator) verantworten das Projekt „BeratenBewegen – DRANBLEIBEN“ bei der Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. Die beiden beraten Sportvereine in allen Fragen rund um Teilhabe, Konfliktbewältigung und im Umgang mit extremistischen und demokratiefeindlichen Vorfällen. Im Bereich Sport und Feuerwehr haben sie zudem Teams von weiteren ehrenamtlichen Demokratieberater*innen und Konfliktmanger*innen ausgebildet. Weitere Infos unter: www.beratenbewegen.de

Beratungsgespräch: Individuelle Beratung zu undemokratischem Verhalten im Verein

Teamgeist, Respekt und Zusammenhalt sind in den Vereinen wichtige Werte. Doch überall dort, wo Menschen zusammen kommen, gibt es auch Konflikte. Auch Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder religiöser Weltanschauung stellen die Vereine vor Herausforderungen. Gerade die ehrenamtlich Engagierten vor Ort sind durch solche Situationen schnell überfordert. Wie kann ich auf diese Konflikte reagieren, wie Ehrenamtliche im Verein halten und dabei die Vereinswerte aktiv leben?

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat Lösungsvorschläge für diese Fragen entwickelt. In den geförderten Projekten werden haupt- und ehrenamtlich Engagierte zu sogenannten Demokratieberater/-innen, Konfliktlotsen oder Stärkenberater/-innen ausgebildet. Sie informieren, sensibilisieren und beraten ihre Vereinskolleginnen und -kollegen zu Fragen rund um Beteiligung, Diskriminierung und Umgang mit undemokratischem Verhalten.

Drei Demokratieberater/-innen stehen für Ihre individuellen Fragen zur Verfügung. Interessierte Teilnehmer/-innen können (abhängig von der Nachfrage) individuelle Beratungsgespräche vereinbaren oder in der Kleingruppe mit den Referenten ihre Anliegen vorstellen, mögliche Lösungsansätze diskutieren und Anregungen für die eigene Vereinsarbeit mit nach Hause nehmen.



Schauspieler*innen der Bühne für Menschenrechte

Aktuelle Informationen zum Autor Michael Ruf und den am Projekt Bühne für Menschenrechte Beteiligten sowie den Schauspielerinnen und Schauspielern finden Sie online unter <http://buehne-fuer-menschenrechte.de/>. Dort finden Sie darüber hinaus Informationen zu den „NSU-Monologen“, aber auch zu anderen Stücken der Bühne für Menschenrechte.

Bühnenstück: NSU-Monologe

Moderation: Hanne Wurzel, Bundeszentrale für politische Bildung

Bei all der Berichterstattung über den sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund stand eins oft im Hintergrund: das Leid der Opfer. Die „NSU-Monologe“ sind dokumentarisches, wortgetreues Theater, das die Geschichten dreier Familien erzählt, deren Angehörige vom NSU ermordet wurden. Mal behutsam, mal fordernd liefern sie intime Einblicke in ihren Kampf um Anerkennung der Wahrheit und sind in Zeiten des Erstarkens von Rechtsextremismus an Aktualität kaum zu überbieten.

Die Bundeszentrale für politische Bildung möchte Sie einladen, die Perspektive der Betroffenen kennenzulernen und sich sowohl dem Schmerz und der Wut, als auch der Willensstärke und dem Mut der Hinterbliebenen Elif Kubaşık, Adile Şimşek und İsmail Yozgat zu stellen.

Im Anschluss an die Aufführung findet ein Podiumsgespräch mit der Opfer-Anwältin Seda Başay-Yıldız, Prof. Vanessa Salzmann, MdB Dr. Irene Mihalic und dem thüringischen Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer statt. Moderiert wird die Diskussion von Heike Kleffner.

Forum: „Politische Bildung“



Seda Başay-Yıldız



Stephan J. Kramer

Amt für Verfassungsschutz Thüringen



Dr. Irene Mihalic

Mitglied des Bundestages



Prof. Dr. Vanessa Salzmänn

Hochschule für öffentliche
Verwaltung NRW

Seda Başay-Yıldız ist Anwältin für Strafrecht in Frankfurt und vertrat fünf Jahre lang die Angehörigen des am 9. September 2000 durch den NSU in Nürnberg getöteten Enver Şimşek.

Stephan J. Kramer ist seit Dezember 2015 Verfassungsschutzpräsident Thüringens und war von 2004-2014 sowohl Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland als auch Leiter des Berliner Büros des European Jewish Congress. 2014/15 Direktor im Kampf gegen Antisemitismus in Europa des American Jewish Committee.

MdB Dr. Irene Mihalic ist seit 2013 Mitglied des Bundestages und seit 2016 Sprecherin für Innenpolitik der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die ausgebildete Polizeibeamtin und Diplomverwaltungswirtin war Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss.

Prof. Dr. Vanessa Salzmänn ist Professorin im Fachbereich Polizei/Polizeiwissenschaften an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung NRW und lehrt die Fächer Eingriffsrecht, Führungslehre und Soziologie.

Podiumsdiskussion: Nach dem NSU – Betroffenheit fordert aktives Tun

Moderation: Heike Kleffner, Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Unter dem Titel „Betroffenheit fordert aktives Tun: Aktuelle Herausforderungen nach den NSU-Prozessen für Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden“ diskutieren die Anwältin Seda Basay-Yildiz, Prof. Vanessa Salzmann, Dr. Irene Mihalic, MdB und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses, und der thüringische Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer die gesellschaftlichen Konsequenzen der NSU-Morde und des NSU-Prozesses. Dabei soll die Perspektive der Opfer im Mittelpunkt stehen: Welche Lehren können aus dem „NSU“ und dem Prozess gezogen werden? Was hat die zufällige Aufdeckung der Mordserie gesellschaftlich bewirkt? Und hat in den unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft – ob nun bei der Polizei, oder aber auch bei den Medien oder der Politik – ein Prozess der Selbstreflexion eingesetzt? Wie gehen wir mit den Erfahrungen der Betroffenen in unserer Gesellschaft um? Was muss getan werden, um zu verhindern, dass sich solche Ereignisse wiederholen?

Forum: „Politische Bildung“



Pedram Aghdassi

Creative Change e. V.



Philipp Badi Blom

Creative Change e. V.



Nina Holzhäuser

Creative Change e. V.



Betül Yimez

Creative Change e. V.

Seit 2017 leiten **Pedram Aghdassi** und **Philip Badi Blom** gemeinsam die gemeinnützige Organisation Creative Change e.V. und setzen sich mit ihrer Arbeit für mehr Partizipation und Demokratiebildung an Schulen ein.

Nina Marie Holzhäuser arbeitet seit August 2018 im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienst bei Creative Change e.V.

Betül Yimez ist seit 2018 bei Creative Change als Pädagogische Leitung tätig.

Die ausführlichen Viten der Referentinnen und Referenten dieses Programmpunktes finden Sie online unter www.praeventionstag.de

Theaterstück und Gespräch: Gemeinsam mutig bleiben

**Moderation: Hanne Wurzel, Bundeszentrale für
politische Bildung**

Die Schauspielerinnen und Schauspieler von Creative Change aus Offenbach bieten einen theaterpädagogischen Zugang zum Transfer und zur Reflexion der Themen der Tagung.

Wer kennt das nicht, dass man nach einer Fachtagung total inspiriert auf dem Heimweg sich schon die ersten Gedanken macht, wie man das Erlernte am besten in seine Arbeitswelt integriert. Aber wie gehe ich damit um, wenn es nicht gleich die gewünschten Erfolge hervorbringt? Geleitet von dieser Frage bietet das Team von Creative Change positive Möglichkeiten, die einen trotz der alltäglichen Herausforderungen stärken.

Nach einem kurzen Impuls in Form einer Theaterszene, möchte das Team von Creative Change in einen Dialog treten und über die angestoßenen Fragen diskutieren.

Creative Change e.V. ist eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, jegliche Art von vorhandenen Vorurteilen zwischen Menschen abzubauen. Durch partizipatives Theater und anschließenden Workshops werden Emotionen ausgelöst, die junge Menschen zu einem engagierten und offenen Erwachsenen entwickeln lassen. Die Projekte von Creative Change e.V. vermitteln Werte wie Verantwortungsbewusstsein, Empathievermögen und die Bereitschaft zur aktiven Verbesserung der Gesellschaft. So wird der Demokratiedanke gestärkt, wodurch jeglichem Fanatismus die Grundlage entzogen wird.



Tina Heise

Cultures Interactive e.V.



PD Dr. Harald Weilnböck

Cultures Interactive e.V.

Seit 2017 ist **Tina Heise** (BA Kulturwissenschaften, MA Sozio-kulturelle Studien) Projektkoordinatorin bei cultures interactive e.V. für das Projekt Fair*in – genderreflektierte Rassismusprävention und Spot on, girl Vol. III, außerdem ist sie freiberuflich als politische Bildnerin tätig: narrativ-biogr. Ansatz, Team&Konflikt, Berufsorientierung, Anti-Diskr.uvw.

Dr. habil. Harald Weilnböck (Ph.D.) hat in Deutschland, USA, Frankreich und Schweiz in Bereichen der qualitativen Medien-/ Kultur- und Sozialpsychologie geforscht. Er hat Cultures Interactive e.V. mitbegründet, das Radicalisation Awareness Network (RAN) mit aufgebaut und ist als Praktiker und Praxisforscher sowie Psychotherapeut im Feld der intensivpädagogischen Extremismus-Prävention und Distanzierung tätig. Jüngere Projekte sind „Women/Gender in Extremism and Prevention“ (WomEx), „Deradicalising Narratives“ (EDNA), „European Fair Skills – Prävention in Osteuropa“ (EFS), „CEE Prevent Net – Intolerance and Group Hatred in Central and Eastern Europe“, „DisTanZ – rechts-extremistisch gefährdete Jugendliche“ und „Fair*in – genderreflektierte Rassismusprävention“ sowie die Erarbeitung der RAN Derad Daclaration of Good Practice. Hinzu kamen Beteiligungen an Horizont 2020 Forschungsprojekten (Impact, BRaVE, Champions). Veröffentlichungen auf cultures-interactive.de/de/fachartikel.html, weilnboeck.net, european-fairskills.eu.

Narrative Gesprächsgruppen – an Schulen im ländlichen Raum

Rechtspopulismus, Menschenfeindlichkeit und Ressentiments bei Schüler*innen lassen sich im Unterricht nicht einfach weglehren. Konfrontation und Aufklärung verpuffen zumeist. Dies ist anders, wenn durch Bezug auf persönliche Erlebnisse die affektive Ebene angesprochen wird. Vertrauensvolles Erzählen und Zuhören im geschützten Rahmen machen es möglich, dass alltagsweltliche und prägende Erfahrungen zur Sprache kommen – und hitzige Diskussionen unterbleiben können. Im narrativen Austausch findet Persönlichkeitsentwicklung statt. Es wird die Neugier auf bisher Unbekanntes und der Wunsch nach demokratischer Gemeinsamkeit geweckt.

Das Modellprojekt erprobt narrative Gesprächsgruppen im ländlichen und kleinstädtischen Raum. Diese bestehen aus den Hälften einer Schulklasse, die von zwei schulexternen Gruppen-Leiter*innen während der Unterrichtszeit themenoffen moderiert werden. Begleitet werden sie von einem Time-out für klärende Einzelgespräche. Die „turbulente Klassenfahrt“, Mädchen-Jungen, die „schwierigen Lehrer*innen“, die „dauernde Unfreundlichkeit“ in der Stadt, „wie Chris von Nazis verprügelt wurde“, die „Probleme mit den Geflüchteten“, „Ist das ‘ne Selbsthilfe-Gruppe hier? Ich bin doch kein Opfer!“, usw. Was immer die Schüler*innen als Gruppe bewegt, wird im narrativen Modus vertieft. Die gesellschaftliche und politische Dimension stellt sich von ganz allein her.

Forum: „Politische Bildung“



Thomas Heppener

Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



Barbara Menke

ARBEIT UND LEBEN e. V. DGB/VHS,
Bundesausschuss politische Bildung



Holger Schmidt

Polizeipräsidium München



Benedikt Widmaier

Akademie für politische und soziale
Bildung der Diözese Mainz „Haus am
Maiberg“

Thomas Heppener leitet das Referat „Demokratieförderung“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Barbara Menke ist Bundesgeschäftsführerin von ARBEIT UND LEBEN (DGB /VHS) e.V. sowie Vorsitzende des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Kriminaloberrat **Holger Schmidt** ist Polizeivollzugsbeamter und leitete von 2015 bis 2019 das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt.

Benedikt Widmaier ist Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz „Haus am Maiberg“.

Podiumsdiskussion: Politische Bildung vs. (Extremismus-)Prävention?

**Moderation: Jochen Schmidt, Landeszentrale für
politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern**

Im gesellschaftlich aufgeheizten Klima dieser Tage wird der Ruf nach politischer Bildung wieder lauter: Der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses, die „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ oder das „Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“ – sie alle sehen die politische Bildung in der Pflicht, durch Bildungsangebote an der Demokratiestärkung und der politisch-gesellschaftlichen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger mitzuwirken.

Zugleich sind solche Papiere aber wenig trennscharf, wenn es um die konkreten Forderungen geht: Mal steht die Extremismusprävention im Fokus, mal die Demokratieförderung, dann wieder die politische Bildung, sodass die Grenzen zwischen Zuständigkeiten, Kompetenzen und Akteuren zunehmend verschwimmen. Dabei geht es um weit mehr als sprachliche Spitzfindigkeiten, denn Begriffe haben Konsequenzen: Politische Bildung einzig als Teil der Prävention zu betrachten, hieße, sich dem Primat der Sicherheitsperspektive unterzuordnen und wäre mit dem Grundverständnis der Profession unvereinbar. Wie lassen sich also die unterschiedlichen Konzepte zusammenbringen? Was heißt Demokratieförderung und wie lässt sie sich von (Extremismus-)Prävention abgrenzen? Worin unterscheiden sich politische Bildung und Demokratieförderung? Wer kann was und wo stoßen Akteure und „Disziplinen“ an ihre Grenzen?

Forum: „Politische Bildung“



Martin Becher

**Bayerisches Bündnis für Toleranz,
Demokratie und Menschenwürde
schützen**



Susanne Feustel

Kulturbüro Sachsen e. V.



Grit Hanneforth

Kulturbüro Sachsen e. V.



Thomas Müller

Polizei Bremen

Martin Becher ist Geschäftsführer des „Bayerischen Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen“.

Susanne Feustel arbeitet als Fachreferentin beim Kulturbüro Sachsen e. V.

Grit Hanneforth ist Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e. V.

Thomas Müller arbeitet als Polizeibeamter und Integrationsbeauftragter in Bremen.

Die ausführlichen Viten der Referentinnen und Referenten dieses Programmpunktes finden Sie online unter www.praeventionstag.de

Projektvorstellung: Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog

Moderation: Martin Langebach, Bundeszentrale für politische Bildung

Im November 2011 erschütterte die Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) die Bundesrepublik. Die Tatsache, dass die Mitglieder des NSU über zehn Jahre hinweg unbehelligt von den Sicherheitsbehörden morden konnten, hat der frühere Innenminister Günther Beckstein als die „größte Niederlage des Rechtsstaates“ bezeichnet. Der mit der Aufarbeitung des NSU-Skandals befasste erste Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages sprach 2013 Handlungsempfehlungen aus, um künftig die Sensibilität für die Gefahren des Rechtsextremismus zu stärken. Das Gremium regte den Dialog und den Austausch zwischen Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren an.

Die Modulare Fortbildung „Zwischen Konflikt und Konsens – Polizei und Zivilgesellschaft im Dialog“ greift diesen Vorschlag auf.

Die Fortbildung richtet sich zum einen an zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Sie engagieren sich etwa in Bündnissen gegen Rechtsextremismus, nehmen an lokalen und regionalen „Runden Tischen“ für Demokratie teil, sind in Initiativen und Vereinen aktiv, die sich gegen Diskriminierung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen einsetzen.

Gleichermaßen richtet sich die Fortbildung an Polizist*innen des Bundes und der Länder in unterschiedlichen Verwendungen: Beamtinnen und Beamten des Wach- und Wechseldienstes, der Bereitschaftspolizeien sowie der Kriminalpolizei.



Diana Beyer

Hochschule Merseburg



Prof. Dr. Jens Borchert

Hochschule Merseburg



Franziska Göpner

Anne Frank Zentrum



Roman Guski

Anne Frank Zentrum



Dr. Maren Jütz

Hochschule Merseburg

Jens Borchert lehrt an der Hochschule Merseburg.

Diana Beyer und **Maren Jütz** sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen an der Hochschule Merseburg.

Franziska Göpner und **Roman Guski** arbeiten für das Anne Frank Zentrum in Berlin.

Die ausführlichen Viten der Referentinnen und Referenten dieses Programmpunktes finden Sie online unter www.praeventionstag.de

Vortrag und Gesprächsrunde: Politische Bildung im Jugendstrafvollzug

Politische Bildung im Strafvollzug ist ein relativ neues Thema. Bisher wurden meist Fragen von Grundbildung sowie schulischer und beruflicher Bildung im Vollzug diskutiert. In der Veranstaltung werden das Vorgehen einer bundesweiten Untersuchung vorgestellt sowie erste Ergebnisse präsentiert. Hierbei sollen die Erfahrungen der Teilnehmer*innen einbezogen werden.



Dr. Gereon Flümann

Bundeszentrale für politische Bildung

Dr. Gereon Flümann ist Referent im Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. Zuvor studierte er in Bonn und Stockholm Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Staatsrecht und fertigte eine Dissertation über den staatlichen Umgang mit politischem Extremismus in Deutschland und den Vereinigten Staaten an. Nach einer Tätigkeit bei der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wechselte er 2013 zur bpb. Darüber hinaus ist Gereon Flümann seit 2015 Lehrbeauftragter am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Workshop: Demokratieverständnisse in der Extremismusprävention

Präventionsakteure sind sich meist im Groben einig in Bezug auf Gefahren für die Demokratie, die als Extremismus oder Populismus beschrieben werden – je nach Perspektive mit den Unterarten rechts, links oder islamistisch. Was bei der Beschäftigung mit den Gegnern der Demokratie bisweilen ausbleibt, ist die eigene Verortung. Was meinen wir, wenn wir von Demokratie sprechen? Was gehört dazu und was nicht? Wofür setzt sich Prävention in Abgrenzung zu undemokratischen Politikentwürfen ein? Gibt es einen Minimalkonsens, auf den sich die Profession berufen kann? Wenn wir Prävention machen, wollen wir dann nur etwas verhindern oder auch etwas erreichen? Der Workshop soll zur Reflexion des Berufsverständnisses in der Extremismusprävention beitragen.



Rami Ali

TURN Verein für Gewalt- und Extremismusprävention



Felix Lippe

TURN Verein für Gewalt- und Extremismusprävention

Rami Ali ist Vortragender (u.a. an der Universität Wien) und wiss. Mitarbeiter im Büro für Gesellschaft, Organisation und Entwicklung – think.difference. Er forscht und lehrt zu Migration, Integration, Rassismus, sowie zu Gewaltideologien und Extremismus. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit politischen Themen im Nahen Osten. Er studierte Politikwissenschaften und Islamwissenschaften an der Universität Wien und hat u.a. bei DERAD, Beratungsstelle Extremismus und am Institut für Islamische Studien (Universität Wien) gearbeitet. Er ist im Vorstand des Vereins TURN, wo er bei „Jamal al-Khatib–Mein Weg!“ u.a. für die islamwissenschaftliche Recherche und für das Monitoring von jihadistischer Online Propaganda zuständig ist.

Felix Lippe ist wiss. Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Terrorismus, Extremismus und politische Gewalt. Im Speziellen beschäftigt er sich mit jihadistischen Netzwerken in Europa, Fanatisierungsprozessen von Foreign Fighters und Rechtsextremismus on- und offline. Er studierte Rechtspsychologie (M.Sc.) and der Universität Maastricht und Peace and Security Studies (M.A.) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Er ist Gründungsmitglied und Vorstand im Verein TURN und bei „Jamal al-Khatib–Mein Weg!“ u.a. für die Praxisbegleitforschung zuständig.

Projektvorstellung: Jamal al-Khatib – Mein Weg: Webvideos zur Extremismus- prävention

**Moderation: Baran Korkmaz, Bundeszentrale für
politische Bildung**

„Jamal al Khatib-Mein Weg!“ ist eine Online-Kampagne im Bereich der politischen Bildung. Der Impuls für das Projekt ging von einem Jugendlichen aus, der sich nach seinem Ausstieg aus der jihadistischen Szene dafür einsetzen wollte, Jugendliche davor zu bewahren, die gleichen Fehler zu begehen. Das seither entstandene Projektteam besteht aus Jugendlichen, die aus der Jihadistischen Szene ausgestiegen sind und aus solchen, die in der Hochphase 2014/15 in ihrer Peer Group eine kritische Position zum sog. IS bezogen haben. Entsprechend des peer-to-peer Ansatzes bilden ihre Erfahrungen die Grundlage für das Projekt. Mit der Methode der Narrativen Biographiearbeit werden Videos mit alternativen Narrativen zu jihadistischer Propaganda produziert. Diese Videos werden im Zuge einer Online-Kampagne auf verschiedenen Social Media Plattformen veröffentlicht und über die Figur Jamal al-Khatib an die Zielgruppe herangebracht. Die alternativen Narrative werden mit der Methode Online-Streetwork vermittelt. In unserer ersten Kampagne wurden 2017 rund 200.000 Views und über 16.000 Online-Interaktionen erzielt. Die dazu entwickelten pädagogischen Materialien werden mittlerweile von Multiplikator*innen in unterschiedlichen pädagogischen Settings, wie im Gefängnis, in der Offenen Jugendarbeit, in der Bewährungshilfe, aber auch im schulischen Kontext verwendet. 2019 wird die zweite Staffel lanciert.



Achim Bröhenhorst

Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen



Dr. Daniela Kallinich

Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung



Mikis Rieb

Niedersächsische Landeszentrale für
politische Bildung

Achim Bröhenhorst ist Sozialmanager und arbeitet beim Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen in der Prävention von Rechtsextremismus. Nach dem Studium arbeitete er mehrere Jahre in verschiedenen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie an Schnittstellen von Staat und Zivilgesellschaft.

Dr. Daniela Kallinich ist Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet in der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Am Göttinger Institut für Demokratieforschung hat sie zuvor zu Parteien, Politik und Gesellschaft in Deutschland und Frankreich geforscht und am Projekt „Göttinger Kinderdemokratie“ mitgewirkt.

Mikis Rieb ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Dort beschäftigt er sich mit den Themenfeld Demokratie stärken und dem Problemfeld Rechtsextremismus. Zuvor war er bei der Mobilen Beratung in Thüringen: Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) tätig und bekleidete die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz im Landkreis Göttingen.

Projektvorstellung: Mit einer App spielerisch gegen Parolen

Ein rassistischer Spruch auf der Familienfeier, ein sexistischer Witz auf dem Schulhof oder eine abfällige Bemerkung über Geflüchtete in der Kneipe – was tun? Um Menschen in Ihrer Reaktionsfähigkeit zu stärken, sind Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen ein bewährtes Mittel der politischen Bildung. Häufig geht es dabei „nur“ um kleine Kniffe und Tricks.

Die Parolen-App bietet eine Möglichkeit zur ersten Auseinandersetzung mit Reaktionsmöglichkeiten auf Vorurteile in Parolen-Form. Um sich spielerisch mit möglichen inhaltlichen Antworten oder geeigneten Strategien vertraut zu machen und diese auch zu erproben, steht neben Informationen zu Parolen und Gegenargumenten sowie einem Strategie-Guide ein Mini-Spiel zur Verfügung. So lässt sich spielerisch erfahren, dass es viele Möglichkeiten gibt, Stammtischparolen zu widersprechen und für Demokratie einzuschreiten.

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung stellt ihre „Parolen-App“ kurz vor dem offiziellen Launch einem Fachpublikum aus Prävention und politischer Bildung vor.

Neben Einblicken in die Entstehung steht ein Live-Let's Play im Mittelpunkt: Gemeinsam werden das Minispiel zum Erproben von demokratischem Widerspruch gegen Stammtischparolen ausprobiert und Fragestellungen an der Schnittstelle von politischer Bildung und Präventionsarbeit diskutiert.



Dr. Michael Kiefer

**Aktion Gemeinwesen und
Beratung e. V.**



Lisa Kiefer

**Aktion Gemeinwesen und
Beratung e. V.**

Dr. Michael Kiefer ist Leiter der Post-Doc Gruppe für „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ am Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück. Zudem arbeitet er bei einem anerkannten Jugendhilfeträger in Düsseldorf. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten als Islamwissenschaftler zählen u. a. Islam in Europa, Integration von Zuwanderern im kommunalen Raum, Neosalafismus und Radikalisierungsprävention, Antisemitismus und Migration.

Lisa Kiefer koordiniert das Modellprojekt „Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbareitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“. Sie hat Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin und Modern Middle East Studies an der Universität Leiden in den Niederlanden studiert.

Projektvorstellung: Clearingverfahren und Case Management – Radikalisie- rungsprävention in der Schule

**Moderation: Stella Covaci, Bundeszentrale für
politische Bildung**

Das Modellprojekt „CleaR – Clearing gegen Radikalisierung“ wird derzeit an sechs Schulen in Nordrhein-Westfalen und Berlin durchgeführt. Den Mittelpunkt des Modellprojekts bildet das siebenstufige Clearingverfahren. Dieses hochstrukturierte Verfahren soll im Rahmen des Projekts erprobt und an den Schulen implementiert werden. Hierbei richtet sich das Clearingverfahren im Kern auf die Unterbrechung von Radikalisierungsprozessen.

Die Zeit des Heranwachsens ist geprägt durch physische und psychische Entwicklungsprozesse, die mitunter mit schwierigen altersspezifischen Entwicklungsaufgaben einhergehen. Diese Lebensphase ist sowohl von Verunsicherung und Instabilität, als auch manchmal durch extreme Provokation gegenüber Eltern, Lehrkräften und anderen Autoritäten gekennzeichnet.

All diese Ausdrucksformen werden erst dann problematisch, wenn gewaltorientierte, menschenfeindliche oder demokratiefeindliche Äußerungen und Haltungen zu einem Bruch mit dem bisherigen Umfeld führen. Besonders problematisch wird es dann, wenn Jugendliche bereit sind, ihre Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen oder auf Überwältigung abzielen.

Der Vortrag wird sich mit den Ergebnissen und einer möglichen Weiterentwicklung von Radikalisierungsprävention im schulischen Kontext befassen.

Stefan Schack

4S trainings gbr

Sabine Sommer

4S trainings gbr

Maria Springenberg-Eich

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Stephan Schack ist in der Demokratie- und Menschenrechtsbildung, der interkulturellen Orientierung und Öffnung und der Teilhabe aller Menschen tätig. Er entwickelt Ausbildungen, Trainings und Seminare und bietet sie für verschiedene Zielgruppen an. Mit seinen Kompetenzen steht er auch als Berater und Coach für Institutionen und Organisationen zur Verfügung. Zu seinen Themenschwerpunkten gehören demokratisches Miteinander, interkulturelle Verständigung, Partizipation junger Menschen, beteiligungsorientierte Moderation. Diese Themenfelder verbindet er mit aktuellen Erkenntnissen aus den kognitiven Neurowissenschaften. Er ist Gesellschafter der 4S trainings gbr.

Sabine Sommer ist in der Demokratie- und Menschenrechtsbildung, im Diversity Management und der interkulturellen Öffnung tätig. Sie konzipiert und leitet Trainings und Ausbildungen, berät und coached Einzelpersonen, heterogene Gruppen, Teams und Führungskräfte. Sie nutzt ihre Fähigkeiten in den Bereichen Schule, Unternehmen und Verwaltung. Zu ihren Schwerpunktthemen gehören Demokratisierung und wertschätzende Kommunikation, Nichtdiskriminierung, Inklusion, Begegnung auf Augenhöhe auch und gerade in hierarchischen Strukturen, sowie körperliche und geistige Entspannung in Stresssituationen (Resilienz). Sie ist Gesellschafterin der 4S trainings gbr.

Maria Springenberg-Eich ist seit 2004 Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Köln und Wuppertal. Von 1984 bis 1986 war sie als Referatsleiterin beim DGB Bundesvorstand im Bereich „Bildung“ tätig, anschließend als Referentin und Referatsleiterin im Wirtschaftsministerium NRW.

Demokratie für mich. Ein Bildungsprogramm zur Demokratiebildung junger neu Zugewanderter

Das Bildungsvorhaben "Demokratie für mich" ist ein Angebot zur Demokratiebildung, Wertevermittlung und zum Spracherwerb. Es wird in Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Neu zugewanderte junge Menschen werden mit Grundrechten und damit verbundenen Werten des Zusammenlebens in unserem Land vertraut gemacht. Die Landeszentrale für politische Bildung NRW hat gemeinsam mit der 4S trainings gbr ein Angebot entwickelt, um junge Zugewanderte bei der Identitätsbildung in der Fremde zu unterstützen und mit ihnen über die Demokratie in Deutschland ins Gespräch zu kommen. Ausgangspunkte des Erfahrens von und des Lernens über Demokratie sind zurückgelassene Lebenswirklichkeit der zugewanderten Menschen. Der Konzeption liegt zugrunde: Deutschland ist für hier ankommende Menschen ein fremdes Land. Viele der Werte, Gesetze und Normen, nach denen Menschen hier leben, sind für die Ankommenden neu. Zugleich sind sie aufgefordert, die hier geltenden Regeln einzuhalten. Doch wie können Menschen, die neu nach Deutschland kommen, dies alles kennenlernen und auch verstehen? Der besondere und innovative Ansatz des Bildungsprogramms unterstützt diesen Prozess durch erfahrungsorientiertes Lernen. „Demokratie für mich“ wird anwendungsorientiert und mit Beispielen aus der Praxis vorgestellt und aufgezeigt, wie dadurch gängige Ansätze und Formate der Demokratiebildung bereichert werden können.



Larissa Bothe

Gegen Vergessen –
Für Demokratie e. V.



Julia Wolrab

Gegen Vergessen –
Für Demokratie e. V.

Larissa Bothe (*1981) studierte Judaistik, Neuere Geschichte und Religionswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen im Bereich historisch-politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Antisemitismusprävention, Vermittlung jüdischer Geschichte und Kultur, antirassistische Bildungsarbeit, Peer Education und Förderung von Demokratiekompetenz Larissa Bothe war als wissenschaftliche Referentin am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und als Projekt- und Bereichsleitung beim Anne Frank Zentrum Berlin tätig. Derzeit ist sie wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Julia Wolrab (*1985) ist seit 2013 wissenschaftliche Referentin für Extremismusprävention und politische Bildung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. in Berlin. Davor war sie Mitbegründerin der „past [at] present – Geschichte im Format“ GbR Berlin. Wolrab studierte Geschichte, Islamwissenschaften und Public History in Freiburg und Berlin und ist darüber hinaus ausgebildete systemische Beraterin. 2016 gab sie zusammen mit Sarah von Oettingen den Band „Widersprechen aber wie? Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ heraus. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der historisch-politischen Bildung, der Konzeption von digitalen Bildungsformaten sowie in der systemischen Beratung und Prozessentwicklung.

Projektvorstellung: Haltung zeigen, aber wie? WiEder_sprechen für Demokratie

Moderation: Jana Kärgel, Bundeszentrale für politische Bildung

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

So steht es an oberster Stelle im Grundgesetz – und doch erleben viele Menschen in Deutschland ganz alltäglich abwertende oder diskriminierende Äußerungen oder Haltungen. Zum Beispiel am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Sportverein: Jemand gibt diskriminierende Aussagen von sich, das haben viele von uns schon erlebt. Aber was geschieht mit uns, wenn wir solche Aussagen hören? Wie kann man in diesen Situationen reagieren? Was kann man überhaupt erreichen, wenn man auf derartige Aussagen reagiert? Was ändert sich, wenn dieser Mensch ein Vereinsmitglied, Kolleg*in, Freund*in oder sogar Familienangehörige/r ist?

Im Rahmen einer Projektvorstellung möchten wir Einblick in zwei Angebote von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geben, die zum Ziel haben, menschen- und demokratiefeindlichen Haltungen etwas entgegenzusetzen und sich für ein wertschätzendes Zusammenleben einzusetzen. Dabei geht es neben dem Kennenlernen von Kommunikationsstrategien und dem Überwinden eigener Unsicherheiten auch um das (Wieder-)Entdecken von demokratischen Werten und Prinzipien als Grundlage von Dialog und Teilhabe. Dazu werden wir Formate vorstellen, die sowohl im persönlichen Kontakt mit Menschen als auch online umgesetzt werden können.

Einzelvorträge

	Seite
Frühe Prävention von Radikalisierung – Müssen wir Umdenken?	180
Prof. Dr. Andreas Beelmann Thomas Müller	
Effekte der Tertiärprävention bei Sexualstraftätern	182
PD Dr. Martin Rettenberger	
Vorstellung des Projektes NeDiS	184
Clementine Englert Torsten Kunze	
Sicherheit und Vielfalt im Quartier	186
Dr. Anke Schröder Dr. Melanie Verhovnik	
Von Gewalt bis Radikalisierung – Zivile Helden gesucht	188
Günther Bubenitschek Sophie von Bissingen	
Aggressions-/Gewaltprävention in der stationären Altenhilfe	190
Anja Gerlach Prof. Dr. Thomas Görden Sabine Nowak	
Evaluationskriterien in der Islamismus- prävention	192
Dr. Simone Ullrich	
Prävention sexuellen Kindesmissbrauchs – auch im Internet	194
Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier	
Staatsanwaltschaft und gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention	196
Prof. Dr. Helmut Fünfsinn	

	Seite
CTC – Eine Rahmenpräventionsstrategie für Deutschland?	198
Frederick Groeger-Roth Janina Hentschel Sven Kruppik	
„Cybercrime gegen Unternehmen“ aus Sicht der Strafverfolgung	200
Arne Dreißigacker Anja Stiller Bennet von Skarczinski Prof. Dr. Gina Wollinger	
Äquivalente Gesundheitsversorgung: Stationäre Einrichtungen	202
Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	
Islamfeindlichkeit, Radikalisierung & Demokratieförderung	204
Dr. Mitra Moussa Nabo Inga Nehlsen	
Bundesweite Präventionsansätze im Rahmen der Zuwanderung	206
Matthias Kornmann	
„Hate Speech“ und Meinungsfreiheit im Internet	208
Dr. Benjamin Krause Georg Ungefuk	
Die Sorgen der Bürger ernst nehmen!? Prävention als Dilemma	210
Viktoria Kosjankow Johannes Maaser Prof. Dr. Ulrich Wagner	
Korrumpierte Manager – ein Fall systemproduzierter Kriminalität?	212
Prof. Dr. Dieter Hermann	

	Seite
„Fake News“: Nutzen und Schaden der sozialen Medien in Korea	214
Hark-Mo Daniel Park	
Opferentschädigung in Deutschland – wo stehen wir?	216
Barbara Wüsten	
Genderspezifische Radikalisierungsprävention: warum und wie?	218
Marina Hilzinger Dr. Christiane Nischler-Leibl	
Kinder und häusliche Gewalt – Den Kreislauf durchbrechen	220
Oliver Hagemann Anne Thiemann	
Der Islam im Jugendstrafvollzug – Chancen und Risiken	222
Dr. Barbara Bergmann Paulina Lutz	
Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa) – Neue empirische Befunde	224
Ina Hennen Moritz Quel	
Medizinische Leitlinien: Impulse für die Kriminalprävention?	226
Prof. Dr. Günter Dörr Bernd Holthusen	
Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017 – Kernbefunde	228
Daniel Church	
Antisemitismus bei ausgewählten Migrantengruppen	230
Dr. Christian Babka von Gostomski	

	Seite
Die Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland Dr. Leonie Steinl	232
Training deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen * Prof. Dr. Janine Neuhaus	234
Sozialräumliche Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus Dr. Björn Milbradt	236
Kiezorientierte Prävention in Berlin Dr. Albrecht Lüter Dr. Miriam Schroer-Hippel	238
#Grenzerfahrungen Kübra Gümüşay Svenja Pasternack	240
Bedrohungsmanagement als präventive Maßnahme in Behörden * Mirko Allwinn	242
TV-Gewalt: Wie wirklich ist die Medienwirklichkeit? Prof. Dr. Thomas Hestermann	244
Die Rolle der Rechtsmedizin im Kinderschutz Rainer Becker Dr. Verena Blaas	246
Geografische Aspekte des Organisierten Wohnungseinbruchs Arne Dreißigacker Dr. Anna Isenhardt Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger	248

	Seite
Städtische Vielfalt und Konflikte im öffentlichen Raum	250
Gabriel Bartl Niklas Creemers Dr. Holger Floeting	
Schritte zur nachhaltigen Integration von Gesundheitswesen (public health)	252
Prof. Dr. Dr. SD Shanti	
Prävention von Verletzungen der Rechte von Rechtsanwälten	254
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak	
Kontrolle Internetpropaganda (KIP)	256
Stefanie Ballscheidt Brahim Ben Slama	
Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet	258
Prof. Dr. Dirk Baier Liliane Galley	
Freiheitsentzug in der Jugendhilfe – FAQ	260
Dr. Sabrina Hoops	
Mobile Anwendung zur Unterstützung von Sicherheitsberatungen *	262
Digitale Sicherheitsberatung – Die App gegen die Angst vor dem Einbruch	
Kai Besser	
Studie „Sicherheit öffentlicher Räume“ *	264
Dr. Tillmann Schulze	
Urban angepasste Barrieren und die gesellschaftliche Debatte	266
Prof. Dr. Norbert Gebbeken	

	Seite
Sucht und Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Städten	268
Janina Hentschel Moritz Konradi Dirk Wurm	
Ethische Ansprüche an die Internetauswertung Extremismus	270
Dr. Robert Pelzer Elias Tiemann	
Demokratiedistanz und Extremismus bei Jugendlichen	272
Prof. Dr. Dirk Baier Dr. Patrik Manzoni	
Digitales Alarm- und Notfallmanagement für Schulen *	274
Peter Endress Dieter Jung	
Polizeiliche Videobeobachtung an Kriminalitätsbrennpunkten	276
Christoffer Glaubitz Dr. Dominic Kudlacek	
Toleranzförderung in strukturschwächeren Kleinstädten	278
Zara Marlene Gadzala Prof. Dr. Yvette Völschow	
Demokratisches Miteinander: Spannungsfelder im Sport	280
Michael Gabriel Nico Mikulic Nina Reip Alexander Strohmayer	
Zivilcourage zeigen, aber wie?	282
Chantal Billaud Laura Brand	

	Seite
Handbuch Extremismusprävention und Extremismuspräventionsatlas	284
Florian Gruber Dr. Uwe Kemmesies Karoline Weber	
Befürwortung extremistischer Gewalt in Deutschland	286
PD Dr. Marc Allroggen	
Papilio: Prävention von der Krippe bis zur Grundschule	288
Christine Liermann Dr. phil. Charlotte Peter Univ.-Prof. Dr. phil. Herbert Scheithauer	
Spannungsfeld zwischen rechtsstaatlichen Polizeieinsätzen & Bürgerprotesten	290
Dietmar Schilff	
Wer ist zuständig für die Sicherheit im öffentlichen Raum?	292
Anna Rau Dr. Michaela Wendekamm	
KITA 2020: Das Recht des Kindes auf eine gewaltfreie Erziehung	294
Klaus Auer Prof. Dr. Christiane Vetter	
Interdisziplinäre Prävention von Radikalisierung & Extremismus	296
Janine Aeberhard Philippe Piatti	
Radikalisierungsprävention beschreiben: eine Typologie	298
Daniel Grunow Joachim Langner Marco Schott	

	Seite
Prävention im Umgang mit islamistischer Radikalisierung	300
Manuela Freiheit Andreas Uhl Prof. Dr. Andreas Zick	
Vom pädagogischen Umgang mit Gewalttätern & Radikalierten	302
Prof. Dr. Rebecca Friedmann	
Islamophobie in der Polizei? Zum Einfluss der Kontakthäufigkeit	304
Prof. Dr. Stefanie Kemme	
Integrierte Stadtbildgerechte Sicherheitskonzepte	306
Christian Schneider Detlev Schürmann Christian Weicht	
Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	308
Helmolt Rademacher	
Das luxemburgische Modell der Radikalisierungsprävention	310
Peter Kagerer	
Analyse selektiver und indizierter Extremismusprävention	312
Asbjørn Mathiesen Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier	
Der Umgang mit salafistischer Propaganda im Social Web (II)	314
Annika Hamachers	
Menschenrechtsorientierte Jugendkulturarbeit	316
Silke Baer	

	Seite
Präventionsarbeit der Polizei an Schulen – Empirische Befunde Jürgen Kepura	318
KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) Thomas Lorenz Sandra Temmen	320
Gewalterfahrungen und Anzeigeverhalten von LSBTI in Sachsen Britta Borrego Vera Ohlendorf	322
Radikalisierung-Jugend-Resilienz-Trainings und ihre Wirksamkeit Dr. Noel Klima	324
Wie Radikalisierungsprävention auf Jugendliche wirken kann?! Dr. Frank Greuel Katja Schau	326

Die mit * gekennzeichneten Programmteile beinhalten Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen



Prof. Dr. Andreas Beelmann

Universität Jena



Thomas Müller

Landespräventionsrat Niedersachsen,
Niedersächsisches Justizministerium

Prof. Dr. Andreas Beelmann ist seit 2004 Professor für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation am Institut für Psychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und seit 2016 Direktor des Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex). Schwerpunkte seiner Forschungen sind die Entstehung und Prävention von Verhaltens- und Entwicklungsproblemen bei Kindern und Jugendlichen sowie die Evaluation und Meta-Analyse sozialwissenschaftlicher Interventionsprogramme.

Thomas Müller ist seit 1981 Polizeibeamter und leitet seit Juli 2016 die Koordinierungsstelle des „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium. Nach seinem Studium 2005-2007 an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster – Hilstrup leitete er das Polizeikommissariat Papenburg und war Vorsitzender des Kriminalpräventionsvereins Papenburg (Ehrenamt). Im Anschluss übernahm er die Dezernatsleitung für Zentrale Aufgaben bei der Polizeidirektion Osnabrück. Seit 2007 ist er parallel als Referent für das Modul Kriminalprävention des Beccaria-Qualifizierungsprogramms tätig und vertrat von 2010 bis 2016 die kommunalen Präventionsgremien Niedersachsens im Vorstand des Landespräventionsrates Niedersachsen (Ehrenamt).

Frühe Prävention von Radikalisierung – Müssen wir Umdenken?

Moderation: Dr. Uwe Kemmesies, Bundeskriminalamt

„Niemand hasst von Geburt an jemanden aufgrund dessen Hautfarbe, dessen Herkunft oder dessen Religion.“ ist ein bekanntes Zitat von Nelson Mandela, dessen Aussage inzwischen durch viele wissenschaftliche Studien belegt ist. Wir müssen uns also fragen, wann in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen entsteht der Hass auf andere? Und was können wir wann tun, um die Entwicklung junger Menschen im positiven Sinn so zu beeinflussen, dass kein Hass entsteht?

Der Vortrag beschreibt die Motivation und das Vorgehen der beim Landespräventionsrat Niedersachsen angesiedelten Koordinierungsstelle des Landesprogramms gegen Rechts-Extremismus – für Demokratie und Menschenrechte. Von der Beauftragung einer wissenschaftlichen Metaanalyse zur Zusammenfassung des aktuellen Wissenstandes der entwicklungsorientierten Prävention von (Rechts-)Extremismus durch Prof. Dr. Andreas Beelmann von der Universität Jena über den Transfer der Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen über verschiedene Formate in die Praxis, der Pilotierung von wirkungsorientierten, in der Phase der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und jungen Erwachsenen ansetzenden Präventionsprogrammen und deren wissenschaftlicher Begleitung bis hin zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Landesregierung.



PD Dr. Martin Rettenberger
Kriminologische Zentralstelle (KrimZ)

PD Dr. Martin Rettenberger, Kriminologische Zentralstelle (KrimZ), Wiesbaden, studierte Psychologie (Dipl.-Psych.) an der Universität Regensburg und an der Freien Universität Berlin sowie Kriminologie (M.A.) an der Universität Hamburg. Nach Abschluss seines Studiums war er zwischen 2006 und 2010 an der Begutachtungs- und Evaluationsstelle für Gewalt- und Sexualstraftäter (BEST) in Wien tätig. Während dieser Zeit promovierte er an der Abteilung für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Ulm zum Thema Kriminalprognose bei Sexualstraftätern. Ab August 2010 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Gutachter am Institut für Sexualforschung und Forensische Psychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) angestellt. Von Anfang 2013 bis Februar 2015 war er als Juniorprofessor für Forensische Psychologie am Psychologischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) tätig. Seit März 2015 ist er Direktor der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) in Wiesbaden. Er ist habilitiert im Fach Psychologie am Psychologischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU). Martin Rettenberger fungiert aktuell als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises der Sozialtherapeutischen Anstalten im Justizvollzug und seit September 2016 Generalsekretär der International Association for the Treatment of Sexual Offender (IATSO).

Effekte der Tertiärprävention bei Sexualstraftätern

Moderation: Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

Der Vortrag beschäftigt sich einleitend mit der aktuellen Praxis und dem jeweiligen Stand der Evaluationsforschung zu den unterschiedlichen Formen der Kriminalprävention (Primär-, Sekundär-, Tertiär- und Quartärprävention) bei sexualisierter Gewalt. Anschließend wird der Forschungsstand zur Rückfälligkeit von Sexualstraftätern skizziert, bevor die aktuellen Erkenntnisse zur kriminalpräventiven Wirkung von Behandlungs-, Betreuungs- und Kontrollmaßnahmen bei Personen, die aufgrund sexuell motivierter Straftaten verurteilt wurden, diskutiert werden. Dabei zeigt sich, dass zum einen die Rückfallraten bei Sexualstraftätern generell relativ niedrig sind und ein wesentlicher Grund hierfür die Implementierung wirksamer Interventionsprogramme in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten ist. Die derzeitige Interventionspraxis im Justizvollzug zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus, die als zentrale Erfolgskriterien angesehen werden können: Eine zunehmende Evidenzbasierung und eine empirisch fundierte Ressourcensteuerung. Zusammengefasst können die derzeit vorliegenden empirischen Befunde als ein starker Indikator dafür eingestuft werden, dass die Tertiärprävention bei Sexualstraftaten ein kriminalpräventives Erfolgsmodell darstellt und wesentlich zur Absenkung der Kriminalitäts- und Rückfallraten bei sexualisierter Gewalt beigetragen hat und weiterhin beiträgt.



Clementine Englert

Hessisches Ministerium der Justiz



Torsten Kunze

Hessisches Ministerium der Justiz

Frau Vorsitzende Richterin am Landgericht **Clementine Englert** ist seit September 2018 die neue Leiterin der Stabsstelle NeDiS im Hessischen Ministerium der Justiz.

Herr Ministerialdirigent **Torsten Kunze** leitet seit September 2018 die Fachabteilung IV im Hessischen Ministerium der Justiz.

Vorstellung des Projektes NeDiS

Moderation: Toni Klingbiel, Kompetenzzentrum gegen Extremismus (Konex)

Im Justizvollzug ergibt sich eine besondere Gefährdungslage für Radikalisierungen aufgrund der schwierigen Lebenssituation mit teilweise problematischen Persönlichkeitsstrukturen auf verhältnismäßig engem Raum. Um Radikalisierungen zu verhindern muss mit koordinierten Maßnahmen gegengesteuert werden. Das Hessische Justizministerium hat seit dem 1. April 2016 eine eigene Stabsstelle „NeDiS – Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug“ erfolgreich zur zentralen Steuerung der Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in den hessischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet. Weiterhin wurden inzwischen elf sog. „Strukturbeobachter“ in den größten hessischen Justizvollzugsanstalten etabliert, bei denen Informationen zu Auffälligkeiten in Bezug auf extremistische Neigung von Gefangenen zusammenlaufen und die den Informationsfluss anstaltsintern, aber auch zu den Sicherheitsbehörden und zur Stabsstelle NeDiS sicherstellen. Die Stabsstelle NeDiS ist zuständig für Gefangene sämtlicher Extremismus Bereiche im hessischen Justizvollzug, sie ist zentraler Anlaufpunkt und gewährleistet den Informationsfluss auf allen Ebenen.

Im Rahmen des Vortrages soll die Arbeit der Stabsstelle NeDiS und der Strukturbeobachter im hessischen Justizvollzug vorgestellt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den präventiven Ansätzen.



Dr. Anke Schröder

Landeskriminalamt Niedersachsen,
Kriminologische Forschung und
Statistik



Dr. Melanie Verhovnik

Landeskriminalamt Niedersachsen

Seit 2017 ist **Dr. Anke Schröder** verantwortlich für das Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit (KURBAS) in der Kriminologischen Forschung und Statistik im LKA Niedersachsen. Zu ihren Aufgaben gehört es, zu Fragen rund um die Urbane Sicherheit zu forschen und zu beraten. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung von Forschungsprojekten auf internationaler und nationaler Ebene. 2018 starten das BMBF-geförderte Projekt „Sicherheit und Vielfalt im Quartier – DIVERCITY“ und das Projekt „Cutting Crime Impact – CCI“, welches durch die Europäische Kommission gefördert wird. Sie vertritt das LKA in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen und ist berufenes Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).

Dr. Melanie Verhovnik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Sicherheit und Vielfalt im Quartier. Sie arbeitet dort schwerpunktmäßig an sozialwissenschaftlichen bzw. kriminologischen Fragestellungen aus quantitativer Perspektive. Zuvor lehrte und forschte sie zehn Jahre lang am Institut für Journalistik der KU Eichstätt-Ingolstadt. Sie studierte Dipl.-Journalistik mit den Schwerpunktfächern Sozialpsychologie und Politik und promovierte mit einer Arbeit zur journalistischen Berichterstattung über Schulamokläufe.

Sicherheit und Vielfalt im Quartier

Moderation: Prof. Dr. Rita Haverkamp, Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement

Zuwanderung, neue Familien- und Lebensmodelle, Digitalisierung, veränderte Arbeits- und Wohnbedingungen – das Leben in urbanen Räumen ist mehr denn je von vielfältigem Wandel geprägt. Dies schlägt sich unter anderem in veränderten Nutzungsanforderungen an öffentliche Räume und in der Wohnnachbarschaft nieder. Auch der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt stetig. Gleichzeitig beeinflussen diese Entwicklungen und aktuellen Dynamiken die objektive und subjektive Sicherheit von Bewohnerinnen und Bewohnern und stellen neue kriminalpräventive Anforderungen an das Stadtquartier, das Wohnumfeld und die Nachbarschaft.

Der Vortrag soll aufzeigen, welche Zusammenhänge zwischen der Diversifizierung der Gesellschaft und der objektiven wie subjektiven Sicherheit im kleinräumigen Kontext bestehen. Dazu sollen Vorschläge diskutiert werden, die zum einen aufzeigen, wie notwendige Beteiligungsprozesse methodisch aufbereitet werden können, um Bewohnerinnen und Bewohner einzubinden, die sich bislang nur selten an Fragestellungen der Quartiersentwicklung beteiligt haben. Andererseits soll die Zusammenarbeit derjenigen gefördert werden, die zu Themen rund um die Kriminalprävention im Städtebau beitragen können.



Günther Bubenitschek

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Zentrale Geschäftsstelle, c/o LKA Baden-Württemberg



Sophie von Bissingen

Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Sophie von Bissingen, geboren 1983 in Rottweil, ging es 2003 zum BA-Studium European Studies nach Eichstätt und Krakau. Nach dem Volontariat bei den Ruhr-Nachrichten, weiteren Stationen als Lokal- und später Online-Redakteurin mit Schwerpunkt Social Media im Medienhaus Lensing, war sie zuletzt als Pressesprecherin der Firma Frankonia, Marktführer im Bereich Jagd und Sportschießen in Deutschland, tätig. Seit November 2017 ist nun PräDiSiKo das neue Revier von Sophie von Bissingen. Dort führt sie als Social-Media-Redakteurin den Dialog mit den Bürgern.

Günther Bubenitschek, erster Kriminalhauptkommissar, seit 1976 Angehöriger der Polizei Baden-Württemberg. Breite Verwendung in der Schutz- und Kriminalpolizei. Seit 1996 Aufbau und Leitung eines Netzwerkes Prävention und Opferschutz in der Rhein-Neckar-Region. Zivilcouragetrainer, Referent für Mediensicherheit und Medienbildung, Außendozent an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Seit August 2017 Mitarbeit im Forschungsverbund PräDiSiKo als polizeilicher Experte in der Zentralen Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Günther Bubenitschek ist Präventionsbeauftragter des WEISSEN RINGS e.V., Landesverband Baden-Württemberg.

Von Gewalt bis Radikalisierung – Zivile Helden gesucht

Moderation: Kathrin Großgebauer, Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Gewalt, Hass im Netz und Radikalisierung – das sind die Schwerpunkte des neuartigen kriminalpräventiven Projekts „Zivile Helden“, das seit November 2018 Chancen und Risiken von Kriminalprävention mittels sozialer Netzwerke testet. Gefördert wird es unter dem Akronym PräDiSiKo vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen seines Programms „Forschung für die Zivile Sicherheit“. Der Vortrag beleuchtet die Praxisphase des Forschungsprojekts, zeigt Erfolge, Risiken oder Problemlagen – und liefert Ansätze zur Entwicklung kriminalpräventiver Strategien in den sozialen Netzwerken.

Im Fokus der drei Schwerpunktthemen Gewalt, Hass im Netz und Radikalisierung steht die Förderung der Zivilcourage mit dem Ziel, die Sicherheit jedes einzelnen und der Gesellschaft durch und in den sozialen Netzwerken zu erhöhen. Im Vorfeld wurde mittels Studien die aktuelle Lage der Prävention in sozialen Netzwerken analysiert. Mit interaktiven Szenarien und anderen Elementen zur Wissensvermittlung und Wissensverfestigung wird auf der Website www.zivilehelden.de spielerisch und informativ das Bewusstsein für Zivilcourage geschärft. Die Internetseite ist zwar die zentrale Komponente des Konzepts. Doch entscheidend für den Erfolg des Forschungsvorhabens wird die Kommunikation mit den Zielgruppen in sozialen Netzwerken von Facebook, über Twitter bis Youtube und Jodel sein.

Vorträge



Anja Gerlach

Deutsche Hochschule der Polizei



Prof. Dr. Thomas Görgen

Deutsche Hochschule der Polizei



Sabine Nowak

Deutsche Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Thomas Görgen, Dipl.-Psych., ist Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei (Münster) und leitet dort das Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention.

Anja Gerlach, MScN, ist Pflegewissenschaftlerin und im Forschungsprojekt „Aggressives Handeln unter Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Altenhilfeeinrichtungen als Herausforderung für die pflegerische Aus- und Fortbildung“ als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Sabine Nowak, MA, ist Sozialpsychologin und im Forschungsprojekt „Aggressives Handeln unter Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Altenhilfeeinrichtungen als Herausforderung für die pflegerische Aus- und Fortbildung“ als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Aggressions-/Gewaltprävention in der stationären Altenhilfe

Moderation: Gesine Märtens, Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Leipzig

In stationären Altenhilfeeinrichtungen lebende Menschen sind eine wachsende und zugleich sehr vulnerable Gruppe. Soweit bislang ihr Gewaltrisiko thematisiert wurde, richtete sich der Blick meist alleine auf Misshandlung und Vernachlässigung durch Pflegekräfte. Internationale Studien weisen darauf hin, dass Gewalt unter Bewohnerinnen / Bewohnern stationärer Einrichtungen ein bedeutsames Problem ist und nicht nur die physische Integrität der Betroffenen tangiert, sondern auch die Qualität der Lebens- wie der Arbeitsverhältnisse in Heimen. Der Beitrag stellt Ergebnisse einer multimethodalen Studie vor. Auf Basis einer repräsentativen Befragung von 1330 in stationären Einrichtungen im Bereich der Pflege und Betreuung Tätigen werden Befunde zu Verbreitung und Erscheinungsbild von Gewalt und Aggression unter Bewohnerinnen / Bewohnern sowie zu situativen Bedingungen, Auslösern und Tathintergründen und zum institutionellen Umgang mit der Problematik präsentiert. In einer qualitativen Interviewstudie mit 60 Beschäftigten und 24 Bewohnerinnen / Bewohnern werden Merkmale der an Gewaltvorkommnissen Beteiligten wie auch situative und institutionelle Faktoren einer tiefergehenden Betrachtung unterzogen. Aus den Ergebnissen werden Implikationen für die stationäre Altenhilfe abgeleitet und Handlungsansätze, insbesondere mit Blick auf die Schulung von Pflege- und Betreuungskräften, entwickelt.



Dr. Simone Ullrich

NZK/DFK

Dr. Simone Ullrich ist seit April 2017 Leiterin des Projektes „Entwicklung von Evaluationskriterien in der Extremismusprävention (Islamismus)“ am Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK) in Bonn. Zuvor war sie 13 Jahre an der Violence Prevention Research Unit, Queen Mary University of London, UK, als Senior Lecturer in Forensic Mental Health in Forschung und Lehre tätig. Ihre Forschung fokussierte auf die Epidemiologie gewalttätigen und antisozialen Verhaltens in klinischen und forensischen Stichproben sowie der Allgemeinbevölkerung. Ein weiterer wesentlicher Bereich umfasste Risikoeinschätzung und Risikomanagement von Gewalt. Zwischen 1995 und 2003 war sie Leitende Psychologin für forensische Forschung an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg und auch gutachterlich (Kriminalprognose bei vorzeitiger Haftentlassung) tätig. Vor ihrer Tätigkeit am NZK war Frau Dr. Ullrich in eine Vielzahl von Forschungsprojekten involviert, u.a. das „Hallenser Angeklagtenprojekt“, die UK „Prisoner Cohort Study“ und die UK „Cambridge Study in Delinquent Development“.

Evaluationskriterien in der Islamismusprävention

**Moderation: Gülçin Durmuş, Landeskommission Berlin
gegen Gewalt**

In dem neun-Punkte-Plan der Bundeskanzlerin von 2016 wurde auf die Notwendigkeit verstärkter Forschung im Bereich Radikalisierung hingewiesen und unter anderem das Ziel der „Qualitätssicherung und Weiterentwicklung präventiver und demokratiefördernder Maßnahmen und Strukturen durch kontinuierliche und kritische Evaluation“ formuliert. Vor diesem Hintergrund werden am NZK Kriterien entwickelt, die in der Evaluation von Projekten im Bereich selektive und indizierte Islamismusprävention zur Anwendung kommen sollen. Basierend auf einem partizipativen Ansatz zur Erhöhung der Akzeptanz des Kriterienkatalogs wurden 11 Fokusgruppen und Experteninterviews durchgeführt. Dies sollte gewährleisten, dass das Verständnis von Radikalisierung von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Hintergründen abgebildet wird. Die qualitative Auswertung der Transkripte resultierte in 88 möglichen Indikatoren von Hinwendungsprozessen zum Islamismus. Die Auswahl der Merkmale, die in den finalen Kriterienkatalog aufgenommen werden, geschieht anhand von weiteren Rückmeldungen von Mitarbeiter*innen aus der selektiven und indizierten Prävention sowie unter Berücksichtigung der Literatur. Die Reliabilität der Kriterien wird zurzeit mittels einer Interrater-Agreement-Studie getestet. Die Fertigstellung des Instruments ist bis Ende Mai 2019 geplant.



Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier

Charité – Universitätsmedizin Berlin

Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier, geb. 1961, Studium der Medizin (ab 1979) und der Philosophie (ab 1980) an der Freien Universität Berlin. Ab 1988 wissenschaftlicher Assistent, ab 1994 Privatdozent für Sexualmedizin am Klinikum der Universität Kiel. Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychoanalytiker. Seit 1996 Leiter des neu eingerichteten Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité – Universitätsmedizin Berlin (mit angeschlossener Hochschulambulanz). Seit 2005 dort Etablierung des Forschungsprojekts „Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch im Dunkelfeld“ mit nachfolgend bundesweitem Ausbau (vgl. www.kein-taeter-werden.de) und seit 2014 in Berlin einer Ausweitung auch auf Jugendliche (www.du-traeumst-von-ihnen.de) sowie seit 2017 Etablierung eines Selbst-Management-Tools online auf Deutsch und Englisch mit internationaler Inanspruchnahme in mittlerweile 60 Ländern (www.troubled-desire.com). Jahrzehntelange gutachterliche Tätigkeit zur Schuldfähigkeit und Prognose von Sexualstraftätern. An der Charité ist Prof. Beier zuständig für das Modul „Sexualität und endokrines System“, das alle Medizin-Studierenden der Charité durchlaufen müssen, und leitet die curriculare Weiterbildung für die Zusatzbezeichnung Sexualmedizin (Ärztekammer Berlin).

Prävention sexuellen Kindesmissbrauchs – auch im Internet

Moderation: Dr. Miriam Damrow, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

An mittlerweile elf deutschen Standorten bietet das Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen, therapeutische Hilfe – kostenlos und unter Schweigepflicht. Ziel des Netzwerks ist es, sexuellen Kindesmissbrauch präventiv zu verhindern. Um der steigenden Anzahl internationaler Therapieanfragen zu begegnen und die Hemmschwelle zur Aufnahme therapeutischer Hilfe zu senken, wurde 2017 das in mehreren Sprachen zur Verfügung stehende Online-Selbsthilfe-Programm TROUBLED DESIRE ins Leben gerufen, das weltweit von Menschen mit einer sexuellen Ansprechbarkeit für das kindliche oder frühpubertäre Körperschema in Anspruch genommen werden kann. Gegenstand des Vortrages sind Erkenntnisse über die im Clear- und Darknet vollzogene Werbestrategie, konzeptuellen Hintergründe und Inhalte des internetbezogenen Präventionsansatzes, sowie erste Auswertungsergebnisse des Online-Selbsthilfe-Programms und deren Implikationen für die Praxis.



Prof. Dr. Helmut Fünfsinn

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**

Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, Jahrgang 1954, Erstes Juristisches Staatsexamen 1980, Zweites Juristisches Staatsexamen 1983, Promotion 1985; seit 1988 Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main; dort Honorarprofessor seit 2014; seit 1992 nebenamtlicher Geschäftsführer des Landespräventionsrats Hessen und Beiratsmitglied im Deutschen Forum für Kriminalprävention; seit 16.01.2018 Vorsitzender des Landespräventionsrats Hessen.

Richter auf Probe 1986, Richter auf Lebenszeit 1988, Abordnung an das Hessische Ministerium der Justiz 1989, ab 1993 als Richter am Oberlandesgericht, ab 2001 als Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht; Referatsgruppenleiter der Referats-Gruppe III/A (Strafverfahren) im Jahr 2000; Abteilungsleiter der Abteilung Strafrecht im Juni 2001; seit April 2002 Leitung der Abteilung III „Strafrecht, Gnadenwesen, Kriminalprävention“ als Ministerialdirigent; seit dem 01.10.2015 Leiter der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main.

Staatsanwaltschaft und gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention

Moderation: Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

„Staatsanwaltschaft und gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention“

Auf den ersten Blick lässt sich die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft als repressives Strafverfolgungsorgan deutlich von dem Tun der Akteure der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention, das sich allein der Kriminalitätsvorbeugung widmet, abgrenzen. Überschneidende Kreise des Handelns werden dagegen sowohl bei der Repression als auch bei der Prävention mit der Polizei gesehen. Betrachtet man die Aufgabenwahrnehmung genauer, sind die Grenzziehungen aber nicht mehr so präzise, wenn etwa Phänomene wie Jugendkriminalität – ein Beispiel: die Häuser des Jugendrechts – oder die häusliche Gewalt – hier etwa Interventionsprojekte – beleuchtet werden.

Der Beitrag will deshalb den Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auch auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft nachzeichnen und sinnvolle Bereiche der Zusammenarbeit definieren ohne die durch die Gewaltenteilung vorgezeichnete Grenzziehung zu überspielen.



Frederick Groeger-Roth

Niedersächsisches Justizministerium;
Landespräventionsrat Niedersachsen



Janina Hentschel

Stadt Augsburg



Sven Kruppik

DPT-Institut für angewandte Präventi-
onforschung (DPT-I)

Frederick Groeger-Roth. Seit 2016 Leiter des LPR-Arbeitsbereiches „Kommunale Prävention“. Seit 2013 Leiter des LPR – Arbeitsbereiches zu Communities That Care – CTC. Er absolvierte das Studium der Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft in Bielefeld und Berlin mit Abschluss als Diplom-Soziologe. 2009-2012 Projektleiter „Sozialräumliche Prävention in Netzwerken“ im Landespräventionsrat Niedersachsen.

Janina Hentschel (M.A.) ist seit 2014 Projektleitung für die Urbane Konfliktprävention und Communities That Care (CTC) beim Büro für Kommunale Prävention, Stadt Augsburg. Sie absolvierte ihr Masterstudium in Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg. Sie arbeitete als entwicklungspolitische Bildungsreferentin und ist zertifizierte Konfliktmoderatorin. Themenschwerpunkte: Urbane Sicherheit, Urbane Konflikte, integrierte Stadtentwicklung und CTC in Großstädten.

Sven Kruppik. Seit September 2018 als Projektmanager beim DPT – Deutscher Präventionstag. Projektmanager der CTC-Transferstelle. Er absolvierte das Studium der Erziehungswissenschaften (Diplom) in den Fachrichtungen: Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung sowie zusätzlich Sozialpädagogik und Soziale Arbeit an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. Er ist Ausgebildeter CTC-Coach und qualifizierte Kriminalpräventionsfachkraft (Beccaria).

CTC – Eine Rahmenpräventionsstrategie für Deutschland?

**Moderation: Frederick Groeger-Roth,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

„Communities That Care – CTC“ ist eine Methode, die Kommunen zur Planung und Steuerung ihrer Präventionsarbeit einsetzen können. Vorhandene Bedarfe und Ressourcen in der Prävention können mit CTC ermittelt, sowie effektive Maßnahmen und Programme eingesetzt werden. Mit der Anwendung von CTC können Kommunen ihre Präventionsaktivitäten im Bereich der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zielgenau, wirksam und im Erfolg überprüfbar gestalten. Der in den USA entwickelte Ansatz wurde vom Landespräventionsrat Niedersachsen 2009 nach Deutschland übertragen.

Seit dem 1. September 2018 wird in der CTC-Transferstelle des DPT CTC für die Umsetzung in Deutschland weiter angepasst. Ein wichtiger Baustein der Anpassung ist die Entwicklung einer Online-Lernplattform. Im Blended Learning-Ansatz sollen die Ausbildungen der örtlichen Schlüsselpersonen, sowie die Weiterentwicklung und Übertragung der Rahmenpräventionsstrategie auf die bundesdeutschen Gegebenheiten vereinfacht werden.

Der Vortrag soll die wesentlichen Bestandteile der Rahmenpräventionsstrategie CTC transparent machen und Möglichkeiten und Vorteile für die Weiterentwicklung der kommunalen Präventionsarbeit in Deutschland aufzeigen. Am Beispiel des CTC-Standortes Augsburg wird aufgezeigt, wie – unter Berücksichtigung deutscher Kommunalstrukturen – der Transfer der Strategie in die Praxis gelingen kann.

Vorträge



Arne Dreißigacker

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e.V.



Anja Stiller

Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e.V.



Bennet von Skarczinski

PricewaterhouseCoopers/Kriminologi-
sches Forschungsinstitut Niedersach-
sen e.V.



Prof. Dr. Gina Wollinger

Fachhochschule für öffentliche Verwal-
tung NRW

Arne Dreißigacker ist Soziologe und leitet das Projekt Cyberangriffe gegen Unternehmen am KFN.

Anja Stiller ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN).

Bennet von Skarczinski ist Betriebswirt bei PricewaterhouseCoopers (PwC) und assoziierter Mitarbeiter am KFN im Projekt Cyberangriffe gegen Unternehmen.

Gina Wollinger hat eine Professur für Soziologie und Kriminologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

„Cybercrime gegen Unternehmen“ aus Sicht der Strafverfolgung

**Moderation: Björn Goos, Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und Integration**

Während die Fallzahlen im Bereich Cybercrime ansteigen, sind sich viele Unternehmen in Deutschland der Gefahr nicht bewusst bzw. blenden diese aus. Dabei kann ein Angriff insbesondere auf kleine und mittelständische Unternehmen zu erheblichen Schäden führen und sogar existenzbedrohend werden. Cybercrime stellt jedoch auch auf Seiten der Strafverfolgung eine Herausforderung dar. Ziel des Vortrages ist es, die spezifischen Probleme zu identifizieren, derer Polizei und Staatsanwaltschaft sich im Rahmen von Cyber-Angriffen gegen Unternehmen konfrontiert sehen. Darüber hinaus geht es um die Beantwortung der Fragen: Wie wird mit diesen Problemen umgegangen? Welche Aspekte tragen zu einer erfolgreichen Strafverfolgung bei? Wo besteht Verbesserungsbedarf? Der Vortrag basiert auf Ergebnissen aus einer Interviewstudie mit neun Experten spezialisierter Dienststellen der Polizei und Staatsanwaltschaft. Dabei werden die unterschiedlichen Erfahrungen, die diese Experten mit dem Phänomen Cybercrime gemacht haben, einbezogen sowie deren Einschätzung zum Phänomen näher beleuchtet. Die Studie ist Teil eines umfangreichen Forschungsprojekts des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. in Kooperation mit dem Forschungszentrum L3S der Leibniz Universität Hannover.



Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer

WEISSER RING e.V.

Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer, geb. 1938 in Hamburg. 1962, 1968: 1. und 2. Juristische Staatsprüfung ebenda. 1965 Promotion. 1968-1972 Richter/Dozent am Landgericht (Jugendstrafkammer) und an der Universität Hamburg. Anschließend Forschung über „Drogen und Delinquenz“ (Titel der Habilitationsschrift). 1975 Habilitation für Kriminologie und Strafrecht. Von 1976 bis zur Emeritierung 2006 Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug sowie Direktor des Kriminologischen Instituts an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Forschungs- und Vortragsreisen in viele Länder. Gründer des Gießener Kriminologischen Praktikerseminars und des Criminalium e.V. Mitarbeit in zahlreichen kriminalpolitischen Beratungsgremien, derzeit im Fachbeirat Kriminalprävention des Weißen Rings und im Hessischen Landespräventionsrat. Über 600 wissenschaftliche Veröffentlichungen und publizistische Beiträge in Tages- und Wochenzeitungen. Wichtigste Forschungsgebiete: Arztstrafrecht; Grenzfragen von Verfassungs-, Strafverfahrens- und Strafvollzugsrecht; Jugendstrafrecht und Jugendkriminologie; Kriminologische Dunkelfeld-, Drogen-, Alters-/Altersforschung; empirische Strafverfahrens-, Institutionen- und Sanktionenforschung (insbesondere Polizei, Strafjustiz, Strafvollzug). Ehrungen: Bundesverdienstkreuz I. Kl.; Beccaria-Medaille in Gold; Festschriften zum 65., 70., 80. Geburtstag.

Äquivalente Gesundheitsversorgung: Stationäre Einrichtungen

Moderation: Bernd Holthusen, Deutsches Jugendinstitut

Was bedeutet Menschenwürde? Was ergibt sich aus ihrem heutigen Verständnis für die Gesundheitsversorgung in beispielhaft zu erörternden Bereichen stationärer Altenpflege und der Behandlung drogenabhängiger Strafgefangener? Verfassungsrechtliche Maßstäbe dafür sind: Menschenwürde (Art. 1 GG), Gleichbehandlung, Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG), Sozialstaatsprinzip (Art. 20, 28 GG), Verbot unmenschlicher Behandlung (Art. 3 EMRK). Sie führen zu einem Äquivalenzprinzip: Behandlungsmöglichkeiten, die außerhalb zum Standard gehören, dürfen in stationären Einrichtungen nicht generell verweigert werden, etwa wegen Personalmangels oder Kosten. In der Heimpflege ist im Grundsatz Gepflegten eine bislang weitgehend vernachlässigte psychologisch/psychotherapeutische Behandlung zu ermöglichen. Für den Strafvollzug bedeutet es, drogenabhängigen Gefangenen grundsätzlich eine in Freiheit selbstverständlich gewordene Substitutionsbehandlung bei ärztlicher Indikation und Kontrolle weit häufiger als bisher zu bieten. Grenzen solcher angeglichenen Behandlungsmöglichkeiten dürfen nicht ideologisch bestimmt werden; sie können sich aber aus institutionellen Zwängen oder im Einzelfall bestehenden Hindernissen ergeben. Dem Äquivalenzprinzip gerecht zu werden, hilft zugleich, präventiv Risiken von konkreten Konflikten, Gewalt, Rückfälligkeit und erhöhter Mortalität einzudämmen.



Dr. Mitra Moussa Nabo

NZK/DFK



Inga Nehlsen

NZK/DFK

Mitra Moussa Nabo ist seit März 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Entwicklung von Evaluationskriterien in der Extremismusprävention“, am Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK), tätig. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. Seine empirischen Arbeitsschwerpunkte umfassen Forschung zum Islam und Islamismus sowie politische und gesellschaftliche Dynamiken im Nahen und Mittleren Osten. Diese Schwerpunkte werden aus der Perspektive konstruktivistischer Konfliktforschung und politischer Soziologien in Internationalen Beziehungen sowie diskurstheoretisch beleuchtet. 2013 promovierte Mitra Moussa Nabo am Lehrstuhl für internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München.

Inga Nehlsen ist seit November 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nationalen Zentrum für Kriminalprävention (NZK) in Bonn, zunächst im Projekt „Gesellschaft Extrem“ des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und seit Januar 2018 im Projekt „Entwicklung von Evaluationskriterien in der Extremismusprävention“. Zuvor absolvierte sie ein Masterstudium der Friedens- und Konfliktforschung an der University of St Andrews in Schottland und war u.a. bei der Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC) tätig.

Islamfeindlichkeit, Radikalisierung & Demokratieförderung

Moderation: Dr. Menno Preuschafft, Niedersächsisches Justizministerium

Das Phänomen Radikalisierung ist ein komplexes Zusammenspiel diverser Sozialisations- und Politisierungsdynamiken. Ganz grob können zwei sich ergänzende Einflusskomponenten der Radikalisierung einer Person unterschieden werden. Zum einen die individuell-subjektive Ebene und zum anderen die gesellschaftliche Einbettung des Individuums. Der Überlappungspunkt beider Ebenen bildet die Identität einer Person, die in reziproker Weise bestimmt und bestimmt wird. Der Vortrag soll die gesellschaftliche Einflusskomponente in den Blick nehmen. Ausgehend vom Erkenntnisgewinn aus unserer Feldforschung zu religiös begründeter Radikalisierung soll insbesondere die Bedeutung von Marginalisierungs- und Diskriminierungserfahrungen junger Menschen diskutiert werden. Dieser Aspekt der sozialen Interaktion wird als ein zentraler Moment der Sozialisation verstanden, insofern der Prozess der politischen Sozialisation bzw. der Politisierung hier eine entscheidende Initialzündung erfährt. Im Zuge der politischen Sinnhaftmachung dieser Erfahrungen werden weltanschauliche Normen formuliert und Gerechtigkeitsvorstellung deklariert. In diesem Kontext ist Demokratieförderung in doppelter Hinsicht relevant, zum einen um etwaigen gesellschaftlichen Tendenzen von Islamophobie und Antipluralismus entgegen zu wirken und zum anderen um betroffenen jungen Menschen Bewältigungsstrategien zu vermitteln.



Matthias Kornmann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Matthias Kornmann ist seit 2005 Polizeibeamter des Landes Hessen. Nach 10 Jahren in einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit wechselte er zur Kriminaldirektion in Frankfurt am Main.

Seit 2016 ist er als Vertreter der hessischen Polizei dem Deutschen Forum für Kriminalprävention zugewiesen. Seine Hauptaufgabe ist die fachliche Koordinierung im migrationspolitischen Arbeitsschwerpunkt: Schutz von geflüchteten Menschen (Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung).

Bundesweite Präventionsansätze im Rahmen der Zuwanderung

**Moderation: Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum
für Kriminalprävention (DFK)**

Mit dem anhaltenden Migrationsdruck in der Bundesrepublik Deutschland steigt auch der gesellschaftliche und politische Diskurs über zukünftige Arten der Unterbringung, Betreuung und Integration von geflüchteten Menschen. Die aktuellen Diskussionen sind besonders geprägt von sicherheitsrelevanten Ereignissen in der Bevölkerung sowie in und um Sammelunterkünften (z.B. ANKER) und stellen für Staat und Gesellschaft vor allem in der praktischen Umsetzung kriminalpräventiver Standards eine große Herausforderung dar. Damit ursachenorientierte präventive Maßnahmen auch nachhaltig greifen können, ist eine zutreffende Analyse der Lage erforderlich.

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) fördert diese Analysen sowie die Entwicklung bundesweit abgestimmter praktischer Maßnahmen mit dem Ziel der Verhinderung und Reduzierung von Kriminalität zum Nachteil von und durch Zuwanderer sowie deren Unterkünften. Im Vortrag werden die aktuellen bundesweiten Ergebnisse vorgestellt.



Dr. Benjamin Krause

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**



Georg Ungefuk

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt
am Main**

Georg Ungefuk (Jahrgang 1978), Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main. Studium der Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen; 2004- Erste Juristische Staatsprüfung; 2006- Zweite Juristische Staatsprüfung; 2007- Rechtsanwalt; seit 2008 Staatsanwalt, zunächst bei der Staatsanwaltschaft Marburg, in der Abteilung für Wirtschafts- und Steuerstrafsachen sowie Internetkriminalität; 2014- Abordnung an das Hessische Ministerium der Justiz als Referatsleiter in der Strafrechtsabteilung; 2015-2016 Staatsanwalt bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main; seit Ende 2016 Oberstaatsanwalt in der Grundsatz- und Stabsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und Pressesprecher der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT).

Benjamin Krause (Jahrgang 1979), Staatsanwalt. Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg; 2004- Erste Juristische Staatsprüfung; 2004-2007- wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg; 2008- Promotion; 2009- Zweite Juristische Staatsprüfung; 2009-2012- Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Gießen; seit 2012 – Staatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT).

„Hate Speech“ und Meinungsfreiheit im Internet

Moderation: Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

„Hate Speech“ und Meinungsfreiheit im Internet – Notwendigkeit der Strafverfolgung trotz Löschpflicht.

Meinungsfreiheit ist ein zentrales Grundrecht, das nach dem Bundesverfassungsgericht für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung „schlechthin konstituierend“ ist. Dies gilt in unserer heutigen Informationsgesellschaft gerade auch für die Meinungsfreiheit im Internet. Meinungsfreiheit hat jedoch Grenzen und ist kein „Freifahrschein“ für Beleidigungen, Bedrohungen oder Diskriminierungen – auch nicht im Internet. Obwohl rechtswidrige Inhalte nach dem NetzDG in sozialen Netzwerken zu löschen sind, ist es Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, gegen diejenigen, die die Meinungsfreiheit in strafbarer Weise missbrauchen, zum Zwecke der Spezial- und Generalprävention und zum Schutz der Meinungsfreiheit im Internet einzuschreiten. Trotz großer Herausforderungen wie Internationalität und Schnelligkeit der Internet-Kommunikation haben sich die Strafverfolgungsbehörden immer besser für diese Aufgabe aufgestellt und tragen damit letztlich auch zur Förderung der Demokratie bei.

Vorträge



Viktoria Kosjankow

Philipps-Universität Marburg



Johannes Maaser

Universitätsstadt Marburg



Prof. Dr. Ulrich Wagner

Philipps-Universität Marburg

Viktoria Kosjankow ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Sozialpsychologie der Philipps-Universität Marburg und im Rahmen ihrer Drittmittelstelle seit 2018 an der Entwicklung eines Gewaltpräventionskonzepts für die Bundesstadt Bonn beteiligt.

Johannes Maaser, Projektkoordinator und Mitarbeiter am Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz der Universitätsstadt Marburg, Koordinator der Lenkungsgruppe für „Integration, Migration und Ausländerbehörde“ der Stadt Marburg. Nebenberuflich Berater der Bundesstadt Bonn zur Entwicklung eines gesamtstädtischen Gewaltpräventionskonzepts und Freiberuflicher Lehrbeauftragter und Referent.

Prof. Dr. Ulrich Wagner ist Seniorprofessor für Sozialpsychologie an der Philipps-Universität Marburg, Mitinitiator und Wissenschaftlicher Leiter des Projekts „Einsicht-Marburg gegen Gewalt“ und als Berater und Gutachter Deutschlandweit in der Präventionspraxis tätig.

Die Sorgen der Bürger ernst nehmen!? Prävention als Dilemma

Moderation: Janina Hentschel, Stadt Augsburg

Laut Kriminalstatistik war Deutschland seit der Wiedervereinigung nie so sicher wie 2017. Doch geht es um Furcht, sind objektive Problemlagen zweitrangig: Jede Polizeistelle und jede/r Kommunalpolitiker/in kennt Diskussionen um Angst-Orte und Risikogruppen. In Zeiten wachsender sozialer Spaltung und Polarisierung politischer Positionen spitzen sich diese Diskussionen zu. Für jene, die sich ganz praktisch um eine Verbesserung der Situation bemühen ergibt sich daraus ein Dilemma: Wie können real bestehende Bedrohungslagen benannt und unter Einbindung der Öffentlichkeit angegangen werden, ohne subjektive Unsicherheit weiter zu befeuern? Die Arbeitsgruppe Sozialpsychologie der Philipps-Universität versucht dazu, in Kooperation mit dem Ordnungsamt Marburg (ab 2013) und im Auftrag der Bundesstadt Bonn (ab 2017) städtebauliche und sozialraumorientierte Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Ordnungspolitische und polizeiliche Maßnahmen werden dabei mit Debatten über gesellschaftliche Normen und soziale Notlagen zusammengebracht. Zielsetzung in beiden Städten ist die Verständigung unterschiedlicher Gruppen und Behörden über den Umgang mit Gewalt und die Anpassung der Institutionen an sich verändernde Problemlagen. Der Beitrag greift grundsätzliche Diskussionen über Sicherheit auf und verbindet sie mit Erfahrungen aus der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen im öffentlichen Raum.



Prof. Dr. Dieter Hermann

Universität Heidelberg

Dieter Hermann ist Professor am Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg. Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminologie und Kultursoziologie. Ein zentraler Arbeitsbereich besteht in der Durchführung von Studien zu Kommunalen Kriminalprävention, sexuellem Missbrauch, Korruption sowie zur Sozialisation von Werten, Normen und Religiosität und zu ihrem Einfluss auf Kriminalität.

Korrumpierte Manager – ein Fall systemproduzierter Kriminalität?

**Moderation: Björn Goos, Ministerium für Inneres,
ländliche Räume und Integration**

Die Prävention von Korruption setzt meist rationale Akteure voraus, die versuchen, die „Kosten“ von Handlungsfolgen zu minimieren und den erwarteten „Nutzen“ zu maximieren. Eine Forschergruppe der Universität Heidelberg ging in einem von der VW-Stiftung geförderten Projekt der Frage nach, ob die Bereitschaft zu Korruption von Werten und Normen abhängt. Eine Befragung von 250 Managern in Deutschland zeigte, dass die Korruptionsbereitschaft insbesondere von zwei Faktoren abhängt, erstens von informellen Unternehmensnormen, die den Graubereich der Legalität regeln sollen, und zweitens von der Präferenz für Leistungs- und Machtorientierung sowie hedonistischen Werten. Die informellen Normen werden von Unternehmen kreierte, Leistungs- und Machtorientierung sind Selektionskriterien bei der Auswahl von Führungskräften. Somit sind zentrale Bedingungen der Korruptionsbereitschaft systemproduziert. In solchen Fällen helfen Präventionsprogramme, die auf das Abschreckungsprinzip setzen, wenig. Die Ergebnisse der Studie sprechen für konzeptuelle Mängel bei der Korruptionsprävention in der Industrie.



Hark-Mo Daniel Park

Korean Institute of Criminology (KIC)

Hark-Mo Daniel Park, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni München (2002-2003), Fachreferent am wissenschaftlichen Dienst des koreanischen Parlaments (2007-2008), Researcher am Korean Institute of Criminology (KIC, seit 2009)
Forschungsschwerpunkte: Kriminalpolitik, Strafrecht, Strafvollzug.

Kontakt: hpark2011@gmail.com, hpark@kic.re.kr

„Fake News“: Nutzen und Schaden der sozialen Medien in Korea

Moderation: Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Der Begriff „Fake News“ (Lügenpresse) ist vor allem durch den inflationären Gebrauch durch US-Präsidenten Donald Trump inzwischen einer der weltweit geläufigsten Begriffe geworden, welcher allerdings den Begriff in erster Linie mit der seinerseits kritischen Presse in Verbindung bringt.

Mit dem Boom der sozialen Medien wie Facebook, Instagram, YouTube nimmt in Wirklichkeit das Phänomen der sog. „Fake News“ eine ganz andere Dimension ein, welche die Gesellschaft mit der Desinformation in eine plötzliche Verwirrung bis akute Krise geraten lassen könnte. Wegen zunehmend einseitigem Kommunikationsbezug in den sozialen Medien droht die Öffentlichkeit und damit die Demokratie unter Umständen in die Falle der „Fake News“ zu geraten. Der Beitrag setzt sich mit der Problematik der „Fake News“ in Korea auseinander, wobei er auf die koreanischen Besonderheiten in deren Ursachen bzw. aktuellen Regulierungsversuchen eingehen wird.



Barbara Wüsten

WEISSER RING e.V.

Barbara Wüsten ist Rechtsanwältin und Mediatorin (MM) und Leiterin des Referats Opferrechte, Internationales und Ehrenamt in der Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS.

Opferentschädigung in Deutschland – wo stehen wir?

Moderation: Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.

Das aktuelle Opferentschädigungsgesetz (OEG) bietet Betroffenen sehr gute Leistungen. Allerdings werden bisher keine Leistungen gewährt, wenn die Tat durch psychische Gewalt verübt wird. Opfer von Stalking erhalten damit ebenso wenig Leistungen wie beispielsweise Opfer von Bedrohung. Probleme gibt es in der praktischen Anwendung sowie beim Nachweis der Straftat und des Ursachenzusammenhangs.

Der WEISSE RING, Deutschlands größte Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalität, hat einen eigenen Gesetzesentwurf zum Opferentschädigungsgesetz erarbeitet, der genau dort ansetzt.

In dem Vortrag werden die Grundzüge des Entwurfes anhand der drei Bereiche „Was wir haben“, „was fehlt“ und „was wir verbessern müssen“ vorgestellt und erläutert, wie Opfern von Gewalttaten schneller, effektiver und umfassender als bisher geholfen werden kann.

Opfer haben ein Recht darauf, nach einer Straftat bestmöglich versorgt zu werden – und zwar so lange wie es erforderlich ist. Der WEISSE RING sieht in seinem Entwurf auch Leistungen für Opfer psychischer Gewalt vor. Regelungen für die Verwaltungsverfahren sollen Leistungen schneller erreichbar machen und Beweisprobleme reduzieren.

Schluss des Vortrags wird ein Bericht zum aktuellen Stand sein.



Marina Hilzinger

**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**



Dr. Christiane Nischler-Leibl

**Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales**

Foto © StMAS/Nikolaus Schäffler

M.A. Marina Hilzinger ist im Referat Prävention des StMAS tätig. Das Referat ist zuständig für die Präventionsarbeit gegen alle Formen von Extremismus, insb. Islamismus, Rechts- und Linksextremismus. Frau Hilzinger führt einen M.A. in „World Society and Global Governance“ und ist ausgebildete Blattmacherin. Bis März 2018 war sie Referentin für Hochschule, Kultur, Medien und Religion im Bayerischen Landtag als Referentin für Hochschule, Kultur, Medien und Religion tätig. Zuvor arbeitete sie nach abgeschlossenem Volontariat als Zeitschriftenredakteurin. Frau Hilzinger führt einen B.A. in Kulturwissenschaften und M.A. in World Society and Global Governance der Universität Luzern. Während ihres Studiums beschäftigte sie sich vertieft mit Internationalen Beziehungen, Sicherheitspolitik und Gender Studies.

Frau **Dr. Christiane Nischler-Leibl** leitet im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) die Abteilung VI „Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention“. Bis Februar 2019 leitete sie das dort angebundene Referat Prävention, das Partner im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus und Ansprechpartner für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in Bayern ist. Zuvor war sie im StMAS für das Referat Integrationspolitik tätig, von 2002 bis 2009 war sie im Strategischen Innovationszentrum der Bayerischen Polizei für den Bereich Islamismusprävention zuständig und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Fragen des Islam in Europa waren das Thema ihrer Abschlussarbeit nach dem Studium der Internationalen Beziehungen an der Universität Triest (1997). Ihre Promotion widmete sie den Ursachen des jihadistischen Terrorismus; damit beschäftigte sie sich auch während ihrer Tätigkeit für das Institut für Politik und Internationale Studien (1998–2002).

Genderspezifische Radikalisierungsprävention: warum und wie?

Moderation: Nora Fritzsche, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz

Trotz des tradierten Frauenbildes vieler extremistischer Strömungen, werden nicht nur Jungen und Männer von extremistischen Gruppen angezogen. Im Gegenteil: Gerade im Salafismus beobachten wir aktuell eine zunehmende Sichtbarkeit von Mädchen und jungen Frauen. Die moderne Präventionsarbeit muss sich daher fragen, welche Motive junge Frauen dazu bewegen, sich radikalen Gruppierungen anzuschließen, obwohl diese die modernen Frauenrechte nicht achten, in weiten Teilen sogar anti-feministisch agieren.

Der Vortrag gliedert sich in zwei Teile: Der erste Teil widmet sich der Frage nach der Motivation von Männern und Frauen, sich einer radikalen Ideologie hinzuwenden. Es soll erörtert werden, ob und inwieweit es sinnvoll ist, Präventionsarbeit gendergerecht zu denken. Im zweiten Teil werden bestehende Präventionsprojekte aus Bayern vorgestellt, die genderspezifisch arbeiten. Diese sprechen eine breite Zielgruppe an – von Jungen aus patriarchalen Strukturen, über Mädchen, die ihre Stellung in der westlichen Gesellschaft hinterfragen, bis zur besorgten Mutter, die ihr Kind vor Anwerbern schützen will. Ziel des Vortrags ist ein offener, praxisorientierter Austausch zur gendergerechten Ansprache in der Präventionsarbeit.



Oliver Hagemann

Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.)



Anne Thiemann

Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.)

Anne Thiemann ist Dipl. Sozialpädagogin und Master of Social Work. Von 1995-1999 war sie in der psycho-sozialen Begleitung von Frauen und Kindern in einem Berliner Frauenhaus tätig, bevor sie in die Bildungsarbeit wechselte. Am Deutschen Institut für Menschenrechte arbeitete sie von 2003-2011 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Menschenrechtsbildung und war hier für zahlreiche Projekte (z.B. Herausgabe von Lehrmaterialien, Konzeptionierung und Durchführung nationaler und internationaler Fortbildungen) verantwortlich. Seither ist sie freiberuflich als Dozentin zu den Themen „Kinderrechte“, „Mädchen- und Frauenrechte“ aktiv. Seit 2012 arbeitet sie bei BIG e.V. als Koordinatorin in der Prävention.

Oliver Hagemann ist Dipl.-Sozialpädagoge. Zunächst betreute er ab 1997 Familien auf Ferienreisen in Italien und Frankreich. Seit 2000 liegt sein Schwerpunkt in der geschlechtersensiblen Bildungsarbeit, v.a. in der Arbeit mit Jungen*. Von 2001-2005 arbeitete er in der Heimvolkshochschule Frille im Bildungsbereich mit Kindern und Jugendlichen. Weiterhin ist er seit 2007 als Dozent in der Erwachsenenbildung zu den Themen „Kinderrechte“ und „Gewaltprävention“ tätig. Seit 2009 arbeitet er bei BIG e.V. im Bereich BIG Prävention als Koordinator. Zur Prävention von häuslicher Gewalt führt er mit seinen Kolleg*innen Elternarbeit, Kinderworkshops und Fortbildungen sowie Beratungen durch.

Kinder und häusliche Gewalt – Den Kreislauf durchbrechen

**Moderation: Dr. Gesine Märtens, Koordinierungs- und
Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Leipzig**

Häusliche Gewalt stellt immer eine Gefährdung des Kindeswohls dar. Kinder und Jugendliche werden Augen- und/oder Ohrenzeugen von Gewalthandlungen an ihren Müttern, zum Teil auch an ihren Vätern. Das Aufwachsen in einer Atmosphäre ständiger Bedrohung begleitet sie mitunter ein Leben lang. Der Vortrag informiert und sensibilisiert für die umfassende Mitbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen. Bei fehlender Intervention wird die Gewalt über einen intergenerationellen Kreislauf häufig in die nächste Generation weitergetragen.

Diesen Gewaltkreislauf zu durchbrechen ist eines der Ziele der „Istanbul-Konvention“ des Europarats, die im Februar in Deutschland in Kraft getreten ist und umgesetzt werden muss. Im Vortrag wird dabei auf die zentrale Bedeutung der Prävention hingewiesen, die durch die Konvention landesweit gestärkt wird.

BIG Prävention verfügt bereits über mehr als 10 Jahre Erfahrungen in der schulischen Präventionsarbeit zu häuslicher Gewalt mit Lehrer/innen und anderen pädagogischen Fachkräften, Schüler/innen und Eltern. Das Konzept dieser Arbeit an Berliner Grundschulen, wie auch die Arbeit mit Kollegien an weiterführenden Schulen soll modellhaft anschaulich vorgestellt werden.

Vorträge



Dr. Barbara Bergmann

Universität Tübingen



Paulina Lutz

Universität Tübingen

Dr. Barbara Bergmann studierte Psychologie an der Universität Kiel und war dort bis 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Heute arbeitet sie am Institut für Kriminologie der Universität Tübingen und forscht u.a. in den Bereichen polizeiliche Kriminalprävention (insb. Mehrfach- und Intensivtäter), Jugendkriminalität und (Jugend-)Strafvollzug.

Paulina Lutz studierte Erziehungswissenschaften und Kulturwissenschaften an der LMU München, im Anschluss Kriminologie an der Universität Regensburg. Seit 2018 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kriminologie und wirkt am Projekt „Muslime im Jugendstrafvollzug“ mit. In ihrem Dissertationsprojekt widmet sie sich dem Themenfeld des weiblichen Jugendstrafvollzugs und der Bedeutung des Islams für weibliche Jugendstrafgefangene.

Der Islam im Jugendstrafvollzug – Chancen und Risiken

Moderation: Nicole Sonnenbaum, JVA Herford

Die Zahl muslimischer Gefangener im Jugendstrafvollzug steigt. Damit gewinnt auch der Islam im Vollzug immer mehr an Bedeutung. Der positive Einfluss religiöser Werte, die gerade im Kontext der Inhaftierung Orientierung und Halt geben können, konkurriert mit der möglichen Gefahr, dass muslimische Gefangene in die Fänge radikaler Ideologien geraten. Die Studie verfolgt das Ziel, ein Bild über die Gruppe muslimischer Inhaftierter im deutschen Jugendvollzug zu zeichnen. Dabei stehen ihre religiösen Einstellungen und Bedarfe im Fokus. Zudem möchten wir herausfinden, inwiefern die Religiosität der Gefangenen – unter Berücksichtigung der Rolle muslimischer Geistlicher und Seelsorger – Radikalisierungstendenzen begünstigen oder verhindern kann und möglicherweise die Basis für eine gelingende Resozialisierung schafft. Eine quantitative Erhebung junger muslimischer Gefangener aus acht Anstalten verschiedener Bundesländer liefert hierzu erste Ergebnisse.



Ina Hennen

Eberhard Karls Universität Tübingen



Moritz Quel

Bergische Universität Wuppertal

Ina Hennen studierte Soziologie (Bachelor of Arts) an der Universität Leipzig und Kriminologie (Master of Science) an der Universität Malmö. Seit 2017 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen beschäftigt. Hier ist Ina Hennen unter anderem im BMBF-geförderten Projekt „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ (SiBa) tätig.

Moritz Quel studierte Soziologie (Bachelor/Master of Arts) an der Bergischen Universität Wuppertal (BUW). Im Rahmen eines Forschungspraktikums an der BUW untersuchte er das subjektive Sicherheitsempfinden am Wuppertaler Hauptbahnhof. Darüber hinaus beschäftigte er sich in zwei weiteren Praktika mit multiplen Tötungsdelikten junger Einzeltäter (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster) sowie Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover). Von 2013 bis 2014 arbeitete Moritz Quel ein Jahr lang als studentische Hilfskraft im EU-Projekt HARMONISE („Holistic Approach to Resilience and Systematic Actions to Make Large Scale Urban Built Infrastructure Secure“) am Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der BUW. Seit August 2017 ist er wieder an diesem Lehrstuhl als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Sicherheit im Bahnhofsviertel“ (SiBa) tätig.

Sicherheit im Bahnhofsviertel (SiBa) – Neue empirische Befunde

Moderation: Moritz Konradi, European Forum for Urban Security

Bahnhöfe und Bahnhofsviertel werden häufig als kriminalitäts- und problembelastet wahrgenommen. In vielen Städten wird daher der Versuch unternommen, das Umfeld der Bahnhöfe nachhaltig aufzuwerten und sicherer zu gestalten. Hieran schließt das BMBF-geförderte Verbundprojekt „SiBa“ an: Ziel ist die Erarbeitung von praxisbezogenen Hinweisen für die Kriminalprävention und Stadtentwicklung in einem ganzheitlichen Sicherheitskonzept für Bahnhofsviertel. Um mehr über das Sicherheitsempfinden der Einwohner der drei Partnerstädte zu erfahren, wurde im Sommer 2018 in Düsseldorf, Leipzig und München eine schriftlich-postalische Bewohnerbefragung durchgeführt. Aus dieser Befragung stellt das Forschungsteam ausgewählte quantitative Ergebnisse vor. Im Mittelpunkt steht dabei das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner in ihrem Wohngebiet und im Bahnhofsviertel.



Prof. Dr. Günter Dörr

Landesinstitut für Präventives Handeln



Bernd Holthusen

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Prof. Dr. Günter Dörr, Förderschullehrer und Psychologe. Direktor des Landesinstituts für Präventives Handeln (LPH) im Saarland. Nach zehn Jahren als Lehrer in Grund-, Haupt- und Förderschulen des Saarlandes wurde er 1992 auf eine Professur für Allgemeine Pädagogik mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik an der PH Weingarten berufen. Seit 2009 leitet er das LPH. Neben der Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprogrammen beschäftigt sich das LPH mit der Erforschung der Wirksamkeit verschiedener Präventionsprogramme.

Bernd Holthusen, geb. 1962, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und der Freien Universität Berlin mit dem Abschluss Diplom-Politologe, 1990 – 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin zum Thema Rechtsextremismus in Berlin, 1994 – 1996 Bildungsreferent beim Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention im Verein für Kommunalwissenschaften, 1997 – 2013 wiss. Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut. Seit 2013 Leiter der DJI-Fachgruppe Angebote und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe.

Beide Referenten sind Mitglied des Fachbeirates Prävention des Weissen Ring.

Medizinische Leitlinien: Impulse für die Kriminalprävention?

**Moderation: Frederick Groeger-Roth,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Leitlinien in der Medizin sollen dazu dienen, medizinischen Fachkräften den aktuell verfügbaren wissenschaftlichen Kenntnisstand in systematisch entwickelten Aussagen praxisgerecht zur Verfügung zu stellen. Damit sind Leitlinien zentrale Instrumente der Qualitätssicherung in der Medizin. Leitlinien verarbeiten nationale und internationale Studienergebnisse, bewerten ihre Aussagekraft und Anwendbarkeit und erstellen auf dieser Basis möglichst konkrete Handlungsempfehlungen.

Kann dieses Verfahren auch eine Chance für die fachliche Weiterentwicklung der Kriminalitätsprävention sein? Lässt sich das Verfahren oder Teile davon übertragen? Wo gibt es Grenzen? Diese Fragen sollen im Vortrag entwickelt und anschließend zur Diskussion gestellt werden. Im ersten Schritt werden am Beispiel des Prozesses der Erstellung der aktuellen „S3+ Leitlinie Kindesmisshandlung, -missbrauch, -vernachlässigung unter Einbindung der Jugendhilfe und Pädagogik“ (eine Leitlinie der höchsten Klassifikation) die Grundzüge der Leitlinienentwicklung vorgestellt. Im zweiten Schritt soll diskutiert werden, inwiefern aus diesem Verfahren der Evidenzbasierung in der Medizin, Impulse für den systematischen Transfer von Forschungswissen in die kriminalitätspräventive Praxis abgeleitet werden können.



Daniel Church

Bundeskriminalamt

Daniel Church ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der „Forschungs- und Beratungsstelle Polizeiliche Kriminalstatistik, Dunkelfeldforschung“ im Bundeskriminalamt. Im dortigen Sachgebiet Dunkelfeldforschung ist er mit der Auswertung des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017 beauftragt. Er studierte Politikwissenschaft und Kulturanthropologie wobei er sein Studium mit dem Themenschwerpunkt empirische Demokratieforschung abschloss.

Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017 – Kernbefunde

**Moderation: Lisa Sabine Breitkopf, Ostfalia Hochschule
für angewandte Wissenschaften**

2017 und Anfang 2018 führte das Kriminalistische Institut des Bundeskriminalamts mit dem Deutschen Viktimisierungssurvey 2017 eine repräsentative Umfrage zum Thema „Lebenssituation und Sicherheit in Deutschland“ durch. Über 31.000 Befragte machten unter anderem Angaben zu Opfererlebnissen, ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden, dem Vertrauen in staatliche und politische Institutionen sowie zu ihrer Einstellung gegenüber Zuwanderung. Da es sich um eine Wiederholung einer Umfrage aus dem Jahr 2012 handelt, kann nachvollzogen werden, wie sich die Lage in den dazwischenliegenden fünf Jahren verändert hat.

Präsentiert werden die Kernbefunde des Forschungsprojektes. Der Fokus wird dabei auf der Entwicklung des Opferisikos in bestimmten Deliktbereichen sowie der Veränderung des kriminalitätsbezogenen Sicherheitsempfindens zwischen 2012 und 2017 liegen. Im Kontext aktueller gesellschaftlicher Veränderungen wird zudem auf Basis der erhobenen Daten veranschaulicht, wie das Sicherheitsempfinden mit der Einstellung zur Zuwanderung in Deutschland und dem Vertrauen in staatliche und politische Institutionen zusammenhängt.



Dr. Christian Babka von Gostomski

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Dr. Christian Babka von Gostomski, Studium der Soziologie an der Universität Mannheim und Promotion in Pädagogik an der Universität Bielefeld, war unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, an der Freien Universität Berlin sowie am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seit Januar 2007 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ). Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte: Integrations- und Migrationsforschung.

Antisemitismus bei ausgewählten Migrantengruppen

Moderation: Elias Dray, Meet2Respect

Bisher ist es die Forschung in Deutschland schuldig geblieben, repräsentative Analysen zum Antisemitismus bei Personen mit einem Migrationshintergrund vorzulegen. Die Forderungen der Berichte des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Jahre 2011 und 2017, sich der Frage der Verbreitung und der Erklärung von Antisemitismus bei Personen mit Migrationshintergrund zu widmen, sind weiter virulent.

Bei der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2015) wurden polnische, rumänische, türkische Staatsangehörige und deutsche Staatsangehörige mit türkischem Migrationshintergrund unter anderem zu Antisemitismus befragt. Einige der Items wurden identisch den deutschsprachigen Befragten bei der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 2016) vorgelegt.

Der Vortrag wird erstens die Beantwortung auf die Antisemitismus- sowie auf nicht antisemitische, aber israelkritische Items komparativ für RAM 2015 und den ALLBUS 2016 darstellen. Zweitens werden mit den RAM 2015-Daten Erklärungsmodelle für die Zustimmung bezüglich der Konstrukte „Klassischer Antisemitismus“, „Israelbezogener Antisemitismus“ und „(Nicht antisemitische) israelkritische Einstellung“ vorgestellt. Drittens sollen dabei problematische methodische Aspekte bei der Erhebung von Antisemitismus-Items nicht ausgespart werden.



Dr. Leonie Steinl

Deutscher Juristinnenbund

Dr. Leonie Steinl, LL.M. (Columbia) ist Vorsitzende der Strafrechtskommission des Deutschen Juristinnenbundes und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Juristische Zeitgeschichte an der Universität Hamburg.

Die Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland

**Moderation: Renate Schwarz-Saage, Stiftung
Deutsches Forum für Kriminalprävention**

Die von Deutschland ratifizierte Istanbul Konvention ist am 1. Februar 2018 als Bundesrecht in Kraft getreten. Die Istanbul Konvention verpflichtet Deutschland, umfassende Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zu treffen.

Die Vorgaben der Konvention betreffen zahlreiche Bereiche, wie etwa das System der Unterstützung und Hilfe, den Opferschutz, das Strafrecht, das Umgangsrecht, das Aufenthaltsrecht, die Fortbildung von Justiz und Verwaltung, und den wirksamen Zugang zum Recht für Gewaltbetroffene.

Trotz der existierenden Regelungen und Maßnahmen gegen geschlechtsbezogene Gewalt besteht in Deutschland noch erheblicher Handlungsbedarf zur vollständigen Umsetzung der Vorgaben der Konvention. Beispielsweise sind Maßnahmen zu ergreifen, um Sekundärviktimsierung in Strafverfahren zu vermeiden und Trennungstötungen effektiv zu verhindern und angemessen zu bestrafen.

Ziel des Vortrags ist es, einen Überblick über den zur Umsetzung der Istanbul Konvention bestehenden Reformbedarf in Deutschland zu geben.



Prof. Dr. Janine Neuhaus

**Hochschule für Wirtschaft und Recht
Berlin**

Prof. Dr. Janine Neuhaus ist seit April 2017 an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin im Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement Professorin für Psychologie und Forschungsmethoden. Zuvor war sie als Forschungsreferentin am Lehrerbildungszentrum der Universität Potsdam (2015-2017) und als wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungsprojekten an der Freien Universität Berlin (2005-2014) tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen schulische Gewaltprävention, Genderforschung, Interventions- und Evaluationsforschung.

Training deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen

Moderation: Stefanie Willenbrink, Wildmates – systemisches Coaching

In der Wissenschaft wird zwischen „heißer“ und „kalter“ Aggression unterschieden. Mit „kalter Aggression“ ist ein instrumentell aggressives Verhalten gemeint, welches zum Ausdruck kommt, wenn bspw. ein Jugendlicher einen Klassenkameraden gezielt schädigen möchte. Im Gegensatz dazu bezieht sich „heiße Aggression“ auf ein impulsiv-aggressives Verhalten in Reaktion auf eine wahrgenommene Provokation, das mit starken Emotionen, insbesondere Wut, einhergeht.

Vorgestellt wird ein 10 Stunden umfassendes Trainingsprogramm für Schulklassen ab der 5. Klasse, welches unter Einbeziehung der Expertise aus Wissenschaft und Praxis (Schule und Polizei) entstanden ist. Das Programm dient dem Kompetenzaufbau zur Deeskalation von Konflikten und strebt im Besonderen eine Reduktion „heißer“ Aggression bei Kindern und Jugendlichen an. Das Programm besteht aus vier Trainingseinheiten mit den Schwerpunkten Emotionen, soziale Wahrnehmung, Handlungskompetenz sowie Vertiefung und Einübung. Diese enthalten jeweils Lernziele, detaillierte Übungsbeschreibungen und abschließende Fazits. Das Trainingsmanual richtet sich an schulische Akteure, die gewaltpräventive Maßnahmen in Schulklassen, eigenständig oder in Zusammenarbeit mit polizeilichen Präventionsfachkräften, umsetzen möchten. Erste Evaluationsergebnisse, welche die gewünschte Wirkung und praktische Umsetzbarkeit des Programms untermauern, liegen vor.



Dr. Björn Milbradt

Deutsches Jugendinstitut e. V., Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“

Dr. Björn Milbradt ist Soziologe und Leiter der Fachgruppe „Politische Sozialisation und Demokratieförderung“ am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale). Sein Forschungsinteresse gilt neben der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung von Projekten und Programmen der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention insbesondere Bildungs- und Sozialisationsprozessen, ihren politischen, gesellschaftlichen und institutionellen Hintergründen und Bedingungen sowie methodischen und methodologischen Aspekten ihrer Erforschung. Zuletzt erschienen: PRIF Report 11 der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK): Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen (zusammen mit Andreas Armbrorst, Janusz Biene, Marc Coester, Frank Greuel und Inga Nehlsen), sowie im Verlag Barbara Budrich die Monographie „Über autoritäre Haltungen in ‚postfaktischen‘ Zeiten“.

Sozialräumliche Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus

**Moderation: Martin Rüttgers, Institut für Politikberatung
& Forschung**

Lokale Mobilisierungsdynamiken rechtsextremer Akteure beschäftigen Forschung, Demokratieförderung und Prävention und sind Anlass kontroverser öffentlicher Debatten. In Orten wie Chemnitz, Freital oder Köthen zeigte sich die deutlich über das eigene Spektrum hinausgehende Mobilisierungsfähigkeit, die rechtsextreme Akteure mittlerweile in bestimmten lokalen Kontexten haben. So ging in Chemnitz ein Spektrum von Rechtsextremen, Rechtspopulisten, Pegida und unorganisierten „besorgten Bürgern“ gemeinsam auf die Straße und sorgte für teils bedrohliche Szenen, die nachwirken.

Der Vortrag widmet sich diesen Mobilisierungs- und Konflikt-dynamiken in lokalen Kontexten. Der erste Teil geht auf den Forschungsstand ein: welche lokalen und sozialräumlichen Faktoren sind förderlich, welche eher hinderlich für solche Eskalationsszenarien? Welche Rolle spielen die verschiedenen Akteure? In einem zweiten Schritt wird auf dieser Grundlage nach sozialräumlichen Präventions- und Interventionsansätzen gefragt: welche Strategien gibt es, wo besteht Entwicklungsbedarf?



Dr. Albrecht Lüter

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH



Dr. Miriam Schroer-Hippel

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Dr. Albrecht Lüter

Camino/Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention Berlin

Seit 2015 Leiter der Berliner Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention. Zuvor langjährige Tätigkeit in der wissenschaftlichen Begleitung von Programmen des Bundes und der Länder im Bereich der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention am ISS-Frankfurt a.M. Nach Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin und Promotion als Soziologe Tätigkeiten u.a. am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), der Jacobs University Bremen, dem Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Uni Bremen sowie bei forsa.

Dr. Miriam Schroer-Hippel

Camino/Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention Berlin

Seit 2013 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention, zuvor war sie u.a. am Institut für Angewandte Sicherheitsforschung an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg und am Institute of Social Studies in Den Haag tätig.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind das sozialräumliche Monitoring Jugendgewaltprävention, die Evaluation sozialer Projekte im Themenfeld der Gewalt- und Radikalisierungsprävention, Moderation, Training und Beratung.

Kiezorientierte Prävention in Berlin

Moderation: Dr. Angelika Maser, Supervision Mediation Coaching

Demokratische Teilhabe beginnt vor Ort. Formen niedrigschwelliger, sozialraumbezogener Beteiligung sind unter dem Vorzeichen der kommunalen Prävention in verschiedenen Themenfeldern etablierte Instrumente – etwa in der Quartiersentwicklung oder der lokalen Demokratieentwicklung. In dynamisch wachsenden großstädtischen Räumen bestehen angesichts heterogener Lebensbedingungen und einer zunehmend diversen Bevölkerung jedoch besondere Herausforderungen für eine wirkungsvolle Prävention. Unter dem Begriff der „kiezorientierten Prävention“ verfügt Berlin über eine eigene Tradition einschlägiger beteiligungsoffener Präventionsstrategien, die derzeit neu aufgelegt und weiterentwickelt wird.

Der Vortrag stellt Hintergründe und Herausforderungen dieser Ansätze dar. Dabei handelt es sich unter anderem um Ansätze einer wissensbasierten Situationsanalyse, die in Berlin über ein Monitoring-Verfahren zu Jugendgewalt gewährleistet wird, um besondere Anforderungen spezifischer Sozialräume bspw. in touristischen Zentren oder in der urbanen Peripherie sowie um geeignete Verfahren und institutionelle Arrangements, die in Berlin in Form bezirklicher Präventionsräte gestärkt werden, ergänzt um die Umsetzung von passgenauen Projekten. Anhand aktueller Fallbeispiele kann so das teilweise spannungsreiche Verhältnis von Demokratie, Sicherheit und Prävention exemplarisch beleuchtet werden.



Kübra Gümüşay



Svenja Pasternack

Internationaler Bund

Kübra Gümüşay, Autorin und Aktivistin, schreibt und referiert zu den Themen Internet, Politik, Feminismus, Rassismus & Islam. Sie ist u.a. Co-Gründerin der Kampagne #SchauHin gegen Alltagsrassismus, des feministischen #Ausnahmslos-Bündnisses gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus, sowie Initiatorin der Kampagne #Organisierte-Liebe gegen Hass im Netz und für mehr Wohlwollen und eine gesunde, konstruktive Streitkultur im Netz und außerhalb. Ihr Blog ein-fremdwoerterbuch.com wurde 2011 für den Grimme Online Award nominiert. Das Magazin Forbes zählte sie 2018 zu den Top 30 unter 30 in Europa im Bereich Media und Marketing.

Svenja Pasternack, Svenja Pasternack (M.A. Politikwissenschaften) ist Referentin für Jugendsozialarbeit und leitet in der Zentralen Geschäftsführung des Internationalen Bunds (IB) das Referat „Jugend, Chancen, sprachliche Bildung“. Neben Geschäftsfeldentwicklung und fachpolitischer Gremien- und Lobbyarbeit, steuert sie im IB die Antragstellung in großen Bundesprogrammen wie „Demokratie leben!“. Im Jahr 2017 war sie maßgeblich an der Konzepterstellung zum Projekt „Grenzerfahrungen“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beteiligt, das an insgesamt vier Standorten des IB durchgeführt wird.

#Grenzerfahrungen

Moderation: Jennifer Schmidt, Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Der Vortrag stellt das Projekt „Grenzerfahrungen“ des IB vor, das vom BMFSFJ innerhalb des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird. Es richtet sich an junge Menschen (12-27 Jahre). Ausgrenzung auf allen Ebenen, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind wieder salonfähig geworden. Grenzen dominieren die aktuelle politische Debatte, polarisieren und prägen die Stimmung in Deutschland und Europa. Die soziale Konstruktion von Grenzen als Nährboden für indifferente Gruppenzuschreibungen und für rechtsnationale/rechtsextreme Haltungen kommt dabei zu wenig zum Vorschein. „Grenzerfahrungen“ will Rassismus und Nationalismus durch die Auseinandersetzung mit Grenzen auf unterschiedlichen Ebenen (z.B. persönliche, soziale, gesellschaftliche, staatliche, internationale) entlarven und demokratische Haltungen stärken. In eingespielten Videosequenzen berichten Teilnehmer*innen und die Schirmherrin von eigenen „Grenzerfahrungen“. Die einflussreiche Netzaktivistin Kübra Gümüşay, stellt persönliche Erfahrungen im Kontext von Rassismus und Ausgrenzung und ihre Motivation als Schirmherrin des Projekts vor. Kongressteilnehmer*innen und die mediale Öffentlichkeit können sich mit eigenen Erfahrungen unter dem #Grenzerfahrungen selbst in den Diskurs einbringen. Dadurch soll eine große mediale Aufmerksamkeit und Bekanntheit von „Grenzerfahrungen“ über die Fachwelt hinaus erreicht werden.



Mirko Allwinn

Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm)

Mirko Allwinn ist Psychologe (M.Sc.) und Mitarbeiter am Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm), sowie bei Team Psychologie und Sicherheit (TPS). Seine Arbeitsschwerpunkte sind die verschiedenen Formen zielgerichteter Gewalt (z. B. School Shootings, Amokläufe durch Erwachsene), Gewaltdrohungen, bedrohliches Verhalten im Cyberspace und die Psychologie des Betrugs.

Bedrohungsmanagement als präventive Maßnahme in Behörden

Moderation: Louisa von Strachwitz, Innocence in Danger e. V.

Gewalt und Androhungen von Gewalt sind Phänomene, welche in Behörden beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden verursachen, etwa in Form von Krankheitstagen, erhöhter Fluktuation, geringerer Produktivität der Mitarbeiter und Reputationsschäden. Die schädigenden Handlungen zeigen dabei ein breites Spektrum: von Drohungen über Stalking bis zu körperlicher Gewalt und in einigen Fällen sogar bis hin zu Tötungsdelikten durch Klienten, Kunden, Fremde oder Kollegen. Solchen problematischen Entwicklungen gehen fast ausnahmslos Warnsignale voraus, die in Behörden erkannt und auf die reagiert werden kann. Die Einrichtung eines internen Bedrohungsmanagement-Teams (BM-Team), zu dem sich Vertreter verschiedener Abteilungen zusammenschließen, wird als präventive Gegenmaßnahme diskutiert. Das BM-Team hat die Aufgabe das Bedrohungsmanagement in der Behörde aufzubauen und aktiv zu halten. Des Weiteren kommen die Mitglieder des Teams fallbezogen zusammen, wenn etwa Gewaltdrohungen oder Ähnliches auftreten, um die Risiken einzuschätzen und diese ggfls. durch entsprechende Handlungsstrategien zu entschärfen. Anhand der Analyse eines prototypischen Vorfalls in einer Behörde werden die Problematiken zielgerichteter Gewalt am Arbeitsplatz beleuchtet sowie die Chancen für Früherkennung und Intervention herausgearbeitet.



Prof. Dr. Thomas Hestermann

Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation MHMK

Dr. Thomas Hestermann ist Medienwissenschaftler und Fernsehjournalist. Er lehrt Journalismus an der Hochschule Macromedia (Hamburg). Zuvor arbeitete er als Gerichtsreporter, begleitete gewalttätige Skinheads und porträtierte Verbrechenopfer. Zehn Jahre lang war er Redaktionsleiter der Fernsehreihe „Tacheles – Talk am roten Tisch“, die von Phoenix ausgestrahlt wurde.

Lehrtätigkeit für die Diplomatenschule des Auswärtigen Amtes, die Hochschule der Polizei, das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr und andere. Seit 2011 Professor für Journalismus. Forscht zu Mustern der Kriminalitätsberichterstattung, dem Ausländerbild in den Medien und zur Automatisierung in der Medienproduktion.

Veröffentlichungen (Auswahl): Hestermann, T. (2018). Refugees and Migrants in the Media: The Black Hole, in Kury, H. & Redo, S. (Hrsg.): Refugees and Migrants in Law and Policy. Challenges and Opportunities for Global Civic Education, Cham, Schweiz: Springer International, S. 125-136.

Hestermann, T. (2018). Jugendkriminalität in den Medien: Opfer, Dämonen und die Mediatisierung der Gewalt, in Dollinger, B. & Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität, 3., vollst. überarb. Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 67-85.

Hestermann, T. (2017). „Ich habe mir gewünscht, dass es kein Morgen mehr gibt“. Wie das Fernsehen über Ausländer berichtet, tv diskurs 21 (82), S. 56-59.

TV-Gewalt: Wie wirklich ist die Medienwirklichkeit?

Moderation: Lena von Seggern, Diakonisches Werk Bonn und Region

Wie Fernsehschaffende über Gewaltkriminalität berichten, hängt weitgehend davon ab, wovon sie sich hohe Einschaltquoten versprechen – mit statistisch messbarer Delinquenz hat die Medienwirklichkeit wenig zu tun.

Der Medienwissenschaftler und Fernsehjournalist Dr. Thomas Hestermann hat die Macher interviewt und untersucht die TV-Berichterstattung seit 2007, die nunmehr fünfte Analysewelle gerade abgeschlossen. Seine Forschung beleuchtet, wie Mediengewalt entsteht. So wird deutlich, warum die Medien bevorzugt über tödliche und sexuelle Gewalt berichten und warum sie Opfer in den Mittelpunkt stellen – vor allem weibliche.

Der Langzeitvergleich zeigt gleichbleibende Muster ebenso wie einschneidende Veränderungen. So haben die Medien seit der Kölner Silvesternacht den ausländischen Gewalttäter als Angstfigur wiederentdeckt: Die Zahl der Fernsehberichte, die explizit von ausländischen Tatverdächtigen handeln, hat sich überproportional erhöht.

Aus der Medienanalyse erweisen sich zugleich Wege, wie die Prävention stärker zum Medienthema werden kann.



Rainer Becker

Deutsche Kinderhilfe e. V.



Dr. Verena Blaas

Universitätsmedizin Rostock, Institut
für Rechtsmedizin

Rainer Becker hat bis 2015 rund 20 Jahre lang als Polizeidirektor, Fachbereichsleiter, Fachgruppenleiter und Dozent mit Spezialisierung auf das Recht der Gefahrenabwehr und Eingriffsrecht an der Verwaltungsfachhochschule des Landes Mecklenburg-Vorpommern gelehrt. Seit 2013 ist er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe e. V. mit Sitz in Berlin, einem gemeinnützigen Verein, der sich insbesondere für den Schutz und die Rechte von Kindern einsetzt.

Er hat diverse Fachartikel mit häufiger Ausrichtung auf die Themen Kindesmisshandlung und Häusliche Gewalt veröffentlicht.

Dr. med. Verena Blaas ist seit 2013 Ärztin am Institut für Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Rostock. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in der Klinischen Rechtsmedizin und der Koordination der Rechtsmedizinischen Ambulanz für Opfer von Gewalt.

Frau Blaas hat zahlreiche Vorlesungen, Fortbildungen und Fachvorträge zum Thema „Erkennen von Kindesmisshandlung“ durchgeführt sowie Fachartikel zu rechtsmedizinischen Themen veröffentlicht.

Die Rolle der Rechtsmedizin im Kinderschutz

Moderation: Ingo Fock, gegen missbrauch e.V.

Der Vorwurf, sein Kind vernachlässigt, misshandelt oder missbraucht zu haben, wiegt stets nicht nur moralisch schwer, sondern er kann darüber hinaus diejenigen, die in den Verdachtsfokus geraten sind, sowohl beruflich als auch familiär und sozial ruinieren.

Aus diesem Grunde ist ein bestmöglicher medizinischer Befund von Spuren am Körper betroffener Kinder nicht nur für das Strafverfahren von Bedeutung, sondern auch, um eventuell festzustellen, dass die oder der Verdächtige die Tat nicht begangen haben kann.

Darüber hinaus spielt es auch für Gefahren abwehrende Maßnahmen durch das Familiengericht und das Jugendamt eine wichtige Rolle, festzustellen, ob Verletzungen am Körper eines Kindes durch Gewalt oder einen Unfall hervorgehoben wurden.

Und gelegentlich wird hierbei sogar eine dringend behandlungsbedürftige Erkrankung eines Kindes festgestellt, die lediglich wie eine Gewaltspur aussah.

Aus diesem Grunde sollten alle Akteure im Kinderschutz über ein rechtsmedizinisches Grundlagenwissen verfügen, um im Rahmen einer Ersteinschätzung beurteilen zu können, ob ein Kind durch einen Unfall oder Gewalt verletzt worden sein könnte.

Weiterhin sollten in allen Zweifelsfällen Rechtsmediziner nicht nur durch die Polizei und zum Zwecke der Strafverfolgung, sondern auch Gefahren abwehrend und durch Jugendämter und für sorgerechtlche Entscheidungen der Familiengerichte hinzugezogen werden.



Arne Dreißigacker

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**



Dr. Anna Isenhardt

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**



Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger

Arne Dreißigacker studierte an der Fachhochschule für Verwaltung- und Rechtspflege Berlin und war zwischen 2001 und 2004 im gehobenen Dienst der Berliner Polizei tätig. Anschließend studierte er Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle (Saale), erhielt 2013 ein Promotionsstipendium am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. und ist dort seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören das Kriminalitätsdunkelfeld, Wohnungseinbruchdiebstahl, Vorurteilskriminalität und Cyberkriminalität.

Anna Isenhardt studierte Soziale Arbeit (FH Erfurt) und Kriminologie (Universität Hamburg). Im Jahr 2016 schloss sie ihre Promotion in Soziologie an der Universität Fribourg ab. Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bern und seit 2018 außerdem als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Strafvollzug, politischer Extremismus und Wohnungseinbruchdiebstahl.

Gina Rosa Wollinger ist Soziologin und Kriminologin. Von 2012-2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. und forschte v.a. zum Bereich Wohnungseinbruch. Seit 2018 hat sie eine Professur für Kriminologie und Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW in Köln.

Geografische Aspekte des Organisierten Wohnungseinbruchs

Moderation: Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Forschungen zum Thema Wohnungseinbruchdiebstahl deuten darauf hin, dass ein beträchtlicher Teil der Taten durch organisierte Tätergruppierungen begangen werden. Es ist jedoch wenig bekannt über diese Täter, ihre Organisationsstruktur und ihr Vorgehen bei der Tatbegehung. Dies war für das KFN der Anlass zur Durchführung eines entsprechenden Forschungsprojekts, welches vom Fonds für die Innere Sicherheit der EU kofinanziert wird. Der geplante Beitrag stellt Ergebnisse dieses Projekts vor und geht auf Basis der Analyse von Strafverfahrensakten aus verschiedenen Bundesländern der Frage nach, ob in Bezug auf georeferenzierte Daten bestimmte Muster bei der Begehung von Wohnungseinbruchdiebstählen, die im Laufe des Strafverfahrens als organisierte Kriminalität definiert wurden, erkennbar sind. Analysiert wird zunächst, wo die Tatorte liegen und wie die Tatorte und ihre Umgebung gestaltet sind. Handelt es sich z. B. um städtische oder ländliche Wohnquartiere, wird bevorzugt in Einfamilien- oder Mehrfamilienhäuser eingebrochen und ist die Besiedlungsdichte eher hoch oder niedrig. Weiterhin wird ein Bewegungsmuster der TäterInnen präsentiert, bei dem Daten des Wohnortes mit Daten der Tatorte in Beziehung gesetzt werden. In einem zweiten Schritt werden auf Basis dieser Analysen Tatbegehungsmuster identifiziert und beschrieben, die als Basis für Präventionsmaßnahmen dienen können.

Vorträge



Gabriel Bartl

Deutsches Institut für Urbanistik



Niklas Creemers

Deutsches Institut für Urbanistik



Dr. Holger Floeting

Deutsches Institut für Urbanistik

Gabriel Bartl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Zuvor war er seit 2012 Teil der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sicherheitsforschung an der Freien Universität Berlin, wo er neben diversen Lehrtätigkeiten am Institut für Informatik in zwei BMBF-Projekten im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung (SAFEST und ResilienTech) tätig war. Neben seiner Tätigkeit im Projekt Sicherheit und Vielfalt im Quartier promoviert Gabriel Bartl bei Prof. Wolfgang Bonß zum gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit.

Niklas Creemers ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Urbanistik. Nach seinem Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg- Essen arbeitete er am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin (TUB) als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten in der Stadt-, Sicherheits- und Technikforschung.

Dr. Holger Floeting ist seit 1991 als Wissenschaftler am Deutschen Institut für Urbanistik, der Forschungs-, Fortbildungs- und Informations-einrichtung für deutsche Städte und Gemeinden, in Berlin tätig. Er hat dort das Forschungsfeld „Urbane Sicherheit“ aufgebaut. Seine Forschungsthemen in diesem Bereich konzentrieren sich auf kommunale Akteure und Institutionen, Sicherheitstechnologien, Prävention und Sicherheitswahrnehmung. Er ist für die Konzeption und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Führungs- und Fachpersonal aus Kommunen, Polizei, Kammern und Verbänden sowie Ratsmitgliedern im Themenfeld „Urbane Sicherheit“ verantwortlich.

Städtische Vielfalt und Konflikte im öffentlichen Raum

Moderation: Ingo Siebert, Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Zuwanderung, demographischer Wandel und Individualisierung: Deutsche Städte werden immer vielfältiger. Diese Vielfalt beinhaltet zahlreiche Chancen für Stadtgesellschaften und stellt eine wichtige Ressource dar. Dennoch kann eine zunehmende soziale, kulturelle und ethnische Heterogenität Konflikte und Irritationen bedingen und begünstigen, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigen. Öffentliche urbane Räume sind zentrale Orte für die Aushandlung solcher Konflikte und Irritationen.

Der Beitrag stellt Forschungsergebnisse des Teilvorhabens „Sicherheit und Vielfalt in Kommunen“ im Rahmen des Verbundprojekts DIVERCITY vor. Das Projekt wird vom BMBF gefördert. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Herausforderungen, die sich Kommunen durch eine zunehmende städtische Vielfalt stellen. Hierzu präsentiert der Beitrag Perspektiven verschiedener kommunaler Verwaltungsakteur*innen auf die Zusammenhänge zwischen urbaner Diversität und sozialen Konflikten in und um den öffentlichen Raum. Zudem diskutiert der Beitrag Maßnahmen, Strategien und Kooperationen aus der kommunalen Praxis, die auf die Prävention und Lösung solcher Konflikte im Sinne einer Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und des sozialen Friedens in der Stadt zielen und die auf die Herstellung eines öffentlichen Raums für alle setzen.



Prof. Dr. Dr. SD Shanti

AT Still University of Health Sciences

S.D. Shanti, Prof. Dr. med. dent, Dr. Phil and M.P.H., ist eine multidisziplinäre Fachfrau im Gesundheitswesen und sie ist eine Associate Professorin der Gesundheitswesen an der A.T. Still University of Health Sciences, in den Vereinigten Staaten. Sie ist Gründerin der gemeinnützigen Organisation Woman-to-Woman International, die ein Mitglied der Gewaltpräventionsallianz der WHO ist, und Gründerin einer neu eingeführten Stiftung Global Alliance for Violence Prävention. Ihre Innovationen im Bereich Gewaltprävention werden von UNICEF und Stiftungen in England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten unterstützt. Neben Gewaltprävention spezialisiert sie sich auf die Umsetzung der Wissenschaft in der täglichen Praxis und die Wissensverbreitung durch verschiedene Kanäle, wie Bücher, Internet, Radio und Fernsehen.

Schritte zur nachhaltigen Integration von Gesundheitswesen (public health)

Moderation: Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Obwohl Experten zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Kriminalprävention und Gesundheitswesen (Public Health) raten, gibt es einen Mangel an praktischen Informationen, wie genau man dieses Ziel erreichen kann, und darüber hinaus, wie man diese Konfluenz nachhaltig machen kann.

Dieser Vortrag wird drei Schwerpunkte enthalten: a. Kurze Übersicht des Gesundheitswesens und was es dem Bereich Kriminalprävention anbietet; b. Konkrete Schritte zur Zusammenarbeit, damit verbundene potenzielle Barrieren und wie man sie überwinden kann; c. Schritte auf systemischer Ebene, die eine nachhaltige Integration erlauben. Der Vortrag wird auch einen Ausblick im Bereich Innovation geben und verbundene Hinweise mitteilen.



Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak

Nationale Meeresuniversität Odessa

Ordentlicher Professor an der Nationalen Meeresuniversität
in Odessa (Ukraine), Dr. jur. habil.

Prävention von Verletzungen der Rechte von Rechtsanwälten

Moderation: Tetyana Wehrhahn, DPT – Deutscher Präventionstag

Die Aktivitäten von Rechtsanwälten tragen zur Prävention von Kriminalität und demokratischen Veränderungen in der Gesellschaft bei. Allerdings wurden beim Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister der Ukraine 1162 Informationen über die Verletzung der Rechte von Rechtsanwälten in 2013-2018 gespeichert. 75% von ihnen – Einmischung in die Tätigkeiten eines Rechtsanwalts (Art. 397 des StGB der Ukraine). Gegen die Anwälte wurden 12 versuchte Totschlagsdelikte und Morde begangen; 50 Körperverletzungen, 10 Fälle der Zerstörung des Eigentums, 56 Durchsuchungen der Rechtsanwaltskanzleien, 12 Fälle von geheimen Ermittlungen, 29 Rechtsanwälte wurden als Zeugen gegen eigene Mandanten vernommen. Jedoch wurde nur 1% der Fälle vor Gericht gestellt. Die Gleichsetzung eines Rechtsanwalts mit einem Mandanten durch das Strafverfolgungssystem ist die Hauptursache und Quelle der Verletzung des Anwaltsrechtes. Die Nationale Anwaltskammer der Ukraine führt vorbeugende Maßnahmen durch: sie fordert den Generalstaatsanwalt der Ukraine auf, die Angemessenheit der Strafverfolgung von Rechtsanwälten zu überprüfen und die Voruntersuchung unter seiner persönlichen Kontrolle durchzuführen. Es ist notwendig, das Justizsystem, die Polizei und die Staatsanwaltschaft weiter zu reformieren und zu säubern um die Wirksamkeit der Präventivmaßnahmen von Rechtsanwälten zu erhöhen.



Stefanie Ballscheidt

Bundeskriminalamt



Brahim Ben Slama

Bundeskriminalamt

Stefanie Ballscheidt studierte an der Universität Bremen mit Schwerpunkt Rechts- und Neuropsychologie (B. Sc.). An der SRH Heidelberg erwarb sie den Masterabschluss in Rechtspsychologie und erhielt für ihre Abschlussarbeit „Extremistische Einstellungen messbar machen: Weisen implizite im Gegensatz zu expliziten Messverfahren einen höheren Prognosewert für Radikalisierung auf?“ den Master-Preis. Sie hat als Bezugstherapeutin in einer Reha-Klinik für Suchtkranke mit Doppeldiagnosen gearbeitet, darunter auch mit Straftätern nach § 35 BtMG. Seit 2018 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Forschungsstelle „Terrorismus/Extremismus“ im Bundeskriminalamt zum Thema Extremismusprävention.

Brahim Ben Slama, Diplom Psychologe mit dem Schwerpunkt „Interkulturelle Psychologie“ und „Terrorismusforschung“. Studium der Psychologie an der Universität Osnabrück mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Organisationspsychologie. Seit 2005 beim kriminalistischen Institut des Bundeskriminalamtes und dort in der Forschungsstelle „Terrorismus und Extremismus“ in Wiesbaden als Forscher und stellvertretender Referatsleiter tätig. Die Schwerpunkte der aktuellen Forschungsarbeiten sind: islamistisch motivierter Terrorismus, Radikalisierungsforschung, Rolle des Internets bei Radikalisierungsprozessen, Wirkungsweisen extremistischer Propaganda und counter narrative sowie Extremismusprävention.

Kontrolle Internetpropaganda (KIP)

Moderation: Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.

Das vom ISF geförderte Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Kontrolle Internetpropaganda: Entwicklung kriminalpräventiver Instrumente zur Eindämmung extremistischer Propaganda und Hassbotschaften im Internet“ verfolgt das Ziel, Instrumente der selektiven Extremismusprävention für den Kontext Justizvollzug, d.h. für die Arbeit mit sogenannten Risikogruppen zu entwickeln. Mithilfe eines systematischen Internetmonitoring soll gewährleistet werden, dass aktuelle und für die Lebenswelt der Zielgruppe relevante Themen und Inhalte, erschlossen und für eine Verwertung in der Präventionsarbeit aufbereitet werden.

Projektmodule:

Modul I: Schaffung eines Monitoringsystems zur Erschließung aktueller extremistischer Themen und Inhalte, die für die Zielgruppe von Relevanz sind. (Ein automatisiertes Monitoring von Internetaktivitäten in definierten milieuspezifischen Bereichen des Internets).

Module II und III: Entwicklung von sozialpädagogischen Instrumenten zur Arbeit im Gruppensetting im Kontext einer selektiven, an Risikogruppen gerichteten, Extremismusprävention (zur Verwendung durch sozialpädagogisch, psychologisch geschultes Fachpersonal im JVA-Kontext).

Modul IV: Dissemination der Projektergebnisse anhand einer EU-weit ausgerichteten Disseminationsstrategie (Publikation der Ergebnisse und Präsentation/ Verbreitung der zu entwickelnden Instrumente in entsprechenden Praxiskontexten).

Vorträge



Prof. Dr. Dirk Baier

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften



Liliane Galley

Bundesamt für Sozialversicherungen,
nationale Plattform Jugend und Medien

Prof. Dr. Dirk Baier leitet das Institut für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Departement Soziale Arbeit. Von 2005 bis 2015 hat er am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als stellvertretender Direktor gearbeitet und zahlreiche Studien zur Jugendkriminalität sowie zur Kriminalitätsentwicklung und -wahrnehmung betreut. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des politischen Extremismus und der Gewaltkriminalität.

Liliane Galley ist Projektleiterin bei der Nationalen Plattform Jugend und Medien des Bundesamtes für Sozialversicherungen und Expertin für die Prävention verschiedener Risiken bei Jugendlichen (Sucht, Gewalt). Zwischen 2011 und 2015 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin und dann als Leiterin der Nationalen Programme Jugend und Gewalt sowie Jugend und Medien. Die ausgebildete Heilpädagogin schloss ihr Studium am IDHEAP Lausanne 2017 mit dem Master in Public Administration ab.

Narrative zur Prävention von Radikalisierung im Internet

Moderation: Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugendinstitut (DJI) in Halle/Saale

Extremistische Propaganda wird zunehmend im Internet verbreitet, extremistische Radikalisierung vollzieht sich immer stärker unter Einfluss dieses Mediums. Diesen Inhalten im Internet sog. Gegennarrative oder Alternative Narrative entgegen zu setzen, erscheint daher wichtiger denn je. Das Bundesamt für Sozialversicherungen der Schweiz hat vier Pilotprojekte ausgewählt, in denen entsprechende Narrative erarbeitet wurden. Die Projekte zeichnen sich u.a. dadurch aus, dass partizipativ mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen gearbeitet wurde und dass unterschiedliche Narrativformen entstanden sind (u.a. Videos, Blogs). Parallel zur Erarbeitung der Narrative hat eine unabhängige formative und summative Evaluation der Pilotprojekte stattgefunden. Im Vortrag werden die Pilotprojekte inhaltlich vorgestellt und die zentralen Ergebnisse der Evaluation berichtet.



Dr. Sabrina Hoops

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Sabrina Hoops, Dipl. Päd. (1970) ist seit 1997 als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte fokussieren die Themen Abweichendes Verhalten, Kinder- und Jugendhilfe und pädagogische Kriminalitätsprävention. Zudem ist sie seit dem 14. Kinder- und Jugendbericht in der Geschäftsführung der Jugendberichte der Bundesregierung tätig.

Über „Freiheitsentziehende Unterbringung in der Jugendhilfe“ forscht Sabrina Hoops seit vielen Jahren.

Freiheitsentzug in der Jugendhilfe – FAQ

**Moderation: Dagmar Freudenberg, Deutscher
Juristinnenbund**

Die Freiheitsentziehende Unterbringung in der Jugendhilfe oder kurz „GU“ – es gibt in den erzieherischen Hilfen kaum ein Setting, das so kontrovers diskutiert wird wie dies. Und bei dem es vielfach Unsicherheiten und mehr Fragen als Antworten gibt.

Am Deutschen Jugendinstitut (DJI) forscht man zu diesem Themenfeld bereits seit den 1980er Jahren. Zuletzt wurde im Sommer 2018 eine bundesweite Recherche durchgeführt, um die vorliegenden Daten auf einen neuen Stand zu bringen und aktuelle Entwicklungen zu dokumentieren.

Ein empirisch basiertes Wissen zu sichern, ist vor allem deshalb so wichtig, weil das Thema GU sensible Gegenstände berührt: Die Rede ist von den Freiheits- und Persönlichkeitsrechten der Betroffenen sowie dem Kindeswohl. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, wenn an eine Unterbringung immer wieder auch kritische Fragen gerichtet werden und man sich „vergewissern möchte“. Denn auch wenn das Feld der Freiheitsentziehenden Maßnahmen zumindest zahlenmäßig relativ stabil ist, so gibt es hier doch Veränderungen. Neue Adressatengruppen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, erfordern konzeptionelle Anpassungen und werfen Fragen mit Blick auf Passgenauigkeit und Wirksamkeit der Maßnahme auf.

Der Vortrag bereitet die aktuellen Befunde zum Thema „GU“ im Sinne eines Frequently Asked Questions (FAQ) umfassend auf – auf die Fragen des Plenums wird in besonderer Weise eingegangen.



Kai Besser

EWERK Group

Kai Besser, Digital Evangelist und Business Architect.

Commercial Ambassador für die EWERK Group

IT-Strategie, Business Intelligence und Managed Services sowie komplexe IT-Transition Projekte sind Themen die ich treibe – für große Unternehmen und Organisationen im Bereich EVU, dem Public Sector und im Gesundheitswesen.

MEINE PASSION:

Die Entwicklung und Einführung von neuen sowie die Transformation von bereits bestehenden, innovativen Geschäftsmodellen, insbesondere (IT-) Dienstleistungen und deren Erweiterung durch leistungsstarke Prozesse und Teams. Im Vordergrund steht für mich die Menschlichkeit und ich erachte Technologie als Enabler.

Mobile Anwendung zur Unterstützung von Sicherheitsberatungen

**Moderation: Jürgen Kepura, Bundespolizeidirektion
Bad Bramstedt**

Gemeinsam mit der HPI (Harmonisierung der Polizei Informatik e.V. in der Schweiz) hat die EWERK Group eine mobile Softwareanwendung entwickelt, mithilfe derer sich der komplette Feststellungsprozess einer Sicherheitsberatung abwickeln und dokumentieren lässt. Die Anwendung ist bereits seit einiger Zeit bei diversen Kantonspolizeiorganisationen der Schweiz erfolgreich im Einsatz und reduziert dort den Aufwand für eine Auditierung zur Gebäudesicherheit um über 50%. In Deutschland führen wir die Anwendung gerade beim LKA Hessen ein.

Neben der bereits dargestellten Auditierung der Gebäudesicherheit sind weitere Einsatzmöglichkeiten wie z.B. Prüfungen im Bereich Umweltmanagement, Gesundheitsschutz & Arbeitssicherheit sowie Brandschutz, Objektsicherheit, Maschinensicherheit und weiteren Einsatzfeldern möglich.

Die EWERK Group ist ein Dienstleister für digitalen Erfolg. Das Portfolio von EWERK umfasst den gesamten technologischen Lebenszyklus: von IT-Projekt-Beratung, Software-Entwicklung & Design, Transition Management, Enterprise IT-Outsourcing bis zum Betrieb von eigenen Data Centern und kritischen Infrastrukturen. Wir konzipieren, entwickeln, implementieren, betreiben und warten geschäftskritische Anwendungen und Prozesse für unsere Kunden aus streng regulierten Industrien.



Dr. Tillmann Schulze

EBP Schweiz AG

Tillmann Schulze (*1977) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster sowie am Dartmouth College in New Hampshire, USA, und schloss sein Studium als Magister Artium ab. Er arbeitete anschließend als Referent im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Bonn und promovierte währenddessen zum Schutz kritischer Informations-Infrastrukturen. Seit 2006 arbeitet Tillmann Schulze für das Planung- und Beratungsunternehmen EBP in Zollikon, Schweiz. Dort leitet er seit 2009 im Geschäftsbereich Sicherheit das Tätigkeitsfeld „Urbane Sicherheit + Bevölkerungsschutz“. Schwerpunkte seiner Arbeiten im Bereich Urbane Sicherheit sind integrale Sicherheitsplanungen, Risikomanagement, die Sicherheit öffentlicher Räume sowie Beratungen und Planungen im Bereich der städtebaulichen Kriminalprävention. Für das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ist Tillmann Schulze seit 2010 als Gutachter im Bereich „Zivile Sicherheit“ tätig. Er ist Mitglied der Sicherheitskommission in seiner Wohngemeinde Maur am Greifensee bei Zürich und berät diese ehrenamtlich zu sicherheitsrelevanten Fragestellungen.

Studie „Sicherheit öffentlicher Räume“

Moderation: Prof. Dr. Rita Haverkamp, Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement

Im Auftrag der Stadt Basel und des BaslerFonds erstellte EBP eine Studie zur Sicherheit öffentlicher Räume. Die Studie benennt Erfolgsfaktoren, die dazu führen, dass öffentliche Räume sicher sind, sie zeigt auf, welche Trends und Entwicklungen für öffentliche Räume künftig relevant sein werden und sie benennt Handlungsoptionen für die Sicherheitsverantwortlichen in Städten. Im Fokus sind dabei 23 übergeordnete Maßnahmen, denen zusammen 75 „Good practices“ aus Schweizer, aber auch aus ausländischen Städten zugeordnet sind. Die Studie wurde am Beispiel von Basel erstellt, die Ergebnisse wurden jedoch mit Vertretern der Städte Luzern, Bern, Genf, Biel und Zürich abgeglichen, sodass sie auch auf andere Städte übertragbar sind.

Der Vortrag beleuchtet die Motivation für die Studie, stellt die Methode dar, zeigt ausgewählte Ergebnisse und skizziert wie die Städte nun mit der Studie arbeiten. Die Erfolgsfaktoren, Trends und Entwicklungen sowie Handlungsoptionen sind auch auf Städte jenseits der Schweizer Grenze übertragbar.

<https://www.ebp.ch/de/projekte/studie-sicherheit-oeffentlicher-raeume>



Prof. Dr. Norbert Gebbeken

Universität der Bundeswehr München

Prof. Gebbeken ist Gründer und Sprecher des Forschungszentrums RISK – Risiko, Infrastruktur, Sicherheit und Konflikt. Er beschäftigt sich seit über 20 Jahren in Forschung und Praxis mit dem baulichen Schutz vor außergewöhnlichen Einwirkungen.

Urban angepasste Barrieren und die gesellschaftliche Debatte

Moderation: Detlev Schürmann, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

In Deutschland wird seit dem Anschlag auf den Breitscheidplatz eine gesellschaftliche Debatte geführt über die Verpolterung und Zubetonierung der Städte. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der Risikobewertung von Terroranschlägen. Der Beitrag behandelt einerseits die gesellschaftliche Debatte und andererseits urban angepasste Lösungen zum baulichen Schutz (hide force protection). Hierzu gehören Bäume und Pflanzen, Landschaftsgestaltung, Stadtmöblierung und Skulpturen. Die Ergebnisse zehnjähriger Forschung werden vorgestellt. Weltweit erstmalige und einmalige Versuche mit Explosionsschutzpflanzen und Wasservorhängen runden den Beitrag ab. So werden multifunktionale Barrieren entwickelt, die von den Bürgern nicht als Barrieren erkannt werden (hide force protection), sondern z.B. als Stadtmöblierung, Stadtgrün oder als Wasserspiele.

Vorträge



Janina Hentschel

Stadt Augsburg



Moritz Konradi

European Forum for Urban Security
(EFUS)



Dirk Wurm

Stadt Augsburg

Janina Hentschel ist Projektleiterin Urbane Konfliktprävention & Communities That Care (CTC) beim Büro für Kommunale Prävention der Stadt Augsburg, Referat für Ordnung, Gesundheit und Sport. Sie vertritt die Stadt Augsburg im europäischen Kooperationsprojekt Solidify. Dirk Wurm

Moritz Konradi ist Programme Manager beim European Forum for Urban Security (Efus) und koordiniert unter anderem das europäische Kooperationsprojekt Solidify.

Dirk Wurm ist vom Augsburger Stadtrat gewählter Referent für Ordnung, Gesundheit und Sport für die Ratsperiode von 2014 – 2020 (berufsmäßiger Stadtrat). Der Diplom-Politologe ist Mitglied im Exekutivkomitee des European Forum for Urban Security (Efus) und hat seit Juni 2018 den Vorsitz des Deutsch-Europäischen Forums für urbane Sicherheit (DEFUS) inne.

Sucht und Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Städten

**Moderation: Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin**

Drogenhandel und -konsum im öffentlichen Raum haben negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl und den sozialen Zusammenhalt. Mit welchen Strategien können Kommunen diesen Herausforderungen begegnen? Wie können Konflikte um Drogen- und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum auf der kommunalen Ebene produktiv gemanagt werden?

Der Vortrag diskutiert Erfahrungen und Ergebnisse des vom Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (Efus) geleiteten Projekts „Solidify“, an dem 10 europäische Kommunen und weitere Partner, darunter die Städte Augsburg, Essen und Mannheim sowie die Fachhochschule Frankfurt beteiligt sind.

Vorträge



Dr. Robert Pelzer

Technische Universität Berlin



Elias Tiemann

Bundeskriminalamt

Elias Tiemann ist seit 2017 als Wissenschaftlicher Projektleiter einer der Hauptverantwortlichen im BMBF-Projekt INTEGRER. In den Jahren 2009-2014 studierte er Statistik, Politikwissenschaft und Philosophie in Dortmund und Wuppertal mit den Schwerpunkten Beteiligungsmanagement und Ethik/Medienphilosophie. Anschließend studierte er Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Stuttgart mit den Schwerpunkten Stadtsoziologie und Technikfolgenabschätzung. Sein Hauptarbeitsfeld hat sich von der Beteiligungsforschung und der Erforschung von Meinungsbildungsprozessen zur Extremismusforschung entwickelt. In seinen oftmals quantitativen Studien zu seinen Arbeitsfeldern liegt sein Schwerpunkt in aller Regel auf dem Vergleich regionaler Daten. Sein derzeitiger Schwerpunkt ist die Erforschung des Phänomenbereichs im Internet. Dazu bedient er sich der sozialen Netzwerkanalyse und Teilen der Technikfolgenabschätzung.

Ethische Ansprüche an die Internetauswertung Extremismus

Moderation: Armin Schlender, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Das BMBF-Projekt INTEGER beschäftigt sich mit der technischen Umsetzbarkeit von teilmaschineller Internetauswertung. Neben der technischen Seite beschäftigt sich das Projekt mit juristischen und ethischen Fragestellungen. Die bisherigen Arbeiten im Bereich der Ethik konzentrierten sich dabei auf drei verschiedene Schwerpunkte. So wurden in einem Arbeitspaket die Ermittler selbst dazu befragt, wie sie den Einsatz von neuester Ermittlungstechnik in Form von Auswertesoftware, gerade als Mittel zur Extremismusprävention bewerten. In einem weiteren Arbeitspaket wurden Fokusgruppeninterviews durchgeführt. Dabei wurden sowohl Fragen zum vermuteten Umfang von präventiven Maßnahmen durch die Polizei im Internet als auch eigene Meinung zu polizeilichem Handeln insgesamt abgefragt. In einem dritten Arbeitspaket wird derzeit ein Konzept entwickelt, das die ethische Komponente in den Ausbildungsalltag der Internetauswerter aufnimmt.



Prof. Dr. Dirk Baier

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften



Dr. Patrik Manzoni

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Dirk Baier ist Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW.

Dr. Patrik Manzoni ist Dozent und Projektleiter am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW.

Demokratiedistanz und Extremismus bei Jugendlichen

Moderation: Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugendinstitut (DJI) in Halle/Saale

Insbesondere Jugendliche sind aufgrund vielfältiger und unsicher gewordener Lebensentwürfe anfällig für eine Hinwendung zu extremistischen Identitätsangeboten. Die beiden zentralen Elemente extremistischer Orientierungen stellen die Ablehnung der Demokratie und deren verfassungsrechtlichen Grundlagen sowie die Akzeptanz von Gewalt zur politischen Zielerreichung dar. Eine Distanzierung oder gar Feindlichkeit gegenüber demokratischen Grundwerten und Institutionen lässt auf eine Hinwendung zu extremistischen Orientierungen schließen, wobei unklar ist, in welchem Verhältnis diese zu anderen Erklärungsfaktoren des Extremismus stehen und ob Unterschiede zwischen verschiedenen Extremismusformen bestehen. Diese Fragen lassen sich anhand einer Befragung von über 8.000 Jugendlichen zu Rechts-, Links- und islamistischem Extremismus in der Schweiz untersuchen. Im vorliegenden Beitrag werden die Einflüsse verschiedener Größen der Demokratiedistanz, wie der Zufriedenheit mit Demokratie, dem Vertrauen in verschiedene Institutionen, der politischen Deprivation und anderer politischer Einstellungen auf die drei Extremismuseinstellungen geprüft, dies bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Erklärungsfaktoren aus anderen Bereichen wie Persönlichkeit, Familie, Schule und Gleichaltrige. Anhand der Befunde können Ansatzpunkte für die Prävention extremistischer Orientierungen aufgezeigt werden.



Peter Endress

GroupKom GmbH



Dieter Jung

Peter Endress hat nach seiner kaufmännischen Ausbildung über 30 Jahre lang profunde Erfahrungen in der Beratung von Groß- und Mittelstandskunden gesammelt.

Als Managing Partner der GroupKom ist er für den Vertrieb und die Partnerschaften für die Alarm- und Notfallmanagement Plattform EVALARM zuständig.

Als CEO der Swiss Platinum Consulting AG Schweiz ist er heute verantwortlich für das Business Development und das Account Management in der Region D/A/CH.

Dieter Jung war bis zu seiner Pensionierung 2016 im Kommissariat Kriminalitätsvorbeugung/Opferschutz der Polizei Gütersloh/NRW u.a. mit der Sicherheit in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen betraut.

In Kooperation mit Schulträgern, der Feuerwehr und dem polizeilichen Einsatzbereich entwickelte er ab 2009 das Projekt „Einsatzort Schule“ heute: „Orientierungssystem für Einsatz- und Rettungskräfte -Gütersloher Modell-“, das zunehmend bundesweit Verbreitung findet.

Dieter Jung war verantwortlich für Konzeption und Durchführung von „Bedrohungsalarmübungen“ für das Personal aller weiterführenden Schulen im Kreis Gütersloh und hat die erste Installierung digitalen Notfallmanagements an Schulen begleitet.

Digitales Alarm- und Notfallmanagement für Schulen

Moderation: Arno Winther, SIBUZ Spandau

Digitales Alarm- und Notfallmanagement für Schulen und Bildungseinrichtungen

Vor dem Hintergrund der Digitalisierung und neuer sicherheitsrelevanter Herausforderungen der Notfallprozesse geben neue Aspekte bei der Entwicklung von EVALARM den Ausschlag. Herkömmliche Alarmierungs- und Notfallprozesse entsprechen aktuell nicht mehr dem Stand der Technik und sind stark risikobehaftet.

So stehen öffentliche Einrichtungen – wie Schulen oder Universitäten – hinsichtlich Stör-, Notfall- und Krisensituationen vor neuen und komplexen Herausforderungen, da diese keine alltäglichen Situationen sind, für die es eine routinierte Herangehensweise gibt.

EVALARM digitalisiert genau diese Alarm- und Notfallprozesse und unterstützt in diesen schwierigen Situationen. Der Vorteil von EVALARM ist, dass neue und nützliche Funktionen den täglichen Einsatz ermöglichen und dadurch ein sicherer und routinierter Umgang gewährleistet ist.

EVALARM ermöglicht allen Beteiligten, Facility-Management, Polizei (u.a. als Partner beim Gütersloher Modell), Security, Rettungskräften, Brandschutz- und Notfallhelfern koordinierte Maßnahmen wie z.B. Evakuierung und Rettung einzuleiten und systematisch zu begleiten. Dabei stehen Hilfen, wie zugeordnete Gebäudepläne, Feuerwehrlaufkarten, Notfalldokumente, eine Fotofunktion und weitere nützliche Leistungen zur Verfügung.

Das macht EVALARM einzigartig!



Christoffer Glaubitz

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**



Dr. Dominic Kudlacek

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e.V.**

Christoffer Glaubitz (Diplom-Psychologe) studierte von 2007 bis 2012 an der Christian-Albrechts-Universität (CAU) zu Kiel mit den Schwerpunkten Klinische Psychologie und Rechtspsychologie. Von 2012 bis 2015 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der CAU am Lehrstuhl für Entwicklungs-, Pädagogische und Rechtspsychologie tätig. Seit 2015 ist er am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in Hannover beschäftigt. Bisherige Forschungsarbeiten: Prozess- und Wirkungsevaluation der NRW-Initiative „Kurve Kriegen“, Analyse der Entwicklung der Zuwandererkriminalität in Schleswig-Holstein, Begleitung der Evaluation der Videobeobachtung in NRW (§ 15a PolG NRW).

Dominic Kudlacek ist Sozialwissenschaftler und Kriminologe. Gegenwärtig forscht er zu Hasskriminalität, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung. Er ist für migrationssoziologische Studien sowie für verschiedene Projekte aus dem Gebiet der Sicherheitsforschung verantwortlich, die unter anderem für das Bundesministerium des Innern, die Europäische Kommission und das Bundesministerium für Bildung und Forschung durchgeführt werden. Seit Ende 2016 ist er stellvertretender Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen.

Polizeiliche Videobeobachtung an Kriminalitätsbrennpunkten

**Moderation: Rita Salgmann, Landeskriminalamt
Niedersachsen**

Der Vortrag informiert über die Ergebnisse einer Evaluationsstudie von polizeilicher Videobeobachtung in sechs deutschen Städten. Für die Wirkungsevaluation wurde auf Daten des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems zurückgegriffen. Im Ergebnis zeigt sich in fast allen untersuchten Bereichen eine Abnahme der Straßenkriminalität in den videobeobachteten Räumen, gleichzeitig nahm die Straßenkriminalität – allerdings in geringerem Umfang – auch in den nicht-beobachteten Stadtgebieten ab. Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass die Videobeobachtung in einigen untersuchten Stadtgebieten zu einer Reduktion der Straßenkriminalität beigetragen hat. Die beobachteten Effekte fielen jedoch in ihrer Höhe relativ gering aus. Insofern deckt sich das Ergebnis der hier vorliegenden Analyse mit der bisher in der Literatur berichteten Befundlage zur Wirksamkeit der Videobeobachtung im öffentlichen Raum. Bei der Bewertung der Befunde ist zu berücksichtigen, dass die Videobeobachtung in allen hier untersuchten Stadtgebieten in ein jeweils unterschiedliches, aus polizeilicher Sicht aber sinnvolles Bündel verschiedener begleitender polizeilicher Maßnahmen integriert wurde.



Zara Marlene Gadzala

Universität Vechta



Prof. Dr. Yvette Völschow

Universität Vechta

Zara Marlene Gadzala, geb. Helms, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Sozial- und Erziehungswissenschaften, Fach Soziale Arbeit, Fakultät I d. Universität Vechta.

Forschungsschwerpunkte: Konflikt- und Demokratieforschung, Sicherheitsanalysen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

U.a. Mitarbeit und Projektkoordination im Projekt Toleranzförderung in strukturschwachen Kleinstädten Niedersachsens (TosKaN).

Prof. Dr. rer. pol. Yvette Völschow, Univ. Prof.'in für Sozial- und Erziehungswissenschaften, Fach Soziale Arbeit, Fakultät I der Universität Vechta.

Forschungsschwerpunkte: Kriminologie und Beratungswissenschaften.

Leitung verschiedener vom Land Niedersachsen geförderter FuE Projekte zur Sozialraumrelevanz von Sicherheitsempfinden, Gewalt in sozialen Nahbeziehungen und Gewaltprävention insbesondere in ländlichen Räumen, wie u.a. des Projektes Toleranzförderung in strukturschwachen Kleinstädten Niedersachsens (TosKaN).

Toleranzförderung in strukturschwächeren Kleinstädten

Moderation: Prof. Dr. Ute Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

U.a. aktuelle Ausschreitungen zeigen, dass mangelnde Toleranz hierzulande vorkommt. Seit einigen Jahren zeigen Langzeitstudien, dass es sich dabei nicht um einzelne fehlgeleitete Jugendliche handelt, sondern sich auch die bürgerliche Mitte politisch extremer rechts positioniert (vgl. Heitmeyer 2002ff.). Als Hauptursachen gelten steigende soziale Unsicherheit in Folge konjunktureller Krisen (vgl. Heitmeyer 2010: 13ff.), intransparente Vorgehensweisen beim Thema Flucht etc.. Insbesondere strukturschwächeren Regionen wird dabei konstatiert, dass ungünstige soziostrukturelle Entwicklungen antidemokratische Einstellungen fördern können, so dass ein gezielter Blick auf Präventionschancen angemessen erscheint. Das vom Land Nds. geförderte Projekt TosKaN (Toleranzförderung in strukturschwachen Kleinstädten Nds.s) behandelt diese Thematik über eine Kriminologische Regionalanalyse, mit der Messinstrumente aus der interdisziplinären Konfliktforschung innovativ verbunden werden. Mehrperspektivisch wird so das Ausmaß möglicher demokratiegefährdender Einstellungen u. Verhaltensweisen sowie daraus resultierende Folgen für Sicherheitsempfinden u. Lebensqualität der Bevölkerung erfasst. Im Vortrag sollen die Methodik sowie einschlägige Ergebnisse des bis 2019 laufenden Projektes präsentiert und – nicht zuletzt mit Blick auf die Adaption von Ergebnissen auf weitere Regionen – diskutiert werden.

Vorträge



Michael Gabriel

Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend



Nico Mikulic

Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen e.V.



Nina Reip

Netzwerk Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde bei der Deutschen Sportjugend



Alexander Strohmayer

Deutsche Sportjugend im DOSB e.V.

Nina Reip, geb. 1981, studierte Politische Wissenschaften und Geschichte an der RWTH Aachen. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora und Kabinettschefin zweier Bildungsminister in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. An der ostbelgischen Hochschule AHS erarbeitete sie Konzepte zur politischen Bildung für das belgische Bundesland. Derzeit führt sie als Referentin die Geschäftsstelle des Netzwerks Sport und Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde bei der Deutschen Sportjugend. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Demokratieförderung und historische-politische Bildung.

Die Viten von **Michael Gabriel**, **Nico Mikulic** und **Alexander Strohmayer** finden Sie im Online-Kongressprogramm auf www.praeventionstag.de.

Demokratisches Miteinander: Spannungsfelder im Sport

**Moderation: Markus Rieger, Senatsverwaltung für
Inneres und Sport**

Im Rahmen der Fachkonferenz „Radikalisierungsprävention im Sport“ am 24./25. Mai 2018 in Frankfurt am Main wurden in verschiedenen Erarbeitungsphasen Spannungsfelder identifiziert und damit Chancen und Risiken für ein demokratisches Miteinander im Sportverein und in Sportszenen sichtbar gemacht. Auch erste Ideen für die Stärkung von positiven und die Minderung von schlechten Eigenschaften und Phänomenen wurden gesammelt. So lassen sich die erarbeiteten Resultate in vier Ambivalenzsituationen zusammenführen, die inhaltlich weiter unterfüttert wurden und zukünftig auch die Arbeit einer möglichen neuen „Fachstelle zur Demokratieförderung im Sport“ fachlich unterlegt:

1. Spannungsfeld: Hierarchie/Struktur/Verein
2. Spannungsfeld: Nationalismus/Rassismus/Identität(en)
3. Spannungsfeld: Gemeinschaft/Gruppe/Sozialisation
4. Spannungsfeld: Geschlecht/Körper/Selbstbild

Zusätzliche Querschnittsthemen sind zudem die Prävention sexualisierter Gewalt (insbesondere Machtverhältnisse) sowie die stellenweise Überfrachtung und Überforderung des guten freiwilligen ehrenamtlichen Engagements durch eine überhöhte professionelle Erwartung.

Gemeinsam mit weiteren Akteur/innen aus dem Sport werden die vier Spannungsfelder ausgeleuchtet und am „Puls der Zeit“ gemessen, wie es sich derzeit in den Sportvereinen und Sportszenen vor Ort gestaltet.



Chantal Billaud

Schweizerische Kriminalprävention
SKP



Laura Brand

Schweizerische Kriminalprävention
SKP

Chantal Billaud, Jahrgang 1967, arbeitet seit gut 10 Jahren bei der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP), seit 2018 als deren Geschäftsleiterin. Die SKP ist eine interkantonale Fachstelle im Bereich Prävention von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht.

Laura Brand (MA) hat an der Universität Zürich Englische Literaturwissenschaften und Geschichte der Neuzeit studiert. Seit 2016 arbeitet sie als Projektleiterin für die Schweizerische Kriminalprävention in Bern. Zur ihren Tätigkeitsgebieten gehört unter anderem die Kommunikation der Schweizerischen Kriminalprävention über Social Media.

Zivilcourage zeigen, aber wie?

**Moderation: Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin**

Die Polizei kann nicht immer überall sein, und das soll sie auch nicht. Es ist deshalb wichtig, dass in der Bevölkerung eine gewisse Bereitschaft vorhanden ist, Verantwortung für Andere, speziell für Schwache und Wehrlose, zu übernehmen und sich für Gerechtigkeit einzusetzen. Wenn diese Bereitschaft vorhanden ist, braucht es jedoch unbedingt auch konkrete Informationen bzw. Antworten auf Fragen wie „Wie soll ich reagieren, wenn ich in meinem Bekanntenkreis mit Häuslicher Gewalt konfrontiert bin? Was soll ich tun, wenn ich im Internet auf illegale Pornografie stoße? Was rate ich einem Opfer von sexueller Belästigung?“ Diese und weitere Fragen werden im Projekt „Zivilcourage zeigen, aber wie?“ kurz und klar beantwortet. In einfachen Videobotschaften, die über die Sozialen Medien verbreitet werden, leiten Angehörige der verschiedenen Schweizer Polizeikorps die Bevölkerung an, Zivilcourage zu zeigen. Die Videomitteilungen sollen gleichzeitig das Vertrauen in die Polizei stärken und letztere als Einheit in Hinblick auf ihre Botschaften präsentieren, aber als sehr divers, was Alter, Geschlecht, Sprache und Funktion anbelangt. Als Absender steht jeweils „Ihre Polizei“. Alle Videobotschaften werden auf einer dreisprachigen Webseite der Schweizerischen Kriminalprävention gesammelt und sind öffentlich zugänglich.

Vorträge



Florian Gruber

Bundeskriminalamt



Dr. Uwe Kemmesies

Bundeskriminalamt



Karoline Weber

Bundeskriminalamt

Dipl. Verww. **Florian Gruber** arbeitet seit 2012 als Kriminalhauptkommissar bei der 'Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus' des BKA, wo er in unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten arbeitet und thematisch seinen Schwerpunkt im Bereich von Islamismus und Prävention hat.

Dr. Uwe Kemmesies ist Sozialwissenschaftler und leitet als Wissenschaftlicher Direktor seit 2005 die 'Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus' im Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Er schloss ein Parallelstudium der Pädagogik und Soziologie mit einem Diplom an der Universität in Münster und mit einer Promotion an der Universität Bremen ab. Nach intensiven Forschungs- und Lehrtätigkeiten zum Themenkomplex Drogen, die 2001 in Kooperation mit Prof. em. Hess in die Gründung des „Centre for Drug Research“ an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main mündeten, kam es 2003 zum Wechsel in das BKA, um dort einen Forschungsbereich zum Phänomen 'Extremismus/Terrorismus' aufzubauen.

Dipl.-Pol. **Karoline Weber** hat in Marburg Politikwissenschaft und Friedens- und Konfliktforschung studiert. Sie ist seit 2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der 'Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus' im BKA tätig. Als Mitbegründerin des Galtung-Instituts für Friedenstheorie und Friedenspraxis (2011) leitete sie vorher u.a. internationale Fortbildungen zu Konflikttransformation und gewaltfreier Konfliktbearbeitung.

Handbuch Extremismusprävention und Extremismuspräventionsatlas

Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Eberhard
Karls Universität Tübingen

Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Nachdem das Konzept des Handbuches Extremismusprävention im vergangenen Jahr vorgestellt und mit Interessierten besprochen werden konnte, soll nun das fertige Produkt präsentiert werden, welches im Jahr 2019 kostenfrei erhältlich sein wird. Als handlungspraktischer Leitfaden sowie als Orientierungshilfe zur Präventionspraxis richtet sich das Handbuch an eine breite Leserschaft. Um dem Anspruch gerecht zu werden, ein umfassendes praxisorientiertes Handbuch zur Umsetzung einer gesamtgesellschaftlich verankerten Präventionsstrategie zu erstellen, wurde es von insgesamt mehr als 40 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis verfasst.

Der Veröffentlichung des Handbuches wird eine Webseite mit einer Onlinedatenbank zu Präventionsangeboten in Deutschland folgen (Extremismuspräventionsatlas). Dort werden Kontakt- und Inhaltsangaben zu Projekten bereitgestellt, die über eine regionale und inhaltliche Suche für die ratsuchende Bevölkerung, Präventionsakteure, Behörden und Wissenschaft öffentlich zur Verfügung stehen werden. Aus den analysierten Präventionsmaßnahmen kann eine Bestandsaufnahme zu der Präventionslandschaft in Deutschland gezogen werden: Wie gestaltet sich Extremismusprävention heutzutage? Welche Entwicklungen und Trends zeichnen sich ab? Wo finde ich bei wem welche Angebote?



PD Dr. Marc Allroggen

Universitätsklinikum Ulm

PD Dr. med. Marc Allroggen, Arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Sektionsleiter Institutsambulanz und Forensik, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie / Psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm.

Befürwortung extremistischer Gewalt in Deutschland

Moderation: Julia von Weiler, Innocence in Danger e.V.

Einleitung: Extremistische Einstellungen, insbesondere die Befürwortung von Gewalt, um politische oder ideologische Ziele durchzusetzen, gelten als möglicher Indikator und Vorläufer von extremistischen Gewalttaten. Bislang liegen allerdings keine bevölkerungsrepräsentativen Studien vor, wie häufig entsprechende Einstellungen sind. Methode: In einer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe (N=2531, 55 % weiblich, Durchschnittsalter 48,6 Jahre) wurde gefragt, inwieweit die Teilnehmer die Anwendung von Gewalt zum Erreichen berechtigter politischer oder weltanschaulicher Ziele für gerechtfertigt halten. Darüber hinaus wurde untersucht, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der extremistischen Gewaltbefürwortung und demografischen Faktoren (u.a. Alter, Geschlecht, sozioökonomischer Status) und Lebenszufriedenheit besteht. Ergebnisse: Von den Befragten hielten 2,6 % die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, um o.g. Ziele durchzusetzen, 1,7 % das Begehen eines Selbstmordattentats oder eines terroristischen Anschlags. Es zeigten sich nur minimale Zusammenhänge zwischen der extremistischen Einstellung und demografischen Faktoren sowie der Lebenszufriedenheit. Diskussion: Die prinzipielle Zustimmung zur Anwendung schwerer Gewalttaten für das Erreichen von politischen und weltanschaulichen Zielen ist hoch und weitgehend unabhängig von demografischen und sozioökonomischen Faktoren.



Christine Liermann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)



Dr. phil. Charlotte Peter

Papilio gGmbH



Univ.-Prof. Dr. phil. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie

Christine Liermann, Staatsanwältin, abgeordnet zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), seit 2010 tätig für die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) mit dem Arbeitsschwerpunkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“.

Dr. phil. Charlotte Peter, Leiterin Wissenschaft und Entwicklung bei Papilio – Die Diplom-Psychologin leitet bei Papilio den Bereich Wissenschaft und Entwicklung. Dies umfasst die laufende wissenschaftliche Begleitung, in enger Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Herbert Scheithauer, die Planung, Durchführung und Evaluation von Entwicklungsprojekten wie Papilio für unter Dreijährige und Papilio für die Grundschule sowie Fachpublikationen und Vorträge.

Univ.-Prof. Dr. phil. Herbert Scheithauer, Professor für Entwicklungspsychologie und Klinische Psychologie – Er leitet den Arbeitsbereich Entwicklungswissenschaft und Angewandte Entwicklungspsychologie. Seit 2006 ist er Faculty Member an der International Max Planck Research School „The Life Course: Evolutionary and Ontogenetic Dynamics“ am Max Planck Institute for Human Development, Berlin. Er hat Erfahrungen in verschiedenen Präventions- und Forschungsprojekten und Beteiligung an der Entwicklung von Präventions- und Fördermaßnahmen u.a. im Kindergarten (www.papilio.de), außerschulisch (www.fairplayer-sport.de) und in der Schule (www.fairplayer.de, www.netwass-projekt.de, www.medienhelden-projekt.de).

Papilio: Prävention von der Krippe bis zur Grundschule

**Moderation: Renate Schwarz-Saage, Stiftung
Deutsches Forum für Kriminalprävention**

Wie kann ein entwicklungsorientierter Präventionsansatz als systematische Förderung einer gesunden Sozialentwicklung von Kindern etabliert werden? Die Präventionsprogramme von Papilio für Krippen, Kitas und Grundschulen können einen Beitrag zu nachhaltigen kommunalen Präventionsketten leisten. Das Sozialunternehmen Papilio implementiert bereits ein evidenzbasiertes und evaluiertes Präventionsprogramm in Kitas, welches die sozial-emotionale Kompetenz bei Kindern zwischen drei bis sechs Jahren fördert. Um Prävention wirksamer zu gestalten wurde dieses Konzept auf die Settings Krippe und Grundschule erweitert. In Zusammenarbeit mit der FU Berlin und der FAU Erlangen-Nürnberg wurden bereits wissenschaftliche Programme der universellen Prävention entwickelt und werden derzeit implementiert und evaluiert. Kinder unter 3 Jahren werden in der Krippe in Vorläufern ihrer sozial-emotionalen Kompetenzen gestärkt und die Risiken für Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten reduziert. Kinder zwischen sechs und neun Jahren werden im Setting Grundschule in ihren sozial-emotionalen Kompetenzen gestärkt. Der Vortrag gibt Einblicke in die Entwicklung, Pilotimplementierung und erste Ergebnisse der Evaluation der Pilotprojekte und betrachtet die Chancen dieses entwicklungsorientierten, settingübergreifenden Präventionsansatzes als Teil von nachhaltigen Präventionsketten.



Dietmar Schilff

Gewerkschaft der Polizei

Zur Person:

Dietmar Schilff

- Geb. 09.02.1962 in Braunschweig. 1979 Eintritt in den mittleren Dienst der Polizei Niedersachsen,
- 1981-1985 Polizeiausbilder an der Polizeischule in Hannover-Münden,
- 1986-1989 Studium an der FHS für Verwaltung und Rechtspflege FB Polizei in Hildesheim (Diplomverwaltungswirt FH),
- 1990-1996 Polizeilicher Einzeldienst in Göttingen und Braunschweig.
- Seit 1996 freigestellt für Personalratstätigkeiten,
- 1996-2008 und 2012-aktuell Mitglied im Polizeihauptpersonalrat im nds. Innenministerium, davon von 2002-2007 Vorsitzender des Gremiums.
- Gewerkschaftliche Funktionen:
- Seit 1980 Mitglied der GdP.
- Auf Landesebene Niedersachsen:
- Seit 1994 Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Niedersachsen.
- Seit 2010 Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen.
- Seit 2010 Mitglied im Landesvorstand des DGB Niedersachsen/Bremen.

Auf Bundesebene:

- Seit 1996 für die GdP Niedersachsen Mitglied im GdP-Bundesvorstand,
- 13. Mai 2013 Wahl zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden.

Sonstiges:

Ehrenamtliches kommunal- und sozialpolitisches Engagement in Braunschweig.

Das Spannungsfeld zwischen rechtsstaatlichen Polizeieinsätzen & Bürgerprotesten

Moderation: Jennifer Schmidt, Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e.V.

Die GdP engagiert sich seit mehr als 3 Jahrzehnten intensiv im Bereich der Prävention. Ihr Selbstverständnis ist es, gesellschaftliche Prozesse, auch in den Feldern der Innenpolitik, nicht nur repressiv, sondern auch präventiv zu betrachten und zu bewerten.

Die GdP setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen nicht ausschließlich von der Polizei bearbeitet werden. Bei den legitimen und verfassungsrechtlich besonders geschützten Demonstrationen von Bürgerinnen und Bürgern kommt es oft zur Konfrontation mit der Polizei. Es entsteht also ein Spannungsfeld zwischen dem Demonstrationsrecht von Bürgern und dem gesetzlichen Auftrag der Polizei, für die Sicherheit der Öffentlichkeit zu sorgen.

Der Vortrag von Dietmar Schilff, stellv. Bundesvorsitzender der GdP, wird daher neben Bewertungen polizeilicher Möglichkeiten auch die Aufgaben der Politik und gesellschaftlicher Institutionen beleuchten. Der GdP geht es darum, die Akzeptanz für die Aufgaben der Polizei zu erweitern und zugleich zu vermitteln, wie notwendig die Polizei die Durchsetzung von Grundrechten, u. a. das Demonstrationsrecht, bewertet. Dabei muss die Polizei politisch neutral vorgehen. Die Politik ist aufgefordert, den Bürgerprotest ernst zu nehmen.

Vorträge



Anna Rau

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit



Dr. Michaela Wendekamm

Deutsche Hochschule der Polizei

Anna Rau ist seit Juni 2016 die Geschäftsführerin des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (DE-FUS). Zuvor war sie bei der deutschen Opferhilfeorganisation WEISSER RING e.V. für den Bereich der Kriminalprävention zuständig. Von 2007 bis 2013 arbeitete sie für die GIZ im Bereich der Kinder- und Jugendrechte und betreute dort den Schwerpunkt der Jugendgewaltprävention. Ihr Studium der Geistes- und Sozialwissenschaften absolvierte sie in Karlsruhe und Santiago de Chile.

Dr. Michaela Wendekamm ist seit 2014 an der Deutschen Hochschule der Polizei als Wissenschaftliche Referentin des Präsidenten tätig. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte an der Universität Duisburg-Essen schloss sie im Jahr 2014 die Promotion über „Die Wahrnehmung von Migration als Bedrohung“ an der Universität Witten/Herdecke im Fach Politikwissenschaft ab. Sie ist Lehrbeauftragte an der Fachhochschule des öffentlichen Rechts in NRW.

Wer ist zuständig für die Sicherheit im öffentlichen Raum?

Moderation: Moritz Konradi, European Forum for Urban Security

Sicherheit ist im Grundsatz eine staatliche Aufgabe, in der öffentlichen Diskussion sind jedoch die Städte und Gemeinden die ersten Ansprechpartner, wenn es um Missstände geht. Vor Ort arbeiten Polizei und Kommunen meist arbeitsteilig, eng und gut zusammen. Dennoch stellt sich bei den sich schnell weiterentwickelnden Herausforderungen in der Gewährleistung der Sicherheit in den Kommunen immer wieder die Frage nach der Zuständigkeit und der Rolle der verschiedenen Akteure.

Auf einer gemeinsamen Fachtagung der DHPol und des Städtenetzwerks DEFUS diskutierten Vertreter der Polizei und aus Kommunen mit dem Ziel, die Sicherheitsarchitektur in Städten neu zu vermessen und Ideen für dynamische Präventions- und Sicherheitskonzepte zu entwickeln.

Der Vortrag stellt die Ergebnisse dieses Diskussions- und Denkprozesses vor und beleuchtet die unterschiedlichen Perspektiven der Polizei und der Kommune sowie das gegenseitige Rollenverständnis im Umgang mit den aktuellen Herausforderungen der Sicherheit im öffentlichen Raum von der Sicherung der Großveranstaltung bis hin zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.



Klaus Auer

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.



Prof. Dr. Christiane Vetter

Duale Hochschule BW

„KITA 2020“ ist in dieser Konstellation einer Zusammenarbeit und inhaltlichen Schärfung des Präventionsgedankens einmalig.

Projektbeteiligte/Steuerungsgruppe:

Polizeiberrat **Klaus Auer**, Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. = ISL (Gesamtleitung und Finanzierung)

EKHK a.D. **Ulrich Blaschke**, Geschäftsführer der ISL (Geschäftsstelle)

Pädagoge **Günther Gugel** (Fachliteratur, Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung)

EKHK **Leo Keidel** und EKHK`in **Renate Sonnet**, Polizei – Referat Prävention (Gewaltprävention)

Prof. Dr. Christiane Vetter, Duale Hochschule BW (Entwicklung, Qualifizierung, Begleitung, Studium)

KITA 2020: Das Recht des Kindes auf eine gewaltfreie Erziehung

Moderation: Dr. Sabrina Hoops, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Der erste Verein in BW zur Kriminalprävention entwickelte in Kooperation mit dem Friedenspädagogen Günther Gugel und Prof. Dr. Christiane Vetter das Projekt „KITA 2020“ zur Gewaltprävention im Elementarbereich. Das Projekt knüpft an das pädagogische Geschehen in Kitas an und erarbeitete einen Zugang, um primäre Gewaltprävention nachhaltig zu gestalten. Auf der Ebene der direkten Interaktion mit einzelnen Kindern, der Arbeit mit Eltern, der Qualifizierung des pädagogischen Personals und der Unterstützung der Teamarbeit wurden Arbeitshilfen zur Gewaltprävention im Kontext interkulturell interreligiös sensibler Bildung finanziert und erarbeitet. „KITA 2020“ ist ein auf 5 Jahre angelegtes Pilotprojekt, um die Qualifizierung von Projektbegleiter*innen und Beratung für Gewaltprävention in der Frühen Kindheit auf den Weg zu bringen. Studierende der Studienrichtung „Soziale Arbeit in der Elementarpädagogik“ der Dualen Hochschule sind seit 2014 beteiligt. 45 Kindertagesstätten aus dem Rems-Murr-Kreis nahmen bislang an der Pilotphase teil. Beim Deutschen Präventionstag werden das Projekt, seine demokratieförderlichen Auswirkungen auf Kitas und Studierende der Sozialen Arbeit und die Übertragung des bedarfs- und bedürfnisorientierten Ansatzes der Gewaltprävention vorgestellt. Die Evaluierung im 4. Projektjahr erfolgte durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften Stuttgart.



Janine Aeberhard

Sicherheitsverbund Schweiz



Philippe Piatti

Bundesamt für Polizei

Janine Aeberhard ist als sicherheitspolitische Beraterin beim Sicherheitsverbund Schweiz tätig. Dies ist eine Plattform für die Konsultation und Koordination von sicherheitspolitischen Herausforderungen unter Einbezug aller relevanten staatlichen und privaten Akteure der Schweiz. In ihrer Funktion ist sie ferner zuständig für die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Zuvor arbeitete sie beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten in der Schweiz und im Ausland, unter anderem im Bereich der Menschlichen Sicherheit. Sie verfügt über einen Joint Degree Masterabschluss in Politik-, Religions- und Wirtschaftswissenschaften der Universitäten Basel, Luzern und Zürich (Schweiz).

Philippe Piatti, geboren am 23. August 1973, lebt im Kanton Bern (Schweiz), ist verheiratet und Vater von einer Tochter und einem Sohn. Er studierte an der Universität Bern Geschichte, Politologie und Medienwissenschaft. Von 2006 bis 2015 war er in verschiedenen Funktionen im Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements sowie im Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements tätig, zuletzt als Persönlicher Referent der Departementsvorsteherin. Seit 2016 arbeitet er im Bundesamt für Polizei (fedpol).

Interdisziplinäre Prävention von Radikalisierung & Extremismus

Moderation: Monika Kunisch, Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Radikalisierung möglichst frühzeitig erkennen und bekämpfen: Dies ist das Ziel des Schweizerischen Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP), den alle drei Staatsebenen Ende 2017 verabschiedet haben. Im Rahmen der Umsetzung des NAP kann der Bund Projekte von Kantonen, Gemeinden, Städten und der Zivilgesellschaft mit einem Impulsprogramm unterstützen, die die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zum Ziel haben. Die Maßnahmen sollen der Sensibilisierung, Information, Wissensvermittlung, Beratung und Weiterbildung dienen. Die Referentin und der Referent werden den NAP sowie das Impulsprogramm und die damit verbundenen Prozesse vorstellen.

Aufgrund des föderalen Staatswesens der Schweiz waren bzw. sind alle drei Staatsebenen sowohl in die Erarbeitung des NAP als auch in dessen Umsetzung eingebunden – einen herausfordernden Vorteil, den es für die gemeinsame und gezielte Prävention zu nutzen gilt und die daraus abgeleiteten guten Praktiken dem interessierten Publikum zur Verfügung zu stellen sind.



Daniel Grunow

Deutsches Jugendinstitut



Joachim Langner

Deutsches Jugendinstitut



Marco Schott

Deutsches Jugendinstitut

Die Vortragenden arbeiten am Deutschen Jugendinstitut im Rahmen der Evaluation des Programms „Demokratie Leben!“ in der Wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte der Radikalisierungsprävention.

Daniel Grunow hat interdisziplinäre Antisemitismusforschung, Politikwissenschaft und Geschichte studiert. Er arbeitet seit 2018 am DJI zu Modellprojekten im Bereich Linke Militanz.

Joachim Langner hat Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und Ethnologie studiert und arbeitet seit 2013 am DJI zu islamistischer Radikalisierung und zu Formen pädagogischer Auseinandersetzung mit dieser.

Marco Schott hat Soziologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Mannheim, Leipzig und der Friedrich-Schiller-Universität Jena studiert und arbeitet seit 2018 am DJI zu Modellprojekten im Bereich Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen.

Radikalisierungsprävention beschreiben: eine Typologie

Moderation: Dr. Diana Willems, Deutsches Jugendinstitut e.V.

In der Evaluation von Modellprojekten der Radikalisierungsprävention im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zeigt sich eine hohe Heterogenität der Projekte. Das macht es herausfordernd, die Praxis treffsicher analytisch zu beschreiben und von dieser ausgehend Entwicklungstendenzen zu erfassen.

Ausgehend vom Konzept des „Wirkmechanismus“ in der Realist Evaluation haben wir aus Interviews mit Projektmitarbeitenden, sowie direkten Beobachtungen der Praxis, rekonstruiert, über welches Mittel pädagogische Praxis ihre Ziele zu erreichen versucht. Der Wirkmechanismus beschreibt hierbei die stark analytisch verdichtete Perspektive der Projektmitarbeitenden auf den Kern ihres pädagogischen Handelns.

Von dieser Rekonstruktion ausgehend haben wir eine Typologie der pädagogischen Projektpraxis im Feld der Radikalisierungsprävention mit jungen Menschen entwickelt. Dabei sind vier unterschiedliche Wirkmechanismen sichtbar geworden: aufklärend wissensvermittelnd, reflektierend wissensvermittelnd, selbstreflektierend und sozialintegrativ.

Entlang dieser Typen lässt sich die pädagogische Praxis analytisch beschreiben und so neue Erkenntnisgewinne generieren. Diese Typologie möchten wir vorstellen und näher erläutern, da sie Praktiker/innen darin unterstützt, ihre pädagogische Präventionsarbeit zu reflektieren, zu fokussieren, und Kontexte und Settings ihrer Angebote besser mitzudenken.



Manuela Freiheit

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung



Andreas Uhl

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung



Prof. Dr. Andreas Zick

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Manuela Freiheit, Dipl. Soziologin, ist seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Ihre inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Jugenddelinquenz, der Radikalisierungs- und Konfliktforschung, sowie aktuell im Bereich der Extremismus- und Radikalisierungsprävention.

Andreas Uhl, Dipl. Soziologe, ist seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Seine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Extremismus- und Radikalisierungsprävention.

Andreas Zick ist seit 2008 Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Seit 2013 leitet er als Direktor das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). Das IKG erforscht in interdisziplinären Forschungsgruppen die Grundlagen, Phänomene und Wirkungen von innergesellschaftlichen Konflikten und Gewalt. Dazu gehört auch die Prävention von Extremismus und Radikalisierung.

Prävention im Umgang mit islamistischer Radikalisierung

Moderation: Sabrina Mohr, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Nach wie vor ist nicht hinreichend geklärt, mit welchen Ansätzen es besonders gut gelingt, junge Menschen dem Einfluss gewaltorientierter salafistischer und dschihadistischer Propaganda zu entziehen. Als ein wesentlicher Grund wird das Fehlen einer fundierten Übersicht über die Gesamtheit der angewandten Präventions- und Deradikalisierungspraxis genannt. Ziel des BMBF geförderten Forschungsverbundes "Mapping und Analyse von Präventions- und Distanzierungsprojekten im Umgang mit islamistischer Radikalisierung" (MAPEX) ist es, eben diese Lücke zu schließen. Dazu befragt der Forschungsverbund derzeit über 1.000 Initiativen in Deutschland und bildet diese auf einer interaktiven Landkarte digital ab, die es Expertengruppen und Interessierten ermöglicht, die Präventions- wie Interventionslandschaft zu überblicken und anhand von spezifischen Filtern und Metadaten zu sortieren. Genauer soll analysiert werden, wie sich das Verhältnis von Prävention und Intervention gestaltet, an welchen Ursachen, welchen Radikalisierungsphasen, -dynamiken und -mechanismen die Projekte ansetzen, an wen sich das Angebot richtet und auf welche theoretischen Ansätze bzw. auf welches Professionsverständnis sich die Projekte jeweils beziehen. Ergänzt und vertieft wird das Mapping durch qualitative wie explorative Analysen. Im Vortrag soll der aktuelle Stand von MAPEX vorgestellt werden.



Prof. Dr. Rebecca Friedmann

Medical School Berlin (MSB)

Prof. Dr. Rebecca Friedmann, Diplom-Sozialpädagogin

Von 1999 bis 2004 tätig im Bereich Hilfen zur Erziehung. Seit 2003 in der Leitung der Denkzeit-Gesellschaft e.V., zuständig für Projektentwicklung, wissenschaftliche Begleitung und Geschäftsführung. 2004 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an verschiedenen Universitäten (u.a. International Psychoanalytic University, Freie Universität Berlin) und zwischen 2008 und 2017 Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen (u.a. Freie Universität Berlin, Alice Salomon-Hochschule Berlin). 2012 Abschluss der Ausbildung in psychoanalytisch-interaktioneller Einzeltherapie. 2015 Promotion zum Thema „Praxisrelevante Differenzierung der Handlungsmotive von Gewalttätern“ an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2017 Professur für Theorie und Praxis der Sozialpädagogik im Department Pädagogik und Soziales an der Medical School Berlin.

Vom pädagogischen Umgang mit Gewalttätern & Radikalisierten

**Moderation: Dr. Angelika Maser, Supervision Mediation
Coaching**

In der pädagogischen Praxis stellt uns der Umgang mit (teilweise massiv traumatisierten) jungen Menschen, die sich gewalttätig, demokratiefeindlich und antipluralistisch verhalten, häufig vor kaum zu überwindende Schwierigkeiten. Nicht selten verhalten sich diese Klient(inn)en gegenüber pädagogischen Hilfsangeboten zunächst ablehnend und sind im Kontakt misstrauisch und entwertend oder gar feindselig. Manchmal passen sie sich auch oberflächlich an, um darüber Vorteile zu erwirken oder Nachteilen zu entgehen. Wohlwollen, Engagement und ein undefiniertes Beziehungsangebot genügen dann oft nicht, um diese Klient(inn)en hinreichend zu unterstützen ihre interpersonellen und innerpsychischen Kompetenzen zu erweitern, die sie benötigen, um in einer komplexen Gesellschaft zurecht zu kommen und ihre dissozialen Verhaltensweisen so letztlich einstellen zu können.

Der Vortrag wird aufzeigen, warum wirksame pädagogische Strategien (zumindest mit dieser Klient(inn)engruppe) eine Auseinandersetzung mit deren Entwürfen der sozialen Welt erfordern und welche psychischen Mechanismen hierbei eine Rolle spielen können.

Es werden praxisrelevante Überlegungen zu entwicklungsförderlichen Interventionsstrategien dargelegt und die Vorteile einer psychoanalytisch-pädagogischen Haltung aufgezeigt, die sich im Umgang mit diesen Klient(inn)en bewährt hat.



Prof. Dr. Stefanie Kemme

**Hochschule in der Akademie der
Polizei Hamburg**

Frau **Prof. Dr. Dipl. Psych. Stefanie Kemme** studierte Psychologie und Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin, an der Humboldt-Universität in Berlin und an der Università Degli Studi Roma Tre. Nach einem Jahr in Frankreich trat sie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzugsrecht bei Prof. Dr. Kreuzer an. Sie promovierte 2007 in den Rechtswissenschaften.

Nach dem Referendariat am Kammergericht Berlin, das sie zum Teil im Auswärtigen Amt in Berlin und in der Anwaltskanzlei SCP d'Avocats Germani in Frankreich (Nizza) absolvierte, arbeitete sie zunächst als Rechtsanwältin für die Wirtschaftskanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek. 2009 begann sie ihre Tätigkeit am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) als Leiterin eines Projekts zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kriminalitätsentwicklung. Im Jahr 2011 trat sie an der Universität Hamburg eine Stelle als Juniorprofessorin für Strafrecht an.

Seit 2015 ist sie Professorin für Kriminologie und Strafrecht an der Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg.

Islamophobie in der Polizei? Zum Einfluss der Kontakthäufigkeit

**Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat
Niedersachsen, Niedersächsisches Justizministerium**

Vor allem bei Betrachtung der Radikalisierungsprozesse, die in der Bevölkerung stattfinden, kann der gesellschaftliche Umbruch in Deutschland nicht mehr gelehrt werden. Die Polizei als Teil dieser Gesellschaft, die Ausbrüchen von Gewalt und Diskriminierung gegenüber Einwanderern entgegenwirken soll, ist aber nicht frei von eigenen kulturellen Stereotypen oder davon, sich von gesellschaftlichem Rechtspopulismus anstecken zu lassen. Fremdenfeindliche Einstellungen, die in Zusammenhang mit diskriminierenden und ausländerfeindlichen Übergriffen gebracht werden, sind besonders verheerend für die Polizei. In dem Paper werden Ergebnisse einer Studie vorgestellt, die 2016 und 2017 an der Hochschule der Polizei in Hamburg in Kooperation mit dem Arbeitsbereich Sozialpsychologie der Universität Hamburg durchgeführt wurde. Ein Ziel der Studie war es, islamophobe Einstellungen und Stereotype und den Einfluss der Kontakthäufigkeit mit Muslimen im privaten und beruflichen Bereich auf diese zu untersuchen. Es zeigt sich, dass berufliche Kontakte mit Muslimen Vorurteile und negative Stereotype in der Polizei steigern. Dies wirft die Frage auf, inwiefern diesen – mit Fokus auf die polizeiliche Ausbildung – entgegen gewirkt werden kann.



Christian Schneider

Initiative Breitscheidplatz



Detlev Schürmann

Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)



Christian Weicht

Freiberufler

Christian Schneider, MBA (Jahrgang 1969) ist Sachverständiger und Dozent für Zufahrtsschutz und Initiator der „Initiative Breitscheidplatz“, einem interdisziplinären Expertenforum, mit dem Ziel, umfassendes Expertenwissen zur Abwehr extremistischer LKW-Terrorangriffe zu teilen. Hierzu kooperiert er eng mit weltweit führenden Experten. Die Initiative Breitscheidplatz erstellt umfassende Zufahrtsschutzkonzepte für Behörden und Kommunen, gemäß ISO IWA 14-2:2013.

Detlev Schürmann, M.A. ist Kriminologe und Polizeiwissenschaftler und als Berater und Projektentwickler der Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)“ zuständig für Urbane Sicherheit. Tätigkeitsschwerpunkte: Kommunale und Städtebauliche Kriminalprävention, Entwicklung integrierter stadtbildverträglicher Sicherheitskonzepte und von Finanzanreizen zur Förderung der Kriminalprävention sowie Kooperation mit der privaten Sicherheitswirtschaft.

Christian Weicht, Kriminalhauptkommissar a.D., beschäftigt sich seit über 25 Jahren damit, wie Kriminalität durch räumliche Gestaltung beeinflusst wird. Räumliche Kriminalprävention kann viel mehr bewirken, als nur die Vermeidung oder Beseitigung von Angsträumen. Seine Kernkompetenz, Kriminalitätsprobleme im Raum zu identifizieren, zu vermeiden bzw. zu bewältigen wird bundesweit und in internationalen Workshops und Projekten regelmäßig abgerufen.

Integrierte Stadtbildgerechte Sicherheitskonzepte

**Moderation: Detlev Schürmann, Stiftung Deutsches
Forum für Kriminalprävention (DFK)**

Der Schutz öffentlicher Räume vor Überfahrten hat zunehmend an Bedeutung gewonnen. Es gibt dazu keine nationale Norm. Die anerkannten Regeln der Technik sind international geregelt, wie z.B. der ISO IWA 14 (2013), als Zulassungs- und Anwendungsrichtlinie.

2018 hat eine Bund-Länder- Arbeitsgruppe (BLAG) am Polizeitechnischen Institut der Deutschen Hochschule der Polizei die „Technische Richtlinie (TR) Mobile Fahrzeugsperren“ erarbeitet und in Kraft gesetzt; eine Zulassungs- und Beschaffungsrichtlinie von mobilen Barrieren für den Einsatz durch die Polizei. Da es ein ziviles Äquivalent dazu nicht gibt, wurde im Rahmen eines Workshops von DFK und DIN e.V. das Thema: „Normgerechter Zufahrtsschutz“ im interdisziplinären Expertenkreis diskutiert. Ergebnis: Die „TR“ Polizei und die ISO IWA 14 (2013) bieten sich als Grundlage für nationale Normungsprojekte (DIN-SPEC) an.

- Zulassungs- und Anwendungsrichtlinien analog ISO IWA 14-2 (2013) für mobile und stationäre Fahrzeugsperren, auch in Form von Stadtmöblierung und Stadtbild- und Landschaftsgestaltung in Kooperation mit der BLAG „Schutz öffentlicher Räume vor Überfahrten“
- Belastbare numerische Testverfahren zum Wirknachweis
- Entwicklung von zertifizierten Aus-/Fortbildungsmaßnahmen für Zufahrtsschutz-Experten

Der aktuelle Sachstand, die Phänomenologie zu Überfahrten und die Erstellung von Zufahrtsschutzkonzepten wird dargestellt.



Helmut Rademacher

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe e.V.

Helmut Rademacher, Lehrer, Dipl. Pädagoge; vom 1.8.07 – 31.7.2017 Leiter des Projekts Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) des Hessischen Kultusministeriums; vom 1.4.07 – 31.7.15 zudem Ausbilder im Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen (GHRF) in Ofenbach; von 2002 bis 2007 Projektleiter „Mediation und Partizipation“ im BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“; Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe); Mediator und Mediationstrainer; div. Publikationen u.a. Mitherausgeber des Jahrbuchs für Demokratiepädagogik; E-Mail: helmolt.rademacher@degede.de

Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule

**Moderation: Ingrid Luzie Haller, Landeskommission
Berlin gegen Gewalt**

Demokratielernen bekommt in der Schule eine immer größere Bedeutung, wird aber häufig nicht nachhaltig umgesetzt. Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – De-GeDe e.V. – hat es sich seit über 10 Jahren zur Aufgabe gemacht, nicht nur in der Schule Demokratiepädagogik zu verbreiten. Dazu dient u.a. ein Merkmalskatalog demokratiepädagogischer Schulen sowie ein Bündnis „Bildung für eine demokratische Gesellschaft“ an der namhafte Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung beteiligt sind. Grundlagen für die Demokratiepädagogik sind die Kinder- und Menschenrechte und das Grundgesetz. Insofern gibt es eine starke Verknüpfung zwischen Demokratiepädagogik und Institutionen, die Kinderrechte fördern. Im Vortrag werden ausgehend von aktuellen Herausforderungen positive Beispiele wie der Klassenrat ausgeführt, neuere Internet basierte Ansätze wie die MOOCs (Massive Open Online Courses) sowie Ansätze nachhaltiger demokratischer Schulentwicklung vorgestellt und die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses für Demokratiepädagogik referiert. Dabei gibt es eine starke Verknüpfung zur Gewaltprävention, denn diese entfaltet ihre Wirkung insbesondere in einer demokratischen Schule. Gewaltprävention und Demokratiepädagogik sind insofern zwei Seiten einer Medaille.



Peter Kagerer

respect.lu

Peter Kagerer, Psychol. Psychotherapeut,

Arbeitsschwerpunkte: Gewaltorientierte Radikalisierung, unflexible Persönlichkeitsstile, männerspezifische Psychotherapie, Arbeit mit Suchtkranken

Arbeitet seit 2017 für die luxemburger Stelle respect.lu – centre contre la radicalisation und in freier Praxis, als Dozent & Supervisor.

Das luxemburgische Modell der Radikalisierungsprävention

Moderation: Winnie Piha, Denkzeit-Gesellschaft

Die psychologische Seite der Radikalisierung

Viele Stellen zur Prävention von gewaltorientierter Radikalisierung fokussieren sich auf eine spezifische Radikalisierungsrichtung und sind mit Experten für diese Richtung besetzt.

Bei der Gründung der Stelle respect.lu – centre contre la radicalisation 2017 in Luxemburg wurde eine andere Strategie gewählt:

- Da sich bei radikalisierten Menschen unterschiedlichster Ausrichtungen erhebliche Gemeinsamkeiten finden, befasst sich unsere Stelle mit allen Formen religiöser, politischer und thematischer Radikalisierung
- Die Stelle wurde zur inhaltlichen Arbeit vorrangig mit Psycholog*innen besetzt.
- Die Wichtigkeit von nationalen und internationalen Kooperationen wird betont.

Die zugrundeliegenden Überlegungen sollen in dem Kurzvortrag erörtert werden:

- Gemeinsame Faktoren, die Radikalisierung jeglicher Art fördern
- Gemeinsame Faktoren, die Deradikalisierung aus unterschiedlichen Richtungen fördern
- Daraus erwachsende Möglichkeiten zu umfassender Präventionsarbeit
- Unterschiede in den verschiedenen Radikalisierungsansätzen ...
- ... und daraus folgende Implikationen für die Prävention
- Die Ausrichtung auf das Aarhus-Modell und einen Multi-Agency-Approach
- Die Lage Luxemburgs und die Notwendigkeit internationaler Vernetzung
- Wie sieht das in der praktischen Arbeit aus?



Asbjørn Mathiesen

Leibniz Universität Hannover, Juristische Fakultät



Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier

Leibniz Universität Hannover, Juristische Fakultät

Dipl.-Jur. Asbjørn Mathiesen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkt: Islamismusprävention im Spannungsfeld zwischen Religionsfreiheit und wehrhafter Demokratie.

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Geschäftsführender Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts; Professur für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Leibniz Universität Hannover.

Analyse selektiver und indizierter Extremismusprävention

Moderation: Dr. Diana Willems, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Im Rahmen des BMBF-geförderten Verbundprojekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ wird an der Leibniz Universität Hannover eine „Bestandsaufnahme und Analyse bestehender Präventionsprojekte“ durchgeführt. In den Blick genommen werden alle staatlich geförderten Präventionsprojekte, die in Deutschland auf selektiver bzw. indizierter Ebene in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus in direktem Kontakt mit Index-Klient*innen arbeiten. Neben einer Bestandsaufnahme aller bestehenden Einrichtungen wurden Interviews mit 28 Expert*innen unterschiedlicher Präventionsbereiche sowie 15 biografische Interviews mit Projektteilnehmer*innen geführt. Zudem sollte untersucht werden, wie sich diese Projekte auf das weitere Verhalten der betreuten Personen auswirken. Dazu wurden mithilfe eines Fragebogens alle selektiv und indiziert agierenden Projekte zur weiteren Entwicklung ehemaliger Projektteilnehmer*innen befragt.

In dem Beitrag sollen zum einen die vorläufigen Erkenntnisse der Bestandsaufnahme und der Fragebogenuntersuchung präsentiert werden. Zum anderen werden die Herausforderungen, die sich bei der Untersuchung gestellt haben, benannt und einer kritischen Würdigung unterzogen.



Annika Hamachers

Deutsche Hochschule der Polizei

Annika Hamachers, M.A., Studium der Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Deutschen Philologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) von 2005 bis 2011. Von 2012 bis 2016 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der WWU, seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule der Polizei und dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Forschungsschwerpunkte: Empirische Propagandaforschung, Medienwirkungsforschung, Methoden empirischer Sozialwissenschaften, Datenvisualisierung und maschinelles Lernen (insbesondere automatisierte Inhalts- und Netzwerkanalysen).

Der Umgang mit salafistischer Propaganda im Social Web (II)

Moderation: Dagmar Freudenberg, Deutscher Juristinnenbund

Um extremistische Dynamiken im Internet zu verstehen, die kollektiven Hass heraufbeschwören und sogar in strafrechtlich relevanten Taten münden, und um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, beleuchten die Projektpartner des Forschungsverbundes X-SONAR das Phänomen ‚Online-Radikalisierung‘ aus unterschiedlichen Perspektiven.

Als ein Teilprojekt wird dazu von der deutschen Hochschule der Polizei eine Onlinebefragung in drei Wellen durchgeführt, die die Kontakthäufigkeit und den Umgang mit salafistischen Inhalten bei Internetnutzern repräsentativ erhebt.

Der Vortrag stellt Methode und Ergebnisse der zweiten Befragungswelle vor, die Anfang Oktober 2018 im Feld war und fokussiert dabei insbesondere die Veränderungen, die im Vergleich zur Vorjahresbefragung am Erhebungsinstrument vorgenommen wurden: So wurden neue Fragen aufgenommen, die dazu dienen, die im Zusammenhang mit Radikalisierungsprozessen relevanten Dimensionen von Internetkompetenz besser zu erfassen. Außerdem konnte die Kontaktwahrscheinlichkeit mit unterschiedlichen Arten extremistischer Inhalte dank einer neuen, sehr breit gefächerten, Propaganda-Typologie deutlich differenzierter erhoben werden. Diese Typologie basiert dabei nicht nur auf dem aktuellen Forschungsstand zu Online-Propaganda, sondern bezieht insbesondere auch die vielfältigen Praxiserfahrungen der assoziierten Projektpartner aus dem Jugendmedienschutz ein.



Silke Baer

Cultures Interactive e.V.

Silke Baer ist Geschäftsführerin und Mitbegründerin von cultures interactive e. V. (CI). Sie studierte Publizistik/Kommunikationswissenschaften/Nordamerikanistik sowie Sozialarbeit und -Pädagogik. Die zertifizierte Mediatorin führt seit 2001 Modellprojekte durch. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Präventions- und Distanzierungsansätze zu Rechtsextremismus durch jugendkulturelle, genderreflektierte und gemeinwesenorientierte Ansätze. Sie leitete das EU-Projekt „WomEx – Women and Gender in prevention and intervention“. Seit 2015 arbeitet sie für eine bundes- und EU-weite Strukturentwicklung der Rechtsextremismusprävention in Jugendarbeit/-Hilfe und für eine Kompetenzbildung zu phänomenübergreifenden Ansätzen der Präventions- und Distanzierungsarbeit. Baer ist Mitglied im EU-Center of Excellence des Radicalisation Awareness Network, der BAG religiös begründeter Extremismus sowie Autorin u.a. der Fachbeiträge „cultures interactive – Praxis der Jugendkulturarbeit zur Prävention von GMF und Rechtsextremismus“, in: Möller, Kurt, Neuscheler, Florian (Hrsg./2018), „Mädchen im Blick. Gender-reflektierte Präventionsarbeit“, erschienen in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Bd. 10151/Hrsg. Jana Kärgel/2017) sowie Mitherausgeberin des Sammelbands „Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen“ (2014).

Menschenrechtsorientierte Jugendkulturarbeit

Moderation: Dr. Sabrina Hoops, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Menschenrechtsorientierte Jugendkulturarbeit in der Prävention von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Jugendlichen

Cultures interactive e.V. (CI) ist Fachträger zu Jugendkulturen und Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus für das Strukturfeld Jugendarbeit/-Hilfe im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Mit dem Ansatz der zivilgesellschaftlichen Jugendkulturarbeit hat CI einen wichtigen Zugang für die Arbeit mit Jugendlichen, pädagogischen Fachkräften und Kommunen entwickelt. So ist es möglich bei Jugendlichen aus verschiedenen Milieus demokratische Teilhabemöglichkeiten und menschenrechtlich geprägte Haltungen zu stärken, Vorurteile abzubauen und Dialog zu fördern. Nah an den Interessen der Heranwachsenden lassen sich gesellschaftspolitische Themen wie Rassismus, Ausgrenzung, soziale Gerechtigkeit, Geschlechterrollen diskutieren und Selbstwirksamkeit erfahrbar machen.

Mit diesem Ansatz führt CI seit 10 Jahren erfolgreich Workshops mit Jugendlichen an Schulen und in Jugendeinrichtungen durch und qualifiziert Multiplikator*innen und Fachpersonal in ein- bis mehrtägigen Fortbildungen.

Der Vortrag bietet eine Einführung in die Menschenrechtsorientierte Jugendkulturarbeit und zeigt ihre Ressourcen für Prävention und Demokratieförderung auf.



Jürgen Kepura

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Jürgen Kepura, Jahrgang 1967, ist seit 1983 im Polizeidienst. Verwendungserfahrungen im Bundesministerium des Innern und eine Lehrtätigkeit an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung runden die bisherige Berufsbiographie ab. Er schloss ein berufsbegleitendes Studium der Erziehungs-, Politik- und Rechtswissenschaft an der Fernuniversität in Hagen mit einem Magister Artium ab. Jürgen Kepura war Kollegiat im Kooperativen Promotionskolleg „Bildung als Landschaft“ der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, der Technischen Hochschule Nürnberg und der Evangelischen Hochschule Nürnberg. Er forscht zu handlungsleitenden Orientierungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen und wird dabei durch den Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik der Otto-Friedrich Universität Bamberg unterstützt.

Präventionsarbeit der Polizei an Schulen – Empirische Befunde

**Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat
Niedersachsen, Niedersächsisches Justizministerium**

Erziehung zur Demokratie ist eine der zentralen schulischen Aufgaben. Demokratieförderung bezieht sich auch auf den Umgang mit Normen als Basis des Zusammenlebens in einer freiheitlichen Gesellschaft. Diese Zielstellung erfasst auch die Kooperation von Schulen mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern, z.B. in der Verkehrsunfallprävention und bei der Verhütung von Straftaten. Die Polizei ist in diesem Handlungsfeld ein etablierter Partner und nimmt mit ihrer Präventionsarbeit einen legitimen Platz ein. In einem pädagogischen Setting polizeilich präventiv tätig zu sein, erfordert eine hohe demokratiebezogene Professionalität. In diesem Vortrag werden Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu handlungsleitenden Orientierungen von hauptamtlich in der polizeilichen Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen tätigen Polizeibeamtinnen und -beamten dargestellt und unter demokratiebezogener Perspektive diskutiert. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit ließen sich drei Typen unterschiedlicher Handlungsorientierungen rekonstruieren, die jeweils in verschiedener Weise die für Schulen zentrale Frage der Orientierungen an pädagogischer Normenvermittlung einerseits und polizeilicher Normverdeutlichung andererseits balancieren.



Thomas Lorenz

Hessisches Landeskriminalamt



Sandra Temmen

Hessisches Landeskriminalamt

Thomas Lorenz ist Kriminalbeamter in Hessen. Nach verschiedenen Berufsstationen im Ermittlungsbereich und zehnjähriger Erfahrung im Innenministerium leitet er seit sechs Jahren die Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention im Hessischen Landeskriminalamt. Seit 2001 ist er Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Gewalt und Minderheiten des Landespräventionsrates Hessen und auch Mitglied dessen Arbeitsausschusses. Darüber hinaus ist er seit vielen Jahren mit einem Lehrauftrag für Kriminologie und Kriminalistik an der Hochschule für Polizei und Verwaltung in Wiesbaden betraut.

Sandra Temmen ist Polizeibeamtin und versieht seit Oktober 2017 ihren Dienst im Hessischen Landeskriminalamt. Seit dieser Zeit ist sie als Leiterin mit dem Aufbau der Geschäftsstelle KOMPASS beschäftigt. Zuvor war sie annähernd drei Jahrzehnte in der Bereitschaftspolizei in verschiedensten Funktionen und als Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt. Zuletzt war sie im dortigen Personalrat tätig. Darüber hinaus hatte sie verschiedenste Ämter bis auf Bundesebene in der Gewerkschaft der Polizei inne. Sie ist seit April 2016 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in der Landeshauptstadt Wiesbaden und engagiert sich kommunalpolitisch.

KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel)

Moderation: Rita Salgmann, Landeskriminalamt
Niedersachsen

„Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe“

Kompass ist ein Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune ab.

Die Polizei Hessen bietet an, gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, also auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu erheben, zu analysieren und gemeinsam ein passgenaues Lösungsangebot zu entwickeln.

Es ist dabei von grundlegender Bedeutung, dass alle kommunalen Akteure an einem Tisch zusammenkommen. Dazu gehören nicht nur die Polizei und die örtlichen Ordnungsbehörden, sondern ebenso kommunale Dienstleister oder Unternehmen, wie beispielsweise die Stadtwerke, die Entsorgungsbetriebe, die Feuerwehr, der ÖPNV, aber auch Kirchen, Industrie, Handel, Handwerk, Schulen und Vereine.

Sie alle bringen ihre Einschätzung zur Situation, aber auch ihr Fachwissen, ihr Know-how und ihre Ressourcen ein.

Die Initiative KOMPASS unterstreicht und bereichert das Motto des 24. DPT „Prävention & Demokratieförderung“, da durch die Einbindung der Städte und Gemeinden eine Möglichkeit geschaffen wird, dass Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und andere (regionale) Akteure bei Präventionsmaßnahmen und -entwicklungen aktiv mitwirken können.

Vorträge



Britta Borrego

LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.



Vera Ohlendorf

LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.

Britta Borrego ist seit 2016 geschäftsleitende Bildungsreferentin der Fachstelle der LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Dresden.

Vera Ohlendorf ist seit März 2018 Projektmitarbeiterin der Fachstelle der LAG Queeres Netzwerk Sachsen in Dresden.

Gewalterfahrungen und Anzeigeverhalten von LSBTI in Sachsen

Moderation: Lena von Seggern, Diakonisches Werk Bonn und Region

Diskriminierungen und Ausgrenzungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen sind in Sachsen noch immer Alltag. Laut Sachsenmonitor 2017 halten 38% der jungen Erwachsenen und 40% der über 60-Jährigen im Freistaat gleichgeschlechtliche Beziehungen für „unnatürlich“. Solche Vorurteile führen nicht selten zu psychischer, physischer und sexueller Gewalt. In diesem Juni wurde eine transgeschlechtliche Studierende der Universität Leipzig auf offener Straße verbal und körperlich angegriffen. In diesem Fall kam die Tat zur Anzeige. Die Beratungsarbeit der szenenahen Vereine lässt jedoch vermuten, dass die Dunkelziffer von vorurteilsmotivierter Gewalt sehr hoch ist. Vorbehalte gegenüber Polizei und Justiz könnten dabei auch eine Rolle spielen. Anders als in vielen anderen Bundesländern stehen keine speziellen Ansprechpersonen für von Gewalt betroffene LSBTI bei der sächsischen Polizei zur Verfügung. Mit einer sachsenweit einzigartigen Studie sollen LSBTI erstmals zu ihren Gewalterfahrungen sowie zu ihrem Anzeigeverhalten befragt werden. Der Vortrag stellt die wissenschaftliche Erhebung vor und diskutiert die Studienergebnisse vor dem Rahmen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Deutschland und im Freistaat Sachsen. Aus den Ergebnissen werden zudem Maßnahmen für Aufklärung, Bildung, Gewaltprävention und Opferschutz vorgestellt.



Dr. Noel Klima

Universität Gent

Noël Klima ist Forschungskordinator des Bereichs Kriminalität, Kriminologie & Kriminalpolitik der Universität Gent in Belgien und Seniorforscher am Institut für internationale Kriminalpolitikforschung (IRCP) an der Fakultät Recht & Kriminologie. Zuvor war er Programme Management Officer am Interregionalen Forschungsinstitut für Kriminalität und Justiz der Vereinten Nationen (UNICRI), wo er den Bereich Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) in Rom, Italien, leitete. Als stellvertretender Leiter des Referats Radikalismus in Brüssel, arbeitete er mehrere Jahre für den belgischen Föderalen Öffentlichen Dienst Inneres bei der GD Sicherheit und Prävention. Noël Klima war außerdem Koordinator des Sekretariats des Europäischen Netzwerks für Kriminalprävention (EUCPN). Er promovierte in Kriminologie an der Universität Gent, erwarb den Master in Europäischer Kriminologie & Strafrechtssystemen und studierte Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der Universität Reims Champagne-Ardenne (Frankreich) und Radboud Universität Nimwegen (Niederlande). Noël Klima arbeitet in den Bereichen Extremismus Bekämpfung, Kriminalprävention und -politik, schwerwiegende grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, sowie Folgenabschätzung und Kriminalitätsbewertung (einschließlich Resilienz-, Verwundbarkeits- und Risikobewertung).

Radikalisierung-Jugend-Resilienz-Trainings und ihre Wirksamkeit

Moderation: Ingo Fock, gegen missbrauch e.V.

Persönliche Resilienz, d.h. die Fähigkeit, sich von Rückschlägen zu erholen, ist als nützliches Schutzelement in der Entwicklung von Jugendlichen bekannt. Ein höheres Maß an Resilienz ist mit einem geringeren Risiko für abweichendes Verhalten und Verwundbarkeit verbunden. Aus diesem Grund werden Jugend-Resilienz-Trainings zunehmend als eine vielversprechende Präventionsstrategie angesehen, um sich mit psychischen Gesundheitsproblemen auseinanderzusetzen, aber auch als Mittel, um gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus vorzugehen, oder sogar zu verhindern. Das in Belgien entwickelte Jugend-Resilienz-Training BOUNCE (www.bounce-resilience-tools.eu) zielt z.B. darauf ab, die Resilienz von Jugendlichen als Schutzelement zur Verhinderung von Radikalisierung in Richtung gewalttätigen Extremismus zu erhöhen. Und zwar durch Stärkung des emotionalen, physischen, sozialen und mentalen Bewusstseins von jungen Menschen im Hinblick auf eine positive Identität in konstruktiven Beziehungen mit ihrem sozialen Umfeld. Dieser Beitrag präsentiert die Evaluation der Arbeitselemente und Implementierung des BOUNCE Resilienz-Trainingsprogramms.



Dr. Frank Greuel

Deutsches Jugendinstitut



Katja Schau

Deutsches Jugendinstitut

Dr. Frank Greuel, Dipl. Pädagoge, seit 2009 am Deutschen Jugendinstitut, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismusprävention, Normativität von pädagogischer Präventionsarbeit und fachliche Debatten um Wirkungsuntersuchungen

Katja Schau, M.A. Soziologin, seit 2010 am Deutschen Jugendinstitut, Forschungsschwerpunkt Islamismusprävention, pädagogische Herausforderungen im Arbeitsfeld und empirische Wirkungsuntersuchung

Wie Radikalisierungsprävention auf Jugendliche wirken kann?!

**Moderation: Dr. Kirsten Minder, Landespräventionsrat
Niedersachsen**

Die Prävention von Radikalisierung mittels pädagogisch ausgerichteter Programme hat zurzeit Hochkonjunktur. Mit steigenden öffentlichen Ausgaben erhöht sich auch der Druck, deren Effektivität nachzuweisen. Gleichzeitig stellt sich aus wissenschaftlicher Sicht aber die Frage, wie die Wirkungen pädagogischer Angebote angemessen zu erfassen sind. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten der Radikalisierungsprävention sind wir der Frage nachgegangen. Geleitet vom Paradigma der realist evaluation haben wir Wirkungen mit verschiedenen qualitativen Verfahren kontextsensibel herausgearbeitet. Durch die Verzahnung von Adressatenbefragungen mit teilnehmenden Beobachtungen konnten besonders aussagekräftige Ergebnisse produziert werden. Die vorgenommene Typenbildung zeigt, dass ein Arbeitsbündnis zwischen pädagogisch Umsetzenden und den adressierten jungen Menschen eine zentrale Voraussetzung für die Entfaltung von Wirkungen ist. Umgekehrt führt eine hohe Akzeptanz des Angebots bei den Teilnehmenden aber nicht zwangsläufig zu Wirkungen.

Im Vortrag wollen wir (1) unsere methodische Konzeption vorstellen und in den gegenwärtigen Fachdiskurs um Wirkungen einordnen und (2) unsere Untersuchungsergebnisse vorstellen, die wichtige Impulse für eine wirksamere Umsetzung von pädagogischen Angeboten der Radikalisierungsprävention geben können.



universität
wien

16. WISSENSCHAFTLICHE TAGUNG DER KRIMINOLOGISCHEN GESELLSCHAFT (KRIMG)

<https://krimg19.univie.ac.at>

**„SAG, WIE HAST DU'S MIT DER KRIMINOLOGIE?“
DIE KRIMINOLOGIE IM GESPRÄCH MIT IHREN
NACHBARDISZIPLINEN**

**5. BIS 7. SEPTEMBER 2019 IN WIEN,
CAMPUS DER UNIVERSITÄT WIEN**

Sicherheitsthemen dominieren weltweit die politische Diskussion. Angesichts zunehmend emotionaler und polarisierender Debatten ist die Kriminologie mehr denn je gefordert, Rationalität durch ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen einzubringen.



An alle Personen, die sich mit Sicherheit, Kriminalität bzw. von geltenden Normen abweichendem Verhalten beschäftigen und an dieser Thematik interessiert sind, ergeht die herzliche Einladung, bei dieser Tagung miteinander und mit der Öffentlichkeit in einen fruchtbaren Dialog einzutreten, Fragen aufzuwerfen, neue Erkenntnisse vorzustellen bzw. aufzunehmen und dabei Problemfelder aus verschiedenen Blickwinkeln zu diskutieren.

Alle Details zum Programm, zur Registrierung und zur Einreichung von Vorträgen finden Sie auf der Internetseite der Tagung unter:

<https://krimg19.univie.ac.at>.



Internationales Forum

	Seite
Intervention to Radicalization within the probation system Cateline Autixier	332
6th US JJ Reform Forum – Democratic Prevention Approaches: „The Evidence Based Cross Over Youth Practice Model (CYPM)“ Hon. Judge/Professor Guido A. D'Angelis Petra Guder Prof. (em) Dr. Bernd Rüdiger Sonnen	334
PVE Lessons from Anthropology, Psychology, Neuroscience Alexander Ritzmann	336
6th US JJ Reform Forum – Democratic Prevention Approaches: The WATSON-Model: Effective Technology Based Individual Case Management Hon. Judge Dr. Anthony Capizzi Petra Guder Prof. (em) Dr. Bernd Rüdiger Sonnen	338
Identification of radicalisation leading to violent extremism Vasileios Roussakis	340
Crime prevention in public spaces Dr. Rachid El Mounacifi	342
A Culture of Preparedness: Fostering Prevention and Values Prof. Dr. Alexander Siedschlag	344

	Seite
Prevention of Violence and Democracy Enhancement Dr. Triantafyllos Karatrantos	346
Marktstände – Gewaltprävention und Demokratieförderung / Marketplace – Violence Prevention and Democracy Promotion	348
The prevention of jihadist radicalisation in prison in Italy Dr. Alessandro Negri	350
Debatte: So fern und doch so nah?! Ansätze zur Demokratieförderung und Gewaltprävention im Vergleich / „So far, yet so close? – A Comparison of Approaches to Democracy Promotion and Violence Prevention Andrés Home Pushpa Islam Mark Shaw	352
Reporting, a tool in the prevention of corruption Audrey Jean	354
Cutting Crime Impact through evidence-based design thinking Prof. Caroline L. Davey Andrew B. Wootton	356
Transnational Organised Crime: Challenges to Criminal Justice Functionaries Dr. Minakshi Sinha	358

	Seite
Outlook after 15 years Violence Prevention in Western Cape Udo Lange	360
Modernising law enforcement intelligence for a digital society Anno Bunnik	362



Cateline Autixier

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Cateline Autixier, Cateline joined the ICPC team in February 2017. She holds a Master of Laws degree from Lyon III University, which she completed in exchange at the University of Toronto Faculty of Law, and a Master of Laws degree in Criminal and Criminological Sciences from the University of Aix-Marseille, where she focused on mass murder in North America. She then completed a master's degree in criminology at the Université de Montréal. During her time at the University and the International Centre of Comparative Criminology (ICCC), she held several teaching and research assistant positions on various subjects ranging from corruption in the awarding of public contracts to guilty pleas, cryptomarkets and bar violence. She then worked as an intern analyst at CPIC and worked on the prevention of radicalization leading to violence. Her field of specialization focuses on issues related to criminal policy and practice as well as the prison system and social rehabilitation. Her master's thesis focused on the experience of people on parole in Quebec.

Intervention to Radicalization within the probation system

Moderation: Dr. Tina Silbernagl, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, (GIZ) GmbH

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) has conducted and evaluated an action-research in France to develop and implement an intervention and prevention response to radicalisation leading to violence within the Penitentiary Services for Integration and Probation (SPIP) in Lyon, Grenoble, and Nice. This “intervention response” is understood as a set of actions and initiatives implemented at the institutional level to counter radicalisation leading to violence. It involves the identification of people who have been radicalised or are in the process of radicalisation, a reporting procedure both internally and with relevant institutions, and a follow-up process with the radicalised individuals once they have been identified.

To do so ICPC has carried out an 18-month action-research. The action-research was developed experimentally, assessed, and systematized prevention and intervention practices through the development of methodological materials so the DAP can set guidelines to direct the SPIP’s action within the probation system. An action-research methodology involves an active participation of both researchers and actors involved in a change situation whilst simultaneously conducting research. Thus, measures were co-constructed with the actors involved and continuously improved, in order to to achieve optimal quality.



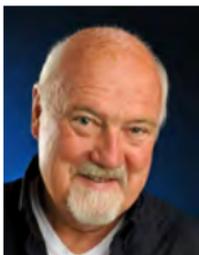
Hon. Judge/Professor Guido A. D'Angelis

Point Park University of Pittsburgh



Petra Guder

Glen Mills Academie Deutschland e. V.



Prof. (em) Dr. Bernd Rüdiger Sonnen

Universität Hamburg

Hon. Judge/Professor Guido Anthony D'Angelis, Pittsburgh, PA (USA) – BA in Political Science/Campbell University School of Law Philadelphia/Fellowship Certification Georgetown University/ adj. Professor of Criminal and Juvenile Justice over 20 Years at Pointpark University, Criminal Justice Management and Adm. Masters Programs. Admitted to practice before the PA Supreme Court and the United States District Court 1985, the United States Supreme Court 1989. 1990 – 2002 Magisterial District Judge, 2002 – present Common Pleas Court Trial Judge, Commonwealth of PA, Member of the American Judges Association, Criminal/JJ Committee and Pennsylvania Conference of State Trial Judges.

Petra Guder – Internat. Committee, Nat. Council of Juv. & Family Court Judges, Reno, NV (USA), MA Social Work 1983, FH Bielefeld/Business Administration 2004, VWA OWL/Criminology 2007, law studies, Hamburg University, Germany. Broad international experience since 1995 reg. Child Welfare, Family-, Juvenile Justice and Juvenile Probation in the US. Wide research and practice contacts.

Prof. (em) Dr. B.-R. Sonnen, Hamburg University, Faculty of Law – Past president, German Nat. Juv. Court & Juv. Prob. Association (DVJJ)1998-2010, numerous Juvenile Justice expert opinions for the German Federal Government, Member of The German Parliament Expert Group reg. maltreatment in Youth Res. Institutions in the 1950-70ies.

6th US JJ Reform Forum – Democratic Prevention Approaches: "The Evidence Based Cross Over Youth Practice Model (CYPM)"

Valid national data constitutes the foundation for goal oriented, systematic and successful Cross-over-Strategies within the US Juvenile Justice Reform. Examples of evidence based scientific and practice projects illustrate the importance of a comprehensive system networking of Child Welfare and JJ Systems, specifically for youth involved in both systems.

The evidence based Cross Over Youth Practice Model has been replicated widely throughout the Model State Pennsylvania, over 13 states throughout the US and is expanding nationwide with positive and successful outcomes. The concept grasps upon a shared case management protocol and application establishing collaboration between child welfare & JJ systems.

The objectives are to identify therapeutic and criminogenic needs of youth involved in the Child Welfare System or are dull active in both, Child Welfare and JJ. The model has been a proven, valid and effective strategy centered around the childs best interest. The holistic approach is targeting mental health, drug & alcohol issues combined with educational assessments and identification of disparity issues.

The model is one of the most advanced examples to establish independent, self sustaining, and law abiding youth with pro-social skills to achieve a quality of life and to function according to the expectations of a free society through effective system cooperation.



Alexander Ritzmann

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Alexander Ritzmann has been working on the promotion of liberal democracy and the prevention of violent extremism since almost 20 years. He has testified before the German Bundestag, the European Parliament and the US House of Representatives on these matters. Alexander is a member of the Steering Committee of the European Commission's Radicalisation Awareness Network (RAN) and Co-Chair of its Communication and Narratives (C&N) Working Group.

He is also a Senior Research Fellow at the Brandenburg Institute for Society and Security (BIGS) in Potsdam, Germany. There he directs a project, funded by the German federal government, that focuses on the role of values in the integration process of refugees in Germany.

PVE Lessons from Anthropology, Psychology, Neuroscience

**Moderation: Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Eberhard
Karls Universität Tübingen**

What do anthropology, psychology and neuroscience tell us about the human need for identity and closure, the will to fight, biological algorithms and the role of the internet in radicalisation? How can these findings be used to prevent extremism, foster resilience and promote liberal democracy?



**Hon. Judge Dr. Anthony
Capizzi**

**Montgomery County Juvenile Court,
Ohio/USA**



Petra Guder

Glen Mills Academie Deutschland e. V.



**Prof. (em) Dr. Bernd
Rüdiger Sonnen**

Universität Hamburg

Hon. Judge Dr. Tony Capizzi – Past Pres., US-Nat. Council of Juv.&Family Court Judges (NCJFCJ), nat. Jud. Faculty Director, Member, Nat. Advis. Committee, ABA Homeless Youth Legal Network & Stewards of Change Institute National Board, Juv. Court Judge since 2004. Strong advocate for youth regard. shackling, disproport. min. contact, drug & mental health treatment, implement. of Treatment and Family & Juvenile Mental Health Courts. JJ reform initiative to create Evening Reporting Centers and Juv. Detent. Alternat. Initiat.(JDAI). Several publications, lectures at state, nat. & internat. conferences regarding judicial leadership, effective data&inform. sharing/exchange,roles & responsibilities of guardians, juveniles' rights, abuse, neglect, dependency, racial & ethnic disparity.

Petra Guder – Internat. Committee, US-Nat. Council of Juv.&Family Court Judges, MA Social Work 1983, FH Bielefeld/Business Admin. 2004, VWA OWL/Criminology 2007, Hamburg University, Germany. Broad internat. experience since 1995 reg. Child Welf., Family Court, JJ & Juvenile Probat. Wide research & practice contacts.

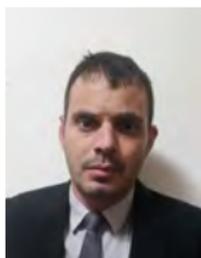
Prof. (em) Dr. B.-R. Sonnen, Hamburg University, Faculty of Law – Past president, German Nat. Juv. Court & Juv. Prob. Assoc.(DVJJ)1998-2010, numerous JJ reform expert opinions for the Fed. Governm., Member of the Parliament Expert Group reg. maltreatment in Youth Resid. Instit. in the 1950-70ies.

6th US JJ Reform Forum – Democratic Prevention Approaches: The WATSON-Model: Effective Technology Based Individual Case Management

Valid national data constitutes the foundation for goal oriented, systematic and successful Cross-over-Strategies as part of the US Juvenile Justice Reform. Examples of evidence based scientific and practice projects illustrate the importance of a comprehensive system networking of Child Welfare and JJ Systems, specifically for youth involved in both systems (a.k.a. Cross-Over-Youth).

The WATSON-Model is the foundation for a technology supported individual case management to be able to make most informed decisions in the best interest of youth and their families to provide more effective treatment and is very helpful to detect error sources and to correct them.

The presentation will define and explore Montgomery County, Ohio, Juvenile Court's use of IBM Watson, a cloud-based client record management program that compiles information spanning judicial, probation, and clinical domains to create a complete picture of a youth or parent's status, which aids the Court in developing personalized treatment plans. Judge Capizzi will demonstrate how cognitive computing is being used in his Juvenile Drug Treatment Court, Mental Health Court, and Family Treatment Court to better serve the community.



Vasileios Roussakis

Center for Security Studies (KEMEA)

Vasileios Roussakis is a Major of the Hellenic Police and serves, the last three years, as a security expert, to the Center for Security Studies (KEMEA), of the Ministry of Citizen Protection. In KEMEA, he is coordinator of the counter-radicalisation and anti-crime sector and leader of two co-funded projects of the Internal Security Fund-Police. During his 20-year police career, he served, inter alia, to the national unit against organised crime, as deputy commander, to the Mediterranean coordination center against drug trafficking (Ceclad-M) in Toulon, France, as liaison officer and to several supervising posts of security agencies. In 2014, Mr. Roussakis was granted a scholarship and traveled to U.S.A. to follow a Master of Arts degree program in Criminal Justice and Terrorism to John Jay College of New York City. In 2014, he, also, attended a 10-week training session in criminal investigation to the F.B.I. National Academy in Quantico, U.S.A. He has participated in several working groups, trainings and seminars both in Greece and abroad, in security matters.

Identification of radicalisation leading to violent extremism

Moderation: Dr. Felix Munger, Canadian Municipal Network on Crime Prevention

The research project of the Center for Security Studies (KE-MEA) entitled "Enhancement of Law Enforcement Agencies to identify and counter radicalisation and extremism", which is co-funded from the Internal Security Fund-Police, aims to raise awareness and optimize the capacities of law enforcement officers, preparing them for early identification and prevention of behaviors of radicalisation leading to violent extremism and terrorism. The programme focuses on two crucial fields, where conditions of radicalisation are in high risk. First, to the reception of migrants and refugees' centers that were established, in 2015, after the refugee crisis in five Greek islands, close to maritime borders with Turkey, and in Greek mainland. Second, to the prisons. The objectives of the project are, inter alia, the study of the needs of law enforcement agencies, the development of a precise methodological framework for risk assessment and the presentation of best practices to deal with the threat of radicalisation. Through a holistic training method, based on lectures, tabletop exercises, handbooks and an interactive educational software, front-line practitioners will gain the knowledge and tools they need to better perform their task and tackle the phenomenon of radicalisation.



Dr. Rachid El Mounacifi

**World Union of People for Peace
(WUPP)**

Rachid El Mounacifi is born in 1966 in Morocco. As 19 years old, he left the country for a better life, illegally starting from Spain (Ibiza). From Ibiza, he left to Sweden where he lives until today. Rachid is a Dr in criminology (specialize in youth delinquency and radicalization), victimology, psychoanalyst, hypno-therapist, security expert and a writer. Swedish nationality.

To make his way out, he started as a cleaner, street fighter to make money, to the hotel industry to pay for his studies, then in security, interpretation, Immigration Ministry, Stockholm Court, Police Headquarters and the Swedish Parliament, these are some of the professions that he made.

He works between Europe, the Maghreb and the rest of the world on these new types of delinquencies that bother the world. Awarded by the golden Eagle in Spain and the golden Gun in the US.

He is the author of several books (Tribute to an Angel, guide to private security, Crimes & Tchermil and the last and 10th book about radicalization, our trapped children).

Rachid works for the Swedish police and The Swedish National Board of Institutional Care and is a lecturer in many Universities around the Globe. Soon he will start his own Peace organization, trying to change peoples mentalities and start respecting and tolerating each other no matter our differences.

Crime prevention in public spaces

Moderation: Dr. Felix Munger, Canadian Municipal Network on Crime Prevention

Crime prevention has come to mean many different things to people. Programs and policies designed to prevent crime can include the police making an arrest as part of an operation to deal with gang problems, a court sanction to a secure correctional facility, or, in the extreme, a death penalty sentence.

Both forms of crime prevention share a common goal of trying to prevent the occurrence of a future criminal act, but what further distinguishes crime prevention from crime control is that prevention takes place outside of the confines of the formal justice system. In this respect, prevention is considered the fourth pillar of crime reduction, alongside the institutions of police, courts, and corrections. This distinction draws attention to crime prevention as an alternative approach to these more traditional.

Generally, preventing crime in public spaces need a deep study of the region, the crimes and the kind of people living around.



Prof. Dr. Alexander Siedschlag

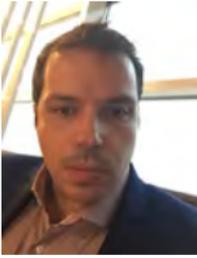
**The Pennsylvania State University
(Penn State)**

Alexander Siedschlag was appointed the interim director of the School of Public Affairs, effective July 1, 2018. He is Professor of Homeland Security and Public Health Preparedness, in a joint appointment with the Department of Public Health Sciences at the School of Medicine, and is chair of the inter-college Master of Professional Studies Program in Homeland Security (iMPS-HLS). Alexander holds a master's degree and a doctoral degree in political science, sociology and psychology from the University of Munich and a *venia legendi* ("habilitation") for political science from Humboldt University Berlin. He was most recently professor for Security Research and Chair of the Center for European Security Studies (CEUSS) at Sigmund Freud University, Vienna. Appointments included the Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen/Germany, the Hochschule für Politik München and the University of Innsbruck. He then expanded his scope to include civil security research and has also served as an evaluator for the European Commission in the Preparatory Action (PASR) and the Security research theme in the 7th EU Framework Programme. He has so far authored six monographs, over 100 articles, and edited twelve anthologies.

A Culture of Preparedness: Fostering Prevention and Values

Moderation: Prof. Dr. Caroline L. Davey, University of Salford

The presentation explores, from a multi-disciplinary perspective, how cultural factors (defined as knowledge and interpretation, common symbols, action repertoires, and normative values) affect preparedness in the fields of homeland security/home affairs with a focus in crime prevention as part of the preparedness cycle. Using examples from the U.S. Home-land Security Enterprise (from different areas such as such as countering violent extremism, border security and management, mass shooting events, cyber security culture, first-responder cultures, and resilience), the presentation will also make comparisons to the European Security Model and European Union approaches. The presentation will conclude summarizing practical recommendations to address cultural challenges in prevention missions, including fostering values and communities while focusing on prevention efforts, as they derive from recent research.



Dr. Triantafyllos Karatrantos

Center for Security Studies (KEMEA)

Triantafyllos Karatrantos is Senior Advisor on Radicalisation, Organised Crime and Terrorism Research and Prevention Policies at the Center for Security Studies (KEMEA) and also Lecturer at the National Security School of Greece on the topics “Multiculturalism, Migration and Security, Intercultural Policing and Community Policing, Radicalisation and Jihadist Terrorism”. He holds a PhD in European Security and New Threats from the University of the Aegean. Since 2014 he was working at the Center for Security Studies (KEMEA) on training programs and European and research projects. Furthermore, he is a certified by RAN COE trainer in Radicalization and Member of the RAN LOCAL Group and a CEPOL network expert and a specialized trainer on hot-spots trends and challenges and FTF’s common identification indicators. Since 2005, when awarded him as a member of a youth team his first European grant from the Program Youth, he is actively coordinating and participating to the implementation of European and Research projects (HORIZON 2020, ISF- Police, AMIF, ERASMUS+). The last years he focus on first line practitioners training programs, especially short courses for Law Enforcement personnel on radicalisation and counter- terrorism and the linkages between security and foreign policy.

Prevention of Violence and Democracy Enhancement

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
DPT – Deutscher Präventionstag**

Racism, xenophobia, hate speech and social exclusion are in a number of cases leading to a general perception about problems with effective democracy. Also, another important issue is the general feeling in a number of European citizens about the existence of an important democratic deficit in EU. Strongly connected with democracy is the issue of trust, especially the trust in democratic institutions and political elites. Last years there is also an important issue of youth mobilization leading to violence which is linked with the general perception about democratic deficit and with the mystification about the negative role of elites and their possible influence in democratic institutions. Furthermore, prevention of extremism and violence policies are strongly connected with the enhancement of democratic citizenship. The aim of this lecture is twofold. From the one side to examine the linkages between social exclusion and youth extremism with political violence and from the other side to present policy proposals about effective prevention of extremism and violence using as an important tool the enhancement of democracy and the active engagement of citizens. Finally, the lecture will highlight the challenges for democracy and democratic participations raised by the polarisation within European societies, especially as an outcome of the migration and security crises.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Marktstände – Gewaltprävention und Demokratieförderung

Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist in Partnerländern tätig, deren Gesellschaften häufig von Ungleichheit und dem Ausschluss von Bevölkerungsgruppen an politischer und wirtschaftlicher Teilhabe geprägt sind. In Verbindung mit fehlenden Mechanismen zur gewaltfreien Austragung von Interessensunterschieden, sind sie anfälliger für eine gewaltsame Eskalation von Konflikten. Aktuell sind mehr als zwei Drittel der Partnerländer der GIZ von Fragilität und Gewalt betroffen. Mit dem Ziel friedliche Gesellschaften zu fördern, unterstützt die GIZ an Beteiligung und Transparenz orientierte Institutionen auf allen Ebenen. Dabei arbeitet sie direkt mit staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Rechte von marginalisierten Bevölkerungsgruppen vertreten, um demokratische Werte konkret erfahrbar zu machen und Räume für gewaltfreien Dialog aufzubauen.

Vor allem Kommunen stehen als erste Ansprechpartner der Bevölkerung vor der Herausforderung, mit zunehmender Entfremdung umzugehen und Rahmenbedingungen für den gewaltfreien Umgang mit Konflikten zu fördern.

Aus diesem Grund stellen wir in Marktständen Projekte u.a. aus Südafrika, den palästinensischen Gebieten, Kolumbien und Burkina Faso vor, die in von Konflikten geprägten Gesellschaften daran arbeiten, Demokratie im kommunalen Kontext zu leben.

The Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH operates in partner countries whose societies are often characterised by inequality and the exclusion of parts of the population from political and economic participation. The lack of peaceful conflict resolution can lead to violent escalations. In combination with a lack of mechanisms for the peaceful handling of conflicts, those societies are more susceptible to a violent escalation. Currently, more than two-thirds of GIZ partner countries are affected by fragility and violence. With the aim of promoting peaceful societies, GIZ supports institutions oriented towards participation and transparency at all levels. It cooperates directly with state institutions and civil society organisations that represent the rights of marginalised citizens in order to make democratic values meaningful and create spaces for non-violent dialogue.

As the population's first point of contact, municipalities in particular face the challenge of dealing with increasing alienation and promoting framework conditions for non-violent conflict management.

Therefore, on the marketplace, we present projects, from South Africa, the Palestinian territories, Colombia and Burkina Faso, which work on the municipal level in conflict-affected societies for the promotion of democracy.



Dr. Alessandro Negri

Università degli Studi di Milano

In 2015 I graduated in Law at University of Milan, with a final mark of 110/110 with laude: my thesis was entitled „Sharia Courts. Islamic Tribunals in UK“ and my supervisor was Prof. Fabio Basile, full professor of Criminal Law. In March 2015 I visited Islamic Sharia Council in Leyton, London. After graduation, I immediately started my legal training in „Studio legale Saponara e Nardo“, a well-established law firm specialized in criminal law (in particular, white collar crimes) in Milan. During that period, which lasted almost 2 entire years, I acquired the skills that helped me pass the bar exam in November 2018. Nevertheless, I continued to develop my interest in relationship between law and religion, particularly Islam, in Europe. So, completed my legal training, in 2017 I applied for a Ph.D. position at University of Milan in Ecclesiastical and Canon Law and I obtained a student grant: my research project is entitled “Jihadist radicalisation in prison. Counter-terrorism strategies between secularism and religious freedom”. During my first Ph.D. year, I already gave some lectures, in particular about cultural crimes, Sharia courts and Constitutional principles of Ecclesiastical Law, and focused on „Simurgh“project: a project led by University of Milan which aims to know and manage religious pluralism in Lombard prisons.

The prevention of jihadist radicalisation in prison in Italy

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
DPT – Deutscher Präventionstag**

Faith always constitutes an essential aspect of prison life and its relevance in the European scenario has been emphasised in recent times because of the religious pluralism that characterises the current prison population. In this context, the rise of jihadist terrorism has shed light on the problem of radicalisation in prison, already known and studied by the experts, which poses new challenges for policymakers, prison staff, and detainees. In Italy, Prison Administration has been focused on religious freedom, its boundaries and its relationship with religious extremism and has already adopted some measures to combat and monitor jihadist proselitism in Italian prisons. The lecture will provide an overview of these anti-radicalisation strategies in prisons, highlighting unresolved issues. In particular, these include the lack of an integrated plan with regards to prevention of radicalisation and de-radicalisation, not limited by the prison context. The lecture will further highlight the challenges in devising policies that address security concerns without sacrificing religious freedom and diversity, as provided for by the Italian Constitution.



Andrés Home

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Pushpa Islam

Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle Angelegenheiten



Mark Shaw

Global Initiative against Transnational Organized Crime

Andrés Home, Teamleiter des Handlungsfeldes Regionale Friedensentwicklung des GIZ-Vorhabens „Unterstützung der Friedensentwicklung in Kolumbien“ / Team-leader field of action regional peace development of the project “Support for peace-development in Columbia” (implemented by GIZ)

Pushpa Islam, Fachreferentin im Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main seit 2015 für den Bereich „Koordinierungsstelle Antiradikalisierung, präventive Jugendarbeit und politische Bildung“ / Policy officer in the office for multi-cultural issues “Coordination office for anti-radicalisation, preventive youth work and political education”, Frankfurt (Main)

Mark Shaw, Direktor “Global Initiative Against Transnational Organized Crime”, Genf / Director “Global Initiative Against Transnational Organized Crime”, Geneva

Debatte: So fern und doch so nah?! Ansätze zur Demokratieförderung und Gewaltprävention im Vergleich / „So far, yet so close? – A Comparison of Approaches to Democracy Promotion and Violence Prevention

Moderation: Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Deutsch mit Simultanübersetzung ins Englische

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstützt mit Förderung der Bundesregierung weltweit Partnerländer dabei, ihre Institutionen und Gesellschaften hin zu mehr Demokratie weiter zu entwickeln. Dabei zielen die Maßnahmen zur Demokratieförderung auf die Prävention von Gewalt und die Förderung inklusiver und friedlicher Gesellschaften.

Auch in Deutschland und Europa werden vor dem Hintergrund sich polarisierender Gesellschaften und dem Erstarken von gewaltbereiten extremistischen Gruppen, Konzepte der Demokratieförderung und ihre Rolle im Kontext der Gewaltprävention diskutiert.

Aus diesem Grund möchten wir deutsche Perspektiven mit denen unserer Partnerländer im Bereich der Demokratieförderung und Gewaltprävention gegenüberstellen, um voneinander zu lernen und mögliche Wege der Kooperation zu erörtern.

Im Rahmen eines Panels diskutieren Vertreter*innen aus Kolumbien, Südafrika und Deutschland unter anderem folgende Fragestellungen:

- Welche Unterschiede und Ähnlichkeiten erkennen wir zwischen Deutschland und unseren Partnerländern in Fragen der Gewaltprävention zur Demokratieförderung?
- Welche Erfolgsfaktoren identifizieren wir, damit Prävention der Demokratieförderung dienen kann?



Audrey Jean

**Quebec Permanent Anti-corruption
Unit**

As a Prevention and Risk Management Advisor for the Quebec Permanent Anticorruption Unit (UPAC), Ms. **Audrey Jean** provides trainings and workshops to public officials throughout the province of Québec. The objective of these activities is to promote awareness among public officials about corruption and its damages to the integrity of Québec's public institutions.

After completing a Bachelor in Political Science at Université Laval in 2010 (Québec, Canada), Ms. Jean obtained her Master's degree in Administration from the same institution, writing an essay titled "Corruption, Governance and International Aid" (2014). Passionate about the theme of corruption, she also graduated from the Transparency International Summer School on Integrity (2013).

She is also currently studying in the Doctorate of Business Administration program of Université de Trois-Rivières (Québec, Canada).

Reporting, a tool in the prevention of corruption

Moderation: Francesc Guillen, Landesministerium des Inneren Kataloniens / Government of Catalonia

In a democracy, the fight against corruption is a responsibility shared among public organisations, private companies, as well as the media, civil society organisms, and the public in general. As citizens, contributing to the fight against corruption mainly requires us to try to remain aware of our public institutions' practices, and report any corruption or wrongful act against the common welfare. Reporting constitutes a key element to allow the prevention of corruption.

Quebec Permanent Anticorruption Unit (UPAC) is the public entity dedicated to the fight against corruption within the boundaries of the province of Quebec. UPAC can tackle corruption through prevention, audit or investigation. According to the Anti-corruption Act (2011), this specialised police force is also responsible for receive and addressing all reports of corruption, collusion, or other linked wrongdoings. But what happens when a citizen reports a wrongful act? What is the process that was elaborated by UPAC to handle this information and determine the best way to tackle the problematic? Is UPAC acting alone? What are UPAC's responsibilities in terms of whistleblower's protection?

UPAC relies on the expertise of plural teams coming from various organisations (ministries, police forces, etc). Every team is consulted in order to strategize and determine the best approach to fight any corruption issue.



**Prof. Dr. Caroline
L. Davey**

University of Salford



Andrew B. Wootton

University of Salford

Andrew B. Wootton is Senior Research Fellow and has 15 years experience in design research. **Caroline L. Davey** is Professor in Design, Innovation & Society and a qualified Organisational Psychologist. Together they have published academic articles and design guidelines on the role of design within crime prevention, and the use of holistic, human-centred 'design thinking' to improve quality of life. Caroline and Andrew are Directors of the Design Against Crime Solution Centre at the University of Salford. The University of Salford's Design Against Crime team has been undertaking research into design-led approaches to reducing crime and increasing wellbeing since 1999. Launched in 2005, the Design Against Crime Solution Centre has grown to become a European-wide network of researchers, police and practitioners in design-led crime prevention, and is supported by funding from a variety of sources, including the European Commission. The Solution Centre has been awarded €3.1m of European Commission research funding for the Cutting Crime Impact (CCI) research project. Starting in October 2018 and running for 36 months, CCI will help police forces across Europe — including the Dutch and Estonian national police forces, Lisbon Police, German police in Lower Saxony and Spanish police in Catalonia — design innovative ways to tackle crime.

Cutting Crime Impact through evidence-based design thinking

Moderation: Prof. Dr. Alexander Siedschlag, The Pennsylvania State University – Penn State Harrisburg

Crime has a significant negative impact on citizens' quality of life, community cohesion and the safety and security of the urban environment — key requirements of a functioning democracy. The aim of the EU-funded Cutting Crime Impact (CCI) project is to enable Law Enforcement Agencies (LEAs) and security policymakers to adopt a preventative, evidence-based and sustainable approach to tackling high-impact crime and protecting citizens' way of life. Tailored to the needs of end-users, CCI will research, design, develop and demonstrate four Toolkits covering: (i) predictive policing; (ii) community policing; (iii) crime prevention through urban design and planning; and (iv) measuring and mitigating citizens' feelings of insecurity. Using social science methods and innovation tools from the design industry, CCI aims to support LEAs in researching and innovating practical, evidence-based tools that meet end-users needs and operational contexts. 'Requirements capture' involves gaining a rich understanding of user needs, contexts, priorities and potential problems, and is key to the success of new products and services. This presentation will explain the thinking behind CCI, and show how the project will provide LEAs with valuable experience in requirements capture, problem framing, ideation, concept generation, solution design and prototyping that is transferable to other areas.



Dr. Minakshi Sinha

LNJN NICFS

Dr. Minakshi Sinha, Reader (Sociology), LNJN NICFS, Rohini, Delhi-85. Having Ph.D. on “Organised Crime and Emerging Challenges to Criminal Justice Functionaries: Measures for Prevention and Control (A Socio-legal Study)” Delhi, India, LLM (India), LLM (UK), working at LNJN NICFS (MHA) Government as a faculty member for more than 21 years. I have been organizing Training courses for the Senior Criminal Justice Functionaries in India, SAARC nations, teaching M.A. Criminology & M.Sc. Forensic Science students, designing training modules and conducting research. Besides, I have been involved in organizing International Conferences, Workshops. I have also written a large number of Articles in various national & international journals. Attended National Conferences & participated in 10th, 11th & 12th ACPF World Conference organised at Macau, Jakarta & Mongolia and 10th Consecutive Criminology Symposium at Stockholm, Sweden. I have been awarded ODASS scholarship from the Queens University of Belfast UK to pursue LLM at the Queen’s University of Belfast UK, Fellowship award from the Indian Society of Criminology, India in the year 2007, Professor S.Shrivastava Award from the Indian Society of Criminology for the year 2014 & Home Minister’s Medal for Excellence in Police Training for the year 2016. Specialization Organised crime, Human Rights, Crime against women, Senior Citizens etc.

Transnational Organised Crime: Challenges to Criminal Justice Functionaries

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
DPT – Deutscher Präventionstag**

The phenomenon of Transnational Organised Crime has been assuming disturbing proportions, all over the world. Increasing trend of Globalization, Urbanization and Industrialization has been helping organized crime offenders to develop transnational linkages. They take advantage of the differences between legal systems of various nations, incapacity of sovereign nations to work in close co-operation with one another and have been posing multi-faceted threats to the Criminal Justice Functionaries.

In this background the lecture will be delivered in three parts. Part one will include brief introduction about definition and theories relating to organised crime helpful in understanding the challenges faced by Criminal Justice Functionaries in investigation and prosecution of offenders involved in transnational organised crime. Part two will focus on the analysis of important provisions of United Nation Convention against Transnational Organised Crime, 2000, role of Model Treaty on Extradition, 1990 and Model Treaty on Mutual Assistance in Criminal Matters, 1999 in extradition of offenders, mutual legal assistance in transnational organised crime cases. The third part will include recommendations for better cooperation in effective investigation, speedy extradition of offenders etc.



Udo Lange

AHT GROUP AG Management & Engineering, Essen

Udo Lange, AHT GROUP AG Management & Engineering, Essen. Projekt-Manager. Geb. 1959 in Essen. 1986 Dipl.-Ing. Raumplanung Technische Universität Dortmund. 1992 bis 1999 Projekt-Manager GIZ Brasilien, u.a. partizipative Favela-Sanierung in Porto Alegre und vier weiteren Städten in Rio Grande do Sul. 1990 – 1992 Dozent der Fakultät für Architektur der Kath. Universität Goiás: Vorlesungen zur städtischen Entwicklungsplanung. Begleitet das KfW-finanzierte „Violence Prevention through Urban Upgrading (VPUU) in Khayelitsha, phase 1-3“ in Kapstadt seit der Machbarkeitsstudie in 2002, u.a. Beiträge zu Monitoring & Evaluierung. Seit 2014 Ausweitung des Projektes VPUU auf die Provinz Western Cape.

Outlook after 15 years Violence Prevention in Western Cape

**Moderation: Dr. Tina Silbernagl, Deutsche Gesellschaft
für Internationale Zusammenarbeit, GIZ GmbH**

Der Beitrag soll in Zusammenarbeit mit der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Stadt Kapstadt, den Gemeinden Paarl und Theewaterskloof sowie der Provinzregierung Western Cape (Western Cape Government) erfolgen (Kontext ist Deutsche Finanzielle Zusammenarbeit mit Südafrika, BMZ, KfW). Referenten aus diesem Kontext werden noch benannt.

15 Jahre Implementierung des Gewaltpräventionsprogramms "Violence Prevention through Urban Upgrading" erlauben eine kritische Reflexion der Entwicklung des Programms im Rahmen der Südafrikanisch-Deutschen Entwicklungszusammenarbeit (BMZ, KfW) auf städtischer und Provinzebene in einem sich wandelnden Kontext der Gewaltausprägungen und der programmatischen Reaktionen sowie aktueller Politiken öffentlicher Behörden auf Stadt-, Provinz- und Nationaler Ebene in Südafrika.



Anno Bunnik

University of Groningen

Anno Bunnik is a researcher, lecturer and policy adviser. He is in the final stage of his PhD research at the University of Groningen, Campus Fryslân, analysing the implementation of Big Data by law enforcement agencies. He is part of the H2020-funded consortium 'Cutting Crime Impact – Practice-based innovation in preventing, investigating and mitigating high-impact petty crime'.

Modernising law enforcement intelligence for a digital society

Moderation: Andrew B. Wootton, University of Salford

The exponential rise in data and digitalisation presents a 'double-edged sword' for law enforcement agencies. They involve huge challenges including a greater sophistication in cyber-crime, the rise of the Dark Net and the exploitation of the Internet for terrorist purposes. But the data revolution also facilitates new ways of 'doing intelligence': Big Data is increasingly mobilised for crime prevention, crime prediction and national security. Increasing public scrutiny, however, places state agencies under strong pressure to utilise Big Data for intelligence purposes in an efficient, effective and ethical manner. How do state agencies strategize and operate under these constraints in such a complex environment? This paper evaluates the implementation of institutional change by law enforcement, building on interviews and policy documents. Specific attention is paid to historical institutionalism and ethics as lenses to provide further clarification on the trajectory of these agencies as they adapt to a digital era.

Projektspots

	Seite
Demokratieförderung in Sachsen – Das Landesprogramm WOS Jan-Ulrich Spies	372
Präventionsstandards im Rahmenlehrplan der Berliner Schule Sirka Geese Ingrid Luzie Haller	374
Konfliktbearbeitung in der Kommune fördert Partizipation Hagen Berndt	376
Polizei-Bürger Verhältnis in multi-ethnischen Kontexten Nina Müller Sabine Nowak	378
Europa-Bewegung – Demokratie stärken Peter Reckling	380
„Wir für uns“ – Demokratielernen an Schule Dr. Stefan Schanzenbächer	382
Von der Vielfalt der Prävention zur Präventions- landschaft Andreas Liedtke	384

	Seite
Prävention in Kooperation von Sozialarbeit, Polizei und Schule	386
Ersin Erdogan Helmut Heitmann Eckhardt Lazai Petra Rohrbach Balder Wentzel	
Gewaltprävention & Demokratielernen – verknüpfte Aufgaben?	388
Christine Liermann Helmolt Rademacher	
Schülerassistenten mit Sport gegen Schulhofgewalt	390
Dr. Ohle Wrogemann	
Präventionskonferenzen zur Stärkung lokaler Bündnispartner	392
Matthias Blackert	
Jugendliche im Fokus extremistischer Onlinepropaganda	394
Fehime Oezmen Christina Seitz	
Warum Deradikalisierungsarbeit systemisch sein muss	396
Dr. Vera Dittmar Nina Glazova	

	Seite
Demokratiepädagogische Schulentwicklung & soziale Kompetenz Gernot Goldenbaum	398
Raumintervention – Nutzungsvielfalt durch Beteiligung Janina Hentschel	400
PMK-Prävention durch die Polizei Baden-Württemberg Frank Buchheit Stefan Kluger	402
MANAR – aus Tradition tolerant Gül Keskinler Omar Kuntich	404
Gewaltfreie Erziehung bei Eltern stärken Dr. Heidemarie Arnhold Iman El-Hussein Saoussan Hamdan	406
Empörung hilft nicht – Ein Praxisbericht Udo Fuchs	408
Befragungsstandards in Deutschland Birgit Galley Mascha Körner Prof. Dr. Holger Roll	410

	Seite
Die Göttinger Kinderdemokratie – Teilhabe von Anfang an Birgit Redlich	412
Professionelle Opferhilfe – das will gelernt sein! Birte Peter	414
Hacking Hate? Wie Hass mit dem SELMA-Toolkit zerlegt wird Stefanie Fächner	416
Das Projekt HEIMSPIEL als vollzugsöffnende Maßnahme Sarah Blume Michael Kittler Julia Milán	418
Integration auf Augenhöhe Alexandra Korn Caroline von der Heyden	420
Zeit, einfach mal Danke zu sagen! Jennifer Williams	422
Cybermobbing, Sexting u.a. – Prävention und Netzwerke Gesa Stückmann	424
Demokratieförderung in der Deradikalisierungsarbeit Alexandra Göpel	426

	Seite
Biografische Ansätze in der politischen Bildungsarbeit	428
Claire Horst Aylin Karadeniz	
„Erfahrung als Botschaft“	430
Heike Knechtel	
Medienkompetenz und Glaubwürdigkeit vs. Fake News im Netz	432
Martin Länge Marion Schrade	
HaftFrei(e)Zeit – Hochschulprojekt Berlin-Brandenburg	434
Susan Vogel	
Jugendliche gegen Extremismus und Vorurteile stärken	436
Valeria Haupt Harald Nienaber	
RADIKAL HOMOPHOB! Eine psychoanalytisch-pädagogische Perspektive	438
Winnie Plha	
Projekt: NO STALK – Stalking Tagebuch App	440
Brigitta Brüning-Bibo	
Präfix R-Coaching für Eltern in Haft	442
Lars Schäfer Uli Streib-Brzic	

	Seite
Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt	444
Thomas Praßer Adriane Schmeil	
Traumanetz Berlin – Angebote für gewaltbetroffene Frauen	446
Dr. Corinna Metzner	
Gegen Hass und für mehr Respekt: Wertevermittlung im Netz	448
Franziska Raschka	
Frauen und Mädchen stärken: Islamismusprävention in Berlin	450
Katrin Benzenberg Julia Förster Gonca Monypenny	
Sprachbewusst handeln – Meine ich, was ich sage?	452
Angela Khosla-Baryalei Nikola Poitzmann	
Prävention und Deradikalisierung im Themenfeld Flucht	454
Alexander Gesing Lea Hildebrandt	
Aufsuchende Sozialarbeit in den sozialen Netzwerken	456
Cordula Bienstein	

Seite

**Geschlechterreflektierende Rassismus-
prävention im Lokalraum**
Kai Dietrich

458

Vorträge



Jan-Ulrich Spies

Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Jan-Ulrich Spies M.A. leitet seit Anfang 2015 die Stabsstelle Demokratieförderung im Geschäftsbereich der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (SMGI). Diese Stabsstelle verantwortet die Richtlinien „Landesprogramm Weltoffenes Sachsen“ sowie „Integrative Maßnahmen“ und „Soziale Betreuung von Flüchtlingen“. Zwischenzeitlich oblag ihm zusätzlich die Leitung des Demokratie-Zentrum Sachsen im Rahmen des Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Zuvor hat er u.a. jahrelange Erfahrungen in Projekten der Demokratie- und Präventionsarbeit in Ostdeutschland sowie in Berlin gesammelt.

Demokratieförderung in Sachsen – Das Landesprogramm WOS

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) fördert Präventions- und Interventionsprojekte, die Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abbauen helfen sowie demokratische Werte und Handlungskompetenzen stärken. Mit dem Landesprogramm WOS fördert und stärkt der Freistaat Sachsen das zivilgesellschaftliche Engagement für dieses Fundament. Gleichwohl ist es ein erklärtes Ziel, Handlungsträger und Initiativen zu unterstützen und miteinander zu vernetzen.

Mit Hilfe des WOS können Projekte für Demokratie und Toleranz in Sachsen finanziell gefördert, beratend begleitet und miteinander vernetzt werden. Ehrenamtlich getragene Initiativen vor Ort finden sich hier ebenso wieder wie auf professionelle, landesweite Strukturen zurückgreifende Projektansätze.

Das Landesprogramm fungiert dabei als Fördermittelgeber, versteht sich aber auch als Dienstleistungsstruktur für die geförderten Projekte.

In diesem Projektspot werden Mitarbeiter der Stabsstelle Demokratieförderung kurz den Werdegang des Landesprogramms, das derzeitige Finanzvolumen und schließlich die Besonderheiten und maßgeblichen Inhalte der WOS-Richtlinie vorstellen und dabei insbesondere auch auf die Voraussetzungen für eine Förderung durch das Programm "Weltoffenes Sachsen" eingehen.



Sirka Geese

Landeskommission Berlin gegen
Gewalt



Ingrid Luzie Haller

Landeskommission Berlin gegen
Gewalt

Sirka Geese ist Lehrerin an einem Berliner Oberstufenzentrum, Beratungslehrerin, ausgebildete Schulmediatorin und Referentin für schulische Gewaltprävention in der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Sie ist Mitautorin des Orientierungs- und Handlungsrahmens (OHR) Schulische Gewaltprävention. Ihr aktueller Arbeitsschwerpunkt ist die Implementierung des OHR in die Berliner Schulen.

Ingrid Luzie Haller ist seit 2010 abgeordnete Referentin für Schulische Gewaltprävention bei der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Mitautorin des Orientierungs- und Handlungsrahmens Gewaltprävention, Trainerin für Schulmediation und Leiterin des Teams >Pax-an!< Gewaltfreie Schulkultur in Berlin, das im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie im Rahmen der Fort- und Weiterbildungsangebote das Berliner Konfliktlotsenmodell vermittelt.

Präventionsstandards im Rahmenlehrplan der Berliner Schule

Welche Kompetenzen hat ein Mensch, der gewaltfrei lebt und handelt? Welche Kompetenzen müssen bei jungen Menschen ausgebildet werden, damit sie ein positives Selbstbild entwickeln, Selbstwirksamkeit erleben, in sozialen Situationen kooperieren und dennoch Grenzen setzen können? Welche Kompetenzen sind notwendig, damit jemand, auch unter Druck und im Stress, in Konflikten gewaltfrei agiert? Mit der Veröffentlichung des Orientierungs- und Handlungsrahmens Schulische Gewaltprävention (kurz OHR) bereichert ein Novum die deutsche Präventionslandschaft. Erstmals wurden die für die Persönlichkeitsentwicklung und Gewaltprävention notwendigen Kompetenzen im Rahmen eines Lehrplans zusammengetragen und in übersichtlicher Weise dargestellt. Der OHR Gewaltprävention ist, neben anderen 12 Querschnittsthemen, an den neuen Rahmenlehrplan gekoppelt, der seit 2017/2018 an Berliner und Brandenburger Schulen gilt. Zielgruppe für den OHR sind alle an Schule oder anderen Bildungseinrichtungen Beschäftigte. Er definiert Kernkompetenzen und Standards, die benötigt werden, um die Zielkompetenz „Gewaltfrei leben und handeln“ auszubilden. Neben einer kurzen Einführung in den OHR zeigen die Referentinnen und Mitautorinnen des OHR Gewaltprävention wie dieser bei der Unterrichts- und Schulentwicklung im Bereich Gewaltprävention und für das Soziale Lernen genutzt werden kann.



Hagen Berndt

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Hagen Berndt, Jahrgang 1959, ist selbstständig als Trainer und Berater zu Konflikttransformation tätig. Er arbeitet für verschiedene Auftraggeber der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit in Europa, Asien und Afrika. Nach dem Studium der Indologie, Islamwissenschaft und Kommunikationsforschung in Bonn und Peradeniye (Sri Lanka) war er zunächst in Projekten in Südasien tätig und ist seit 1993 auch regelmäßig in verschiedene Länder Afrikas gereist.

Zusammen mit Sylvia Lustig hat er für das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. den systemischen Ansatz der „Kommunalen Konfliktberatung“ beschrieben. Er hat Kommunen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen zu Konflikten und zu Bürgerbeteiligung beraten. Außerdem hat er die Anwendbarkeit des Ansatzes Kommunale Konfliktberatung in Lettland, Marokko und Burundi geprüft.

Hagen Berndt ist Autor verschiedener Veröffentlichungen zu Konflikttransformation, Gewaltfreiheit, Kommunaler Konfliktberatung und zu Südasien.

Siehe auch: Berndt, Hagen/ Lustig, Sylvia (2016): Kommunale Konfliktberatung – ein Beitrag zum Umgang mit Fragen des Zuzugs und der Integration. In: Warndorf, Peter K. (Hrsg): Integration – zwischen Konflikt und Prävention. Münster in Westfalen: MV Wissenschaft.

Konfliktbearbeitung in der Kommune fördert Partizipation

Kommunale Entscheidungsträger*innen nehmen Konflikte in ihren Gemeinden häufig als unangenehm wahr, stören sie doch die geplanten Abläufe. Reaktionen sind daher z.B. Abwehr, Verleugnung oder kurzfristige Projekte. Gleichzeitig wünschen sie sich mehr Beteiligung von Bürger*innen. In seiner Beratungsarbeit macht das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (forumZFD) die Erfahrung, dass Konflikte als solche erkannt, ihre Hintergründe verstanden und sie unter Einbeziehung aller beteiligten Akteure bearbeitet werden können. Konflikte können als ein Ruf nach Teilhabe begriffen werden.

Kommunale Konfliktberatung ist ein systemischer Ansatz, bei dem externe Berater*innen Kommunen für einen begrenzten Zeitraum dabei unterstützen, konstruktive Prozesse zur Bearbeitung von Konflikten umzusetzen. Er macht die dynamischen Beziehungen zwischen Akteuren, ihren Beziehungen, ihren Handlungen und Haltungen sichtbar, entwickelt Ansätze für neue Handlungsoptionen und Synergien. Betroffene können so zu Beteiligten werden. Konfliktpotenziale werden erkannt und rechtzeitig bearbeitet.

Das forumZFD berät seit 2006 Gemeinden, Städte und Landkreise bei diesen Prozessen. Mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung arbeitet es daran, Hindernisse für die Inanspruchnahme von Konfliktberatung zu identifizieren und institutionelle Strukturen für Zugänge dazu zu entwickeln.



Nina Müller

Deutsche Hochschule der Polizei



Sabine Nowak

Deutsche Hochschule der Polizei

Nina Müller ist Ethnologin und seit 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Migrate: Migration und Polizei – Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei“ an der Deutschen Hochschule der Polizei, Department Kriminologie und Kriminalitätsprävention. Von 2012-2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M. im Projekt „Kulturelle Wirkungen globaler SSR-Normentransfers“.

Sabine Nowak ist Sozialpsychologin und seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule der Polizei im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention. Derzeit arbeitet sie an den Forschungsprojekten „Migrate: Migration und Polizei – Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei“ und „Aggressives Handeln unter Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Altenhilfeeinrichtungen als Herausforderung für die pflegerische Aus- und Fortbildung“

Polizei-Bürger Verhältnis in multi-ethnischen Kontexten

Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland ist, nicht erst seit der Debatte um das „Einwanderungsland Deutschland“, ein gesellschaftlicher Fakt. Die Migrationsbewegungen seit den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts haben sich nicht nur auf die Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern auch auf politische und gesellschaftliche Institutionen, deren Organisation, Diversität und Außenwahrnehmung ausgewirkt. Als sichtbarste Vertreterinnen des Staates auf der einen, aber auch als potenzielle Arbeitgeberinnen auf der anderen Seite spielen die deutschen Polizeien für die Integration von Migrantinnen und Migranten eine zentrale Rolle.

Der Beitrag präsentiert erste Ergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt, das sich dem wechselseitigen Verhältnis von Polizeibeamtinnen und -beamten sowie Bürgerinnen und Bürgern in ethnisch divers strukturierten Stadtvierteln zuwendet. Mittels teilnehmender Beobachtungen des polizeilichen Alltags wird erforscht, inwieweit sich ein Migrationshintergrund sowohl bei Polizistinnen und Polizisten als auch bei Bürgerinnen und Bürgern im alltäglichen Kontakt miteinander auswirkt, welche gegenseitigen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster bestehen und welche individuellen und institutionellen Praktiken auf Basis dieser Muster entwickelt werden.



Peter Reckling

Pulse of Europe

Peter Reckling ist Städtekoordinator der Marburger Pulse of Europe (PoE) Gruppe. Mit den örtlichen Mitstreitern organisiert er die regelmäßig stattfindenden monatlichen Kundgebungen auf dem Marburger Marktplatz. Gleichzeitig werden verschiedene Veranstaltungen organisiert und der Kontakt zur Gesamtbewegung aufrecht erhalten.

Europa-Bewegung – Demokratie stärken

Die Bürgerbewegung Pulse of Europe wird vorgestellt mit seinen Zielen und Aktionen. Es werden dabei gezielte Aktionen in Bildern / Video-Sequenzen vorgestellt.

Pulse of Europe – worum geht es?

1. Europa darf nicht scheitern
2. Der Frieden steht auf dem Spiel
3. Wir sind verantwortlich
4. Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit sind unantastbar
5. Wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung verbinden
6. Reformen sind notwendig
7. Vielfalt und Gemeinsames leben
8. Europäische Identität stärken
9. Aufstehen, aktiv werden, wählen gehen
10. Alle können mitmachen – und sollen es auch!

Pulse of Europe (englisch für „Europas Puls“) ist eine überparteiliche und unabhängige Bürgerbewegung, die 2016 gegründet wurde. Ihr Ziel ist es, den europäischen Gedanken sichtbarer und hörbarer zu machen. Einer Entwicklung, die durch den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs, der Wahl von US-Präsident Trump mit der "america first"-Politik und das Anwachsen rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien geprägt ist, soll eine öffentliche, pro-europäische Bewegung entgegentreten.

Pulse of Europe hat viele Standortgruppen in Deutschland und ist auch vertreten u.a. in Frankreich, Spanien, Belgien, Niederlande, Italien, Ungarn, Polen, Tschechien, Großbritannien.

Die Bewegung organisiert vornehmlich Kundgebungen, Veranstaltungen und hat als neue Aktion Hausparlamente zu Europafragen durchgeführt.



Dr. Stefan Schanzenbächer

**Caritasverband für das Erzbistum
Berlin e.V.**

Dr. Stefan Schanzenbächer, Jahrgang 1965, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, Dipl.-Pädagoge, Dipl.-Theologe, zertifizierter Anti-Aggressivitäts-Trainer© und -Ausbilder, psychotherapeutische Weiterbildung bei Frank Farrelly (Provokative Therapie), Coach (FH), Projektleiter von Boxenstopp – Anti-Gewalttraining für Jugendliche des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V., langjähriger Referent im Aus- und Fortbildungsbereich u. a. zum konfrontativen Stil, Personaltrainer, Evaluator, Fachautor, Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, Inhaber des Deutschen Instituts für konfrontative Lösungen (D.I.K.).

„Wir für uns“ – Demokratielernen an Schule

„Wir für uns – Eine Schule mit Identität ist eine Schule mit Wirkung“ ist ein erfolgreich erprobtes und evaluiertes Programm für Schulen, das die Themen des Lehrplans „Demokratielernen“, „Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt“ und „Gewaltprävention“ verbindet. Es baut auf der Erfahrung auf, dass im schulischen Alltag die Verknüpfung gerade dieser Themen wirkungsvoll ist und intendiert eine dauerhafte und damit nachhaltige Veränderung des Klimas in der Klasse respektive in der Schule. Die Förderung von personalen und sozialen Kompetenzen verstärkt das Ergebnis, was die Ergebnisse der Studie der Universität Potsdam (Prof. Wilfried Schubarth) deutlich zeigen. Theoretisch basiert „Wir für uns“ schwerpunktmäßig auf Methoden des Peer-Learning und eher konfrontativen Elementen, die es zu einem ganzheitlichen Konzept einer Schulentwicklung formt („Schulentwicklung ist die beste Gewaltprävention“). Am Ende steht eine Schule mit einem neuen Wir-Gefühl. Es ist ein Beispiel dafür, was Schüler/-innen zu leisten in der Lage sind.

„Wir für uns“ wurde vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und vom Landespräventionsrat des Landes Brandenburg finanziert und wird dort an Grund- und Oberschulen angewendet. Träger ist die Initiative Boxenstopp des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V.. Der Vortrag stellt das Programm vor und gibt praktische Anregungen für die Durchführung.



Andreas Liedtke

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Amtsleiter des Amtes für Familien und Soziales des
Landkreises Ostprignitz-Ruppin

Von der Vielfalt der Prävention zur Präventionslandschaft

Im Alltag der Familien aber auch in Kitas, Schulen oder im Freizeitbereich sind Präventionsfelder nicht abgrenzbar.

Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin legt einen Schwerpunkt auf den Aufbau und auf die Weiterentwicklung von Präventionsangeboten. Dazu gehören u.a. das „Netzwerk Gesunde Kinder“, dezentrale Familienzentren, Flexibilisierung der Hilfen zur Erziehung und der Aufbau von Präventionsketten. Das geschieht auf Basis einer integrierten Sozialplanung.

Mit einem von der Technikerkrankenkasse geförderten kreisweiten Präventionsforum, der ALLIANZ für LEBENSKOMPETENZ, soll aus dem Nebeneinander von Institutionen, Netzwerken und Trägern Synergie entstehen.

Unter Teilhabe aller Schlüsselakteure, von der frühkindlichen Bildung bis zur Wohnungsbaugenossenschaften und Kammern sollen durch die Koordination – mit Unterstützung eines Fachbeirates mit überregionaler Kompetenz – die Zusammenhänge systematisiert, Informationsflüsse organisiert und Handlungsfelder priorisiert werden.

Ersin Erdogan

Polizei Berlin

Helmut Heitmann

GSJ – Gesellschaft für Sport und
Jugendsozialarbeit gGmbH

Eckhardt Lazai

Polizei Berlin

Petra Rohrbach

GSJ – Gesellschaft für Sport und
Jugendsozialarbeit gGmbH

Balder Wentzel

GSJ – Gesellschaft für Sport und
Jugendsozialarbeit gGmbH

POK **Ersin Erdogan** führt als Verhaltenstrainer an der Polizeiakademie Seminare zur Kommunikation, Konflikt- und Stressbewältigung in der Aus- und Fortbildung durch. **Helmut Heitmann**, Dipl.-Pädagoge, ist als Bereichsleiter in der GSJ tätig. Er arbeitete als Dozent, Supervisor, Coach für Hochschulen, Verbände/Vereine und Jugendämter. **ECHK Eckhardt Lazai** ist Leiter des Verhaltenstrainings in der Polizeiakademie. Er engagiert sich seit vielen Jahren in der verhaltensorientierten Präventionsarbeit. Dabei liegt ihm die Kooperation von Polizei, Sozialarbeit und Schule besonders am Herzen. **Petra Rohrbach**, Dipl.-Soz.Päd., arbeitet als Mitarbeiterin im KICK SchoolTeam und hat langjährige Erfahrungen in der Jugend- und Behindertenhilfe. Sie ist Übungsleiterin im Kinder- und Jugendsport sowie im Reha-Sport. **Balder Wentzel**, Anti-Aggressivitäts- und Coolness-trainer, Fachkraft für Friedensarbeit, Trainer für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Initiierung von zahlreichen interkulturellen und interreligiösen Projekten und Aktivitäten. Der gewaltfreie Dialog zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Kultur ist ihm ein besonderes Anliegen.

Prävention in Kooperation von Sozialarbeit, Polizei und Schule

KICK, ein langjähriges Präventionsprojekt der GSJ in Zusammenarbeit mit der Polizei Berlin, bietet „Sportbezogene soziale Kompetenztrainings und Demokratie-Workshops“ für Willkommensklassen mit Geflüchteten in Oberstufenzentren an. Im Fokus stehen u.a. Umgang mit Konflikten sowie Normen und Werte, die demokratisches wie gleichberechtigtes Zusammenleben gewährleisten.

Das Angebot wendet sich gezielt an Altersgruppen im Übergang. Ein Großteil dieser 18- bis 25-Jährigen befindet sich in einer schwierigen, prekären Situation: Unsicherer Aufenthaltsstatus, Leben in beengten Gemeinschaftsunterkünften mit zum Teil erheblichem Konfliktpotential, Entwurzelung von ihren Familien, traumatische Gewalterlebnisse durch Krieg und Flucht, unerfüllte Erwartungen an ihr Leben in Deutschland. Eine schwierige Situation und ein idealer Nährboden, um in die Delinquenz abzugleiten oder sich zu radikalieren.

Viele überfordert die Vielzahl komplexer Entscheidungen, die in dieser Zeit anstehen. Bei etlichen existiert keine Vorstellung von unserem Rechtssystem und administrativen Prozessen. Unsere Werte und normativen Grundsätze sind erklärungsbedürftig. Eines der Hauptanliegen des Projektes ist es deshalb, Vertrauen aufzubauen, Wissensdefizite und Ängste (auch gegenüber der Polizei) abzubauen um Sicherheit und Stabilität zu geben und eine Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.



Christine Liermann

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)



Helmut Rademacher

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe e.v. Berlin

Christine Liermann, Staatsanwältin, abgeordnet zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), seit 2010 tätig für die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) mit dem Arbeitsschwerpunkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“.

Helmut Rademacher, Lehrer, Dipl. Pädagoge, von 2007 bis 2017 Leiter des Projektes Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) des Hessischen Kultusministeriums, zudem Ausbilder im Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschule in Offenbach, von 2002 bis 2007 Projektleiter „Mediation und Partizipation“ im BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), div. Publikationen u.a. Mitherausgeber des Jahrbuchs für Demokratiepädagogik

Gewaltprävention & Demokratielernen – verknüpfte Aufgaben?

Schulische Gewaltprävention gibt es seit einigen Jahrzehnten – Demokratielernen haben Schulen weniger lange auf ihrer Agenda. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen bekommt das Thema Demokratiepädagogik jedoch ein immer größeres Gewicht.

Das DFK lädt seit drei Jahren regelmäßig Vertreter aller Bundesländer zu einem „Qualitätszirkel schulische Gewaltprävention“ ein, in dem Akteure ihre Arbeit reflektieren und diskutieren. Aus der Praxis wird berichtet, dass die Umsetzung präventiver und demokratiepädagogischer Maßnahmen langfristig schwierig bleibt. Es besteht Einigkeit, dass es einer Verbindung beider Ansätze bedarf, wenn sie nachhaltig in dem System Schule verankert werden sollen. Es gilt, durch gezielte Verknüpfungen beider Themen Synergien zu schaffen und Überforderungen durch immer wechselnde Schwerpunktsetzungen im Bereich präventiver Arbeit zu begegnen.

Im Rahmen des Projektspots wird über Ansätze berichtet, wie langfristig eine Implementierung von Gewaltprävention und Demokratielernen möglich ist, ohne das System und die beteiligten Akteure zu überfordern.



Dr. Ohle Wrogemann

Landessportbund Rheinland-Pfalz

Dr. Ohle Wrogemann ist 1962 in Gießen geboren. Er studierte Sportwissenschaft, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Deutschland, den USA und Australien. Seit 1995 arbeitet er als Referent bei der Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz in Mainz. Zu seinen Aufgaben gehören die Entwicklung, die Umsetzung und die Koordination von Konzepten zum Aufbau von gutem Sozialverhalten und guter Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen mit den Medien Bewegung, Sport und Spiel. Bis 2016 war er in RLP Koordinator des DOSB-Bundesprogramms „Integration durch Sport“. Er ist DOSB-Trainer für „Fit für die Vielfalt“, hat die DOSB-Berater-Ausbildung absolviert, war Schatzmeister des Fanprojekts Mainz, Initiator des Modellprojekts „Sport mit muslimischen Mädchen“. Er ist Dozent bei der Qualifizierung von pädagogischen Partnern an Ganztagschulen, setzt Projekte, wie „Orientierung durch Sport“ der Deutschen Sportjugend (dsj) um und ist aktiv im Landespräventionsrat. Er engagiert sich in der Antirassismuserbeit, vernetzt und berät Demokratietrainer (dsj-Projekt). Er arbeitet im „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in RLP“ sowie im Arbeitskreis „Sport im Strafvollzug“ im Justizministerium mit, engagiert sich bei „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ gegen Homophobie und ist in den Expertenpool „Kinderwelt = Bewegungswelt“ der dsj und Landesjugendhilfeausschuss RLP berufen.

Schülerassistenten mit Sport gegen Schulhofgewalt

Seit 1997 hat die Sportjugend Rheinland-Pfalz 3.400 Schülerassistenten an 500 allgemeinbildenden Schulen qualifiziert. 30 Stunden umfasst die Ausbildung mit einem Programm für ein Peer-to-Peer-Projekt zur Gewalt- und Unfallprävention. Ab Klasse 4 leiten die Assistenten Bewegungsangebote für Mitschüler in Pausen, Freistunden und im Ganzttag eigenverantwortlich. Eltern, Schulsozialarbeiter, FSJ- und BFDler sowie Lehrer können sich ebenso qualifizieren. Inhalte, wie der Anti-Gewalt-Parcours, Deeskalationstraining, Sozialkompetenztraining, Abenteuer- und Erlebnissport, Hip Hop, Fair-Play, Integration, Inklusion und die Special Olympics, Schulhofgestaltung oder die Organisation von Turnieren und Spielfesten mit dem Spielmobil sorgen für das motivierende Angebot. Die Intention ist eindeutig: über die Vielfalt der Bewegungsangebote kommt es zur Kompensation angestauter Aggressionen und damit zum deutlichen Rückgang alltäglicher Gewalt in der Schule. Erfolge sind u.a.: signifikant weniger Pausenunfälle und die Verbesserung des Schulklimas. Persönlichkeit, gutes Sozialverhalten und die Bereitschaft zu freiwilligem Engagement werden neben weiteren Kompetenzen aufgebaut. Auch pädagogische Inhalte werden den Schülerassistenten vermittelt, die Vorbilder für die Schulkameraden sind. Teilnehmende Schulen erhalten eine kostenlose Spielekiste. Förderer sind Unfallkasse und Bildungsministerium.



Matthias Blackert

Stadt Essen

Matthias Blackert ist seit 2015 der Sicherheitskoordinator der Stadt Essen. Er leitet dort die Stabsstelle Sicherheitskoordination (Siko).

Mit seinem Team trägt er zur Lösung von besonderen Problemlagen bei, die das Zusammenwirken oder koordiniertes Vorgehen von städtischen Dienststellen und/oder verschiedener Behörden (Bund, Land, Kommune) notwendig erscheinen lassen.

Die Sicherheitslagen umfassen die Themen Rechts- und Linksextremismus, religiös motivierter Extremismus, Problemimmobilien, Belastungen und Auswirkungen durch den Zuzug von Südost-Europäern und aktuell besonders im Fokus, die Bekämpfung von Clan-Kriminalität.

Dazu wird von ihm das wichtige internationale Netzwerk EFUS (Europäisches Forum für Urbane Sicherheit – Sitz Paris) sowie das nationale Forum DEFUS (Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit – Sitz Hannover) betreut.

m.blackert@ordnungsamt.essen.de

Präventionskonferenzen zur Stärkung lokaler Bündnispartner

Mit Unterstützung des Europäischen Forums für urbane Sicherheit (EFUS) sowie dem nationalen Netzwerk „Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS)“ Deutsch-Europäisches Forums für Urbane Sicherheit (DEFUS) konnte im Rahmen eines Projektes der Startschuss für eine lokale Präventionskonferenz gegeben werden.

Zu den Themen des Extremismus (Links-, Rechts und religiös motivierter Extremismus), Jugendkriminalität, BTM-Missbrauch oder aktuellen Fällen aus der Schulsozialarbeit werden je nach Schwerpunkt alle Akteure aus den Bereichen Schule, Vereine, Verbände, sozialen Einrichtungen, Kirche, Verwaltung und Politik zusammengebracht.

In diesem Jahr wird bereits die 4. Präventionskonferenz durchgeführt und würde bei gleichbleibender Beteiligung schon mehr als 600 Personen ins Präventionsnetzwerk der Stadt einbeziehen.

Der Projektsport soll den Aufbau des Projektes, die inhaltliche Vorbereitung und den Ablauf der Konferenzen erläutern.



Fehime Oezmen

jugendschutz.net



Christina Seitz

jugendschutz.net

Fehime Özmen, Religions- und Islamwissenschaftlerin M. A., arbeitet bei jugendschutz.net in Mainz im Bereich Politischer Extremismus. Sie befasst sich mit islamistischer Propaganda im Internet und geht den Fragen nach, wie extremistische Online-Angebote Jugendliche im Netz beeinflussen und gegen welche Jugendmedienschutzbestimmungen dabei verstoßen wird.

Christina Seitz, Fachreferentin für Rechtsextremismus im Internet

Jugendliche im Fokus extremistischer Onlinepropaganda

Das Netz, und vor allem Social-Media-Dienste, stehen für extremistische Akteure im Zentrum ihrer Propagandastrategie. Hier können sie gezielt an die Nutzungs-, Seh- und Hörgewohnheiten ihrer Zielgruppen anknüpfen. Im Fokus sind dabei insbesondere junge Userinnen und User. Für Kinder und Jugendliche ist das Netz zu einem festen Bestandteil ihrer Lebenswelten geworden. Sie sind per Smartphone dauerhaft online und bewegen sich selbstverständlich im Kontext medialer Räume. Hier docken extremistische Akteure an: Mit einer Strategie, die das Nutzungsverhalten junger Menschen aufgreift, und Formaten, die die Interessen ihrer jungen Zielgruppe bedienen. Auf Instagram inszenieren sich rechtsextreme und islamistische Akteure so als nahbare „Influencer“, ihr Leben als abenteuerreich und doch gleichzeitig alltäglich. Auch Messenger-Dienste wie Telegram werden genutzt, um einen vermeintlich privateren Raum der Kommunikation zu schaffen. Gleichzeitig dienen Social-Media-Dienste abseits der großen und reichweitenstarken Plattformen wie Facebook oder YouTube dazu, die eigene Propaganda möglichst störungsfrei verbreiten zu können. Gegenrede, aber auch ein konsequentes Vorgehen der Betreiber gegen Verstöße findet sich bei solchen Ausweichplattformen kaum. Eine mehrdimensionale Gegenstrategie aus rechtlichen Maßnahmen, medienpädagogischen und demokratiestärkenden Konzepten ist daher unabdingbar



Dr. Vera Dittmar

IFAK e.V.



Nina Glazova

IFAK e.V.

Frau **Dr. Vera Dittmar** hatte eine Juniorprofessur für Soziologie an der EvH Bochum und ist aktuell die wissenschaftliche Leitung für das Beratungsnetzwerk Grenzgänger in Kooperation mit dem Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Neben soziologischen und forschungsmethodischen Fragestellungen beschäftigt sich Frau Dr. Dittmar mit religiös begründetem Extremismus in islamistischer Ausprägung und reflektierte sowohl die theoretische Einordnung als auch die sozialarbeiterischen Handlungsmöglichkeiten anhand von Fallbeispielen.

Seit 2015 arbeitete Frau Dr. Dittmar parallel dazu beim Beratungsnetzwerk Grenzgänger als systemische Beraterin im Kontext des religiös begründeten Extremismus mit islamistischer Ausprägung.

Frau **Nina Glazova** ist psychologische Beraterin, Trainerin und systemische Traumatherapeutin. Sie hat therapeutisch im Aachener Psychosozialen Zentrum mit traumatisierten Flüchtlingen gearbeitet. Später war sie in der Gelsenkirchener Frauenberatungsstelle (Schwerpunkt Gewalt) als Psychologin und Traumatherapeutin tätig. Aktuell arbeitet Frau Glazova als Psychologin und systemische Traumatherapeutin im Kontext des religiös begründeten Extremismus mit islamistischem Hintergrund bei dem Beratungsnetzwerk Grenzgänger in Bochum.

Warum Deradikalisierungsarbeit systemisch sein muss

Radikalisierung mit islamistischer Ausrichtung betrifft sowohl die Primär Betroffenen (die sich in diese Richtung radikalisieren) als auch die Sekundär Betroffenen (deren soziales Umfeld sowie institutionelle Akteure z.B. aus schulischen Kontexten). Beide Zielgruppen können mit systemischer Beratung erreicht und unterstützt werden.

Die systemische Vorgehensweise des Beratungsnetzwerks Grenzgänger wird anhand von Fallbeispielen aus der Beratungspraxis dargestellt. Diese Reihe von Fallbeispielen mit unterschiedlichem Radikalisierungsgrad und Arbeitsaufwand ist auf Basis verschiedener Fälle aus der Praxis konstruiert.

Der Vortrag zeigt die Vorteile von systemischer Beratung im Kontext der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit. Der systemische Ansatz ist ein universelles Werkzeug, das mit anderen Beratungsansätzen u.a. aus den Bereichen Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie kombiniert werden kann.

Inhalte des Vortrags sind die Radikalisierung im islamistischen Kontext, Systemische Beratung mit Prinzipien und Werkzeugen sowie die Anwendung systemischer Beratung anhand von Fallbeispielen.

Das Projekt Grenzgänger arbeitet seit 2012 multiprofessionell im Auftrag des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Aktuelle Herausforderungen betreffen u.a. die Begleitung von Familien, die aus Syrien zurückkehren (Rückkehrer-Fälle).



Gernot Goldenbaum

Freie Universität Berlin

Gernot Goldenbaum, Freie Universität Berlin, Studiengangleiter & Koordinator

Demokratiepädagogische Schulentwicklung & soziale Kompetenz

Der Studiengang nimmt die Schule und andere Bildungseinrichtungen als Ort demokratischen Lernens in den Blick und vermittelt den Masterstudierenden Kompetenzen, die eine kooperative Entwicklung der Schule zu einem demokratischen Lebens- und Lernort ermöglichen. Im Mittelpunkt des anwendungsorientierten Curriculums steht die Auseinandersetzung mit der professionellen demokratiepädagogischen Entwicklung einer Schule und der Gestaltung von Lernarrangements zur Förderung sozialer Kompetenzen. Die Vorstellung des weiterbildenden Masterstudiengangs „Demokratiepädagogische Schulentwicklung und soziale Kompetenzen“ beinhaltet den besonderen Fokus auf die Modulinhalte der Förderung sozialer Kompetenzen (u.a. die wiss. evaluierten Präventionsprogramme Fairplayer.manual [Mobbing] und Medienhelden [Cybermobbing]). Die Studienziele und Inhalte bedienen hierbei einzigartig die laut Gesetzgeber im Rahmenlehrplan, Anhang B des Landes Berlin, geforderten fachübergreifenden Kompetenzen. Die angebotenen Lern-Lehrformate konzentrieren sich dabei nicht ausschließlich auf den Output von Schüler*innen, sondern vornehmlich auf den professionellen Impact der Lehrer, auch im Kontext der von der Senatsverwaltung Berlin geförderten Lehrerfortbildung. <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/v/masterstudiengang/>



Janina Hentschel

Stadt Augsburg

Janina Hentschel (M.A.) ist seit 2014 Projektleitung für die Urbane Konfliktprävention und Communities That Care (CTC) beim Büro für Kommunale Prävention, Stadt Augsburg. Sie absolvierte ihr Masterstudium in Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg. Ihre Forschungsabschlussarbeit schrieb sie über Potenziale von Raumpionieren für Urbane Sicherheit in einem südafrikanischen Township. Von 2009 bis 2010 war sie Juniorentwicklungsfachkraft für das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ in Namibia, der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz). Sie arbeitete als entwicklungspolitische Bildungsreferentin und ist zertifizierte Konfliktmoderatorin. Themenschwerpunkte: Urbane Sicherheit und Konflikte, integrierte Stadtentwicklung sowie CTC in Großstädten.

Raumintervention – Nutzungsvielfalt durch Beteiligung

Der Helmut-Haller-Platz in Augsburg-Oberhausen ist seit Jahrzehnten Treffpunkt für Menschen, die Alkohol und Drogen konsumieren. Dies führt unter anderem zu eingeschränktem Sicherheitsempfinden bei anderen Platznutzerinnen und -nutzern sowie Anwohnerinnen und Anwohnern des Platzes. Stadtweit ist das negative Image des Platzes eng mit dem des Stadtteils verbunden.

Die Stadt Augsburg hat sich mit einem raumbezogenen Gesamtkonzept auf den Weg gemacht gezielt die örtliche Nutzungsvielfalt zu fördern, um das Image des Platzes zu verbessern und unterschiedliche Nutzungsformen zu stärken. Die Maßnahmen reichen von der Installation einer Einrichtung für die Menschen mit Suchterkrankungen vor Ort bis hin zu verschiedenen Kultur- und Sportveranstaltungen und einem Gartenprojekt auf dem Platz.

Erklärtes Ziel ist es, durch die Beteiligung aktueller Nutzerinnen und Nutzer aus der Alkohol- und Drogenszene und neuer (potenzieller) Nutzerinnen und Nutzer den Platz und seine Wahrnehmung zu verbessern. Die Ergebnisse aus den unterschiedlichen Beteiligungsformaten fließen auch in einen Ideenpool für die Umgestaltung des Helmut-Haller-Platzes ein.

Der Projektpot beleuchtet Herausforderungen, Chancen und erste Erfolge im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Sicherheit und raumbezogenen Deutungsmustern. Partizipationsprozesse stehen im Mittelpunkt der Betrachtung.



Frank Buchheit

**Landeskriminalamt
Baden-Württemberg**



Stefan Kluger

**Landeskriminalamt
Baden-Württemberg**

Frank Buchheit studierte Erziehungswissenschaften und Kriminologie in Tübingen sowie Evaluation in Saarbrücken.

Er ist seit 2002 beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Referat Prävention beschäftigt. Hier liegen seine Schwerpunkte auf der Prävention politisch motivierter Kriminalität und der Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen.

Er war nebenberuflich an mehreren Forschungs- und Evaluationsvorhaben beteiligt und ist Sprecher des Arbeitskreises „Soziale Dienstleistungen“ der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V.

Erster Kriminalhauptkommissar **Stefan Kluger** begann 1979 bei der Polizei des Landes Baden-Württemberg. Seit 2016 ist er beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg im Referat Prävention beschäftigt. Sein Schwerpunkt liegt auf der Prävention politisch motivierter Kriminalität.

PMK-Prävention durch die Polizei Baden-Württemberg

Die Polizei Baden-Württemberg beteiligt sich aktiv an der Prävention politisch motivierter Kriminalität (PMK). Neben den etablierten gesellschaftlichen Akteuren (Nachrichtendienste, Demokratiezentren, Politische Bildung, Zivilgesellschaft etc.) wirft sie einen polizeispezifischen Blick auf das Kriminalitätsfeld. Das LKA stellt den polizeilichen Präventionsbeamten hierfür Präsentationsvorlagen zu allen Phänomenbereichen (PMK allgemein, rechts, links, religiöse, ausländische Ideologie) zur Verfügung, welche im ständigen Austausch mit Praktikern weiterentwickelt werden.

Ausgehend von der Rolle der Polizei und ihrer spezifischen Sichtweise auf PMK, wird das jeweilige Phänomen mit seinen speziellen Organisations- und Aktionsformen erläutert sowie die spezifischen Erkennungsmerkmale dargestellt. Präventionstipps sowie Hinweise auf das Präventions- und Beratungsnetzwerk runden den Vortrag ab. Die Vortragsfolien sind mit umfangreichen Informationen für Vortragende hinterlegt, beispielsweise zu Zielen, Inhalten, Kernaussagen sowie weiterführenden Informationen. Über einen "Roten Faden" wird die Einheitlichkeit der Präventionsaussagen gewährleistet; zusätzliche Folien erlauben es, den Beitrag an die Interessen der jeweiligen Zielgruppe anzupassen.

Der Projektspot stellt die Standardvorträge beispielhaft vor, beschreibt deren Einsatz und geht auf offene Fragen sowie Herausforderungen ein.



Gül Keskinler

**Bündnis Marokkanische Gemeinde e.V.
Landesverband NRW**



Omar Kuntich

**Bündnis Marokkanische Gemeinde e.V.
Landesverband NRW**

Im Dezember 2016 wurde der Verband „Bündnis Marokkanischer Gemeinde Landesverband NRW e.V.“ in Düsseldorf gegründet. Schätzungsweise leben 140.000 Menschen mit marokkanischen Wurzeln in Deutschland, die meisten in Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Gül Keskinler ist Projektmitarbeiterin. Sie ist Personal- und Organisationsentwicklerin und zuständig für interkulturelles Projektmanagement

Omar Kuntich ist Projektleiter im Modellprojekt „MANAR – aus Tradition tolerant“ und nimmt als Experte an der Deutschen Islamkonferenz (DIK) teil..

MANAR – aus Tradition tolerant

Das Modellprojekt „MANAR – aus Tradition tolerant“ wurde vom „Bündnis Marokkanische Gemeinde“ (BMG) e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen, konzipiert. Im Arabischen bedeutet Al-Manar „der Leuchtturm“.

Dieses Projekt nimmt im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen wichtigen Platz ein. In dem Themenfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ wird die Projektarbeit von September 2017 – Ende 2019 stattfinden. Das Projektteam ist interkulturell und interreligiös besetzt.

Die ehren- und hauptamtlichen MitarbeiterInnen des Projekts MANAR widmen sich mehrgleisig dem Thema religiös begründeter Extremismus. In fünf Modellregionen wurde die Arbeitsgruppe „Kontaktgruppe Präventionsarbeit“ (KGP) gegründet. Junge Menschen zwischen 14-30 Jahren werden befähigt als Multiplikatoren in den beteiligten Moscheegemeinden als Präventionsmitarbeiter ehrenamtlich zu arbeiten. Im Imam-Forum werden religiöse Autoritäten, Vorstände und interessierte Ehrenamtliche nicht nur über gesellschaftliche Themen geschult, sondern erarbeiten mit Wissenschaftlern aus den deutschen Hochschulen Freitagsgebete auf Deutsch.



Dr. Heidemarie Arnhold

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.



Iman El-Hussein

Arabische Elternunion e.V.



Saoussan Hamdan

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Dr. Heidemarie Arnhold, Vorstandsvorsitzende Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Iman El-Hussein, Gruppenleiterin Arabische Eltern Union e.V.

Saoussan Hamdan, ANE Redakteurin für mehrsprachige Elternmedien beim Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.; Projektleitung „Gewaltfreie Erziehung bei Eltern stärken“.

Gewaltfreie Erziehung bei Eltern stärken

Gewaltfreie Erziehung – Informationen für Eltern aus Kriegs- und Krisengebieten in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Kurdisch.

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. – ANE, Berlin

ANE stellt erste Medien zur Gewaltprävention in Familie, Kita und Schule für eingewanderte Eltern vor, die im Projektzeitraum 2017 – 2020 entstanden sind bzw. entstehen.

Gezeigt werden mehrsprachige Medien (Webdoku und Erklärvideos) und ihre Einsatzmöglichkeiten in Familienbildung, wie in Kita und Schule.

Über eine kultursensible und elternnahe Ansprache (Elternsprech) vermitteln sie wichtige Orientierungen zur Erziehungskultur, sowie den demokratischen Rechten von Kindern und Eltern und den Pflichten und Aufgaben der Eltern in Deutschland.

Die Medien werden partizipativ mit regionalen Migrantenorganisationen erarbeitet und von eingewanderten Eltern evaluiert.



Udo Fuchs

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH

Udo Fuchs, Jahrgang 1967, geboren in Achern, zwei Kinder. Ausbildung zum Koch (1984-1987), Studium zum Pädagogen M.A. mit den Nebenfächern Soziologie und Philosophie an der Uni Karlsruhe (1992-1998), Ausbildung zum Anti-Gewalt-Trainer bei Kompass 2015-2016. 20 Jahre Tätigkeit in der Offenen Jugendarbeit bei der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, vormals in der Ausbildungsbegleitenden Hilfe bei Lernen Fördern. Sechs Jahre Projekte im Übergang Schule-Beruf bei der Star Care Stiftung und als Berufseinstiegsbegleiter an der Altenburgschule in Stuttgart, 12 Jahre pädagogische Arbeit in Jugendhäusern. Langjährige erlebnispädagogische Praxis (Bogenschießtrainer). Vier Jahre Projektarbeit in der Jugendhilfe bei der Work and Box Company Stuttgart, davon zwei Jahre als Leitung. Seit 2012 Mitwirkung bei Outdoorprojekten mit männlichen Jugendlichen (Gorilla Walk) und für InsideOut bei den Nature Bounds mit yesidischen männlichen Flüchtlingen aus dem Sonderkontingent des Landes BW. Seit 2017 Fachberatung Gewaltprävention und Deeskalation, Referent für die STJG und externe Angebote. Aktuell Mitarbeiter auf einem Abenteuerspielplatz in Stuttgart. Seit Januar bei InsideOut in der Radikalisierungsprävention beschäftigt.

Empörung hilft nicht – Ein Praxisbericht

Aus vier Jahren Erfahrung mit der „Work and Box Company Stuttgart“ (2012-2016), einer Jugendhilfemaßnahme mit männlichen Schwellen- und Intensivtätern lassen sich wirkungsvolle Instrumente und Dynamiken benennen und ableiten. Dabei kommt es neben der zeitlichen Abfolge der Projektabschnitte – Selbstreflektion, Umgang mit den Taten und schließlich Orientierung nach Außen vor allem auf die Mischung der Aktivitäten an. Neben einem durchgängigen Sportprogramm und dem Boxtraining als therapeutisches Mittel sind handwerkliche Tätigkeiten, Biografie- und Zukunftsarbeit und das klassische Anti-Gewalt-Training Elemente der Tagesstruktur. Um Jugendliche wirklich mitzunehmen und positives Verhalten zu fördern, braucht es zuallererst eine gute Beziehungsarbeit, Klarheit und Offenheit. Hilfestellung mit Behörden, Schuldner- und Suchtberatung, Klärung der Wohnsituation und Arbeit am Verhältnis zu Eltern sind für fast alle Klienten große Hürden. Ein guter Draht zum Haus des Jugendrechts hat die Maßnahme gestärkt.

Konfrontation und Ressourcenorientierung sind die beiden Pole, die wechselseitig eingesetzt am häufigsten zum Erfolg in der Arbeit mit den Jugendlichen führen. Die dreidimensionale Familienmatrix aus der systemischen Arbeit und die Evolutionspädagogik haben das Konzept ergänzt. 60% der Teilnehmer konnten in geregelte Arbeit und somit in die eigene Unabhängigkeit entlassen werden.



Birgit Galley

**School GRC, School CIfoS der
Steinbeis-Hochschule Berlin**



Mascha Körner

Landeskriminalamt Niedersachsen



Prof. Dr. Holger Roll

**Fachhochschule für öffentliche Verwaltung,
Polizei und Rechtspflege**

Dipl.-Kffr., CFE **Birgit Galley** ist über 25 Jahre auf dem Gebiet der Korruptionsprüfung tätig. Seit 2004 verantwortet sie als Direktorin des Instituts für Kriminalistik (Steinbeis-Hochschule) die deutschlandweit einzigen, akkreditierten Masterstudiengänge zu Compliance, Wirtschaftskriminalität und Kriminalistik. Sie hat div. Aufsichtsratsmandate auch für das Land Berlin. 2 Jahre war sie Partner bei KPMG Forensik. Sie ist Gründerin des DICO – Deutsches Institut für Compliance e.V. und Mitglied der Ethikkommission des DFB sowie Mitglied im wiss. Programmausschuss des BMFB für „Forschung für die zivile Sicherheit“.

Als studierte Psychologin mit kriminologischem Schwerpunkt arbeitete **Mascha Körner** im BMBF-Projekt „Prävention und Intervention bei Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung (PRIMSA)“. Seit März 2018 ist sie beim LKA Niedersachsen tätig. Dort forscht sie als wissensch. Leiterin im BMBF-Projekt „Befragungsstandards für Deutschland (BEST)“ an polizeilichen Vernehmungsstandards. Parallel dazu promoviert sie über „Psychische Abhängigkeiten zwischen Tätern und Opfern im Bereich Menschenhandel/Zwangsprostitution“.

Der diplomierte Kriminalist studierte Kriminalistik an der Humboldt Universität zu Berlin. Seit 1992 ist an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern in der Lehre tätig. Seit 2012 ist **Prof. Dr. Holger Roll** als Lehrbeauftragter am Institut für Kriminalistik tätig und übernahm 2016 die wissenschaftliche Leitung für den Masterstudiengang Kriminalistik. Er arbeitete in zahlreichen Forschungsprojekten mit, zuletzt an der Untersuchung zum Dunkelfeld der Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern und ist Autor zahlreicher Fachpublikationen. Von 2003 bis 2012 war er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik e.V.

Befragungsstandards in Deutschland

Erfolgreiche Polizeiarbeit und damit wirksame Kriminalitätsbekämpfung setzt validiertes Handlungswerkzeug voraus. Eine zentrale Voraussetzung für die Verwertbarkeit von Personenbeweisen im Strafverfahren ist dabei die polizeiliche Vernehmung. Umso verwunderlicher scheint es, dass bundesweit bislang weder einheitlich standardisierte Befragungsmethoden noch strukturierte Abläufe im Vernehmungskontext existieren. Vielmehr liegt eine sehr heterogene Vernehmungspraxis vor, bei der vielerorts vor allem auf Erfahrungswerte gesetzt wird, ohne dabei kriminologische Ansätze bzw. methodische Analyse und Reflexion ausreichend einzubeziehen.

Mit dem Projektpot wird ein Einblick in aktuelle Untersuchungen des BMBF-geförderten Projekts ‚Befragungsstandards in Deutschland – BEST‘ gegeben, das über praxisnahe Forschung in und mit der Polizei den Versuch unternimmt, die bestehende Vernehmungspraxis hinsichtlich bewährter Methoden und Abläufe zu analysieren und zeitgleich auf ein kriminologisch-kriminalistisches Theoriegerüst zu stellen, um daraus bundesweit einheitliche Standards für die Befragungspraxis zu entwickeln. Der Vortrag wird zunächst den Status-quo polizeilicher Vernehmung in Aus- bzw. Fortbildung sowie beruflicher Praxis beleuchten, um anschließend daran orientiert mögliche rechtliche, organisatorische oder taktische Lücken aber auch bewährte Ansätze und Konzepte zu diskutieren.



Birgit Redlich

Georg-August-Universität Göttingen

Birgit Redlich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Sie forscht u.a. zur politischen Bildung im Grundschulalter und arbeitet im Projekt "Göttinger Kinderdemokratie", in dem sie auch Fortbildungen zu Teilhabe und Demokratiebildung in der Grundschule gibt.

Die Göttinger Kinderdemokratie – Teilhabe von Anfang an

Das Ziel des Projektes Göttinger Kinderdemokratie ist die nachhaltige Etablierung von Demokratiebildung, einer demokratischen Kultur und damit verbundenen Partizipationsmöglichkeiten an Grundschulen. Es wird versucht den langen Prozess demokratischer Teilhabe Stück für Stück aufzubrechen. Denn nur wenn Kinder sich ihrer eigenen Meinung und Bedürfnisse, aber auch der Tatsache, dass diese anderen entgegenstehen können, bewusst sind, können sie mitreden und sich politisch einbringen. Das Institut für Demokratieforschung erforscht dabei beispielsweise, ob Kinder Mehrheitsentscheide für gerecht halten, aber auch welche Fortbildungsbedingungen für MultiplikatorInnen sich günstig auf die Demokratiebildung auswirken. Aus der Forschung entwickelt es praktische Formate wie ein Planspiel, ein stationäres Lernen, Fortbildungen für MultiplikatorInnen oder Arbeitsblätter mit pädagogischen Hinweisen für Lehrkräfte. Damit bildet das Institut eine Schnittstelle zwischen pädagogischer Praxis, Forschung und der Öffentlichkeit. Die altersgerecht aufgearbeiteten demokratiedidaktischen Maßnahmen haben dabei unterschiedliche thematische Schwerpunkte wie z.B. Meinung, Vertretung oder Kinderrechte, wobei das Projektziel immer ist Demokratie für Grundschul Kinder erlebbar zu machen.



Birte Peter

WEISSER RING e.V.

Birte Peter

- Dipl. Pädagogin und Soziologin M.A.,
- seit 2016 Leiterin der WEISSER RING Akademie,
- Schwerpunkte der Arbeit: Weiterentwicklung und Überarbeitung des bestehenden Seminarangebotes, Entwicklung neuer Seminarangebote unter Berücksichtigung der Bedarfe im Verein, Aus- und Weiterbildung der Referentinnen und Referenten, Aufbau eines bedarfsorientierten Seminarangebotes für externe Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Professionelle Opferhilfe – das will gelernt sein!

In der Betreuung und Unterstützung von Kriminalitätsoptionen haben wir jahrzehntelange Erfahrung. Dieses Fachwissen und die Expertise geben wir in unserem umfangreichen Aus- und Weiterbildungsprogramm der WEISSEN RING Akademie weiter.

Die Arbeit mit Opfern von Straftaten ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, wir geben unseren MitarbeiterInnen das notwendige Rüstzeug. Praktische Einarbeitung und umfangreiche Aus- und Weiterbildung bereiten die ehrenamtlichen HelferInnen auf die konkrete Opferarbeit vor und sichern die Qualitätsstandards des WEISSEN RINGS. Jährlich nehmen ca. 2000 ehrenamtliche Mitarbeiter an rund 100 Seminaren teil.

Nach der umfangreichen Grundausbildung können einzelne, bereits gelernte Themenfelder weiter vertieft werden, wie z.B. zum Opferentschädigungsgesetz und in Gesprächsführung oder es können spezielle Kenntnisse zu bestimmten Opfergruppen erworben werden, wie z.B. Häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch von Kindern oder Stalking.

Das Feld der Kriminalprävention wird in allen Seminaren thematisiert, um die HelferInnen zu befähigen, erneute Viktimisierung durch individuelle auf die Straftat hin zugeschnittene Präventionstipps vorzubeugen.

Ob Anwälte, Polizisten, Psychologen oder Sozialarbeiter – Berufsgruppen die immer wieder mit Opfern von Straftaten zu tun haben, bereiten wir auf diese sensible Aufgabe mit unserem externen Schulungsprogramm vor.



Stefanie Fächner

**Landeszentrale für Medien und
Kommunikation Rheinland-Pfalz**

Stefanie Fächner ist Referentin bei der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland Pfalz und arbeitet im Projekt SELMA (www.hackinghate.eu) sowie bei der EU-Initiative klicksafe (www.klicksafe.de).

Hacking Hate? Wie Hass mit dem SELMA-Toolkit zerlegt wird

Hassrede ist ein zunehmendes, gesamtgesellschaftliches Phänomen im Internet. Fast alle Internetnutzer haben online schon Hate Speech-Kommentare gesehen, doch nur wenige wissen, wie man dem Problem entgegenzutreten und Hass „hacken“ kann.

Das EU-Projekt SELMA (Social and Emotional Learning for Mutual Awareness) adressiert das Thema Hassrede im Netz auf interdisziplinäre Weise mit einem ganzheitlichen Ansatz, der Lehrende, Schülerinnen und Schüler sowie deren Peers, Eltern und andere Multiplikatoren aus den Bereichen Bildung, Politik, Internetwirtschaft und Zivilgesellschaft in den Blick nimmt. Ziel des Projektes ist es, gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Respekt in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zu fördern. Zu den Projektaktivitäten gehört u.a. die Erstellung eines SELMA-Toolkits für den schulischen und außerschulischen Einsatz, der im Rahmen des Projektspots vorgestellt werden soll.

Weitere Informationen zum Projekt auf: www.hackinghate.eu
Deutscher Partner im SELMA-Konsortium ist die LMK, Koordinator der EU-Initiative klicksafe. Das Projekt wird gefördert vom Rights, Equality and Citizenship Programme (2014-2020) der Europäischen Union.



Sarah Blume

**Verein für soziale Rechtspflege
Dresden e.V.**



Michael Kittler

**Verein für soziale Rechtspflege
Dresden e.V.**



Julia Milán

**Verein für soziale Rechtspflege
Dresden e. V.**

Sarah Blume ist staatlich anerkannte Sozialpädagogin (FH) und hat 2015 ihr Masterstudium beendet. Seit 2012 arbeitet sie im Projekt HEIMSPIEL.

Michael Kittler hat nach seinem Studium der Sozialpädagogik (BA) als Betreuungshelfer bei der AWO Bautzen gearbeitet. Seit 2011 ist er Mitarbeiter im Projekt HEIMSPIEL.

Julia Milán ist seit 2011 Mitarbeiterin im Projekt HEIMSPIEL. Zuvor hat sie ein Kunsttherapiestudium (FH) in den Niederlanden abgeschlossen und 2015 ein berufsbegleitendes Psychologiestudium (B.Sc.) beendet.

Sarah Blume, Michael Kittler und Julia Milán sind seit dem Projektbeginn mit der inhaltlichen bzw. konzeptionellen Ausgestaltung des Projekts HEIMSPIEL betraut. Im Vordergrund steht dabei die sozialpädagogische Betreuung und Beratung der jungen Männer unter Einbezug der jeweiligen Lebenswelt.

Die Exklusivität dieses Betreuungsansatzes und die Frage nach dessen Mehrwert für junge Menschen veranlasste die Mitarbeiter_innen sowohl qualitatives wie auch quantitatives Datenmaterial zu erheben und auszuwerten. Die Evaluationsergebnisse veröffentlichte der VSR Dresden e.V. 2018 in der Broschüre: Projekt HEIMSPIEL. Wo Inhaftierung endet und Freiheit beginnt/ Übergangseinrichtung für inhaftierte junge Männer. Diese steht als Download auf der Homepage www.vsr-dresden.de zur Verfügung.

Das Projekt HEIMSPIEL als vollzugs- öffnende Maßnahme

HEIMSPIEL ist ein Wohnprojekt für jugendliche, heranwachsende und junge Männer, die für die letzten (max. sechs) Monate der Haftstrafe im Rahmen eines Langzeitausganges (u.a. §19 SächsJStVollzG) ihre Entlassung, wohnortnah und mithilfe sozialpädagogischer Begleitung in Dresden, vorbereiten.

Die praktische Arbeit begann im Oktober 2011. Seitdem nutzten 52 junge Männer die Gelegenheit, vorzeitig entlassungsrelevante Themen zu bearbeiten und erhielten für das Leben nach der Haft die Chance den Boden unter ihren Füßen zu ebnen. Dabei wurden sie dazu herausgefordert, einhergehende Rückschläge oder krisenbehaftete Erlebnisse zu verarbeiten bzw. neue, andere, gelingendere Wege in der Alltags- und Lebensbewältigung zu entwickeln.

Dieser Vortrag präsentiert HEIMSPIEL in seiner inhaltlichen Ausgestaltung und vor dem Hintergrund der Evaluationsergebnisse aus den Projektverläufen der Jahre 2012-2018. Das Evaluationsdesign verbindet quantitative wie auch qualitative Daten und ermöglicht mithilfe der subjektiven Einschätzungen der Projektteilnehmer einen umfassenden Einblick in die bisherige Projektumsetzung.

Der Vortrag bietet einen Impuls zur Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten vollzugsöffnender Maßnahmen und verdeutlicht die Chancen und Grenzen eines Projektes im Spannungsfeld zwischen einer bedürfnisorientierten Perspektive und einem zunehmend risikoorientierten Strafvollzug.



Alexandra Korn

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)



Caroline von der Heyden

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Alexandra Korn ist seit September 2017 als Junior Research Fellow im Bereich der Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention am Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) tätig. Dort ist sie in dem vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekt „Integration auf Augenhöhe – Wertediskurs von Geflüchteten für Geflüchtete“ für das Projektmanagement zuständig. Derzeit absolviert sie ihr Masterstudium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam.

Dr. Caroline von der Heyden ist Kriminologin mit wirtschaftswissenschaftlichem Hintergrund. Seit 2014 ist sie als Senior Research Fellow am Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) in Potsdam, wo sie im Rahmen der vom BMBF geförderten Unterstützungsmaßnahme BERKoS zur Vernetzung von Akteuren der zivilen Sicherheit aus Forschung und Entwicklung, Wirtschaft/Industrie, Politik und Endnutzern im Zusammenhang mit europäischen Forschungsrahmenprogrammen beiträgt (www.fit4sec.de). In dem vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekt „Integration auf Augenhöhe – Wertediskurs für Geflüchtete durch Geflüchtete“ unterstützt sie das Projektmanagement und die Evaluation.

Integration auf Augenhöhe

Das durch „Demokratie leben!“ geförderte Modellprojekt „Integration auf Augenhöhe – Wertediskurs von Geflüchteten für Geflüchtete“ hat einen emphatischen Wertediskurs zum Ziel. Dazu wird eine Dialogplattform auf Augenhöhe geschaffen, auf welcher das interkulturelle Zusammenleben auf Basis von Werten umfassend, verständlich und praktikabel thematisiert werden kann. Geflüchtete werden dazu angeregt und dabei unterstützt, sich nachhaltig in die freiheitlich-demokratische Werteordnung zu integrieren. Dafür werden bereits integrierte Geflüchtete (Peers) als Wissens- und Erfahrungsvermittler*innen (Kulturvermittler*innen) weitergebildet (Empowerment). Gleichzeitig leistet das Projekt in seiner Eigenschaft als demokratiefördernde Maßnahme auch einen Beitrag zur Prävention von Radikalisierung. Rassismus, Antisemitismus und Extremismus sind Beispiele der Themen, die Gegenstand des Projekts sind.

Das Projekt „Augenhöhe“ wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Modellbereich Radikalisierungsprävention, Islamistische Orientierungen und Handlungen.



Jennifer Williams

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Jennifer Williams

- Polizeioberkommissarin aus Berlin
- Seit 2017 Referentin für polizeiliche Gewaltprävention bei der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Fachgebiet: Gewalt gegen Staatsbedienstete
- Zusatzqualifikationen: Mediation, Gewaltfreie Kommunikation

Zeit, einfach mal Danke zu sagen!

Die Gewalt gegen Staatsbedienstete nimmt stetig zu. Hinter jedem staatlichen Auftrag, der von den Bediensteten durchgeführt wird, verbirgt sich nicht nur eine Vertreterin oder ein Vertreter staatlicher Institutionen, sondern eben auch ein Mensch, dem Respekt und Achtung entgegengebracht werden sollte.

Der gesellschaftlichen Tendenz, die zunehmend eine ablehnende Haltung gegen staatliche Einsatz- und Dienstkräfte vermuten lässt, soll deutlich entgegengetreten werden. Deshalb sind gezielte präventive Maßnahmen wichtig. Als Teil der langjährig angelegten Kampagne „Respekt? Ja, Bitte!“ ging im November 2017 die Kampagne „Zeit, einfach mal Danke zu sagen!“ an den Start. Durch Aufklärung und Information über Aufgaben, Leistungen und Herausforderungen sollen Respekt und Empathie der Bürgerinnen und Bürger für die Dienst-, Einsatz- und Lehrkräfte erzeugt bzw. erhöht werden.

Der Projektspot wird die Vorstellung der Kampagne beinhalten und einen Ausblick auf zukünftige Projektideen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt geben. Neben den schon zahlreich vorhandenen präventiven Angeboten in Aus- und Fortbildung und Hilfsangeboten nach Gewaltvorfällen muss über Regelangebote in der alltäglichen Arbeit nachgedacht werden. Hier gilt es Ressourcen zu stärken, die Handlungsfähigkeit in Gewaltsituationen zu erweitern und die Zusammenarbeit in Teams zu fördern.



Gesa Stückmann

Prävention 2.0 e.V.

Gesa Stückmann, geboren in Düsseldorf, ist seit 1996 selbstständige Anwältin in Rostock. Seit 2007 bearbeitet sie Fälle von Cybermobbing und hält daneben ehrenamtlich Vorträge an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen. Für ihr Engagement erhielt sie 2011 den Landespräventionspreis Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2013 wurden die Vorträge vor Ort allmählich durch interaktive Live-Webinare (Online-Seminare) ersetzt. Im Sommer 2018 wurde ihr der EMOTION Award in der Kategorie „Soziale Werte“ verliehen.

Cybermobbing, Sexting u.a. – Prävention und Netzwerke

Sind Cybermobbing, Sexting u.ä. Themen an Ihrer Schule? Suchen Sie Mitstreiter zum Thema Medienkompetenz Ihrer Schüler? Das Projekt „Law4school“ (<https://law4school.de>) sensibilisiert bundesweit Schüler, Eltern, Lehrer in rechtlicher Hinsicht zu den Themen Cybermobbing, Sexting u.a. via Live-Webinar – von 2014 bis 2018 in rund 1.000 Webinaren mit ca. 60.000 Teilnehmern bundesweit. Dabei kann das Projekt nur ein Baustein sein, auf dem Weg zur nachhaltigen Vermittlung von Medienkompetenz und Prävention von Cybermobbing. Haben Sie schon einmal daran gedacht Ihre Schüler in Ihr Medienkompetenzkonzept als Mitstreiter aufzunehmen? Der Verein Prävention 2.0 e.V. hat ein bundesweites Netzwerk zum Ziel und stellt Ihnen die bereits erreichten Schritte vor. Vielleicht werden Sie oder Ihre Organisation auch Teil dieses Netzwerkes?



Alexandra Göpel

Drudel 11 e.V.

Alexandra Göpel studierte Rechtswissenschaften an der FSU Jena im Schwerpunkt Kriminalwissenschaften und Jugendstrafrecht. Bereits vor Abschluss ihres zweiten Staatsexamens (2011), begann sie ihre Laufbahn bei dem Jenaer Verein Drudel 11 e.V. als Trainerin im „Thüringer Trainings- und Bildungsprogramm“ (2009). Seither arbeitete sie als Referentin, Trainerin und Beraterin in zahlreichen Projekten im Bereich Rechtsextremismusprävention und leitete zuletzt verschiedene in diesem Themenbereich angesiedelte Projekte – beispielsweise das „Bildungsprogramm OBJEKTIV“ und das „Thüringer Trainings- und Bildungsprogramm“. Frau Göpel ist seit 2012 im Vorstand von Drudel 11 e.V. Seit 2017 leitet und koordiniert sie das Modellprojekt „Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug“ – ein thüringenweites Präventions- und Deradikalisierungsprogramm für den Strafvollzug und die Bewährungshilfe.

Demokratieförderung in der Deradikalisierungsarbeit

Der Kontext Strafvollzug stellt durch seinen begrenzten Sozialraum und hierarchische Strukturen unter den Inhaftierten einen Nährboden für radikales Gedankengut und die Organisation in radikalen Gruppen dar. Personen können hier leichter mit extremistischen Ideologien in Kontakt kommen oder radikale Strukturen nutzen, um ihre eigene Position unter den Mitinsassen zu erhöhen. Aus einer aktuellen Studie des kriminologischen Dienstes Thüringen geht hervor, dass über die Hälfte der in Thüringen inhaftierten Personen dem Nationalsozialismus zustimmend gegenüberstehen.

Das Modellprojekt „Zentrum Deradikalisierung im Thüringer Strafvollzug“ bietet seit 2017 diverse Maßnahmen zur Deradikalisierungsarbeit und Radikalisierungsprävention im Thüringer Strafvollzug an. In den Phänomenbereichen Rechts extremismus und Islamismus umfasst die Hauptzielgruppe radikalisierte und radikalierungsgefährdete Straftäter*innen in Haft und in der Bewährungshilfe. Zur Förderung des demokratischen Grundverständnisses von Inhaftierten, bietet das Projekt Workshops und Gruppenmaßnahmen an Thüringer Haftanstalten an. Im Projektpot sollen Arbeitsweisen und methodisches Vorgehen bei der Demokratieförderung bei radikalierungsgefährdeten Straftäter*innen beleuchtet und ein Einblick in den ganzheitlichen Beratungsansatz des Projektes gegeben werden.



Claire Horst

Stiftung SPI



Aylin Karadeniz

Stiftung SPI

Claire Horst: Studium 1) Neuere deutsche Literaturwissenschaft, Englische Philologie, Philosophie (Magister Artium) sowie 2) Biografisches und kreatives Schreiben (Master of Arts); Mitarbeiterin der Projekte „Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung“ und „Erzählt und zugehört! Lebensgeschichten im Dialog“ der Stiftung SPI, zuvor Tätigkeiten als Bildungsreferentin u.a. der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg und der Linken Medienakademie Berlin, als Dozentin u.a. VHS Neukölln, Seowon-Universität Cheongju/Südkorea, Türkischer Bund Berlin-Brandenburg sowie als freie Trainerin der politischen Bildungsarbeit und als freie Autorin (Schwerpunkte diskriminierungssensibles Schreiben, akademisches Schreiben, Antidiskriminierung, Deutsch als Fremdsprache).

Aylin Karadeniz: Studium der Politikwissenschaft und Kommunikations- und Medienwissenschaft (Magister Artium, Universität Leipzig) und Internationale Beziehungen (Kocaeli Universität, Türkei); Mitarbeiterin der Projekte „Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung“ und „Erzählt und zugehört! Lebensgeschichten im Dialog“ der Stiftung SPI; Weiterbildung in den Grundlagen der systemischen Beratung (gsub Projektegesellschaft mbH) sowie Qualifizierungsprogramm TP2-Talentpool mit Schwerpunkt Dokumentarfilm (Tradewind Pictures GmbH).

Biografische Ansätze in der politischen Bildungsarbeit

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist vielfältigen Veränderungen unterworfen: Zu DDR-Zeiten ein begehrtes Wohngebiet mit modernen Wohnungen, ist der Bezirk heute ein Zuwanderungsgebiet für Menschen, die sich die Mieten in anderen Stadtteilen nicht mehr leisten können. Beim Durchschnittsalter und Bezug staatlicher Leistungen liegt Marzahn-Hellersdorf über dem Berliner Mittelwert. Die Wahlbeteiligung ist gering, die „Volksparteien“ SPD und CDU erreichten bei der letzten Bundestagswahl nur noch 14,5 bzw. 20,9 % der Zweitstimmen, zweitstärkste Partei wurde die AfD mit 21,6%. Dies sind Anzeichen dafür, dass ein Teil der Bevölkerung sich von den etablierten Parteien nicht vertreten fühlt und für rechtspopulistische Argumentationen empfänglich ist. Vor diesem Hintergrund entwickelt das Projekt neue Formate der politischen Bildung: Es soll die Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensgeschichte und gesellschaftspolitischen Sozialisation fördern, die Anerkennung nachholen und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit stärken. Durch eine ressourcenorientierte Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit sollen Kompetenzen für die zukünftige Gestaltung des eigenen Lebens freigelegt werden. Denn dies ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen sich (wieder) als handlungsfähig und als Teil der Gemeinschaft empfinden – und damit eine wichtige Grundlage funktionierender Demokratien.



Heike Knechtel

**Doping-Opfer-Hilfverein e.V.
(DOH e.V.)**

Kurzporträt **Heike Knechtel**, Leipzig, DOH e.V.

- Jahrgang 1963
- 1976-1978 Kinder- und Jugendsportschule (KJS) des SC DHfK Leipzig
- Leichtathletik-Mittelstrecke
- Magister der Erziehungswissenschaften und Sozialen Verhaltenswissenschaften
- Arbeitsverhältnis als Geschäftsführerin eines Sozialen Beratungszentrums beendet seit Mai 2017 wegen „Voller Erwerbsminderung auf Dauer“
- Mehr als 20 Operationen vor allem im gynäkologischem Bereich, u.a. Brustkrebserkrankung 2003
- Kausaler Zusammenhang der Vergabe anaboler Steroide im Alter von 13 bis 15 Jahren und der schwerwiegenden Erkrankungen wird bescheinigt – ist anerkanntes Dopingopfer
- Mitglied im Vorstand und Präventionsbeauftragte des DOH e.V.

„Erfahrung als Botschaft“

Die Referenten, als anerkannte Dopingopfer des geheimen Staatsplanthemas 14.24 und damit Zwangsstaatsdopingsystems der DDR, machen auch mit Ihrer Leidensgeschichte deutlich, dass junge Menschen und SportlerInnen in einem rechtsstaatlichen und demokratischen System die Verantwortung für Ihren Körper selber übernehmen können und dem Druck idealisierter Körper und Selbstoptimierungsprozesse aus der Gesellschaft ein „NEIN“ entgegensetzen könnten.

Die Präventionsarbeit des DOH e.V. richtet sich an SchülerInnengruppen, SportlerInnen, TrainerInnen und Elterngruppen sowie Sportorganisationen und zeigt deutlich, dass in einer demokratischen Grundordnung solche Folgeschäden, wie die des DDR-Leistungssports in Folge der Praktiken, die nur in einem totalitären Regime möglich sind, in der Selbstverantwortung bleiben können. Durch das Aufzeigen persönlicher Folgeschäden, Ihrer Größenordnungen und in Ihrer Spät- und Langfristigkeit, aber auch des Aufzeigens heutiger Drucksituationen soll das Dilemma des Einzelnen aufgezeigt und die heute mögliche Selbstverantwortung für den eigenen Körper deutlich gemacht werden. So werden Verstand und Emotion in unseren Vorträgen angesprochen, um eigenverantwortliche Lösungswege in einem demokratischen System finden zu können.



Martin Länge

Polizeipräsidium Reutlingen



Marion Schrade

Reutlinger Generalanzeiger

Kriminalhauptkommissar **Martin Länge** arbeitet beim Polizeipräsidium Reutlingen im Referat Prävention unter anderem in den Schwerpunktgebieten politisch motivierte Kriminalität sowie Sicherheit im öffentlichen Raum.

Die Journalistin **Marion Schrade** ist langjährige Redakteurin beim Reutlinger Generalanzeiger und Mitglied der Projektleitung von "Zeitung macht Schule".

Medienkompetenz und Glaubwürdigkeit vs. Fake News im Netz

Menschen informieren sich nur noch bedingt über die Tageszeitung oder die täglichen Nachrichten. Die verfügbaren Alternativen sind nahezu unüberschaubar und spielen im Alltag eine herausragende Rolle. Wer Nachrichten konsumieren oder selbst verbreiten will, kann das überall und jederzeit tun – das Internet hat nie Redaktionsschluss und macht jeden zum Autor. Die Risiken sind bekannt: Auch Beiträge mit unwahrem, menschenverachtendem oder strafbarem Inhalt werden unkritisch kommentiert und weitergeleitet. Das vom Regierungspräsidium Tübingen unterstützte Projekt „Zeitung macht Schule“ des Reutlinger General-Anzeigers greift aktuelle Entwicklungen wie diese auf, um die Rolle der klassischen Tageszeitung als Teil eines demokratischen Systems ins Bewusstsein zu rücken. Wie entsteht eine professionelle Nachricht? Aus welchen Quellen erhält man vertrauenswürdige Informationen? Warum lohnt es sich, angebliche Sachverhalte kritisch aus verschiedenen Perspektiven zu hinterfragen? Diese Fragen beantworten die projektbegleitenden Redakteure Schülern und begleiten sie bei ersten journalistischen Versuchen in der Praxis von der Recherche übers Verfassen eines Artikels bis hin zu dessen Veröffentlichung auf Sonderseiten in der Printausgabe als auch im Online-Bereich. Der Vortrag stellt die Einbindung kriminalpräventiver Themen und Projekte sowie deren Wirkungsweise in den Mittelpunkt.



Susan Vogel

**Evangelische Hochschule Berlin/
Fachhochschule Potsdam**

Susan Vogel, Volljuristin und Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH), ist hauptberuflich Gastdozentin für Recht und Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Berlin und nebenberuflich akademische Mitarbeiterin am Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften der Fachhochschule Potsdam.

HaftFrei(e)Zeit – Hochschulprojekt Berlin-Brandenburg

Studierende des Bachelorstudiengangs der Sozialen Arbeit der Fachhochschule Potsdam (FHP) bieten unter der Leitung von Susan Vogel seit 14 Jahren soziale Gruppenarbeit (soziale bzw. freizeitpädagogische Trainingskurse) im Berliner und Brandenburger Justizvollzug an. Das von Susan Vogel und Prof. Dr. Gerhard Nothacker 2005 an der FHP entwickelte Hochschultransferprojekt (Anwendungsforschung) wurde 2018 auch an der Evangelischen Hochschule Berlin eingeführt. Die studentischen Gruppenangebote finden regelmäßig im geschlossenen Jugend-, Frauen- und Männervollzug und in der Berliner Einrichtung zum Vollzug der Sicherungsverwahrung statt. Die Gruppen setzen sich aus bis zu 12 Insassen und 3 studentischen Kursleitern zusammen. Von studentischen Haftgruppen profitieren beide Seiten – Studierende und Insassen. Die Studierenden erweitern Wissen, Handlungskompetenz, Einstellung und Verhalten in Bezug auf die Soziale Arbeit mit straffällig gewordenen Menschen im geschlossenen Setting. Das niedrigschwellige tertiäre Präventionsprojekt ist zugleich ein Baustein im Resozialisierungsprozess und dient den Insassen als willkommene Abwechslung im Haftalltag. Bei beiden Kursangeboten wird in 10 Sitzungen theoretisches und praktisches Wissen vermittelt, wobei es beim sozialen Training um die Stärkung sozialer Kompetenzen und beim freizeitpädagogischen Angebot um praktische Alltagsgestaltung geht.



Valeria Haupt

Caritas-Sozialwerk Lohne (CSW)



Harald Nienaber

Polizeiinspektion Cloppenburg/ Vechta

Valeria Haupt, Caritas-Sozialwerk Lohne (CSW), CSW-Projektmitarbeiterin

Harald Nienaber, Polizeiinspektion Cloppenburg/ Vechta, Koordinator Prävention

Jugendliche gegen Extremismus und Vorurteile stärken

Das Sondervorhaben des BMFSFJ "Jugendsozialarbeit an Schulen – Respekt Coaches" ist ein Programm, um Jugendliche gegen religiös begründeten Extremismus zu stärken. Um junge Menschen vor einer Radikalisierung zu schützen, müssen primär-präventive Maßnahmen an ihrem Lebensort angeboten werden. Eine ganzheitliche Präventionsstrategie kann nur vor Ort in Zusammenarbeit von Schule, Vereinen, Kommunen und weiteren Akteuren erfolgreich funktionieren. Diesen Vorgaben folgend wurde in Cloppenburg eine der ersten Kooperationen in Niedersachsen zwischen Polizei, Jugendsozialarbeit und Schulen (Oberschule, Gymnasium und Berufsbildende Schule) in diesem Rahmen geschlossen. Von den Kooperationspartnern werden primärpräventive Maßnahmen in Schulen organisiert und durchgeführt. Zielsetzung ist, junge Menschen durch objektive Informationen vor den Gefahren religiös begründeter Radikalisierung zu schützen und sie in ihrer Persönlichkeit zu stärken. In Workshops, Fachvorträgen und Diskussionsrunden wird Wissen vermittelt und mit den Schülerinnen und Schülern Inhalte beleuchtet. Dies geschieht unter anderem durch Aufklärungsvorträge seitens des Verfassungsschutzes Niedersachsen, sowie durch Theaterstücke und Kinofilme für den begleitenden pädagogischen Einsatz im Unterricht.



Winnie Plha

Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Winnie Plha; M.A. Soziokulturelle Studien; Projektmanagement bei der Denkzeit-Gesellschaft; freie Dozentin an der MSB Medical School Berlin, fachliche Schwerpunkte: Gewalt, Delinquenz, Radikalisierung(sprävention), psychoanalytische Pädagogik, pädagogische Diagnostik; Krisentheorie und Intervention; Zusatzqualifikationen: Denkzeit-Training, Blickwechsel-Training, pädagogische Interaktionsdiagnostik, Coaching.

RADIKAL HOMOPHOB! Eine psychoanalytisch-pädagogische Perspektive

Die Anzahl verbaler und körperlicher Übergriffe überwiegend junger Männer auf homo- und transsexuelle Menschen nimmt zu. Dies betrifft in Berlin vor allem Bezirke wie Schöneberg, in denen verschiedene Lebensstile aufeinandertreffen. Welche individuellen Motive diesen Zusammenstößen zugrunde liegen, ist noch nicht ausreichend erforscht.

Als Freier Träger der Jugendhilfe ist die Denkzeit-Gesellschaft seit 16 Jahren mit verschiedenen psychodynamisch fundierten, pädagogischen Programmen erfolgreich im Bereich der Delinquenzprävention tätig. Im Umgang mit aggressiv- und verhaltensauffälligen jungen Menschen zeichnen sich in vielen Fällen homophobe Tendenzen ab. Nicht selten sind Gespräche rund um das Thema durch eine hohe Affektivität gekennzeichnet. Ähnlich wie bei radikalisierten Klienten beobachten wir eine strikte Abgrenzung, Abwertung, teilweise auch Entmenschlichung, sowie Hassphantasien und Vernichtungswünsche gegenüber entsprechenden Personengruppen. Meist basieren diese Haltungen auf spezifischen innerpsychischen und interpersonellen Einschränkungen wie einem instabilen Selbstwertgefühl, einer defizitären Gewissensbildung oder Problemen in der Affektsteuerung.

Im Projektspot werden Zusammenhänge zwischen Homophobie, Gewalt und Radikalisierung thematisiert und das Blickwechsel-Training vorgestellt, mit dem menschenfeindliche Haltungen gezielt bearbeitet werden können.



Brigitta Brüning-Bibo

WEISSER RING Stiftung

Brigitta Brüning-Bibo war in leitender Funktion im eigenen Unternehmen der Film- und Fernsehproduktion mehr als 30 Jahre tätig. Ergänzend dazu hatte sie eine beratende Funktion bei der Entwicklung, dem Aufbau und Betrieb des Regionalsenders Rhein-Main TV inne.

Seit 2014 ist Brigitta Brüning-Bibo als Stiftungsmanagerin für die WEISSER RING Stiftung tätig.

Projekt: NO STALK – Stalking Tagebuch App

Es gibt eine hohe Dunkelziffer von Stalking-Opfern. Aber nur wenige – etwa 3 Prozent – zeigen den Stalker an. Warum? Stalking-Opfer wissen oft nicht, wie sie gegen ihre Peiniger vorgehen können.

Die App NO STALK der WEISSER RING Stiftung gibt Betroffenen ein Mittel an die Hand, um aktiv gegen Täter vorzugehen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Anzeige ist eine lückenlose Dokumentation. Mit einer App kann diese erstmals direkt und unmittelbar erfolgen. Funktionen wie Fotos, Videos, Audio-Aufnahmen und Screenshots werden sofort verschlüsselt auf einen sicheren Server übertragen. Dort sind sie geschützt vor fremden Zugriffen und stehen abrufbereit für Polizei und Staatsanwaltschaft zur Verfügung. Eine begleitende Webseite bietet allgemeine Infos und Tipps zur Selbsthilfe und Prävention. Das Opfer kommt mit Hilfe der App aus der Passivrolle heraus, kann aktiv Beweise sichern und vertrauensvoll zur Polizei gehen. Gleichzeitig werden potentielle Täter abgeschreckt und das Thema Stalking im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert. Die Projektidee wurde bei der bundesweiten „Google.org Impact Challenge“ zum Leuchtturm-Finalist gekürt.

Im Projektspot werden das Projekt und die App-Funktionen vorgestellt und ein Ausblick auf potentielle Auswirkungen auf das gesellschaftliche Kriminalitätsbewusstsein gegeben.



Lars Schäfer

ifgg – Institut für genderreflektierte
Gewaltprävention gGmbH



Uli Streib-Brzic

ifgg – Institut für genderreflektierte
Gewaltprävention gGmbH

Lars Schäfer und Uli Streib-Brzic, Geschäftsführer_innen des Berliner Instituts für genderreflektierte Gewaltprävention, haben das Projekt Präfix R – Coaching für Eltern in Haft 2015 entwickelt. Mittlerweile wird das Angebot in mehreren Haftanstalten sowohl in Brandenburg als auch in Berlin durchgeführt.

Lars Schäfer ist Diplom-Pädagoge, Mediator, TESSYA-Antigewalttrainer und -ausbilder, Systemischer Supervisor und Organisationsentwickler (SG).

Uli Streib-Brzic ist Dipl.-Soziologin, Mediatorin, TESSYA-Antigewalttrainerin und -ausbilderin, Systemische Therapeutin und Beraterin (SG).

Präfix R-Coaching für Eltern in Haft

Das Präfix R – Coaching richtet sich an Väter und Mütter, die in Haft sind sowie deren Angehörige. Das systemisch-lösungsorientiert ausgerichtetes Coachingangebot hat das Ziel, die Eltern in ihren Erziehungskompetenzen zu stärken und mit ihnen gemeinsam Wege zu suchen, wie sie – gerade auch in der Zeit ihrer Inhaftierung – eine verbindliche und verantwortungsvolle Beziehung zu ihrem Kind gestalten können. Für Eltern ist es oft mit Schmerz, Schuld- und Schamgefühlen verbunden, aufgrund ihrer Straftaten und der Verurteilung nicht für ihr_e Kind_er da sein zu können. Auch die Kinder inhaftierter Eltern befinden sich in einer Lebenssituation, die sie besonders verletzlich macht – nicht nur leiden sie unter der Abwesenheit eines Elternteils, sie fühlen sich oftmals unter Druck, den Aufenthaltsort von Vater oder Mutter geheim zu halten und erleben – wenn deren Strafbarkeit bekannt wird – nicht selten Abwertung und Stigmatisierung, sie fühlen sich „mitverurteilt“. Dies kann dazu führen, dass sie sich zurückziehen oder anderen gegenüber aggressiv (re)agieren. Sie sind – wie Studien zeigen – gefährdet, die kriminelle Karriere ihrer Eltern zu wiederholen oder auch sich radikalisierten Gruppen anzuschließen, weil sie dort Anerkennung und Wertschätzung erfahren, die sie in ihrem Umfeld sonst vermissen. Vorgestellt werden der inhaltliche Aufbau des Coachings und ein Einblick in die Praxis



Thomas Praeßer

**Deutscher Volkshochschul-Verband
e.V.**



Adriane Schmeil

**Deutscher Volkshochschul-Verband
e.V.**

Thomas Praeßer arbeitet als Referent im Projekt „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ des Deutschen Volkshochschul-Verbands. U.a. ist er dort zuständig für die Entwicklung von Kurs- und Modellkonzepten, die in pädagogischen Angeboten zur Radikalisierungsprävention Anwendung finden. Zuvor war Herr Praeßer als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld tätig. Er forschte dort zu Ausstiegsprozessen in der rechtsextremen Szene und Konflikten in der Migrationsgesellschaft.

Adriane Schmeil arbeitet als Referentin im Projekt „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ des Deutschen Volkshochschul-Verbands. In Ihrer Funktion als Projektreferentin erarbeitet sie Kurskonzepte für die pädagogische Praxis und setzt Schulungen, Fortbildungen und Fachtagungen im Bereich der Radikalisierungsprävention um. In Ihrer Abschlussarbeit „Prävention und Deradikalisierung im Kontext des Islamismus“ führte sie eine qualitative Befragung von Berater*innen des Präventionsprogramms Wegweiser durch und setzte sich mit den Erfolgsfaktoren fallbezogener Beratungsarbeit auseinander.

Prävention und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Als eine zentrale Aufgabe im gegenwärtigen gesellschaftlichen Zusammenleben lässt sich der Umgang mit religiös/politisch motivierten Radikalisierungen junger Menschen skizzieren. Eine weiterhin stark wachsende islamistische Szene in Deutschland wirft die Frage auf: Wie kann diesem Fanatismus begegnet werden?

Die Institution Volkshochschule versteht sich in ihrem Selbstverständnis als Ort der Demokratie. Sie vermittelt Wissen und Kompetenzen, demokratische Werte und Möglichkeiten der Beteiligung. Als offene Einrichtung richtet sich Volkshochschule an alle Mitglieder der Gesellschaft und sorgt dafür, dass in ihren Räumen Menschen unterschiedlicher Couleur in Bezug auf Alter, Geschlecht, kulturelle und soziale Zugehörigkeit aufeinander treffen. Volkshochschulen bieten daher sehr gute Anknüpfungspunkte, um sich auf kommunaler Ebene für Radikalisierungsprävention stark zu machen und primärpräventive Inhalte in Kurse zu integrieren. Im vergangenen Jahr ist beim Deutschen Volkshochschul-Verband e.V. das Projekt „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt (PGZ)“ etabliert worden. Das PGZ-Projekt möchte die bundesweite Struktur der Volkshochschulen in der Extremismusprävention stärken und Präventionsformate in vhs-Bildungsangebote implementieren.

Der Kurzvortrag stellt das PGZ-Projekt vor und informiert über die wesentlichen Maßnahmen und Handlungsfelder des Projekts.



Dr. Corinna Metzner

S.I.G.N.A.L. e.V.

Corinna Metzner

- Dr. phil. / Dipl.-Soziologin / Dipl.-Kriminologin / Fachberaterin für Opferhilfe
- 2002 – 2006: Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landeskriminalamt Sachsen, Abteilung Polizeilicher Staatsschutz, Politisch motivierte Kriminalität
- 2006 – 2012: Koordinatorin für Prävention in der Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS e.V., Mainz
- Ab 2013: Freie Fachreferentin für Kriminalprävention und Doktorandin der Goethe-Universität Frankfurt
- 2015 – 2018: Jugendbildungsreferentin, Fachstelle Demokratie und Toleranz, Landkreis Gießen
- Ab 2018: Wissenschaftliche Referentin, Fachstelle Traumanetz Berlin, S.I.G.N.A.L. e.V., Berlin

Traumanetz Berlin – Angebote für gewaltbetroffene Frauen

Häusliche und/oder sexualisierte Gewalt können schwerwiegende gesundheitliche und psychosoziale Folgen für die betroffenen Frauen und Kinder haben. Psychiatrische und psychotherapeutische Angebote sollten den Prozess der Bewältigung und Verarbeitung angemessen unterstützen. Dies ist aufgrund mangelnder Geschlechter- und Gewaltsensibilität und mangelnder Kooperationen derzeit jedoch oft nicht gegeben. Der Projektpot stellt das Berliner Modellvorhaben zur Versorgung gewaltbetroffener Frauen mit trauma-therapeutischem Behandlungsbedarf sowie ihren Kindern im Rahmen eines integrativen Netzwerks vor. Es wird ein Überblick gegeben über die Bedarfe in der traumatherapeutischen Versorgung gewaltbetroffener Frauen (und ihrer Kinder) in Berlin. Diese Analyse basiert auf Erkenntnissen der Berliner Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“, Netzwerk Frauengesundheit Berlin. Präsentiert wird das Traumanetz Berlin mit Zielen, Arbeitsweisen und ersten Erkenntnissen zu Kooperationsbedarf und -möglichkeiten. Damit gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder bedarfs- und situationsadäquate Unterstützung erhalten, sind geschlechter- und gewaltsensible und aufeinander abgestimmte Angebote und Kooperationsstrukturen zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten sowie zwischen selbsthilfeorientierten, psychosozialen und traumatherapeutischen Angeboten notwendig.



Franziska Raschka

JUUUPORT e.V.

Franziska Raschka studierte Kultur- und Bildungswissenschaften (B.A.) an der Leuphana Universität in Lüneburg sowie Kinder- und Jugendmedien (M.A.) an der Universität Erfurt. Seit Ende 2017 ist sie Medienpädagogische Projektmanagerin von WERTE LEBEN – ONLINE. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit liegen in der präventiven Medienarbeit mit Jugendlichen, der Förderung digitaler Zivilcourage sowie der Durchführung medienpädagogischer Webinare für Schulen und Institutionen der außerschulischen Jugendarbeit.

Gegen Hass und für mehr Respekt: Wertevermittlung im Netz

Hate Speech auf Facebook, Sexismus in Online-Games oder Stress auf WhatsApp – viele negative Phänomene lassen sich in den sozialen Medien beobachten. Bei Jugendlichen, deren Alltagshandeln vorwiegend im Netz stattfindet, entsteht hier ein hohes Schutz- und Aufklärungsbedürfnis.

Das bundesweite Projekt WERTE LEBEN – ONLINE vermittelt jungen Menschen Werte für ein respektvolles Miteinander in der Onlinekommunikation. Ziel ist es, das Bewusstsein für ein verantwortungsvolles Online-Verhalten zu stärken und die Eigeninitiative zu fördern. Die Vermittlungsarbeit erfolgt auf Basis des Peer-Education-Ansatzes und setzt direkt dort an, wo die anvisierten Probleme vorherrschen – ONLINE. Jugendliche im Alter von 15 bis 23 Jahren werden in Workshops zu negativen Netzphänomenen, wie z.B. Hate Speech, Cybermobbing oder Fake News, geschult und somit zu Scouts ausgebildet. In Webinaren informieren sie Schulklassen und Jugendgruppen über die Projektthemen und geben Tipps für einen selbstbewussten und kritischen Umgang mit negativen Phänomenen im Online-Alltag. In selbst entwickelten Social-Media-Kampagnen auf Instagram, YouTube & Co. rufen sie Gleichaltrige dazu auf, gemeinsam ein Zeichen gegen respektloses Verhalten im Netz zu setzen.

Der Vortrag gewährt Einblicke in die Projektaktivitäten und thematisiert die Erfahrungen und Herausforderungen der Peer-to-Peer-Arbeit des ersten Projektjahres.



Katrin Benzenberg

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.



Julia Förster

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland



Gonca Monypenny

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland

Katrin Benzenberg ist seit 2017 Referentin für Interkulturelle Bildung bei Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland in Berlin. Katrin Benzenberg studierte an der Phillips-Universität Marburg Nah- und Mittelostwissenschaften mit dem Fokus auf Soziale Bewegungen und längeren Studienaufenthalten in Damaskus und Beirut. Ehrenamtlich betreut sie das Projekt „Politik machen – Mitbestimmen – SPD“, das u.a. die politische Teilhabe von Zugewanderten in Deutschland erleichtern möchte.

Julia Förster (*1993) arbeitet seit 2017 bei Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. als Referentin für Politische Bildung in Berlin. In dem Feld der Islamismusprävention ist sie seit 2016 tätig. Sie studierte Soziale Arbeit in Berlin und absolvierte eine Zusatzqualifikation in der Theaterpädagogik.

Gonca Monypenny (geb. Kalac, 1982) ist seit dem 2011 Referentin für Politische Bildung bei Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V. in Berlin und arbeitet seit dem im Bereich Islamismusprävention. Bevor sie zu Gesicht Zeigen! kam, arbeitete sie als Integrationsberaterin für einen Bildungsträger in Berlin Kreuzberg. Sie studierte Politikwissenschaft an der Freien Universität in Berlin und legte den Schwerpunkt auf den politischen Islam in Deutschland sowie Demokratieverziehung.

Frauen und Mädchen stärken: Islamismusprävention in Berlin

Mit dem Projekt „Die Freiheit, die ich meine“ unterstützt Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland seit 2016 überwiegend muslimische Mädchen und Frauen im Bezirk Berlin-Mitte dabei, aktuellen Herausforderungen – seien es Diskriminierungserfahrungen oder islamistische Anwerbeversuche – selbstbewusst und eigenständig zu begegnen und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Mit unserem vielfältigen Bildungsprogramm ermutigen wir sie, zu überzeugten Botschafterinnen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie innerhalb ihrer Familien, ihres Umfelds sowie Freundeskreises zu werden. In unserem Vortrag geben wir einen Einblick in die Arbeitsweise, die Entwicklung und die bisherigen Erkenntnisse unseres genderspezifischen Projekts. Die praktische Arbeit mit unseren Zielgruppen (Schülerinnen, Stadtteilmüttern und Lehrkräften) steht während unseres Vortrags im Vordergrund. Hierfür lassen wir die Zuhörerinnen und Zuhörer mithilfe unseres eigens produzierten Imagefilms (5 Min.) für kurze Zeit in unsere Workshopreihe mit den Schülerinnen eintauchen und erklären kurz die Inhalte und die Anwendbarkeit unserer Workshopmaterialien „Der Islam: Das interaktive Wissensspiel“ (für Schüler*innen) sowie „STOP-OK: ein Moderationsspiel zur Islamismusprävention“ (für Multiplikator*innen).



Angela Khosla-Baryalei

Hessisches Kultusministerium



Nikola Poitzmann

Hessisches Kultusministerium

Angela Khosla-Baryalei

Vita: Jg.1961, Mitarbeiterin im Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD), Migrationssozialarbeiterin, Lehrerin, Diversity-Trainerin (EWDV Berlin), Fortbildnerin in den Bereichen diversitätsbewusste Bildungs- und Kulturarbeit/Partizipation, Migration und Rassismuskritik.

Nikola Poitzmann absolvierte einen Magisterabschluss in Neuerer deutscher Literatur und Medienwissenschaften, Romanistik und Völkerkunde an der Universität Freiburg und Marburg. Nach ihrem Quereinstieg als Lehrerin an der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule Darmstadt, einer Beruflichen Schule, schloss sie zusätzlich das 2. Staatsexamen in den Fächern Deutsch, Französisch, Geschichte sowie Deutsch als Zweitsprache ab.

Frau Poitzmann ist Landeskoordinatorin im Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ mit den Schwerpunktthemen Sexualisierte Gewalt, Demokratiepädagogik und Diversität. Sie hat eine Ausbildung als Systemische Beraterin (systemwerkstatt), als Organisationsentwicklerin (FH Wiesbaden) und als Diversity-Trainerin (Eine Welt der Vielfalt). Zudem ist sie Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg.

Sprachbewusst handeln – Meine ich, was ich sage?

„Wer die öffentlichen Zustände ändern will, muss zuerst bei der Sprache anfangen.“

(Konfuzius um 500 v. Chr.)

Sprache ist ein mächtiges Ausdrucksmittel, denn durch sie werden Normen und Werte weitergegeben. Somit konstruiert Sprache Realitäten. Manche Menschen(gruppen) werden in den Medien, in politischen Diskussionen oder in Bildungseinrichtungen – oft unbewusst – diskriminiert oder es werden sozialisierte stereotypische Denkweisen durch bestimmte Ausdrücke verstärkt. Doch Sprache ist wandelbar; sie lässt sich rekonstruieren.

Wir stellen mit „Sprachbewusst handeln – Meine ich, was ich sage?“ ein Präventionsangebot des Hessischen Kultusministeriums vor, das sowohl mit Jugendlichen als auch mit Multiplikator*innen in Schule und Jugendarbeit (Lehrer*innen, pädagogische Fachkräfte, Sozialarbeiter*innen) mehrfach durchgeführt wurde.

Im Projektpot erläutern wir verschiedene Methoden und Diskussionsfragen, die den Blick für diskriminierende, tendenziöse oder ehrverletzende Formulierungen sowie Abbildungen schärfen. Dabei werden die Teilnehmenden sensibler für Stereotype, Vorurteile und Zuschreibungen. Ziel ist es, Antworten auf die Frage zu finden, wie wir mit diversity-sensiblen und wertschätzenden Formulierungen sowie mit gleichberechtigten und möglichst ausgrenzungsfreien Ausdrucksformen Verantwortung in einer vielfältigen Gesellschaft übernehmen.



Alexander Gesing

Beratungsnetzwerk Grenzgänger –
IFAK e.V.



Lea Hildebrandt

Legato

Alexander Gesing, Jahrgang 1987, geboren in Herne, NRW. Er studierte Soziale Arbeit und Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Globalisierung, Transnationalisierung und Governance und war vor seiner Tätigkeit bei Grenzgänger in unterschiedlichen Positionen in der Jugendhilfe tätig. Außerdem war er als Teilprojekt-Manager im Central European Network on Fatherhood (CENOF) der Universität Wien tätig. Alexander Gesing ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater beim Beratungsnetzwerk Grenzgänger und arbeitet NRW-weit in der Prävention und Deradikalisierung im Themenfeld Islamismus/ Salafismus.

Lea Hildebrandt, geb. 1989 in Hamburg, hat in Hamburg Religionswissenschaften studiert und befindet sich momentan in der Ausbildung zur systemischen Beraterin. Vor ihrer Tätigkeit bei Legato war sie in der Flüchtlingshilfe beim Deutschen Roten Kreuz tätig.

Teil des Projekts PräJus – Islamismusprävention im justiziellen Feld.

Prävention und Deradikalisierung im Themenfeld Flucht

Die Radikalisierung von Geflüchteten wird in der Öffentlichkeit häufig diskutiert. Auch die Verfassungsschutzämter berichten seit dem Jahr 2015 von gezielten islamistischen Anwerbeversuchen im Umfeld von Geflüchteten. Eine steigende Frequentierung der Hotline der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch Einrichtungen aus der Flüchtlingsarbeit wurde ebenfalls seit 2015 festgestellt, zunächst eher in Einzelfällen. Im Sommer 2016 gab es eine Spitze, als Geflüchtete in Würzburg und Ansbach Anschläge begingen. Vor diesem Hintergrund gab im Mai 2017 Bundesinnenminister de Maizière bekannt, dass die im bundesweiten Netzwerk tätigen und durch die Beratungsstelle Radikalisierung koordinierten Beratungsstellen zusätzliche Mittel zur Verfügung bekommen, um die Beratung im Themenfeld Migration und Flucht auszubauen. Zwei Jahre nach der Initiierung soll in diesem Vortrag ein erstes Resümee der Arbeit gezogen werden. Dabei wird zunächst die Arbeit von zwei landesweiten Beratungsstellen „Legato“ aus Hamburg und „Grenzgänger“ aus Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Daraufhin werden erste Erfahrungen der bisherigen Arbeit aufgezeigt und die Unterschiede zu der Beratung außerhalb des Themenbereichs Flucht diskutiert. Erste Erkenntnisse der Beratung werden vorgestellt und spezifische Ressourcen, Vulnerabilitäten und Herausforderungen in der Arbeit diskutiert.



Cordula Bienstein

Projekt: streetwork@online; AVP e.V.

Cordula Bienstein hat einen Master in International Health and Social Management. Sie ist seit Oktober 2017 mit dem Aufbau des Radikalisierungspräventionsprojektes streetwork@online betraut und leitet dieses.

Mehrjährige Berufserfahrung: Migrations- und Integrationsarbeit, Entwicklungspolitik

Aufsuchende Sozialarbeit in den sozialen Netzwerken

streetwork@online ist ein Präventionsprojekt im Bereich islamisch begründeter Extremismus. Mit einem breiten Spektrum an vorrangig internetbasierten Angeboten und Maßnahmen wird seit Oktober 2017 einer Radikalisierung von Berliner Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegengewirkt.

Der Vortrag bietet zunächst einen kurzen Überblick über das aktuelle Internet-Nutzungsverhalten von Jugendlichen und geht darauf ein, wie diese sich dadurch angreifbar für extremistische Propaganda im Netz machen.

Schwerpunkt des Vortrags bildet ein Einblick in das virtuelle Streetwork.

Mit dem virtuellen Streetwork wird die aufsuchende Sozialarbeit um einen neuen, bisher nur modellhaft erprobten, Online-Ansatz erweitert. Dabei erfolgen Kontaktaufnahmen in den sozialen Netzwerken mit Jugendlichen, z.B. durch Beiträge in den Kommentarspalten unter Facebook-Posts.



Kai Dietrich

**Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeit-
stätten Sachsen e.V.**

Kai Dietrich setzt mit zwei Kolleg*innen seit 2017 ein Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ um. Er ist seit 2010 Mitarbeiter der AGJF Sachsen e.V. und hier seit 2017 ebenfalls Koordinator für den Arbeitsbereich „Mut – Fortbildung, Beratung, Strategieentwicklung“. Der Arbeitsbereich besteht seit 2008 und setzt Fortbildungen, Beratungen und längerfristige Prozessbegleitungen im Themenfeld um und unterstützt Fachkräfte der demokratiefördernden Jugendarbeit und angrenzender Arbeitsfelder bei der Entwicklung strategischer Präventionskonzepte.

Geschlechterreflektierende Rassismusprävention im Lokalraum

Im Rahmen des Modellprojekts „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“ werden Interviews mit Fachkräften der Jugendhilfe sowie mit jungen Menschen vor Ort geführt.

Themen sind einerseits die lokale, politische Situation auch im Hinblick auf aktuelle, gesellschaftliche Auseinandersetzungen, sowie lokale Debatten zu „Wir“-Identitäten und Ausgrenzungsbestrebungen. Junge Menschen werden in den Interviews über Möglichkeiten der Beteiligung vor Ort und über ihre alltägliche Lebenswelt befragt.

Hieran anschließend ist es Ziel des Projektes, Maßnahmen und Aktivitäten der Demokratiebildung zu erproben, welche an den alltäglichen Logiken junger Menschen vor Ort ansetzen und dabei die Möglichkeit bieten, eingeübte, undemokratische Haltungen kritisch in den Blick zu nehmen und entsprechende Interessenslagen demokratisch auszudeuten.

Dabei ist eine wichtige Perspektive des Projektes die Arbeit an genderbezogenen Anforderungen bspw. völkisch-nationalistischen Männlichkeiten und Weiblichkeiten, um hier auch Ressourcen einer vielfältigen Gesellschaft für junge Menschen zu erschließen, die es ermöglichen, Bilder der „gewalttätigen, feindlichen Anderen“ kritisch in den Blick zu nehmen und das eigene Verhaltens- und Beteiligungsrepertoire zu erweitern.

Im Ergebnis liegen auch Fallvignetten zur demokratiepädagogischen Weiterarbeit vor.

Presentation on Demand (PoD)

In der Rubrik „Presentation on Demand (PoD)“ finden Sie Vortragsabstracts zu Beiträgen, die aus Kapazitätsgründen leider nicht in das Programm der Vorort- Vorträge aufgenommen werden konnten. Diese Beiträge zu verschiedenen Präventionsthemen sind in verschriftlichter Form zum Download auf der Webseite des Deutschen Präventionstages eingestellt.

Presentation on Demand (PoD)

	Seite
CJD Nord/JUMP	462
„Sicher ist hier erstmal keiner“ – Ausstieg und Bindung	
Der Polizeipräsident in Berlin	463
Operative Präventionsgruppe Taschendiebstahl	
Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.	464
Demokratiebildung in diakonischen Strukturen	
Evangelische Trägergruppe für gesellschafts-politische Jugendbildung	465
Alles Glaubenssache? Prävention und politische Bildung	
Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.	466
Demokratieförderung und Prävention mit Lions-Quest	
Universität Vechta	467
Extremismusprävention in der Grundschule: Prämissen, Implikationen und praktische Umsetzung	

„Sicher ist hier erstmal keiner“ – Ausstieg und Bindung

CJD Nord/JUMP

Sicher ist hier erstmal keiner – Thesen zum Zusammenhang von Rechtsextremismus, Bindung und Ausstiegsarbeit

Unsicherheiten kennzeichnen den Weg, der Aussteigende erst in extrem rechte Zusammenhängen geführt hat – und dann wieder hinaus. Das ist eine zentrale Erfahrung aus 10 Jahren Ausstiegsbegleitung von JUMP in Mecklenburg-Vorpommern.

Die erste Unsicherheit manifestiert sich in den Bindungsanteilen, die diese Menschen aus frühkindlichen Erlebnissen mit ihren Bindungspersonen erworben haben. Mit diesen konnten (und können) sie Vernachlässigung, Zurückweisung, häufige Trennungen und unvorhersagbares Elternverhalten sowie traumatische Misshandlungen ertragen.

Die zweite Unsicherheit erleben sie in extrem rechten Szenen, die von Widersprüchen zwischen großen Versprechen von „Treue“, „Ehre“, „Gemeinschaft“ einerseits und realen Vertrauensbrüchen, Instrumentalisierung, Desillusionierung andererseits geprägt sind.

Die (vorerst) letzte Unsicherheit bringt der Ausstiegsprozess mit sich. Dieser ist oftmals lang, stellt hohe Anforderungen (z.B. in Bezug auf Selbstreflexion) an die Aussteigenden und es gibt kein allgemeines Bild davon, was am Ende des Prozesses tatsächlich steht.

Eine professionelle Ausstiegsarbeit, die sich dieser Unsicherheiten bewusst ist und sie mit bindungsgeleiteten Ansätzen zu entschärfen antritt, ist für die Begleitenden wie die Aussteigenden gut aufgestellt.

Kontakt:

Volker Haase und Michél Murawa

CJD Nord/JUMP

Siegfried-Marcus-Str. 45

17192 Waren (Müritz)

E-Mail: volker.haase@cjd-nord.de

Webseite: <http://www.jump-mv.de>

Operative Präventionsgruppe Taschendiebstahl

Der Polizeipräsident in Berlin

Das Konzept OPG Tasche bietet einen neuen Ansatz in der Prävention. Es richtet sich an potentielle Opfer, die tatbegünstigende Verhaltensweisen in Bezug auf Taschendiebstahl aufweisen (Bsp.: offene Handtasche, Position Zipper usw.). Wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist es, betreffende Personen direkt anzusprechen, auf das Fehlverhalten hinzuweisen und geeignete Möglichkeiten zur Tatverhinderung aufzuzeigen.

Zwei zivil gekleidete Polizeidienstkräfte suchen sich ein potentielles Opfer aus und platzieren heimlich einen Präventionsaufkleber auf der Tasche oder dem Rucksack.

Der Aufkleber ist 5x5 cm groß und ist rückstandslos zu entfernen. Kurz darauf sprechen sie die Person an und geben sich als Polizeiangehörige zu erkennen. Sie weisen die Person auf das beobachtete Fehlverhalten sowie die möglichen Folgen hin und geben Präventionstipps zur Trageweise. Durch diese Vorgehensweise wird das potentielle Opfer nachhaltig zum Thema sensibilisiert. Die Besonderheit an dem Präventionsansatz ist, dass es zu einem Multiplikatoreffekt kommt: Die betroffene Person erzählt von dem Ereignis im Freundeskreis/Umfeld.

OPG Tasche – eine aktive und innovative Art der Prävention, die ein persönliches Präventionsgespräch garantiert und nachhaltig ist!

Kontakt:

Der Polizeipräsident in Berlin
LKA 261 – Taschendiebstahl – Präventionsbeauftragte
Perleberger Str. 61 a
10559 Berlin
E-Mail: Janine.Frey@polizei.berlin.de / lka261@p
Webseite: <https://www.berlin.de/polizei/>

Demokratiebildung in diakonischen Strukturen

Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Viele Menschen werden ausgegrenzt. Wohnungslose, Behinderte, Geflüchtete u.a. Bereits in der Kita wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wahrgenommen. Erzieher*innen berichten über rechtsextreme Äußerungen. Prävention rechtsextremistischer Haltungen muss mit Aktivitäten zur Demokratieförderung verbunden werden. Ausgehend von der Überzeugung, dass vorurteilsbewusstes Handeln bereits im Kindesalter gelernt wird und erworbene Kompetenzen durch stetiges Üben am Leben gehalten werden und wachsen, setzt sich die Diakonie verstärkt für Demokratiebildung von Mitarbeitenden in diakonischen Einrichtungen ein und die Bildung von demokratischen Strukturen. In spezifischen Weiterbildungsprogrammen werden Haupt- und Ehrenamtliche, pädagogische Fachkräfte in Kita, Fachberatungsmitarbeiter*innen u.a. zur Demokratieförderung und im Umgang mit ausgrenzenden Tendenzen, Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschult. Sie erhalten Handwerkszeug, um sprechfähig zu werden und sich klar für demokratische Werte zu positionieren. Angeboten werden: Austauschräume zur Vernetzung, ein Demokratiekoffer, Filmmaterial, Arbeitshilfen und pädagogische Handreichungen zu Demokratiebildungsprozessen aus evangelischer Perspektive sowie eine Fortbildungsreihe, die Wissen über rechtspopulistische Akteure und Strategien vertiefen und Handwerkszeug im Umgang vermitteln soll.

Kontakt:

Meike Geppert und Christina Wüstefeld
Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Zentrum Engagement Demokratie und Zivilgesellschaft
Caroline-Michaelis-Straße 1 - 10115 Berlin
E-Mail: meike.geppert@diakonie.de
Webseite: <http://www.diakonie.de>

Alles Glaubenssache? Prävention und politische Bildung

Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Im Projekt „Alles Glaubenssache?“ setzt die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) seit Frühjahr 2018 Workshops für Jugendliche, Fachtage, Vernetzungs- und Austauschtreffen um. Schwerpunkt ist dabei die Entwicklung von Konzepten, Materialien und Maßnahmen, um religiös begründetem Extremismus unter Jugendlichen vorzubeugen. Ziel ist die Selbstpositionierung und Resilienz von Jugendlichen zu stärken und demokratische Aushandlungsprozesse mit ihnen üben. Das Projekt lädt Jugendliche ein, über die Rolle von Religion in unserer Demokratie nachzudenken, und stärkt diejenigen, die extreme Ansprachen erkennen und sich aktiv dagegen zu Wehr setzen wollen. In Kooperation mit Jugendmigrationsdiensten (JMD), Schulen, konfessionellen und nicht-konfessionellen Partnern werden an drei Standorten zeitgemäße, ressourcenorientierte Ansätze erarbeitet. Dabei ist für die et selbstverständlich, dass sich Maßnahmen immer an alle Jugendlichen, unabhängig von Religion und Herkunft, richten.

Ein Schwerpunkt des Projektes ist die Entwicklung neuer Formate und Module. Auf der Grundlage von Illustrationen werden Bezüge zwischen der Lebenswelt der Jugendlichen und Fragestellungen rund um Religion und Gesellschaft aufgegriffen. Diese Ansätze werden im laufenden Jahr in unserem Netzwerk, aber auch mit interessierten Fachkräften außerhalb unserer Strukturen erprobt.

Kontakt:

Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Auguststr. 80

10117 Berlin

E-Mail: rosenow@politische-jugendbildung-et.de

Webseite: <http://www.politische-jugendbildung-et.de>

Demokratieförderung und Prävention mit Lions-Quest

Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Lions-Quest ist ein bundesweites Fortbildungsangebot für Lehrkräfte mit der primären Zielsetzung, die Lebenskompetenzen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch soziales und emotionales Lernen nachhaltig zu fördern und ihre Resilienz zu stärken. Dadurch soll selbst- und fremdschädigenden Verhaltensweisen bei den jungen Menschen präventiv entgegengewirkt werden.

Neben Lions-Quest „Erwachsen werden“, das seit 1994 zur Förderung der Life Skills bei 10 bis 14-jährigen Schülerinnen und Schülern beiträgt, hat Lions-Quest zwei weitere Fortbildungen im Angebot: Lions-Quest „Erwachsen handeln“, das seit 2014 die Vermittlung von Lebenskompetenzen in der Altersgruppe der 15 bis 21-Jährigen mit der Förderung demokratischer Kompetenzen, Menschenrechtsbildung und „Service Learning“ verknüpft und Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“, das interkulturelles Lernen, Wertebildung und die Vermittlung von Lebenskompetenzen miteinander verbindet und sich seit 2016 an LehrerInnen und außerschulische GruppenleiterInnen richtet, die regelmäßig mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 10 und 21 Jahren arbeiten. Mit dieser Strategie kombiniert Lions-Quest systematisch effektive Ansätze der Prävention und der Demokratieförderung und reagiert damit auf aktuelle gesellschafts- und bildungspolitische Herausforderungen.

Kontakt:

Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Bleichstrasse 3

65183 Wiesbaden

E-Mail: p.sicking@lions-hilfswerk.de

Webseite: <http://www.lions-quest.de>

Extremismusprävention in der Grundschule: Prämissen, Implikationen und praktische Umsetzung

Universität Vechta

Obwohl Einstiege in extremistische Szenen in der Regel erst im Jugendlichenalter erfolgen und sich politische Orientierungen nach der Grundschulzeit zu politischer Identität formen, kann bereits in Kita und Grundschule primäre Prävention sinnstiftend umgesetzt werden. Lehrkräfte haben eine wichtige Vorbildfunktion und können einen wesentlichen Beitrag zur Prävention von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, Gewalt und Extremismus leisten – sowohl im Unterricht als auch bei der Gestaltung des Schullebens.

Damit Prävention in der Grundschule erfolgreich umgesetzt werden kann, sollten Lehrkräfte bestimmte Gelingensfaktoren berücksichtigen. Einerseits gilt es einen verantwortungsvollen pädagogischen Rahmen einzuhalten. Andererseits müssen Lehrkräfte auch über die aktuellen Erscheinungsformen von Extremismus informiert sein, Ursachen von Radikalisierung kennen und sachkompetent mit geeigneten Formen der praktischen Umsetzung umgehen können.

Aus Studien wissen wir, dass vor allem solche Maßnahmen wirkungsvoll sind, die sozial-kognitive Grundfertigkeiten fördern. Besonders im Grundschulalter ist es wichtig, dass Kinder prosoziales Verhalten erlernen und ihre soziale Wahrnehmung und Handlungsplanung verbessern. Dazu gehört es, den Kindern positive Erfahrungen mit sozialer Diversität zu ermöglichen und reflektiert mit Vorurteilen umzugehen. Sinnvoll sind frühe und vielfältige Kontakte zu verschiedenen sozialen Gruppen bis hin zur Entwicklung von Freundschaften.

Kontakt:

Michael Otten
Universität Vechta
Driverstraße 22
49377 Vechta

E-Mail: michael.otten@uni-vechta.de

Webseite: <https://www.uni-vechta.de/sachunterricht/studium-und-lehre/lehrende/michael-otte>

Infostände

	Seite
ADAC Berlin-Brandenburg e.V.	481
AGJF Sachsen e.V.	482
Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.	483
AMA e.V.	484
Amadeu Antonio Stiftung	485
Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD)	486
Anne Frank Zentrum e.V.	487
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.	488
Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.	489
Archiv der Jugendkulturen e. V.	490
AUSSTEIGERPROGRAMM und Extremismus- prävention Sachsen/LPR Sachsen	491
AVP e.V. – Projekt: streetwork@online	492
Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	493
Bayerisches Staatsministerium des Innern	494
Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg- Vorpommern	495

	Seite
Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	496
Berliner Aids-Hilfe e.V.	497
Berliner Landeszentrale für politische Bildung	498
Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Abteilung Antidiskriminierung / Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)	499
Berufsfortbildungswerk GmbH (bfw)	500
BIG e.V. Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen	501
Bund Deutscher Kriminalbeamter	502
Bundesamt für Justiz	503
Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus	504
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.	505
Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.	506
Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.	507
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	508
Bundesnetzwerk! Zivilcourage	509

	Seite
Bundespolizeipräsidium	510
Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.	511
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	512, 513
Bundeszentrale für politische Bildung	514
Bündnis gegen Cybermobbing e.V.	515
Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH	516
CJD Berlin-Brandenburg	517
CJD Nord	518
Comic On! Theaterproduktion Köln *	519
Cultures Interactive e.V.	520
Das Palaverzelt® – mit Kindern Konflikte lösen *	521
„Demokratie leben!“	522
Demokratieförderung und Prävention mit Lions-Quest	523
Denkzeit-Gesellschaft e.V. – Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlich begründeter Methoden psychosozialer Arbeit mit jungen Menschen	524

	Seite
Der Paritätische Landesverband Sachsen-Anhalt e.V./ Landesintervention und -koordination häusliche Gewalt und Stalking – LIKO	525
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)	526
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	527
Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.	528
Deutsche Polizeigewerkschaft	529
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)	530
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	531
Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.	532
Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.	533
Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)	534
Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.	535
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	536
Deutsches Jugendinstitut e.V.	537
Dialog macht Schule	538

	Seite
DPT – Deutscher Präventionstag	539
Drudel 11 e.V.	540
Durchboxen im Leben e.V. / Trainingscamp Diemelstadt	541
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	542
Flying Heart United e.V.	543
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.	544
FREIE HILFE BERLIN e.V.	545
Freie Straffälligenhilfe NRW	546
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten	547
Galli Präventionstheater	548
Gefangene helfen Jugendlichen e.V.	549
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.	550
GEMEINSAM GEGEN MENSCHENHANDEL e.V.	551
Gewerkschaft der Polizei	552
GroupKom GmbH *	553
GSJ gGmbH – Gesellschaft für Sport und Jugend- sozialarbeit	554

	Seite
GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH / Sportjugend Berlin	555
Haus des Jugendrechts Stuttgart	556
Helden Verein für nachhaltige Bildung und Persönlich-keitsentwicklung e.V.	557
Hessisches Landeskriminalamt	558
Hessisches Ministerium der Justiz – Stabsstelle NeDiS	559
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport	560
Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“	561
I Am Jonny e.V.	562
IFAK e.V.	563
ifgg – Institut für genderreflektierte Gewalt- prävention gGmbH	564
IGG – Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewalt- prävention	565
Integrationsbüro Kreis Offenbach – PRO Prävention	566
Intercultural Competence Initiative Vienna – Verein zur Förderung von interkulturellem Dialog	567
Internationaler Bund	568
Jugendmigrationsdienste	569

	Seite
jugendschutz.net	570
Jugendstation Jena / Saale-Holzland-Kreis und Jugendstation Gera	571
Justizvollzugsanstalt Butzbach (Hessen)	572
JUUUPORT e.V.	573
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)	574
Kindergarten plus	575
KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.	576
Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co. KG *	577
Kompetenzzentrum Frauen & Gesundheit NRW	578
Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg	579
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/ Bündnis für Brandenburg“	580
Kreis Lippe Senioreninformationsdienst Lippe	581
Kreispolizeibehörde Gütersloh	582
Kriminologische Zentralstelle (KrimZ)	583

	Seite
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen	584
Landeskommission Berlin gegen Gewalt Senatsverwaltung für Inneres und Sport	585
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	586
Landeskriminalamt Niedersachsen	587
Landeskriminalamt Niedersachsen – Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)	588
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz	589
Landespolizeidirektion Thüringen	590
Landespräventionsrat Brandenburg	591
Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz	592
Landespräventionsrat Niedersachsen	593
Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen	594
Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)	595
Landespräventionsrat Schleswig-Holstein	596
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg- Vorpommern	597
Landeszentrale für politische Bildung Baden- Württemberg	598

	Seite
Landeszentrale für politische Bildung MV	599
LOVE-Storm – ein Projekt des Bund für Soziale Verteidigung e.V.	600
MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.	601
MAPP-Empowerment gGmbH	602
Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen	603
Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen – Abteilung Verfassungsschutz	604
Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg – Abteilung Verfassungsschutz	605
Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt – Abteilung Verfassungsschutz	606
Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster	607
Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg	608
Netzwerk Zuhause sicher e. V.	609
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz	610
Opferhilfe Berlin e.V.	611
Papilio	612

	Seite
Politik zum Anfassen e.V.	613
Polizei Berlin	614
Polizei Hamburg	615
Polizei Mönchengladbach	616
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes	617
Polizeipräsidium Mittelhessen	618
Prävention 2.0 e.V.	619
Pufii – Präventive Unterstützung für Integrations- Initiativen	620
Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie	621
Respekt e.V.	622
Respekt! – Die Stiftung & Hirnkost KG	623
Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Masterstudiengang Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft *	624
Schlaglicht e.V.	625
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage	626

	Seite
St. Elisabeth-Verein e.V. / Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus	627
STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung	628
Stiftung gegen Gewalt an Schulen/Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden	629
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	630
Stiftung SPI	631
Stiftungsfonds Neues Tschechien	632
Teddybär e.V. Vogtlandkreis	633
Terre des Femmes e.V.	634
Theater EUKITEA gGmbH	635
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	636
Triple P Deutschland GmbH	637
ufuq.de – Jugendkulturen, Islam und politische Bildung	638
Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V.	639
Verein Programm Klasse 2000 e.V.	640

	Seite
Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.	641
Vielfalt-Mediathek	642
Violence Prevention Network e.V.	643
Visioneers e.V.	644
VPKV e.V.	645
WEISSER RING e.V.	646
Werner Bonhoff Stiftung	647
Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation Gehörloser in Berlin und Brandenburg e.V. (ZfK e.V.)	648

Die mit * gekennzeichneten Programmteile beinhalten
Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen

ADAC Berlin-Brandenburg e.V.

Jeder Verkehrsunfall ist einer zu viel. Darum setzt sich der ADAC Regionalclub für Berlin und Brandenburg intensiv für die Förderung der Verkehrssicherheit ein. Mit der Aktion „Achtung Auto!“ und weiteren Veranstaltungen, die wir auf dem Deutschen Präventionstag 2019 vorstellen möchten, bemüht sich der ADAC Berlin-Brandenburg e.V. um Aufklärung – insbesondere für die jüngsten Verkehrsteilnehmer in Schulen und Kitas. Das Programm „Achtung Auto!“ ist für Schüler der Klassenstufen 5 und 6 konzipiert. Hierzu kommt der ADAC mit seinen speziell ausgebildeten Moderatoren bundesweit direkt an die Grundschulen und vermittelt den Anhalteweg eines Pkw theoretisch und praktisch mit Hilfe eines Aktionsfahrzeuges. Es werden verschiedene Übungen durchgeführt, um die Zusammenhänge von Geschwindigkeit und Bremsweg zu erfahren. Nach dem Prinzip „Learning by doing“ testen die Kinder ihr Verhalten im Straßenverkehr. Denn: Was man selbst erlebt hat, versteht und merkt man sich besser. Das Unterrichtsangebot ist für die Schulen kostenlos. Dem Besucher kann auch ein Gesamtüberblick über die Verkehrssicherheitsarbeit in den Bundesländern Berlin und Brandenburg gegeben werden.

Kontakt:

ADAC Berlin-Brandenburg e.V.

Bundesallee 29/30

10717 Berlin

E-Mail: peter.specht@bbr.adac.de

AGJF Sachsen e.V.

Die AGJF Sachsen e.V. wurde 1990 gegründet und ist Dach- u. Fachorganisation in der Jugendarbeit Sachsens. Schwerpunkte der Arbeit sind Fortbildungsangebote, Beratungen, das Fachmagazin für Kinder- u. Jugendarbeit CORAX sowie verschiedene Projekte.

Der Arbeitsbereich MUT besteht seit 2008 und setzt Fortbildungen und Beratungen im Themenfeld um und unterstützt Partner*innen der demokratiefördernden Arbeit bei der Entwicklung strategischer Präventionskonzepte.

Die Projekte setzen die bewährte Strategie fort, die Sensibilität und Handlungskompetenz bei Fachkräften der Jugendarbeit und in angrenzenden Arbeitsfelder zu verstärken und weiter zu entwickeln. Sie reagiert auf verschiedenen Ebenen auf die aktuellen u. andauernden Bedarfe zur Auseinandersetzung mit gruppierungsbezogenen Ablehnungen (aktuell v.a. Rassismus und Feindschaft gegenüber Geflüchteten) und Neonazismus.

In Seminaren und Beratungen unterstützen wir Fachkräfte in Aufstellung und Umsetzung von strategischen Präventionsmaßnahmen in ihren Einrichtungen bzw. in der Arbeit mit Jugendgruppen und im Gemeinwesen. Zentraler Fokus in unserer Arbeit ist eine geschlechterreflektierende Auseinandersetzung mit Phänomenen von Ablehnungshaltungen. Dabei nehmen die Projekte Heterosexismus und Antigenderismus in den Blick und Fragen nach genderspezifischen, alltagskompatiblen Funktionalitäten für Ablehnungshaltungen bei jungen Menschen.

Kontakt:

AGJF Sachsen e.V.

Neefestraße 42

09119 Chemnitz

Tel.: 0371-5336424

E-Mail: dietrich@agjf-sachsen.de

Webseite: <http://agjf-sachsen.de/mut.html>

Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.

Das Modellprojekt „CleaR – Clearing gegen Radikalisierung“ wird derzeit an sechs Schulen in Nordrhein-Westfalen und Berlin durchgeführt und von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert. Den Mittelpunkt des Modellprojekts bildet das siebenstufige Clearingverfahren. Dieses hochstrukturierte Verfahren soll im Rahmen des Projekts erprobt und an den Schulen implementiert werden. Hierbei richtet sich das Clearingverfahren im Kern auf die Unterbrechung von Radikalisierungsprozessen

Die Zeit des Heranwachsens ist geprägt durch physische und psychische Entwicklungsprozesse, die mitunter mit schwierigen altersspezifischen Entwicklungsaufgaben einhergehen. Diese Lebensphase ist sowohl von Verunsicherung und Instabilität als auch manchmal durch extreme Provokation gegenüber Eltern, Lehrkräften und anderen Autoritäten gekennzeichnet.

All diese Ausdrucksformen werden erst dann problematisch, wenn gewaltorientierte, menschenfeindliche oder demokratiefeindliche Äußerungen und Haltungen zu einem Bruch mit dem bisherigen Umfeld führen. Besonders problematisch wird es dann, wenn Jugendliche bereit sind ihre Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen oder auf Überwältigung abzielen.

Kontakt:

Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.

Himmelgeister Str. 107

40225 Düsseldorf

E-Mail: lisa.kiefer@die-agb.de

Webseite: <http://clearing-schule.de>

AMA e.V.**„LEGATO – Prävention in Straf- und Untersuchungshaft“**

Legato Prävention hat mit einem Modellprojekt zwischen politischer Bildung und Prävention für die Untersuchungshaft einen neuen Weg eingeschlagen. Angebunden ist das durch „Demokratie leben!“ geförderte Projekt in der Justizvollzugsanstalt Bremen.

Angebote der politischen Bildung sind in vielen Haftanstalten noch Neuland und für den Untersuchungshaftalltag oft nicht vorstellbar. Im Fokus der Angebote stehen dabei besonders tagesaktuelle Nachrichten und Ereignisse wie beispielsweise der Bürgerkrieg in Syrien und die politische Lage in der Türkei.

Legato bietet Inhaftierten einen Raum, in dem über politische und gesellschaftliche, sowie persönliche Themen diskutiert werden kann. Besonders Inhalte, die Schnittpunkte mit den Biographien der Inhaftierten haben, bewegen und bringen Gesprächsbedarfe auf.

Weitere Angebote von LEGATO und Themen am Infostand:

- Fachfortbildungen „Radikalisierung in Haft“ (Allgemeiner Vollzug)
- Fachfortbildungen Sensible Systeme (Soziale Dienste)
- Ausstiegsberatung
- Angehörigenberatung
- Zivilgesellschaftliche Arbeitsstelle Risikomanagement und Datenschutz (ZARD)
- Theaterarbeit im Rahmen von Prävention

Kontakt:

AMA e.V.

Museumstraße 18

22765 Hamburg

E-Mail: taubert@legato-hamburg.de

Amadeu Antonio Stiftung

debate// ist ein durch „Demokratie leben!“ gefördertes Modellprojekt aus dem Themenbereich Radikalisierungsprävention. Das Projekt setzt sich für eine digitale demokratische Debattenkultur ein. Das Stärken dieser Kultur und die Online-Arbeit mit demokratieorientierten, aber auch rechtsaffinen jungen Menschen sowie deren Umfeld stehen dort im Vordergrund. Wir erproben unser eigens entwickeltes Digital Streetwork mit diesen jungen Menschen. Dieses wird wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Weiterhin schulen wir in einem Peer-to-Peer Ansatz Trainer*innen mit einem umfassenden Manual. Diese geben dann Workshops für ihre Peergroup, in denen die Teilnehmenden lernen, sich sensibel im Netz zu bewegen: Wie erkenne ich rechtsextreme Inhalte oder Desinformationen und wie kann ich darauf reagieren? Wie präsentieren sich rechte Akteur*innen im Netz? Wie kann ich mich schützen? Was ist bei Hatespeech und im Umgang damit genau zu beachten? Außerdem schulen wir Fachkräfte der pädagogischen und Sozialen Arbeit in eben diesen Themenbereichen. Die Ergebnisse und Erkenntnisse des Projekts werden in Form von Informationsmaterialien, Workshops, Fortbildungen sowie Vorträgen weitergetragen und fundiert. Diese Informationsmaterialien (Broschüren, Trainer*innenhandbuch, Flyer usw.) stehen an unserem Infostand zur Verfügung, um darüber mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstr. 12

10115 Berlin

E-Mail: christina.dinar@amadeu-antonio-stiftung.de

Webseite: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/debate/>

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD)

Der Ambulante Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD) ist neben der Strafgerichtsbarkeit, den Staatsanwaltschaften und dem Justizvollzug die vierte Säule der Strafrechtspflege in Niedersachsen.

Im AJSD arbeiten rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Aufgaben der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, der Gerichtshilfe sowie den Bereich Täter-Opfer-Ausgleich wahrzunehmen.

Justizsozialarbeiterinnen und Justizsozialarbeiter engagieren sich u.a. für die soziale Eingliederung von Straftäterinnen und Straftätern, erstellen Entscheidungshilfen für die Strafjustiz und bedienen sich der Mediation. Sie unterstützen die Klientinnen und Klienten dabei, die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden.

Der AJSD ist den Grundwerten von Toleranz, sozialer Gerechtigkeit, den Menschenrechten und der gewaltfreien Konfliktlösung verpflichtet.

Daraus resultieren eine wertschätzende Grundhaltung sowie ein ressourcen- und lösungsorientierter Arbeitsstil.

Der AJSD leistet Präventionsarbeit für unsere Gesellschaft und trägt zur inneren Sicherheit bei. Er kooperiert mit privaten Trägern und Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern der Straffälligen- und Opferhilfe und unterstützt ehrenamtliches Engagement.

Kontakt:

Ambulanter Justizsozialdienst Niedersachsen (AJSD)

Mühlenstraße 5

26122 Oldenburg

E-Mail: adol-poststelle@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.ajsd.niedersachsen.de>

Anne Frank Zentrum e.V.

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Mit Ausstellungen und Bildungsangeboten erinnert das Zentrum an Anne Frank und ihr Tagebuch. Es schafft Lernorte, in denen sich Kinder und Jugendliche mit Geschichte auseinandersetzen und diese mit ihrer heutigen Lebenswelt verbinden. Sie lernen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie zu engagieren. Das Anne Frank Zentrum zeigt eine ständige Ausstellung in Berlin und Wanderausstellungen in ganz Deutschland. Es setzt bundesweit Projekte um und entwickelt Materialien zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaust sowie mit Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung heute.

Eine Wanderausstellung des Anne Frank Zentrums wird u.a. im Strafvollzug präsentiert. Die Ausstellungspräsentationen sind als Beteiligungsprojekte für die jungen Gefangenen angelegt, fördern eine Sensibilisierung für und die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung und stärken außerdem die sozialen Kompetenzen der Teilnehmenden.

Kontakt:

Anne Frank Zentrum
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin
E-Mail: goepner@annefrank.de
Webseite: <http://www.annefrank.de>

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) ist ein bundesweiter Fachverband politischer Bildung.

Für alle Altersgruppen bieten wir ein Forum für fachlichen (Erfahrungs-)Austausch, Fort- & Weiterbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung. Der AdB ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden.

Zu den Mitgliedseinrichtungen gehören Jugendbildungsstätten, internationale Begegnungsstätten und Akademien u.a. der parteinahen Stiftungen.

Diese Einrichtungen widmen sich schwerpunktmäßig der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu Themen wie: Demokratie, Diversität, Migration, rassistischer und diskriminierungssensibler Bildungsarbeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, sowie Extremismusprävention.

Selbstverständnis und Ziele der politischen Bildung sind die Stärkung politischer und sozialer Urteils- und Handlungsfähigkeit, Mündigkeit und Empowerment.

Kontakt:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Mühlendamm 3

10178 Berlin

Tel.: +49 (0)30 400 401 25

E-Mail: jaenicke@adb.de

Webseite: <http://www.adb.de>

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Der Arbeitskreis Neue Erziehung e. V. (ANE) ist ein unabhängiger Verein, der sich an alle in Deutschland lebenden Eltern richtet, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrer religiösen Zugehörigkeit. Getreu seinem Motto „Mit Eltern – für Eltern“ setzt sich ANE seit 1946 für eine moderne, von gegenseitigem Respekt und demokratischen Prinzipien getragene Erziehung von Kindern ein.

ANE unterstützt Eltern seit über 70 Jahren dabei, ihre Kinder zu selbstbewussten und wachen Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft in Europa zu erziehen. Dazu wurde eine Reihe von Medien entwickelt, mit denen Eltern sich in Wort, Bild und Ton über das Wichtigste zum Thema „Erziehung“ informieren können.

Die ANE-Elternmedien werden von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis geprüft und fortlaufend aktualisiert. Sie sind verständlich geschrieben und in vielen Sprachen verfügbar.

Zum Thema „Gewaltfreie Erziehung“ verbreitet ANE insgesamt vier Print-Elternbriefe. In den Briefen wird eine Erziehungskultur vermittelt, die die Rechte und den Schutz des Kindes herausstellt und die Eltern mit Hinweisen zu einer gewaltfreien Erziehung in Familie, Kita und Schule unterstützt.

Für viele Eltern ist der Bezug der ANE-Elternmedien ganz oder teilweise kostenfrei.

Kontakt:

Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Hasenheide 54

10967 Berlin

Tel.: 03 259 006 24

E-Mail: hamdan@ane.de

Webseite: <http://www.ane.de>

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Das Archiv der Jugendkulturen ist ein Kompetenzzentrum für Jugendkulturen. Es sammelt, erforscht und vermittelt seit 1998 Kenntnisse zu Jugendkulturen und deren Lebenswelten, mit dem Anspruch, eine von Werturteilen freie, aber dennoch kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit Jugendszenen zu ermöglichen. Das Archiv betreibt eine Präsenzbibliothek in Berlin, publiziert zu Jugendkulturen, berät Behörden und andere Organisationen und realisiert bundesweit Veranstaltungen mit Szeneangehörigen für Erwachsene (u.a. Polizei) und Jugendliche zu Themenfeldern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (im Besonderen zu Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus) im Kontext von Jugendszenen. Am Infostand präsentiert das Archiv der Jugendkulturen insbesondere seine Bildungs-, Publikations- und Ausstellungsarbeit zu diesen Themenfeldern. Das Archiv der Jugendkulturen ist anerkannter Träger der politischen Bildung und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Es wird u.a. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Kontakt:

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Fidicinstraße 3, 10965 Berlin

Tel.: 030-6942934

Fax.: 030-6913016

E-Mail: gabi.rohmann@jugendkulturen.de

Webseite: <http://www.jugendkulturen.de>; www.culture-on-the-road.de; www.der-z-weite-blick.de

AUSSTEIGERPROGRAMM und Extremismusprävention Sachsen/LPR Sachsen

Das AUSSTEIGERPROGRAMM Sachsen (APro) unterstützt Personen, die sich im Einflussbereich extremistischer Gruppen oder Handlungszusammenhänge befinden, sich aus diesen lösen wollen und hierfür Unterstützung benötigen. Ziel ist es, Aussteigerinnen und Aussteigern einen Neustart in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir sprechen alle Menschen in Sachsen an, die mit ihren bisherigen Aktivitäten die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft bewusst abgelehnt haben und Militanz sowie Gewalt gegen Andere und staatliche Institutionen für legitime Mittel erachteten – jedoch nunmehr für einen Ausstieg bereit scheinen. Auch Familienangehörige, Freunde und Fachkräfte werden im Umgang mit Krisen- und Konfliktsituationen beraten und begleitet – mobil, kostenfrei, anonym und vertraulich.

Das APro ist ein gemeinsames Projekt des Landespräventionsrates Sachsen (LPR SN) mit nichtstaatlichen Organisationen.

In Sachsen unterstützt der LPR außerdem 20 kommunale „Partnerschaften für Demokratie“ (PfD) & deren Dach – die LAG Vielfalt – sowie mehrere Demokratie-Projekte bei Verbänden wie bspw. dem Landessportbund, dem DRK und Landesfeuerwehrverband im Rahmen des BMI-Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T).

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Wilhelm-Buck-Str. 4

01097 Dresden

Tel.: 0351/564-30900

Fax.: 0351/564-30909

E-Mail: lpr@smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.steig-aus.de>, www.lpr.sachsen.de

AVP e.V. – Projekt: streetwork@online

Das Präventionsprojekt streetwork@online wirkt einer islamisch begründeten Radikalisierung von Berliner Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16-27 Jahren entgegen. Dafür wird das Gespräch mit der Zielgruppe gesucht, um ihr Reflexionsvermögen zu stärken und sie bei ihrer Identitätsbildung zu unterstützen. Dabei kann das Projekt im Bereich der Primär- und Sekundärprävention verortet werden.

Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass vor allem bei jungen Menschen Social Media von großer Bedeutung für die Verbreitung von islamistischem Gedankengut und bei Radikalisierungsprozessen sind. Mit aufsuchender Sozialarbeit in den sozialen Netzwerken (Online-Streetwork), der Plattform lam-street Berlin und Workshops für Multiplikator*innen soll eine demokratische Debattenkultur und Medienkompetenz gefördert werden.

Das Projekt startete im Oktober 2017 und ist gefördert durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Träger ist der Verein AVP (Akzeptanz Vertrauen Perspektive) e.V., streetwork@online ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx).

Kontakt:

AVP e.V. – Projekt: streetwork@online

Postfach: 20 02 59

13512 Berlin

Tel.: 03049982300

E-Mail: bienstein@streetwork.online

Webseite: www.streetwork.online/

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat die Aufgabe, auf überparteilicher Grundlage das Gedankengut der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Bewusstsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen. Dabei ist es insbesondere Ziel, die demokratische Kompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu stärken, aus historischen Entwicklungen Lehren für die Zukunft zu ziehen, zur Toleranz- und Werteerziehung beizutragen, politisches Bewusstsein zu fördern, zu zivilgesellschaftlichem Engagement und Teilhabe an politischen Prozessen zu befähigen sowie zu ermutigen.

Durch präventive Aufklärungs- und Bildungsarbeit wirkt sie dem politischen und religiösen Extremismus sowie demokratiegefährdenden Haltungen und Handlungen entgegen.

Mit ihrer Aufklärungs- und Bildungsarbeit sensibilisiert sie für Gefährdungen in sozialen Medien und öffnet die Gesellschaft des digitalen Zeitalters für neue Formen demokratischer Mitgestaltung.

Kontakt:

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12
81925 München

E-Mail: uta.loehrer@stmuk.bayern.de

Webseite: <http://www.blz.bayern.de>

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Infostand des ressortübergreifenden „Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“.

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Odeonsplatz 3

80539 München

E-Mail: IMAG.Salafismus@stmi.bayern.de

Webseite: <http://www.antworten-auf-salafismus.de>

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Das Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern ist ein Zusammenschluss aus staatlichen Behörden sowie nicht-staatlichen Institutionen. Zu uns gehören die Beratungsangebote der Regionalzentren für demokratische Kultur, der Beratung für Betroffene rechter Gewalt, des Betrieblichen Beratungsteams und der Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bildungs-, Innen-, Justiz-, und Sozialministerium. Die Grundlagen unserer Arbeit sind das vom Landtag verabschiedete Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ und Beschlüsse der Landesregierung sowie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Wir unterstützen und stärken die Zivilgesellschaft in ihren Bemühungen, antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen und entgegenzutreten sowie demokratische Alltagspraxis zu stärken und weiterzuentwickeln. Unsere Beratungsangebote richten sich an Personen, Vereine, Verbände, Schulen, Kirchen, Kommunen, staatliche Regelstrukturen, Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen, die sich aktiv für unsere Gesellschaft engagieren wollen und Unterstützung beim Ausbau ihrer Handlungskompetenz gegen demokratiefeindliche Phänomene suchen.

Wir stellen Ihnen unsere Angebote, Handlungsempfehlungen und Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit vor.

Kontakt:

Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Jägerweg 2

19053 Schwerin

E-Mail: k.benkenstein@lpb.mv-regierung.de

Webseite: <http://www.beratungsnetzwerk-mv.de>

Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Seit Januar 2012 gibt es die Beratungsstelle Radikalisierung. An diese können sich alle Personen wenden, die sich um die mögliche religiös begründete Radikalisierung eines Angehörigen, Freundes oder Bekannten sorgen. Oft ziehen sich die Betroffenen stark aus ihrem bisherigen Umfeld zurück. Dies führt bei Freunden, besonders aber bei Eltern zu Verunsicherung und Ängsten. Hier ist professionelle Beratung wichtig und notwendig. Dazu bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine telefonische Erstberatung an. Im weiteren Verlauf wird diese Beratung vor Ort durch zivilgesellschaftliche Kooperationspartner übernommen.

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

E-Mail: Ref71CPosteingang@bamf.bund.de

Webseite: www.bamf.de

Berliner Aids-Hilfe e.V.

Das Youthwork-Team der Berliner Aids-Hilfe möchte seine langjährige, regionale Arbeit im Bereich Gesundheitsprävention und Anti-Diskriminierung vorstellen. Zielgruppen sind dabei Berliner Schulklassen, Jugendliche in Jugend-WGs, im Jugendarrest und in jugendspezifischen Settings. Wir erreichen auch Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Auszubildende als Multiplikator_innen. Ziele unserer Arbeit sind die Verhinderung von Krankheiten, die Förderung von sexueller Gesundheit und Eigenverantwortung genauso wie die Sensibilisierung für vielfältige Lebenswelten.

In unserer Arbeit setzen wir uns mit der Stigmatisierung und Ausgrenzung von bestimmten Menschengruppen auseinander und fordern eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft von Menschen, die mit HIV leben oder davon betroffen sein könnten. In einem besonderen Projekt namens Safer Welcome vermitteln wir geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen grundlegende Informationen zu Sexualität, sexueller Gesundheit und Diversity. Dabei steht der Austausch zwischen ehrenamtlichen Peer-Edukatoren und geflüchteten Jugendlichen über unterschiedliche und gemeinsame Werte und Normen, kulturelle Einstellungen und Erfahrungen in verschiedenen Ländern im Mittelpunkt. Mit unseren Workshops wie auch Veranstaltungen vor Ort wollen wir einen Beitrag zu einer offenen, akzeptierenden und vielfältigen Gesellschaft leisten.

Kontakt:

Berliner Aids-Hilfe e.V.

Kurfürstenstraße 130

10785 Berlin

Tel.: 030-88564051

E-Mail: luise.ihrig@berlin-aidshilfe.de

Webseite: <https://berlin-aidshilfe.de/angebote/youthwork>

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung ist eine staatliche überparteiliche Bildungseinrichtung. Unser Motto „verstehen | beteiligen | verändern“ veranschaulicht unser Ziel. Wir wollen Orientierung in einer unübersichtlichen Welt bieten. Dabei stellen wir unterschiedliche Standpunkte zur Diskussion und regen die eigene Urteilsbildung an. Wir wollen die Berlinerinnen und Berliner darin unterstützen, Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage und motivieren zu politischer Teilhabe. Wir laden dazu ein, auf Grundlage der Menschenrechte gemeinsame Ideen für das demokratische Zusammenleben in Berlin zu entwickeln.

Wir veranstalten Foren zu aktuellen Themen, Tagungen zu Fragen der politischen Bildung, Fortbildungen, Lesungen, Stadtrundgänge, Filmvorführungen usw. Wir stellen in unserem Besuchszentrum Bücher zu politischen, gesellschaftlichen und historischen Themen bereit. Daneben produzieren wir eigene Publikationen, die aktuelle Berliner Themen auch in einfacher Sprache vermitteln.

Mit Online-Angeboten, Ausstellungen, Kampagnen, Projekten und Events und der finanziellen Förderung von Bildungsprojekten runden wir unser Angebot ab.

Kontakt:

Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Hardenbergstraße 22-24
10623 Berlin

Tel.: 030-902274966

Fax.: 030-902274960

E-Mail: landeszentrale@senbjf.berlin.de

Webseite: <https://www.berlin.de/politische-bildung>

Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskrimi- nierung, Abteilung Antidiskriminierung / Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Berlin ist eine vielfältige und weltoffene Metropole. Rechts-
extremismus, Rassismus und Antisemitismus bedrohen
das Selbstverständnis Berlins als Stadt der Vielfalt. Diskri-
minierungen im Alltag, die Schändung von Gedenksteinen,
rechtsmotivierte Gewalt – die Probleme zeigen sich in ver-
schiedenen Facetten, in allen Stadtteilen und allen Gesell-
schaftsschichten. Der Berliner Senat nimmt diese Probleme
sehr ernst und unterstützt Akteure in ihrem Engagement für
eine Kultur der Anerkennung, des Respekts und der Men-
schenwürde.

Das Referat „Demokratieförderung und Prävention“ der Ab-
teilung Antidiskriminierung / Landesstelle für Gleichbehand-
lung – gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Jus-
tiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung setzt sich mit
vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen für die Eindämmung
von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus
ein. Zentrale Instrumente stellen dabei

- das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Ras-
sismus und Antisemitismus“, das Demokratieinitiativen und
ihre Arbeit gegen Menschenverachtung fördert, sowie
- das Landes-Demokratiezentrum, das alle Projekte und Ak-
tivistiken koordiniert und steuert, die im Rahmen des Bun-
desprogramms „Demokratie leben!“ im Land Berlin durch-
geführt werden, dar.
- Weiterhin gefördert werden Projekte, die zur Islamismus-
Prävention in Berlin beitragen.

Kontakt:

Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidis-
kriminierung, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskrimi-
nierung (LADS), Referat „Demokratieförderung und Prävention“
Salzburger Str. 21-25, 10825 Berlin

Tel.: 030-90133498

E-Mail: ulf.buenermann@senjustva.berlin.de

Webseite: [https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechts-
extremismus-rassismus-antisemitismus/](https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechts-
extremismus-rassismus-antisemitismus/)

Berufsbildungswerk GmbH (bfw)

bfw Segment Reso

Kontakt:

Berufsbildungswerk GmbH (bfw)

Hohmannstr. 6

04129 Leipzig

E-Mail: reso-ost@bfw.de

Webseite: <http://www.bfw.de>

BIG e.V. Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

ECHT FAIR! – die interaktive Ausstellung für Kinder und Jugendliche zur Gewaltprävention

Die Ausstellung ECHT FAIR! nimmt einen Aspekt schulischer Gewaltprävention in den Blick, der sonst selten angemessen berücksichtigt wird: die Tatsache, dass viele Kinder und Jugendliche Betroffene von häuslicher Gewalt sind. Diese oft gravierenden Erfahrungen miterlebter Partnerschaftsgewalt zwischen den Eltern beeinträchtigen häufig die schulische Leistungsfähigkeit und beeinflussen das Konfliktverhalten, was auch an Schulen zu massiven Problemen führen kann. Da das Miterleben häuslicher Gewalt auch schwerwiegende psychosoziale Folgen haben kann, gibt ECHT FAIR! wichtige Hinweise für alle Besucher*innen, wie und wo Kinder und Jugendliche Hilfe bekommen.

Mit der interaktiven Ausstellung ECHT FAIR und dem praxisnahen Begleitmaterial wird Schulen und anderen interessierten Einrichtungen ein Konzept an die Hand gegeben, das Ursachen und Auswirkungen von Gewalt ganzheitlich betrachtet, Hilfsangebote aufzeigt, Perspektiven eröffnet, Schüler*innen in ihren Rechten stärkt, ein faires Miteinander fördert und dabei einfach auch Spaß macht!

ECHT FAIR! ist eine Ausstellung der BIG Prävention, einer Einrichtung von BIG e.V.

Das Konzept entstand in Kooperation mit dem Präventionsbüro PETZE.

Gefördert mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Kontakt:

BIG e.V. Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

Durlacher Str. 11a

10715 Berlin

E-Mail: mail@big-praevention.de

Webseite: <http://www.big-berlin.info/>

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Der BDK vertritt kompetent und ausschließlich die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei und aller in der Kriminalitätsbekämpfung Beschäftigten, Beamte wie Tarifbeschäftigte, und setzt sich für die wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein.

Der BDK zählt bereits heute die überwiegende Mehrheit aller Kriminalbeamtinnen und -beamten zu seinen Mitgliedern. Der BDK strebt zu den Trägern politischer Verantwortung, zu anderen Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie zu den Medien ein den gemeinsamen Interessen dienendes Verhältnis an. Durch das Wirken im politischen Raum, in der Öffentlichkeit und in der polizeilichen Organisation – so hat es der BDK in seinem Grundsatzprogramm festgeschrieben – leistet er seinen Beitrag zur Entwicklung einer praxisnahen, realistischen und fortschrittlichen Kriminalitätskontrolle.

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Poststr. 4-5

10178 Berlin

Tel.: 030 2 46 30 45 0

Fax.: 030 2 46 30 45 29

E-Mail: bdk.bgs@bdk.de

Webseite: <http://www.bdk.de>

Bundesamt für Justiz

Bundesamt für Justiz – Härteleistungen des Bundes für Opfer extremistischer Übergriffe

Der Deutsche Bundestag stellt jährlich Finanzmittel bereit, mit denen Opfern extremistischer Übergriffe eine Härteleistung zugesprochen werden kann. Diese Härteleistung kann den Opfern in vielen Fällen kurzfristig Erleichterung verschaffen. Sie ist Ausdruck der Solidarität der Gemeinschaft aller mit den Opfern und Ausdruck der gesellschaftlichen Ächtung solcher Taten. Zuständig für die Entscheidung über die Gewährung von Härteleistungen ist das Bundesamt für Justiz in Bonn. Am Infostand des Bundesamtes sind Informationen über Möglichkeiten und Voraussetzungen der Antragstellung, Antragsformulare, Merkblätter und Informationsflyer erhältlich. Zielgruppe sind alle Stellen, die als Informations-träger und -verteiler für das Opfer bei der Antragstellung behilflich sein können. Hierzu gehören Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Opferberatungsstellen, Opferverbände, Integrations-, Migrations- sowie Präventionseinrichtungen, aber auch Sozialdienste, Rettungs- und Hilfsdienste, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen.

Kontakt:

Bundesamt für Justiz
Adenauer Allee 99 – 103
51113 Bonn
Tel.: +49 228 99 410-5288
E-Mail: opferhilfe@bfj.bund.de
Webseite: <http://www.bundesjustizamt.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus stellt sich und die Arbeit der Mitglieder vor. Infomaterial der BAG RelEx und der Mitglieder des Vereins (Prävention gegen religiös begründeten Extremismus) wird bereitgestellt.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Luisenstraße 41
10117 Berlin

E-Mail: info@bag-relex.de

Webseite: <http://www.bag-relex.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt ist ein interinstitutioneller, interkultureller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen häuslicher Gewalt in Deutschland.

Ihm gehören Einrichtungen an, die mit Tätern und Opfern arbeiten, Opferschutz leisten und gewaltpräventiv wirken.

Unsere Mitgliedsinstitutionen arbeiten in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen gegen häusliche Gewalt mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern und Beratungsstellen zusammen.

Der von der BAG Täterarbeit Häusliche Gewalt gemeinsam mit dem Bundesfrauenunterstützungsverbänden erarbeitete Standard für die Arbeit mit männlichen Tätern ist in der Istanbul-Konvention erläutert und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im März veröffentlicht worden.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt
e.V.

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

E-Mail: daniela.hirt@taeterarbeit-bag.de

Webseite: <https://www.bag-taeterarbeit.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG Ausstieg) ist der bundesweite Dachverband zivilgesellschaftlicher Akteure der Ausstiegs- und Distanzierungshilfe aus extrem rechten Zusammenhängen. Sie hat die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Themenfeld zum Ziel und setzt sich parteiunabhängig für eine fachliche Arbeit ein. Vernetzung und Kooperation zwischen einzelnen Ausstiegsberatungen machen dabei eine individuelle, flexible und bedarfsgerechte Ausstiegshilfe möglich, auch weil die einzelnen Mitglieder lokal und regional in Regelstrukturen eingebunden sind.

An ihrem Stand wird die BAG mit Informationsmaterial der Mitglieder und des Dachverbands auf sich und die Relevanz zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit aufmerksam machen. Ein besonderer Fokus soll auch auf der kommenden Fort- und Weiterbildung zur Ausstiegsberaterin/ zum Ausstiegsberater liegen. Die Anfang 2019 veröffentlichten „Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit mit extrem rechten Menschen“ und die Dokumentation des Fachtages „Einmal Nazi, immer Nazi?“ werden Einblicke in die Arbeit der BAG als Dachverband und in die Praxis zivilgesellschaftlicher Ausstiegsberatungen bieten. Außerdem wird am Stand der Informationsfilm der BAG Ausstieg über Tablets zu sehen sein. Zusätzlich stehen Vertreter*innen der Bundesarbeitsgemeinschaft zum persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.
Carl-Zeiss-Platz 3
07743 Jena
Tel.: 03641-2674130
E-Mail: tobias.lehmeier@bag-ausstieg.de
Webseite: <http://www.bag-ausstieg.de>

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss der bundesweit tätigen Träger der politischen Bildung.

Der ehrenamtlich geführte Verein dient der Vernetzung und Beratung, der Vertretung der Interessen der politischen Bildung gegenüber Ministerien und Behörden und dem fachlichen Austausch.

Der bap ist Herausgeber des „Journals Politische Bildung“. Der bap vergibt alle zwei Jahre den Preis Politische Bildung, ist Mitveranstalter des Bundeskongresses Politische Bildung, der gemeinsam von der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) durchgeführt wird. Die Erarbeitung von Stellungnahmen und Expertisen zu fachlich relevanten Themen zählt zum Aufgabenbereich. Im bap sind 26 bundesweit tätige Organisationen der Politischen Bildung Mitglied.

Am Stand präsentieren wir: Information über die Aktivitäten der pluralen Trägerlandschaft der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland.

Schwerpunkte sind Demokratieförderung, Prävention gegen Rechtsextremismus, religiösen Extremismus, antirassistische

Bildungsarbeit. Mobile Beratung zu den genannten Themen. Angebote zu den gesamten Themen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Gefördert wird der bap durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Kontakt:

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Robertstraße 5a

42107 Wuppertal

Tel.: 0202 97 404 15

Fax.: 0202 97 404 20

E-Mail: menke@bap-politischebildung.de

Webseite: <http://www.bap-politischebildung.de>

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Auf dem Info-Stand des BMJV liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Der Info-Stand auf dem 24. DPT wird vom BMJV zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37

10117 Berlin

E-Mail: stefanie.martz@bfj.bund.de

Webseite: <http://www.bmjv.de>

Bundesnetzwerk! Zivilcourage

Das Bundesnetzwerk! Zivilcourage ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher Vereine, Institutionen, Stiftungen und Einzelpersonen, die sich für eine zivilcouragierte Gesellschaft stark machen. Unterstützt wird das Bundesnetzwerk! Zivilcourage vom Courage! Office. Dieses koordiniert und organisiert im Namen des Bundesnetzwerk! Zivilcourage Veranstaltungen und Aktionen für das gesamte Netzwerk und stellt so eine bessere Vernetzung und Sichtbarkeit all derer sicher, die überall in Deutschland einen wertvollen Beitrag für Zivilcourage leisten.

Kontakt:

Courage! Office c/o Fabian Salars Erbe e.V.

Neugasse 1

64625 Bensheim

E-Mail: info@courage-office.de

Webseite: www.bundesnetzwerk-zivilcourage.de und www.courage-office.de

Bundespolizeipräsidium

Kriminalprävention

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Gewaltdelikten im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich setzt die Bundespolizei, neben Maßnahmen der individuellen Gefahrenabwehr und Repression, auch auf eine gezielte Kriminalprävention. Im Zusammenwirken mit anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen werden vielfältige Maßnahmen entwickelt, die darauf abzielen, den allgemeinen Entstehungsbedingungen von Kriminalität entgegenzuwirken und Möglichkeiten der Tatbegehung sowie das Risiko der Opferwerdung zu reduzieren.

Die Ausstellungsbesucher werden

- das Berliner Modell der kriminalpräventiven Netzwerkarbeit für den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs kennenlernen.
- über aktuelle kriminalpräventive Projekte und Maßnahmen der Bundespolizei zur Gewaltreduzierung [u.a. im Zusammenhang mit der Thematik des Mitführens von Schutzbewaffnung] und Förderung der Zivilcourage informiert.
- sich über Möglichkeiten zur Nutzung „neuer Medien“ im Rahmen der Polizeilichen Kriminalprävention austauschen können.
- das Community Policing-Format der Bundespolizei „Coffee with a Cop“ kennenlernen.

Die Bundespolizei freut sich auf Ihren Besuch.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 97 997-0

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: <http://www.bundespolizei.de>

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.

Über 7 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Nach der Veröffentlichung der leo-level-One Studie der Universität Hamburg ist empirisch belegt, dass 14,5% der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Bereich des funktionalen Analphabetismus fallen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz die AlphaDekade 2016-2026 ausgerufen.

Die Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens sind die Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe in modernen Wissensgesellschaften wie der unseren. Insbesondere Strafgefangene sind auf die genannten Fähigkeiten angewiesen, um ihren Haftalltag zu meistern, die haftinternen Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen und somit ihre Chancen auf eine positive Legalbewährung zu erhöhen. Sowohl im Strafvollzug wie auch im Übergangsmangement und der Nachsorge stellt Alphabetisierung und Grundbildung einen zentralen Baustein im Mosaik der Rückfallprävention von (ehemaligen) Straftätern dar. Am Stand werden neue Erkenntnisse aus der Strafgefangenen-Alphabetisierung präsentiert und die Standbesucher erhalten auch die Möglichkeit ihre eigenen Schriftsprachfähigkeiten zu erproben. Unterrichtskonzepte und neue Lehrmaterialien werden präsentiert und es wird über verschiedene Best-Practice-Beispiele zur Ansprache und Motivation zukünftiger Teilnehmer informiert.

Kontakt:

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.
Berliner Platz 8-10
48143 Münster
E-Mail: t.henning@alphabetisierung.de
Webseite: <http://www.alfa-mobil.de>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

„Trau dich!“ Bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs

„Trau dich!“, die bundesweite Initiative zur Prävention des sexuellen Kindesmissbrauchs, ist Teil der Strategie der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und setzt die Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ und der Geschäftsstelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs um. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ist gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für die Konzeption und Entwicklung der Initiative verantwortlich und führt sie in enger Kooperation mit den Bundesländern und den Fachstellen gegen sexualisierte Gewalt durch.

„Trau dich!“ richtet sich mit verschiedenen Bausteinen an 8-12jährige Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrkräfte. Es geht um die Rechte der Kinder auf Schutz vor Gewalt und Missbrauch sowie das Recht auf Aufklärung und Hilfe. Ziel ist es, Kindern Strategien bei Grenzverletzungen zu vermitteln. Eltern werden sensibilisiert und Lehrkräfte fortgebildet. Auf regionaler Ebene werden Anlaufstellen bekannter gemacht und Netzwerkbildung unterstützt. Kernbaustein ist ein Theaterstück. Zudem gibt es Online Angebote und Begleitmaterialien für alle Zielgruppen (www.trau-dich.de).

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Maarweg 149-161

50825 Köln

E-Mail: yannic.heidkamp@projecta-koeln.de

Webseite: <http://www.trau-dich.de>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr.

Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um.

Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.liebesleben.de

www.sexualaufklaerung.de

www.drugcom.de

www.null-alkohol-voll-power.de

www.kenn-dein-limit.info

www.rauch-frei.info

www.gutdrauf.net

www.kinderstarkmachen.de

www.kindergesundheit-info.de

www.fruehehilfen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Maarweg 149-161

50825 Köln

Tel.: 0221 8992 0 (Zentrale)

Fax.: 0221 8992 300

E-Mail: poststelle@bzga.de

Webseite: www.bzga.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Das Bundesministerium des Innern hat die Bundeszentrale für politische Bildung außerdem mit der Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) betraut. Seit 2011 ist auch die Geschäftsstelle des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) Teil der bpb. Zu beiden Programmen finden Sie am Infostand der bpb weiterführende Informationen. Darüber hinaus können Sie sich zu den vielfältigen Printangeboten der bpb zu den Themen Demokratiepädagogik, Extremismus und Prävention informieren. Zusätzlich stellt sich der „Infodienst Radikalisierungsprävention“ – ein Online-Portal und Newsletter – am Stand vor.

Erstmalig hat die bpb einen eigenen, programmatischen Slot erhalten: das Forum „Politische Bildung“. In unterschiedlichen Formaten präsentieren die bpb und ihre Partner dabei Best-ofs der politischen Bildung und Prävention. Zusätzlich findet sich die bpb in der Ausstellungshalle mit weiteren Partnern zu einer „Straße der politischen Bildung“ zusammen.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
Tel.: 0228-99 515 0
E-Mail: info@bpb.de
Webseite: www.bpb.de

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Das Bündnis gegen Cybermobbing e.V. ist 2011 als gemeinnütziger Verein gegründet worden. Es besteht aus einem Netzwerk von engagierten Eltern, Pädagogen, Juristen und Präventionsexperten.

Das Ziel ist es, die Gesellschaft für die Problematik „Cybermobbing“ zu sensibilisieren, aber auch Aufklärungs-, Forschungs- und Präventionsarbeit, unter anderem an Schulen zu leisten.

Ein Beispiel unserer Arbeit an Schulen ist das Präventionsprogramm „Wir alle gegen Cybermobbing“. Es handelt sich um ein ganzheitliches Konzept, das Lehrkräfte, Schüler/innen und Eltern miteinbezieht. Das Programm wurde schon an über 100 Schulen erfolgreich durchgeführt.

Durch diese umfassende Methode werden Schulen entlastet, Eltern unterstützt, Kinder und Jugendliche informiert und sensibilisiert.

Informieren auch Sie sich unter:

<https://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de/schulen/praeventionsprogramm.html>

Kontakt:

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Leopoldstr. 1

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-1600915

E-Mail: info@buendnis-gegen-cybermobbing.de

Webseite: <http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de>

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Camino gGmbH ist ein praxisorientiertes Institut in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Evaluation und wissenschaftliche Begleitung von Projekten, Maßnahmen und Programmen, praxisnahe Forschung sowie Fortbildung und Praxisberatung. Unsere Themenfelder sind Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Teilhabe, Demokratie und Menschenrechte sowie Gewalt- und Radikalisierungsprävention.

Als Träger der Berliner Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt führen wir ein regelmäßiges sozialraumbezogenes Monitoring zur Jugendgewaltdelinquenz sowie Evaluationen zu unterschiedlichen Themen wie Kiezorientierte Gewaltprävention oder Gewaltprävention an Schulen durch. Wir setzen wissenschaftliche Begleitungen im Rahmen größerer Bundesprogramme um – so sind wir im Programm „Demokratie leben!“ für die wissenschaftliche Begleitung von Partnerschaften für Demokratie und der Modellprojekte zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft zuständig. Weiterhin führen wir Evaluationen unterschiedlicher Landesprogramme durch, aktuell u.a. die Evaluation des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt, Respekt – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“. Andere Projekte von Camino beschäftigen sich beispielsweise mit der Diskriminierung von LSBTI-Personen, gefördert von der Berliner Landesantidiskriminierungsstelle (LADS).

Kontakt:

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und
Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Boppstraße 7, 10967 Berlin

Tel.: 030 6107372-0

Fax.: 030 6107372-29

E-Mail: mail@camino-werkstatt.de

Webseite: <http://www.camino-werkstatt.de>

CJD Berlin-Brandenburg

Das Projekt Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI) ist im CJD Berlin-Brandenburg seit nunmehr 17 Jahren fest verankert. In den drei Projektfeldern Anlauf- und Beratungsstelle, Arbeit statt Strafe und Ambulante, soziale und berufsorientierende Angebote unterstützen die HSI Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Vielzahl von lokalen und regionalen Kooperationspartnern Inhaftierte und haftgefährdete Menschen bei

- der Entwicklung ihrer Persönlichkeit
- der Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit
- der (Re-)Integration in den Bildungs- und Arbeitsmarkt
- der Vermeidung erneuter Straffälligkeit.

Kontakt:

CJD Berlin-Brandenburg

Reetzer Straße 73

19348 Perleberg

Tel.: 03876-783428 und 0173 745 82 62

Fax.: 03876-783430

E-Mail: andrea.lind-wetzlmair@cjdpignitz.de

CJD Nord

Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. ist ein Bildungs- und Sozialunternehmen, welches seine Arbeit auf Basis des christlichen Menschenbildes gestaltet. Die bundesweite Arbeit des CJD e.V. ist in 16 Verbänden und mehreren Tochtergesellschaften organisiert. Mehr als 10.000 Mitarbeitende sind dabei in verschiedensten Aufgabenfeldern der sozialen Arbeit als Chancengeber tätig.

Das CJD Nord ist als einer der 16 Verbände mit seinen Angeboten der schulischen, beruflichen, rehabilitativen und inklusiven Bildung und Förderung, Betreuung und Pflege von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein tätig.

Politische Bildung ist ein Handlungsfeld der Persönlichkeitsbildung und ein grundlegender Auftrag der pädagogischen und sozialen Arbeit im CJD. Einen Schwerpunkt bilden Beratungs- und Bildungsangebote zur Stärkung und Förderung von Demokratie, zur Distanzierung von extremen und menschenabwertenden Einstellungen sowie Verhinderung von Radikalisierung.

Das CJD Nord verfügt mit einem Regionalzentrum für demokratische Kultur und dem Ausstiegsangebot JUMP in Mecklenburg-Vorpommern über langjährige Expertise in diesem Feld. So konnten Methoden und Handlungsabläufe entwickelt werden, die sich in der Fortbildung und Beratung von Multiplikator*innen, Fachkräften und Angehörigen sowie in der Ausstiegsbegleitung bewährt haben.

Kontakt:

CJD Nord

Siegfried-Marcus-Str. 45

17192 Waren (Müritz)

Tel.: 03991 632919-53

Fax.: 03991 632919-57

E-Mail: samuel.vonfrommannshausen@cjd-nord.de

Webseite: <http://www.cjd-nord.de>

Comic On! Theaterproduktion Köln

Seit 1990 ist Comic On! als Tourneetheater im gesamten deutschsprachigen Raum für Kinder- und Jugendliche auf Tour. Comic On! bringt Theater dorthin, wo Kinder und Jugendliche sind.

Comic On! möchte den kleinen und großen Zuschauern mit seinen Theaterstücken ein bleibendes und bildendes Erlebnis bieten, ihnen soziale und solidarische Kompetenzen vermitteln. In dem langjährigen und erfahrenen Team wagt die Theaterproduktion sich immer wieder an aktuelle, brisante Themen und setzt diese künstlerisch um.

In 30 Jahren Theatergeschichte konnte Comic On! mit 30 Produktionen mehr als 1,8 Mio. Zuschauer erreichen.

Durchschnittlich spielt Comic On! pro Aufführung für ca. 300 Kinder oder Jugendliche.

Zur Zeit ist Comic On! mit Präventionstheaterstücken zu den Themen Cybermobbing, Medienkompetenz, Sexting und Persönlichkeitsentwicklung im Social Media-Zeitalter für unterschiedliche Altersklassen bundesweit unterwegs.

Kontakt:

Comic On! Theaterproduktion Köln

Florastr. 55-57

50733 Köln

Tel.: 0221-210272

E-Mail: comic-on@comic-on.de

Webseite: <http://www.comic-on.de>

Cultures Interactive e.V.

cultures interactive (CI) ist ein bundesweit und international tätiger Fachträger zu Jugendkulturen in der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Mit den Projekten Fair*In und PHÄNO_cultures stellt CI zwei Projekte der Radikalisierungsprävention näher vor.

Das Projekt PHÄNO_cultures möchte junge Menschen zwischen 14 und 20 Jahren durch eine phänomenübergreifende politische (Jugendkultur-) Bildung in Schulprojekttagen und Workshops ansprechen. Dabei werden aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen thematisiert, neue Ausdrucksformen eröffnet und durch Reflektion und Perspektiv austausch die Resilienz/Widerstandskraft gegen Radikalisierung bei jungen Menschen gestärkt.

Das Projekt Fair*In – Genderreflektierte Rassismusprävention hat zum Ziel, rassistische sowie (hetero-)sexistische und homophobe Haltungen von Jugendlichen abzubauen. Eine besondere Bedeutung wird dabei der Erkenntnis beigemessen, dass diese häufig nicht nur auf kognitiver, sondern auf affektiver Ebene vorhanden sind. Einen Schwerpunkt in der Bearbeitung dieser Phänomene legt das Projekt auf moderierte Begegnungsformate zwischen einheimischen und geflüchteten Jugendlichen, in denen durch Perspektivwechsel und gegenseitiges Kennenlernen rassistische, sexistische und andere diskriminierende Affekt-Haltungen irritiert und abgebaut werden können.

Kontakt:

Cultures Interactive e.V.

Mainzer Str.11

12053 Berlin

E-Mail: gross@cultures-interactive.de

Webseite: <http://www.cultures-interactive.de>

Das Palaverzelt® – mit Kindern Konflikte lösen

Das Palaverzelt® wurde von Prof. Dr. Ansgar Marx (iko Institut für Konfliktlösungen) und einem Team von KitaleiterInnen, ErzieherInnen sowie Studierenden der Ostfalia Hochschule entwickelt.

Das Konfliktlösungsritual wurde speziell für Kitas und Grundschulen konzipiert. Es basiert auf der Mediationsmethode und beinhaltet daneben Elemente der Gewaltfreien Kommunikation.

Mit spielerischen Materialien üben 5 bis 10-jährige Kinder, ihre eigenen Streitigkeiten weitgehend selbstbestimmt zu lösen.

ErzieherInnen, LehrerInnen und PM erhalten mit der Methode ein leicht erlernbares Instrument, um pädagogisch konstruktiv auf Konfliktsituationen zwischen Kindern zu reagieren.

Kinder erlernen ein Modell, das sie befähigt, eigene Gefühle auszudrücken, die eigenen Bedürfnisse und die des anderen Kindes ernst zu nehmen und selbständig eine Konfliktlösung zu erarbeiten.

Ziel ist die Entwicklung pro-sozialen Verhaltens und die Förderung emotionaler Kompetenzen. Das Programm versteht sich als Beitrag zur Friedenserziehung und Gewaltprävention.

Das Palaverzelt® ist als Gewaltpräventionsprogramm in der grünen Liste Prävention des LPR Niedersachsen aufgeführt. Es wird in zahlreichen Schulen und Kitas eingesetzt und seit 2010 fortlaufend über ein Hochschulprojekt evaluiert. Mehr als 1000 dokumentierte Fälle belegen die hohe Wirksamkeit.

Kontakt:

iko Institut für Konfliktlösungen

Bauermeisterwinkel, 16

38302 Wolfenbüttel

Tel.: 05331-935451

E-Mail: iko.institut@t-online.de

Webseite: <http://www.palaverzelt.de> www.iko-info.de

„Demokratie leben!“

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kontakt:

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Auguste-Viktoria-Str. 118

14193 Berlin

Tel.: 030-6980770

E-Mail: demokratie-leben@bafza.bund.de

Webseite: www.demokratie-leben.de

Demokratieförderung und Prävention mit Lions-Quest

Das Lebenskompetenzprogramm Lions-Quest fördert zielgerichtet und nachhaltig junge Menschen zwischen 10 und 21 Jahren: Lions-Quest fördert die Resilienz und wirkt sich positiv auf soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen aus. Es stärkt das Selbstbewusstsein, die interkulturelle Achtsamkeit sowie die Fähigkeit zur Reflexion und Konfliktlösung bei Schülerinnen und Schülern. Als zwei- bis dreitägige Lehrerfortbildung angeboten, lässt sich das Präventionsprogramm problemlos im Schulalltag integrieren. Davon profitiert das gesamte Klassen- und Schulklima.

Bundesweit von allen Kultusministerien anerkannt, richtet sich die Fortbildung in unterschiedlichen Seminarangeboten direkt an Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen und pädagogisches Personal. Die Seminare werden ausschließlich von qualifiziert ausgebildeten und zertifizierten Lions-Quest Trainerinnen und Trainern geleitet. Alle Trainerinnen und Trainer sind in der Regel selbst Lehrkräfte oder haben einen deutlichen Bezug zur Lebenswelt Schule.

Sie haben Fragen?

Ingeborg Vollbrandt, Lions-Quest Programmreferentin, und Dr. Peter Sicking, Lions-Quest Programmleiter, sind am Lions-Quest Stand gerne für Sie da.

Kontakt:

Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Bleichstrasse 3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-9915481

Fax.: 0611-9915483

E-Mail: i.vollbrandt@Lions-Hilfswerk.de

Webseite: <http://www.lions-quest.de>

Denkzeit-Gesellschaft e.V. – Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlich begründeter Methoden psychosozialer Arbeit mit jungen Menschen

Die Denkzeit-Gesellschaft entwickelt als gemeinnütziger Freier Träger der Jugendhilfe seit 16 Jahren psychoanalytisch fundierte, pädagogische Einzeltrainingsprogramme für delinquente und deviante junge Menschen und wendet diese erfolgreich berlin- und bundesweit an.

Unsere Klient(inn)en können über richterliche Zuweisung (§§10,61 JGG), im Rahmen einer HzE-Maßnahme (§27 SGB VIII) oder Haftstrafe am Training teilnehmen. Im Fokus steht die Fortentwicklung psychosozialer Fähigkeiten wie Affektwahrnehmung und -differenzierung, Impuls- und Affektkontrolle, Perspektivenübernahme und Antizipation. Programmabhängig kommt eine pädagogische Diagnostik der Selbst- und Beziehungsregulierung zum Einsatz.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Fortbildung interessierter Kolleg(inn)en, u.a. in den Themenbereichen Gewalt, Affekt- und Moralentwicklung, Trauma und Traumafolgen, Selbst- und Beziehungsregulierung, pädagogische Diagnostik und Radikalisierung. Außerdem bilden wir regelmäßig Kolleg(inn)en zu Denkzeit-Trainer(inne)n weiter.

Im Rahmen verschiedener Projekte setzen wir uns zudem mit dem Thema Radikalisierung(-sprävention) auseinander, fördern den fachlichen Austausch, beraten und bilden fort. Mit dem Blickwechsel-Training bieten wir ambulant und in Haft ein psychodynamisch fundiertes, pädagogisches Einzeltraining für radikalisierte und gefährdete junge Menschen an.

Kontakt:

Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Goebenstraße

10783 Berlin

Tel.: 030-68915666

E-Mail: info@denkzeit.com

Webseite: <https://www.denkzeit.info>

Der Paritätische Landesverband Sachsen-Anhalt e.V./Landesintervention und -koordination häusliche Gewalt und Stalking – LIKO

Vorstellung Landesweites Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt in Sachsen-Anhalt:

Das landesweite Netzwerk besteht aus einer Vertreterin bzw. eines Vertreters einer Landesarbeitsgemeinschaft oder Fachberatungsstelle, die aktiv gegen Gewalt im sozialen Nahraum tätig sind: Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, LAG der Frauenzentren, LAG der Interventionsstellen, LAG für Betroffene von sexualisierter Gewalt, Täterberatungsstellen, Fachstelle gegen Frauenhandel, Zwangsverheiratung und ehrbezogene Gewalt. Das Landesnetzwerk wird durch den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. und der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt.

Kontakt:

Der Paritätische Landesverband Sachsen-Anhalt e.V./
Landesintervention und -koordination häusliche Gewalt und
Stalking – LIKO

Wiener Straße 2, 39112 Magdeburg

Tel.: 0391-6293523

Fax.: 0391-6293596523

E-Mail: liko@paritaet-lsa.de

Webseite: <http://www.liko-sachsen-anhalt.de>

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (Efus) zählt derzeit 255 Städte und Gemeinden aus 16 europäischen Ländern zu seinen Mitgliedern. Darunter 17 Kommunen und Organisationen aus Deutschland.

EFUS arbeitet zu allen wichtigen Fragen von kommunaler Kriminalprävention. Die Zusammenarbeit der europäischen Städte und Regionen wird durch einen regen Erfahrungsaustausch, Projektarbeit und Fortbildungen unterstützt. Ein zentrales Anliegen von EFUS ist es, die Rolle von Kommunalverwaltungen im Bereich der Sicherheit auf nationaler und europäischer Ebene zu stärken. Als einzige europäische Nichtregierungsorganisation in diesem Bereich ist EFUS ein wichtiger Ansprechpartner und die zentrale Schnittstelle für Kommunen, Regionen, Staaten und die EU.

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) ist die deutsche Sektion von Efus. DEFUS bietet seinen Mitgliedern, vertreten durch Bürgermeister/innen, Referatsleiter/innen im Rechts-, Ordnungs- und Sicherheitsbereich, Vorsitzende von Präventionsräten, u.a., eine Plattform zum aktiven Austausch kommunaler Alltagspraxis in Sicherheits- und Präventionsfragen in Deutschland. Die Mitgliedschaft bei Efus und DEFUS erleichtert den Zugang zu EU Fördermitteln für Projekte vor Ort. Mit einem maßgeschneiderten Service & Informationsangebot werden die Mitglieder von der DEFUS-Geschäftsstelle bei der Arbeit vor Ort unterstützt.

Kontakt:

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V.
(DEFUS)

Kurt-Schumacher-Str. 29

30159 Hannover

Tel.: 0511-36739420

E-Mail: defus@defus.de

Webseite: <http://www.defus.org>

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Aktuell sind mehr als zwei Drittel der Partnerländer der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit von Fragilität und ausgeprägten Gewaltphänomenen betroffen. Als Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung berät und unterstützt die GIZ, im Sinne der Agenda 2030, an Beteiligung und Transparenz orientierte Institutionen. Wir unterstützen den Aufbau demokratischer Strukturen und fördern politische Teilhabe mit dem Ziel, bestehende demokratische Institutionen durch partizipative Elemente zu stärken und die Qualität von Entscheidungsprozessen zu verbessern. Dabei fokussiert unser Ansatz die Förderung konstruktiver Staat-Gesellschafts-Beziehungen. Gemeinsam mit unseren staatlichen und nichtstaatlichen Partnern entwickeln wir Ansätze, um Gewaltformen und ihren Auswirkungen vorzubeugen und sie zu reduzieren. Unsere Maßnahmen gegen Gewalt basieren auf Strategien, denen eine kontextspezifische Analyse der Gewaltursachen zugrunde liegen. Wir legen den Fokus auf die Vermittlung von Fähigkeiten, mit denen die Zielgruppen Konflikte gewaltfrei austragen können und die es ihnen ermöglichen, für eine Kultur des Dialogs einzustehen.

Der GIZ-Infostand bietet Ihnen eine Auswahl an Informationsmaterialien und die Möglichkeit zum Austausch mit unseren Mitarbeiter*innen.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn

E-Mail: meike.reinhard@giz.de

Webseite: <http://www.giz.de>

Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.

Die ständige Kindervertretung e.V. ist eine von staatlicher Förderung unabhängige Kinderschutzorganisation. Wir setzen uns aktiv und überparteilich für den Schutz und die Rechte aller Kinder in Deutschland ein.

Der Fokus unserer Arbeit liegt insbesondere auf den Bereichen Gewaltschutz und Unfallprävention. In diesen Bereichen engagieren wir uns mit einer Vielzahl von Projekten in ganz Deutschland und begleiten darüber hinaus Gesetzgebungsprozesse auf Bundes- und Landesebene.

Wir bieten Fortbildungen an, die Fachkräfte schulen, Fälle von Vernachlässigung und körperlicher, psychischer sowie sexueller Gewalt frühzeitig zu erkennen und nach Möglichkeit zu verhindern. Hierzu wird aufgezeigt, wie Spuren am Körper eines betroffenen Kindes bewertet und diese von Unfall-/Krankheitsmerkmalen unterschieden werden.

Des Weiteren setzen wir uns für die Aufklärung über Unfallgefahren sowohl im eigenen Zuhause, in den Bildungsstätten, im Freizeitbereich als auch im Straßenverkehr ein.

Schließlich sind wir überzeugt, dass Kinder dann stark sein können, wenn sie ihre Rechte kennen. Aus diesem Grund wollen wir Kinder und Jugendliche über die Kinderrechte aufklären. Auf diese Weise können sie sich eigenständig besser vor potenziellen Gefahren schützen.

Kontakt:

Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.

Schiffbauerdamm 40

10117 Berlin

Tel.: 030-24342940

Fax.: 030-24342949

E-Mail: info@kindervertretung.de

Webseite: www.kindervertretung.de

Deutsche Polizeigewerkschaft

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) vertritt die beruflichen, sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Polizeibeschäftigten in Deutschland, einschließlich der Pensionäre und Rentner. Ihre wichtigste Aufgabe ist das Erreichen besserer Arbeits- und Einkommensbedingungen ebenso wie eine Verbesserung der dienstlichen und beruflichen Rechte. Zu diesem Zweck ist sie in ständigem Kontakt zu Regierungen, Parlamenten und Parteien auf Bundes- und Landesebene. Die DPolG vertritt Landesbeschäftigte sowie die Angehörigen der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts. In allen 16 Bundesländern ist die DPolG vertreten, um die Bedürfnisse ihrer rund 90.000 Mitglieder zu vertreten. Die Bundesgeschäftsstelle der DPolG befindet sich in Berlin.

Die DPolG versteht sich nicht nur als Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten in Deutschland, sondern ist auch auf europäischer Ebene aktiv. Im Berufsrat „Sicherheit“ der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) gestaltet die DPolG aktiv Sicherheitspolitik mit.

Die Europäische Polizei Union (EPU), deren Mitglied die DPolG ist, vereint Polizeigewerkschaften und polizeiliche Standesvertretungen aus ganz Europa. Die EPU hat sich zur Aufgabe gemacht, gewerkschafts- und sicherheitspolitische Impulse in Europa zu setzen. Eines der Hauptanliegen ist die verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Polizeibehörden.

Kontakt:

Deutsche Polizeigewerkschaft
Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Tel.: 03047378123
E-Mail: dpolg@dbb.de
Webseite: <http://www.dpolg.de>

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Sport ist die Freizeitbeschäftigung in unserem Land. Spiel, Spaß und Freude – Erfolg und Misserfolg – Vorbilder und Miteinander – Werte, Disziplin und Regeln werden hier täglich gelebt und transportiert. Sport hat einen herausragenden Stellenwert und ist wichtiger Teil der Gesellschaft. Fast ein Viertel der Deutschen Bevölkerung, d.h. rund 27 Mio. Mitgliedschaften (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) sind in rund 90.000 Turn- und Sportvereinen organisiert.

Wo so viele Menschen zusammenkommen, sind auch die Schattenseiten unserer Gesellschaft zu finden. Phänomene wie Rechtsextremismus, Diskriminierung, sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen, Homofeindlichkeit und Mobbing erfordern Zivilcourage des Einzelnen im organisierten Sportsystem.

Hierzu bietet die Deutsche Sportjugend als Dachverband des Kinder- und Jugendsports in Deutschland präventive Konzepte, Schulungen und Arbeitshilfen für die verschiedenen Zielgruppen aus den Sportstrukturen, wie Trainer/innen, Übungsleiter/innen und Jugendleiter/innen sowie Pädagogen/innen aus dem Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe an.

Am dsj-Infostand finden Sie eine große Auswahl an Fachpublikationen zu den oben genannten Themenblöcken, die Sie direkt für Ihre präventive Arbeit vor Ort einsetzen können. Auch das Netzwerk „Sport und Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde“ ist vertreten.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

E-Mail: Becker@dsj.de

Webseite: <http://www.dsj.de>

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisnahe Fragestellungen. Der Verband hat rund 1.500 Mitglieder aus allen Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren beteiligt sind oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz und Jugendkriminalrechtspflege befassen. Die größten Berufsgruppen – Jugendhilfe im Strafverfahren, Justiz und Anwaltschaft, Ambulante Angebote, Polizei – sind in Bundesarbeitsgemeinschaften organisiert.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch. Alle drei Jahre richtet der Verband den Deutschen Jugendgerichtstag aus, die zentrale Tagung für alle mit Jugendkriminalrecht befassten Berufsgruppen.

Die DVJJ gibt die vierteljährlich erscheinende „Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe“ (ZJJ), die einzige interdisziplinäre Fachzeitschrift zum Jugendstrafrecht und zur Arbeit mit straffällig gewordenen jungen Menschen heraus. In der Reihe Arbeitshilfen für die Praxis und in der Schriftenreihe der DVJJ erscheinen Monografien und Sammelbände zu wichtigen Fragen der Jugenddelinquenz.

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Lützerodestr. 9

30161 Hannover

E-Mail: info@dvjj.de

Webseite: <http://www.dvjj.de>

Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.

Die Beratungsstelle ProMann in Magdeburg gibt es seit 1999. Sie ist federführend in der Beratungsarbeit mit Jungen und Männer in Sachsen-Anhalt, insbesondere in der Täterarbeit, mit Männern mit Gewaltproblemen.

Das Verständnis und die Philosophie für die Arbeit der Beratungsstelle ist ein gewaltfreier, partnerschaftlich- und identitätsorientierten Ansatz auf Grundlage unseres selbstentwickelten Konzeptes.

Die unterschiedlichen Angebote der Beratungsstelle (Beratung, Täterarbeit, Weiterbildungen, Seminare, Vernetzungen und Projekte der Jungenarbeit) haben das Ziel, Jugendliche und Männer dabei zu ermutigen, sich mit ihren Unsicherheiten, Konflikten und Krisen auseinanderzusetzen. Schwerpunkte dabei sind die Einzelberatung von Gewalttätern auf Grundlage der Systemischen Theorie und die präventive Arbeit auf Grundlage der konfrontativen Pädagogik.

Kontakt:

Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.
Johannes-R.-Becher-Straße 49
39128 Magdeburg
E-Mail: m.lindner@dfv-lsa.de
Webseite: <http://www.dvf-lsa.de>

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.

Gewaltprävention ist ein Schwerpunkt im Präventionskonzept des Deutschen Ju-Jutsu Verbandes e.V.

Es handelt sich dabei um Initiativen und Maßnahmen (Deeskalation und Intervention), gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden und den richtigen Umgang mit Konflikten zu vermitteln. Ziel ist in erster Linie die gewaltfreie Konfliktlösung.

Um dieses Ziel zu erreichen haben wir unser Konzept „Nicht-mit-mir! – Schütz Dich vor Gewalt!“ konzipiert. Dieses bewährte, praxiserprobte und durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz der Bundesregierung preisgekrönte System setzen wir erfolgreich innerhalb und außerhalb unseres Verbandes ein.

Die Entwicklung sowie die Aus- und Fortbildungen werden über die Deutsche Sportjugend vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

Weitere Informationen unter www.nicht-mit-mir.org

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.

Badstubenvorstadt 12/13

06712 Zeitz

E-Mail: jugend@djjv.de

Webseite: www.djjv.de

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Der djb betreibt aktiv die wissenschaftliche und gesetzgebende Arbeit zur Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehört auch die Begleitung der Umsetzung von Reformschritten zum Schutz weiblicher Opfer von Straftaten. Die Kommission Strafrecht des djb befasst sich u.a. mit folgenden Themen:

- Schutz vor häuslicher Gewalt
- Schutz vor Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
- Schutz vor Menschenhandel
- Schutz vor Gewalt im digitalen Lebensraum
- Schutz von älteren Menschen vor Gewalt und Vermögensstraftaten

Über diese Arbeit werden die Mitglieder der djb-Kommission Strafrecht vor Ort informieren.

Für die Kommission Strafrecht wie auch für die ebenfalls mit diesen Themen befassten weiteren Kommissionen des djb ist der Kontakt zu und Austausch mit den Mitausstellerinnen und Mitausstellern sowie Besucherinnen und Besuchern des Präventionstages von unschätzbarem Wert.

Kontakt:

Deutscher Juristinnenbund e.V. (djb)

Anklamer Straße 38

10115 Berlin

E-Mail: geschaeftsstelle@djb.de

Webseite: <http://www.djb.de>

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.

Das Referat für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbands e. V. fördert, mit Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes, im gesamten Bundesgebiet Maßnahmen im Bereich Politische Jugendbildung an über 900 Volkshochschulen. Projekte werden in enger Kooperation mit Schulen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt. Sie richten sich an Kinder und Jugendliche bis einschließlich 26 Jahre. In den Projekten werden den Teilnehmer*innen im Sinne der Primärprävention gesellschaftspolitische Zusammenhänge und Risiken vermittelt sowie Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt. Dadurch wird das Demokratieverständnis junger Menschen nachhaltig gestärkt und einem Abrutschen in deviante Verhaltensweisen vorgebeugt.

Darüber hinaus hat das Referat in diesem Jahr das Projekt „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt (PGZ)“ etabliert. Das PGZ-Projekt möchte die bundesweite Struktur der Volkshochschulen in der Extremismusprävention stärken und Präventionsformate in vhs-Bildungsangebote implementieren. Dazu werden Kurskonzepte entwickelt, Kursleiter*innen und Fachkräfte fortgebildet und Kooperationsvorhaben mit anderen im Feld aktiven Trägern (z.B. den Respekt Coaches der Jugendmigrationsdienste) umgesetzt.

Der Präventionstag soll genutzt werden, um die Vernetzung mit Institutionen der Präventionsarbeit auszubauen und neue Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen.

Kontakt:

Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.

Obere Wilhelmstr. 32

53225 Bonn

E-Mail: zander@dvv-vhs.de

Webseite: <https://www.dvv-vhs.de/startseite/>

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel ist, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen und der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten.

Mit seinem gesamtgesellschaftlichen Ansatz will das DFK Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik sein. Es sieht seine Aufgabe darin, die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure und den Wissenstransfer von Forschung in die Praxis zu fördern.

Kernthemen sind die Entwicklungsförderung und Gewaltprävention junger Menschen, die Prävention von Wohnungseinbruch und die Förderung von Maßnahmen zum Schutz und zur Integration geflüchteter Menschen.

Für die vielfältigen Handlungsfelder und -ebenen in der Präventionsarbeit stellt das DFK Informationsangebote auf der Website www.kriminalpraevention.de und mit der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ zur Verfügung. Das Webportal www.wegweiser-praevention.de weist den Weg zu Präventionsprogrammen, die auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüft sind und daher von renommierten Wissenschaftlern empfohlen werden.

In der organisatorisch beim DFK angebotenen Arbeitsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ www.nzkrim.de wird Forschungswissen zu evidenzbasierter Präventionsarbeit praxistauglich aufbereitet.

Kontakt:

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

E-Mail: Detlev.Schuermann@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) gehört zu den großen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten Europas und erforscht die Lebenssituationen von Kindern, Jugendlichen und Familien in aktuellen gesellschaftspolitischen Kontexten. Seit über 50 Jahren berät das Institut die Politik, indem es gesellschaftliche Trends empirisch analysiert, neue fachliche Entwicklungen wissenschaftlich begleitet und Prognosen für die Zukunft stellt. Mit seiner profunden sozialwissenschaftlichen Expertise setzt das Institut entscheidende Akzente in der Wissenschaft und liefert der Fachpraxis wichtige Impulse. So unterstützt das DJI die Bundesregierung sowohl bei den nationalen Bildungsberichten als auch bei der Erstellung der Kinder- und Jugendberichte, die am DJI zugleich geschäftsführend betreut werden. Neben der Beratung von Politik und Praxis der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe evaluiert und begleitet das DJI auch Modellvorhaben.

Am DJI untersuchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in vier Abteilungen und einem Forschungsschwerpunkt die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familie: Neben den Fachabteilungen Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, die sich jeweils in vier thematische Fachgruppen gliedern, und dem Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden widmet sich ein Forschungsschwerpunkt dem Bereich Übergänge im Jugendalter.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nockherstr. 2

81541 München

E-Mail: info@dji.de

Webseite: <http://www.dji.de>

Dialog macht Schule

Dialog macht Schule ist ein bundesweites Demokratiebildungsprogramm, das die Erlebnisse, Erfahrungen und Geschichten von Kindern und Jugendlichen zum Ausgangspunkt der Arbeit macht. Das Programm setzt sich für eine Demokratie ein, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder des sozialen Status, an unserer Gesellschaft teilhaben können.

In diesem Bestreben begleitet Dialog macht Schule Kinder und Jugendliche an Schulen in sozial-räumlich schwieriger Lage. Dafür werden junge Studierende unterschiedlichster Fachrichtungen zu Dialogmoderator*innen (DM) qualifiziert. Die DM arbeiten über zwei Jahre wöchentlich mit ihren Schüler*innen (SuS) zusammen. Diese intensive Form der Begleitung ermöglicht den DM, eine Beziehung zu den SuS aufzubauen. Sie bildet auch die Basis der Arbeit in den Dialoggruppen: Im geschützten Vertrauensraum haben die SuS die Möglichkeit ihre Themen, Erfahrungen und Meinungen einzubringen.

Die eingebrachten Themen der Kinder und Jugendlichen bilden dann den Ausgangspunkt der gemeinsamen Arbeit:

- Ein Liebesfilm kann zu einer intensiven Diskussion über Geschlechterrollen führen
- Ein Konflikt im Klassenraum zum Austausch über das gemeinsame Miteinander
- Ein aktuelles Thema, wie die Inhaftierung von Journalist*innen, zum Dialog über Pressefreiheit

Kontakt:

Dialog macht Schule gGmbH

Prinzenallee 22

13359 Berlin

Tel.: 03065775617

E-Mail: info@dialogmachtschule.de

Webseite: www.dialogmachtschule.de

DPT – Deutscher Präventionstag

Der DPT – Deutscher Präventionstag ist der weltweit größte zweitägige Jahreskongress zur Kriminalprävention und angrenzender Bereiche. Er entstand 1995 als nationaler jährlicher Kongress. Neben der zentral behandelten Kriminalprävention umfasst das Spektrum des DPT weitere Themen aus der Suchtprävention, Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft und alle anderen Interessierten.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Ständige Veranstaltungspartner

WEISSER RING; DFK; ProPK; DBH

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Kurt-Schumacher-Str. 29

30159 Hannover

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Webseite: www.praeventionstag.de

Drudel 11 e.V.

Drudel 11 e.V. ist ein anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Unsere Arbeit ist davon geprägt, jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen und sie in ihrer Entwicklung zu begleiten.

Zu unseren Angeboten zählen neben der offenen Kinder- und Jugendarbeit auch pädagogische Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention. Durch Bildung, Beratung und Training begleiten wir junge Menschen auf ihrem Weg in ein Leben ohne Hass und Gewalt. Ein Kernmerkmal unserer Angebote ist die Verknüpfung von Elementen der Anti-Gewalt-Arbeit und der vorurteilsreduzierenden Bildungsarbeit.

Unsere Arbeit findet sowohl in ambulanten als auch in stationären Settings statt. Für die Zusammenarbeit mit Institutionen des Jugendarrests und Strafvollzugs sowie für Bewährungs- und Jugendgerichtshilfen haben wir spezifisch zugeschnittene Angebote.

An unserem Infostand auf dem Deutschen Präventionstag erhalten Sie:

- Informationen über unsere Angebote und Projekte
- Materialien zu unseren Arbeitsansätzen
- Einblicke in unser Online-Training zum Abbau von Hass und Gewalt

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Camburger Str. 65

07743 Jena

Tel.: 03641 / 35 78 05

E-Mail: info@drudel11.de

Webseite: <http://www.drudel11.de>

Durchboxen im Leben e.V. / Trainingscamp Diemelstadt

Der gemeinnützige Verein Durchboxen im Leben e. V. wurde 2004 als Träger des Trainingscamps Diemelstadt gegründet. Ziel des Vereins ist es, Jugendlichen Unterstützung und Orientierung für eine positive Entwicklung anzubieten.

Das Trainingscamp Diemelstadt ist eine Einrichtung der stationären Hilfen zur Erziehung.

Die Einrichtung verfügt über 20 Plätze für ausschließlich männliche Jugendliche. Das Trainingsprogramm beinhaltet ein breites Angebot an sportlichen und pädagogischen Elementen, die darauf abzielen eigenverantwortliches und soziales Verhalten zu fördern und aggressiven oder verweigernden Handlungsmustern entgegen zu wirken. Die zentralen Elemente der Arbeit sind Sport, Gemeinschaftsleben, Rituale sowie eine enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen den pädagogischen Fachkräften und den Jugendlichen.

Das Trainingscamp Diemelstadt liegt im nordhessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Kontakt:

Durchboxen im Leben e.V. / Trainingscamp Diemelstadt

Zur Helle 20

34474 Diemelstadt

E-Mail: vorstand@durchboxen.de

Webseite: <http://www.durchboxen.de>

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet eine Informations-, Kooperations- und Kommunikationsplattform für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Alle, die sich aus beruflichem oder ehrenamtlichem Interesse, ausbildungsbezogen, mit wissenschaftlichem Hintergrund oder allgemein interessiert zum Thema Kinder- und Jugendhilfe im Internet bewegen, bekommen eine strukturierte und bedarfsgerecht recherchierbare Datenbasis an die Hand. Das Portal ist ein Kooperationsprojekt von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden (AGJF).

Kontakt:

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe, c/o IJAB e.V.
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn

Tel.: 0228-9506300

Fax.: 0228-9506199

E-Mail: bache@ijab.de

Webseite: <http://www.jugendhilfeportal.de>

Flying Heart United e.V.

Flying Heart United ist ein Verein, der sich für eine offenerzige Gesellschaft mit Mut zu mehr Menschlichkeit stark macht.

Flying Heart United entwickelt Projekte, die Sport, Kunst und Musik mit ihren universellen Sprachen und Normen verbindet, um aufzuklären und zu sensibilisieren – für das Finden der eigenen Position und für Zivilcourage.

„Mutbilder, die Kunst das Leben sportlich zu meistern“ ist eine Wanderausstellung über die Suche nach der eigenen Position – in allen gesellschaftlichen Bereichen. Nicht immer ist diese Sache einfach. Und manchmal braucht es Mut, um einen Standpunkt einzunehmen und konsequent zu vertreten. Handball bietet dafür ein gutes Übungsfeld. Teil einer Mannschaft zu sein bedeutet, die eigenen Stärken und Talente zu entdecken und Verantwortung zu übernehmen, Anderen zu vertrauen und für sie da zu sein.

Kontakt:

Flying Heart United e.V.

Jakobstrasse 20

70182 Stuttgart

E-Mail: schuele@flying-heart-united.de

Webseite: <http://www.flying-heart-united.de>

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Kommunale Konfliktberatung – Partizipative Wege zur nachhaltigen Integration

Kommunen stehen heute durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse wie demografischen Wandel, Strukturwandel oder die Folgen von Zuwanderung vor großen Herausforderungen.

Mit dem Ansatz der „Kommunalen Konfliktberatung“ unterstützt das forumZFD seit 2006 Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vor Ort bei der Gestaltung konstruktiver Konfliktbearbeitung sowie der Prävention gewaltsamer Konflikte.

Kommunale Konfliktberatung ist ein systemischer Ansatz, bei dem externe Berater*innen Kommunen für einen begrenzten Zeitraum dabei unterstützen, konstruktive Prozesse zur Bearbeitung von Konflikten umzusetzen. Er macht die dynamischen Beziehungen zwischen Akteuren, ihren Beziehungen, ihren Handlungen und Haltungen sichtbar, entwickelt Ansätze für neue Handlungsoptionen und Synergien. Betroffene können so zu Beteiligten werden. Konfliktpotenziale werden erkannt und rechtzeitig bearbeitet.

Das forumZFD berät seit 2006 Gemeinden, Städte und Landkreise bei diesen Prozessen. Mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung arbeitet es daran, Hindernisse für die Inanspruchnahme von Konfliktberatung zu identifizieren und institutionelle Strukturen für Zugänge dazu zu entwickeln.

Kontakt:

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 0221 912732-58

E-Mail: knopp@forumzfd.de

Webseite: <https://www.forumzfd.de/de/kkb>

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Seit 1990 unterhält der FREIE HILFE BERLIN e.V. Beratungs- und Betreuungsangebote für straffällige und/oder wohnungslose Menschen und deren Angehörige.

Neben unserer Beratungsstelle bieten wir Beratung direkt in den Berliner und Brandenburger Haftanstalten, sowie in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg an.

Zusätzlich ist bei uns eine von drei Berliner Fachvermittlungsstellen zur Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit angegliedert. Nach dem Motto „schwitzen statt sitzen“ werden so bis zu 50.000 Tage Haft jährlich vermieden.

Unser neues Projekt „aufGefangen“ richtet sich an inhaftierte Väter und deren Familienangehörige. Die Familienarbeit wird inner- und außerhalb der Berliner Justizvollzugsanstalten angeboten. Dazu zeigen wir unsere 12-teilige Ausstellung, die sich speziell mit den Kindern inhaftierter Eltern befasst (siehe separater Katalogeintrag).

Mit 130 Plätzen für Betreutes Einzel- oder Gruppenwohnen bieten wir wohnungslosen und haftentlassenen Menschen Unterstützung bei der Überwindung besonderer Schwierigkeiten gemäß § 67 SGB XII.

Einen großen Stellenwert hat auch die Förderung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Straffälligenhilfe. Mehr als 130 ehrenamtliche Vollzugshelfer*innen werden auf ihre Einsätze professionell vorbereitet und während ihrer Tätigkeit begleitet und unterstützt.

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Brunnenstraße 28

10119 Berlin

Tel.: 030-44362440

Fax.: 030-44362453

E-Mail: kontakt@freiehilfe.de

Webseite: <http://www.freiehilfe.de>

Freie Straffälligenhilfe NRW

Beratungsstellen für Straffällige und deren Angehörige: Ein Zusammenschluss von 13 freien Trägern an 8 Standorten in NRW. Angebote zur Haftvermeidung, Entlassungsvorbereitung und die Zeit nach Haftentlassung sowie zur Unterstützung von Angehörigen. Sie umfassen beratende und begleitende Maßnahmen bei der Vollzugsgestaltung, der Unterkunftssuche, der Existenzabsicherung und Themen wie Sucht, Arbeit, Schulden und Perspektive.

Täter-Opfer-Ausgleich (TOA): In NRW wird an 8 Standorten der Täter-Opfer-Ausgleich mit Ziel der Beendigung sozialer Konflikte und der Wiederherstellung von Rechtsfrieden durchgeführt. Konflikte sollen mit Unterstützung eines neutralen Vermittlers einvernehmlich geregelt werden und im Bedarfsfall eine Wiedergutmachungsvereinbarung beinhalten. Die Belange des Opfers finden im TOA weit mehr Berücksichtigung, als dies im Rahmen eines formellen Strafverfahrens möglich ist. Das Interesse der Geschädigten an Wiedergutmachung, Schadensersatz und Genugtuung wird berücksichtigt.

Fachstellen zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit: In NRW vermitteln 11 Fachstellen in unterschiedlicher Trägerschaft im Rahmen der Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen, Gerichtsauflagen und vorläufigen Verfahrenseinstellungen nach § 153a in gemeinnützige Arbeit, um Haftaufenthalte zu vermeiden. Dabei stehen den Fachstellen Einsatzmöglichkeiten in vielen sozialen Institutionen zur Verfügung.

Kontakt:

Freie Straffälligenhilfe NRW

Königstr.

52064 Aachen

Tel.: 017610306599

E-Mail: martin.czarnojan@sha-aachen.de

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (STA)

Die Freikirche der STA, Abteilung Frauen, tritt mit der Entwicklungshilfeorganisation ADRA Deutschland e.V. weltweit gegen jegliche Form von Gewalt ein. Auch die Theologische Hochschule Friedensau fühlt sich, in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie, den Themen Prävention und Intervention verpflichtet.

Dabei werden in Deutschland verschiedene Projekte unterstützt und gefördert. Unter anderem setzen wir uns für folgende Projekte ein:

- ENDITNOW – Brich das Schweigen über Gewalt
- Hilfe und Beratung für Missbrauchsopfer (Fachbeirat)
- Stärkung des Selbstwertes, um nicht in die Missbrauchsfalle zu geraten
- Gegen Genitalverstümmelung bei Frauen (auch in Deutschland) und Rückbildungs-OP (Desert-Flower-Center, Klinik Waldfriede Berlin)
- Unterstützung von Rescue-Centern in Kenia, zum Schutz minderjähriger Mädchen vor Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung

Jeder Einzelne ist dazu aufgerufen, hinzusehen, alle Arten von Gewalt zu verurteilen, das Schweigen zu brechen, nach Lösungswegen zu suchen und sich für die Beendigung von körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt einzusetzen. Hierfür wurde u.a. auch ein Fachbeirat installiert, der sich mit sexueller Gewalt innerhalb der Kirche auseinandersetzt.

Infos unter www.sexueller-gewalt-begegnen.de und www.enditnow.org

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Senefelderstr. 15

73760 Ostfildern

E-Mail: gabi.waldschmidt@adventisten.de

Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

Galli Präventionstheater

Das Galli Präventionstheater basiert auf der von Johannes Galli entwickelten Galli Methode®, die sich seit über 35 Jahren weit über die Grenzen Deutschlands hinaus in der Praxis etabliert hat.

In Kooperation mit Auftraggebern aus Pädagogik, Gesundheitswesen und Justiz wurde ein vielfach ausgezeichnetes, innovatives, nachhaltig wirkendes Programm entwickelt.

Mit 10 festen Standorten in Deutschland und einer mobilen Compagnie ist das Galli Präventionstheater flexibel und kurzfristig bundesweit zu buchen. Gern kommen wir in Ihre Institution!

Unser Angebot: Galli Theaterstücke auf hohem künstlerischen Niveau eignen sich besonders zur Eröffnung von Schul-Projekttagen, Fachtagungen und Kongressen. Die Angebotspalette umfasst alle aktuellen Themenfelder der Prävention für Kitas, Schulen, Therapiezentren, Kliniken bis zur Prävention am Arbeitsplatz von Unternehmen.

Ergänzend bieten wir Workshops für Projekttage, zertifizierte Weiterbildungen und Supervision für Multiplikatoren sowie langfristige Kooperationen für Präventionsprojekte an.

Unser Team besteht aus professionellen Schauspielern und Trainern nach der Galli Methode® mit langjähriger Praxiserfahrung.

Alle Stücke und Trainings werden auf Deutsch & Englisch angeboten.

Begleitende Fachliteratur und Unterrichtsmaterialien gibt es direkt bei: www.galli-verlag.de

Kontakt:

Galli Präventionstheater

Oranienburgerstr. 32 – In den Heckmannhöfen

10117 Berlin

Tel.: 030-27596971

Fax.: 030-27596973

E-Mail: berlin@galli.de

Webseite: <http://www.galli-praevention.de>

Gefangene helfen Jugendlichen e.V.

Gefangene helfen Jugendlichen e.V. bietet seit über 20 Jahren gewalt- und kriminalpräventive Projekte für Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren an. Das Besondere an unseren Projekten ist, dass sie von (ehemaligen) Inhaftierten durchgeführt werden und somit durch eine hohe Authentizität gekennzeichnet sind. Die Inhaftierten berichten dabei von ihren persönlichen Erfahrungen und ihren Biografien. Somit erreichen wir Jugendliche, die für klassische Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht (mehr) zugänglich sind. Gleichzeitig leisten wir einen Beitrag zur erfolgreichen Resozialisierung von ehemaligen Inhaftierten.

Neben unserem Hauptprojekt, den JVA-Besuchen für Jugendliche, bieten wir Präventionsunterrichte in Schulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Anti-Gewalt-Trainings, Deeskalationstrainings, Pädagogisches Boxen und Multiplikatorenveranstaltungen an.

Der Verein wurde in Hamburg gegründet. Aufgrund der steigenden Nachfrage arbeiten wir seit 2005 intensiv daran, das Projekt auch bundesweit zu skalieren. Mittlerweile ist es uns gelungen, weitere Standorte in Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und NRW zu etablieren.

Kontakt:

Gefangene helfen Jugendlichen e.V.

Wandsbeker Königstraße 50

22041 Hamburg

Tel.: 040 3861 4390

Fax.: 040 3861 4462

E-Mail: magdalena.wiesler@gefangene-helfen-jugendlichen.de

Webseite: <http://www.gefangene-helfen-jugendlichen.de>

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Informationen zur Arbeit des Vereins zu den Themen: Auseinandersetzung gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit, Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, Argumentationstraining gegen rechte Parolen, Demokratiegeschichte.

Kontakt:

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

E-Mail: larissa.bothe@gegen-vergessen.de

Webseite: <http://www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de>

GEMEINSAM GEGEN MENSCHENHANDEL e.V.

Wir sind ein bundesweites Bündnis von inzwischen rund 30 Vereinen und Initiativen.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Öffentlichkeitsarbeit, Opferhilfe & Opferschutz, die Verbesserung juristischer Rahmenbedingungen sowie Prävention/Aufklärung in Deutschland und in den Herkunftsländern der Betroffenen von Menschenhandel.

An unserem Stand werden wir über unsere Arbeit, die unserer zahlreichen Mitgliedsorganisationen sowie das Präventionsprogramm „Liebe ohne Zwang“ („Loverboy“-Methode) informieren.

Kontakt:

GEMEINSAM GEGEN MENSCHENHANDEL e.V.

Uhlandstraße 20-25, Aufgang 2

10623 Berlin

E-Mail: info@gemeinsam-gegen-menschenhandel.de

Webseite: <http://www.gemeinsam-gegen-menschenhandel.de>

Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert rund 190.000 Polizeibeschäftigte – Beamte und Tarifbeschäftigte – und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufssparten in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizisten und Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, den Kriminaltechnischen Instituten, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u.v.m. Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u. a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können.

Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten oder die Steigerung der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des DFK.

Kontakt:

Gewerkschaft der Polizei

Stromstr. 4

10555 Berlin

Tel.: 030 399921-0

Fax.: 030 399921-211

E-Mail: tanja.richter@gdp.de

Webseite: <http://www.gdp.de>

GroupKom GmbH

EVALARM ist die smarte, digitale Alarmierungs- und Notfallmanagement Plattform.

Unsere Lösung wurde aufgrund konkreter Anforderungen aus der Praxis auf Basis modernster Technologien vollkommen neu entwickelt.

Die große Stärke von EVALARM ist die Kombination der klassischen Alarm- und Notfallmanagementprozesse mit der Kopplung von technischen Alarmen und Störungen, wie die Einbindung von Brand- und Einbruchmeldeanlagen und der Gebäudeleittechnik, z.B. bei Bedrohungsalarm, die Lautsprecheranlage aktivieren und direkte Verbindung zur Polizei herstellen. Weiterhin binden wir externe Devices zur Alarmierung, wie SOS Buttons oder Alarmuhren für die schnelle, stumme Alarmierung mit ein.

EVALARM bietet dies alles in einem System und natürlich standortübergreifend, denn jedes Unternehmen, jede Behörde, jede Schule kann jederzeit ein unerwarteter Notfall- bzw. Krisenfall ereilen. Das Notfall- und Krisenmanagement muss deshalb so organisiert werden, dass keine Zeit in den Informations- und Handlungsprozessen verloren geht – jede Minute zählt dabei und kann Menschenleben retten bzw. Schaden reduzieren.

Es besteht eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei beim Gütersloher Modell. EVALARM ergänzt mit der effizienten Alarmierung im Notfall über die EVALARM® APP die Krisenkommunikation.

EVALARM repräsentiert damit einen ganz neuen Qualitätsstand

Kontakt:

GroupKom GmbH

Behringstrasse 21-25

12437 Berlin

Tel.: +49 (30) 53002 110

Fax.: +49 (30) 53002 111

E-Mail: peter.endress@evalarm.de

Webseite: <http://www.evalarm.de>

GSJ gGmbH – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit

Bleib Cool am Pool – das gewaltpräventive Konfliktlotsenprogramm in Berliner Schwimmbädern ist eine Kooperation von GSJ, Polizei Berlin und den Berliner Bäderbetrieben; es wurde 2013 konzipiert und wird seitdem in ausgewählten Berliner Bädern durchgeführt.

Kernstück des Programms ist die Schulung und der spätere Einsatz von Konfliktlotsen in den Berliner Sommerbädern. Die Konfliktlotsen laufen durch die Bäder, achten auf ein friedliches Miteinander, helfen bei Wespenstichen oder leisten Erste Hilfe bei kleinen Verletzungen. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Sprachkenntnisse sind sie in der Lage bei Notfällen oder Streitereien zu vermitteln und deeskalieren. Sie verhindern Schubereien am Sprungturm oder an der Rutsche; sind Ansprechpartner und Ersthelfer. Konfliktlotsen haben keine hoheitsrechtlichen Befugnisse! Sollten Streitereien eskalieren und in Gewalttätigkeit münden, ziehen sie sich zurück und überlassen die Konfliktregelung dem Badpersonal, der Security bzw. den polizeilichen Einsatzkräften.

Die Konfliktlotsen erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung – viel wichtiger jedoch: Hohe Anerkennung und Wertschätzung von Badegästen und Kooperationspartnern. Das gewaltpräventive Konfliktlotsenprogramm wurde von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich GmbH evaluiert und erhielt 2014 den Berliner Präventionspreis.

Kontakt:

GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit GmbH
Hanns-Braun-Str. / Friesenhaus II
14053 Berlin

Tel.: +49 30 300 985 0 / -15

Fax.: +49 30 300 985 11

E-Mail: kurzhaus@gsj-berlin.de

Webseite: <http://www.gsj-berlin.de>

GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH / Sportjugend Berlin

Die Projekte der GSJ kümmern sich um Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen und sind in sozialen Brennpunkten aktiv. Die Angebote wirken gewaltpräventiv und fördern die soziale Integration.

Aufgaben:

- Angebote von niedrighschwelligem und bedürfnisorientierten Sportangeboten mit der Möglichkeit zur Teilhabe
- Angebote von Alltags- und Lebenshilfe durch sportorientierte Sozialarbeit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung für sozial Benachteiligte in schwierigen Lebenssituationen und soziale Integration
- Vorbeugung gegen Rechtsextremismus und Gewalt
- Angebote für junge Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft
- Kooperation mit Berliner Sportvereinen und Schulen

Projekte:

- Mobile Teams – immer da, wo sie gebraucht werden
- SportJugendClubs – regionale Jugendzentren in sozialen Brennpunkten
- MädchenSportZentren – Sport, Bewegung und Kommunikation
- KICK – Sport gegen Jugenddelinquenz
- Schulsozialarbeit – SchulWork an Grund-, Sekundar-, Förder-, Berufsschulen und Gymnasien
- Ganztage in Schulen – Ganztage Bewegung an Sekundarschulen und Gymnasien
- Familie in Bewegung – Ambulante Hilfen zur Erziehung
- Aktivierungsmaßnahmen – WILD- und NEUKÖLLN-AKTIV
- Sonderprojekte – Ankommen, Seilgärten, BEIspielhaft, Bleib Cool am Pool, Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro

Kontakt:

GSJ – Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit
gGmbH / Sportjugend Berlin

Hanns-Braun-Straße / Friesenhaus II, 14053 Berlin

Tel.: 030-300 985 0

Fax.: 030-300 985 11

E-Mail: post@gsj-berlin.de

Webseite: <http://www.gsj-berlin.de>

Haus des Jugendrechts Stuttgart

Seit 1999 – mit nunmehr 20-jähriger Erfahrung – arbeitet das ERSTE Haus des Jugendrechts in Deutschland erfolgreich in einer vernetzten „Behörden-WG“ von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt unter einem Dach zusammen – mit enger Anbindung des Amtsgerichtes.

Seit Januar 2014 wurde das Haus auf den gesamten Amtsgerichtsbezirk Stuttgart-Bad Cannstatt mit ca. 241.000 Einwohnern (Kernbereich ca. 77.500 Einw.) erweitert.

Wir arbeiten „face to face“. Die Betroffenen kennen ihre Polizeibeamten, ihre Jugendstaatsanwälte, ihre Jugendhelfer im Strafverfahren, ihre Richter und umgekehrt. Wo der junge Mensch wohnt, in seinem Umfeld, vor Ort, wird ermittelt, angeklagt, Hilfe geleistet und verhandelt.

Einheitliche Zuständigkeiten, das Wohnortprinzip, feste Ansprechpartner und paralleles, abgestimmtes und zeitnahes Handeln schaffen Transparenz gegenüber den Tätern und vor allem auch gegenüber den Opfern. Ein individueller Maßanzug für die momentane Lebenssituation des jungen Menschen kann angepasst werden. Die Verfahrenslaufzeiten wurden mehr als halbiert.

Die enge Kooperation mit den Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sowie die zielgerichteten Projekte runden das Konzept ab.

Landes- und bundesweit wurden nach dem Stuttgarter Vorbild bereits über 20 weitere Häuser des Jugendrechts (unter der Bezeichnung „Jugendstation“ in Thüringen) eingerichtet.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts Stuttgart

Krefelder Straße 11

70376 Stuttgart

Tel.: 0711-89906100

Fax.: 0711-89905229

E-Mail: rainer.rudat@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.haus-des-jugendrechts-stuttgart.de>

Helden Verein für nachhaltige Bildung und Persönlichkeitsentwicklung e.V.

Der Helden e.V. setzt sich gegen (Cyber-)Mobbing und Rassismus ein, indem er in Workshops für die sozialpsychologischen Effekte sensibilisiert, welche Gewalt, Ausgrenzungen, (Cyber-)Mobbing und Rassismus entstehen lassen.

Die Workshops, welche unter dem Titel „Heldenakademie“ stattfinden, sind eine Mischung aus sozialpsychologischen Experimenten, welche die Teilnehmenden als Versuchsleiter oder Versuchsperson selbst durchführen können, erlebnisorientierten Teamaufgaben und der Arbeit am Normen- und Werterahmen der Gruppe.

Seit 2018 ist der Helden e.V. ein freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und Mitglied im Bundesverband für Individual- und Erlebnispädagogik.

Zudem ist der Helden e.V. die deutsche Vertretung des Heroic Imagination Projects von Philip Zimbardo.

Kontakt:

Helden Verein für nachhaltige Bildung und Persönlichkeitsentwicklung e.V.

Kirchstr.16b

33161 Hövelhof

Tel.: 0521 384 786 04

E-Mail: info@helden-ev.de

Webseite: <http://www.helden-ev.de>

Hessisches Landeskriminalamt

1) KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel)

Die Geschäftsstelle KOMPASS stellt das Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen vor. KOMPASS zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürger*innen, Polizei und Kommunen ab. Gemeinsam mit den Kommunen und den Bürger*innen erhebt die Polizei die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, insbesondere auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung, analysiert diese und entwickelt gemeinsam ein passgenaues präventives Lösungsangebot.

2) IT-unterstützte sicherungstechnische Beratung (Smart-Protect)

Insbesondere der Wohnungseinbruch (WED) hat negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Die produktneutrale Beratung der Polizei ist nachweislich bestens geeignet, das Phänomen WED präventiv zu bekämpfen. Dies zeigt insbesondere die inzwischen rund 50 prozentige Versuchsquote, bei der Einbrüche im Versuchsstadium abgebrochen werden. Um die Bürger*innen modern und nachhaltig beraten zu können, hat die Hessische Polizei gemeinsam mit der Wissenschaft ein neues Beratungstool entwickelt. Der Einsatz von Tablet-PCs mit einer speziellen Software ermöglicht es, die Beratung nicht nur medial zu unterstützen, sondern automatisiert einen individuellen Beratungsbericht inklusive Empfehlungen dem Beratenden zur Umsetzung zu erstellen.

Kontakt:

Hessisches Landeskriminalamt

Hölderlinstraße 1-5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611/83-13000

Fax.: 0611/83-13005

E-Mail: HSG13.HLKA@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.polizei.hessen.de>

Hessisches Ministerium der Justiz – Stabsstelle NeDiS

Vorstellung des Projektes „NeDiS“ – Im Justizvollzug ergibt sich eine besondere Gefährdungslage für Radikalisierungen aufgrund der schwierigen Lebenssituation mit teilweise problematischen Persönlichkeitsstrukturen auf verhältnismäßig engem Raum. Um Radikalisierungen zu verhindern muss mit koordinierenden Maßnahmen gegengesteuert werden. Das Hessische Justizministerium hat seit dem 1. April 2016 eine eigene Stabsstelle „NeDiS – Netzwerk zur Deradikalisierung im Strafvollzug“ erfolgreich zur zentralen Steuerung der Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen in den hessischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet. Weiterhin wurden inzwischen elf sog. „Strukturbeobachter“ in den größten hessischen Justizvollzugsanstalten etabliert, bei denen Informationen zu Auffälligkeiten in Bezug auf extremistische Neigungen von Gefangenen zusammenlaufen und die den Informationsfluss anstaltsintern, aber auch zu den Sicherheitsbehörden und zur Stabsstelle NeDiS sicherstellen. Die Stabsstelle NeDiS ist zuständig für Gefangene sämtlicher Extremismusbereiche im hessischen Justizvollzug, sie ist zentraler Anlaufpunkt und gewährleistet den Informationsfluss auf allen Ebenen. Im Rahmen der Ausstellung (Info-stand) soll die Arbeit der Stabsstelle NeDiS und der Strukturbeobachter im hessischen Justizvollzug vorgestellt werden.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz – Stabsstelle NeDiS
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
E-Mail: NeDiS@hmdj.hessen.de

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) koordiniert die landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen in allen Phänomenbereichen. Das HKE ist Ansprechpartner bei Fragen zu bestehenden oder geplanten Programmen/Projekten für staatliche und zivilgesellschaftliche Träger und berät über die entsprechenden Fördermöglichkeiten in Hessen.

Kontakt:

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
E-Mail: Pamela.Hess@hmdis.hessen.de
Webseite: <https://hke.hessen.de/>

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist im März 2013 gestartet. Unter der Nummer 08000 116 016 bietet es vertraulich, kostenfrei und rund um die Uhr Hilfe und Unterstützung. Das Hilfetelefon ist täglich 24 Stunden erreichbar. Der Anruf ist kostenlos und die Nummer erscheint nicht auf der Telefonabrechnung. Das Angebot ist barrierefrei und mehrsprachig. Bei Bedarf werden Dolmetscherinnen und Gebärdendolmetscherinnen in 17 Fremdsprachen vom Hilfetelefon hinzugeschaltet. Die Beratung erfolgt vertraulich und auf Wunsch anonym. Neben der telefonischen Beratung gibt es eine Chat- und E-Mail-Beratung über die Webseite www.hilfetelefon.de. Die Beraterinnen sind qualifizierte Fachkräfte, die Erfahrungen mit der Beratung von gewaltbetroffenen Frauen haben. Das Beratungsangebot des Hilfetelefons umfasst alle Formen von Gewalt gegen Frauen, insbesondere Gewalt in Ehe und Partnerschaft, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigung, sexuelle Belästigung sowie Stalking, Zwangsverheiratung, Menschenhandel und Zwangsprostitution. Das Hilfetelefon berät individuell in all diesen Fällen. Das Angebot des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ wendet sich an alle Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Aber auch das soziale Umfeld der Frauen und der mitbetroffenen Kinder sowie Personen, die bei ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit mit von Gewalt betroffenen Frauen befasst sind.

Kontakt:

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben/
Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen"

Van Gablenz Str. 2-6

50679 Köln

Tel.: 0221-3673-4489

E-Mail: stefanie.keienburg@bafza.bund.de

Webseite: <http://www.hilfetelefon.de>

I Am Jonny e.V.

Der I Am Jonny e.V. wurde 2012 zum Gedenken an Jonny K gegründet, der totgeschlagen wurde nachdem er Zivilcourage gezeigt hatte. Seitdem ist seine ältere Schwester Tina K unermüdlich in Talkshows, diversen anderen Medien und vor allem auch Schulen unterwegs. Sie macht Workshops und wirbt für ein humanes Miteinander. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat Tina viele Schülervertreter*nnen, Klassensprecher*nnen, Lehrer*nnen und weitere Akteur*nnen rund um Deutschlands Schulen kennengelernt.

Das aktuelle Projekt, das I Am Jonny Courage Schulnetzwerk setzt genau dort an wo wir es brauchen. Schule.

Im Fokus des I Am Jonny e.V. war bis jetzt die Arbeit um die Vorstandsvorsitzende Tina K., ihre Geschichte, der Verlust und die Courage Workshops. Sie haben in den 6 Jahren Aktivität über 265 Schulklassen bundesweit erreicht. Ziel des IAJ Courage Schulnetzwerks ist es, jetzt gesellschaftliches und schulisches Engagement „COOL“ und erstrebenswert zu machen, das Licht strukturierter und nachhaltiger mitzugeben und weitere Leuchttürme zu erschaffen.

Kontakt:

I Am Jonny e.V.

Brettnacher str. 23A

14167 Berlin

E-Mail: tina@iamjonny.de

Webseite: <http://www.iamjonny.de>

IFAK e.V.

Als interkultureller Träger der Jugendhilfe und Migrationsarbeit ist die IFAK e.V. mit mehreren Präventionsangeboten im Themenfeld des gewaltbereiten Salafismus und der Demokratieförderung breit aufgestellt. Hier eine Kurzdarstellung dieses Arbeitsbereiches: Beratungsstelle „Wegweiser“ in Bochum und Gelsenkirchen (IM-NRW), Beratungsnetz „Grenzgänger“ und das Projekt „Anschluss“ – Radikalisierungsprävention im Kontext Flucht (BAMF)- drei „Demokratie leben!“-Projekte im Themenfeld Salafismus (Online-Youtube-Projekt „Believe2Society“, Prävention in der Justiz NRW-„Re:Vision“ – Berufliche Fortbildung für die Justiz und soziale Gruppenarbeit in JVA sowie die berufliche Weiterbildung zum Coach für gelebte Vielfalt im Projekt-„#selam“). Zudem ist auch die Forschungsstelle Deradikalisierung (gefördert durch das BAMF) bei der IFAK e.V. angesiedelt. Neben dem Themenfeld Salafismusprävention und Demokratieförderung ist die IFAK auch Träger in Gelsenkirchen für das NRW Programm „Kurve kriegen“. Mit der Geschäftsführerin Friederike Müller stellt die IFAK e.V. eine der Vorsitzenden in der BAG Relex. Als Bochumer Träger ist die IFAK regional als auch bundesweit tätig und ist neben der Präventionsarbeit, der offenen Jugendarbeit, stationären und erzieherischen Jugendhilfe sowie der Migrations- und Bildungsarbeit mit über 200 Mitarbeiter*innen (25 verschiedene Sprachen) breit aufgestellt.

Kontakt:

IFAK e.V.

Engelsburgerstr. 168

44783 Bochum

Tel.: 01635656512

Fax.: 0234683336

E-Mail: mueller@ifak-bochum.de

Webseite: <http://www.ifak-bochum.de>

ifgg – Institut für genderreflektierte Gewaltprävention gGmbH

Bei uns können Sie sich über Angebote unseres Instituts informieren:

- das TESSYA(R)-Antigewalttraining, das sich an Kinder und Jugendliche richtet, systemisch-lösungsorientiert ausgerichtet ist und für Eltern parallel ein Coaching bereithält. Das TESSYA(R)-Programm ist in den Berliner Jugendämtern als Maßnahme nach dem KJHG bzw. dem JGG seit mehreren Jahren als Angebot verankert und sehr gut nachgefragt. Außerdem wird jährlich eine praxisorientiert ausgerichtete Qualifizierung angeboten, die sich an Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe richtet, die sich zum_zur Antigewalttrainer_in weiterbilden möchten.
- das Projekt Präfix R – Coaching für Eltern in Haft, das seit 2015 in Brandenburger und Berliner Haftanstalten umgesetzt wird. Präfix R zielt darauf ab, inhaftierten Eltern Raum zu geben, Fragen und Anliegen im Zusammenhang mit ihrer Rolle als Vater oder Mutter zu reflektieren. Hierbei ist neben der Thematisierung biografischer Erfahrungen auch die Reflexion von Werten und Ideologien, die in den Erziehungsstil hineinwirken, bedeutsam. Die Angehörigen werden ebenfalls mit ihren Perspektiven und den für sie zentralen Fragen in den Coachingprozess einbezogen.
- Fortbildungen zu Professioneller Präsenz/Neuer Autorität nach dem Ansatz von Haim Omer, Psychologe und Familientherapeut in Tel Aviv, der ein praxiserprobtes Interventionsprogramm für Pädagog_innen entwickelt hat.

Kontakt:

ifgg – Institut für genderreflektierte Gewaltprävention
gGmbH

Osloer Str.12, 13359 Berlin

Tel.: 030-74773117

Fax.: 030-74773118

E-Mail: streibrzic@ifgg-berlin.de

Webseite: <http://www.ifgg-berlin.de>

IGG – Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention

„Neuköllner Aufruf“ – Sicherheit, Gesundheit, respektvolles Zusammenleben: Mehr Lebensqualität durch gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Gewaltprävention

Gewalt verstößt zugleich gegen Menschenrechte, Kinderrechte und in unserer Verfassung verbriefte Grundrechte. Weniger Gewalt bedeutet, sicherer, gesünder und mit mehr gegenseitigem Respekt aufzuwachsen und zusammen zu leben. Das führt zu mehr Lebensqualität bei spürbar verbesserten Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen den Geschlechtern und den Generationen.

Die IGG ruft die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit Ländern und Kommunen, mit freien Trägern, mit einschlägigen Institutionen und Organisationen aus der Gewaltprävention, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer konzertierten Aktion eine Strategie für die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Gewaltprävention zu erarbeiten. Diese soll in ein bundesweit angelegtes Handlungskonzept münden, das in den nächsten Jahren umgesetzt wird.

Wir laden Sie ein, den Aufruf unter www.gewalt-praevention.info zu unterzeichnen (bis zum 21.05.2019 als Erstunterzeichnerin/Erstunterzeichner) und in unserer Initiative mitzuwirken.

Dr. Sabine Bohne; Prof. Dr. Heinz Cornel; Wolfgang Kahl
Erich Marks; Anna Rau; Dr. Robert Schlack; Vertr. Prof. Dr. Monika Schröttle; Stephan Voß; Prof. Dr. Klaus Wahl

Kontakt:

IGG – Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention,
c/o DPT – Deutscher Präventionstag
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
Webseite: www.gewalt-praevention.info

Integrationsbüro Kreis Offenbach – PRO Prävention

Der Kreis Offenbach inmitten des Ballungsgebietes Rhein-Main zeichnet sich durch Urbanität und ländliche Strukturen aus. In den dreizehn Kommunen leben bis zu 170 verschiedene Nationen, kreisweit haben mehr als 30 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund – die Bevölkerung des Kreises ist ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös vielfältig.

Im Jahr 2002 hat der Kreis Offenbach als erster Landkreis in Hessen ein eigenes Integrationsbüro eingerichtet. Denn Teilhabe, Partizipation und Integration sind wichtige Bausteine für Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt. Im Integrationsbüro sind unter anderem die Geschäftsführung des Kreisausländerbeirats, eine WIR-Koordinationsstelle und das Radikalisierungspräventionsprojekt PRO Prävention angesiedelt. So trägt das Integrationsbüro dazu bei, Herausforderungen einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft im Interesse aller Beteiligten positiv zu gestalten.

Das Modellprojekt PRO Prävention widmet sich den Herausforderungen von Radikalisierung in (religiös begründetem) Extremismus. PRO Prävention ist Anlaufstelle für Fachkräfte, ehrenamtlich Engagierte und Jugendliche und steht in engem Austausch mit Behörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Der Stand dient dazu die Arbeit des Integrationsbüros und von PRO Prävention vorzustellen und über gute Praktiken kommunaler Radikalisierungsprävention zu informieren.

Kontakt:

Kreis Offenbach Integrationsbüro

Werner-Hilpert-Str.1

63128 Dietzenbach

E-Mail: integrationsbuero@kreis-offenbach.de

Webseite: <https://www.kreis-offenbach.de/integrationsbuero>

Intercultural Competence Initiative Vienna – Verein zur Förderung von interkulturel- lem Dialog

„Not in God's Name – speak out against radicalism and antisemitism“ (NIGN) ist ein Projekt zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, Gewalt sowie Radikalisierung durch „Sport mit Vorbildern“. Ziel ist die bessere Verständigung zwischen den Religionen, um Toleranz zu schaffen und einen interkulturellen Austausch herzustellen. Als ein Gegenpol zur IS-Propaganda, Radikalisierung und Rekrutierung im Internet, setzt NIGN gezielt „Testimonials“ ein, die als Vorbilder fungieren, um Kindern und Jugendlichen die Bedeutung des friedlichen Dialogs mit anderen Kulturen für ein gelingendes Zusammenleben bewusst zu machen. Alle unsere Testimonials fühlen sich als Teil der deutschen Gesellschaft und wollen dieses Gefühl der emotionalen Teilhabe durch ihre Integrationsarbeit genau bei jenen Kindern und Jugendlichen fördern, die aufgrund unterschiedlicher Benachteiligungen drohen in Isolation zu geraten und damit den Risiken von Extremismus und Radikalisierung ausgesetzt sind. Wir arbeiten eng mit Kampfsportlerinnen und Kampfsportlern zusammen, da sich radikalisierende Jugendliche ihre Vorbilder oftmals in diesem Bereich suchen. Die Förderung des interkulturellen Dialogs und die Vermittlung demokratischer Werte stehen bei gemeinsamen Workshops und Sport-Sessions, während des Zusammenbringens der Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Wurzeln, im Fokus.

Kontakt:

Intercultural Competence Initiative Vienna – Verein zur
Förderung von interkulturellem Dialog

Karlsplatz 3/11, 1010 Wien

Tel.: 030-25058821

Fax.: 030-25058828

E-Mail: office@nign.eu

Webseite: <http://www.nign.eu>

Internationaler Bund

Der Internationale Bund (IB) ist mit mehr als 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Dienstleister in der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit in Deutschland. Sein Leitsatz lautet „MenschSein stärken“.

Insbesondere werden folgende Programme und Projekte auf dem Stand des IB präsentiert:

Die Stiftung Schwarz-Rot-Bunt: Ziel der Stiftung ist es, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Bewusstsein für die Grundlagen unserer Demokratie und ihrer Herausforderungen zu schaffen. Sie setzt sich für die Stärkung demokratischen Verhaltens und ein friedliches Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen ein.

Das Modellprojekt „Grenzerfahrungen“ („Demokratie leben!“) reagiert auf aktuelle Bedrohungen von Demokratie und Menschenfeindlichkeit durch rechte und populistische Bewegungen. Im Fokus des Projekts steht die Auseinandersetzung mit Grenzen auf unterschiedlichen Ebenen, die an verschiedenen Standorten des IB mit vielfältigen Methoden thematisiert werden.

Mit dem Programmbereich „Respekt Coaches“ führen die Jugendmigrationsdienste des IB an ausgewählten Schulen in Kooperation mit Partnern der Politischen Bildung primärpräventive Angebote gegen religiös bedingten Extremismus durch.

Kontakt:

Internationaler Bund

Valentin-Senger-Straße 5

60389 Frankfurt am Main

Tel.: 069/94545-207, 069/94545-208

E-Mail: jochen.kramer@ib.de

Webseite: <http://www.internationaler-bund.de>

Jugendmigrationsdienste

Rund 470 Jugendmigrationsdienste (JMD) bundesweit begleiten junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren mittels individueller Angebote und professioneller Beratung bei ihrem schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess in Deutschland. Individuelle Unterstützung, Gruppen- und Bildungsangebote sowie eine intensive Vernetzung mit Schulen, Ausbildungsbetrieben, Integrationskursträgern und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe zählen zu den wesentlichen Aufgaben der JMD.

Kontakt:

Servicebüro Jugendmigrationsdienste

Adenauerallee 12-14

53113 Bonn

Tel.: 0228-959680

Fax.: 0228-9596830

E-Mail: servicebuero@jugendmigrationsdienste.deWebseite: www.jugendmigrationsdienste.de

jugendschutz.net

jugendschutz.net ist das jugendpolitische Kompetenzzentrum von Bund und Ländern zur Förderung von Schutz und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Netz. Die Stelle handelt mit gesetzlichem Auftrag, im Vorfeld jugendschutzrechtlicher Aufsichtsverfahren und wirkt in die Zivilgesellschaft hinein.

Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten und drängt Anbieter und Betreiber, ihre Angebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können. Sie nimmt über ihre Hotline Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen und sorgt dafür, dass diese schnell beseitigt werden. Im Fokus der Arbeit stehen riskante Kontakte, Selbstgefährdungen, politischer Extremismus und sexuelle Ausbeutung von Kindern.

Problematische Inhalte im Netz können gemeldet werden unter www.jugendschutz.net/hotline oder hotline@jugendschutz.net.

Kontakt:

jugendschutz.net

Wallstr. 11

55122 Mainz

E-Mail: buero@jugendschutz.net

Webseite: <http://www.jugendschutz.net>

Jugendstation Jena / Saale-Holzland-Kreis und Jugendstation Gera

Präsentation der Jugendstationen in Thüringen (Jena/Saale-Holzland-Kreis und Gera); Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach; Vorteile des Arbeitsablaufs in den Jugendstationen.

Kontakt:

Jugendstation Jena / Saale-Holzland-Kreis und Jugendstation Gera

August-Bebel-Straße 3

07743 Jena

Tel.: 03641 / 6286021

Fax.: 03641 / 6286017

E-Mail: guenther.stephan@stag.thueringen.de

Justizvollzugsanstalt Butzbach (Hessen)

Die Justizvollzugsanstalt Butzbach präsentiert im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz den Strafvollzug in Hessen.

Auf das Thema des 24. DPT wird besonders eingegangen.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Butzbach (Hessen)

Kleebergerstr. 23

35510 Butzbach

E-Mail: christina.franke@jva-butzbach.justiz.hessen.de

Webseite: <https://jva-butzbach-justiz.hessen.de>

JUUUPORT e.V.

JUUUPORT e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der junge Menschen bei Problemen im Web unterstützt und sich für einen respektvollen Umgang in der Onlinekommunikation einsetzt. Jugendliche aus ganz Deutschland engagieren sich ehrenamtlich in zwei Projekten.

JUUUPORT.de ist eine bundesweite Online-Beratungsplattform, an die Du Dich wenden kannst, wenn Du Probleme im Netz hast, z.B. gemobbt oder abgezockt wurdest. Hier bekommst Du Hilfe von Jugendlichen, den JUUUPORT-Scouts. Ihre Beratung ist anonym und kostenlos.

WERTE LEBEN – ONLINE ist ein bundesweites Online-Projekt, bei dem sich junge Menschen für mehr Respekt, Toleranz und Mitgefühl im Netz stark machen. In Social-Media-Aktionen und Webinaren vermitteln sie diese Werte an Jugendliche.

Kontakt:

JUUUPORT e.V.

Landschaftsstraße 7

30159 Hannover

E-Mail: info@juuuport.deWebseite: www.juuuport.de und www.werteleben.online

Katholische Bundes-Arbeitsgemein- schaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband (KAGS)

In der Katholischen Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe haben sich über 100 katholische Träger, Dienste und Einrichtungen zusammengeschlossen, die Hilfen für Straffällige, deren Angehörige und Opfer von Straftaten anbieten. Die KAGS ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe innerhalb der verbandlichen Caritas. Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern.

Unsere Dienste und Einrichtungen bieten vielfältige Hilfen an:

- Beratung für straffällig gewordene Menschen und ihre Angehörigen
- Hilfe bei der Haftentlassung
- Wohnmöglichkeiten für den Übergang, betreutes Wohnen
- Hilfen zur Erlangung und Erhaltung von Wohnung und Arbeit
- Gruppenangebote im Vollzug
- Beratung bei Suchtproblemen, Vermittlung in Therapien
- Beratung bei Schuldenproblemen, Entschuldungshilfe
- Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Helfern
- Soziale Trainingskurse
- Täter-Opfer-Ausgleich
- gemeinnützige Arbeit zur Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen
- Online-Beratung für Angehörige von Straffälligen

www.kags.de www.besuch-im-gefaengnis.de

www.fachwoche.de

Kontakt:

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe
im Deutschen Caritasverband (KAGS)

Karlstrasse 40

79104 Freiburg

E-Mail: alexandra.weingart@caritas.de

Webseite: <http://www.kags.de>

Kindergarten plus

Das von der Deutschen Liga für das Kind entwickelte Bildungs- und Präventionsprogramm Kindergarten plus fördert im Settingansatz die emotionale, soziale und geistige Bildung vier- bis sechsjähriger Kinder in Kindertageseinrichtungen und wurde bundesweit bereits in mehr als 2.150 Kitas eingeführt.

Unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten der Kinder werden die für den Lernerfolg im Kindergarten und im späteren Leben unverzichtbaren Basisfähigkeiten gestärkt und entwickelt: Selbst- und Fremdwahrnehmung, Einfühlungsvermögen, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Themen und Methoden des Programms werden in den Alltag übertragen. Auch die Eltern werden einbezogen. Sie erhalten schriftliche Informationen, Spiel- und Gesprächsanregungen zu den Themen und Lerninhalten sowie eine CD.

Im Zuge der wissenschaftlichen Evaluation des Programms wurde deutlich, dass sich die sozialen Kompetenzen der teilnehmenden Kinder signifikant verbessert haben. Auch emotionale Kompetenzen verbesserten sich im Hinblick auf die Abnahme externalisierender Verhaltensauffälligkeiten.

Das Programm wird in der „Grünen Liste Prävention“ als „effektiv“ geführt. Kindergarten plus hat das PHINEO „Wirkt!-Siegel“ erhalten.

Ein neuer Projektbereich für die alltagsintegrierte Förderung von Kindern ab zwei Jahren wird bereits in der Praxis erprobt und ab 2020 deutschlandweit eingeführt.

Kontakt:

Deutsche Liga für das Kind

Charlottenstr. 65

10117 Berlin

Tel.: 0157 5422 5377

E-Mail: kindergartenplus.koordination@gmail.com

Webseite: <http://www.kindergartenplus.de>

KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.

Der bundesweite Koordinierungskreis gegen Menschenhandel ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. Wir engagieren uns auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für die Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung sowie für die Durchsetzung der Rechte Betroffener und setzen uns für die Verwirklichung der Menschenrechte von Migrantinnen ein.

1987 von Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel gegründet, und 1999 als Verein eingetragen, vereint der KOK e.V. heute 38 Mitgliedsorganisationen unter seinem Dach. Mitgliedsorganisationen sind u.a. Fachberatungsstellen, Migrantinnen-Projekte, Frauenhäuser, Prostituiertenberatungsstellen und weitere Organisationen, die zu den oben genannten Themen arbeiten. Der KOK ist bundes- und europaweit die einzige Koordinierungsstelle mit diesem Fokus und verfügt über eine umfangreiche und langjährige Expertise zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels und jeglicher Formen der Ausbeutung. Diese Expertise bezieht der KOK aus dem Fachwissen seiner Mitgliedsorganisationen und damit direkt aus der Praxis. Der KOK ist daher eine Fachorganisation, die praxisfundiert arbeitet und die Ergebnisse dieser Arbeit wieder der Praxis zukommen lässt.

Diese Arbeit möchten wir gemeinsam mit unserer Mitgliedsorganisation IN VIA Berlin im Rahmen des DPT 2019 mit einem Informationsstand vorstellen.

Kontakt:

KOK e.V. Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.

Kurfürstenstr. 33

10785 Berlin

Tel.: 03026391176

E-Mail: info@kok-buero.de

Webseite: <http://www.kok-gegen-menschenhandel.de>

Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co. KG

Der Kommunal- und Schul-Verlag ist Teil der Verlagsgruppe C.H. Beck und gehört zu den führenden deutschen Verlagen für kommunal- und landesrechtliche Fachliteratur. Zum Verlag gehört als zweite Säule neben den Titeln zum landesrechtlichen Polizei- und Sicherheitsrecht der Lübecker Medien Verlag, der praxisgerechte Literatur für die Bundespolizei veröffentlicht und als wichtige Basis für Aus- und Fortbildung etabliert ist. Ergänzt wird dieser Themenbereich durch weitere Literatur für die Polizei und die Zeitschrift Polizei Info Report, die seit vierzig Jahren fundiert über rechtliche Aspekte aktueller Sicherheitsfragen und des polizeilichen Einsatzgeschehens berichtet.

Kontakt:

Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co. KG
Konrad-Adenauer-Ring 13
65187 Wiesbaden
Tel.: 0611-8 80 86 10
Fax.: 0611-8 80 86 77
E-Mail: info@kommunalpraxis.de
Webseite: <https://www.kommunalpraxis.de/>

Kompetenzzentrum Frauen & Gesundheit NRW

2019 werden wir vom Kompetenzzentrum Frauen & Gesundheit NRW (gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW) den Schwerpunktbereich „Gewaltprävention und Gesundheit(sförderung) in Peer- und Paarbeziehungen Heranwachsender“ auf dem DPT fokussieren.

Dazu werden wir Kurzfilme zeigen, über unsere Arbeit zum Thema informieren (Fachveranstaltungen, Netzwerkarbeit), Materialien und zielführende Giveaways auslegen/verteilen.

Kontakt:

Kompetenzzentrum Frauen & Gesundheit NRW
Gesundheitscampus-Süd 9
44801 Bochum

Tel.: 0234 97888367

Fax.: 0234 97888369

E-Mail: janz@frauenundgesundheit-nrw.de

Webseite: <http://www.frauenundgesundheit-nrw.de>

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Das konex ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg. Es ist beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg im Landespolizeipräsidium angesiedelt. Getreu dem Slogan: „Gemeinsam gegen Extremismus“ bietet konex (ehemals KPEBW) zusammen mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus an. Es vermittelt Expertenwissen sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für alle relevanten Akteure.

Außerdem koordiniert es das Projekt ACHTUNG?! – ein Präventionsprojekt für Schulen – Klassenstufe 9 und berufliche Schulen, welches im Land Baden-Württemberg angeboten wird. Das Projekt möchte die (weitere) Radikalisierung gerade in einem frühen Stadium verhindern. Menschen allen Alters sollen verschiedene Weltanschauungen und Lebensweisen kennenlernen und darin bestärkt werden, diese Vielfalt zu akzeptieren und positiv zu werten. Es wird außerdem über konkrete Hilfsangebote, Anlaufstellen und Ansprechpartner informiert. Das Projekt ACHTUNG?! sammelt und bündelt die Expertisen verschiedener Präventionsakteure und schnürt sie zu einem sich ergänzenden Gesamtpaket für Schulen, das bedarfsbezogen angefordert werden kann. Kernstück ist ein interaktives Theaterstück, welches speziell für die Zielgruppe entwickelt wurde.

Kontakt:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex), Landespolizeipräsidium, Ref. 32 Willy-Brandt-Str. 41, 70173 Stuttgart

Tel.: 0711-279-4556

Fax.: 0711-231-5555

E-Mail: konex@im.bwl.de

Webseite: <http://www.konex-bw.de>

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist das Leitbild der Landesregierung zur Förderung einer starken und lebendigen Demokratie. Die Landesregierung ist mit ihm 1998 die Verpflichtung eingegangen, sich dauerhaft für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage sowie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Seit dem Jahr 2016 wird die Arbeit des „Toleranten Brandenburg“ ergänzt durch das „Bündnis für Brandenburg“, das die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Flüchtlingsintegration zum Ziel hat.

Auf dieser Grundlage fördert die Landesregierung Maßnahmen für eine offene und freiheitliche Gesellschaft, in der sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig an der Gestaltung ihres demokratischen Gemeinwesens beteiligen. Sie arbeitet zu diesem Zweck mit verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie einem durch die Landesregierung finanzierten Beratungsnetzwerk zusammen. Die gemeinsame Arbeit wird durch eine Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“ in der Staatskanzlei umgesetzt.

Ebenfalls zuständig ist die Koordinierungsstelle für die Phänomenbereiche „Antisemitismus“ und „Islamismus“. Hier koordiniert sie entsprechende Vorhaben und Maßnahmen der Landesregierung.

Kontakt:

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg“

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Tel.: (0331) 866-1170

E-Mail: angelika.thiel-vigh@stk.brandenburg.de

Webseite: <http://www.tolerantes.brandenburg.de>

Kreis Lippe Senioreninformationsdienst Lippe

Der Senioreninformationsdienst

Die zunehmende Zahl älterer Menschen stellt unsere Gesellschaft in Zukunft vor vielfache Probleme. Die Schaffung von Netzwerken und gegenseitiger Hilfe sind wichtige Aufgaben unserer Gesellschaft, die wir mit dem Senioreninformationsdienst stärken. Ebenso wichtig ist es, präventiv zu erkennen, was an Angeboten benötigt wird, um bedarfsgerechte Strukturen für jeden Einzelnen schaffen zu können. Die Menschen sollen in Ihrem gewohnten Umfeld erreicht und über die für sie bedeutsamen Angebote informiert werden. Vor diesen Hintergründen haben sich in den Gemeinden und Städten, ortsansässige Verbände, Kommunen und Kreis Lippe zusammen gefunden, um ein für den Kreis Lippe beispielhaftes Projekt zu realisieren. Die Umsetzung orientiert sich an einem kombinierten Ansatz bürgerschaftlichen Engagements mit professioneller Begleitung.

Der Seniorenlotse

Die Zusammenarbeit mit dem Senioreninformationsdienst und der Polizei Lippe zeigt ein gutes Beispiel der Vernetzung.

Ältere Mitbürger sind immer häufiger Opfer von kriminellen Betrügereien und Raub steht dabei an vorderster Stelle. Die Polizei leistet im Bereich des Einbruch- und Opferschutzes zwar kontinuierliche Präventivarbeit, stößt aber oft auch an Grenzen. Die Polizei in Lippe hat große Hoffnungen in das Projekt „Seniorenlotsen“, bei dem der Bürger nun direkt erreicht und aufgeklärt werden kann.

Kontakt:

Kreis Lippe

Felix-Fechenbach-Str.5

32756 Detmold

Tel.: 05231-624400

E-Mail: m.ottemeier@kreis-lippe.de

Webseite: <http://www.senioreninformationsdienst-lippe.de>

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Die Kreispolizeibehörde Gütersloh präsentiert Projekte und Arbeitsschwerpunkte zu folgenden Themen:

- Orientierungssystem für Einsatz- und Rettungskräfte nach Gütersloher Modell
- „Das sichere Amt“ – Sicherheit in öffentlichen Gebäuden
- MERKwürdig! Gedächtnistraining zur Kriminalprävention – Gütersloher Modell
- Storytelling – Literarische Kriminalprävention – Gütersloher Modell
- Täter schocken – Anruf blocken
- Prävention beginnt bei Gelb – ein Projekt zur Radikalisierungsprävention

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Herzebrocker Straße 142

33334 Gütersloh

Tel.: 05241-869-1879

E-Mail: guido.baratella@polizei.nrw.de

Webseite: <https://guetersloh.polizei.nrw/>

Kriminologische Zentralstelle (KrimZ)

Die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) mit Sitz in Wiesbaden ist die zentrale Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder für kriminologisch-forensische Forschungsfragen. Sie führt eigene praxisbezogene Forschungsprojekte durch, dokumentiert Forschungsergebnisse und bietet die frei zugängliche Fachdatenbank KrimLit an (<http://allegro.wwan.de/cgi-bin/krimz/maske.pl?db=krimz&lang=de>). Sie veranstaltet regelmäßig Fachtagungen zu kriminalpolitisch aktuellen Themen. Eigene Forschungsergebnisse und Tagungsbände werden in KrimZ-eigenen Publikationsreihen veröffentlicht (z.B. in der Buchreihe Kriminologie und Praxis – KUP) oder in elektronischer Form zugänglich gemacht (BM-Online-Reihe zum freien Download: <https://www.krimz.de/publikationen/bm-online/>). Die KrimZ verfügt über eine umfangreiche Spezialbibliothek mit kriminologisch-forensischem Sammelschwerpunkt.

Kontakt:

Kriminologische Zentralstelle (KrimZ)
Viktoriastr. 35
65189 Wiesbaden
Tel.: 0611-1575810
Fax.: 0611-1575811
E-Mail: m.reddenberger@krimz.de
Webseite: <http://www.krimz.de>

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen informiert über Extremismus sowie über Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes, schildert die aktuelle Sicherheitslage und sensibilisiert ganz allgemein zu Fragen um Demokratie und des zivilen Zusammenlebens vor dem Hintergrund der Bedrohung durch extremistische Strukturen. In Vorträgen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen tritt das LfV Sachsen als Informationsdienstleister für die Öffentlichkeit auf und leistet damit einen wichtigen Präventionsbeitrag für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus.

Kontakt:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Neuländerstraße 60

01129 Dresden

Tel.: 0351-8585 0

E-Mail: stab@lfv.smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>

Landeskommission Berlin gegen Gewalt Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Die Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern, ist das Ziel der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Hierbei arbeiten wir ressort- und institutionenübergreifend. Eine der wichtigsten Herausforderungen Berlins ist es, die Sicherheit der wachsenden Stadt zu gewährleisten, die durch soziale Polarisierung geprägt ist. Mit Konzepten zur urbanen Sicherheit, zum Opferschutz und Programmen zum religiös begründeten Extremismus soll dies gelingen. Sehr gerne tauschen wir uns mit Ihnen hierzu an unserem Stand aus.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt Senatsverwaltung
für Inneres und Sport

Klosterstraße 47
10179 Berlin

E-Mail: Bettina.Theel@seninnds.berlin.de

Webseite: <http://www.berlin.de/gegen-gewalt>

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Gemäß Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums M-V ist das Landeskriminalamt M-V für die Koordinierung der polizeilichen Prävention im Land Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Auf dem Deutschen Präventionstag stellt die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern neben den Ergebnissen des Präventionsprojektes „Helden statt Trolle – krass gesagt? Hinterfragt!“ weitere Präventionsprogramme im Rahmen der Jugendprävention vor. Hier geht es vor allem um das Projekt „Wir in MV – fit und sicher in die Zukunft“.

Kontakt:

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern
Retgendorfer Str. 9
19067 Rampe
Tel.: 03866-646110
Fax.: 03866-646102
E-Mail: praevention@lka-mv.de

Landeskriminalamt Niedersachsen

Das Landeskriminalamt Niedersachsen präsentiert auf seinem Stand zwei Themen.

„Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit – gemeinsam mit der Polizei Planen und Gestalten“

Die öffentlichen Räume in den Städten und Gemeinden sind aufgrund dynamischer gesellschaftlicher Veränderungen vor neue Herausforderungen gestellt. Das allgemeine Sicherheitsempfinden ist nicht zuletzt durch einzelne Anschläge ins Wanken geraten. Nicht immer sind öffentliche Plätze, Stadtquartiere oder das Wohnumfeld auf die veränderten Sicherheitsanforderungen vorbereitet. Das Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit (KURBAS) im Landeskriminalamt Niedersachsen nimmt sich diesen Fragestellungen an und unterstützt Kommunen und Gemeinden bei der Planung und Bewertung eines Raumes unter sicherheitsrelevanten Kriterien, analysiert Angst- und Gefahrenräume und führt gemeinsam mit den Beteiligten Maßnahmen zur städtebaulichen Kriminalprävention durch.

Darüber hinaus gibt das LKA Niedersachsen die neu entwickelte Broschüre „Ablauf eines Jugendstrafverfahrens bei der Polizei“ für Kongressbesucher zur Verteilung.

Zu beiden Themen stehen die Experten den interessierten Besuchern zur Verfügung.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11

30169 Hannover

Tel.: +49 511 26262-3203 oder 6503

E-Mail: rainer.baum@polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.niedersachsen.de>

Landeskriminalamt Niedersachsen – Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK)

Die Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität (PPMK) versteht sich als Zentralstelle der Extremismusprävention für die nds. Sicherheitsbehörden und ist im Landeskriminalamt Niedersachsen angesiedelt. Sie hat eine phänomenübergreifende Ausrichtung und verfolgt unter anderem diese Kernaufgaben:

- Wahrnehmung einer Servicefunktion für die Polizeidienststellen in Niedersachsen zur Unterstützung der Extremismus- bzw. PMK-Prävention.
- Mitwirkung bei der Entwicklung, Optimierung und Umsetzung von polizeilichen Konzeptionen und Strategien zur Prävention und Bekämpfung von PMK.
- Enge Vernetzung mit polizeilichen Organisationseinheiten, mit dem Verfassungsschutz, dem Landespräventionsrat sowie weiteren externen Präventionsakteuren aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Neben der PPMK bilden wir gemeinsam mit dem Verfassungsschutz Niedersachsen die Geschäftsführung der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI). Damit wurde eine Stelle in Niedersachsen geschaffen, in der im Rahmen der strategischen und operativen Islamismusprävention die Aktivitäten und bereits vorhandenen Netzwerke staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Islamismusprävention gebündelt, institutionalisiert und deren Zusammenarbeit intensiviert wird.

In der KIP NI arbeiten das MI, das MS mit dem Verein berater e.V., das MJ, der LPR des MK und die PPMK des LKA NI.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11

30169 Hannover

E-Mail: michelle.hammelbeck@polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

PRÄVENTION – einfach, kompakt und einprägsam –

Informationsangebote werden immer umfangreicher. Die Anforderungen an eine persönliche Ansprache werden immer höher. Die Gesellschaft ist heute multikulturell. Unser Ziel ist es Präventionsbotschaften – einfach und kompakt – an die Zielgruppen zu vermitteln.

Die Menschen sollen mit – einprägsamen – Präventionshinweisen positive sicherheitsfördernde Handlungsstrategien für Ihren Alltag erhalten.

Diese Botschaft präsentieren wir den Besuchern anhand bereits durchgeführter Präventionsmaßnahmen (z.B. Onlineveranstaltungen, Videoclips).

Nähere Informationen erhalten Sie an unserem Informationsstand oder über folgenden Ansprechpartner:

Sebastian Rieß, Polizeibeamter, Referent für Tatmittel Internet, Digitale Medien

Telefon: 06131-65-2822

Email: lka.ls3.ma@polizei.rlp.de

Uwe Höflich, Diplom Sozialarbeiter, Referent für verhaltensorientierte Prävention

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Telefon: 06131-65-2107

Email: lka.ls3.ma@polizei.rlp.de

Kontakt:

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Valenciaplatz 1-7

55118 Mainz

E-Mail: lka.ls3.ma@polizei.rlp.de

Webseite: <http://www.polizei.rlp.de>

Landespolizeidirektion Thüringen

Die Stabsstelle Polizeiliche Extremismusprävention (PEP) in Thüringen wurde infolge der Empfehlungen des 1. NSU-Untersuchungsausschusses 2013 gegründet. Die PEP beschäftigt sich mit der Prävention der Phänomene Rechts-, Links-, Ausländerextremismus politisch/religiös motiviert. Dafür praktiziert die PEP durch Projekte, Fortbildungen und Kooperationen mit der Zivilgesellschaft u.a. Demokratieförderung außer- und innerhalb der Polizei. Folgende Projekte werden näher vorgestellt:

1. Die zusätzliche Bildung von Schüler*innen bezüglich der Syndrome der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) nach Vorfällen des Rechtsextremismus in Schulen anhand des Storytelling „Geschichtenerzählens“ zu den Phänomenen Rassismus, Antisemitismus, Abwertung von Obdachlosen und Homosexuellen. Hierfür wird eine Lehrerfortbildung angestrebt.
2. Die Stärkung des Opferschutzes bei Fällen vorurteilsmotivierter Straftaten durch die Verbesserung des polizeilichen Opferschutzes und der engeren Kooperation mit Opferberatungsstellen. Monitoring dieser Straftaten und diesbezügliche Vermittlung und Absprache mit den Opferberatungsstellen.
3. Die Weiterbildung von Polizeibeamt*Innen hinsichtlich GMF, Antisemitismus und Diskriminierung in Kooperation mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. zur Selbstreflexion eigenen Handelns im Einsatz und Auftreten als Polizist*innen in der Gesellschaft.

Kontakt:

Landespolizeidirektion Thüringen

Andreasstraße 38

99084 Erfurt

Tel.: 0361 6623032

E-Mail: extremismuspraevention.lpd@polizei.thueringen.de

Webseite: www.thueringen.de

Landespräventionsrat Brandenburg

Der Landespräventionsrat Brandenburg (LPR) wurde im März 2000 gegründet. Er ist die zentrale Instanz zur Bündelung und Förderung einer umfassenden Kriminalprävention im Land Brandenburg. Ziel seiner gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Aktivitäten ist es, Kriminalität vorzubeugen. In einem bescheideneren und zugleich realistischeren Sinne geht es darum, Kriminalität zu reduzieren bzw. in ihren Auswirkungen zu begrenzen. Die Kriminalitätslage und das Empfinden der Menschen dazu korrespondieren oft, sind aber bei weitem nicht deckungsgleich. Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Deshalb geht es bei der Präventionsarbeit auch darum, sich der Kriminalitätsfurcht, vornehmlich durch Information und Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten, zu stellen.

Mit der finanziellen Förderung von Projekten und Maßnahmen wird Kriminalprävention erlebbar umgesetzt.

Die eigenverantwortlich organisierten Fachtage des LPR widmen sich aktuellen Themen. Impulse dazu kommen aus den Arbeitsgruppen. Mit der jährlichen Verleihung des Landespräventionspreises werden themenbezogen herausragende Aktivitäten in der kriminalpräventiven Arbeit gewürdigt.

Der LPR richtet seine Arbeit auf die drei Bereiche Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz, Politischer Extremismus und Opferschutz aus.

Der LPR wird durch seinen Vorsitzenden, den Minister des Innern und für Kommunales, nach außen vertreten.

Kontakt:

Landespräventionsrat Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

E-Mail: lpr@mik.brandenburg.de

Webseite: <http://www.lpr.brandenburg.de>

Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Ausstellung der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat Hessen), der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt sowie der Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige an einem gemeinsamen Stand.

Kontakt:

Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Luisenstraße 13

65185 Wiesbaden

E-Mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

Webseite: <http://www.landespraeventionsrat.hessen.de>

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“

Dieses Zitat des italienischen Rechtsphilosophen Beccaria (1738-1794) steht für die Denk- und Arbeitsweise des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR). Seit 1995 ist der LPR kompetenter Ansprechpartner für die Kriminalprävention in Niedersachsen. Wir verstehen Kriminalprävention als umfassende Aufgabe, die der Unterstützung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte bedarf. Im LPR sind daher rund 270 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, die durch den Vorstand repräsentiert werden. Zu unseren Mitgliedern zählen kommunale Präventionsgremien, landesweit tätige nicht-staatliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Ministerien und Behörden. Die LPR-Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium ist Servicestelle für die LPR-Mitglieder und hat eine koordinierende Funktion für die Präventionsaktivitäten auf Landesebene.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte sind:

- Beratung, Förderung und Qualifizierung von Präventionsgremien und Akteuren in der kommunalen Kriminalprävention,
- Konzeption und Umsetzung landesweiter Modellprojekte zur Kriminalprävention,
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten,
- Koordination von und Mitwirkung in Kooperationen/Netzwerken/Partnerschaften für Kriminalprävention.

Mehr Informationen finden Sie auf der LPR-Webseite.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Siebstraße 4

30171 Hannover

E-Mail: christiane.klages@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Der LPR und das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen stellen verschiedene Präventionsprojekte vor:

Das Projekt „Sichere Netzwelten“ des LPR entwickelt Präventionsfilme für die Arbeit von Polizei, Schulen und anderen Trägern der Präventionsarbeit. Das Landeskriminalamt konzipiert die Filme in professioneller Qualität zusammen mit dem Institut für Internet-Sicherheit (FH Gelsenkirchen).

In den Häusern des Jugendrechts stehen jugendliche und heranwachsende Intensivtäter im Fokus von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt, um ihre kriminellen Karrieren zu beenden bzw. deren Rückfallquote zu verringern.

„Podknast“ setzt sich aus „Podcast“ und „Knast“ zusammen: Inhaftierte erlernen den Umgang mit Medien und erstellen Filme, die über ihr Leben in Haft berichten. Prävention bedeutet für das Projekt: Wer sich mit sich selbst, seiner Geschichte und seinem kriminellen Verhalten auseinandersetzt, beugt einer erneuten Straffälligkeit vor und klärt gefährdete Jugendliche und Erwachsene über die Konsequenzen einer Inhaftierung auf.

Das Zentrum für interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW – in Zusammenarbeit mit den Integrationsbeauftragten der JVAen – unterstützt alle Justizeinrichtungen bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus einer zunehmenden Diversität der Gesellschaft ergeben und befasst sich mit allen justiziellen Fragen der Extremismusbekämpfung.

Kontakt:

Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Tel.: 0211-8792565
E-Mail: julian.pritsch@jm.nrw.de
Webseite: <http://www.lpr.nrw.de>

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

In Sachsen existieren vielfältige Präventionsinitiativen & -gremien von staatlichen, kommunalen & zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Der Landespräventionsrat (LPR) ist ein Dach, um bestehende Präventionsstrukturen zu verknüpfen & neue Impulse für die Weiterentwicklung zu geben.

Der LPR arbeitet u. a. in den Feldern frühkindliche, schulische, kommunale Prävention, Suchtprävention, Bekämpfung häuslicher Gewalt, Sport & Sicherheit, Demokratiestärkung & Extremismusprävention, Verkehrssicherheit sowie Digitale Medien. Aktuell etabliert der LPR die Landesstrategie „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (www.ASSKomm.de) zur Stärkung Kommunalen Prävention und bietet neu mit der TU Chemnitz und dem Institut B3 den Studiengang Präventionsmanagement (B.A. & M.A.) an.

Der LPR baut die Strategie „Prävention im Team“ (PiT) als Kooperation von Schule, Kommunalverwaltung und Polizei für eine umfassende (vor-)schulische Prävention aus, bietet in Kooperation mit dem LPR Niedersachsen das Beccaria-Qualifizierungsprogramm „Fachkraft für Kriminalprävention“ an, ist für zahlreiche Gremien verantwortlich und für Förderprogramme zuständig. Der LPR führt zudem Fachveranstaltungen durch.

Am Stand ist auch das Jugendberufshilfeangebot „Netz kleiner Werkstätten“, welches 56 Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren sinnvolle, arbeitsweltbezogene und wertschöpfende Beschäftigung bietet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN)

Wilhelm-Buck-Str. 4

01097 Dresden

Tel.: 0351/564-30900

Fax.: 0351/564-30909

E-Mail: lpr@smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.sachsen.de>

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Der Landespräventionsrat (LPR) wurde 1990 eingerichtet, um durch Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, Institutionen und Einrichtungen zur Reduzierung der Kriminalität und ihrer Folgen beizutragen und das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Der LPR-SH entwickelt in seinen interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitsgruppen kriminalpräventive Konzepte, berät die Landesregierung, informiert Behörden und gibt Impulse für neue Wege in der kriminalpräventiven Arbeit auf Ebene der Städte und Gemeinden. Begleitet wird diese Arbeit seit 2018 durch die eingerichtete Fachstelle „Kommunale Präventionsgremien“.

An den LPR ist zudem das Landesdemokratiezentrum (LDZ) angesiedelt.

Das LDZ geht aus der ursprünglichen Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus (LKS) hervor. Das LDZ bündelt für Schleswig-Holstein verschiedene Bundes- und Landesressourcen, um Extremismus und weiteren Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit präventiv zu begegnen und Demokratie zu fördern. Es koordiniert dazu die Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstrukturen im Themenbereich. Wesentlich ist die Vernetzung mit verschiedenen behördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Im Jahre 2018 erfolgte eine Erweiterung des LDZ um die Fachstellen: „Partnerschaften für Demokratie“ und „Religiöse Vereine, Verbände und Initiativen“.

Kontakt:

Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

E-Mail: LPR-SH@im.landsh.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-sh.de>

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen.

Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z. Z. mehr als 80 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt. Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der Kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, zurzeit sieben Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle.

Vorsitzender des LfK ist Innenminister Lorenz Caffier.

Die Geschäftsstelle befindet sich als eigenständiges Referat im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kriminalpraevention-mv.de.

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern / c.o. Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1
19055 Schwerin

E-Mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-mv.de>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg wird sich auf dem 24. Präventionstag erstmals mit Ihren Publikationen, Projekten und Veranstaltungen präsentieren. Besonders hervorzuheben ist die Stabsstelle „Demokratie stärken“ mit ihren drei Fachbereichen:

„DEMOKRATIE STÄRKEN!“

Baden-Württemberg gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Das Landesprogramm vernetzt und integriert bestehende Aktivitäten gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus und gibt Impulse in alle Bereiche der Gesellschaft.

Team meX

„Mit Zivilcourage gegen Extremismus“

Das Team meX macht Angebote zur Prävention von Rechtsextremismus, von islamistischem Extremismus und von weiteren Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Neben den Fortbildungen „Jugendszenen zwischen Islam und Islamismus“, „Argumentations- und Handlungstraining – Kompetent gegen rechte Sprüche“ und „Von Bielefeld nach Bilderberg...“ (zum Thema Verschwörungstheorien) gibt es für Jugendliche unter anderem den Projekttag „Soundcheck“ (zum Thema Rechtsextremismus und Musik).

Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.

Das Projekt der Baden-Württemberg Stiftung, entwickelt Angebote der wertorientierten Demokratiebildung und der Medienpädagogik und führt diese durch. Zielgruppe sind Jugendliche in Ausbildung und in der Berufsvorbereitung sowie Fachkräfte, die in diesem Bereich tätig sind.

Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Tel.: 071116409964

Fax.: 071116409977

E-Mail: daniel.henrich@lpb.bwl.de

Webseite: <http://www.lpb-bw.de>

Landeszentrale für politische Bildung MV

Die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern möchte auf der Ausstellung die alltägliche Arbeit in einem dünn besiedelten Bundesland vorstellen: Im Fokus der Präsentation stehen dabei unsere Eigenpublikationen, unser neuer Blog zum Wirken der Politik und politischen Willensbildung im Bundesland, die Arbeit des Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, unseres Demokratieladens in Anklam und unseres Demokratiebusses auf Achse.

Die Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung auf Basis des Beutelsbacher Konsens ist das Ziel unserer politischen Bildung – Diesem Ziel ist die Landeszentrale für politische Bildung MV verpflichtet: Sie informiert über alle Fragen von Politik und Demokratie und regt zur politischen Teilhabe an – überparteilich, unaufgeregt und mit professionellem Fachwissen. Die Landeszentrale ist die einzige staatliche Einrichtung zur politischen Bildung im Land und Teil einer vielfältigen Trägerlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bildungsministeriums.

Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung MV

Jägerweg 2

19053 Schwerin

E-Mail: s.posselt@lpb.mv-regierung.de

Webseite: <http://www.lpb-mv.de>

LOVE-Storm – ein Projekt des Bund für Soziale Verteidigung e.V.

LOVE-Storm ist eine Trainings- und Aktionsplattform gegen Hass im Netz. Im Vordergrund steht dabei ein Online-Training, bei dem Strategien der Gegenrede und Zivilcourage vermittelt werden. LOVE-Storm bietet Training, e-Learning, Vernetzung von Aktiven und Community Support gegen Hass im Netz. Am Infostand von LOVE-Storm informiert das Projektteam über Möglichkeiten der digitalen Zivilcourage und Angebote für Bildungsinstitutionen, Multiplikator*innen, Social Media Teams, Verbände, Einzelpersonen uvm.

LOVE-Storm ist ein Projekt des Bund für Soziale Verteidigung e.V. und wird als Modellprojekt im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

Kontakt:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8

32423 Minden

Tel.: 058419796474

E-Mail: info@love-storm.de

Webseite: <http://www.love-storm.de>

MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.

MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin ist das älteste und bekannteste Anti-Gewalt-Projekt seiner Art in Deutschland, das seit 29 Jahren als senatsgefördertes Projekt in Berlin besteht.

Seit 2017 wird MANEO von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördert.

Am Informationsstand präsentiert MANEO Informationen aus seinen vier Arbeitsbereichen (Kernbereiche) Opferhilfe, Erfassung von LSBT*-feindlichen Übergriffen in Berlin, Gewaltprävention und Empowerment.

Mit unserem Informationsstand machen darauf, dass LSBT*-feindliche Übergriffe ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen, das bundesweit – mit Ausnahme von Berlin – immer noch zu wenig Aufmerksamkeit erhält.

Der Stand wird zeitweise von Mitarbeitern von MANEO betreut werden.

Kontakt:

MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.

Bülowstr. 106

10783 Berlin

Tel.: 030-217 53 213

Fax.: 030-23638142

E-Mail: bastian.finke@maneo.de

Webseite: <http://www.maneo.de>

MAPP-Empowerment gGmbH

Jeder Mensch startet mit unterschiedlichen Voraussetzungen in sein Leben. Die Arbeit der MAPP-Empowerment gGmbH ist davon geprägt, neue Perspektiven zu eröffnen und faire Chancen zu schaffen.

Mit dem Magdeburger Anti-Gewalt-Training® (AGT) bietet die MAPP ein deliktbezogenes Präventionsprogramm für gewaltauffällige Personen an. Das AGT wird seit 20 Jahren überdurchschnittlich erfolgreich bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in ambulanten, stationären sowie präventiven Bereichen eingesetzt. Teilnehmer*innen der Ausbildung zum*zur AGT-Trainer*in lernen, Bedrohungssituationen zu erkennen, einzuordnen und Gefahr mit geeigneten Deeskalationsmethoden umzukehren.

Zum Repertoire der MAPP gehört außerdem das Präventionsprogramm ELTERN-AG, mit dem sozial benachteiligte Eltern gestärkt werden. Mütter*Väter lernen Zusammenhänge verstehen, erfahren, wie sie ihre Kinder bestmöglich in ihrer Entwicklung unterstützen können und werden ermutigt, ihre Ressourcen aktiv zu nutzen. So tun sie Entscheidendes dafür, die Zukunftschancen ihrer Kinder zu verbessern.

Zusätzlich macht die MAPP mit dem FamilyBoost! Qualifizierungsprogramm pädagogische Fachkräfte bereits während ihrer Ausbildung in erfolgreicher Elternzusammenarbeit fit. So erlangen sie die nötigen Kompetenzen, um gemeinsam mit Eltern an besseren Bildungs- und Lebenschancen für die Kinder zu arbeiten.

Kontakt:

MAPP-Empowerment gGmbH

Klausenerstraße 15

39112 Magdeburg

E-Mail: l.wolf@eltern-ag.de

Webseite: <http://www.eltern-ag.de>

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Die NRW-Initiative „Kurve kriegen“

Seit nunmehr fast acht Jahren arbeitet die NRW-Initiative „Kurve kriegen“ erfolgreich im Bereich der Prävention von Jugendkriminalität. Nachdem die Wirkung und Wirtschaftlichkeit des Programms in umfangreichen Evaluationen im Jahr 2016 konstatiert wurde, erfolgte der sukzessive Ausbau von ehemals acht Pilotstandorten (Kreispolizeibehörden) auf mittlerweile 23 der insgesamt 47 Kreispolizeibehörden des Landes; der landesweite Ausbau ist in Planung.

Im Kern geht es in der Initiative darum, stark kriminalitätsgefährdete junge Menschen möglichst valide und frühzeitig zu sondieren und Entwicklungen hin zu so genannten „Intensivtätern“ nachhaltig zu verhindern. Dazu setzt die Polizei NRW auf Teams aus erfahrenen KriminalbeamtInnen und SozialarbeiterInnen. Diese haben Ihren Arbeitsplatz in den Kreispolizeibehörden und arbeiten eng und zielorientiert – aber immer rollenklar und aufgabentreu – zusammen.

Stets wird dabei das gesamte System (Familie, Peer, Schule...) der stark kriminalitätsgefährdeten Kinder und jungen Jugendlichen betrachtet und einbezogen, um die Passung zwischen kriminalpräventiven Maßnahmen und den für die Delinquenz ursächlichen, individuellen Problemlagen bestmöglich herzustellen. Am Stand der Initiative stehen Ihnen die Fachleute der Polizei und Jugendhilfe gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

www.kurvekriegen.nrw.de

Kontakt:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80

40217 Düsseldorf

Tel.: 0211/871-2414

E-Mail: spj@im.nrw.de

Webseite: <http://www.kurvekriegen.nrw.de>

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen – Abteilung Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betreibt verschiedene Präventions- und Aussteigerprogramme:

Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ im Bereich Rechtsextremismus verfolgt mehrere Ziele. Rechtsextremistisches Personenpotenzial soll reduziert und einschlägige Straftaten verhindert werden. Die kritische Auseinandersetzung mit rassistischen und anderen undemokratischen Denkmustern ist Kernelement der Arbeit. Darüber hinaus werden gefährdete Aussteiger geschützt.

Das VIR-Projekt vermittelt Methoden, um Veränderungsimpulse bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu geben.

Das Präventionsprogramm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ des Ministeriums des Innern NRW hat das Ziel, mit örtlichen Trägerorganisationen und lokalen Netzwerkpartnern den Einstieg von jungen Menschen in den gewaltbereiten Salafismus zu verhindern.

Für stärker radikalisierte Personen, die sich aus der islamistischen Szene lösen möchten, bietet das Ministerium des Innern NRW seit Oktober 2014 das Aussteigerprogramm „API“ an. Es verfolgt eine ähnliche Arbeitsweise wie das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ und profitiert von dessen langjährigen Erfahrungen.

Das Aussteigerprogramm „left“ wendet sich an fest in die linksextremistische deutsche Szene eingebundene und ausstiegswillige Personen. Zielgruppe sind außerdem Personen aus dem auslandsbezogenen Linksextremismus.

Kontakt:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen –
Abteilung Verfassungsschutz

Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

E-Mail: info.verfassungsschutz@im1.nrw.de

Webseite: <http://www.im.nrw/themen/verfassungsschutz>

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg – Abteilung Verfassungsschutz

„Verfassungsschutz durch Aufklärung“ im Land Brandenburg

Zielgerichtete Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit sind unerlässliche Säulen in der Auseinandersetzung mit politischem Extremismus. Aus diesem Grund setzt der brandenburgische Verfassungsschutz bereits seit vielen Jahren auf eine umfangreiche Unterrichtung der Zivilgesellschaft. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, über Spionageabwehr und über Angelegenheiten des Wirtschaftsschutzes. Der brandenburgische Verfassungsschutz zeigt damit Gesicht und stellt sich wichtigen Debatten über die Feinde unserer Demokratie. Diese Vorgehensweise ist unerlässlich für eine effektive Informationsvermittlung und Aufklärung der Bevölkerung. Denn je mehr über Ziele und Strategien von Extremisten in der Gesellschaft bekannt ist, desto geringer sind deren Erfolgsaussichten.

Wir laden Sie daher ein, an unserem Stand mehr über unsere Präventionsangebote zu erfahren. Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch für Fragen zu den Aufgaben und der Arbeitsweise des brandenburgischen Verfassungsschutzes zur Verfügung.

Kontakt:

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes
Brandenburg – Abteilung Verfassungsschutz

Henning-von-Tresckow-Str. 9-13, 14467 Potsdam

Tel.: 0331-8662500

Fax.: 0331-8662609

E-Mail: info@verfassungsschutz-brandenburg.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de>

**Ministerium für Inneres und Sport des
Landes Sachsen-Anhalt – Abteilung Ver-
fassungsschutz**

Präventive Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde
Sachsen-Anhalt

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-
Anhalt, Abteilung Verfassungsschutz
Nachtweide 82, 39124 Magdeburg

Tel.: 0391-567-3900

Fax.: 0391-567-3999 oder -3960

E-Mail: may.peters@mi.sachsen-anhalt.de

Webseite: www.mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster

Kommunale Gewaltprävention von öffentlichen und freien Trägern für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Münster.

Die 20 Akteure organisieren Veranstaltungen, Tagungen, Stadtteilprojekte und die Aktion NOTEINGANG.

Am Aktionstag 5.6.2019 wird mit Bürger*innen zum Jubiläum „20 Jahre erfolgreiches Netzwerken“ gefeiert.

akkku – arbeitskreis konstruktive konfliktkultur; asb – arbeitskreis soziale bildung und beratung; Beratungs- und Bildungszentrum – Diakonie MS; Krisen- und Gewaltberatung für Jungen und Männer – Caritasverband MS; Beratungsstelle des Deutschen Kinderschutzbundes – OV MS; DOJOTEAM – Training gegen Gewalt und mehr; DRK Landesverband Westfalen-Lippe; Fachstelle für Täter-Opfer-Ausgleich im VIP; Fachstelle Sekten- und Weltanschauungsfragen – Bistum MS; FANport – Fananlaufstelle MS; Haus Kloppenburg – Team Fair Streiten; Polizeipräsidium MS – KK 34 Kriminalprävention / Opferschutz; Kommunales Integrationszentrum MS; pro familia MS; Projekt Kinderschutzportal; Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt MS; Amt für Kinder, Jugendliche und Familien Stadt MS – Jib sowie Erz. Kinder- und Jugendschutz; Gewalt Akademie Villigst – Regionalgruppegruppe MS; Wegweiser MS; Zartbitter MS.

Nachhaltigkeitspreis von UNESCO und dm sowie Preisträger BfDT „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ und Zukunftsmacher bei „Gutes Morgen Münster“.

Infos im Netz unter: www.gewaltpraevention-muenster.de

Kontakt:

Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster
Waltrup 27

48341 Altenberge

Tel.: 02505-948445

E-Mail: info@dojoteam.de

Webseite: <http://www.gewaltpraevention-muenster.de>

Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg

Das „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“ fördert den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Verkehrssicherheitsarbeit im Land Brandenburg. Dazu gehören Mitarbeiter von Bildungseinrichtungen, Initiativen, Verbänden, Vereinen, Verwaltungen und der Polizei.

Darüber hinaus entwickelt das Netzwerk Materialien, wie Broschüren, Flyer und Wanderausstellungen und stellt diese allen Interessierten aus der Region zur Verfügung. Es unterstützt regionale Projekte und Aktionen (z. B. Verkehrssicherheitstage) für alle Verkehrsteilnehmer und Altersgruppen. Das Netzwerk entwickelt Pilotprojekte und leistet Vernetzungsarbeit durch einen monatlichen Newsletter, die Organisation von Fachtagungen und Workshops und die Unterstützung regionaler Arbeitsgruppen und Initiativen.

Kontakt:

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK e. V.), Projekt „Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg“
André-Pican-Straße 41, 16515 Oranienburg
Tel.: 03301-706535
E-Mail: info@netzwerk-verkehrssicherheit.de
Webseite: <http://www.netzwerk-verkehrssicherheit.de>

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Der Infostand soll über das Netzwerk „Zuhause sicher“ als Konzept zur Einbruchprävention informieren. Mitarbeiter des gemeinnützigen Vereins und von Polizeibehörden, die das Konzept nutzen, stehen den DPT-Besuchern für Gespräche zur Verfügung.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ ist ein gemeinnütziger Verein, der auf Initiative von Polizeibehörden zur Förderung der Einbruchprävention ins Leben gerufen wurde. Gestartet 2005 mit 21 Beteiligten multiplizieren die polizeilichen Präventionsbotschaften inzwischen Polizeibehörden, Kommunen, Handwerk, Handwerksorganisation, Industrie, Finanz- und Versicherungswirtschaft in über 500 Partnerschaften.

Alle Partner engagieren sich für die Begleitung der Bürger auf dem Weg zum sicheren Zuhause – von der polizeilichen Beratung über die handwerkliche Umsetzung bis zur Präventionsplakette. Die bei „Zuhause sicher“ engagierten Versicherer gewähren Plaketteninhabern einen Nachlass in der Hausratversicherung.

Jeder Polizeibehörde und jeder Kommune steht die Nutzung des „Zuhause sicher“-Konzepts offen.

Kontakt:

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Echelmeyerstraße 1-2

48163 Münster

E-Mail: kirsten.huels@zuhause-sicher.de

Webseite: <http://www.zuhause-sicher.de>

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz

Extremismusprävention des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Extremismus muss entschlossen begegnet werden. Staatliche repressive Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkungskraft nur durch eine begleitende Prävention. Daher bietet der Nds. Verfassungsschutz zielgruppengerechte Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus an. So entwickelt der Nds. Verfassungsschutz Informationsmaterialien zu den Extremismusphänomenen und stellt auf Anfrage Referentinnen und Referenten, die Vorträge, Workshops und Fortbildungen gestalten, zur Verfügung.

Im Bereich Rechtsextremismus bietet der Nds. Verfassungsschutz die Wanderausstellung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ insbesondere an Schulen an.

Ein weiteres Element der Präventionsarbeit ist das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“. Dieses richtet sich an alle Ausstiegswilligen der rechtsextremistischen wie auch der islamistischen Szene. Darüber hinaus ist der Nds. Verfassungsschutz Kooperationspartner bei Projekten, die den primär-präventiven Bereich bedienen.

In der Islamismusprävention bekleidet der Nds. Verfassungsschutz zusammen mit der Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität des LKA Niedersachsen die Geschäftsführung der Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen (KIP NI), in der alle staatlichen und staatlich geförderten nds. Präventionsakteure zusammengeschlossen sind.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport,
Abteilung Verfassungsschutz

Büttnerstraße 28
30165 Hannover

E-Mail: praevention@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

Opferhilfe Berlin e.V.

Die Opferhilfe Berlin e. V. berät und unterstützt sowohl Opfer als auch Zeug*innen von Straftaten und deren Angehörige in Berlin. Wir helfen unabhängig von Delikt, Alter, Geschlecht und Herkunft. Wir helfen unmittelbar nach der Tat und auch Monate oder Jahre später – kostenlos und vertraulich.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Unterstützung im polizeilichen und gerichtlichen Verfahren, Hilfe bei Antragstellungen z.B. nach dem Opferentschädigungsgesetz und Hilfe bei allen Fragen, die sich nach erlebter Straftat stellen können. Kernpunkt unserer Arbeit ist Stabilisierungsarbeit. Wenn Menschen nach erlebter Straftat belastet oder traumatisiert sind, helfen wir die Alltagsfähigkeit wieder zu finden. Über Psychoedukation und Stabilisierungsmethoden unterstützen wir dabei im Hier und Jetzt bleiben zu können.

Wir richten dabei unser Unterstützungsangebot an den Anliegen unserer Klient*innen aus.

Kontakt:

Opferhilfe Berlin e.V.
Oldenburger Str. 38
10551 Berlin

E-Mail: schumann@opferhilfe-berlin.de

Webseite: <http://www.opferhilfe-berlin.de>

Papilio

Unter dem Motto „Kinder stärken. Gemeinsam wachsen.“ informiert das gemeinnützige Sozialunternehmen Papilio über sein bewährtes Präventionsprogramm Papilio-3bis6 sowie die neu entwickelten Programme für Unterdreijährige und GrundschülerInnen. Das Programm „Papilio-3bis6“ ist vielfach praxiserprobt; seine Wirksamkeit ist wissenschaftlich belegt. Es bezieht ErzieherInnen, Kinder und Eltern mit ein, reduziert erste Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und fördert sozial-emotionale Kompetenzen. Diese beiden Aspekte bilden einen grundlegenden Schutz gegen Risiken, die zu problematischen Entwicklungen wie Sucht und Gewalt führen können. Deutschlandweit profitieren inzwischen über 140.000 Kinder von Papilio-3bis6, mehr als 7.000 ErzieherInnen wurden dafür geschult. Die Programme Papilio-U3 und Papilio-6bis9 sind entwickelt und werden derzeit in Modellprojekten auf Machbarkeit und Wirksamkeit überprüft. Die Präventionsprogramme von Papilio für Krippen, Kitas und Grundschulen stellen einen entwicklungsorientierten Präventionsansatz dar und können einen Beitrag zu nachhaltigen kommunalen Präventionsketten leisten.

Dr. Charlotte Peter, wissenschaftliche Leiterin von Papilio, und Katharina Hepke freuen sich auf Ihren Besuch!

Kontakt:

Papilio gemeinnützige GmbH

Ulmer Straße 94

86156 Augsburg

Tel.: 0821 4480 5670

Fax.: 0821 4480 5671

E-Mail: info@papilio.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

Politik zum Anfassen e.V.

Wir stellen unsere Mitrede-App „PLACEm“ vor: Eine Beteiligungs-App, leicht administrierbar, mit hohem Aufforderungscharakter und viel Spaß. Eine App, die kommunalpolitische Information und Beteiligung ermöglicht, aber auch von Schulen, Sportvereinen, Jugendtreffs und der Freiwilligen Feuerwehr verwendet wird und alle Orte gemeinsam in einem Beteiligungs-Stream vereint.

Niedrigschwellig und interaktiv – eine Art Facebook der Beteiligung, welches Lust macht auf mehr mit Quizen, Umfragen, Terminen und Informationen. Ein Werkzeug zum Immerdabeihaben, das bestehende und zukünftige Beteiligungsverfahren sinnvoll ergänzt und erweitert.

Und: Wir kommen mit unserem WahlFUN-Stand und machen Jung und Alt Lust auf Demokratie und Wählen! Spielerisch erklären wir die Bedeutung des Wählens, mit was für wichtigen Dingen sich die Politik beschäftigt und regen an, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Wir kombinieren Spaß, Wissen und Demokratie. Unabhängig, überparteilich, unterhaltsam!

Dabei können die Besucherinnen und Besucher ihr Wissen testen, miteinander spielen, sich am Stimmenauszählen versuchen, ihre Meinung sagen – oder ganz einfach miteinander ins Gespräch kommen. Wir bringen mit: Die Spiele, Material und freundliche, fröhliche, kompetente junge Menschen.

Kontakt:

Politik zum Anfassen e.V.

Königsberger Str. 18

30916 Isernhagen

Tel.: (0511) 37 35 36 30

E-Mail: politik@zumanfassen.de

Webseite: <http://www.politikzumanfassen.de>

Polizei Berlin

Die Polizei Berlin betreibt seit vielen Jahren eine engagierte Präventionsarbeit. Sie genießt bei den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Stellenwert. Stellvertretend hierfür stehen die Präventionsteams der Polizeiabschnitte. Sie führen Beratungsgespräche und halten Vorträge zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung und zu Themen der Verkehrsunfallprävention. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Zusammenarbeit mit Schulen (Kooperationsverträge), die Durchführung von Anti-Gewalt-Veranstaltungen, Verkehrserziehung und anderen Präventionsprojekten. Die Bildung eines Präventionsnetzwerks und Zusammenarbeit mit anderen Präventionsstellen, -projekten und -einrichtungen ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt.

Die Polizei Berlin präsentiert – mit Netzwerkpartnern – ausgewählte Projekte und Maßnahmen zu ausgewählten Schwerpunktthemen der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsunfallprävention, z.B.:

- „Messer machen Mörder“
- Präventionsmaßnahmen (Einsatz von Sprühschablonen) zum Taschen- und Fahrraddiebstahl
- Kein Kinderspiel (Präventionstheater g. sex. Missbrauch)
- NEIN zu Gewalt – egal wo!
- „Miteinander! Für einen guten Start“ (umF)
- Ansprechpersonen für LSBTI, interkulturelle Aufgaben und Städtebauliche K.-Prävention (SKP)
- Onlinebetrug/Skimming/Enkeltrick
- Technische Prävention
- „Courage schAffen“(Verkehr)
- „Nicht im Abseits stehen“
- Klappmaulpuppe „Brummi“
- Präventionstheater

Kontakt:

Polizei Berlin

Platz der Luftbrücke 6

12101 Berlin

E-Mail: lkapraev1@polizei.berlin.de

Webseite: <http://www.polizei.berlin.de>

Polizei Hamburg

Die Polizei Hamburg erwartet Sie mit ausgewählten Themen aus den Bereichen Jugend, Kriminalprävention, polizeilicher Opferschutz und polizeiliche Ansprechpersonen für LSBTI*.

Der Jugendbereich gibt Einblicke in das seit zehn Jahren bestehende Senatskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“. Lassen Sie sich von unseren Jugendbeauftragten die Elemente „Gemeinsame Fallkonferenzen“ und das „Präventionsprogramm Kinder- und Jugenddelinquenz“ erläutern.

Aus dem Bereich der verhaltensorientierten Kriminalprävention präsentieren wir schwerpunktmäßig unsere Informationsmaterialien rund um die vorbeugende Bekämpfung von Betrugsdelikten sowie von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

Ein Kernelement des Polizeilichen Opferschutzes in Hamburg bildet die Sachbearbeitung in Fällen von Beziehungsgewalt. Unter dem Aspekt eines optimalen Opferschutzes findet diese, abweichend vom sonst üblichen Tatort-Prinzip, an der für den Bereich des Wohnsitzes des Opfers zuständigen Dienststelle statt. Informieren Sie sich am Stand über die zugehörige Organisationsstruktur.

Die Kollegen der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle geben einen virtualisierten Einblick in die Hamburger Beratungspraxis sowie Auskunft zu weiteren Themen der technischen Kriminalprävention.

Aus unserem jüngsten Arbeitsbereich steht ein Kollege in seiner Funktion als hauptamtliche Ansprechperson für LSBTI* Rede und Antwort.

Kontakt:

Polizei Hamburg

Bruno-Georges-Platz 1

22297 Hamburg

E-Mail: joerg.dittmer@polizei.hamburg.de

Webseite: <http://www.polizei.hamburg.de>

Polizei Mönchengladbach

„Kopfsache“ ist ein Projekt der Primärprävention im Bereich extremistischer Salafismus und islamistischer Terrorismus. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Mönchengladbach, dem Fachbereich Schule und der Polizei Mönchengladbach entwickelt. Vorrangiges Ziel des Projektes ist die Resistenzerhöhung von Jugendlichen im Alter ab 14 Jahren, gegenüber Anwerbeversuchen der salafistisch-islamistischen Szene, durch eine ca. 90 minütige Veranstaltung an Schulen. Die Veranstaltung ist mit Blickwinkel auf einen ganzheitlichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Ansatz in eine schulische Vor- und Nachbereitung im Rahmen von Projektwochen eingebettet. Hierbei wird, neben der reinen Sachinformationsebene, ein Schwerpunkt auf die emotionale Erreichbarkeit der Zielgruppe gelegt und durch den Einsatz von Video-/Tonsequenzen (z.B. Geräuschkulisse Bataclan/Paris zum Zeitpunkt des Anschlages), den Vortrag eines Aussteigers aus der Szene, eines Islamwissenschaftlers und einer Mutter, einer in den Salafismus abgerutschten Tochter, forciert. Im Anschluss an die Veranstaltung wird der Zielgruppe die Gelegenheit gegeben, mit den Vortragenden in Interaktion zu treten. „Kopfsache“ wurde bereits im dritten Jahr in Folge an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Berufskollegs durchgeführt. Eine Ausweitung auf weitere Behörden ist geplant. Eine Evaluation durch Polizei und Schule erfolgte im Jahr 2017.

Kontakt:

Polizei Mönchengladbach

Krefelder Str. 555

41066 Mönchengladbach

Tel.: 02161-29-13010

E-Mail: Detlev.Bossbach@polizei.nrw.de

Webseite: <https://moenchengladbach.polizeil.nrw.de>

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb klärt die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsakteure über aktuelle Erscheinungsformen der Kriminalität und effektive Möglichkeiten zu deren Verhinderung auf. Dies geschieht insbesondere durch kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Entwicklung zielgruppenorientierter Maßnahmen und Konzepte sowie die Herausgabe von Medien, die zur Unterstützung der Präventionsarbeit vor Ort bundesweit kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Aktuelle Handlungsfelder sind die Prävention von politisch motivierter Kriminalität, der Opferschutz, die Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien, die „Aktion-tu-was“ zum Thema Zivilcourage sowie in Kooperation mit der Wirtschaft die bundesweite Kampagne zum Einbruchschutz: „K-Einbruch“.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart
E-Mail: info@polizei-beratung.de
Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

Polizeipräsidium Mittelhessen

BOB-Initiativen in Deutschland:

„Aktion BOB“ aus Mittelhessen

Wer oder was ist „BOB“?

„BOB“ ist die Person mit der Verantwortung für das Fahren; die Person, die keinen Alkohol trinkt und keine Drogen nimmt. Dank „BOB“ können die Übrigen auf einer Party feiern und trinken. „BOB“ bringt sich und seine Freunde sicher nach Hause. „BOB“ stellt das Verantwortungsbewusstsein gesellschaftlich auf eine höhere Stufe.

Erkennungszeichen von BOB ist ein gelber Schlüsselanhänger mit BOB-Schriftzug. BOB kann jeder sein, egal ob Mann oder Frau, ob jung oder alt. BOB spricht grundsätzlich alle Verkehrsteilnehmer an, richtet sich aber wegen der überproportional hohen Unfallbeteiligung primär an die jungen Fahrer im Alter von 18 bis 24 Jahren.

Seit 2007 wird dieses Konzept im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen umgesetzt. Von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit sind dabei die Workshops in Oberstufenschulen, Ausbildungsbetrieben etc., in denen junge Verkehrsteilnehmer anzutreffen sind. In diesen Workshops werden die zielgruppenspezifischen Gefahren (Alkohol, Drogen, Ablenkung etc.) im Straßenverkehr bearbeitet.

Der Erfolg der „Aktion BOB“ wurde nach über 5-jähriger Laufzeit durch eine Evaluationsstudie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Jahr 2012 bestätigt.

BOB ist in Deutschland weit verbreitet und über eine gemeinsame Homepage unter www.bob-deutschland.de zu finden.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelhessen

Karl-Glöckner-Straße 2

35394 Gießen

Tel.: 0641-7006-3810

Fax.: 0641-7006-3809

E-Mail: aktion-bob.ppmh@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.aktion-bob.de>

Prävention 2.0 e.V.

Der gemeinnützige Verein Prävention 2.0 e.V. hat sich der nachhaltigen und langfristigen Förderung der Gesundheits- und Kriminalprävention verschrieben.

Digitale Medien sind aus dem heutigen Alltag nicht mehr wegzudenken. Kinder und Jugendliche kommen immer häufiger und früher in Kontakt mit diesen Medien, ohne in der Regel sinnvoll angeleitet zu werden. Cybermobbing, Cybergrooming, Cyberstalking sind nur einige der möglichen negativen Auswirkungen im Umgang mit digitalen Medien. Hier kann die frühzeitige Erlangung von Medienkompetenz helfen.

Medienkompetenz bedeutet, sich der Gefahren und Risiken bewusst zu sein, aber gleichzeitig auch die Chancen der digitalen Medien zu nutzen. Aus diesem Grund zielt das Engagement des Vereins auf die umfassende Vermittlung von Medienkompetenz und Vernetzung aller Akteure.

Der Verein bietet bundesweit die Live-Webinare „Law4school“ zu rechtlichen Aspekten der Nutzung digitaler Medien für Schüler, Eltern und Lehrer an. Ferner richtet er die Bundesjugendkonferenz Medien für Medienscouts und die Bundesausbilderkonferenz Medien aus und entwickelt das Medienscout-Portal.

Gerne kommen wir mit Ihnen an unserem Stand ins Gespräch, wenn sie z.B. Präventionsangebote suchen, wenn Sie Prävention im Bereich digitale Medien anbieten oder wenn Sie Medienscouts ausbilden wollen.

Kontakt:

Prävention 2.0 e.V.

Rosa-Luxemburg-Str. 25/26

18055 Rostock

Tel.: 03812424350

Fax.: 03812424333

E-Mail: info@praeventionsverein-medien.de

Webseite: <http://praeventionsverein-medien.de>

Pufii – Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen

Das Fachkräfteportal Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen (Pufii.de) ist eine Internetplattform, auf der Informationen rund um die Themen Integration und Prävention gesammelt und nutzerfreundlich aufbereitet werden.

Durch die Bereitstellung von Materialien und die thematisch sortierte Informations-Datenbank – bspw. in den Kategorien Kommunen, Prävention, Arbeitsmarkt und Rechtsgrundlagen – bietet die Website eine aktuelle und umfangreiche Bündelung von themenspezifischen Informationen sowie Arbeitshilfen. Wöchentlich werden einschlägige Publikationen, thematisch oder regional sortierte Integrationsprojekte, kommende Veranstaltungen und aktuelle Fördermöglichkeiten recherchiert, in die Datenbank eingepflegt und in der Fachcommunity verbreitet. Dazu veröffentlicht das Pufii-Team wöchentlich einen Newsletter. Durch diesen schnellen und übersichtlichen Zugang zu einschlägigen Informationen, unterstützt Pufii Fachkräfte bei der Integration von Geflüchteten.

Das 2016 gestartete Projekt ist eine Initiative des DPT-I in Kooperation mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) und dem Landespräventionsrat Niedersachsen. Zielgruppe von Pufii sind Fachkräfte und Ehrenamtliche aus den Bereichen Prävention, Flüchtlingshilfe und Integration.

Pufii versteht sich als interdisziplinäre Informationsquelle, Ideenstifter und Vernetzungsplattform. Werden Sie Teil dieses bundesweiten Fachkräfte- und Informationsportals. Nutzen Sie Pufii aktiv für Ihre Öffentlichkeitsarbeit und zur Verbreitung Ihrer einschlägigen Neuigkeiten und Informationen.

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
E-Mail: team@pufii.de
Webseite: www.pufii.de

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Die RAA Berlin begleitet und unterstützt Muslimische Jugendarbeit, um sie als Partner zur Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen zu stärken. Die Akteure der Muslimischen Jugendarbeit werden qualifiziert, erhalten Möglichkeiten der Vernetzung und werden bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Ansätze demokratiefördernder Jugendarbeit unterstützt. Ziel dieser Projekte ist, junge Menschen in ihren demokratischen Kompetenzen zu fördern und ihre Identifikation mit der demokratischen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zu stärken.

Die Mitarbeiter der RAA Berlin verfügen über eine besondere Expertise im Themenfeld Islam, religiös begründeter Extremismus, Kooperation mit Muslimischen Gemeinden und Jugendeinrichtungen und bieten Beratung für Kommunen, Verwaltung und Zivilgesellschaftliche Akteure zur Bewältigung von Herausforderungen in der Kooperation mit Muslimischen Gemeinden und Jugendeinrichtungen.

Kontakt:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Boyenstrasse 41

10115 Berlin

E-Mail: lydia.nofal@raa-berlin.de

Webseite: <https://www.jugendarbeit-staerken.de/>

Respekt e.V.

Respekt und respektvoller Umgang miteinander bilden die Grundlage in zwischenmenschlichen Beziehungen. Respekt e.V. ist ein junger Verein, dessen Mitglieder sich zur Aufgabe gemacht haben, den respektvollen Umgang in der Gesellschaft zu fördern. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen in der Vermittlung persönlicher und sozialer Kompetenzen, Gewaltprävention und Zivilcourage-Training. Ein besonderes Projekt von Respekt e.V. ist das Jugend-Konflikt-Management.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche sind:

Konflikt-Kompetenz-Training / Coolnesstraining / Selbstbehauptungstraining / Soziales Kompetenztraining / Anti-Aggressivitätstraining / individuelles Aggressionscoaching / Traumaberatung / Jugend-Konflikt-Management

Ziel der Trainings ist das Reflektieren des Verhaltens, die realistische Selbsteinschätzung und das Entwickeln von Handlungsstrategien und Perspektiven.

Bildungsangebote:

Fortbildung: Gewaltprävention, Konfliktlösung, Kommunikation, Deeskalationstraining, Teambuilding / Teamcoaching

Weiterbildung: Zusatzqualifikation Konfliktmanagement in Schule und sozialer Arbeit

Zusatzqualifikation „Der Gewalt die Stirn bieten“ – Aggressionstraining

Beratung: Beratung und Training im Umgang mit Gewalt und Aggressionen, Beratung und Training im Umgang mit Konflikten, Traumaberatung

2017 hat Respekt e.V. eine stationäre Jugendhilfeeinrichtung eröffnet, das „Haus der eigenen Wege“

Kontakt:

Respekt e.V.

Werner-Hilpert-Str. 15b

34117 Kassel

Tel.: 0561-8701578, 01787714690

E-Mail: respekt.e.v@gmx.de

Webseite: <http://www.respekt-ev.com>, www.gut-eichenberg.de

Respekt! – Die Stiftung & Hirnkost KG

Respekt! Die Stiftung zur Förderung von jugendkultureller Vielfalt und Toleranz, Forschung und Bildung wurde 2011 vom Archiv der Jugendkulturen e. V. gegründet, um besonderes Engagement für und von Jugendliche(n) zu fördern. Respekt! vergibt jährlich den European Youth Culture Award (siehe <https://eycablog.respekt-stiftung.de/>) und führt derzeit in 25 Landgemeinden und Kleinstädten aus sechs Bundesländern das Projekt „WIR: Heimat – Land – Jugendkultur“ durch (siehe <https://wir.respekt-stiftung.de/>). Ebenfalls vom Archiv der Jugendkulturen e. V. wurde 2003 der Hirnkost Verlag gegründet mit dem Ziel, die Forschungsergebnisse des Archivs, aber auch autobiografische u. a. Werke zu Jugend(kulturen) zu publizieren. Ein Schwerpunkt von Verlag und Stiftung sind darüberhinaus das Thema Flucht & Migration (siehe <https://shop.hirnkost.de/>).

Kontakt:

Respekt! – Die Stiftung & Hirnkost KG

Lahnstraße 25

12055 Berlin

E-Mail: farin@respekt-stiftung.deWebseite: <http://respekt-stiftung.de/wer-wir-sind/>

Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Masterstudiengang Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft

Die neueren Entwicklungen im Bereich der kriminologischen, kriminalistischen sowie der polizeiwissenschaftlichen Forschung haben gezeigt, dass effektive Kriminalitätsbekämpfung nur im Verbund von Polizei und anderen Professionen möglich ist und in die allgemeine gesellschaftliche und kommunale Entwicklung mit eingebunden werden muss.

Der berufsbegleitende, weiterbildende Masterstudiengang „Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft“ will zur Qualifikation und Qualitätssicherung bereits bestehender Berufsfelder in den Bereichen Polizei, Strafvollzug, Bewährungs- und Gerichtshilfe, Sozialarbeit, im schulischen und außerschulischen Bereich beitragen und bietet Personen, die sich mit Kriminalität und abweichendem Verhalten beschäftigen oder damit im beruflichen Kontext konfrontiert sind, je nach Zugangsqualifikation und Interesse, die Möglichkeit, zwischen den Bereichen Kriminologie oder Kriminalistik zu wählen. Im Rahmen eines komprimierten und praxisorientierten Studienganges können aktuelle Forschungsergebnisse aufgearbeitet und diese im gemeinsamen Dialog mit qualifizierten Dozentinnen und Dozenten und anderen Studierenden in praxistaugliche Handlungsmodelle transferiert werden.

Nähere Informationen zum Bochumer Masterstudiengang finden Sie unter <http://www.makrim.de>.

Kontakt:

Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Masterstudiengang Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft
Massenbergstraße 11, 44787 Bochum

Tel.: 0234-25247

Fax.: 0234-14454

E-Mail: makrim@rub.de

Webseite: <http://www.makrim.de>

Schlaglicht e.V.

Der Schlaglicht e.V. bietet emanzipatorische politische Bildung und Medienpädagogik für Kinder im Alter von 9-12 Jahren, meist in strukturschwachen Regionen in Berlin und Brandenburg, an. Der Schwerpunkt unserer Projektwochen mit Schulklassen liegt auf der Prävention menschenfeindlicher, rechter und antidemokratischer Ideologien sowie autoritärer Denkweisen.

Unsere Projekte stärken Kinder beim Eintreten für ihre (Kinder-)Rechte und thematisieren mit ihnen Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Diskriminierung an Themen wie Flucht, Behinderung, Geschlechterrollen und Rassismus. Dies fördert demokratische Prozesse, auch weil unsere Projekte demokratisch strukturiert sind und ein hohes Maß an Mitbestimmung ermöglichen. Meinungsvielfalt in den Klassen wird sichtbar und die Kinder lernen Wertschätzung für diese Vielfalt. Die Projekte des Schlaglicht e.V. unterstützen Kinder in ihrer Meinungsbildung sowie in demokratischer Teilhabe. Die Kinder nutzen Medien, um ihre Meinungen nach außen zu tragen und in Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen zu treten. Der Schlaglicht e.V. versteht sich als Impulsgeber für demokratische Entwicklungen vor Ort. Unsere Projekte richten sich direkt an Kinder. Sie vermitteln darüber hinaus die Relevanz ihrer Perspektiven für erwachsene Bezugspersonen. Zudem unterstützen sie die Vernetzung lokaler schulischer und außerschulischer Akteure.

Kontakt:

Schlaglicht e.V.

Colbestr. 19

10247 Berlin

E-Mail: a.haag@schlaglicht-ev.de

Webseite: <http://www.schlaglicht-ev.de>

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ist ein bundesweites Netzwerk von etwa 3.000 Schulen, 400 Kooperationspartnern und knapp 100 Koordinierungsstellen in den Ländern und Regionen. Es setzt sich ein für eine diskriminierungsfreie demokratische Schulkultur und die Öffnung von Schule für ein Engagement in ihrer Kommune bzw. Region. Am Stand der Bundeskoordination besteht die Möglichkeit, sich mit Publikationen, Informationsmaterialien und Medien über die Ziele, den Präventionsansatz und die Arbeitsweisen des Netzwerks zu informieren. Mitarbeiter*innen können für alle Fragen rund um das erfolgreiche Projekt angesprochen werden.

Kontakt:

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11
10787 Berlin
Tel.: 030-2145860
E-Mail: schule@aktioncourage.org
Webseite: www.schule-ohne-rassismus.org

St. Elisabeth-Verein e.V. / Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Der St. Elisabeth Verein e.V. ist ein anerkannter Träger mit differenzierten Angeboten in den Bereichen der Kinder-, Jugend-, Familien-, Altenhilfe und Sozialpsychiatrie. Auch im Kontext Rechtsextremismus sehen wir Menschen als untrennbar in Beziehungen zu anderen Menschen und ihrer Umwelt eingebettet. Jede Persönlichkeit trägt in sich das Vermögen, intuitiv und bewusst Entscheidungen zu treffen und für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen.

Unser Programm „Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ unterstützt rechtsaffine und gefährdete Jugendliche im Bundesland Hessen im Rahmen sozialpädagogischer Einzelfallhilfen vor Ort und Formen der Offenen Jugendarbeit.

Es besteht ein landesweites Angebot aufsuchender Beratung für Angehörige. Wir beraten und coachen Fachkräfte, insbesondere in der Jugendarbeit und an Schulen.

Die Rote Linie berät und unterstützt im Phänomenbereich „Hate Speech und Cyber-Mobbing in Sozialen Medien“.

Im Rahmen des Jugendstrafvollzugs bieten wir Gruppen- und Einzelangebote. Unser Bildungsangebot richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen.

Unser Infostand auf dem Deutschen Präventionstag bietet Ihnen:

- Informationen über unsere Angebote
- Materialien zu unseren Arbeitsansätzen
- Einblicke in aktuelle Projekte
- Raum für Ihre Fragen und Zeit für einen gemeinsamen Austausch

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kontakt:

St. Elisabeth-Verein e.V. / Rote Linie – Pädagogische
Fachstelle Rechtsextremismus

Hermann-Jacobsohn-Weg 2

35039 Marburg

Tel.: 06421-948500

E-Mail: kontakt@rote-linie.net

Webseite: <http://www.rote-linie.net>

STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung

Prävention und Demokratieförderung findet mit STEP – in Familien, Kitas, im Schulalltag und HzE Bereich – ganz konkret durch Erziehung über Beziehung statt. Dies belegen die nachhaltig positiven Rückmeldungen, die STEP KursleiterInnen von den TeilnehmerInnen nach der Durchführung der Elternkurse (u.a. spez. Kurse auch für Fam. mit Migrationshintergrund und geflüchtete Fam.), der Weiterbildungen für ErzieherInnen, der Fortbildungen für LehrerInnen, Fachkräfte im OGS Bereich sowie der Weiterbildungen für PädagogInnen im HzE Bereich erhalten.

Mit dem STEP Konzept lernen professionell Erziehende bzw. Eltern einen demokratisch-partizipativen Erziehungsstil und eine gemeinsame pädagogische Sprache durch die sie Kinder und Jugendliche zu selbstbewussten, kooperativen, respektvollen, sozial-kompetenten und verantwortungsbewussten Menschen erziehen können, die sich durch Teilhabe und Teilnahme der demokratischen Gesellschaft zugehörig fühlen. Das Risiko der Gewaltbereitschaft oder gar Radikalisierung wird reduziert.

Der „STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung“ setzt sich bundesweit für die Förderung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit STEP an Schulen (Elternkurs, Lehrerfortbildung, Weiterbildung für Fachkräfte im OGS Bereich), in Kitas (Elternkurs und Weiterbildung für ErzieherInnen) und in der Erziehungshilfe (Elternkurs und Weiterbildung für päd. Fachkräfte) ein.

Kontakt:

STEP Verein zur Förderung von Erziehung und Bildung

Kreuzbergstr. 84

40489 Düsseldorf

Tel.: 0211-4089888, 0179-2106456

Fax.: 0211-4056670

E-Mail: info@step-verein.de

Webseite: <http://step-verein.de>

Stiftung gegen Gewalt an Schulen / Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden wurde nach dem Amoklauf im März 2009 gegründet und im November desselben Jahres in die Stiftung gegen Gewalt an Schulen überführt.

Ziel der Stiftung ist es, den Ursachen und der Entwicklung von Gewalt im schulischen Raum präventiv zu begegnen und die Früherkennung möglicher exzessiver Gewaltereignisse zu unterstützen.

Primärer Tätigkeitsbereich der Stiftung ist die Prävention gewalthaltigen Verhaltens junger Menschen im schulischen Bereich. Hierzu bietet die Stiftung eigene Programme, Workshops und Vorträge für Schulen und Organisationen der Jugendarbeit an. Alle Programme werden von erfahrenen Fachleuten durchgeführt, jeweils evaluiert und aktualisiert.

Zur Unterstützung der Früherkennung möglicher Gewalttaten bietet die Stiftung in Kooperation mit dem Kriminologischen Lehrstuhl der Justus-Liebig-Universität, Gießen, ein Beratungsnetzwerk Amokprävention an.

Im Bereich der Medienberichterstattung bei Großschadensereignissen arbeitet die Stiftung mit der Deutschen Journalistenschule zu Themen des angemessenen sensiblen Umgangs mit traumatisierten Gesprächspartnern zusammen.

Kontakt:

Stiftung gegen Gewalt an Schulen/Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Wallstr. 28, 71364 Winnenden

Tel.: 07195-589 570

Fax.: 07195-589 571

E-Mail: info@stiftung-gegen-gewalt.de

Webseite: <http://www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de>

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen wurde 2001 als Stiftung bürgerlichen Rechts von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet. Sie gewährt Opfern von Straftaten außerhalb gesetzlicher Ansprüche und über die Leistungen anderer Opferhilfeeinrichtungen hinaus materielle Hilfen und fördert die Opferhilfe auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die 11 Opferhilfebüros in Niedersachsen leisten mit hauptamtlichen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung, Betreuung und Beratung von Opfern.

Die Opferhelferinnen und Opferhelfer:

- leisten Krisenintervention
- begleiten Opferzeuginnen und -zeugen zu ihrer Zeugen- aussage im Strafprozess
- begleiten zu Behörden, Ärztinnen und Ärzten, Anwältinnen und Anwälten oder zur Polizei
- unterstützen bei Anträgen
- vermitteln bei Bedarf weitergehende Hilfe und Beratung wie z.B. Traumatherapie
- bieten psychosoziale Prozessbegleitung an
- beraten bei Bedarf auch online.

Alle Hilfemöglichkeiten der Opferhilfebüros können auch von Opfern in Anspruch genommen werden, die keine Strafanzeige erstattet haben. Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, auf freiwilliger Basis und auf Wunsch auch anonym. Hausbesuche oder Beratungen an neutralen Orten sowie eine Online-Beratung sind möglich.

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen kann auch finanziell unterstützen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.opferhilfe.niedersachsen.de

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Mühlenstraße 5

26122 Oldenburg

E-Mail: Opferhilfe@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe.niedersachsen.de>

Stiftung SPI

Die Stiftung SPI stellt sich mit mehreren Berliner Projekten aus den Bereichen Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz und Demokratieförderung vor:

- Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore«
- Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
- Clearingstelle – Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz
- Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
- Erzählt und zugehört! Lebensgeschichten im Dialog
- Miteinander leben im Samariterkiez
- Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung
- Partnerschaften für Demokratie
- Programmagentur Rechtskunde – Jugendgerichtsprojekte
- U18 Die Wahl für Kinder und Jugendliche

Kontakt:

Stiftung SPI – Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Frankfurter Allee 35-37, 10247 Berlin

Tel.: 030-49300110

Fax.: 030-49300112

E-Mail: lebenslagen@stiftung-spi.de

Webseite: <https://www.stiftung-spi.de/geschaeftsbereiche/lebenslagen-vielfalt-stadtentwicklung/>

Stiftungsfonds Neues Tschechien

Am Info-Stand wird im Rahmen des DPT in Berlin das Projekt REVOLUTION TRAIN von dem Stiftungsfonds NOVÉ ČESKO und persönlichen Vertretern des Tschechischen Polizeipräsidiums und der Tschechischen Antidrogenzentrale präsentiert. Der Revolution Train stellt mit seinem Prototyp multimedialer, multisensitiver und interaktiver primärer Prävention und dessen ständiger Weiterentwicklung dar, wie primäre Drogenprävention altersgerecht, interessant, motivierend, eindrucksvoll und nachhaltig nahegebracht werden kann. Das Projekt klärt auf und informiert als multimediales Erlebnis im interaktiven Wechsel zwischen multimedialer Darstellung, realitätsnahen Rollenspielen, Befragungen, Gesprächen und Nachbereitungen alle Sinne ansprechend, emotionalisierend, regt zum Nachdenken und zur Entwicklung einer eigenen Entscheidung an und fördert die Stärkung der eigenen Lebenskompetenz. Es motiviert zum Einstieg in das und zur Nachbehandlung des Themas Drogenprävention, zeigt auf, wie das Thema „Sucht und Drogenkonsum“ in der breiten Gesellschaft und in Familien beeindruckend nahegebracht werden kann und fördert den Einstieg in das familieninterne und ressourcenübergreifende Gespräch zum Thema Drogen und Prävention. Revolution Train vernetzt regionale und überregionale Präventionseinrichtungen sowie die Integration in langfristige Zusammenarbeit mit primärer und sekundärer lokaler Suchtprävention.

Kontakt:

Stiftungsfonds Neues Tschechien

Eliášova 274/4

16000 Praha 6 – Dejvice

E-Mail: jonson@revolutiontrain.cz

Webseite: <http://www.revolutiontrain.de>

Teddybär e.V. Vogtlandkreis

Da wir verschiedene Präventionsprojekte für Kinder ab 5 Jahren haben, würde ich gerne

- „Das Familienalbum“ – erzählt wird die Geschichte einer kleinen Mäusefamilie, die in einem Sofa wohnt und in der Tochter Nießchen sexuelle Übergriffe durch ihren Onkel Watja erleben muss.
- „Safety Kids“ – Die 7 Grundsäulen der Prävention – Recht auf körperliche und sex. Selbstbestimmung, Recht auf eigene Gefühle, Unterscheidung von „guten“ und „schlechten“ Berührungen, Recht auf „Nein“ sagen, Unterscheidung von guten und schlechten Geheimnissen, Recht auf Hilfe und Unterstützung, Das Wissen, das Erwachsene auch Fehler machen.
- „Nicht mit mir“ – ein Projekt in Zusammenarbeit mit dem deutschen Ju-Jitsu Verband, Prävention durch Information, durch Wahrnehmungs- und Verhaltenstraining, Selbstsicherheit durch Erfahren der eigenen Stärke, Selbstbehauptung durch Selbstverteidigung (Selbstverteidigung in Verhältnismäßigkeit zum Angriff)
- „Internet 4 alle“ für Kinder ab 9 Jahre – Reale Welt vs. Internet
- Vorträge und Workshops für Erzieher, Lehrer etc. zum Thema „sex. Aktivitäten und Übergriffe unter Kindern“

vorstellen!

Es wird Flyer, Plakate und Bilder der Projekte geben und Inhalte von fast jedem Projekt zum anfassen, Plüsch-Mäuse, Sorgenfressereulen, Gefühlehren, zum selber basteln u.v.m.

Kontakt:

Teddybär e.V. Vogtlandkreis

Wernesgrüner Straße 32

08228 Rodewisch

Tel.: 03744-368148

Fax.: 03744-368149

E-Mail: silke.martin@teddybaer-vogtlandkreis.de

Webseite: <http://www.teddybaer-vogtlandkreis.de>

Terre des Femmes e.V.

TERRE DES FEMMES ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für die Rechte von Mädchen und Frauen einsetzt. TDF engagiert sich nachhaltig mit gezielten Aktionen, persönlicher Beratung, Aufklärungsarbeit im Inland und Kooperationen im Ausland. TDF thematisiert geschlechtsspezifische Gewalt, um einen Bewusstseinswandel einzuleiten für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander.

Um einen stärkeren Fokus der Öffentlichkeit auf Themen des Mädchenschutzes zu richten, startete TDF im November 2018 die Mädchenschutzkampagne „Jetzt Mädchen stärken! #esistnichtallesrosarot“. Den Auftakt bildet unsere Petition „U-Untersuchungen – Unbedingt Pflicht“, die die Einführung bundesweit verpflichtender ärztlicher Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche fordert.

U-Untersuchungen dienen grundsätzlich dazu, entwicklungsgefährdende Krankheiten frühzeitig zu identifizieren und zu behandeln, Fälle von Kindeswohlgefährdungen möglichst frühzeitig zu erkennen und die dringend notwendige Vernetzung medizinischer und sozialer Institutionen zu fördern. Diese Petition konzentriert sich dabei nicht auf die Bevormundung und Kontrolle, sondern die Verantwortungsübernahme durch den Staat. Das vorhandene und bereits etablierte System der U-Untersuchungen für Kinder ist ein sehr gut geeignetes Präventionsinstrument, welches nur noch effizienter und mit mehr Budget ausgestattet werden muss.

Kontakt:

Terre des Femmes e.V.

Brunnenstraße 128

13355 Berlin

E-Mail: gewaltschutz@frauenrechte.de

Webseite: <http://www.frauenrechte.de>

Theater EUKITEA gGmbH

Theater EUKITEA beschäftigt sich in seinen präventiven Theaterprojekten seit über 30 Jahren sehr intensiv mit den Entwicklungswegen junger Menschen. Mit unserem mobilen Spielbetrieb unterstützen wir Schulen und Kindergärten in der Präventionsarbeit zu Themenbereichen wie Gewalt und Mobbing, Friedensbildung, Resilienzförderung, Umweltbildung sowie ganz aktuell der Prävention von Radikalisierung. Wir begeistern unser junges Publikum mit spannenden, humorvollen und bewegenden Inszenierungen. EUKITEA ist bei allen Produktionen auf der Suche nach den Hintergründen, nach den Beweggründen, um Lösungsansätze zur positiven Verhaltensveränderung anzustoßen.

Für unsere wirksame und nachhaltige gewaltpräventive Theaterarbeit wurden wir im Jahr 2013 als erstes und bisher einziges Theater mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention und in 2015 mit dem Landespräventionspreis Brandenburg ausgezeichnet.

Theater, wie wir es verstehen und praktizieren, ist ein hochwirksames Medium, um junge Menschen für wichtige Themen zu sensibilisieren, sie in ihrer Selbstentfaltung zu fördern und ihre Lebenskompetenzen zu stärken. Wir machen Mut zum Handeln!

Kontakt Berlin:

Theater EUKITEA gGmbH
Projektbüro Berlin
Tel: 030 8471278-0
E-Mail: berlin@eukitea.de

Kontakt:

Theater EUKITEA gGmbH
Lindenstraße 18b
86420 Diedorf
Tel.: 08238 964743-0
Fax.: 08238 964743-99
E-Mail: info@eukitea.de
Webseite: <http://www.eukitea.de>

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Die theaterpädagogische werkstatt (tpw) entwickelt seit 1994 Präventionsprogramme zu den Themen sexualisierte Gewalt, Sucht, Cybermobbing, Toleranz und allgemeine Erziehungsfragen. Theaterpädagogische Projekte und Workshops für unterschiedliche Zielgruppen (u. a. zu Inklusion, Integration, Persönlichkeitsstärkung) ergänzen das Angebot. Mit mehr als 170 Mitarbeiter*innen ist die tpw bundesweit an Schulen und Bildungseinrichtungen im mobilen Einsatz. Ein Grund für die bedeutende Stellung der tpw im Bereich Präventionstheater liegt in der engen Zusammenarbeit mit Spezialisten der jeweiligen Fachgebiete. So kann der aktuelle Stand in der Präventions- und Therapiearbeit bei der Aufnahme neuer Themen und Darstellungsformen Berücksichtigung finden.

Aktuelle Präventionsprogramme:

- Nein-Gefühle: Die große Nein-Tonne, letztes Kindergartenjahr, 1. u. 2. Klasse
- Sexualisierte Gewalt: „Mein Körper gehört mir!“, 3. u. 4. Klasse
- „Ich werde es sagen!“, ab 9. Klasse
- Ja! und Nein! Und lass das sein!, für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung
- (K)ein Anderer, für Fachtagungen etc. Thema Pädophilie
- Sucht und Cybermobbing: „Natürlich bin ich stark!“, Klasse 6-8
- Erziehung: Eltern sein – ein Kinderspiel?!, für Eltern von Kindergartenkindern
- Demokratie und Toleranz: Crossover – Lasst uns froh und bunter sein!, für Menschen ab 15 Jahren

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15-17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541 580 54 63-0

Fax.: 0541 580 54 63-33

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

Triple P Deutschland GmbH

Triple P ist ein evidenzbasierter Ansatz zur Stärkung elterlicher Beziehungs- und Erziehungskompetenz. In ca. 580 wissenschaftlichen Publikationen aus 25 Ländern zeigt sich seine positive Wirkung auf Erziehungsverhalten, Emotionen und Verhalten der Kinder, Misshandlung und Inobhutnahmen. Mit Triple P steht ein umfangreiches, flexibles System von Materialien, Beratungen und Kursen zur Verfügung. So können Fachkräfte, die zu ihrer Arbeitsweise passende Fortbildung auswählen. Es eignet sich hervorragend für eine berufsgruppen- und sektorenübergreifende Implementation in der ganzen Kommune.

Kontakt:

Triple P Deutschland GmbH

Nordstr. 22

48149 Münster

Tel.: 0251-518941

Fax.: 0251-20079200

E-Mail: lohmann@triplep.de

Webseite: <http://www.triplep.de>

ufuq.de – Jugendkulturen, Islam und politische Bildung

ufuq.de ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus aktiv. Mit unseren Angeboten sind wir bundesweit Ansprechpartner für Pädagog_innen, Lehrkräfte und Mitarbeiter_innen von Behörden. Wir arbeiten an der Schnittstelle von politischer Bildung, Pädagogik, Wissenschaft und politischer Debatte und informieren, beraten und unterstützen bei den Herausforderungen, die sich in der pädagogischen Arbeit in der Migrationsgesellschaft ergeben können.

Mit unseren Beratungs- und Fortbildungsangeboten, Materialien, unserer vielfältigen Projektarbeit, Expertise und Erfahrungen möchten wir die pädagogische Praxis voranbringen, den Fachaustausch bereichern und einen Beitrag leisten zum demokratischen Zusammenleben.

Wir sind Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus und dort auch im Vorstand aktiv. Seit Februar 2015 werden wir im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Kontakt:

ufuq.de

Boppstr. 7, Haus A
10967 Berlin

E-Mail: info@ufuq.de

Webseite: <https://www.ufuq.de/>

Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ entwickelt und erprobt der Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. als Träger des Modellprojektes „VIEL MEHR – Vielfalt in Mehrkindfamilien“ Strategien zur Stärkung der demokratischen Teilhabe, Hilfe zur Selbsthilfe, Förderung und Erweiterung von Kompetenzen und kritischen, reflektierten Sichtweisen auf Diskriminierung und Rassismus und erschließt Zugänge zu Mehrkindfamilien mit Migrationshintergrund und zu solchen der Mehrheitsbevölkerung.

Schwerpunkt des Modellprojekts ist die Begegnung, Begleitung und Unterstützung von Mehrkindfamilien in den Projektstandorten Köln und Mönchengladbach – sowie bundesweit – und die Anregung zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen im eigenen lokalen Sozialraum.

Die vier Projektbausteine „Netzwerk Familie“, Familienbildung, Beratung für Familien mit Migrationshintergrund und Angebote für ältere Kinder und Jugendliche aus Mehrkindfamilien („Geschwister aktiv“) ermöglichen die Beteiligung aller Familienmitglieder am Modellprojekt. Sie fördern, aktivieren und unterstützen Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern gleichermaßen.

Kontakt:

Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V.

Korschenbroicher Str. 83

41065 Mönchengladbach

E-Mail: viel.mehr@kinderreiche-familien.de

Webseite: <https://demokratie.kinderreichfamilien.de/start.html>

Verein Programm Klasse 2000 e.V.

Klasse2000 – Stark und gesund in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit am weitesten verbreitete Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Im Schuljahr 2018/19 beteiligen sich über 22.000 Klassen mit ca. 500.000 Kindern aus allen Bundesländern daran.

Klasse2000 begleitet die Kinder mit der Symbolfigur KLA-RO vier Jahre in der Grundschule. Das Programm fördert Gesundheits- und Lebenskompetenzen: Ernährung, Bewegung, Entspannung, Probleme und Konflikte lösen, Nein sagen zu Tabak und Alkohol.

Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Stunden durch und erhalten dafür ausführliches und praxiserprobtes Unterrichtsmaterial. Weitere zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Schuljahr gestalten die Klasse2000-Gesundheitsförderer. Ihre Stunden sind Höhepunkte im Schulalltag, zumal die Gesundheitsförderer besonderes Material mitbringen (z.B. Atemtrainer, Gefühlebuch, Stethoskope, Klarokugel für Entspannungsübungen, etc).

Positive Wirkungen des Programms auf das Ernährungs- und Bewegungsverhalten, sowie auf den späteren Konsum von Tabak und Alkohol konnten durch Längsschnittstudien belegt werden.

Klasse2000 wird über Spenden und Fördergelder finanziert, meist in Form von Patenschaften für einzelne Schulklassen (220 € pro Klasse und Schuljahr).

Verein Programm Klasse 2000 e.V., Feldgasse 37, 90489 Nürnberg, Tel. 09 11/89 12 10

Kontakt:

Verein Programm Klasse 2000 e.V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: 0911-891210

Fax.: 0911-8912130

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

„Wer mehr will, als Kriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu stärken, der plädiert heute für ein umfassendes Präventionsverständnis“ (Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamts a.D. am 06.02.2019 in Chemnitz).

Kommunale Konfliktberatung richtet sich an lokale Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und versetzt sie in die Lage, bestehende Spannungen und Konfliktpotenziale auf kommunaler Ebene zu verstehen und sie zielgerichtet und unter geeigneter Einbeziehung des Gemeinwesens anzugehen. Dabei werden Möglichkeiten und Ansätze für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am kommunalen Leben untersucht und weiterentwickelt, um ein aktives und attraktives Gemeindeleben durch bürgerschaftliches Engagement zu erhalten und Radikalisierungstendenzen und Demokratieskepsis zu begegnen.

Der Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. ist ein freier Bildungsträger und führt seit über 25 Jahren Förderprogramme zur beruflichen Bildung und Demokratieförderung durch. Im Arbeitsbereich „Kommunale Konfliktberatung“ berät der VFB Salzwedel Gemeinden und Städte in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen bei der Bearbeitung von Spannungen, Konfliktpotenzialen und Konflikten, sowie zu deren Prävention.

Kontakt:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Alte Pumpe 11

29410 Salzwedel

Tel.: 03901-3014915

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

Webseite: <http://www.vfb-saw.de>

Vielfalt-Mediathek

Die Vielfalt-Mediathek ist ein Online-Projekt des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V. Sie ist ein Informationsportal für pädagogische Multiplikator_innen und für engagierte Bürger_innen, die Informationen und Material suchen zu den Themen: Prävention und Intervention bei Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus sowie Homophobie/Transphobie wie auch zu Interkulturellem Lernen, Diversitätskonzepten, Demokratiepädagogik, Migration, Flucht/Asyl, Prävention und Intervention bei religiösem Fundamentalismus (z. B. Salafismus/Islamismus), Hate Speech und Frühpädagogik. Die Bandbreite der registrierten Print- und audiovisuellen Medien in der Vielfalt-Mediathek ist groß, aktuell sind über 1700 digitalisierte Materialien verfügbar. Weitere 1139 ältere, nicht digitalisierte, Materialien werden in unserem Archiv bereitgestellt. Der Bestand umfasst Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Podcasts, Kurz- und Dokumentarfilme, (Projekt-)Dokumentationen u.v.m. Die Materialien beruhen, wie die Vielfalt-Mediathek selbst, auf der Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ oder der entsprechenden Vorgängerprogramme. Ein weiterer Kernpunkt der Arbeit ist die Vermittlung von aktuellen Entwicklungen in den Themenfeldern des Bundesprogramms durch eigens produzierte Podcasts, Expertisen und einem Wissens- und Konzeptpool.

Kontakt:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e.V.

Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf

E-Mail: mediathek@idaev.de

Webseite: <http://www.vielfalt-mediathek.de>

Violence Prevention Network e.V.

Violence Prevention Network e.V. (VPN) ist ein Zusammenschluss von Expertinnen und Experten, die seit vielen Jahren erfolgreich in der Extremismusprävention und Deradikalisierung tätig sind. VPN hat seine Initiativen als eine der ersten Organisationen in Europa schon in den frühen 2000er Jahren auf das Thema Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit konzentriert und sich durch seine Arbeit mit extremistischen (bzw. gefährdeten) Menschen eine bundesweit anerkannte Expertise für Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Strafvollzuges erworben. Unter Anwendung unterschiedlicher Ansätze der Prävention, Intervention und Deradikalisierung arbeitet VPN mit 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bundesweit und berät zudem andere europäische Organisationen sowie Regierungen bei der Erstellung von Maßnahmen und Strategien in diesem herausfordernden Themenfeld. Zugleich stellt VPN seine neue Schwesterorganisation „Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsfor- schung gGmbH“ vor. Modus vernetzt Wissenschaft und Praxis und trägt neben der aktiven Forschung, wie z.B. der Entwicklung neuer Modelle, Theorien und Methoden, vor allem durch einen Fokus auf Testing, Anwendung bzw. Verbreitung und kontinuierlicher (Re-)Evaluation entwickelter Ansätze dazu bei, dass die Praxis der Extremismusprävention und Deradikalisierung mit der Entwicklung extremistischer Ideologien und Gruppen Schritt halten kann.

Kontakt:

Violence Prevention Network e.V.

Alt-Moabit 73

10555 Berlin

Tel.: 0 30-91 70 54 64

Fax.: 0 30-39 83 52 84

E-Mail: judy.korn@violence-prevention-network.de

Webseite: <http://www.violence-prevention-network.de>

Visioneers e.v.

Seit Mitte 2015 setzen wir uns für geflüchtete Menschen in Berlin ein. So hat der Verein vermehrt Angebote zur Integration wie Deutsch- und Nachhilfeunterricht, Sport, Jugendarbeit, Nähen, ein Mentorenprogramm und vieles mehr in Kooperation mit Flüchtlingsunterkünften, Unternehmen, Kirchen und anderen Organisationen entwickelt.

Seit 2017 leitet der VISIONEERS e. V. einen Jugendtreffpunkt in Berlin-Schöneberg und bietet hier jungen Menschen einen sicheren Rückzugsort, in dem fünf Tage die Woche ein ständiger Ansprechpartner für die Anliegen der Jugendlichen zur Verfügung steht und der jungen Menschen innerhalb der Räumlichkeiten auch alternative Freizeitbeschäftigungen bietet.

Kontakt:

Visioneers e .v.

Belziger Straße 71

10823 Berlin

E-Mail: ntepass@visioneers.io

Webseite: <http://www.visioneers.berlin>

VPKV e.V.

An unserem Infostand möchten wir auch Sie über Möglichkeiten und Grenzen des Puppenspiels informieren. Puppenspiel schafft es, die großen und kleinen Zuschauer auch durch emotionales Miterleben der präsentierten Inhalte für Gefahren zu sensibilisieren. Wir zeigen wie verschiedene Zielgruppen angesprochen und nachhaltig erreicht werden können. Sie erhalten Einblicke in die unterschiedliche Spielweise der eingesetzten Puppen. Außerdem erfahren Sie, wo Polizeipuppenbühnen auch in ihrer Nähe eingesetzt werden. Zielrichtung unseres Vereins: Den Einsatz der Methode Puppenspiel in der Präventionsarbeit zu fördern und eine hohe Qualität der Präsentationen, u.a. durch Fortbildung und Beratung, zu gewährleisten. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Methode Puppenspiel werden von uns beobachtet und gesammelt. „Nach wissenschaftlichen Studien kann die Nachhaltigkeit des Puppenspiels zur Lernzielvermittlung hoch eingeschätzt werden, weil diese Methode das ganzheitliche Lernen fördern kann. Eine der jeweiligen Zielgruppe angemessene Präsentation mit Puppen erreicht „Kopf und Bauch“ und liefert dem Gehirn die Bilder, die das beabsichtigte Abspeichern von Informationen und Emotionen unterstützen. Im Stück eingebaute Wiederholungen der Lernziele (Botschaften) und eine anschließende Transferphase erhöhen die Nachhaltigkeit deutlich.“ (Prof. Dr. Reinhilde Stöppler, Justus-Liebig-Universität Gießen)

Kontakt:

VPKV e.V.

Heinrich-Heine-Weg 3

23909 Ratzeburg

Tel.: 04541-6412

E-Mail: hans-peter.firniss@vpkv.deWebseite: <http://www.vpkv.de>

WEISSER RING e.V.

Kriminalprävention ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS, der als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark.

Der WEISSE RING hat mehr als 3.000 ehrenamtliche, professionell ausgebildete Mitarbeiter, diese stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit über 400 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand und persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden, begleiten bei Gängen zur Polizei oder zu Gerichten und vermitteln materielle Hilfen. So helfen sie bei der Bewältigung der Tatfolgen und engagieren sich aktiv in der Prävention von Kriminalität.

Kriminalprävention ist neben der Opferbetreuung ein Satzungsziel des WEISSEN RINGS. Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Denn Kriminalprävention ist der beste Opferschutz!

Durch die Erfahrungen aus der Opferhilfe kann der WEISSE RING wie keine andere Organisation die Interessen der Opfer und den Opferschutz in die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Kriminalprävention einbringen. Der WEISSE RING setzt sich mit überregionalen und lokalen Maßnahmen für die Kriminalprävention ein.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

E-Mail: praevention@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Werner Bonhoff Stiftung

Bei Mobbing & Gewalt muss die Schule für Schutz sorgen und die Angriffe stoppen. Doch nur wenigen Schulen gelingt das. Häufig erhalten sie zu spät Kenntnis, bleiben lange abwartend oder beenden die Angriffe nicht wirksam. Seit 2010 ermutigt und befähigt die gemeinnützige Werner Bonhoff Stiftung, Berlin, mit ihrem bundesweiten Projekt Nach-der-Tat Beobachter und Betroffene von Gewalt & Mobbing, wie man aktiv werden kann, ohne sich selbst zu gefährden. Hunderte Fälle wurden durch die Stiftung anhand von Erfahrungsberichten analysiert und teilw. lösungsorientiert begleitet.

Die Stiftung hat folgende kostenfreie Angebote:

- Online-Mobbing-Test „Hat Deine Schule Mobbing im Griff?": Ein Diagnose-Instrument um die Situation an der Schule zu erfassen und ggf. Handlungsbedarf frühzeitig aufzuzeigen
- Hilfe-Brief: Er ermöglicht es jedem, anonym und durch die Stiftung transportiert sowie begleitet, die Schulleitung auf bestehende Handlungspflicht aufgrund von Gewaltvorfällen hinzuweisen und dokumentiert diese Vorgänge
- Workshops für Schüler, Lehrer, Eltern
- Programm „Wachsame Schule“: Im Programm begleitet und unterstützt die Stiftung Schulen auf dem Weg, ihre Reaktionen auf Mobbing & Gewalt zu verbessern. Ob am Ende des Prozesses ein kompletter Handlungsplan oder Lösungen für einzelne Probleme im Schulalltag stehen, bestimmt die Schule je nach bestehendem Unterstützungsbedarf selbst.

Kontakt:

Werner Bonhoff Stiftung

Reinhardtstr. 37, 10117 Berlin

Tel.: 030-258008855

Fax.: 030-258008850

E-Mail: info@werner-bonhoff-stiftung.de

Webseite: www.werner-bonhoff-stiftung.de; www.nachdertat.de

Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation Gehörloser in Berlin und Brandenburg e.V. (ZfK e.V.)

Barrierefreier Notruf „Hieron“.

Hieron ist ein nationales und internationales Projekt, bei dem es um barrierefreien Katastrophenschutz und barrierefreien Notruf geht. Das ZfK e.V. hat mit Partnern eine Lösung erarbeitet, die den Menschen mehr Sicherheit in besonderen Situationen gibt.

Besonders Menschen mit Kommunikationseinschränkungen benötigen eine andere Zugänglichkeit zu den Notrufempfängern. Hierfür stehen mehrere Lösungen bereit, die es allen ermöglichen, in fast jeder Situation und an fast jedem Ort einen Notruf auszulösen, der auch von den Notrufempfängern verstanden wird.

Kontakt:

Zentrum für Kultur und visuelle Kommunikation Gehörloser
in Berlin und Brandenburg e.V. (ZfK e.V.)

Wetzlarer Str. 18
14482 Potsdam

E-Mail: praeventionsbeauftragter@zfk-bb.de

Webseite: <https://www.zfk-bb.de>

Posterpräsentationen

	Seite
Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies Preventing risky behaviours among young people in local communities: the Polish experience	657
Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies Ready but for what – how SFBT can develop readiness among offenders	658
Adam Mickiewicz University in Poznan Gentrification and Crime Rate Trends	659
Aktion Liebe Deinen Nächsten e.V. Stärke gegen Zwänge – Interaktive Schulprojekttage zur Suchtprävention in Schulen	660
Bar-Ilan University Sexual Assault, Restorative Justice and the #MeToo Movement	661
Berghof Foundation „Chance or Choice“? Soziale Resilienz in der Prävention von Gewaltextremismus	662
Bergische Universität Wuppertal Sicherheit im Bahnhofsviertel	663
Bundeskriminalamt Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017	664

	Seite
Bündnis gegen Cybermobbing e.V. Cybermobbing hinterlässt Spuren	665
Bündnis Marokkanischer Gemeinde Deutschland e.V. Malikitisch-Jung-Weiblich UND ENGAGIERT	666
CANDID-Foundation gGmbH Qualifizierungslehrgang Deradikalisierung	667
CJD Nord/JUMP Ausstieg und soziale Bindungen	668
Deutsches Jugendinstitut e.V. Im Fokus: DJI Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention	669
Deutsches Rotes Kreuz e.V. Demokratie leben – von Anfang an! Demokratieförderung in DRK-Kinder- tageseinrichtungen	670
DPT – Deutscher Präventionstag CTC-Transferstelle	671
DPT – Deutscher Präventionstag EU Project “Cutting Crime Impact“	672
East Carolina University Visitation and Misconduct among Maximum Security Inmates	673

	Seite
European Crime Prevention Network (EUCPN) EUCPN: Crime prevention in the EU arena	674
Fachhochschule Münster Anfällig für Radikalisierung?	675
Förderverein Demokratisch Handeln e.V., Thüringen 19_19 Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten: Thüringen 19_19	676
Frauen ohne Grenzen – Women without Borders Deutschland e.V. MotherSchools: Parenting for Peace!	677
Frankfurt University of Applied Sciences Die Ehrenamtsstruktur der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg	678
Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut, EMI Bewertung und Verbesserung der urbanen Sicherheit mit Hilfe von 3D-Stadtmodellen	679
Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. Serviceportale für Fachkräfte	680
Hessisches Kultusministerium Der Europarats-Schulwettbewerb „Free to speak – safe to learn“ – Democratic Schools for All	681

	Seite
Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/n/Göttingen Präventives Handeln gemeinsam gestalten – betriebliche Prävention pädagogischer Fachkräfte	682
Innocence in Danger e.V. Stoppt Sharegewalt – Handlungsleitfäden zum Schutz vor digitalen sexuellen Übergriffen	683
Jennifer Scholl Supporting desistance from violence. Praxisimplikationen der desistance-Forschung	684
Landesinstitut für Präventives Handeln Vitalregion Landkreis Neunkirchen	685
Landratsamt Cham, Amt für Jugend und Familie, Fachstelle „Prävention“ Projekte zur Förderung von Toleranz und Demokratie	686
Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions e.V. Demokratieförderung und Prävention	687
mafianeindanke e.V. und Bezirksamt Neukölln Studie zu Ausstiegsmöglichkeiten für Clan-Kriminelle und ihr Umfeld – mafianeindanke e.V.	688
Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften Kooperationsbeziehungen in der Kommunalen Kriminalprävention	689

	Seite
Polizeipräsidium Köln Direktion Kriminalität Kriminalinspektion ST – Polizeilicher Staatsschutz Projekt STEP Projekt STEP	690
Praxis für Rechtsmedizin Leipzig Projekt Medizinische Soforthilfe bei Gewalt gegen Frauen	691
Prof. Dr. Stefan Bauernschuster (Universität Passau) Announced Speed Controls and Road Safety – Evidence from German Blitz Marathons	692
Stiftung Deutsches Forum für Kriminal- prävention (DFK) Der sichere Supermarkt / Das sichere Einkaufszentrum	693
Stiftung Deutsches Forum für Kriminal- prävention (DFK) Einbruchschutz: Sicherheitstechnik im Smart Home	694
Stiftung Deutsches Forum für Kriminal- prävention (DFK) Mobiler Zufahrtsschutz für Sicherheitsbehörden und kommunale Entscheidungsträger	695
Technische Universität Berlin Entwicklungspfade salafistisch-jihadistischer Radikalisierung und Distanzierung	696

	Seite
Technische Universität Dresden/Institut für Politikwissenschaft Forschungs- und Praxisprojekt „SiQua“	697
The Hebrew University of Jerusalem Gender biased police Analyzing deviant police practices and female offenders' experiences	698
The Max Stern Yezreel Valley College The role of emotions in the relationship between malleability beliefs and judicial assessm	699
The Max Stern Yezreel Valley College Prisoners' attitudes towards participating in a restorative justice process	700
TU Chemnitz Studiengang Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen	701
Universität Bielefeld Automatisiertes Topic Modelling islamistischer Inhalte	702
University of Adam Mickiewicz in Poznan Activities of a pedagogical and legal taken in Poland by probation officers	703
University of Adam Mickiewicz in Poznan Preventive impact on the elderly persons – victims of criminal offenses	704

	Seite
University of Adam Mickiewicz in Poznan The role of legal advice as a form of post-penitentiary assistance in counteracting recidi	705
University of Adam Mickiewicz in Poznan Street educator as an element of social prevention and rehabilitation system in Poland	706
University of Adam Mickiewicz in Poznan Social situation of prisoners families	707
University of Adam Mickiewicz in Poznan Present and possible strategies of preventing maladjustment in Poland	708
VHS Marburg-Biedenkopf Demokratiewerkstatt	709

Preventing risky behaviours among young people in local communities: the Polish experience

Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies

The rise of the deviant behaviours and the increasing number of socially maladjusted young people are an important field of research searches.

In my presentation I would like to demonstrate Polish experience in preventing youth risky behaviours based on the example of two schemes: "Threats Observatory for Young People" and "School free from the violence and drugs".

The Observatory is an interdisciplinary body whose members are representatives of institutions from the Wielkopolska region that are involved in work with young people. The fundamental part of the project is conducting a broad diagnosis of threats and taking appropriate informative, training, and preventive actions.

The important aims of the programme "School free from the violence and drugs" are an introduction and realization of uniform forms of the cooperation of the school communities (schools, parents and pupils), police and the municipal guard in the scope of counteracting addictions and other risky behaviours. The integral part of the programme were researches conducted by the Department of Resocialization of the Faculty of Educational Studies Adam Mickiewicz University in Poznan.

Kontakt:

Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies
Szamarzewskiego 89
50-658 POZNAN
E-Mail: pawelek@amu.edu.pl

Ready but for what – how SFBT can develop readiness among offenders

Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies

Readiness for treatment is a key component of successful social rehabilitation among offenders. In the literature there is more than one model of readiness for change and/or treatment. When working with offenders we should ask ourselves for what we would like to prepare them, what kind of change do we expect. SFBT is one of these approaches which gives counselor opportunity to examine offender's perspectives, and to verify counselor ideas about what should be changed. The main goal of this poster is to present actual perspectives of readiness for change models and to look closer how SFBT can develop readiness among offenders, how using situational model of SFBT can modify "putting right syndrom"/"repering syndrom" which is typical for social rehabilitation counselors.

Kontakt:

Adam Mickiewicz University Faculty of Educational Studies
Szamarzewskiego 89
50-658 POZNAN
E-Mail: janach@poczta.onet.pl

Gentrification and Crime Rate Trends

Adam Mickiewicz University in Poznan

Gentrification is more often mentioned among the processes transforming the contemporary city. The term denotes a series of social and economic transformations, occurring in neglected urban areas due to the influx of new residents with a high socio-economic status. The poster presentation focuses on the coexistence of gentrification and the phenomenon of crime.

Kontakt:

Adam Mickiewicz University in Poznan

Wieniawskiego 1

61-712 Poz Poznan

E-Mail: abarczyk@amu.edu.pl

Webseite: <https://amu.edu.pl/en>

Stärke gegen Zwänge – Interaktive Schulprojekttag zur Suchtprävention in Schulen

Aktion Liebe Deinen Nächsten e.V.

Mit interaktiven und kreativen Projekttagen zur Suchtprävention setzen wir unter dem Motto „Stärke gegen Zwänge“ in Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen an. Es geht sowohl um Aufklärung über Wirkung und Gefahren unterschiedlicher Rausch- und Suchtmittel als auch um die Vermittlung von Lebens- und Sozialkompetenzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeit gestärkt werden, sodass sie sich mutig und standhaft Gruppenzwängen entziehen können und Bestätigung, Anerkennung oder Auswege nicht in Suchtmitteln suchen.

Die Inhalte rund um Prävention und Aufklärung kombinieren wir mit gruppenkompatiblen Elementen aus Musik, Tanz oder Fußball. Integrierte Workshops zu Breakdance, Songwriting, HipHop oder Respekt & Fairplay sind für die Kinder und Jugendlichen nicht nur mit viel Spaß verbunden, sondern unterstützen über ein positives Gemeinschaftserlebnis Werte unseres Präventionsansatzes.

Unsere bundesweiten Suchtpräventionsprojekte sind geeignet für allgemeinbildende Schulen, Sport-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen: ob als klassen- und jahrgangsübergreifendes Projekt, als Ergänzung zu Lehrplaninhalten, als nachhaltige Abwechslung im Schulalltag oder als Werte-Impuls.

Kontakt:

Aktion Liebe Deinen Nächsten e.V.
Melkerweg 1
31848 Bad Münder am Deister
Tel.: 050425090748
E-Mail: elisabeth.meyer@aldn.de
Webseite: <http://www.aldn.de>

Sexual Assault, Restorative Justice and the #MeToo Movement

Bar-Ilan University

In October 2017 women around the world started using the hashtag #MeToo in social media to identify themselves as victims of sexual assault. The present study examines “the day after” the campaign, and proposes that it be viewed as a platform for expressing dissatisfaction with the way society and the legal system deals with sexual assault. It examines how the outcry of millions of women around the world can be channeled towards developing alternative ways for dealing with sexual assault, focusing on restorative justice (RJ) as an option which can expand the range of possible responses and increase victims’ access to justice.

The study also empirically examined the public’s attitudes towards the #MeToo campaign and participation in RJ processes in sexual assault cases. The findings show a positive correlation between support for the campaign and support for RJ process.

RJ processes can be an empowering experience that reduces the intensity of the victim’s trauma. This experience will most likely lead to an increase in the number of reported assaults, and to increased public awareness concerning sexual assault. Moreover, participation in RJ processes has an educational effect that can reduce and prevent future assaults when participants in the process develop empathy towards other participants and learn about the unique of sexual assault.

Kontakt:

Bar-Ilan University

Ramat Gan

5290002 Ramat Gan

Tel.: 972545991166

Fax.: 97297966651

E-Mail: carmit@klar.co.il

Sicherheit im Bahnhofsviertel

Bergische Universität Wuppertal

Bahnhöfe und die sie umgebenden Viertel sind Aushängeschild und Tor zur Innenstadt. Gleichzeitig gelten sie in fast jeder deutschen Großstadt als Kriminalitätsschwerpunkte. Das Projekt SiBa richtet den Blick auf die vielgestaltigen Entwicklungen in Bahnhofsquartieren, die sich in einem Spannungsfeld bewegen, das mehrere Dimensionen der Sicherheit berührt. Kriminalitätsbezogene (Un-)Sicherheit wird dabei genauso untersucht wie die Einflüsse von Gentrifizierungsprozessen auf (Un-)Sicherheitswahrnehmungen. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines Präventionskonzeptes, das es Kommunen erlaubt, Bahnhöfe und ihr Umfeld sicherer zu gestalten, ohne dabei die spezifischen Charakteristika urbaner Räume preiszugeben.

Das Poster gibt einen Überblick über die Forschungsschwerpunkte, Forschungsfragen sowie die angewendeten Forschungsmethoden des von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und der Bergischen Universität Wuppertal im Verbund durchgeführten Projektes. Durch die Beleuchtung der praktischen Arbeitsziele wird dabei besonders der Anwendungsbezug hervorgehoben. Daneben wird auf innovative praktische und wissenschaftliche Ansätze eingegangen. Zu nennen sind hier z.B. die Erschließung und Nutzbarmachung vorhandener Sicherheitspotenziale durch Nutzer der Bahnhofsviertel sowie eine innovative Skala zur wahrnehmungsbasierten Messung und Bewertung von Gentrifizierungsprozessen.

Kontakt:

Bergische Universität Wuppertal

Gaußstr. 20

42119 Wuppertal

E-Mail: mquel@uni-wuppertal.de

Webseite: <http://www.buk.uni-wuppertal.de/>

„Chance or Choice“? Soziale Resilienz in der Prävention von Gewaltextremismus

Berghof Foundation

Das Poster präsentiert wichtige Ergebnisse aus einem partizipativen Forschungsprojekt, das in den vergangenen zwei Jahren (2017-2019) untersucht hat, welche sozialen Bedingungen Gemeinschaften gegenüber gewaltbereitem Extremismus mehr oder weniger empfänglich machen. Die untersuchten Gemeinden lagen in sozio-ökonomisch vergleichbaren Gegenden in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien. Das Forschungsprojekt nahm seinen Ausgangspunkt in den lokalen Analysen und Perspektiven, und generierte Empfehlungen für die Stärkung von Resilienz und Prävention. Es unterstreicht die Notwendigkeit, Präventionsstrategien in den lokalen Realitäten und Wahrnehmungen zu verankern. Hierzu werden Empfehlungen an die lokalen, nationalen und internationalen Akteure formuliert. Ein weiterer Aspekt des Posters wird die Präsentation einer spezifischen Forschungsstrategie für gewaltbereiten Extremismus sein, die es erlaubt, Zugang zu gewöhnlich verschlossenen sozialen Zusammenhängen zu erhalten.

Kontakt:

Berghof Foundation

Conflict Transformation Research

Lindenstrasse 34

10969 Berlin

E-Mail: b.austin@berghof-foundation.org

Webseite: <http://www.berghof-foundation.org>

Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017

Bundeskriminalamt

Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017 (DVS 2017) ist ein Forschungsprojekt des Bundeskriminalamts, das unter anderem das Ziel verfolgt, in bestimmten Deliktbereichen das polizeistatistische Dunkelfeld abzuschätzen sowie objektivierbare Daten über die individuell wahrgenommene (Un-)Sicherheit in der Bevölkerung zu gewinnen. Bundesweit nahmen 2017 und Anfang 2018 über 31.000 Personen an einer Befragung teil, in der sie neben Erlebnissen als Kriminalitätsopfer und dem individuellen Sicherheitsgefühl auch ihr Anzeigeverhalten, die Wahrnehmung von Polizei und Justiz sowie ihre Einstellung zu weiteren kriminalitätsbezogenen Themen berichteten. Da die Befragung bereits 2012 zum ersten Mal durchgeführt wurde, lassen sich mit den Erkenntnissen des DVS 2017 Veränderungen in den dazwischenliegenden fünf Jahren nachvollziehen. Die Ergebnisse sind eine bedeutende Ergänzung der polizeilichen Kriminalstatistik und helfen sicherheitsstrategischen Akteuren evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen.

Präsentiert werden die Kernbefunde des Forschungsprojektes in den genannten Themenfeldern. Darüber hinaus werden Opferraten aus dem Bereich vorurteilsgeleiteter Kriminalität (hate crime) sowie das Vertrauen in politische und staatliche Institutionen dargestellt.

Kontakt:

Bundeskriminalamt

Äppelallee 45

65203 Wiesbaden

E-Mail: daniel.church@bka.bund.de

Cybermobbing hinterlässt Spuren

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

„Wir alle gegen Cybermobbing“ – Prävention hilft!

Das Problem Cybermobbing nimmt einen immer größeren Raum in unserer Gesellschaft ein. Das Bündnis gegen Cybermobbing e.V. aus Karlsruhe hat sich zur Aufgabe gemacht, dieser Entwicklung aktiv entgegenzuwirken.

Eines unserer Ziele ist es, die Gesellschaft zum Thema Cybermobbing aufzuklären und zu sensibilisieren.

Durch unsere Studien zum Thema Nutzung des Internets und Gewalt im Netz machen wir den Umfang des Problems auf deutscher und europäischer Ebene transparenter und sind Ratgeber für die Politik.

Unser Präventionsprogramm "Wir alle gegen Cybermobbing" unterstützt Schulen und Organisationen in der systematischen Präventionsarbeit. Das ganzheitliche Konzept bezieht das soziale Dreieck aus Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern mit ein.

Durch diese umfassende Methode werden Schulen entlastet, Eltern unterstützt, Kinder und Jugendliche informiert.

Informieren auch Sie sich unter:

www.buendnis-gegen-cybermobbing.de

Kontakt:

Bündnis gegen Cybermobbing e.V.

Leopoldstr. 1

76133 Karlsruhe

Tel.: 0721-1600915

E-Mail: info@buendnis-gegen-cybermobbing.de

Webseite: <http://www.buendnis-gegen-cybermobbing.de/>

Malikitisch-Jung-Weiblich UND ENGAGIERT

Bündnis Marokkanischer Gemeinde Deutschland e.V.

Ein Vorteil der Präventionsarbeit von muslimischen Verbänden liegt in deren Zugängen zu Personenkreisen, die sonst nur schwer oder gar nicht von staatlichen Regelstrukturen oder anderen Trägern erreicht werden können. Für die Prävention von religiös begründetem Extremismus kann dieses soziale Netz ein wichtige Ressource sein. Der Verband baut eine Struktur von Präventionsbeauftragten, die als kompetente PartnerInnen für alle Fragen zu diesem Thema GemeindemitgliederInnen aber auch Vorständen und externen Fachleuten zur Verfügung stehen. Dies schafft einerseits ein Bewusstsein für das Thema in allen Gemeindegliederungen, ohne den ganzen Alltag zu dominieren. Andererseits zeigt es, dass der Verband das Problem des religiös begründeten Extremismus ernst nimmt und hinter den Bemühungen der Präventionsbeauftragten steht. Diese bekommen durch Qualifizierungen, die Möglichkeit, sich über die Gemeindegrenzen hinaus auszutauschen und zu lokalen Präventionsakteuren zu werden. Die Gewinnung von ehrenamtlich Tätigen ist keine leichte Aufgabe – doch sie werden in den Vereinen gebraucht. Und Integration ist eine wichtige Aufgabe – und wird ebenfalls gebraucht.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT VON MIGRANTIN-
NEN ALS MÖGLICHKEITSRAUM FÜR ANERKENNUNG
UND ZUGEHÖRIGKEIT UND IN DER PRÄVENTIONSAR-
BEIT EINE VORBILDROLLE.

Kontakt:

Bündnis Marokkanischer Gemeinde Deutschland e.V.

Friedrich-Ebert-Str. 15

40210 Düsseldorf

E-Mail: o.kuntich@yahoo.de

Webseite: <http://www.buendnis-mg.de>

Qualifizierungslehrgang Deradikalisierung

CANDID-Foundation gGmbH

Das Handlungsfeld Beratung für Angehörige des sozialen Umfelds (mutmaßlich) radikalierter Personen stellt einen sehr vielschichtigen Arbeitsbereich dar, der hohe Anforderungen an die Fähigkeit der Beratenden stellt.

Seit Ende 2016 werden bereits ein bis zwei Mal jährlich punktuelle Schulungen von drei bis fünf Tagen Dauer für Beratende bei der BAMF-Beratungsstelle „Radikalisierung“ durchgeführt. In diesen werden entweder Grundkenntnisse zu relevanten Teilbereichen der Arbeit vermittelt, oder Kenntnisse zu Spezialthemen in unterschiedlichen Beratungskontexten. Teils

werden bei den Trägern interne Fortbildungen von unterschiedlicher Dauer und Intensität durchgeführt. Diese weiterhin bestehenden Schulungen und Fortbildungen können den erhöhten und ausdifferenzierten Qualifizierungsbedarf allein nicht decken. Mit der Entwicklung eines umfassenden Qualifizierungslehrgangs für Beratende, die im Bereich Deradikalisierung arbeiten (wollen), soll dieser Herausforderung begegnet und ein Beitrag zur weiteren Professionalisierung der Akteure und der konkreten Ausdifferenzierung eines Anforderungsprofils im Bereich Deradikalisierungsberatung geleistet werden.

Kontakt:

CANDID-Foundation gGmbH

Chauseestraße 11

10115 Berlin

E-Mail: Chauseestraße 11

Webseite: <http://www.berghof-foundation.org>

Ausstieg und soziale Bindungen

CJD Nord/JUMP

Das Poster möchte die sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit von JUMP in Mecklenburg-Vorpommern unter der Berücksichtigung bindungsgeleiteter Aspekte visualisieren.

Einerseits wird die Arbeit von JUMP mit den drei Säulen (Ausstiegsbegleitung – Bildung & Beratung – Einstiegsprävention) verständlich dargestellt.

Unter Berücksichtigung von Zugangswegen und ausgewählten Methoden liegt der Fokus auf einer prozesshaften Darstellung.

Schließlich wird Bindung als Bestandteil nachhaltiger Ausstiegsarbeit in diese Präsentation eingewoben. Hierbei berücksichtigen wir in der Kindheit erworbene Bindungsrepräsentationen und ihre Auswirkungen auf den späteren Werdegang sowie damit verbundene Herausforderungen und Chancen für die Ausstiegsarbeit.

Kontakt:

CJD Nord/JUMP

Siegfried-Marcus-Str. 45

17192 Waren (Müritz)

E-Mail: volker.haase@cjd-nord.de

Webseite: <http://www.jump-mv.de>

Im Fokus: DJI Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Seit 1997 beobachtet die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) die Entwicklung von Strategien der Prävention von Delinquenz im Kindes- und Jugendalter über die verschiedenen Akteure der Kriminalitätsprävention hinweg – von der Kinder- und Jugendhilfe über die Schulen bis zu Polizei und Justiz – und konstatiert, dass Prävention in diesem Bereich inzwischen vor allem auch als pädagogische Aufgabe verstanden wird. Das Poster zeigt die zentralen Forschungsthemen der Arbeitsstelle und setzt den Fokus auf Herausforderungen, die aktuell in der Diskussion stehen – bei denen das „Wie“ der Präventionsarbeit jedoch noch einige Fragezeichen aufweist. Dies betrifft beispielsweise die Ausgestaltung präventiver Angebote für junge Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung. Daneben nimmt die Arbeitsstelle Hilfe- und Unterstützungsangebote für junge Menschen mit Opfererfahrungen in den Blick. Als weitere Herausforderung lässt sich die kriminalitätspräventive Arbeit mit Jugendlichen mit Behinderung sowie in inklusiven Settings nennen. Ein besonderes Augenmerk der Arbeitsstelle liegt dabei auf einer adressatengerechten und ressourcenorientierten Ausgestaltung der Angebote sowie auf institutionenübergreifender Kooperation.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nockherstraße 2

81541 München

E-Mail: willems@dji.de

Webseite: <http://www.dji.de/jugendkriminalitaet>

Demokratie leben – von Anfang an! Demokratieförderung in DRK-Kindertageseinrichtungen

Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Wir stellen Fachinformationen für pädagogische Fach- und Praxisberatungen sowie Leitungs- und Fachkräfte aus Kindertageseinrichtungen und Schulen zu den Themen Adultismus, Kinderrechte, Partizipation, Demokratieförderung, Kinderschutz und Teamkultur vor. Dabei wird mittels fundiertem Lernmaterial, dem Curriculum "Was MACHT was?!", eine biografische Selbstreflexion zum Thema "Macht" in diversen Ebenen angeregt. Diese Herangehensweise unterstützt Fachkräfte im reflektierten und umsichtigen Umgang mit erzieherischer Macht. Gerne geben wir zudem Informationen über die kostenfreie Verfügbarkeit des Lernmaterials.

Das Curriculum ist durch ein Kinderschutzbündnis entstanden und besteht aus sieben sich ergänzenden Modulen. Jedes Modul enthält einen vertiefenden Zugang zu den Themen, welche mit den Teams pädagogischer Einrichtungen im Rahmen von Teamfortbildungen gemeinsam erschlossen werden können. Die Materialien enthalten jeweils einen Hintergrundtext zur Vertiefung des Themas für die Fach- und Praxisberatungen. Dieser fasst die wichtigsten Elemente komprimiert zusammen und bietet Empfehlungen zum Weiterlesen und Vertiefen.

Zusätzlich werden Einführungs- und Aufbau-Fortbildungen für Fach- und Praxisberatende angeboten, die in der methodischen und achtsamen Umsetzung der Inhalte Unterstützung bieten. Auch hierzu informieren wir Sie gerne.

Kontakt:

Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Carstennstraße 56

12205 Berlin

Tel.: 030-85404-285

Fax.: 030-85404-6285

E-Mail: a.berk@drk.de

Webseite: <http://www.drk-wohlfahrt.de>

CTC-Transferstelle

DPT – Deutscher Präventionstag

„Communities That Care – CTC“ ist eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierte Methode zur Präventionsplanung auf kommunaler Ebene. Mit CTC können Kommunen und kommunale Präventionsgremien evaluierte Präventionsprogramme bedarfsgerecht einsetzen und die Rahmenbedingungen für das sichere Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Zur Entwicklung und Umsetzung eines bundesweiten Transferkonzeptes für „Communities That Care – CTC“ haben der Deutsche Präventionstag, der Landespräventionsrat Niedersachsen und die Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Die CTC-Transferstelle hat die Aufgabe die Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung von Landesstrategien analog zu Niedersachsen und Sachsen in anderen Bundesländern und der EU zu befördern und bundesweit Kommunen in den CTC-Prozess zu begleiten.

Die Kooperation zum bundesweiten CTC-Transfer ist offen für weitere Partner, die sich mit zusätzlichen Ressourcen in diesen Prozess einbringen wollen.

Kontakt:

Sven Kruppik, Dipl. Päd., Fachkraft für Kriminalprävention

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Kurt-Schumacher-Straße 29

30159 Hannover

E-Mail: Sven.kruppik@praeventionstag.de

Webseite: <http://www.praeventionstag.de>

EU Project “Cutting Crime Impact“

DPT – Deutscher Präventionstag

Crime has a significant negative impact on European citizens' quality of life, community cohesion and the safety and security of the urban environment. In 2018, the three-year EU project "Cutting Crime Impact – Practice-based innovation in preventing, investigating and mitigating high-impact petty crime" (CCI) was launched. The aim of the project is to enable Law Enforcement Agencies (LEAs) and security policymakers to adopt a preventative, evidence-based and sustainable approach to tackling high-impact petty crime. Tailored to the needs of end-users, CCI will design, develop and demonstrate four Toolkits covering: Predictive Policing, Community Policing, Crime Prevention through Urban Design and Planning and Measuring and Mitigating Citizens' Feelings of Insecurity. Moreover, CCI aims to encourage wider EU adoption of effective approaches to safety and security, and will develop an extended European Security Model that includes high-impact petty crime and citizens' feelings of insecurity.

The DPT-I is participating in this project together with eleven other international partners.

The project is funded by the EU Horizon 2020 research and innovation programme. This poster is bilingual/Dieses Poster ist zweisprachig (Englisch u. Deutsch).

www.cuttingcrimeimpact.eu

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Kurt-Schumacher-Str. 29

30159 Hannover

E-Mail: margo.krenz@praeventionstag.de

Webseite: www.praeventionstag.de

Visitation and Misconduct among Maximum Security Inmates

East Carolina University

This study adds to the literature by clarifying the effects of visitation on serious and violent misconduct among maximum security inmates through the application of Propensity Score Matching (PSM). Findings demonstrate that once the visited and non-visited groups were matched on covariates of visitation, major violations were significantly influenced by visitation from family and friends. For the violent and injurious acts, the visitation group experienced a 25% reduction in these acts, but only the physical assault with inmate injury reached significance. Results are discussed from the perspective of social support theory.

Kontakt:

East Carolina University
E. 5th St., 238 Rivers Building
27858 Greenville
E-Mail: sorensenj@ecu.edu
Webseite: <http://www.ecu.edu/>

EUCPN: Crime prevention in the EU arena

European Crime Prevention Network (EUCPN)

The European Crime Prevention Network (EUCPN) was set up by the EU Council in 2001 and is funded by the EU Commission. Crime prevention expertise is collected by and disseminated within the Network. The thematic focus of the EUCPN reflects the priorities of both the EU Policy Cycle and the EUCPN presidency, which rotates along with that of the EU.

The EUCPN's output includes toolboxes and research and policy papers. Once a year, the efforts of the EUCPN culminate in the Best Practice Conference and the European Crime Prevention Award (BPC-ECPA). This event convenes policymakers, practitioners, and academics, and offers them the opportunity to share knowledge and experiences. Through the BPC-ECPA, the EUCPN has become a forum where policy, practice, and research intersect.

The EUCPN also plays a key role in the development and promotion of crime prevention in the EU arena. The Network runs its own research programme in support of evidence-based crime prevention policy in the EU. It has supplemented its in-house research capacity with subcontracted research and internships. The focus is on EU priorities such as trafficking in human beings and organised property crime, but also on the concept of crime prevention itself. This concept will be foundational to future EU crime prevention. As a result, crime prevention has already become a horizontal goal in the EU Policy Cycle.

Kontakt:

European Crime Prevention Network (EUCPN)

76 Bd. de Waterloo

1000 Brussels

Tel.: +32 2 557 33 30

E-Mail: eucpn@ibz.eu

Webseite: <http://www.eucpn.org>

Anfällig für Radikalisierung?

Fachhochschule Münster

Das Projekt "Anfällig für Radikalisierung – Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Lebenswelten zu den Themen Demokratie, Religion, Diskriminierung und Geschlecht" hat zum Ziel, Mechanismen und Prozesse sozialer/demokratischer Entfremdung und gesellschaftlicher Konflikte frühzeitig bei Jugendlichen, die nicht durch radikale und extremistische Äußerungen/ Handlungen aufgefallen sind, herauszuarbeiten und Handlungsempfehlungen zu generieren, da ein frühes Einsetzen von Prävention eine zentrale Gelingensbedingung darstellt. Dabei wird vor allem untersucht, inwiefern sich salafistische Narrative in Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Lebenswelten wiederfinden.

Die forschungsleitenden Fragen sind:

- Welche salafistischen Botschaften und Themen sind für Jugendliche interessant und anschlussfähig?
- Welche Konflikte im Verhältnis zur Demokratie und Demokratie konstituierenden Grundrechten gibt es?

Methodisch werden salafistische Narrative und empirisch gesicherte Anfälligkeiten herausgearbeitet, deren gezielte Adressierung durch bestimmte Narrative beschrieben sowie die Anschlussfähigkeit der salafistischen Themen und Botschaften bei den Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Gruppendiskussionen überprüft.

Im Rahmen der Postersession wird die Methodologie des Projektes erörtert und erste Ergebnisse diskutiert.

Kontakt:

Fachhochschule Münster

Hüfferstr. 27

48149 Münster

E-Mail: gerrit.weitzel@tu-dortmund.de

Webseite: <http://www.fh-muenster.de>

Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten: Thüringen 19_19

Förderverein Demokratisch Handeln e.V.,
Thüringen 19_19

Im Jahr 2019 geben drei historische Anlässe Gelegenheit, über positive Demokratieerfahrungen neu nachzudenken: 100 Jahre Weimarer Verfassung, 70 Jahre Grundgesetz sowie 30 Jahre Friedliche Revolution. Dennoch gibt es aktuell Anlässe, die Demokratie nicht als selbstverständlich zu betrachten, sondern sie weiterzuentwickeln. Das Projekt Thüringen 19_19 sieht das pädagogische Fachpersonal als wichtige Schnittstelle für die Vermittlung demokratischer Grundwerte und Demokratieförderung. Daher hat sich das Projekt zum Ziel gesetzt, mindestens 19 „Lernorte der Demokratie“ zu qualifizieren. Qualifikation meint dabei, landesweit Kindertagesstätten, Schulen und außerschulische Lernorte und Projekte auszuwählen: Sie werden im Sinne einer für das Demokratielernen gehaltvollen politischen Bildung professionell weitergebildet und als „Lernorte der Demokratie“ sichtbar gemacht. Sie sollen dauerhaft so etabliert werden, dass auch für die künftige demokratische und politische Bildung sowohl exemplarische Qualität als auch Anschlussfähigkeit für Innovationen gewährleistet sind. Mit Thüringen 19_19 wird das Konzept „Lernort der Demokratie“ als „Qualitätsnachweis“ für eine gemeinwesenorientierte und professionell abgesicherte demokratiepädagogische Entwicklungsqualität etabliert. Das entstehende Netz von „Lernorten der Demokratie“ wird weiter ausgebaut und an zukünftige Herausforderungen angepasst.

Kontakt:

Förderverein Demokratisch Handeln e.V., Thüringen 19_19
Ludwig-Weimar-Gasse 6
07743 Jena
Tel.: 03641-2713762
E-Mail: kontakt@thueringen19-19.de
Webseite: www.thueringen19-19.de

MotherSchools: Parenting for Peace!

Frauen ohne Grenzen – Women without Borders
Deutschland e.V.

Das Herzstück der Arbeit von Frauen ohne Grenzen ist das Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace!“ – ein einmaliges Präventionsprojekt für Mütter, um Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen entgegenzuwirken.

Die MotherSchools positionieren Mütter als wichtige Verbündete gegen Radikalisierung und Rekrutierung. In den MotherSchools Trainings werden die Teilnehmerinnen sensibilisiert, um in kompetenter Weise auf ihre Kinder einzugehen, ihnen zuzuhören und ihnen eine Alternative zur Rhetorik der Rekrutierer anzubieten. Die MotherSchools bestärken die Mütter darin, dort einzuschreiten, wo sie die nötigen Zugänge haben und die erforderlichen Fähigkeiten besitzen: in ihren Familien und Gemeinschaften. Dadurch tragen sie dazu bei, die Resilienz ihrer Familien und Gemeinschaften zu stärken.

Mittlerweile ist aus dem Projekt ein internationales Best Practice Modell geworden, das bereits in 15 Ländern umgesetzt wurde bzw. aktuell umgesetzt wird und über 2500 Mütter erreicht hat: Österreich, Deutschland, Belgien, England, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Sansibar, Indonesien, Indien/Kaschmir, Pakistan, Bangladesch, Tadschikistan, Jordanien, Nigeria.

Die UNESCO und das RAN (Radicalization Network) haben die MotherSchools als Best Practice Modell anerkannt.

Kontakt:

Frauen ohne Grenzen – Women without Borders Deutschland e.V. – i. Hs. Treffpunkt e.V. ; Fürther Strasse, 212
90429 Nürnberg

Tel.: 0911/ 274769-615

E-Mail: office.de@women-without-borders.org

Webseite: <https://www.women-without-borders.org/>

Die Ehrenamtsstruktur der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg

Frankfurt University of Applied Sciences

Baden-Württemberg macht von der im Bundesgesetz verankerten Möglichkeit Gebrauch, Verurteilte auch von ehrenamtlichen Bewährungshelfer*innen betreuen zu lassen. Für eine Bachelorarbeit wurde untersucht, welche theoretischen Überlegungen oder empirischen Erkenntnisse zu der jetzigen Form der ehrenamtlichen Bewährungshilfe in Baden-Württemberg führten. Dazu wurde das interne „Handbuch für ehrenamtliche Bewährungshelfer“ inhaltsanalytisch ausgewertet. Es zeigte sich:

1. Mit dem Einsatz von ehrenamtlichen Bewährungshelfer*innen soll der Intention der gesetzgebenden Instanz entsprochen werden.
2. Die über 50-jährige Erfahrung von Österreich mit ehrenamtlicher Bewährungshilfe gilt als Vorbild.
3. Die Entscheidung für die ehrenamtliche Bewährungshilfe war eine politische und soll durch die Beteiligung von Bürger*innen demokratische Strukturen unterstützen.
4. Die ehrenamtliche Bewährungshilfe ist ein zentraler Bestandteil des Arbeitskonzepts zur Resozialisierung und steigert deren Erfolg.
5. Resozialisierung gelingt mit ehrenamtlicher Bewährungshilfe besser, weil sie die Möglichkeiten professioneller Bewährungshilfe erweitert.
6. Die spezifischen Qualitäten der ehrenamtlichen Bewährungshelfer*innen ergänzen die professionelle Sozialarbeit.

Weiteren Überlegungen zur Übertragbarkeit der Ehrenamtsstruktur sollte eine Situationsanalyse der einzelnen Bundesländer vorangehen.

Kontakt:

Frankfurt University of Applied Sciences
Nibelungenplatz 1
60318 Frankfurt am Main
E-Mail: mnkornek@web.de

Bewertung und Verbesserung der urbanen Sicherheit mit Hilfe von 3D-Stadtmodellen

Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik,
Ernst-Mach-Institut, EMI

Zentrale Punkte des Projekts Stadtsicherheit-3D sind die Bewertung und die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der in Städten lebenden Bevölkerung. Es werden baulich-räumliche Faktoren identifiziert und operationalisiert, die verschiedenste (Un-)Sicherheitsempfindungen bei Bürgerinnen und Bürgern in urbanen Räumen fördern. Der Fokus liegt dabei auf der Identifizierung von Orten, die subjektiv als dunkel, nicht einsehbar und nicht hörbar wahrgenommen werden. Auf Grundlage von Erfahrungen in Best-Practice-Beispielen und konkreten vor-Ort-Messungen in drei Fallstudiengebieten in Berlin fließen die identifizierten Faktoren in Algorithmen ein, die als Herzstück einer Software-gestützten Planungshilfe dienen. Diese kann auf vorhandene dreidimensionale Stadtmodelle angewandt werden und ermöglicht so eine verbesserte Sicherheitsbewertung. Erstmals wird damit ein auf digitalen Daten basierendes Softwaretool entwickelt, mit dessen Hilfe Sicherheitsbewertungen systematisch und empirisch basiert vorgenommen werden können. Weitere, physikalisch nicht darstellbare Schlüsselfaktoren der Sicherheitsempfindung werden interaktiv mit abgefragt. Das Tool hilft somit insbesondere Stadtplanerinnen und -planern und Sicherheitsexpertinnen und -experten bei der Gestaltung von mehr Sicherheit in urbanen Räumen und lässt sich zudem in partizipativen Entscheidungsprozessen einsetzen.

Kontakt:

Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut,
EMI

Am Klingelberg 1

79588 Efringen-Kirchen

Tel.: 07628-9050-782

E-Mail: Joerg.Finger@emi.fraunhofer.de

Webseite: <http://www.emi.fraunhofer.de>

Serviceportale für Fachkräfte

Gleichberechtigung und Vernetzung e.V.

Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. entwickelt und setzt Aktivitäten und Projekte zur Verwirklichung des Verfassungsauftrages "Gleichberechtigung von Männern und Frauen" um, so auch Websites für das Land Niedersachsen.

Vorgestellt werden die Service-Angebote des Niedersächsischen Familienportals, des Kinderschutzportals sowie der Website Gender und Schule – insbesondere zu den Themen Kinderschutz, Gewalt-Prävention und Demokratiebildung.

www.kinderschutz-niedersachsen.de

Informationen, Fortbildungstermine, Materialien und Adressdatenbank mit Anlauf- und Beratungsstellen für Fachkräfte und alle, die sich beruflich oder ehrenamtlich im Kinderschutz engagieren. Außerdem Infos zu Rat und Hilfe für Schwangere, Eltern, Kinder, Familie oder andere Bezugspersonen von Kindern in sieben Sprachen.

www.familien-in-niedersachsen.de

Fach- und Elterninformationen zu allen Themenbereichen, die Familien betreffen. Außerdem Fortbildungstermine, Materialien und Aktionslandkarte mit familienfreundlichen Einrichtungen in Niedersachsen.

www.genderundschule.de

Unter anderem Informationen über Materialien und Anlaufstellen zu den Themen Beratung, Prävention und diskriminierungsfreies Lernen. Das Angebot wendet sich an Lehr- und Fachkräfte in Schulen und Schulsozialarbeit sowie an Eltern und Genderinteressierte.

Kontakt:

Gleichberechtigung und Vernetzung e.V.

Sodenstr. 2

30161 Hannover

Tel.: 0511-33650632

E-Mail: hein@gleichberechtigung-und-vernetzung.de

Webseite: <http://www.vernetzungsstelle.de>

Der Europarats-Schulwettbewerb „Free to speak – safe to learn“ – Democratic Schools for All

Hessisches Kultusministerium

Der Ende 2018 gestartete Schulwettbewerb des Europarates „Free to speak – safe to learn“ – Democratic Schools for All bietet Schulen europaweit ein ausdifferenziertes Konzept zur gegenseitigen Sichtbarmachung und Weiterentwicklung der Demokratiebildung und Extremismusprävention. Inhaltlich und methodisch besteht eine enge Verknüpfung mit dem hochinnovativen 2018 vom Europarat veröffentlichten Referenzrahmen „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“. Die noch in der Gründungsphase befindliche Kampagne ist auf drei Jahre angelegt und ermöglicht Schulen entsprechend bereits bestehender Praxis stärker wahrnehmen, wertschätzen, hervorheben und gegenseitig präsentieren zu können. Vor allem Lehrkräften soll ein ermutigendes internationales Forum zum Erfahrungsaustausch geboten werden. Die Kampagne umfasst sechs Themenfelder, die den jeweiligen schulischen Gegebenheiten angepasst werden können: Umgang mit Kontroversität; schulische Partizipation von Kindern und Jugendlichen; Gewalt- und Mobbingprävention; Umgang mit Propaganda, Desinformationen und „Fake News“; Stärkung des „Well-Being“ an Schulen sowie das Bekämpfen von Diskriminierung. Das Poster zeigt u.a. exemplarisch einen niedrigschwelligen, selbstreflexiven Beratungsansatz für interessierte Bildungsakteure/Schulen in Form eines „Projektgartens“ (vgl. <https://www.coe.int/en/web/campaign-free-to-speak-safe-to-learn>).

Kontakt:

Hessisches Kultusministerium
Erwin-Stein-Haus, Stuttgarter Straße 18-24
60329 Frankfurt am Main
E-Mail: bernt.gebauer@kultus.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

Präventives Handeln gemeinsam gestalten – betriebliche Prävention pädagogischer Fachkräfte

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminde/Göttingen

Um den Gesetzauftrag von Kindertageseinrichtungen (§22, SGB VIII) zu erfüllen sowie aufgrund des aktuellen und prognostizierten Mangels an pädagogischen Fachkräften (Bertelsmann Stiftung, 2015) und der kontinuierlichen Zunahme an psychischen Erkrankungen muss die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit fokussiert werden. Die Partizipation und das Empowerment pädagogischer Fachkräfte muss mit Befähigungs- und Bemächtigungsprozessen einhergehen, um arbeits- und gesundheitsförderlich wirken zu können.

Im von der EU und dem Land Niedersachsen geförderten Forschungsprojekt "AGnEEs" wurden gesundheitsbeeinflussende, arbeitsplatz- und personenbezogene Faktoren von pädagogischen Fachkräften (n= 48) aus 13 Einrichtungen mittels Fragebögen, Interviews und Videoaufnahmen erhoben, um deren Arbeits- und Lebenswelt zu verstehen. Aus den Ergebnissen wählten die pädagogischen Fachkräfte 2-3 Themen aus, zu denen partizipativ konkrete Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz (z.B. Umgang mit Lärm, Selbstfürsorge, Kommunikation mit verschiedenen Personengruppen, Raumgestaltung) entwickelt wurden. Dabei wurden Probleme, die das eigene Arbeiten und das Arbeiten im Team betreffen, miteinander fokussiert und gemeinsame Lösungen erarbeitet. Nach einer sechsmonatigen Durchführungsphase wurde die Umsetzung der Maßnahmen anhand von gemeinsam entwickelten Kriterien evaluiert.

Kontakt:

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst
Hildesheim/Holzminde/Göttingen
Goschentor 1
31134 Hildesheim
E-Mail: agnees.fs@hawk.de

Stoppt Sharegewalt – Handlungsleitfäden zum Schutz vor digitalen sexuellen Übergriffen

Innocence in Danger e.V.

Die digitale Welt hat sich rasant weiterentwickelt. Seit der Einführung des Smartphones im Jahr 2007 haben sich Privat- und Arbeitsleben immer mehr in den digitalen Raum verschoben.

Die Formen sexualisierter Gewalt sind durch das Internet vielfältiger geworden. Sie reichen von Cybergrooming, Sextortion, "Sharegewaltigung" (die Verbreitung von Missbrauchsabbildungen oder selbstgenerierten Sexting-Bildern z.B. über Messenger) bis hin zum „Livestream-Missbrauch“.

Auch medienkompetente Kinder und Jugendliche können Fälle von digitaler sexualisierter Gewalt nicht alleine verhindern oder aufarbeiten.

Was brauchen verantwortliche Erwachsene in Schule und Beratung, um Kinder und Jugendliche vor "Sharegewaltigung" zu schützen und sie bei Betroffenheit bestmöglich zu versorgen?

Das Projekt „Stoppt Sharegewalt“ von Innocence in Danger gibt aktuelles Wissen zu sexualisierter Gewalt mittels digitaler Medien und bietet konkrete Handlungsempfehlungen zu Prävention und Intervention für Fachkräfte aus Schule und Fachberatung.

Kontakt:

Innocence in Danger e.V.

Holtzendorffstraße 3, 14057 Berlin

Tel.: +49 (0)30-3300 75 38

Fax.: +49 (0)30-3300 75 48

E-Mail: cb@innocenceindanger.de

Webseite: <http://www.innocenceindanger.de> / www.stoppt-sharegewalt.de

Supporting desistance from violence. Praxisimplikationen der desistance- Forschung

Jennifer Scholl

Unter dem Begriff 'desistance' werden Prozesse des Abstandnehmens von Delinquenz mittlerweile intensiv diskutiert. Die lebenslauforientierte kriminologische Forschung hat verschiedene soziale, strukturelle und individuelle Faktoren herausgestellt, die im komplexen Zusammenspiel die Reduzierung delinquenter Handlungen ermöglichen, aber auch erschweren können. Ziel des Posters ist es, praktische Möglichkeiten zur Unterstützung von desistance-Prozessen mit einem deliktspezifischen Fokus auf Gewalt aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Das Poster basiert auf Ergebnissen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten qualitativen Längsschnittstudie „Verlaufsprozesse von Delinquenz im Jugendalter und ihre individuellen und sozialstrukturellen Bedingungen“.

Kontakt:

Jennifer Scholl
Birkenhainer Ring 29 B
14979 Großbeeren
Tel.: 0177-7045013
E-Mail: j.scholl@tu-bs.de

Vitalregion Landkreis Neunkirchen

Landesinstitut für Präventives Handeln

Als eines der vom Landesinstitut für Präventives Handeln betreuten Startprojekte des Land(auf)Schwung-Modellvorhabens möchte „Vitalregion Landkreis Neunkirchen“ die Potenziale des Gesundheitsmarktes aufgreifen und gezielt auf die Bedürfnisse seiner Bürgerinnen und Bürger ausrichten. Das Projekt startete im Februar 2016. Oberstes Ziel dieses Projektes ist es, die Menschen aller Alters- und Einkommenschichten im Landkreis dazu zu animieren, ihre Gesundheit und Lebensenergie zu fördern. Durch die Vernetzung relevanter Branchen wird eine Vielzahl von Betrieben durch die „Vitalregion“ profitieren und dabei werden neue Produkte und Dienstleistungen zur Förderung des Wohlbefindens im Landkreis entstehen.

Gesundheitsförderung und gesundheitliche Chancengleichheit sind über alle Generationen hinweg Grundlage für eine vitale Gesellschaft, entfalten positive Wirkung auf ein stabiles Gemeinschaftsleben und weisen ein enormes wirtschaftliches Wachstumspotenzial auf. Unter dem Begriff „Health-care“ lässt sich hier die Entstehung eines „symbiotischen“ Gesundheitssystems erkennen, welches die Leistungen der medizinischen Versorgung (1. Gesundheitsmarkt) zunehmend mit Angeboten der Wellness und Wohlfühlbranche (2. Gesundheitsmarkt) kombiniert.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln

Hanspeter-Hellenthal-Str. 68

66386 Sankt Ingbert

Tel.: 0681-5013854

E-Mail: k.herbst@lph.saarland.de

Webseite: <http://www.vitalregion-neunkirchen.de>

Projekte zur Förderung von Toleranz und Demokratie

Landratsamt Cham, Amt für Jugend und Familie,
Fachstelle „Prävention“

PROJEKTE ZUR FÖRDERUNG VON TOLERANZ UND DEMOKRATIE IM LANDKREIS CHAM

FÖRDERRICHTLINIEN

Grundsatz:

Zur Vorbeugung jeder Form von politischem Extremismus und zur Demokratie-Erziehung gewährt der Landkreis Cham im Rahmen seiner präventiven Jugendhilfeaktivitäten Hausmittel, um Projekte, welche diesem Zweck dienlich sind, zu fördern.

Themenbereiche:

Als förderfähige Aktivitäten gelten Veranstaltungen zu folgenden Themenbereichen:

Toleranz, Demokratie, Antisemitismus, politischer Rechts- bzw. Linksextremismus, Informationsveranstaltungen mit Zeitzeugen des Holocaust, Fahrten zu KZ-Gedenkstätten.

Antragsberechtigte:

Kommunen, Schulen, freie Träger der Jugendhilfe, gemeinnützige Vereine, Kirchen und kirchliche Organisationen sowie politische Parteien einschließlich deren Jugendorganisationen.

Kontakt:

Landratsamt Cham, Amt für Jugend und Familie, Fachstelle
"Prävention"

Rachelstr. 6
93413 Cham

E-Mail: andreas.pregler@lra.landkreis-cham.de

Webseite: <http://www.landkreis-cham.de>

Demokratieförderung und Prävention

Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

1994 fanden die ersten offiziellen Lions-Quest Seminare statt. Ursprünglich als Programm zur Vermittlung von Lebenskompetenzen in der Schule entwickelt, hat Lions-Quest sein Angebot im Laufe der Zeit ausgebaut. Dabei wurden zunehmend Konzepte zur Förderung demokratischer Kompetenzen, politischer Partizipation und interkultureller Kompetenz in die Programmatik aufgenommen.

Neben Lions-Quest "Erwachsen werden" werden zwei weitere Seminare angeboten:

Lions-Quest "Erwachsen handeln", das sich an Schülerinnen und Schüler der Klasse 9/10 bis 13 richtet. Das Programm gibt es seit 2014. Als einziges Fortbildungsangebot in Deutschland geht es über die Gesundheitsförderung und die Verbesserung des sozialen Miteinanders in der Lebenswelt Schule hinaus. Es verknüpft die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen mit der Förderung demokratischer Kompetenzen, Menschenrechtsbildung und "Service Learning" bei angehenden Erwachsenen in der Altersgruppe der 15 bis 21-Jährigen.

Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ fördert interkulturelles Lernen, Wertebildung und die Vermittlung von Lebenskompetenzen. 2016 eingeführt, richtet es sich an Lehrer/innen, die regelmäßig mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 10 und 21 Jahren arbeiten.

Kontakt:

Lions-Quest – Hilfswerk der Deutschen Lions e.V.

Bleichstrasse 3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-99154-81

Fax.: 0611-99154-83

E-Mail: i.vollbrandt@Lions-Hilfswerk.de

Webseite: <http://www.lions-quest.de>

Studie zu Ausstiegsmöglichkeiten für Clan-Kriminelle und ihr Umfeld – mafianeindanke e.V.

mafianeindanke e.V. und Bezirksamt Neukölln

Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass präventives Vorgehen gegen Organisierte Kriminalität erfolgreich ist. In Deutschland existieren analoge Angebote bereits für Zielgruppen wie etwa Neonazis. Kriminalpräventive Maßnahmen dagegen sucht man vergebens. Der Berliner Verein mafianeindanke entwickelt daher aktuell in enger Kooperation mit dem Bezirksamt Neukölln in einer Studie Programme, die Ausstiegsmöglichkeiten für Mitglieder krimineller Clans und ihres Umfelds schaffen sollen.

mafianeindanke e.V., 2007 entstanden, kämpft gegen Mafia und Organisierte Kriminalität. Der Verein informiert, entwickelt best practices, betreut Opfer und lobbyiert ein effizienteres Vorgehen gegen Organisierte Kriminalität. Ein Beispiel dafür ist die verbesserte Regelung zur Beschlagnahme inkriminierter Vermögen.

Kontakt:

mafianeindanke e.V. und Bezirksamt Neukölln
c/o bocconcini Grüne Liga Berlin Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
Tel.: 030-53090534
E-Mail: sandro.mattioli@mafianeindanke.de
Webseite: <http://www.mafianeindanke.de>

Kooperationsbeziehungen in der Kommunalen Kriminalprävention

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Die Kommunale Kriminalprävention soll die verschiedenen Akteure im Handlungsfeld Prävention zusammenbringen, um gemeinsam Lösungen für örtliche Problemlagen zu erarbeiten und umzusetzen. Wie die Entscheidungsprozesse und Organisationskontexte ausgestaltet werden, wie Projekte und Konzepte vor Ort initiiert und realisiert werden, wie Konflikte zwischen den Mitgliedern bearbeitet werden, wie Netzwerke aufgebaut und gepflegt werden, worin der Nutzen der Mitarbeit für die Akteure liegt und wie „erfolgreich“ die institutionalisierte Kooperationspraxis ist, sind wiederkehrende Themen in der Diskussion über Kommunale Kriminalprävention. An diese Diskussion knüpft ein Lehrforschungsprojekt an der Fakultät für Handel und Soziale Arbeit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften an. Mit Hilfe von qualitativen Interviews mit Mitgliedern ausgewählter niedersächsischer Präventionsgremien wird herausgearbeitet, wie Präventionsgremien als tragfähiges Kooperationsmodell der Verbrechensvorbeugung erhalten werden können und ggf. welche Veränderungen, Umstrukturierungen oder Neuausrichtungen dafür notwendig sind.

Das Projekt wird vom Zentrum für erfolgreiches Lehren und Lernen (ZeLL) an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften im Rahmen des Programms „Lehre bewegt“ mit Mitteln des BMBF gefördert.

Kontakt:

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Herbert-Meyer-Str. 7
29556 Suderburg
E-Mail: h.vandenbrink@ostfalia.de

Projekt STEP

Polizeipräsidium Köln
Direktion Kriminalität Kriminalinspektion ST –
Polizeilicher Staatsschutz Projekt STEP

STEP (Staatsschutz gegen Extremismus durch Prävention) versteht sich als Servicedienststelle der Kölner Polizei.

Es wendet sich an Akteure und Organisationen aus der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit, an Lehrkräfte sowie an Personen aus Wissenschaft und Verwaltung sowie Jugendliche aus den Zielgruppen. Das verbindende Element ist die Förderung der Arbeit auch mit (bildungs-) benachteiligten Jugendlichen, die aufgrund ihrer Lebenswelten, Freizeitgewohnheiten, Themeninteressen und ihrem Mediennutzungsverhalten mit klassischen Methoden der politischen Bildung nicht oder nur schwer erreicht werden können. Wichtig ist auch Jugendliche in die Netzwerkarbeit einzubinden.

Wir wollen eine interdisziplinäre Vernetzung der lokalen und regionalen Akteure, einen fachlicher Austausch, Qualifizierung und eine Beratung. STEP hat in den letzten Jahren zahlreiche Projekte durchgeführt, um verstärkt Multiplikatoren lokaler und regionaler „Zivilgesellschaftlicher Akteure“ anzusprechen. In Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern aus der politischen (Jugend-) Bildung, Sozialarbeit, Schule und Jugendhilfe entstanden vielfältige Kontakte zu Institutionen und Fachkräften, die in diesem Bereich der präventiven Extremismusbearbeitung engagiert sind. HINSEHEN +HANDELN +HILFE HOLEN ist als Kölner Aktion auch als Aufforderung zur Zivilcourage gegen jede Art von Extremismus zu verstehen.

Kontakt:

Polizeipräsidium Köln
Direktion Kriminalität Kriminalinspektion ST –
Polizeilicher Staatsschutz Projekt STEP
Walter-Pauli-Ring 2-6, 51103 Köln
Tel.: 0221-229-8998 – Fax.: 0221-229-8815
E-Mail: step.koeln@polizei.nrw.de
Webseite: <http://www.polizei-nrw.de/koeln/Vorbeugung/STEP/>

Projekt Medizinische Soforthilfe bei Gewalt gegen Frauen

Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

In Deutschland gibt es ein hohes Ausmaß an Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum. Jede zweite bis dritte Frau in Deutschland hat in ihrem Erwachsenenleben bereits mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Übergriffe erfahren. Damit verbunden ist ein hohes Gesundheitsrisiko durch die Folgen dieser Gewalt, denn ca. 65% der Frauen, die strafrechtlich relevante sexuelle Übergriffe erfahren haben, nehmen keine medizinische Hilfe in Anspruch. 89% suchen keine Beratungsstelle auf. Frauen, die "nur" körperliche Gewalt erfahren haben, erhalten – wenn überhaupt – nur eine oberflächlich korrekte Heilbehandlung, aber keine Vermittlung in das Hilfesystem, keine ausreichende Befunddokumentation und verbleiben ohne Prävention künftiger Übergriffe.

Das vorgestellte Modellprojekt soll im Bereich der PD Leipzig die medizinische und soziale Versorgung von Betroffenen verbessern. Dies wird erreicht durch

- verbesserte Ansprache der PatientInnen
- fachgerechte Soforthilfe mit vertraulicher Spurensicherung
- verfahrensunabhängige Befunddokumentation
- Verbesserung der Kommunikation zwischen den Gewaltbetroffenen und dem Gesundheitswesen
- Schaffung eines Zugangs zu psychosozialer Beratung

Es wird gezeigt, dass durch Vernetzung vorhandener Strukturen und die Expertise der AkteurInnen innerhalb dieses Netzwerkes sowohl sofortige Hilfe als auch eine nachhaltige Sekundärprävention erreicht werden kann.

Kontakt:

Praxis für Rechtsmedizin Leipzig

Stötteritzer Landstraße 51

04288 Leipzig

E-Mail: info@rechtsmedizin-leipzig.de

Webseite: <http://www.rechtsmedizin-leipzig.de>

Announced Speed Controls and Road Safety – Evidence from German Blitz Marathons

Prof. Dr. Stefan Bauernschuster (Universität Passau)

Wir untersuchen die Effekte der Blitzmarathons auf Sicherheit im Straßenverkehr. Blitzmarathons sind charakterisiert durch wiederholte eintägige Geschwindigkeitskontrollen, begleitet durch Medienkampagnen, in denen die Öffentlichkeit über Datum, Ausmaß und Hintergründe der Blitzmarathons informiert wird. Für unsere Analysen verwenden wir einzigartige Daten zu permanenten und temporären Geschwindigkeitsmessstationen, tagesgenaue administrative Daten zu allen polizeilich erfassten Unfällen in Deutschland, stundengenaue Daten zu Geschwindigkeit und Verkehrsvolumen sowie tagesgenaue Daten aus Medienanalysen. Ein generalisierter Differenz-in-Differenzen-Ansatz erlaubt uns, sowohl generelle Zeiteffekte als auch zeitkonstante Regioneneffekte herauszurechnen und so den tatsächlich kausalen Einfluss der Blitzmarathons zu identifizieren. Blitzmarathons führen zu einem Rückgang an Unfällen um 8 Prozent und einem Rückgang an Leichtverletzten um 9 Prozent. Die Effekte bauen sich bereits in den ein bis drei Tagen vor dem eigentlichen Blitzmarathon auf, in denen die Medienkampagnen starten. Unmittelbar nach Ende des Blitzmarathons steigen die Unfälle wieder auf das vorherige Niveau. Es gibt keine Evidenz für nachhaltige Auswirkungen. Die Effekte sind besonders stark für Männer und auf Straßen mit Geschwindigkeitsbeschränkungen zwischen 50 km/h und 100 km/h.

Kontakt:

Prof. Dr. Stefan Bauernschuster (Universität Passau)

Innstraße 27

94032 Passau

E-Mail: stefan.bauernschuster@uni-passau.de

Webseite: <https://sites.google.com/site/sbauernschuster>

Der sichere Supermarkt / Das sichere Einkaufszentrum

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Im Herbst 2016 wandte sich die Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik (BGHW) an das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK). Nach dem Amoklauf in München, bei dem mehrere Mitgliedsunternehmen bzw. Versicherte betroffen waren, bekam die BGHW viele Anfragen zum richtigen Verhalten von Beschäftigten der Einzelhandelsgeschäfte in einem solchen Fall. Bis dahin waren nur Verhaltensregeln für Schüler und Lehrer bei Schulamoklagen bekannt. Als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung berät die BGHW ihre Mitgliedsbetriebe zu allen Angelegenheiten eine sichere und gesunde Arbeit betreffend, so auch zum Schutz vor Gewaltereignissen. Gesucht wurden Präventionsexperten zur Konzeption von Verhaltenshinweisen und Mitarbeiterschulungen.

Im Frühjahr 2017 war das Kompetenzzentrum Internationale Sicherheit (KIS) der Rheinischen Fachhochschule (RFH) in Köln gefunden, dazu ein Konzept zu erarbeiten. An Hand der Info-Flyer „Schutz bei Terror und Amok“ für Personalverantwortliche und Mitarbeitende (Herausgeber und Kooperationspartner: Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes – ProPK) ist die modulare filmische Umsetzung der Themen „Fliehen“ – „Verstecken“ – „Melden“ zu Schulungszwecken der BGHW Mitgliedsunternehmen beabsichtigt. Mit diesem „Reifegrad“ wurden die Projektentwicklung, Beratung und Vernetzung (satzungsgemäße Aufgaben des DFK) an KIS/RFH übergeben.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

Tel.: 0228/99 681 13137

E-Mail: Detlev.Schuermann@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Einbruchschutz: Sicherheitstechnik im Smart Home

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Um staatliche Finanzanreize für den Einbau einbruchhemmender Sicherheitstechnik auch für Smart-Home-Anwendungen nachhaltig zur Verfügung zu stellen, haben die vom VDE getragene Normungsorganisation Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) in DIN und VDE (VDE|DKE) zusammen mit der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) im September 2018 die Vornorm DIN VDE V 0826-1 veröffentlicht. Mit dieser Norm kann der qualitative Anspruch der finanziellen Förderung von Sicherheitstechnik aufrecht erhalten werden. Das Poster stellt bildlich die Eckpunkte der Norm vor und macht deutlich, was Sicherheitstechnik im Smart Home wirklich sicher macht.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn

E-Mail: sabrina.mohr@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Mobiler Zufahrtsschutz für Sicherheitsbehörden und kommunale Entscheidungsträger

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Auf Grund der aktuellen (sicherheits-) politischen Entwicklungen und Beratungsbedarfe der Kommunen auf Bundesebene, befasst sich das DFK mit Maßnahmen zur Abwehr von Angriffen mit Fahrzeugen. Zudem ist die Entwicklung von Kriterien für Finanzanreize im Rahmen einer staatlichen Förderung angedacht. Damit die Sicherheitsverantwortlichen vor Ort eine Produktauswahl vornehmen können, sollten Mindeststandards im Hinblick auf Schutzklassen und Widerstandsfähigkeit von mobilen Fahrzeugsperrern definiert sein; ähnlich wie bei der Förderung zum Einbruchschutz.

Die Polizeibehörden der Länder und des Bundes haben in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe am Polizeitechnischen Institut in Münster (PTI) der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) eine technische Richtlinie (TR) für die Beschaffung mobiler Fahrzeugsperrern erarbeitet. Sie wurde im Herbst 2018 beschlossen und veröffentlicht.

Zur Information der Fachberater der (Kriminal-) Polizeilichen Beratungsstellen auf Bundesebene zum aktuellen Stand beim Thema Zufahrtsschutz, wurde die Sonderausgabe einer Informationsschrift erarbeitet. Dieses geschah auf Initiative des DFK in Kooperation mit PTI/DHPol, dem LKA Hessen (HLKA) und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). In einem zweiten Schritt ist beabsichtigt, die Kommunalverantwortlichen über die kommunalen Spitzenverbände mit dem Thema vertraut zu machen.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o BMI/GZ 3, Graurheindorfer Str. 198

53117 Bonn

Tel.: 0228/99 681 13137

E-Mail: Detlev.Schuermann@bmi.bund.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention.de>

Entwicklungspfade salafistisch-jihadistischer Radikalisierung und Distanzierung

Technische Universität Berlin

Das Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin befasst sich unter anderem mit der Erforschung von (De-)Radikalisierungsprozessen.

Auf diesem Poster sollen zwei im Zusammenhang stehende Forschungsprojekte vorgestellt werden. Im vom BMBF geförderten Verbundprojekt "PANDORA" werden Dynamiken der Radikalisierung und Mobilisierung zu Gewalt in sozialen Netzwerken im Bereich Salafismus und Jihadismus, sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus untersucht. Das Teilprojekt des ZTG analysiert Entwicklungsprozesse von Akteuren im Bereich Salafismus-Jihadismus mithilfe qualitativer Methoden. Auf Grundlage einer Analyse semantischer und interaktiver Muster sollen Indikatoren für eine differenzierte Analyse von Radikalisierungsphänomenen entwickelt werden. Unter Einbeziehung dieser Ergebnisse sollen im Projekt "PrADera", gefördert im Rahmen des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus, zusammen mit dem BAMF und dem BLKA/KomZ Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse im Kontext des islamistischen Extremismus empirisch untersucht werden, um verbesserte Anhaltspunkte für Maßnahmen und Angebote der Präventions-, Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit zu gewinnen. Datengrundlage bilden Interviews mit Ausgestiegenen und Personen, die sich im Prozess der Distanzierung befinden.

Kontakt:

Technische Universität Berlin

Hardenbergstraße 16-18

10623 Berlin

E-Mail: moeller@ztg.tu-berlin.de

Webseite: <https://www.tu-berlin.de/ztg>

Forschungs- und Praxisprojekt „SiQua“

Technische Universität Dresden/Institut für
Politikwissenschaft

Urbane Räume befinden sich im ständigen Wandel, was auch zu Veränderungen der objektiven und subjektiven Sicherheit führen kann. Unter anderem haben Zuwanderung und Flucht in den letzten Jahren zu innerstädtischen Transformationen geführt. Das vom BMBF geförderte Verbundprojekt SiQua analysiert die aktuelle Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden in den Partnerstädten Dresden, Essen und Berlin und widmet sich verstärkt Stadtvierteln mit ausgeprägten Wandlungsprozessen. Anhand von qualitativen und quantitativen Methoden werden lokale Problemlagen und deren Wahrnehmung durch die Bevölkerung sowie deren Bearbeitung im Rahmen kooperativer Sicherheitsnetzwerke analysiert. Es kommt dabei sowohl die langansässige wie die rezent zugewanderte Bevölkerung zu Wort. Das Projekt ist an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis angesiedelt, indem die Studienergebnisse in Workshopverfahren und Praktikergremien kontinuierlich an Sicherheitsbehörden und Kommunen zurückgespiegelt werden. Dadurch soll zugleich der lokale und interkommunale Erfahrungsaustausch von Sicherheitsakteuren gestärkt werden. Auf dem Poster werden Konzepte, Ideen, Ziele und Forschungsmethoden der involvierten Partnerinstitutionen vorgestellt. Die visuelle Gestaltung orientiert sich dabei v.l.n.r. entlang der wissenschaftlichen Arbeitspakete bis hin zu deren Verwertbarkeit in der praktischen Sicherheitsarbeit.

Kontakt:

Technische Universität Dresden/Institut für Politikwissenschaft

Bergstraße 53

01069 Dresden

E-Mail: jan.starcke@tu-dresden.de

Webseite: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/poltheo/zvd/forschungsprojekte-1>

Gender biased police Analyzing deviant police practices and female offenders' experiences

The Hebrew University of Jerusalem

Police deviance covers all forms of illegal and unethical conduct by police. Previous research has revealed that the occurrence of police criminal and corrupt activities not only destabilizes the police organization's legitimacy, but also affects that of the State. This qualitative study analyzes in detail the circumstances in which police deviance occurred in Ecuador after the democratic transition (1979-2010), as well as the factors influencing this behavior. It employs a Routine Activities theory perspective. The study also examines the distinct strategies employed by female offenders to resist their victimization by the police. The study was based on 51 oral testimonies from female inmates and 50 in-depth interviews with police officers. The qualitative part of the research was complemented by archival information found in court documents and female prisoner's files produced between 1979 and 2010.

Kontakt:

The Hebrew University of Jerusalem
School of Social Work at Hebrew University, Mt Scopus
9788002 Jerusalem
Tel.: 015731736516
E-Mail: andrea.romo.perez@gmail.com

The role of emotions in the relationship between malleability beliefs and judicial assessm

The Max Stern Yezreel Valley College

For decades, legal formalism has held that judicial sentencing decisions should be guided by facts, not subjective variables. However, scholars and legal practitioners have long been aware of the influence of psychological factors on legal decisionmaking. In the present quantitative study (N=180), we have examined a model that suggests that belief in malleability (a belief that people's personalities change and develop) is correlated with perceived severity of the defendant's behavior. We have also examined whether this relationship is mediated by negative and positive emotions. Our analysis revealed that believing in malleability reduces the likelihood of viewing the defendant's traits as fixed, which leads to more compassionate legal assessment. In addition, our results indicate that the mechanism underlying the relationship between a belief in malleability and judicial assessment is emotional. We discuss the theoretical and practical implications of our findings with an eye on the literature of law and psychology, and implicit beliefs.

Kontakt:

The Max Stern Yezreel Valley College
19000 Afula
E-Mail: danawe@yvc.ac.il

Prisoners' attitudes towards participating in a restorative justice process

The Max Stern Yezreel Valley College

In the present study we conducted an empirical experiment to examine whether exposure to a victim awareness procedure would affect prisoners' attitudes towards participating in restorative-justice process. Additionally, the study sought to evaluate whether there are differences between prisoners serving their sentences in prisons with different therapeutic orientations. The findings indicate that participants who were exposed to a victim awareness procedure were more aware of the harm caused to the victim and showed a higher level of positive attitudes towards participating in restorative-justice process than those who were not. Contrary to our hypothesis, no differences were found between the prisons.

Beyond the theoretical contribution, the present study also contributes on a practical level. The present study presents RJ as a tool that can be added to the punishment toolbox, and can help to achieve the practical goals of retributive justice along with additional goals that retributive justice has difficulty in achieving, such as redressing the harm caused, providing the possibility of healing contact between offender and victim, offering the offender an opportunity to apologize and answer questions that are troubling the victim, as well as creating contact between the offender and the community.

Kontakt:

The Max Stern Yezreel Valley College
19000 Afula
E-Mail: inbalp@yvc.ac.il

Studiengang Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen

TU Chemnitz

Das Kooperationsprojekt der Professur für Allgemeine- und Biopsychologie, dem Institut B3 aus Dresden, dem Landespräventionsrat Sachsen sowie der TUCed GmbH begleitet die Einrichtung und erstmalige Durchführung des Bachelor- und Master-Studiengangs „Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen“. Dieser Studiengang wird an der TUCed GmbH eingerichtet und berufsbegleitend durchgeführt. PraktikerInnen, die bereits im Berufsleben stehen, haben hier erstmals die Möglichkeit, übergreifende und managementbezogene Kompetenzen zu erwerben und sich so beruflich weiter zu qualifizieren. Ziel des Studiums zum Präventions-Manager/ zur Präventions-Managerin ist es, Personen ganz unterschiedlicher Professionen zum einen grundlegendes, aber auch konkret anwendungsbezogenes Wissen zu vermitteln. Hierbei sind die Multiprofessionalität der Studierenden sowie der Wissenschafts-Praxistransfer besondere Alleinstellungsmerkmale unseres Projektes.

Kontakt:

TU Chemnitz

Wilhelm-Raabe-Straße 43

09120 Chemnitz

Tel.: 0175 4025124

E-Mail: annett.meylan@psychologie.tu-chemnitz.de

Webseite: <https://www.tu-chemnitz.de/hsw/psychologie/professuren/allpsy2/>

Automatisiertes Topic Modelling islamistischer Inhalte

Universität Bielefeld

Extremistische Äußerungen können über das Internet nicht nur immer leichter verbreitet werden, es konnte in den vergangenen Jahren auch beobachtet werden, wie dieser Hass im Netz derart eskaliert, dass er die ganz reale Gewalt ‚offline‘ befeuert.

Um derartige Dynamiken zu verstehen und Präventionspraktiker in die Lage zu versetzen, effektiv darauf zu reagieren, werden im Verbundprojekt X-SONAR extremistische Online-Bestrebungen aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Im Teilprojekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung werden u.a. Softwarebausteine geschrieben, die es erlauben, automatisch die Themen zu bestimmen, die die islamistische Propaganda dominieren, die online und offline verbreitet wird.

Die so herausgearbeiteten Topic-Cluster zeigen einige interessante Besonderheiten auf: Es wird beispielsweise deutlich, dass es insbesondere die von Frauen für Frauen erstellten Materialien sind, die die radikalen Themen verhandeln, indem sie stark negativ aufgeladen sind und Begriffe ins Zentrum rücken, die mit dem Ausüben oder Erleiden von Gewalt konnotiert sind.

Neben den Ergebnissen selbst diskutiert das Poster die Vorteile und Grenzen automatisierter Verfahren zur Analyse extremistischer Inhalte und stellt heraus, wie wichtig es für den Phänomenbereich ‚Radikalisierung‘ ist, dass quantitative und qualitative Forschung Hand in Hand arbeiten.

Kontakt:

Universität Bielefeld

Universitätsstraße 25

33615 Bielefeld

E-Mail: annika.hamachers@uni-bielefeld.de

Activities of a pedagogical and legal taken in Poland by probation officers

University of Adam Mickiewicz in Poznan

For many years, there has been a tendency in Poland to organize preventive and rehabilitation activities for offenders as much as possible in an open environment.

This results, among other things, from criticizing the penalty of imprisonment which doesn't fully implement the goals set for it, disappointing with its results and searching for more effective ways of transforming, modifying or modeling the attitudes and behaviors of socially maladjusted people.

The probation officer is an important instrument of a social control and a social rehabilitation impact on both minors and adults.

He faces new challenges resulting from socio-economic changes, and in the changing social reality, the behavior of defendants also changes. This requires the probation officer to be mindful, flexible, and respond quickly to the rehabilitation needs of supervised.

The aim of the work is to present the types and number of tasks undertaken by probation officers towards minors and adults, indicating trends in rehabilitation work.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Szamarzewskiego 89

60-568 Poznan

E-Mail: esuam@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

Preventive impact on the elderly persons – victims of criminal offenses

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Being a victim of a crime can definitely be described as entering a difficult situation, with its wide range of psychosocial consequences. In addition to the consequences associated with anxiety, there is a feeling of anger and the question: why I became a victim of a crime. Elderly are treated as a special category of people exposed to harm, disrespectful behavior, discrimination and crimes. In Poland, in the category of criminal offenses, each year there are more applications of fraud for the „grandson” or „policeman” method. This fraud, in accordance with according to the Polish Criminal code, is punishable by imprisonment from 6 months to 8 years. Counteracting crimes is possible through reliable information on danger not only in the media, but also thanks to actions at the local level. These actions concern lectures about ways of fraudsters using mentioned above method, but also show the psychosocial consequences of being a victim of fraud and indicate the possibility of dealing with a difficult situation. The lectures usually include students of the universities of the Third Age, Senior Clubs, Social Welfare Homes, as well as people informed about them by for example, churches. The basis, however, are the workshops organized by the Police. The paper present issues related to preventive interventions directed to the elderly prevent them to become victims of crime.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Szamarzewskiego 89

60-568 Poznan

E-Mail: hkuam@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

The role of legal advice as a form of post-penitentiary assistance in counter-acting recidi

University of Adam Mickiewicz in Poznan

People leaving a prison, an institution of specific conditions of functioning, face a huge challenge to exist in an open environment, enter into the designated social roles and meet the responsibilities associated with their performance. Isolation from the family environment causes the loosening of family ties, stigmatizes the convict, but also his relatives. Obtaining awareness of the specificity and uniqueness of the situation of a person leaving the prison, changes that have occurred in the way it functions, perceiving oneself, his place in relationships with other people, community to which he returns – can be a starting point for reflection concerning the construction of a help plan in the process of its social readaptation. Assistance provided to a leaving prison, i.e. postpenitentiary assistance, is a group of state and social activities whose aim is to provide material and mental support for persons released from prisons and help them in the process of social inclusion and readaptation. One of the legal acts regulating the problem of supporting people in a difficult situation is the Act of 12 March 2004 on social assistance provides support in the form of specialist legal advice. The aim of the study is to emphasize the importance of specialized counseling provided to people leaving penitentiary institutions, in the process readaptation and counteracting the return to crime.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Wieniawskiego 1

61-712 Poznan

Tel.: +48 691 742 992

E-Mail: jdemezer@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

Street educator as an element of social prevention and rehabilitation system in Poland

University of Adam Mickiewicz in Poznan

The history of work with children and youth at risk of social maladjustment in their own living environment in Poland has over fifty years of tradition. However, it is only with the socio-political changes of the nineties of the last century and the formation of civil society that this form of work, help, support and education of young people at risk of social exclusion found its permanent role in the preventive and rehabilitative intervention system in Poland. Pedagogy of the street, despite facing resistance and criticism of punifically oriented representatives of the world of science and politics, recognizes the potential and possibilities inherent in the interactions taking place in the immediate environment of children and youth, without the need to separate them from it. The aim of this article is to demonstrate the role of the street pedagogue (educator) in the preventive and rehabilitative intervention system in Poland, examples of his/her work and possible difficulties they may face.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Szamarzewskiego 89

60-568 Poznan

E-Mail: muskala@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

Social situation of prisoners families

University of Adam Mickiewicz in Poznan

This research is dedicated to the study about the social situation of prisoners families. Theoretical basis in which they are settled, constituting foundations of symbolic interactionism. This concept clarifies and defines social situation and its main components.

First of all this poster focuses on indicating and describing the type of social situation in which prisoners families are located and on actions, that they are taking during husband/partner and father imprisonment. It shows also earlier polish and international analysis about prisoners families.

Empirical research contained in this study resist on interviews with wives/partners and children of prisoners. Because of the difficulty in reaching to the respondents, it conducts 32 interviews with wives/partners and 12 interviews with children of inmates. During elaborate of this research was used the method of individual cases and also the construction of genogram which shows the history of family disfunctions.

Social situation of prisoners families, especially show from their own perspective, from today is a field for further researches. But what is extremely, despite lack of diagnosis the families were recognized as a positive factor of correction and readaptation. That's way this study are focus not only on diagnosis of the social situation of prisoners families but also shows the way of effective to work with them.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Szamarzewskiego 89

60-568 Poznan

E-Mail: sonia.d@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

Present and possible strategies of preventing maladjustment in Poland

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Maladjustment can be seen as an introduction to crime or self-destruction behavior or both. Therefore, we should pay more attention to this part of prevention, that can be made at school. There are some strategies which are being realized in Poland. One of them are prevention programs, other is the inclusion education addressed to the children with special needs. Both strategies are not satisfying so far and both seems to have this same problem: false assumption, in the first about system possibilities and in the second about nature of prevention. Both have also something in common: both were made without any financial support, with a faith in simple solutions made by "papers". System changes for sure needs much more investment but it is probably not only one reason why these strategies did not succeed. The aim of the paper is critical analysis of other reasons and short discussion about possible directions to be followed in searching better, more effective solutions. Preventing maladjustment is cheaper than costs of preventing crimes or helping adults with depression or addiction. It is also easier to implement in society, because young people located in educational system are much more available than adults.

Kontakt:

University of Adam Mickiewicz in Poznan

Szamarzewskiego 89

60-568 Poznan

E-Mail: ht@amu.edu.pl

Webseite: <http://www.wse.amu.edu.pl>

Demokratiewerkstatt

VHS Marburg-Biedenkopf

Demokratiewerkstätten (DW) sind freiwillige und selbstorganisierte, jedoch betreute Arbeitsgemeinschaften, in denen Menschen sich aus ihrem Lebenszusammenhang heraus mit Politik (sowie bspw. auch Geschichte und Ökonomie) beschäftigen und in einem 2. Schritt selbst zu Akteuren der politischen Bildung werden, in dem sie Angebote in ihrem Sozialraum planen und durchführen. In einer DW werden politische Themen aufgearbeitet und diskursiv verhandelt, sie eröffnet innerhalb der Lebenswelt der Beteiligten einen Raum für Diskurse über politische Themen. Das Konzept fördert gesellschaftliche Partizipation, weil es deren Bedingungen transparent macht und Wege ins Engagement aufzeigt. Das entstehende politische Selbstbewusstsein verkleinert auch die Angriffsfläche für einseitige Einflussnahmen. Zu den Grundlagen der Arbeit gehört neben verschiedenen Grundprinzipien der Status der DW als Bildungsarrangement (im Unterschied zu einer politischen Interessenvertretung): In einer DW kann über alles diskutiert werden, im Ergebnis wird sie sich aber nicht politisch positionieren.

Das vorliegende Verbundprojekt vier hessischer Volkshochschulen wird gefördert durch Mittel des Weiterbildungspakts des Landes Hessen. Es soll das in der Jugendbildung erfolgreich erprobte Konzept „Demokratiewerkstatt“ für die politische Erwachsenenbildung fruchtbar machen.

Kontakt:

VHS Marburg-Biedenkopf

Hermann-Jacobsohn-Weg 1

35039 Marburg

E-Mail: peter.reckling@web.de

Webseite: <http://www.marburg-biedenkopf.de/>

Sonderausstellungen

	Seite
Anne Frank Zentrum »Lasst mich ich selbst sein« Anne Franks Lebensgeschichte«	713
Archiv der Jugendkulturen e. V. Der z/weite Blick – Jugendkulturen und Diskriminierungen	714
Bundespolizeipräsidium Demokratie – eine künstlerische Auseinander- setzung	715
CD-Kaserne gGmbH Was' los Deutschland!? – Ein Parcours durch die Islamdebatte – Wanderausstellung	716
Dachverband Frauenberatungsstellen NRW e.V. Stark für Frauen	717
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ; Global Initiative Against Transnational Organized Crime, GI Gang Violence and Resilience in Cape Town	718
Drudel 11 e.V. END.TÄUSCHUNG – Rechtsextremismus.Irritation. Ausstieg.	719
FREIE HILFE BERLIN e.V. Heldenhaft	720
Innocence in Danger e.V. Stoppt Sharegewalt / Stoppt Sharegewaltigung	721

	Seite
Institut für Restorative Praktiken in Kooperation mit dem Forgiveness Project Deutschsprachige Ausstellung des Forgiveness Project	722
Landeskommission Berlin gegen Gewalt Senatsverwaltung für Inneres und Sport WEHR DICH. Gegen Cybergrooming	723
Ministerium der Justiz NRW Knastkultur – ein kreativer Weg	724
Polizeiinspektion Emsland / Grafschaft Bentheim Abgefahren – Die Ausstellung	725
WEISSER RING e.V. Opferentschädigung in Deutschland	726

**»»Lasst mich ich selbst sein«
Anne Franks Lebensgeschichte«**

Anne Frank Zentrum

Seit 2015 tourt das Anne Frank Zentrum mit der Wanderausstellung »»Lasst mich ich selbst sein« Anne Franks Lebensgeschichte« durch Justizvollzugsanstalten und bildet junge Gefangene zu Peer Guides aus. Sie eignen sich in Trainingsseminaren historisches Wissen und methodische Kompetenzen an und begleiten anschließend Gruppen durch die Ausstellung.

Die Ausstellung zeigt in acht Teilen die Lebensgeschichte von Anne Frank und gibt Einblicke in die Zeit, in der sie gelebt hat. Thematisiert werden die ersten Jahre in Frankfurt am Main, die Flucht der Familie Frank vor den Nationalsozialisten sowie das Leben in Amsterdam vor und während der Besatzungszeit. Zudem informiert die Ausstellung über die Zeit im Versteck, die letzten sieben Monate in Anne Franks Leben in den Lagern Westerbork, Auschwitz und Bergen-Belsen.

Im zweiten Teil der Ausstellung geht es um Fragen zu Identität, Gruppenzugehörigkeit und Diskriminierung: »Wer bin ich? Wer sind wir? Wen schließen wir aus?« Und es wird der Frage nachgegangen, was wir heute bewirken können – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Kontakt:

Anne Frank Zentrum

Rosenthaler Str. 39

10178 Berlin

Tel.: 030-288865600

E-Mail: zentrum@annefrank.deWebseite: <http://www.annefrank.de>

Der z/weite Blick – Jugendkulturen und Diskriminierungen

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Ausstellung „Der z/weite Blick“

Hip-Hop, Metal, Punk, Elektro, Skateboarding, Gaming oder Cosplay – die Ausdrucksmöglichkeiten junger Menschen sind vielfältig. Durch Musik, Sprache, Sport, Kunst, Mode oder soziale Medien setzen sie sich ins Verhältnis zu ihrer vorgefundenen Welt.

Jugendkulturen bieten Heranwachsenden Möglichkeiten, künstlerisch, gesellschaftlich oder politisch aktiv zu werden und eigene Werte, Ansichten und Haltungen zu entwickeln. Sie sind aber auch nicht frei von Diskriminierungen, sondern Spiegelbilder der Gesellschaft. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten wie Rassismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit oder Antisemitismus sind auch dort vorhanden.

Die Wanderausstellung „Der z/weite Blick“ bietet Einblicke in Jugendkulturen, schärft den Blick für Diskriminierungen und deckt oftmals versteckte Benachteiligungen auf. Sie informiert und sensibilisiert zu Jugendkulturen im Kontext von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit und Hate Speech / Social Media und soll einen Beitrag zur Prävention von Menschenfeindlichkeit und Gewalt leisten. Sie stellt aber auch Menschen und Szene-Initiativen vor, die sich damit nicht einfach zufrieden geben und sich für Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit einsetzen.

Die Ausstellung wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMFSFJ und der bpb gefördert.

Kontakt:

Archiv der Jugendkulturen e. V.

Fidicinstraße 3, 10965 Berlin

Tel.: 030-6942934

Fax.: 030-6913016

E-Mail: gabi.rohmann@jugendkulturen.de

Webseite: <http://www.jugendkulturen.de>; www.der-z-weite-blick.de; www.culture-on-the-road.de

Demokratie – eine künstlerische Auseinandersetzung

Bundespolizeipräsidium

Aus der Lernpsychologie ist bekannt, dass es den Lerneffekt begünstigt, wenn ein Thema nicht nur wiederholt, sondern zugleich auf unterschiedlichen Sinnesebenen bearbeitet wird.

Im Rahmen des Projekts „Prävention trifft Kunst“ vertiefen Schüler/-innen die Inhalte aus den Präventionsveranstaltungen der Bundespolizei und erstellen in unterschiedlichsten darstellerischen Formen kleine und große Kunstwerke.

Während des 24. Deutschen Präventionstages werden die Schüler/-innen und Lehrer/-innen des Augustinus Gymnasiums in Weiden von Ihren Erfahrungen, die sie im Rahmen des Projekts zum Thema „Prävention und Demokratie“ gesammelt haben, berichten. Die inhaltliche Auseinandersetzung wird im Rahmen der Sonderausstellung gemeinsam mit den Kongressteilnehmenden zu den Aspekten "Gewalt" und "Zivilcourage" fortgesetzt und durch verschiedene künstlerische Aktivitäten begleitet.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

E-Mail: kriminalpraevention@polizei.bund.de

Webseite: www.bundespolizei.de

Was' los Deutschland!? – Ein Parcours durch die Islamdebatte – Wanderausstellung

CD-Kaserne gGmbH

„Was' los Deutschland?“ ist mehr als eine Auseinandersetzung zu einem der meistdiskutierten Themen unserer Zeit. Die Ausstellung stellt dar, sie informiert, interveniert und fordert zur selbständigen Reflexion auf. Sie soll junge Menschen darin unterstützen, populistischen und menschenverachtenden Meinungen und Ideologien entgegenzutreten und die Welt in ihrer Komplexität wahrzunehmen.

Der Kern der Wanderausstellung kann als eingefrorenes Theaterstück beschrieben werden, kombiniert mit einer systemischen Strukturaufstellung. Besucher*innen bewegen sich durch eine multimediale Szenerie von 27 lebensgroßen Figuren in 12 Szenen, die jeweils für sich, aber auch im Zusammenhang stehen. Über Lautsprecher kommunizieren die Figuren miteinander und über Kopfhörer sind ihre Gedanken zu hören. Mit Betreten der Ausstellung tauchen die Besucher*innen in die Welt der bekannten muslimischen Comic-Zeichnerin Soufeina Hamed (tuffix), die mit ihrem Stil den Figuren ein Gesicht und der Szenerie ihren Charakter gibt. Die Alltagsszenen stellen Erfahrungen und Begegnungen junger Menschen in Deutschland dar – muslimisch oder nicht. So eröffnet sich ein vielschichtiger Erfahrungshorizont, in dem verschiedene Aspekte rund um die Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus behandelt werden.

Kontakt:

CD-Kaserne gGmbH
Hannoversche Straße 30b
29221 Celle
Tel.: 05141 97729 0
Fax.: 05141 97729 29
E-Mail: k.thomsen@cd-kaserne.de
Webseite: www.cd-kaserne.de

Stark für Frauen

Dachverband Frauenberatungsstellen NRW e.V.

Ausstellung „Stark für Frauen“

Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein gravierendes gesellschaftliches Problem.

Leider wissen viele betroffene Frauen und Mädchen nicht, wo sie Unterstützung und Hilfe bekommen können.

Dem wollen wir mit unserer Kampagne „Stark für Frauen“ entgegenwirken und Frauen und Mädchen Möglichkeiten der Unterstützung und Wege in ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt aufzeigen.

Die Ausstellung umfasst Themen wie häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Stalking, digitale Gewalt etc. und weist auf die entsprechenden Unterstützungsangebote der Frauenberatungsstellen hin.

Darüber hinaus wollen wir Teile der Präventionskampagne Warnsignale häuslicher Gewalt zeigen. Ziel der Kampagne ist Entstehungsbedingungen und Dynamik von Gewalt in einer Beziehung aufzuzeigen und damit für Signale zu sensibilisieren, die auf eine entstehende Gewaltdynamik deuten.

Kontakt:

Dachverband Frauenberatungsstellen NRW e.V.

Planckstr. 66a

45147 Essen

E-Mail: mail@frauenberatungsstellen-nrw.de

Webseite: <http://www.frauenberatungsstellen-nrw.de>

Gang Violence and Resilience in Cape Town

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ; Global Initiative Against Transnational Organized Crime, GI

Cape Town, beyond its beauty, is also a city that is marred by high levels of violent crime. Some suburbs in Cape Town experience murder rates equivalent to those in war zones. This violence is predominantly a result of the city's longstanding struggle with gangsterism, a form of violence that in recent years has grown and evolved.

The photos on display in this exhibition were taken in Cape Town between 2017 and 2018 as part of the #GIResilience project, which is part of the efforts of the GI, the Program on Peace and Security of GIZ (with the financial support of BMZ) to strengthen the resilient capabilities of communities affected by organized crime. The aim of #GIResilience is to identify and promote successful community-resilience practices that can be replicated and applied at local, national, regional or global levels.

In this photo collection, the #GIResilience project documents, through the medium of photography, the harsh realities of life in gangs in Cape Town as well the hope fostered by resilient communities opposing gang violence. The collection includes images of gang members, weapons, gang tattoos and 'tagging' of gang turf (graffiti and 'signage' that mark out a gang's territory). The collection also aims to convey a sense of hope through images of the day-to-day life of an anti-gang activist in Cape Town and a peaceful community march against gang violence.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GIZ; Global Initiative Against Transnational Organized
Crime, GI

Dag- Hammarskjöd Weg 1-5
65760 Eschborn

E-Mail: linda.helfrich@giz.de

Webseite: <http://www.giz.de>; www.globalinitiative.net

END.TÄUSCHUNG – Rechtsextremismus.Irritation.Ausstieg.

Drudel 11 e.V.

Die Ausstellung „END.TÄUSCHUNG – Rechtsextremismus. Irritation.Ausstieg“ beleuchtet 11 verschiedene Themenschwerpunkte des Phänomenbereichs Rechtsextremismus.

Die Ausstellung beschreibt Ein- und Ausstiegsprozesse und klärt über die Gefahren der rechten Szene auf. Folgende Themenschwerpunkte werden auf den 11 Aufstellern behandelt: EINSTIEG in die RECHTSEXTREME SZENE; MUSIK transportiert Ideologie, KLEIDUNG als Erkennungsmerkmal; IDEOLOGIE UND WERTE in der rechtsextremen Szene; ERLEBNISWELT RECHTSEXTREMISMUS vermittelt das Gefühl von Überlegenheit; FRAUEN in der rechten Szene; TATTOOS als politische Statements; GEWALT – rechtsextreme, rassistische, antisemitische; IRRITATIONSMOMENTE – Impulse für die Ablösung der rechtsextremen Szene und AUSSTIEG.

Die Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit AussteigerInnen aus der rechten Szene sind in informative Begleittexte und in die Geschichte einen potentiellen Aussteigers eingeflossen. Die genannten Themen wurden durch den Künstler Enrico Leimer in Bildern umgesetzt, die als künstlerisch-methodischer Einstieg für eine pädagogische Auseinandersetzung mit der Thematik dienen sollen. Zusätzlich verleihen Interviews mit einem Aussteiger sowie verschiedenen AkteurInnen aus den Bereichen Schule, Polizei und Opferhilfe der Ausstellung einen Rahmen. Die Homepage zur Ausstellung stellt ergänzend Informationen und Audiobeiträge bereit.

Kontakt:

Drudel 11 e.V.

Schleidenstraße 19

07745 Jena

Tel.: 03641357805

E-Mail: info@ausstieg-aus-gewalt.de

Webseite: <http://www.drudel11.de>

Heldenhaft

FREIE HILFE BERLIN e.V.

„Heldenhaft“ ist eine Ausstellung zur Lebenswelt von minderjährigen Angehörigen inhaftierter Eltern. Kinder lieben und brauchen ihre Eltern. Sie haben das Bedürfnis nach Nähe und Schutz. Der plötzliche Verlust von Vater oder Mutter ist für jedes Kind ein einschneidendes Erlebnis. Das Ziel dieser Ausstellung ist es, die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Kinder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und das Verständnis für die schwierige Situation minderjähriger Angehöriger von Strafgefangenen zu fördern.

Kontakt:

FREIE HILFE BERLIN e.V.

Brunnenstraße 28

10119 Berlin

Tel.: 03044362440

Fax.: 03044362453

E-Mail: h.froehlich@freiehilfe.de

Webseite: <http://www.freiehilfe.de>

Stoppt Sharegewalt / Stoppt Sharegewaltigung

Innocence in Danger e.V.

Smartphones, Soziale Netzwerke und Online-Spiele haben das Phänomen sexueller Gewalt nachhaltig verändert – Stichwort Cybergrooming. Die Dynamik digitaler Beziehungsgestaltung öffnet Gewalt, Hass und sexueller Gewalt neue Türen und Möglichkeiten. Es gilt Kindern und Jugendlichen genauso wie erwachsenen Bezugspersonen und Fachkräften „digitale Beziehungskompetenz“ zu vermitteln, um die Spirale der „Sharegewalt“ (digitale Verbreitung von Gewalt) bzw. „Sharegewaltigung“ (digitale Verbreitung sexueller Gewalt) zu verlassen bzw. im besten Fall zu verhindern.

Innocence in Danger e.V. arbeitet seit 17 Jahren in Prävention und Intervention sexueller Gewalt mittels digitaler Medien.

In der Ausstellung werden unterschiedliche Facetten des Phänomens dargestellt und Möglichkeiten der Prävention und Aufklärung gezeigt.

Kontakt:

Innocence in Danger e.V.

Holtzendorffstraße 3

14057 Berlin

E-Mail: jvw@innocenceindanger.de

Webseite: <http://www.innocenceindanger.de> / www.stoppt-sharegewalt.de

Deutschsprachige Ausstellung des Forgiveness Project

Institut für Restorative Praktiken in Kooperation mit
dem Forgiveness Project

Die Ausstellung *The F-Word: Stories of Forgiveness* erzählt Geschichten von Menschen, deren Leben durch Gewalt, Tragödie und Ungerechtigkeit erschüttert wurde und die lernen zu vergeben, sich zu versöhnen oder weiterzuziehen.

Die Ausstellung wurde 2004 durch das Forgiveness Project, einer gemeinnützigen Organisation aus Großbritannien, ins Leben gerufen. Und zwar als Reaktion auf die Invasion in den Irak, um der damals besonders lauten Rhetorik von Vergeltung und Rache etwas entgegen zu setzen.

Die britische Journalistin Marina Cantacuzino ist die Gründerin des Forgiveness Projects. (www.theforgivenessproject.com)

Das Forgiveness Project ist davon überzeugt, dass Geschichten von Menschen, die Versöhnung und Erneuerung nach Traumata und Unruhen erlebt haben, Alternativen zu endlosen Zyklen von Konflikten, Gewalt, Verbrechen und Ungerechtigkeit aufzeigen.

Die deutschsprachige Ausstellung wird vom Institut für Restorative Praktiken verliehen, das seit 2018 mit dem Forgiveness Project kooperiert. Das Institut bietet neben der Ausstellung Seminare und Vorträge zu den Themen Restorative Justiz und Praktiken, mit dem Ziel, eine neue Kultur im Umgang mit Konflikten zu unterstützen.

Für die deutschsprachige Ausstellung suchen wir Geschichten aus dem deutschsprachigen Raum. Bitte wenden Sie sich bei Interesse an: jkohler@irp-berlin.de

Kontakt:

Institut für Restorative Praktiken in Kooperation mit dem
Forgiveness Project

Sonnenallee 96
12045 Berlin

E-Mail: jkohler@irp-berlin.de

Webseite: www.irp-berlin.de

Kampagne „WEHR DICH. Gegen Cybergrooming“

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt stellt ihre aktuelle Kampagne „WEHR DICH. Gegen Cybergrooming“ vor und lädt Sie herzlich ein, in die Rolle von acht- bis zehnjährigen Kindern zu schlüpfen. Gehen Sie durch die interaktive Ausstellung, lassen Sie sich über die Gefahren des Cybergroomings spielerisch und altersgerecht aufklären und erfahren Sie, wie Sie sich im Ernstfall behelfen könnten. Für die Erwachsenen gibt es Begleitmaterialien, um die Kinder in der Entwicklung ihrer Medienkompetenz und ihrer digitalen Beziehungskompetenz begleiten und unterstützen zu können.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt Senatsverwaltung
für Inneres und Sport

Klosterstraße 47
10179 Berlin

E-Mail: Bettina.Theel@seninnds.berlin.de

Webseite: <http://www.berlin.de/gegen-gewalt>

Knastkultur – ein kreativer Weg

Ministerium der Justiz NRW

Hinter den Mauern werden zahlreiche kulturelle Angebote durchgeführt. Diese sind nur selten für die Öffentlichkeit zugänglich. Um den Gefangenen zu ermöglichen ihre Projekte und Kunstwerke vorzustellen, werden diese auf der Homepage www.knastkultur.de dargeboten. Mit einer kleinen Ausstellung soll auf die Angebote im Justizvollzug aufmerksam gemacht werden.

Kontakt:

Ministerium der Justiz NRW

Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

E-Mail: nicole.sonnenbaum@jva-herford.nrw.de

Webseite: <http://www.knastkultur.de>

Abgefahren – Die Ausstellung

Polizeiinspektion Emsland / Grafschaft Bentheim

Abgefahren – Die Ausstellung / Unfälle mit Fahranfängern

Die Ausstellung umfasst 8 lebensgroße Figuren der Vortragenden im Bühnenprogramm "Abgefahren – wie krass ist das denn".

Feuerwehrlaute, Rettungssanitäter, Notfallseelsorger, Polizeibeamte, Unfallverursacher und Angehörige zeigen ihre ganz persönlichen Erlebnisse an regionalen schweren Verkehrsunfällen mit Fahranfängern auf.

Mittels eines Textes und Fotos, aufgestellt neben der Figur, wird dem Betrachter die Unfallbeteiligung und eine Botschaft der abgebildeten Person (Figur) vermittelt.

Ausgangsproblem: Ca. 25% aller tödlichen Verkehrsunfälle werden von jungen Fahranfängern verursacht. Jährlich verunglücken ca. 30 Schulkassen im Straßenverkehr tödlich. Unerfahrenheit, Risikobereitschaft, Alkoholkonsum und der jugendliche Leichtsinn sind die Hauptrisikofaktoren.

Ziel der Ausstellung:

- Aufrütteln und sensibilisieren
- Bewusstsein für Leid und Trauer schaffen
- Reduzierung der schweren Verkehrsunfälle

Abgefahren – die Ausstellung ist eine Ergänzung zu dem Verkehrspräventionsprojekt "Abgefahren – wie krass ist das denn", an dem jährlich ca. 3000 Schüler und Schülerinnen aus den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim teilnehmen.

Die Ausstellung wurde erstmalig im Mai 2017 der Öffentlichkeit im Campus Lingen vorgestellt und wird seitdem ununterbrochen erfolgreich in Schulen und öffentlichen Gebäuden ausgestellt.

Kontakt:

Polizeiinspektion Emsland / Grafschaft Bentheim

Wilhelm-Berning-Straße 8, 49809 Lingen

Tel.: 0591-870

E-Mail: dieter.rothluebbers@polizei.niedersachsen.de

Webseite: http://www.pd-os.polizei-nds.de/dienststellen/polizeiinspektion_emsland_grafschaft

<http://abgefahren-wie-krass-ist-das-denn.de/>

Opferentschädigung in Deutschland

WEISSER RING e.V.

Das Opferentschädigungsrecht (OEG/BVG) bietet Betroffenen sehr gute Leistungen. Allerdings werden bisher keine Leistungen gewährt, wenn die Tat durch psychische Gewalt verübt wird. Opfer von Stalking erhalten damit ebenso wenig Leistungen wie beispielsweise Opfer von Bedrohung. Probleme gibt es jedoch in der praktischen Anwendung sowie beim Nachweis der Straftat und des Ursachenzusammenhangs.

Der WEISSE RING, Deutschlands größte Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalität, hat einen eigenen Gesetzesentwurf zum Opferentschädigungsgesetz erarbeitet, der genau dort ansetzt.

Die Sonderausstellung soll über den Entwurf und das Opferentschädigungsrecht informieren und erläutern, wie Opfern von Gewalttaten schneller, effektiver und umfassender als bisher geholfen werden kann.

Opfer haben ein Recht darauf, nach einer Straftat bestmöglich versorgt zu werden – und zwar so lange wie es erforderlich ist. Der WEISSE RING sieht in seinem Entwurf auch Leistungen für Opfer psychischer Gewalt vor. Regelungen für die Verwaltungsverfahren sollen Leistungen schneller erreichbar machen und Beweisprobleme reduzieren.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16

55130 Mainz

Tel.: 0613183030

E-Mail: praevention@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Infomobile

	Seite
ESTAruppin e.V. Labor für ungewöhnliche Antworten	728
N.I.N.A. e.V. – Hilfetelefon Sexueller Missbrauch Beratungs- und Informationsmobil zum „Hilfetelefon sexueller Missbrauch“ 0800 22 55 530	729

Labor für ungewöhnliche Antworten

ESTAruppin e.V.

Das Projekt, in dem die Ausstellung konzipiert wird, heißt „Facetten des Glaubens“ und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert. Thematisch fällt das Projekt in den Förderbereich E Radikalisierungsprävention mit dem Schwerpunkt Islamismus. Die Ausstellung wird erweiterte Kenntnisse über das Phänomen Glaube im Weltlichen und Religiösen sowie über extremistische Formen und Radikalisierungsprozesse, v. a. über die Auslöser Diskriminierung und Marginalisierung geben. Sie versucht, die Reflektion eigener Einstellungen zu Glaube und Religion sowie Meinungsbildung mit Perspektivwechsel anzuregen. Sie wird aufklärend und dialogisch gestaltet.

Im Labor für ungewöhnliche Antworten wird jedem die Möglichkeit gegeben, sich zu informieren, zu positionieren und sich in die Ausstellung und damit in den gesellschaftlichen Diskurs zum Thema Glaube und Radikalisierung einzubringen.

Information, Partizipation und politische und religiöse Bildung im Sinne von Demokratieerziehung bilden die Basis der Ausstellung. Ansprüche an die Ausstellung sind damit auch, Meinungsvielfalt zu kontroversen Themen sichtbar zu machen, zu zeigen, dass Freiheit und Demokratie immer auch die Freiheit und den Respekt gegenüber Andersdenkenden beinhalten sowie zum Austausch, zur Diskussion und zum Gespräch anzuregen.

Kontakt:

ESTAruppin e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 38

16816 Neuruppin

E-Mail: m.doering@estaruppin.de

Webseite: <http://www.ESAruppin.de>

Beratungs- und Informationsmobil zum „Hilfetelefon sexueller Missbrauch“ 0800 22 55 530

N.I.N.A. e.V. – Hilfetelefon Sexueller Missbrauch

Wie erkenne ich, ob ein Kind sexuelle Gewalt erfährt? Was mache ich bei einem Verdacht? Wie helfe ich einem betroffenen Kind? Und: Wie können wir die Kinder und Jugendlichen unserer Einrichtung schützen?

Wenn ein Verdacht auf sexuellen Missbrauch aufkommt, ein sexueller Missbrauch aufgedeckt wird oder sich Menschen mit sexuellen Gewalterfahrungen in einer schweren Krise befinden, ist professionelle Beratung erforderlich.

Die Ratsuchenden wissen in der Regel nicht, wie sie weiter vorgehen sollen. Sie brauchen schnelle und unbürokratische Unterstützung, um Handlungssicherheit zu gewinnen, Ruhe zu bewahren und die weiteren Schritte mit fachlicher Expertise abzuwägen. Die psychische Stabilität der Betroffenen und der Schutz vor weiteren Übergriffen stehen im Zentrum aller Überlegungen.

N.I.N.A. e.V. hat sich über viele Jahre auf die telefonische Fachberatung zum Thema sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen spezialisiert und eine hohe Kompetenz in diesem Bereich entwickelt. Seit 2014 hat unser Verein die fachliche Trägerschaft des bundesweiten „Hilfetelefon Sexueller Missbrauch“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs übernommen.

Sie erreichen das Hilfetelefon anonym und kostenfrei unter der Telefonnummer 0800 22 55 530.

Nähere Informationen finden Sie unter www.nina-info.de und www.hilfetelefon-missbrauch.de.

Kontakt:

N.I.N.A. e.V. – Hilfetelefon Sexueller Missbrauch

Holtener Straße 61

24105 Kiel

E-Mail: mail@nina-info.de

Webseite: <http://www.nina-info.de>

Begleitveranstaltungen

	Seite
Networking-Breakfast for Early Birds DPT – Deutscher Präventionstag	733
Prevention-Slam DPT – Deutscher Präventionstag	734
Symposien:	
<i>Aufbruch zu einer Strategie der gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention – Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)</i>	735
<i>European PVE Practices presented by the Radicalisation Awareness Network</i>	736
<i>Blick über den Tellerrand: schweizerische, österreichische und deutsche Beiträge zur Prävention sexueller / sexualisierter Gewalt</i>	737
Workshops:	
<i>„Restorative Praktiken“ an Schulen – ein Weg für entspanntere Beziehungen, einfühlsamen Perspektivwechsel und mehr emotionale Sicherheit im Schulalltag</i> Judith Kohler Annett Zupke	738
<i>Sensibilisierungsworkshop STOP zum Rassismusalarm</i> Kris Beer Petra Koller	739

	Seite
Infoveranstaltungen:	
<i>Vorstellung des aktuellen Rahmenprogramms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“</i> <i>Martin Betttenworth</i>	740
<i>Book Presentation: Science and Secrets of Ending Violent Crime</i> <i>Prof. Dr. Irvin Waller</i>	741
<i>Information: Masterclass on Crime Prevention</i> <i>Prof. Dr. Irvin Waller</i>	742
<i>Wenn Jugendliche mit Aussagen Ansichten Haltungen provozieren! Wie reagiere ich mit einer kontroversen Diskussion oder einem Dialog und schaffe mit einem freien Diskurs eine ideale Sprechsituation?</i> <i>Günther Ebenschweiger</i>	734
Präventionsbörse DPT – Deutscher Präventionstag	744
Interne Begleitveranstaltungen DPT – Deutscher Präventionstag	745

Networking-Breakfast for Early Birds

Der Deutsche Präventionstag bietet schon immer die Gelegenheit, sich mit anderen Akteur*innen der Prävention auszutauschen. Leider trifft man in der großen Menge nicht immer auch diejenigen, die man speziell kennen lernen oder treffen würde. Dazu gibt es bei diesem Kongress erstmalig ein neues Angebot: Nehmen Sie teil am Networking Breakfast for Early Birds am Montag früh und treffen Sie in einer Stunde drei von vier Wunschpartner*innen! Und das geht so:

- Sie melden Sie sich bis zum 29. April 2019 zum Kongress an. Dann erhalten Sie die Möglichkeit uns bis zum 3. Mai 2019 zurückzumelden, wenn Sie am Networking-Breakfast teilnehmen wollen.
- Nur dann erhalten Sie am 6. Mai eine Liste der 150 am Networking-Breakfast Teilnehmenden.
- Sie suchen sich aus dieser Liste online nach Priorität bis zum 10. Mai 2019 vier Wunschpartner*innen aus.
- Sie erhalten am 15. Mai 2019 eine E-Mail von uns, der Sie bis zu drei Treffen mit drei Wunschpartner*innen und die dazugehörige Tischnummer entnehmen.
- Sie finden sich Montag, den 20. Mai 2019, um 9.25 Uhr im Foyer Estrel Saal ein und los geht's!

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
Tel.: 0511 367394-10
Fax: 0511 367394-29
Mail: dpt@praeventionstag.de
Webseite: <http://www.praeventionstag.de>

Prevention-Slam

Inspiziert durch Poetry-Slams und insbesondere Science-Slams werden beim Prevention-Slam Kurzvorträge in einer unterhaltsamen und humorvollen Art und Weise präsentiert. Insgesamt werden elf Slammer unterschiedlichen Hintergrundes in acht Beiträgen die Begeisterung für ihr Thema auf die Bühne bringen. Befreit von jeglichen gestalterischen Vorgaben, werden sowohl reine Sprechbeiträge als auch Beiträge mit bildlicher oder musikalischer Untermalung geboten. Freuen Sie sich auf eine bunte Mischung aus Wortakrobatik, Komik und dem ein oder anderen Gedanken, der zum Nachdenken anregt.

Einbruch der Einbruchszahlen – Oder wie wir den Wohnungseinbruch besiegen – Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger, Arne Dreißigacker

Mitten drin, statt nur dabei – Ghasal Falaki

Peters Problem? Peters Lösung! – Peter Sommerhalter

SENDER SUCH LAUF! - Karl-Heinz Zmugg

Texte für Toleranz – Teil 1 und 2 – Melinda Clemens, Janette Weber, Laura Weber, Lena Götz

Unkrautbekämpfung im Populismus-Garten – Jördis Schüßler

Moderiert und mit eigenen Beiträgen bereichert wird der Prevention-Slam von Philip Seiler (alias Phriedrich Chiller) – Slam Poet, Moderator, Songwriter und Projektleiter des sozialen Projektes „Sprechreiz“ (www.chiller.art / www.sprechreiz.org).

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Kurt-Schumacher-Str. 29

30159 Hannover

Tel.: 0511 367394-10

Fax: 0511 367394-29

Mail: dpt@praeventionstag.de

Webseite: <http://www.praeventionstag.de>

Symposium

Aufbruch zu einer Strategie der gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention

Gewalt bedroht die Sicherheit, Gesundheit, Lebensqualität und das respektvolle Zusammenleben von Menschen. Moderne Politik setzt vor allem auf eine von Bund, Ländern, Kommunen und freien Trägern auf wissenschaftlicher Basis gestaltete und langfristig wirksame Gewaltprävention. Ihre Ideen dazu stellt die Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention zur Diskussion.

15:00 Uhr – Präsentation der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG) und ihres Projekts

Prof. Dr. Heinz Cornel, Alice Salomon Hochschule Berlin

Erich Marks, Geschäftsführer DPT, Hannover

Stephan Voß, Alice Salomon Hochschule Berlin

15:30 Uhr – Diskussion des Projekts – Podiumsdiskussion mit:

Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, Vorsitzender des LPR Hessen, Frankfurt

Prof. Dr. Thomas Görgen, Dt. Hochschule der Polizei, Münster

Dr. Irene Mihalic MdB, Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Berlin

Joachim Schneider, Geschäftsführer ProPK, Stuttgart

Kornelia Schneider, Bildungsreferentin, frühLernwerk, Hamburg

Vertr. Prof. Dr. Monika Schröttle, Forschungs- und Beobachtungsstelle Gewalt, Geschlecht, Menschenrechte am Institut für empirische Soziologie (IfeS), Nürnberg

Arno Winther, Schulpsychologe a.D., Berlin

Dirk Wurm, Vorsitzender DEFUS, Augsburg

Moderation: *Anna Rau*, Geschäftsführerin DEFUS, Hannover

Dr. Robert Schlack, Berlin

16:55 Uhr – „Neuköllner Aufruf“ Sicherheit, Gesundheit, respektvolles Zusammenleben: mehr Lebensqualität durch gesamtgesellschaftliche und nachhaltige Gewaltprävention

Gesamtmoderation: *Dr. Sabine Bohne*, Osnabrück

Symposium:

European PVE Practices presented by the Radicalisation Awareness Network

In english language

Local approaches to prevent and counter extremism. Lessons from the Radicalisation Awareness Network (RAN)

Short introduction of RAN

Key-note speech: Magnus Ranstorp, Quality Manager of RAN Centre of Excellence/Swedish Defense

Panel discussion on local cooperation:

- Werner Prinzjakowitsch, COO at Viennese Youth Centres/
Co-chair of RAN WG on Youth, Families and Communities (AT)
- Annemieke Brons, Dutch National Police, Unit The Hague (NL)
- Anissa Akhandaf, Project Manager Prevention Violent Extremism City of Antwerp (BE)

Q & A with the participants

Symposium:

Blick über den Tellerrand: schweizerische, österreichische und deutsche Beiträge zur Prävention sexueller / sexualisierter Gewalt

German with translation into English

Täterarbeit ist Opferschutz – Täterarbeit ist Prävention!

Monika Egli-Alge, Forio AG, Schweiz

Räume des Missbrauchs und der Gewalt

Damian Miller, Pädagogische Hochschule Kreuzlingen, Schweiz

Historische Rückblenden auf dem Weg von der Aussonderung zur Inklusion

Martin Auferbauer, Pädagogische Hochschule Steiermark, Österreich

Begleitforschung zu Präventionsarbeit am Beispiel der Schulsozialarbeit

Arno Heimgartner, Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich

Aktueller Einblick in die Präventionsarbeit in Österreich – Einblicke und Ausblicke

Yvonne Seidler, Hazissa, Graz, Österreich

Kinderschutz in päd. Institutionen – paradoxe Anforderungen?

Miriam K. Damrow, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Workshop:

„Restorative Praktiken“ an Schulen – ein Weg für entspanntere Beziehungen, einfühlsamen Perspektivwechsel und mehr emotionale Sicherheit im Schulalltag KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit)

Öffentliche Begleitveranstaltung im Rahmen des 24. Deutschen Präventionstages

„Restorative Praktiken“ an Schulen – ein Weg für entspanntere Beziehungen, einfühlsamen Perspektivwechsel und mehr emotionale Sicherheit im Schulalltag.

Zielgruppe: Sozialpädagog*innen, Lehrer*innen, Erzieher*innen und Psycholog*innen im Kontext von Schule (max. Teilnehmer*innen: 20 Personen)

Im Rahmen der Veranstaltung lernen die Teilnehmer*innen den Ansatz der restorative schools kennen. Hierbei handelt es sich um einen Paradigmenwechsel weg von einem Fokus auf Fehlverhalten und Bestrafung hin zu einem Fokus auf Beziehungsgestaltung und Verantwortungsübernahme für das eigene Verhalten. Insbesondere dann, wenn andere Personen zu Schaden gekommen sind.

Der Ansatz basiert auf Wahrnehmung, Respekt und gegenseitiger Wertschätzung, gibt Raum für Gefühle (stärkt somit die Kompetenz im Umgang mit Gefühlen) und bildet eine Grundlage für ein gelingendes Lernen und Lehren an Schulen. Fehlverhalten bei sozialen Interaktionen werden als normal und gemeinsame Lernfelder verstanden, ohne ignoriert oder beschönigt zu werden.

Wir zeigen einen kurzen Film, arbeiten handlungsorientiert und an aktuellen Beispielen. Es gibt Raum für Austausch und Vernetzung.

Ansprechpartner*innen:

Judith Kohler und *Annett Zupke* vom Institut für Restorative Praktiken (Berlin), die Schulungen in Gewaltfreier Kommunikation (GFK), Restorativen Ansätzen sowie auf der GFK basierte Mediationen Schulungen in Gewaltfreier Kommunikation (GFK), Restorativen Ansätzen sowie auf der GFK basierte Mediationen anbieten.

Webseite: <http://www.irp-berlin.de/>

E-Mail: info@irp-berlin.de

Telefon: 030 - 88 49 4280

Workshop:

Sensibilisierungsworkshop STOP zum Rassismusalarm

Im heutigen Alltag steckt mehr Rassismus, als manch einem lieb ist. Wieder andere versuchen auf perfide Weise unsere Demokratie zu unterwandern. Unsere Divers- Gesellschaft (als auch die der gesamten Erde) wandelt stetig und zunehmend und produziert Exklusion statt Inklusion, Rassismus in allen Bereichen, offen gelebter Antiziganismus, uvm. Wir möchten mit einem Sensibilisierungs-Workshop STOP zum Rassismusalarm sagen und Hintergründe mit den Teilnehmenden beleuchten und v.a. eigene Fallstricke erkennen lernen. Wir alle haben unsere Vorurteile und das ist auch gut so! Es gilt diese nur zu kennen und die inneren Schubladen offen zu lassen, um nicht selbst Teil der Ausgrenzungsgesellschaft zu werden.

Ziel ist es neben der (weitergehenden) Sensibilisierung mittels gezielter Übungen für das Thema Impulse für Handlungsalternativen kennenzulernen und gemeinsam zu entwickeln.

Im Anschluss von 11:00 – 12:00 Uhr und ggf. von 14:00 – 15:00 Uhr ist ein „Talk am Stand“ Ministerium für Inneres NRW mit den Referentinnen möglich.

Ansprechpartner*innen:

Kris Beer – Dynamisch in die Zukunft
info@dynmischindiezukunft.de

Petra Koller – Deeskalation
petra.koller@freenet.de

Infoveranstaltung:

**Vorstellung des aktuellen Rahmenprogramms
der Bundesregierung „Forschung für die zivile
Sicherheit“**

Referent:

Martin Bettenworth

VDI Technologiezentrum GmbH

Infoveranstaltung:

Book Presentation: Science and Secrets of Ending Violent Crime

My new book *Science and Secrets for Ending Violent Crime* makes the case, and ways to make it happen, for politicians and the public to buy into prevention. It identifies services for youth, families and so on that have been proven to reduce crime by targeting the causes of crime. It explains the essentials that countries at the UN have identified for successfully making crime prevention happen, such as good planning, crime prevention responsibility centres, and sustained funding. It shows how smart and affordable investments can achieve significant national and city-wide reductions in crime and savings to taxpayers. It shares little known secrets to get buyin, including raising awareness, developing human talent, working with influential interest groups, and using the framework for Sustainable Development Goals 5 and 16.

Referent:

Prof. Dr. Irvin Waller

International Organization for Victim Assistance (IOVA)

Infoveranstaltung:

Masterclass on Crime Prevention

An advanced training course (Master Class) is planned on Making Crime Prevention Happen. It will empower participants to do more to: apply what works in crime prevention; implement the essentials for application of successes across cities and countries; promote the benefits to reducing crime and taxes, that accrue from affordable and smart investments; use the little known secrets to get buy-in, and much more. It will be held 5-7 December, 2019, Hanover, Germany. The participants will be committed and well informed colleagues from Germany and abroad, including officials in governments and cities, non-governmental groups, graduate students, journalists.

Referent:

Prof. Dr. Irvin Waller

International Organization for Victim Assistance (IOVA)

Infoveranstaltung:

Wenn Jugendliche mit Aussagen | Ansichten | Haltungen provozieren! Wie reagiere ich mit einer kontroversen Diskussion oder einem Dialog und schaffe mit einem freien Diskurs eine ideale Sprechsituation?

Referent:

Günther Ebenschweiger

Österreichisches Zentrum für Kriminalprävention

Präventionsbörse

Ein weiteres Angebot für den Austausch und die Vernetzung der Fachleute in der Präventionsarbeit stellt die DPT-Präventionsbörse dar. Integriert in die Kongressausstellung können an diesem Stand diverse Infomaterialien ausgelegt werden. Fachorganisationen, die nicht direkt am Kongress teilnehmen, können somit auch ihre Inhalte mit einbringen.

Ergänzt wird die Präventionsbörse durch die Möglichkeit, Aushänge prominent zu platzieren. Vorgefertigte Aushängeblätter zu Angeboten und Gesuchen können auf Stellwänden mit den Überschriften „Stellenbörse“ und „Networking“ angebracht werden.

Sie finden die DPT-Präventionsbörse an Stand Nr. 2.000 im Eingangsbereich zur Ausstellung in der Convention Hall I.

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover
Tel.: 0511 367394-10
Fax: 0511 367394-29
Mail: dpt@praeventionstag.de
Webseite: <http://www.praeventionstag.de>

Interne Begleitveranstaltungen:

- 26. DVS-Stiftungstag
- Arbeitsgruppe „Prävention wirksam und nachhaltig gestalten“
- Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien
- Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK
- International Prevention Board Meeting
- Planungsgespräch zur Trägerkonferenz „Grüne Liste Prävention“
- Presserundgang
- Projekttreffen „Stadtsicherheit 3D“
- Sitzung des Programmbeirates des 24. Deutschen Präventionstages

Teilnehmer*innen

Die nachfolgende Liste verzeichnet alle angemeldeten Kongressteilnehmenden, die ihr Einverständnis zur Veröffentlichung gegeben haben (Stichtag 26. April 2019).

Die jeweils aktuelle Teilnehmerliste erscheint online unter www.praeventionstag.de/go/teilnehmerliste.

Abdelkarim

Jan Abt, Deutsches Institut für Urbanistik

Christine Achenbach, DEVI-Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung

Beate Achilles, Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Mohamed Dileita Aden, Djibouti

Dr. Mustapha Adib-Abdul-Wahed, Libanon

Janine Aeberhard, Sicherheitsverbund Schweiz

Stepanie Afflerbach, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Pedram Aghdassi

Feride Aktas, Violence Prevention Network e.V.

Senay Aktas, Bundesministerium

André Albach, Landesinstitut für präventives Handeln

Heidi Albisser, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Holger Albrecht, Polizei Berlin

Loverre Alex, respect.lu

Mirza Ammad Ali

Rami Ali

Bajro Alic, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Urs Allemann, Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention

Björn Allmendinger, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nds. Ost gGmbH

PD Dr. Marc Allroggen, Universitätsklinikum Ulm

Mirko Allwinn, Institut Psychologie und Bedrohungsmanagement (I:P:Bm)

Naranbaatar Altantugs, Sukhbaatar District

Frank Anders, Hessisches Landeskriminalamt

Daniela Anderson, Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Peter Anhalt, Violence Prevention Network e.V.

Nicoletta Apolozan, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Andreas Arbogast, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Nathalie Aretz, Polizeizone Weser-Göhl

Antje Arnds, Stadt Wolfsburg

Sandra Arndt, CJD Berlin-Brandenburg

Dr. Heidemarie Arnhold, Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Claudia Arnold, OpferHilfe Oberfranken e.V.

Andreas Artl, Bezirksamt Marzahn / Hellersdorf

Hassan Asfour, Dialog macht Schule gGmbH

Dr. Dirk Aßmann, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Klaus Auer, Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Martin Auferbauer, Pädagogische Hochschule Steiermark, Österreich

Diana Authman, Language Coach Institut

Cateline Autixier, International Centre for the Prevention of Crime ICPC

Mehtap Aydinoglu, Landkreis gifhorn

Dr. Christian Babka von Gostomski, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Karin Bachmann, Schul- und Sportdepartement Stadt Zürich

Andreas Backhoff, BMI

Silke Baer, Cultures Interactive e.V.

Simone Bahr, Legato Prävention

Prof. Dr. Dirk Baier, ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Stefanie Ballscheidt, Bundeskriminalamt

Dirk Balzer, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Guido Baratella, Kreispolizeibehörde Gütersloh

Elke Barndt, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Max Barnewitz, Gesellschaftswissenschaftliches Institut München

Alexandra Barth, Stadtverwaltung Mainz

Petra Barth, Samtgemeinde Bersenbrück

Maria Barthel, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Gabriel Bartl, Deutsches Institut für Urbanistik

Friederike Bartmann, Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Matthias Bartsch, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Seda Başay-Yıldız

Maria Baselice, Schul-und Sportdepartement

Manal Batbaatar

Birgit Bauer, Kinder- und Jugendverein Ehrenfriedersdorf e.V.

Gabriele Bauer, Kripo Landshut

Julia Bauer, TV-Journalistin

Katrin Baya, Stadt Norderstedt

Birgit Bayer, Stadtverwaltung Neuwied

Siegfried Bayer, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Martin Becher

Angelika Becker, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Antonia Becker, AWO Kreisverband Köln e.V.

Gabi Becker, Integrative Drogenhilfe e.V.

Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe e. V.

Heinz Beckmann, Deutsche Stiftung für Verbrechens-
verhütung und Straffälligenhilfe

Julia Katharina Beckmann, Robert-Schmidt-Berufskolleg

Prof. Dr. Andreas Beelmann, Universität Jena

Kris Beer, Dynamisch in die Zukunft

Dirk Behrmann, Landeskriminalamt Niedersachsen

Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier, Charité – Uni-
versitätsmedizin Berlin

Claudia Beil, Berufsbildungswerk des DGB (bfw)

Gregor Belgardt, Landeshauptstadt Stuttgart

Brahim Ben Slama, Bundeskriminalamt

Tibor Benczur-Juris, Bundesamt zur Korruptionsprä-
vention und Korruptionsbekämpfung

Bernd Bender, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Elisabeth Bender, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Annemarie Bendiks, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Katrin Benkenstein, Beratungsnetzwerk Demokratie
und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Katrin Benzenberg, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffe-
nes Deutschland e.V.

Ralf Bergander, Stadt Bramsche

Dr. Barbara Bergmann, Universität Tübingen

Michael Bergmann, Landespolizei Schleswig-Holstein

Jennifer Bergs, DPT – Deutscher Präventionstag

Olaf Berlin, Landeskriminalamt Brandenburg

Hagen Berndt, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Petra Bertelsmeier, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Digitale Sicherheitsberatung – Die App gegen die A Kai Besser, EWERK Group

Maike Bethke, Justizvollzugsanstalt Burg

Martin Bettenworth, VDI Technologiezentrum GmbH

Verena Betz, Stadt Leipzig

Diana Beyer

Alexandra Beyersdörfer, Jugendschutz.net (js.net)

Franziska Bickelhaupt, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Regina Bien, Samtgemeinde Bersenbrück

Janusz Biene, Kreis Offenbach

Maik Bienk, Samtgemeinde Bersenbrück

Cordula Bienstein, Projekt: streetwork@online; AVP e.V.

Sabine Bierfeld, Polizeizone Weser-Göhl

Melanie Bill, Landespolizeipräsidium

Chantal Billaud

Chantal Billaud, Schweizerische Kriminalprävention

Gerd Binder, Präventionsrat Friesoythe

Lennart Biskup, Polizeipräsidium Mittelhessen

Dr. Verena Blaas, Universitätsmedizin Rostock, Institut für Rechtsmedizin

Matthias Blackert, Stadt Essen

Andreas Blan, Landeskriminalamt Hamburg

Melanie Blinzler, Landespräventionsrat Niedersachsen

Karsten Block, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Philipp Badi Blom

Carolin Blum, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Sarah Blume, Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V.

Dorothea Blunck, Landespräventionsrat bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Dorothea Blunck, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Heidi Bochnig, Netzwerk gegen Gewalt

Martina Bockius, Hessisches Ministerium der Justiz

Prof. Dr. Antje Boetius, Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz – Zentrum für Polar- und Meeresforschung

Janina Bödeker, Stadt Bramsche

Lan Böhm, Bundeszentrale für politische Bildung

Stefan Bohm, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Irina Bohn, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Dr. Sabine Bohne, Osnabrück

Martin Boll, Polizeipräsidium

Prof. Dr. Jens Borchert, Hochschule Merseburg

Ramona Börger, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Hermann Josef Borjans, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Maren Born, IFK e. V.

Britta Borrego, LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.

Tudor Bors, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Victoria Bösing, BRÜCKE Siegen e.V.

Juliane Bosselmann, Polizei Düsseldorf

Larissa Bothe

Sandy Bothe, Kindertagesstätte Bärenklau

Tanjeff Bourgett, Landesinstitut für Präventives Handeln

Dimitria Bouzikou, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz

Mirko Bozic, TÜV Nord Bildung gGmbH

Elke Brachaus, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Eike Brahms, Ev. Jugendhilfen (Abteilung Ökumenische Jugendhilfen)

Ilka Brambrink, Kath. Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Alexander Brammann, Violence Prevention Network e.V.

Laura Brand, Schweizerische Kriminalprävention SKP

Marina Brand, Jugendamt Düsseldorf

Wolfgang Brand, Polizei Hamburg

Dirk Brandau, Polizeipräsidium Mittelhessen

Maren Brandenburger, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Birgit Brandt, Gemeinde Selters

Achim Brauneisen, Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart

Michel Bravo, Ministry of Justice and Security

Detlev Bredthauer, Landespolizei Schleswig-Holstein

Lisa Sabine Breitkopf, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Mike Brendel, Institut B3

Ulf Brennecke, Legato Prävention

Klaus Brkitsch, Schulbehörde Hamburg

Ingo Bröcker-Wätzel

Jennifer Brockhaus, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Susann Brockhoff, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Achim Bröhenhorst, Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Stefan Brohl, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Franz Broneder, Wiener Linien

Anja Brückmann, Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW)

Tanja Brügger, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Uwe Brümmer, Polizei Schleswig-Holstein

Dr. Juliette Brungs (BBS Annedore), Stiftung SPI

Brigitta Brüning-Bibo, WEISSER RING Stiftung

Alexandra Brunkow, BMFSFJ

Josefine Brunkow, Innenministerium MV

Johannes, Brückmann, DPT – Deutscher Präventionstag

Wienke Brüsehafer, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Günther Bubenitschek, Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Zentrale Geschäftsstelle, c/o LKA Baden-Württemberg

Frank Buchheit, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Kaj Buchhofer, Behörde für Schule und Berufsbildung

Ines Buchholz, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Nicoll Buchhorn, Landespolizei Schleswig-Holstein

Andreas Bühler, Stiftung gegen Gewalt an Schulen/ Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Thomas Bull, City of Malmo

Rainer Buller, Fraktion Landeshauptstadt Magdeburg

Ulrike Bülter, Stadt Norderstedt

Ulf Bünermann, Landesstelle für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung (LADS)

Susanne Bunke, Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Anno Bunnik, University of Groningen

Dr. Angelika Burghardt-Kühne, Justizvollzugsanstalt

Dolores Burkert, Stadt Köln

Sabine Burkhardt, Amt für Soziales und Senioren

Marco Burmester-Krüger, Landeskriminalamt Hamburg

Michel Buschmann, Ordnungsamt Essen/Wegweiser
Essen

Hilde Büter, Sportjugend Stade Behindertensportju-
gend Nds KPRS

Davaazul Byambadorj, Sukhbaatar district police
department

Yuliya Byelonenko, Landespräventionsrat Schleswig-
Holstein

Hon. Judge Dr. Anthony Capizzi, Montgomery County
Juvenile Court, Ohio/USA

Stefanie Carrera, Polizeipräsidium Unterfranken

Angela Carstensen, CARSTENSEN Wirtschaftsrecht

Haroun Chahed (MBT-Berlin), Stiftung SPI

Ikram Chemlal, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Sera Choi, Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Sera Choi, BMFSFJ

Michael Christoph, Polizeipräsidium Mannheim

Daniel Church, Bundeskriminalamt

Dirk Cissarek, Polizeipräsidium Gelsenkirchen

Prof. Dr. Marc Coester, Hochschule für Wirtschaft und
Recht Berlin

Joy CONTER, Police Grand-Ducale – Commissariat
Museldall

Benjamin Coomann, Bergische Universität Wuppertal

Prof. Dr. Heinz Cornel, Alice Salomon Hochschule
Berlin

Katrin Correll, Kindheitspädagogen Frankfurt e.V.

Markus Cramer, PI Halle (Saale)

Dipl. Soz.-Wiss. Niklas Creemers, Deutsches Institut
für Urbanistik

Hon. Judge/Professor Guido A. D'Angelis, Point Park
University of Plttsburgh

Ramona Dabija, Bundesministerium des Inneren, für
Bau und Heimat

Bolor Dalai, Trial court of civil jurisdiction of Bayan-
zurkh, Sukhbaatar, Chingeltei districts

Ulrik Damitz, Landespolizei Schleswig-Holstein

Miriam K. Damrow, Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Janis Daniel (Programmagentur Rechtskunde), Stiftung
SPI

Ivonne Danneberg, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Julia Däumling, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Prof. Caroline L. Davey, University of Salford

Mario Dedolf, Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt

Kaja Deller, Deutsches Institut für Menschenrechte

Bart Denys, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Prof. Dr. Axel Dessecker, Kriminologische Zentralstelle e.V. KrimZ

Ava Diaconu, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Sybille Diegelmann, Info GmbH

Axel Dierich, inter 3 Institut für Ressourcenmanagement

Annett Dietrich, Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz

Kai Dietrich, AGJF Sachsen e.V.

Kai Dietrich, Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V.

Christina Dinar, Amadeu Antonio Stiftung

Dr. Thomas Dirscherl, Triple P Deutschland GmbH

Christina Dissen, Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Dr. Vera Dittmar, IFAK e.V.

Jörg Dittmer, Landeskriminalamt Hamburg

Bernd Dockter-Wagner, Polizeiakademie Hessen

Kathleen Doetsch, Polizeidirektion Leipzig

Andrea Dokter, Verein Programm Klasse2000 e.V.

Christian Döring, Rote Linie e.V. Marburg

Susanne Döring, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Odkhuu Dorj, Trial court of criminal jurisdiction of Bayanzurkh, Sukhbaatar, Chingeltei districts

Holger Dornberger (Clearingstelle), Stiftung SPI

Prof. Dr. Günter Dörr, Landesinstitut für Präventives Handeln

Torsten Dowe, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Gesa Draber

Aliona Dragomiretcaia, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Arne Dreißigacker, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Dr. Janina Lara Dressler, Berliner Feuerwehr

Björn Driebold, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Meinrad Drumm, Stadt Freiburg

Werner Dullinger, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

David Dummermuth, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Ingo Dungs, Landeskriminalamt NRW

Bethel Ebubechukwu Dunu, African Youths Initiative on Crime Prevention

Judith Durand

Gülçin Durmuş, Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Munkhbold Durvud, traffic police authority

Peter Dzimalle, Landkreis Göttingen

Anja Ebenschweiger

Günther Ebenschweiger, Österreichisches Zentrum für Kriminalprävention

Noemi Eberlein, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Ethem Ebrem, Mosaik Deutschland e. V.

Andreas Eckart, Polizei Köln

Charlotte Eckert, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Cordula Eckhardt, Jugendanstalt Raßnitz

Günther Eder, Wiener Linien

James Erharuyi Edorisiagbon, Edo Reality Foundation World Wide

Anke Egblomassè, Landespräventionsrat Niedersachsen

Bernhard Egger, Bayer. Landeskriminalamt

Monika Egli-Alge, Forio AG, Schweiz

Dirk Ehrensberger, Legato Prävention

Thomas Eichler, Stephansstift Förderschulen gGmbH

Dr. Andreas Eickelkamp, Ufuq e.V.

Jule Eimertenbrink, Senator für Inneres

Ronja Eisner, Legato Prävention

Dr. Asiem El Difraoui, CANDID – Foundation gGmbH

Mohamed El Kateb, Ibn-Rushd-Goethe Moschee

Dr. Rachid El Mounacifi, World Union of People for Peace (WUPP)

Iman El-Hussein, Arabische Elternunion e.V.

Kerstin Ellendt, Landespolizei Schleswig-Holstein

Roman Elsner, Deutsch-Russischer Austausch

Axel Emser, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Peter Endress, GroupKom GmbH

Annett Engelmann, Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Clementine Englert, Hessisches Ministerium der Justiz

Ganbat Erdene, Sukhbaatar district

Itgeltugs Erdenebileg, General executive agency of
court decisions

Ersin Erdogan, Polizei Berlin

Miriam Ernst, Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-
Württemberg

Stephanie Ernst, Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Nezihe Erul, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Sinem Eryurt-Celik, Geschäftsstelle Kommunalen Präventionsrat Landeshauptstadt Hannover

Dr. Iraj Esmailpour Ghoochani, INSIDEOUT Fach- und Brattungsstelle EXTREMISMUS

Doris Eyl-Müller, Kreisverwaltung Neuwied

Stefanie Fächner, Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz

Amir Alexander Fahim, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.

Ghasal Falaki

Marco Feldmann, Behörden Spiegel

Alfred Felix, Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich

Frank Fesselmann, Polizeipräsidium Essen

Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm, DGfPI e.V.

Arla Feurich, Förderverein Demokratisch Handeln e.V.

Susanne Feustel

Dr. Carmen Figlestahler, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Linda Filter, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Jörg Finger, Fraunhofer Institut EMI

Michael Finger, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Rüdiger Finholdt, Landgericht Hamburg

Bastian Finke, MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.

Dirk Finke, Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke

Dr. Eveline Fischer, DPT – Deutscher Präventionstag

Ruth Fischer, Landesstelle Schulpsychologie und
Schulpsychologisches Krisenmanagement

Dr. Holger Floeting, Deutsches Institut für Urbanistik

Dr. Gereon Flümman, Bundeszentrale für politische
Bildung

Jörn Folster, Kreisverwaltung Pinneberg

Sabrina Forchel, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Tobias Fork, Stiftung Bethel-Bethel.regional

Julia Förster, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes
Deutschland

Dr. Dmitry Foryy, Universität Siegen

Tana Franke, DPT – Deutscher Präventionstag

Rainer Franosch, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Tobias Freese, Landeskriminalamt Hamburg

Manuela Freiheit, Institut für interdisziplinäre Konflikt-
und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Doris Frenz, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium
Rostock

Michaela Freudenreich, Landeskriminalamt Mecklen-
burg-Vorpommern

Ines Fricke, Polizeiinspektion Braunschweig

Prof. Dr. Rebecca Friedmann, Medical School Berlin
(MSB)

Marion Friemel, Stadt Gifhorn

Jens Fritsch, Polizei Berlin

Konstanze Fritsch, Stiftung SPI

Nora Fritzsche, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Ju-
gendschutz NRW e.V.

Claudia Frölich, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Klaus Fröse, Freie Straffälligenhilfe NRW

Bernd Fuchs, Kriminalistik-Verlag CF Müller

Sebastian Fuchs, Bundesamt für Familie und zivilge-
sellschaftliche Aufgaben

Udo Fuchs, Stuttgarter Jugendhaus gGmbH

Petra Fuhrmann, Freie Straffälligenhilfe NRW

Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, Generalstaatsanwaltschaft
Frankfurt am Main

Andreas Funke, casablanca gGmbH

Marc Funtenberger, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Werner Fürle, Jugendamt Erfurt

Rainer Furth, Polizeipräsidium Krefeld

Michael Gabriel, Koordinationsstelle Fanprojekte bei
der Deutschen Sportjugend

Zara Marlene Gadzala, Universität Vechta

Oliver Gall, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Birgit Galley, School GRC, School CIfoS der Steinbeis-Hochschule Berlin

Liliane Galley, Bundesamt für Sozialversicherungen

Dr. Ulrike Gatzemeier, Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Niels Gatzke, Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Joschka Gatzlaff, AMA e.V.

Prof. Dr. Norbert Gebbeken, Universität der Bundeswehr München

Sirka Geese, Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Andreas Geisel, Senator für Inneres und Sport, Berlin

Ulrike Geisler, Institut B3 e.V.

Verena Gemünd, Stadt Köln

Stephan Genz, Landespolizei Schleswig-Holstein

Madeleine Geraths, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Antonius GERHARD, Bezirksverein für soziale Rechtspflege Bühl-Achern

Klaus Gerhards, Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS e.V.

Wilfried Gerke, Stadt Bramsche

Anja Gerlach, Deutsche Hochschule der Polizei

Eva Gerlach (MBT-Berlin), Stiftung SPI

Ilka Germar, Landeskriminalamt Niedersachsen

Verena Gerstendorff, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Florian Gesell, AWO Kreisverband Köln e.V.

Horst Gesell, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Alexander Gesing, Beratungsnetzwerk Grenzgänger – IFAK e.V.

Carmen Gherman, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Thea Giebl, Geschäftsstelle Kommunalen Präventionsrat Landeshauptstadt Hannover

Jörg Giesecking, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Renato Gigliotti, Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat

Carsten Gilbert, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Thomas Gill, Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Christoffer Glaubitz, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Nina Glazova, IFAK e. V.

Astrid Glod, Me-Mo Mediation & Mobbing

Ulrike Glowinski, Polizeipräsidium des Landes Brandenburg

Steve Goedert, Grossherzogliche Polizei Luxembourg

Andreas Goffin, StädteRegion Aachen

Gernot Goldenbaum, Freie Universität Berlin

bat-ochir Gonbovanjil, sukhbaatar district

Alexandra Göpel, Drudel 11 e.V.

Franziska Göpner, Anne Frank Zentrum

Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der
Polizei

Michaela Götten, Internationaler Bund, e.V., IB Süd

Dr. Bert Götting, Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Silke Gottschalk, Polizeiinspektion Hannover

Beate Götzen, Stadt Essen, Jugendamt

Doreen Gowin, Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

Ludwig Gradl, Polizei

Lisa-Maria Graf, Innovative Sozialarbeit e.V.

Luisa Graf, Technische Universität Dresden

Prof. Dr. Christian Grafl, Universität Wien

Uwe Grallath, BAGEJSAe.V.

Ulrike Granitzki, Caritasverband für das Erzbistum
Berlin e.V.

Judith Graustück, Diakonisches Werk Hannover
gGmbH

Johanna Gregory, American Jewish Committee & Alexander von Humboldt Stiftung

Dr. Frank Greuel, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Reiner Greulich, Sicheres Heidelberg e.V.

Alena Grimmer, DPT – Deutscher Präventionstag

Rolf Grimmer, DPT – Deutscher Präventionstag

Frederick Groeger-Roth, Niedersächsisches Justizministerium; Landespräventionsrat Niedersachsen

Jan Gröppel, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Kathrin Großgebauer, Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Florian Gruber, Bundeskriminalamt

Monika Gruber, Österreichisches Zentrum für Kriminalprävention

Bernd Gründel, Landeskriminalamt Niedersachsen

Heidi Gruner, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Katja Grünwald, Freie Straffälligenhilfe NRW

Rüdiger Grunwald, Gemeinde Friedland

Herr Daniel Grunow, Deutsches Jugendinstitut

Kathleen Guder, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Petra Guder, Glen Mills Academie Deutschland e. V.

Francesc Guillen, Landesministerium des Inneren Kataloniens / Government of Catalonia

Kübra Gümüşay

Monika Guntermann, Stadt Norderstedt

Franziska Günthner, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Roman Guski, Anne Frank Zentrum

Andreas Güttler, Samtgemeinde Bersenbrück

Shirin Haacke, Cultures Interactive e.V.

Prof. Dr. Ute Ingrid Haas, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Petra Hack, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Carolin Hackemack, Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Dr. Thomas Hackner, Landespräventionsrat Niedersachsen

Barbara Haferkamp-Weber, Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Nds. Ost gGmbH

Sylvia Hafner, Stadt Heidelberg

Marc Hagelmann, Stiftung Bethel-Bethel.regional

Oliver Hagemann, Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.)

Gesine Hahn, Niedersächsische Landesschulbehörde

Tina Hahnemann, TU Chemnitz, HSW

Roman Hahslinger, Österreichische Bundesbahnen

Dirk Hakelberg, Gemeinde Stockelsdorf

Jene Halabi, Stadt Norderstedt

Hanne Hall, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Ingrid Luzie Haller, Landeskommision Berlin gegen
Gewalt

Dr. Andreas Hallermann, Thüringer Ministerium für
Bildung, Jugend und Sport

Annika Hamachers, Deutsche Hochschule der Polizei

Boon Jan Hamann, EvaMigrA e.V.

Saoussan Hamdan, Arbeitskreis Neue Erziehung e.V.

Rüdiger José Hamm, Bundesarbeitsgemeinschaft religiös
begründeter Extremismus

Jannate Hammerstein

Nicole Hanauer-Friedrich, Gemeinde Selters (Taunus)

Hannah Hänisch, JVA Bremen

Grit Hanneforth

Urs Hänni, Kantonspolizei Bern

Holger Hänsch, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Andreas Hansche, Landeshauptstadt Potsdam

Jana Hänsel, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Eva Hanss, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Hanifa Haqani, Rumi imPuls e.V.

Nils Harders, Landeskriminalamt Niedersachsen

Birgit Hartlage, AMA e. V.

Bettina Hartmann, Polizeipräsidium Gelsenkirchen

Oliver Hartmann, Gemeinde Hüfelden

Dagmar Haß, Landratsamt

Dr. Burkhard Hasenpusch, DPT – Deutscher Präventionstag

Steffi Hasse, Freie Straffälligenhilfe eV Halle

Yuliya Hauff, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Valeria Haupt, Caritas-Sozialwerk Lohne (CSW)

Prof. Dr. Rita Haverkamp, Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement

Norbert Heckel, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Timo Hegedüs, MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.

Judith Heggen, Jugendamt Düsseldorf

Arno Heimgartner, Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich

Marco Hein, Kreispolizeibehörde Gütersloh

Christopher Heineck, Jena/Saale-Holzland-Kreis und Jugendstation Gera

Dr. Daniel Heinke, Polizei Bremen

Markus Heinrich, Gemeinde Seevetal

Dr. Claudia Heinzemann, DPT – Deutscher Präventionstag

Frank-Martin Heise, Landeskriminalamt Hamburg

Hans-Werner Heise, Landespolizei Schleswig-Holstein

Tina Heise, Cultures Interactive e.V.

Helmut Heitmann, GSJ-Gesellschaft für Sport und
Jugendsozialarbeit gGmbH

Roland Helbing, Landeskriminalamt NRW

Arno Helfrich, Polizeipräsidium München

Sarah Heller, Stadt Bebra

Thomas Hellmann, GIZ

Andreas Hellstab (MBT-Berlin), Stiftung SPI

Frank Hellwig, Polizeidirektion Braunschweig

Edgar Hemmerich, Stadtverwaltung Schorndorf

Ina Hennen, Eberhard Karls Universität Tübingen

Viola Henrich, Jugendmigrationsdienst

Marie Hensch, IFK e. V.

Janina Hentschel, Stadt Augsburg

Nina Hentschel, BRÜCKE Siegen e.V.

Katharina Hepke, Papilio e.V.

Thomas Heppener, BMFSFJ

Leona Heppner, Samtgemeinde Bersenbrück

Katharina Herbert, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Maximilian Herchen, Evangelische Akademie Frankfurt

Dr. Maruta Herding, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Prof. Dr. Dieter Hermann, Universität Heidelberg

Sebastian Herold, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Liane Herrmann

Dr. Eva Herschinger, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Dr. Pamela Heß, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Volker Heß, Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in SH

Alexander Hess, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Petra Hesse, Landespräventionsrat bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Petra Hesse, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Prof. Dr. Thomas Hestermann, Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation MHMK

Maike Hewing, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Kirsten Heyerhoff, Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Cornelia Heyken, Amadeu Antonio Stiftung

Lea Hildebrandt, Legato

Patrick Hildebrandt, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Marina Hilzinger, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Andrea Hinkelmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Daniela Hirt, Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit
Häusliche Gewalt e.V.

Viet Hoang, Amadeu Antonio Stiftung

Geraldine Höbel, Initiative Sicherer Landkreis Rems-
Murr e.V.

Liesel Hoevermann, Samtgemeinde Bersenbrück

Dr. Anika Hoffmann, Kriminologische Zentralstelle e.V.
KrimZ

Doreen Hoffmann, Landratsamt Saale-Holzland-Kreis

Julia Hoffmann, Polizeilicher Staatsschutz Gelsenkir-
chen

Andrea Hoffrogge, Senatsverwaltung für Bildung, Ju-
gend und Familie

Rachel Hohn, Landespräventionsrat Nordrhein-West-
falen

Dr. Torsten Holleck, Landespräventionsrat Schleswig-
Holstein

Matthias Holler, Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises

Thekla Holme, Präventionsrat Bad Pyrmont

Bernd Holthusen, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Stephan Höltker, Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Nina Holzhäuser

Jana Holzheimer, Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Alexander Homann, Belgien

Andrés Home, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Dr. Sabrina Hoops, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Carolin Hootz, Landeshauptstadt München

Brigitte Horst, Verein Programm Klasse2000 e.V.

Claire Horst, Stiftung SPI

Nadin Hotho

Sabrina Hövener

Alfons Hrubesch, OHO OpferHilfe Oberfranken e.V.

Anja Hufnagel, Landeskriminalamt Hamburg

Christine Hufnagl, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Kirsten Hüls, Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Reinhard Hupke, Stephansstift Förderschulen gGmbH

Katharina Husemann, schloss bröllin e.V.

Jörg Hüttenrauch, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Christian Illgner, Kriminologische Zentralstelle e.V.
KrimZ

Dr. Cristian IONUS, Rumänien

Dzeneta Isakovic, Mosaik Deutschland e. V.

Dr. Anna Isenhardt, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V.

Pushpa Islam, Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Jana Jäger, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Prof. Dr. Birgit Jagusch, TH Köln

Julia Jahns, Landespräventionsrat Niedersachsen

Dr. Maria Jakob, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Prof. Dr. Kheswar Jankee, Mauritius

Oliver Jankowski, Stadt Norderstedt

lothar janssen, SIFG

Marlene Jatsch, Gegen Vergessen – Für Demokratie
e.V.

Audrey Jean, Quebec Permanent Anti-corruption Unit

Andrea Jelić, Universität Zagreb

Sebastian Jende, Drudel 11 e.V.

Jürgen Jentsch, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Mohamed Jinah, Embassy of the Republic of the Mal-
dives

Johanna Joehnck, Landesinstitut für Lehrerbildung und
Schulentwicklung

Carola Johannsen, Landespolizei M-V, Polizeipräsidi-
um Rostock

Dirk Joseph, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpom-
mern

Uwe Josuttis, Netzwerk gegen Gewalt Hessen

Dr. Nadine Jukschat, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Christian Jung, Polizeipräsidium Essen

Dieter Jung

Dr. Maren Jütz

Uwe Kaatz, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Ikram Kabchi, Der Paritätische Mönchengladbach, Pariteam

Peter Kagerer, respect.lu

Manfred Kahl, Stadt Köln

Florian Kaiser, ZBFS – Bayerisches Landesjugendamt

Martin Kaiser, Landkreis Limburg-Weilburg

Heide Kalisch, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Daniela Kallinich

Maria Kamenowski, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Kornelia Kamla, Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Melanie Kamp, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bernd Kanert, Landespolizei Schleswig-Holstein

Semra Kanisicak, Kreis Offenbach

Wilfried Kapischke, Ministerium für Inneres und Europa MV

Aylin Karadeniz, Stiftung SPI

Engin Karahan, Karahan Consulting

Aylin Karakaya, Projekt: streetwork@online; Träger:
AVP e.V.; gefördert von LaKo Berlin gegen Gewalt

Erdogan Karakaya, Hessisches Ministerium des Innern
und für Sport

Dr. Hanna Karaszewska, University of Adam Mickiewicz
in Poznan

Dr. Triantafyllos Karatrantos, Center for Security Studies
(KEMEA)

Dr. Kari-Maria Karliczek, Camino – Werkstatt für Fort-
bildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen
Bereich gGmbH

Thomas-Michael Kassun, Landespräventionsrat
Schleswig-Holstein

Peter Katev, Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Kay Katzenmeier, Landespolizei Schleswig-Holstein

Laura Kaufmann-Conrad, Hessisches Landeskriminal-
amt

Klaus Kaulich, Landeskriminalamt NRW

Mona Kebe, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Leo Keidel, Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr
e.V.

Kristina Kelch, IRC Deutschland

Roman Keller, Samtgemeinde Bersenbrück

Thomas Keller, Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

Prof. Dr. Stefanie Kemme, Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg

Dr. Uwe Kemmesies, Bundeskriminalamt

Claudia Kemper, Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei in NRW

Jürgen Kenkel, Caritasverband Paderborn e.V.

Andreas Keppke, Polizeipräsidium Essen

Jürgen Kepura, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Eberhard Karls Universität Tübingen

Gül Keskinler, Bündnis Marokkanische Gemeinde e.V. Landesverband NRW

Misbah Khan, DivAN Koordinierungsstelle Prävention religiös begründeter Radikalisierung

El Hadi Khelladi, Hessisches Ministerium der Justiz

Angela Khosla-Baryalei, Hessisches Kultusministerium

Bolormaa Khukhkhuu, Sukhbaatar district

Lisa Kiefer, Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.

Dr. Michael Kiefer

Dieter Kiesewetter, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Jana Kindt, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Claude KIRSCH, Polizei Regionaldirektion Norden

Michael Kittler, Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V.

Christiane Klages, Landespräventionsrat Niedersachsen

Lisa Klank (Clearingstelle), Stiftung SPI

Andreas Klär, Landesinstitut für Präventives Handeln

Olaf Klatt, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Frank Klaukien, Polizeiinspektion Wolfsburg-Helmstedt

Sanem Kleff, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Dr. Lutz Klein, Berufsfortbildungswerk des DGB (bfw)

Petric Kleine, Landeskriminalamt Sachsen

Dr. Christian Kleinhans, VDI Technologiezentrum GmbH

Alexander Klier, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Angela Klier, Kompetenzzentrum f. Gemeinwesenarbeit u. Engagement e.V.

Dr. Noel Klima, Universität Gent

Toni Klingbiel, Kompetenzzentrum gegen Extremismus (Konex)

Stefan Kluger, Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Astrid Klukkert, Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft

Matthias Knaak, Landratsamt Bautzen

Michael Knau, Landeshauptstadt München

Heike Knechtel, Doping-Opfer-Hilfeverein e.V. (DOH e.V.)

Tobias Knöchelmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Rainer Knöpfle, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Franziska Knopp, Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Stephan Koabe, Freie Straffälligenhilfe NRW

Stephan Kobabe, AWO UB Hagen-Märkischer Kreis

Frank Koch, Landespräventionsrat Niedersachsen

Karola Kochinke, Jugendamt Erfurt

Rainer Kock, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Laura Köhler, Rote Linie e.V. Marburg

Judith Kohler, Institut für Restorative Praktiken Berlin

Sebastian Kohlmann, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Prof. Dr. Ludger Kolhoff, Ostfalia

Angelo Kolibabski, Deutsche Polizeigewerkschaft

Petra Koller

Sofia Koller, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Sabine Königsfeld, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Moritz Konradi, European Forum for Urban Security (EFUS)

Schmidt Konstanze, Netzwerk gegen Gewalt

Carsten Kopatz, Polizeiinspektion Halle (Saale)

Prof. Dr. Christoph Kopke, Hochschule für Wirtschaft
und Recht Berlin

Ines Kopowski, Bezirksamt Marzahn/Hellersdorf

Corinna Korb, Parts Gesellschaft für soziale Praxis und
Projekte mbH

Lorenz Korgel, Landesstelle für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung (LADS)

Alexandra Korn, Brandenburgisches Institut für Gesell-
schaft und Sicherheit (BIGS)

Judy Korn, Violence Prevention Network e. V. (VPN)

Mascha Körner, Landeskriminalamt Niedersachsen

Matthias Kornmann, Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)

Canan Korucu, ufuq.de

Viktoria Kosjankow, Philipps-Universität Marburg

Thomas Köster, Parts – Gesellschaft für soziale Praxis
und Projekte mbH

Katarina Kovinskaya, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Reinalt Kowalewski, Polizei Bremen

Stephan J. Kramer

Tanja Kramper, Kommunale Kriminalprävention Rhein-
Neckar e.V

Prof. Dr. Uwe Kranenpohl, Evangelische Hochschule
Nürnberg

Judith Krauß, Stadtjugendamt München

Alexander B. Krause, German Business Protection GmbH

Dr. Benjamin Krause, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Isabel Krause, Ruhr-Universität Bochum – Juristische Fakultät – Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft

Franziska Kreller, Violence Prevention Network e.V.

Margo Krenz, DPT – Deutscher Präventionstag

Thomas Krestel, Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer, Weißer Ring

Selina Krieg, Stadt Norderstedt

Ursula Krieger, Mosaik Deutschland e. V.

Carsten Krohn, Landeskriminalamt Hamburg

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Franziska Krugler, IN VIA Aschaffenburg

Sven Kruppik, Deutscher Präventionstag Institut

Lothar Kruse, Katholische Hochschule für Sozialarbeit Berlin

Andreas Kubeth, Stadt Hilden

Dr. Dominic Kudlacek, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) e.V.

Andrea Kuehl, Landesamt für Schule und Bildung,
Radebeul

Norbert Kueß, Landeskriminalamt Niedersachsen

Claudia Kühhirt, Beratungsnetzwerk Demokratie und
Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Heike Kühl-Frese, Institut für Qualitätsentwicklung an
Schulen in SH

Monika Kunisch, Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Björn Kunter, Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Omar Kuntich, Bündnis Marokkanischer Gemeinde
Deutschland e.V.

Johannes Kunz, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Ministerialdirigent Torsten Kunze, Hessisches Ministe-
rium der Justiz

Janet Kunze-Gattermann, Landeskriminalamt Mecklen-
burg-Vorpommern

Kathleen Kurch, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Philipp Kuschewski, Deutsche Hochschule der Polizei

Lars Kütke, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Fouad Laamari, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Michael Laba, Landeshauptstadt München

Renate Lackner, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Frank Lafleur, Pädagogisches Landesinstitut Rheinland
Pfalz

Hermann Lampen, Landespräventionsrat Niedersachsen

Jennifer Lang, Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Katharina Lang, DRK Kreisverband Düsseldorf e.V.

Kai Lange, Stadtverwaltung Potsdam

Kerstin Lange, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Martin Länge, Polizeipräsidium Reutlingen

Paul Lange, Burgenlandkreis

Udo Lange, AHT GROUP AG Management & Engineering

Andreas Langer

Magda Langholz, Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.

Joachim Langner, Deutsches Jugendinstitut

Marco Langner, Der Polizeipräsident in Berlin

Josef Larcher, Stadtpolizei Zürich

Bernd Larisch, Jugendanstalt Raßnitz

Nina Laube, Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement

Prof. Dr. Klaus Laubenthal, Universität Würzburg

Renate Lauenstein, Landgericht Hamburg

Thomas Laws, Senatsverwaltung Bildung Jugend und Familie

Robert Lax, Polizeipräsidium Krefeld

Eckhardt Lazai, Polizei Berlin

Goetz Lehmann, Arbeit und Leben MV

Goetz Lehmann, ARBEIT UND LEBEN Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Tobias Lehmeier, Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.

Frank Lehnert, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Charlotte Leikert, Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Thomas Leimkuhle, Samtgemeinde Bersenbrück

Vera Lemke, Stadt Essen, Jugendamt

Marion Lempp, Hochschule Esslingen

Michael Lenz, Netzwerk gegen Gewalt

Carmen Lenzer, Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Heike Leppert, Landratsamt Alb-Donau-Kreis

Christoph Lessat, Thüringer Landesverwaltungsamt

Yvonne Leven, Landeskriminalamt NRW

Prof. Dr. Thomas Ley, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Andreas Liedtke, Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Christine Liermann, Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Andrea Lind-Wetzlmair, CJD Berlin-Brandenburg

Torsten Lindahl, Kreispolizeibehörde Gütersloh

Lars Lindner, Bund Deutscher Kriminalbeamter
Christina Linke, Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz
Tanja Linnemann, Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Dr. Janine Linßer, Fachhochschule Münster
Petra Linzbach, Kreis Stormarn
Felix Lippe
Florian Lippok, Haus des Jugendrechts Stuttgart
Zbyněk Liška
Michael Lisowski, Polizei Berlin
Uwe Litfin, CJD Berlin-Brandenburg
Dr. Dr. Michail Logvinov, ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH
Jörg Lohrmann, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock
Thomas Lorenz, Hessisches Landeskriminalamt
Mira Lotze, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen
Sophie Lübcke, CJD Nord
Marie Lucas
Benjamin Ludden, Stadt Bramsche
Dr. Dietmar Ludwig, Landesinstitut für Schule Bremen
Laurent Luks, Departement für Sicherheit, Umwelt und Verkehr, Stadt Bern
Sabrina Lunge, Netzwerk gegen Gewalt
Hans-Jürgen Lunz, Polizeipräsidium Unterfranken

Dr. Albrecht Lüter, Camino – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich
gGmbH

Paulina Lutz, Universität Tübingen

Henrik Lycke, Swedish Police

Johannes Maaser, Universitätsstadt Marburg

Ioan Macovei, Bundesministerium des Inneren, für Bau
und Heimat

Dr. Susanne Mädlich, Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Dr. Mohamed Maenroufou, Embassy of comoros in
Cairo

Roland Mai, DPT – Deutscher Präventionstag

Lisa Magnus, Landespräventionsrat Nordrhein-West-
falen

Corinna Mahle, Landeskriminalamt NRW

Gabriele Maierski, Mittelhof e.V.

Mohamed Maïga, Ramesch Forum für Interkulturelle
Begegnung e.V.

Henry Maldonado, EL Salvador

Bettina Malz, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Mohammed Mando, JMD PR/OPR, EvaMigra e.V.

Gunnar Manske, Boxschool- Verein für Gewaltpräven-
tion e.V.

Gerd Manzke, Kreis Dithmarschen

Dr. Patrik Manzoni, ZHAW Zürcher Hochschule für
Angewandte Wissenschaften

Prof. em. Dr. med Isaac Mapingure, Zimbabwe

Erich Marks, DPT – Deutscher Präventionstag

Andrea Marré, Stadt Lohne

Stefan Mars, Grone-Schulen Niedersachsen GmbH –
gemeinnützig -

Silke Martin, Teddybär e.V. Vogtlandkreis

Stefanie Martz, Bundesministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Prof. Dr. Ansgar Marx, iko Institut für Konfliktlösungen

Hon. Judge FAUSTIN MASOTA MUZONGO, GOUVER-
NEMENT PROVINCIALE DE LA VILLE DE KINSHASA

Stephan Matecki, LSB Sachsen-Anhalt e.V.

Asbjørn Mathiesen, Leibniz Universität Hannover,
Juristische Fakultät

Heike Matschke, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Christian Mätzler, Jugendamt der Stadt Nürnberg

Alexander Mauksch, Polizei Sachsen – Landeskrimi-
nalamt Sachsen

Björn Maurer, Ministerium für Inneres, Digitalisierung
und Migration Baden-Württemberg

Thomas Maxellon, Stadt Göttingen

Marin Maxian, Bundesministerium des Inneren, für Bau
und Heimat

Aaron Mayer, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Andreas Mayer, Polizeipräsidium Heilbronn

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier, Leibniz Universität Hannover, Juristische Fakultät

Ester Meier, Departement für Sicherheit, Umwelt und Energie

Svenja Meier, Samtgemeinde Bersenbrück

Karin Meißner, Fitt gGmbH

Tilo Meißner, Polizeipräsidium Offenburg

Zakariyya Meißner, Fitt gGmbH

Elena Meistrowitz, Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)

Barbara Menke

Silke Menn-Quast, BRÜCKE Siegen e.V.

Soraya Mentiplay

Lana Merbach, Landeskriminalamt NRW

Yasmin Mergen, Drudel 11 e.V.

Kilian Messerli, Polizei Stadt Grenchen

Peter Metzdorf, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Susanne Metzger, Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Dr. Corinna Metzner, S.I.G.N.A.L. e.V.

Corinna Meukow (Partnerschaften für Demokratie),
Stiftung SPI

Dr. Anja Meyer, Landespräventionsrat Niedersachsen

Rosalie Meyer, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dr. Christian Meyer-Heidemann

Jan Michalek, Hilfswerk der Deutschen Lions e. V.

Maureen Michalek, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Andreas Mickisch, Landeshauptstadt München

Birgitta Miehle, Landgericht Augsburg

Dr. Irene Mihalic MdB

Jens Mikat, Jugendamt Hersfeld-Rotenburg

Nico Mikulic, Sportjugend Hessen im Landessportbund e.V.

Julia Milán, Verein für soziale Rechtspflege Dresden e. V.

Dr. Björn Milbradt, Deutsches Jugendinstitut (DJI) in Halle/Saale

Carmen Millbrodt, Stadt Bad Camberg

Damian Miller, Pädagogische Hochschule Kreuzlingen, Schweiz

Dr. Kirsten Minder, Landespräventionsrat Niedersachsen

Maraïke Mirau, FOCUS Magazin

Janet Mitzkat, Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in SH

Dirk Möller, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Rigobert Möllers, Thüringer Institut für Lehrerfortbildung (ThILLM)

Gonca Monypenny, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland

Eva Morlo, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak, Nationale Meeresuniversität Odessa

Dr. Mitra Moussa Nabo, NZK/DFK

Mandy Mucha, Landeshauptstadt München

Daniela Müller, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Dr. Jochen Müller, Ufuq e.V.

Nathalie Müller, IN VIA Aschaffenburg e.V.

Nina Müller, Deutsche Hochschule der Polizei

Ralph Müller, Kriminalpolizeiinspektion Memmingen

Sebastian Müller, Stadtteilschule Ehestorfer Weg

Thomas Müller, BPFi Ainring

Thomas Müller, Landespräventionsrat Niedersachsen, Niedersächsisches Justizministerium

Thomas Müller

Thorsten Müller, Jugendgerichtshilfe Hamburg

Andrea Müller (Clearingstelle), Stiftung SPI

Angela Müller-Schreckenberger, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Dr. Felix Munger, Canadian Municipal Network on
Crime Prevention

Baasandorj Munkhtur, Sukhbaatar district

Anna Müns

Melanie Musah, Stadt Norderstedt

Jürgen Mutz, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung
und Straffälligenhilfe

Rolf Nägeli, Stadtpolizei Zürich

Nashim Nakachwa, Support African Child and Woman
Initiative Uganda

Prof. Dr. Dörte Negal, Universität Siegen

Dr. Alessandro Negri, Università degli Studi di Milano

Vladimir Negura, Bundesministerium des Inneren, für
Bau und Heimat

Harald Nehls, Samtgemeinde Bersenbrück

Inga Nehlsen, NZK/DFK

Uwe Nelle-Cornelsen, JVA Bielefeld- Brackwede

Kathrin Nepperschmidt, CJD Nord

Wiro Nestler, Landeskriminalamt Hamburg

Hanna Netzer, Mosaik Deutschland e. V.

Malte Neubert, Landespräventionsrat Niedersachsen

Prof. Dr. Janine Neuhaus, Hochschule für Wirtschaft
und Recht Berlin

Dennis Neuhäuser, Bürgeramt Stadt Konstanz

Anne Neumann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Patrick Neumann, Landessportbund Niedersachsen

Andrea Neumeier, Polizei

Gudrun Neumeyer, Landgericht Augsburg

Thomas Neunzig, AWO Düsseldorf Familienglobus gGmbH

Thomas Neunzig, Freie Straffälligenhilfe NRW

Harald Nienaber, Polizeiinspektion Cloppenburg/Vechta

Paul Nierste, Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH

Dr. Christiane Nischler-Leibl, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Dr. MICHAEL CHICHETA NNOROM, African Youths Initiative on Crime Prevention

Katrin Noatsch, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Lydia Nofal, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Dr. Götz Nordbruch, Ufuq e.V.

Ute Nöthen, Polizeipräsidium Krefeld

Abderrahim Nour, Stadt Augsburg

Bernhard Nowack (Diversion), Stiftung SPI

Romy Nowak, AGJF Sachsen e.V.

Sabine Nowak, Deutsche Hochschule der Polizei

Anett Nuklies, Landkreis Ludwigslust-Parchim

Madeleine Nützmann, Polizeipräsidium des Landes Brandenburg

Jamuna Oehlmann, Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus

Fehime Oezmen, jugendschutz.net

Vanessa Ogan, Kreispolizeibehörde Gütersloh

Vera Ohlendorf, LAG Queeres Netzwerk Sachsen e.V.

Emanuel Maverick Okafor, African Institute on Crime Prevention

Hans-Joachim Olbering, Stadt Gelsenkirchen

Jenny Omar, ufuq.de

Dagmar Omlor, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Sebyll Ildiko Onbasi, University of London

Claus Opfermann, Hessisches Landeskriminalamt

Jerry osarobo Orobor, National open university of Nigeria

Ralf Orth, Stadt Bebra

Laura Ortmann, Universität Jena

Jürgen Osmers, Polizei Bremen

Heike Ott, Polizeipräsidium Unterfranken

Michael Otten, Universität Vechta

Anna-Lea Otto, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Susanne Otto, Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein

Orkan Özdemir, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Gülbahar Özdoğan, ebg ruhr ev

Numan Özer, 180 Grad Wende

Kirsten Paasch, Stadt Göttingen

Stephanie Padberg, Hessisches Landeskriminalamt

Anna Pallas, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Leona Pallas, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Kerstin Palloks, Forum Arbeit e.V. c/o M. Kohlstruck

Athena Panteos, Gemeinschaftsschule Großbreitenbach

Hark-Mo Daniel Park, Korean Institute of Criminology (KIC)

Svenja Pasternack, Internationaler Bund

Christoph Pauger, Hochschule für Künste im Sozialen, legato KuBiBe

Tim PAULY, Polizei Luxemburg

Felix Pausch, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Dirk Peglow, Bund Deutscher Kriminalbeamter

Dr. Robert Pelzer, Technische Universität Berlin

Wolfram Pemp, Polizei Berlin

Charlene Penndorf, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Manuel Pensé, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Birte Peter, WEISSER RING e.V.

Dr. Charlotte Peter, Papilio e.V.

Dr. phil. Charlotte Peter, Papilio gGmbH

Grit Peter, Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Mareike Peters, Präventionsrat Stadt Verden e.V.

Sven Petersen, Landespolizei Schleswig-Holstein

Sina Petz, Polizeidirektion Hannover

Angelika Pfaller, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Dr. Christian Pfeil, ARFG, CvO-Universität Oldenburg

Ilka Pflüger, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Philippe Piatti, Bundesamt für Polizei

Walter Pilger

Andrea Pillmann, Hessisches Landeskriminalamt

Gabriela Piontkowski, IPoS

Doris Piszczan-Präger, Landeskriminalamt Niedersachsen

Winnie Plha, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Lulzim Pllana, Botschaft der Republik Kosovo

Beate Poëtes, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Andrea Pohanová, Kraj Vysočina

Miriam Pohl, Comic On! Theaterproduktion

Katarina Pohle (Diversion), Stiftung SPI

Nikola Poitzmann, Hessisches Kultusministerium

Anja Pokorný, KJV e.V.

Robert Pollack

Franziska Porst, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Franziska Pospiech, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Kati Prajs, Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße

Thomas Praßer, Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.

Joachim Prechtel, Landespolizei Schleswig-Holstein

Dr. Menno Preuschaft, Niedersächsisches Justizministerium

Julian Pritsch, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Dr. Anna Pukajlo, casablanca gGmbH

Iliya Pulov, Republik Bulgarien

Marian Pütsch, Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e.V.

Gregor Pütz, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Moritz Quel, Bergische Universität Wuppertal

Olaf Quinque, DRK Kreisverband Delitzsch e.V.

Peter Rachow, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Ines Rackow, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
und Familie

Helmolt Rademacher, Deutsche Gesellschaft für De-
mokratiepädagogik – DeGeDe e.V. Berlin

Dr. Joanna Rajewska de Mezer, University of Adam
Mickiewicz in Poznan

Christian Randel, Bundesamt für Familie und zivilge-
sellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Franziska Raschka, juuuport e.V.

Mustafa Rasljanin, Arbeiterwohlfahrt Essen

Uli Rathmann, Stadt Bebra

Doris Ratz-Selzer, Stadt Heidelberg

Anna Rau, Deutsch-Europäisches Forum für Urbane
Sicherheit

Dr. Thea Rau, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie

Claudia Rauch, Landgericht Augsburg

Martin Reber, Bayerisches Landesjugendamt

Peter Reckling, Pulse of Europe

Birgit Redlich, Georg-August-Universität Göttingen

Magdalena Reeh, Magistrat Stadtallendorf

Dr. Aline Rehse, Deutsches Jugendinstitut e.V., Außen-
stelle Halle (DJI)

Heidi Reichinnek, Ökumenische Jugendhilfen

Jörg Reimann, Polizei Bremen

Patrick Rein, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Nina Reip, Netzwerk Sport & Politik für Fairness,
Respekt und Menschenwürde bei der Deutschen Sport-
jugend

Hubert Reise, Diakonisches Werk in Stadt und Land-
kreis Osnabrück gGmbH

Heike Reising, PP Dortmund

Enkhtaivan Rentsendorj, Metropolitan Executive Agen-
cy of Court Decision

Katrin Resch, Jugendamt Landkreis Zwickau

Manuela Reschke, Polizei Sachsen – Landeskriminal-
amt Sachsen

Martina Rethmeyer, Landgericht Hamburg

PD Dr. Martin Rettenberger, Kriminologische Zentral-
stelle (KrimZ)

Manfred Reumann, Präventionsbeamter

Peer Reuß, Landeskriminalamt Hamburg

Benedikt Rhiel, Stadt Monheim

Klaus-Dieter Richter, Mediendienst& Kommunikation

Ralf Richter, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Thomas Richter, Stadt Gelsenkirchen

Mikis Rieb

Silke Rieckenberg, Triple P Deutschland GmbH

Jörn Rieg, Stadtverwaltung Schorndorf

Markus Rieger, Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Dr. Heike Riesling-Schärfe, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Barbara Riethmüller

Verena Reißler, Gemeinde Friedland

Andreas Ritter, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Alexander Ritzmann, Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Daniela Robach, Landeskriminalamt NRW

Kati Robbe, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Jasmin Rocha, Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Marion Rochel, Polizeipräsidium Gelsenkirchen

Susanne Rödiger, juuport e.V.

Doris Rohlfing, Kreispolizeibehörde Minden-Lübbecke

Petra Rohrbach, GSJ-Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH

Prof. Dr. Holger Roll, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege

Heribert Rollik, Deutsches Rotes Kreuz

Sibylle Rönnfeld, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Alfred Roos, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Inte-

gration und Demokratie, Brandenburg

Nicola Rose, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Heike Rosemann, Stadt Elmshorn

Bernd Röser, Polizeipräsidium Essen

Dr. Dietmar Rost, Ostfalia Hochschule

Stefanie Roth, BMFSFJ

Chariklia Rothbart, Planungsamt der Bundeswehr

Vasileios Roussakis, Center for Security Studies (KE-
MEA)

Marcela Rubio, Bocconi University

Stefanie Rücknagel (Clearingstelle), Stiftung SPI

Rainer Rudat, Haus des Jugendrechts Stuttgart

Holger Rudewig, Polizeirevier Neckargemünd

Prof. Dr. Udo Rudolph, TU Chemnitz, HSW

Astrid Rumpf-Arab, Hess. Ministerium d. Inneren und
für Sport

Hans Walter Rusteberg, Polizeiinspektion Northeim

Thomas Rüth, Arbeiterwohlfahrt Essen

Ursula Rutschkowski, Kreispolizeibehörde Gütersloh

Robert Sabelberg, Landespräventionsstelle gegen
Gewalt und Cybergewalt an Schulen in NRW

Carola Sachse, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium
Rostock

Anna Salminen, Botschaft von Finnland

Andrea Salomon, Selbst und Bewusst GbR

Prof. Dr. Vanessa Salzmann

Larissa Sander, Drudel 11 e.V.

Jan Saßmannshausen, Institut für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik

Karin Sassen, Landeskriminalamt NRW

Jessica Schach, Landespräventionsrat Nordrhein-
Westfalen

Stefan Schack

Johannes Schaer, Landesnetzwerk der seniorTrainer/-
innen Schleswig-Holstein

Lars Schäfer, ifgg – Institut für genderreflektierte Ge-
waltprävention gGmbH

Lena Schäffer, Fraunhofer Institut EMI

Dr. Stefan Schanzenbächer, Caritasverband für das
Erzbistum Berlin e.V.

Katja Schau, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Heidi Scheer, Papilio e.V.

Armin Scheffler, Beteiligungsfüchse gGmbH

Peter Scheifler, CJD Nord

Univ.-Prof. Dr. phil. Herbert Scheithauer, Freie Univer-
sität Berlin Fachbereich Erziehungswissenschaft und
Psychologie

Sascha Scheller, Landeskriminalamt Niedersachsen

Severine Schellerer, Streetlife, Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Jugend

Jürgen Schendel (Programmagentur Rechtskunde),
Stiftung SPI

Guido Schenk, Selbst und Bewusst GbR

Markus Schettke, PP Dortmund

Erik Scheutzel, Europäisches Bildungswerk für Beruf
und Gesellschaft gGmbH

Maraïke Schichold, Stadt Burg

Frank Schier, Ministerium des Innern des Landes
Nordrhein-Westfalen

Yvonne Schierhorn, Landeskriminalamt Mecklenburg-
Vorpommern

Dietmar Schilff, Gewerkschaft der Polizei

Dr. Arne Schilling, virtualcitySYSTEMS GmbH

Rüdiger Schilling, Hochschule für Polizei BW

Stefan Schindelbauer, Landespräventionsrat Schles-
wig-Holstein

Dr. Edit Schlaffer, Frauen ohne Grenzen

Dr. Robert Schlack, Berlin

Dr. Stefan Schlang, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und
Jugendschutz NRW

Monika Schlegel, Stadt Braunschweig

Gitta Schleinecke, Senatsverwaltung für Bildung, Ju-
gend und Familie Berlin

Armin Schlender, Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern

Erwin Schletterer, BRÜCKE e.V. Augsburg

Jürgen Schlichting, Landespolizei Schleswig-Holstein

Jutta Schlieckmann, Drogenberatung e.V. Bielefeld

Janin Schlieker, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Adriane Schmeil, Deutscher Volkshochschul-Verband
e.V.

Christian Schmidt, Polizeipräsidium des Landes Bran-
denburg

Franziska Schmidt, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Holger Schmidt

Markus Schmidt, U.S. Embassy Berlin

Marlen Schmidt, Stadtverwaltung Hansestadt Rostock

Nicole Schmidt, BRÜCKE Siegen e.V.

Philipp Schmidt, Rumi imPuls e.V.

Ute Schmidt, Beratungsnetzwerk Demokratie und Tole-
ranz Mecklenburg-Vorpommern

Uwe Schmidt, Landespräventionsrat Nordrhein-West-
falen

Volker Schmidt, AlphaNet Service GmbH & Co. KG

Dr. Xenia Schmidt-Esse, Landeskriminalamt Mecklen-
burg-Vorpommern

Bernhard Schmitt, Landesinstitut für Präventives
Handeln

Felix Schmitt, GesBiT Gesellschaft für Bildung und Teilhabe mbH

Sabine Schmitt, Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz

Dr. Sabine Schmitt, Deutscher Verein für öffentliche u. private Fürsorge e.V.

Sascha Schmittutz, Kreis Lippe

Martin Schmitz, Poilizeiinspektion Osnabrück

Tanja Schmitz-Werner, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Jürgen Schmökel

Christian Schneider, Sicherheitsberater, Sachverständiger Zufahrtsschutzkonzepte

Joachim Schneider, Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Kornelia Schneider, frühLernwerk, Hamburg

Olaf Schneider, Landeskriminalamt Hamburg

Elisabeth Schnell, Deutsche Polizeigewerkschaft

Bernd Schölermann, Freie Straffälligenhilfe NRW

Britta Scholz, Kreiszbolizeibehörde

Carolin Scholz, Landespräventionsrat Niedersachsen

Monika Scholz, Kriminalpolizei Elmshorn

Dr. Florian Schönefeld, Klosterbergschule Bad Berka

Heike Schönemann, theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Pascal Schor, Kantonspolizei Bern

Dr. Eckart Schörle, Beratungsnetzwerk Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern

Christin Schorn, Teddybär e.V. Vogtlandkreis

Marco Schott, Deutsches Jugendinstitut

Marion Schrade, Reutlinger Generalanzeiger

Samuel Schreiber, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Dr. Jessica Schrunner, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Dr. Anke Schröder, Landeskriminalamt Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik

Prof. Dr. Monika Schröttle, Forschungs- und Beobachtungsstelle Gewalt, Geschlecht, Menschenrechte am Institut für empirische Soziologie (IfeS), Nürnberg

Dr. Miriam Schroer-Hippel, Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Prof. Wilfried Schubarth, Universität Potsdam

Michael Schubbe, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium Rostock

Diana Schubert, Stadt Augsburg – Büro für Kommunale Prävention

Karla Schubert, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Andreas Schulte, Samtgemeinde Bersenbrück

Holger Schulz, Deutsche Polizeigewerkschaft

Irene Schulz, Landespolizei Schleswig-Holstein

Jeffrey Schulz, Lanratsamt Kyffhäuserkreis

Nadja Schulz, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Bernd Schulze, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Dr. Tillmann Schulze, EBP Schweiz AG

Detlev Schürmann, Experte Urbane Sicherheit

Christine Schüßler, Stadt Nürnberg

Kristin Schütza, FREIE HILFE BERLIN e.V.

Angela Schwade, Thüringer Ministerium für Inneres
und Kommunales

Dirk Schwarz, Polizeiinspektion Stade

Dr. Patricia Schwarz, AS Gymnasium der LaSuB,
STOD

Anja Schwarzer, Stadt Elmshorn

Tanja Schwarzer, Landeshauptstadt Düsseldorf

Uwe Schwerin, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vor-
pommern

Julia Schwieder, Ufuq e.V.

Dennis Seebode, Landespräventionsrat Niedersachsen

Horst Seehofer MdB, Bundesminister des Innern, für
Bau und Heimat

Martin Seelig, Thüringer Institut für Lehrerfortbildung
(ThILLM)

Yvonne Seidler, Hazissa, Graz, Österreich

Achim Segebarth, Landespolizei M-V, Polizeipräsidium
Rostock

Maike Seifert, Polizei Bremen

Ralf Seifert, Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Christina Seitz, jugendschutz.net

Ibrahim Selek, Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. (tgbw)

Sinan Selen, Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV)

Thomas Seliger, Braunschweiger Präventionsrat

Tobias Sellmaier, Stiftung gegen Gewalt an Schulen/
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Sina Selter, Polizeikommissariat Meppen

Jose Semedo, Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.

Nora Semerad, Polizeipräsidium des Landes Brandenburg

Andrea Semmler, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Orhan Senel, Violence Prevention Network e.V.

Prof. Dr. Dr. SD Shanti, AT Still University of Health Sciences

Mark Shaw, Global Initiative against Transnational Organized Crime

Manuel Sheikh, Chance e.V.

Ingo Siebert, Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Prof. Dr. Alexander Siedschlag, The Pennsylvania State University (Penn State)

Dieter Siegel, Kriminalistisches Institut Jena e.V.

Michael Siegel, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V.

Niklas Siegenthaler, Hessisches Landeskriminalamt

Olaf Siemon, LFKS

Matthias Siems, Partnerschaft für Demokratie Rostock

Andrea Sieverding, Landeskriminalamt Niedersachsen

Dr. Ewelina Silecka-Marek, Adam Mickiewicz University

Jürgen Sill, Polizeipräsidium Mittelhessen

Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Clemens Simon, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Dr. Minakshi Sinha, LNJN NICFS

Kerstin Sischka, Forschungsgruppe Modellprojekte e.V.

Terence Smith, GIZ

Sabine Sölbeck, CJD Verbund Nord

Simone Sölter, Landespolizei Schleswig-Holstein

Janita Sommer, DPT – Deutscher Präventionstag

Sabine Sommer

Franz Sommerfeld, Naturfreunde Thüringen

Prof. (em) Dr. Bernd Rüdiger Sonnen, Universität Hamburg

Yasemin Soylu, Mosaik Deutschland e. V.

Daniel Speer, Drudel 11 e.V.

Pascal Specht, DPT – Deutscher Präventionstag

Jan-Ulrich Spies, Geschäftsbereich Gleichstellung
und Integration im Sächsischen Staatsministerium für
Soziales und Verbraucherschutz

Candy Spilski, MANEO/ c/o Mann-O-Meter e.V.

Susanne Springborn

Maria Springenberg-Eich, Landeszentrale für politische
Bildung Nordrhein-Westfalen

Hannes Stadler, Legato Prävention

Dr. Kim Stalbovs, Hessisches Ministerium der Justiz

Andreas Stallkamp, Landkreis Osnabrück

Tanja Stammler, Landgericht Augsburg

Alexandru Stanciu, Bundesministerium des Inneren, für
Bau und Heimat

Sorin Stanica, Bundesministerium des Inneren, für Bau
und Heimat

Marion Starck, Landkreis Rostock

Beate Steeg, Stadtverwaltung Ludwigshafen

Dr. Katrin Steen, SV Friedrichsort, gemeinnütziger
Breitensportverein in 24159 Kiel

Tina Stefanova, VDI Technologiezentrum GmbH

Marie Steffens, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Matthias Steg, Stadt Wolfenbüttel

Nora Stein, Landespräventionsrat Niedersachsen

Sonja Steinbach, Bundesarbeitsgemeinschaft ÖRT

Felix Steinbrenner, Landeszentrale für politische Bildung

Katrin Steinhilber, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Marion Steinhübel, Hessisches Landeskriminalamt

Helga Steininger, Landkreis Göttingen

Marieke Steinkamp, Samtgemeinde Bersenbrück

Dr. Leonie Steinl, Deutscher Juristinnenbund

Christian Steinmetz, Salus gGmbH

Gisela Stelzer-Marx, iko Institut für Konfliktlösungen

Wolfgang Stemmann, Kreisverwaltung

Frank Stemmildt, Landespräventionsrat Hessen bei dem Hessischen Ministerium der Justiz

Lenka Štěpánková, Brno City Municipality

Cornelia Stephan, Jugendamt Stadt Kassel

Guenter Stephan, Jena/Saale-Holzland-Kreis und Jugendstation Gera

Laura Sophia Sterba, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Tine Stern (BBS Annedore), Stiftung SPI

Anja Stiller, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Gerald Stock, Landespolizeipräsidium

Andrea Stöckel, Amt für Jugend und Familie Chemnitz

Nadine Stolper, Landeskriminalamt Niedersachsen

Petra Strahl, Landespolizei Schleswig-Holstein

Till Sträter, CAMINO – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich
gGmbH

Dr. Malte Strathmeier, DPT – Deutscher Präventions-
tag

Ute Stratmann, Zentrum für Schulpsychologie

Alexander Strauch, Deutsche Polizeigewerkschaft

Thilo Strauch, Polizeipräsidium Düsseldorf

Dominik Strehmann, Polizeipräsidium des Landes
Brandenburg

Uli Streib-Brzic, ifgg – Institut für genderreflektierte
Gewaltprävention gGmbH

Klaus-Dieter Strittmatter, Geschäftsstelle des Präven-
tionsrates

Alexander Strohmayer, Deutsche Sportjugend im
DOSB e.V.

Morten Struve, Polizei Hamburg

Gesa Stückmann, Prävention 2.0 e.V.

Adrian Stuiber, Projekt: streetwork@online; Träger:
AVP e.V.; gefördert von LaKo Berlin gegen Gewalt

Ann-Sofie Susen, Stiftung SPI

Khaled Talas, Mosaik Deutschland e. V.

Michelle Tansina, AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

André Taubert, Legato Prävention

Luisa Taubert, INSIDE OUT e.V.

Thomas Teichmann, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Sandra Temmen, Hessisches Landeskriminalamt

Polizeihauptkommissarin Sandra Temmen, Hessisches Landeskriminalamt

Stefan Tepper, Landespräventionsrat Niedersachsen

Holger Teubert, Nachrichtenagentur APD

Beate Thiele, Kreisjugendamt Meißen

Anne Thiemann, Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.)

Berko Thomas, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Matthias Thoms, Landeskriminalamt Niedersachsen

Elias Tiemann, Bundeskriminalamt

Markus Tomedi, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Mandy Töppel, Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung

José Antonio Torrejón, Bundesarbeitsgemeinschaft Kath. Jugendsozialarbeit(BAG KJS)

Ralf Tostmann, Landeshauptstadt Dresden

Peter Traschkowitsch, Gewerkschaft vida

Bettina Traunecker (Clearingstelle), Stiftung SPI

Catrin Trautmann, CANDID Foundation gGmbH

Dr. Daniela Trunk, FH Polizei Sachsen-Anhalt

Mario Tschirn, Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Yelda Tubay, Robert-Schmidt-Berufskolleg der Stadt Essen

Munkhdorj Tumurbaatar, Emergency management agency of Sukhbaatar District

Dominik Turski, Netzwerk gegen Gewalt Hessen

Birgit Tusch, Robert-Schmidt-Berufskolleg der Stadt Essen

Andreas Uhl, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Stefanie Uhlenkamp, Stadt Bramsche

Lars Ulbricht, KJV e.V.

Dr. Simone Ullrich, DFK

Georg Ungefuk, Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Jörg Unkrig, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Tom Urig, BAG KJS e. V.

Christopher Ursuleack, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Uwe van der Heiden, Polizeikommissariat Nordhorn

Elmar van Heek, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Katharina Varga, Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg

Fernando Vergara, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt Sachsen

Dr. Melanie Verhovnik, LKA Niedersachsen

Prof. Dr. Christiane Vetter, Duale Hochschule BW

Katharina Vetter, Stiftung SPI

Christina Vieten, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Florencia Vilanova de von Oehsen, EL Salvador

Enrico Violi, Bildungsdirektion Kanton Zürich

Nikolas Vogel, Denkzeit-Gesellschaft e.V.

Susan Vogel, Evangelische Hochschule Berlin/Fachhochschule Potsdam

Georg Vogelbacher, Fraunhofer Institut EMI

Ole Völkel, Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.

Maraike Völker, CJD Berlin-Brandenburg

Prof. Dr. Yvette Völschow, Universität Vechta

Sophie von Bissingen, Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

Caroline von der Heyden, Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)

Bennet von Skarczynski, PricewaterhouseCoopers/Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Louisa von Strachwitz, Innocence in Danger e. V.

Frank von Woedtke, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA)

Bernhard VONLANTHEN, Kantonspolizei Freiburg

Ines Vorsatz, Stadtverwaltung Chemnitz

Stephan Voß, Alice Salomon Hochschule Berlin

Norman Wackwitz, Landkreis Verden

Carolin Wagener, Medical School Berlin

Andreas Wagner, Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Christiane Wagner, Landeskriminalamt Hamburg

Madlen Wagner, Gemeinde Brechen

Ralf Wagner, Landeshauptstadt Wiesbaden

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Klaus Wahl, Psychosoziale Analysen und Prävention – Informations-System

Hans Wahne, Gemeinde Seevetal

André Wähnelt, Landkreis Saalekreis

Klaus Waldmann

Dr. Katja Waligora, Pädagogisches Landesinstitut RLP

Dr. Dennis Walkenhorst, Violence Prevention Network e.V.

Prof. Dr. Irvin Waller, International Organization for Victim Assistance (IOVA)

Dr. Felicitas Wannek, Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Lea-Maria Warlich, Landesstelle für Gleichbehandlung
– gegen Diskriminierung (LADS)

Mario Watz, Justizvollzugsanstalt Rockenberg

Frank Weber, Stadt Offenbach am Main

Karoline Weber, Bundeskriminalamt

Roland Weber, SenJustVA

Sven-Erik Wecker, Deutsche Polizeigewerkschaft

Tetyana Wehrhahn, DPT – Deutscher Präventionstag

KHK a.D. Christian Weicht, Sicherheitsberater, Experte
Städtebauliche Kriminalprävention/Zufahrtsschutz

Jens Weidemann, Polizeiinspektion Braunschweig

PD Dr. Harald Weilnböck, Cultures Interactive e.V.

Wolfgang Wein, Landespolizei Schleswig-Holstein

Anke Weinreich, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt

Gerrit Weitzel

Tobias Weitzel, Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Konstantin Welker, Deutsches Institut für Menschen-
rechte

Annemarie Weller, Ministerium des Innern und für
Sport Rheinland-Pfalz

Dr. Michaela Wendekamm, Deutsche Hochschule der
Polizei

Wolfgang Wendelmann, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Balder Wentzel, GSJ-Gesellschaft für Sport und Jugendsozialarbeit gGmbH

Alexander Werner, Landeskriminalamt NRW

Detlef Werner, Innenministerium BW

Susanne Werner, OHO OpferHilfe Oberfranken e.V.

Michael Wetekam, Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement

Karin Weyer, respect.lu

Benedikt Widmaier

Volker Wiederhold, Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen

Heike Wiehle, Leonhard – Unternehmertum für Gefangene gGmbH

Michael Wiese, Drogenberatung e.V. Bielefeld

Svenja Wigger, Polizeiinspektion Stade

Martin Wild, Stadtpolizei Zürich

Gabriele Wilde, Institut B3

Tina Wilde, Landkreis Görlitz

Heiner Wilhelm, Landeskriminalamt Niedersachsen

Janine Wilhelms, Hessisches Landeskriminalamt

Ute Willms, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Yvonne Nadine Winterfeld-Henkel, Hessisches Landes-
kriminalamt

Arno Winther, SIBUZ Spandau

Kerstin Wirsig, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Florian Wirth, TU Chemnitz, HSW

Nora Wisotzki, Landespräventionsrat Schleswig-Hol-
stein

Markus Witalinski, Ministerium des Innern des Landes
Nordrhein-Westfalen

Marianne Witt, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Michael Woitzik, casablanca gGmbH

Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger, Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung, NRW

Julia Wolrab

Mandy Wolter, LKA Mecklenburg-Vorpommern

Susanne Wolter, Landespräventionsrat Niedersachsen

Andrew B. Wootton, University of Salford

Claudia Worch, Polizei Sachsen – Landeskriminalamt
Sachsen

Markus Wörsdörfer, Landespräventionsrat Hessen bei
dem Hessischen Ministerium der Justiz

Adolf Wöss, Landeskriminalamt OÖ

Manuel Wozniak, Bundesarbeitsgemeinschaft „Aus-
stieg zum Einstieg“ e.V.

Dr. Ohle Wrogemann, Landessportbund Rheinland-
Pfalz

Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe

Dirk Wurm, Stadt Augsburg

Martin Wurster, Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten

Hanne Wurzel, Bundeszentrale für politische Bildung

Barbara Wüsten, WEISSER RING e.V.

Sule Betül Yavuz, Al Etidal – Qualifikationsangebote gegen Radikalisierung & Extremismus

Betül Yimez

Leila Younis, Inside Out e.V.

Johanna Zander, Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.

Jens Zeiler, Polizeiinspektion Braunschweig

Ralf Zentis, Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Wolfgang Zepter, Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein

Wolfgang Zettwitz, Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Prof. Dr. Andreas Zick, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Martin Ziegenhagen, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Isabell Ziegler, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Diana Zierold, Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle (DJI)

Eva Zimmermann, Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle (DJI)

Heike Zimmermann, Landeshauptstadt Wiesbaden

Susanne Zinke, Stadt Kassel

Susanne Zissel, Staatsanwaltschaft Berlin

Karolin Zocher, Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

Franz Zöhren, Comic On! Theaterproduktion

Annett Zupke, Institut für Restorative Praktiken Berlin

Maren Zschach, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Referent*innen

Abdelkarim	132
Janine Aeberhard	296
Pedram Aghdassi	148
Rami Ali	160
PD Dr. Marc Allroggen	286
Mirko Allwinn	242
Dr. Heidemarie Arnhold	406
Hassan Asfour	120
Dr. Dirk Aßmann	68
Martin Auferbauer	737
Klaus Auer	294
Cateline Autixier	332
Dr. Christian Babka von Gostomski	230
Silke Baer	316
Prof. Dr. Dirk Baier	258, 272
Stefanie Ballscheidt	256
Gabriel Bartl	250
Seda Başay-Yıldız	146
Julia Bauer	69
Martin Becher	154

Rainer Becker	246
Prof. Dr. Andreas Beelmann	180
Kris Beer	739
Prof. Dr. med. Dr. phil. Klaus M. Beier	194
Brahim Ben Slama	256
Katrin Benzenberg	450
Dr. Barbara Bergmann	222
Hagen Berndt	376
Kai Besser	262
Martin Bettenworth	740
Diana Beyer	156
Cordula Bienstein	456
Chantal Billaud	282
Dr. Verena Blaas	246
Matthias Blackert	392
Philipp Badi Blom	148
Sarah Blume	418
Prof. Dr. Antje Boetius	71
Prof. Dr. Jens Borchert	156
Britta Borrego	322

Larissa Bothe	168
Laura Brand	282
Ingo Bröcker-Wätzel	138, 142
Achim Bröhenhorst	162
Brigitta Brüning-Bibo	440
Günther Bubenitschek	188
Frank Buchheit	402
Anno Bunnik	362
Lan Böhm	138
Hon. Judge Dr. Anthony Capizzi	338
Daniel Church	228
Prof. Dr. Heinz Cornel	540, 735
Niklas Creemers	250
Miriam K. Damrow	737
Hon. Judge/Prof. Dr. Guido A. D'Angelis	334
Prof. Dr. Caroline L. Davey	356
Kai Dietrich	458
Christina Dinar	92
Dr. Vera Dittmar	396
Arne Dreißigacker	200, 248

Christian Döring	104
Prof. Dr. Günter Dörr	226
Günther Ebenschweiger	743
Monika Egli-Alge	737
Dr. Rachid El Mounacifi	342
Iman El-Hussein	406
Peter Endress	274
Clementine Englert	184
Ersin Erdogan	386
Susanne Feustel	154
Dr. Carmen Figlestahler	86
Dr. Holger Floeting	250
Dr. Gereon Flümman	158
Manuela Freiheit	300
Prof. Dr. Rebecca Friedmann	302
Udo Fuchs	408
Stefanie Fächner	416
Julia Förster	450
Prof. Dr. Helmut Fünfsinn	51, 54, 196, 735,
Michael Gabriel	280

Zara Marlene Gadzala	278
Birgit Galley	410
Liliane Galley	258
Dr. Ulrike Gatzemeier	110
Niels Gatzke	112
Joschka Gatzlaff	98
Prof. Dr. Norbert Gebbeken	266
Sirka Geese	374
Andreas Geisel	68
Anja Gerlach	190
Alexander Gesing	454
Dr. Franziska Giffey	68, 69
Thomas Gill	136
Christoffer Glaubitz	276
Nina Glazova	396
Gernot Goldenbaum	398
Dr. Frank Greuel	86, 326
Frederick Groeger-Roth	198
Florian Gruber	284
Daniel Grunow	298

Petra Guder	334, 338
Roman Guski	156
Alexandra Göpel	426
Franziska Göpner	156
Prof. Dr. Thomas Görgen	190, 735
Kübra Gümüşay	240
Oliver Hagemann	220
Ingrid Luzie Haller	374
Annika Hamachers	314
Saoussan Hamdan	406
Rüdiger José Hamm	84
Grit Hanneforth	154
Valeria Haupt	436
Arno Heimgartner	737
Tina Heise	150
Helmut Heitmann	386
Ina Hennen	224
Janina Hentschel	400, 198, 268
Thomas Heppener	80, 152
Dr. Maruta Herding	96

Prof. Dr. Dieter Hermann	212
Prof. Dr. Thomas Hestermann	244
Cornelia Heyken	92
Lea Hildebrandt	454
Marina Hilzinger	218
Bernd Holthusen	226
Nina Holzhäuser	148
Andrés Home	352
Dr. Sabrina Hoops	260
Claire Horst	428
Dr. Anna Isenhardt	248
Pushpa Islam	352
Dr. Maria Jakob	96
Audrey Jean	354
Dr. Nadine Jukschat	96
Dieter Jung	274
Dr. Maren Jütz	156
Peter Kagerer	310
Dr. Daniela Kallinich	162
Aylin Karadeniz	428

Dr. Triantafyllos Karatrantos	346
Dr. Kari-Maria Karliczek	116
Mona Kebe	102
Prof. Dr. Stefanie Kemme	304
Dr. Uwe Kemmesies	284
Jürgen Kepura	318
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	51, 53, 54, 71
Gül Keskinler	404
Angela Khosla-Baryalei	452
Lisa Kiefer	164
Dr. Michael Kiefer	164
Michael Kittler	418
Sanem Kleff	124
Dr. Noel Klima	324
Stefan Kluger	402
Heike Knechtel	430
Judith Kohler	738
Petra Koller	739
Moritz Konradi	268
Prof. Dr. Christoph Kopke	140

Alexandra Korn	420
Matthias Kornmann	206
Canan Korucu	94
Stephan J. Kramer	146
Dr. Benjamin Krause	208
Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	202
Thomas Krüger	69
Sven Kruppik	198
Dr. Dominic Kudlacek	276
Omar Kuntich	404
Torsten Kunze	184
Philipp Kuschewski	140
Laura Köhler	104
Mascha Körner	410
Udo Lange	360
Andreas Langer	134
Joachim Langner	298
Eckhardt Lazai	386
Goetz Lehmann	118
Tobias Lehmeier	82

Andreas Liedtke	384
Christine Liermann	288, 388
Felix Lippe	160
Dr. Dr. Michail Logvinov	106
Thomas Lorenz	320
Paulina Lutz	222
Martin Länge	432
Dr. Albrecht Lüter	238
Johannes Maaser	210
Dr. Patrik Manzoni	272
Erich Marks	51, 52, 54, 56, 68, 69, 71, 540, 565, 735,
Asbjørn Mathiesen	312
Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier	312
Barbara Menke	152
Dr. Corinna Metzner	446
Dr. Christian Meyer-Heidemann	134
Dr. Irene Mihalic MdB	146, 735
Nico Mikulic	280
Dr. Björn Milbradt	236
Julia Milán	418

Damian Miller	737
Gonca Monypenny	450
Prof. Dr. Dr. Grygorii Moshak	254
Dr. Mitra Moussa Nabo	204
Nina Müller	378
Thomas Müller, Bremen	154
Thomas Müller, Hannover	180
Dr. Alessandro Negri	350
Inga Nehlsen	204
Prof. Dr. Janine Neuhaus	234
Harald Nienaber	436
Dr. Christiane Nischler-Leibl	218
Sabine Nowak	378, 190
Jamuna Oehlmann	84
Numan Özer	100
Fehime Oezmen	394
Vera Ohlendorf	322
Jenny Omar	122
Hark-Mo Daniel Park	214
Svenja Pasternack	240

Dr. Robert Pelzer	270
Birte Peter	414
Dr. phil. Charlotte Peter	288
Philippe Piatti	296
Walter Pilger	142
Winnie Plha	438
Nikola Poitzmann	452
Thomas Praßer	444
Moritz Quel	224
Helmolt Rademacher	388, 308
Franziska Raschka	448
Anna Rau	23, 53, 57, 292, 540, 735,
Peter Reckling	380
Birgit Redlich	412
Dr. Aline Rehse	88
Nina Reip	280
PD Dr. Martin Rettenberger	182
Mikis Rieb	162
Alexander Ritzmann	336
Jasmin Rocha	114

Petra Rohrbach	386
Prof. Dr. Holger Roll	410
Vasileios Roussakis	340
Prof. Dr. Vanessa Salzmann	146
Larissa Sander	108
Stefan Schack	166
Dr. Stefan Schanzenbächer	382
Katja Schau	86, 326
Univ.-Prof. Dr. phil. Herbert Scheithauer	288
Dietmar Schilff	290
Adriane Schmeil	444
Holger Schmidt	152
Joachim Schneider	55, 735
Christian Schneider	306
Kornelia Schneider	735
Marco Schott	298
Marion Schrade	432
Dr. Miriam Schroer-Hippel	238
Dr. Anke Schröder	186
Prof. Dr. Monika Schröttle	735, 540

Dr. Tillmann Schulze	264
Lars Schäfer	442
Detlev Schürmann	306
Yvonne Seidler	737
Christina Seitz	394
Sinan Selen	69
Prof. Dr. Dr. SD Shanti	252
Mark Shaw	352
Prof. Dr. Alexander Siedschlag	344
Dr. Minakshi Sinha	358
Kerstin Sischka	90
Sabine Sommer	166
Prof. (em) Dr. Bernd Rüdiger Sonnen	334, 338
Jan-Ulrich Spies	372
Susanne Springborn	138, 142
Maria Springenberg-Eich	166
Dr. Leonie Steinl	232
Anja Stiller	200
Uli Streib-Brzic	442
Alexander Strohmayer	280

Gesa Stückmann	424
Ann-Sofie Susen	114
Sandra Temmen	320
Anne Thiemann	220
Elias Tiemann	270
Andreas Uhl	300
Dr. Simone Ullrich	192
Georg Ungefuk	208
Dr. Melanie Verhovnik	186
Prof. Dr. Christiane Vetter	294
Susan Vogel	434
Prof. Dr. Yvette Völschow	278
Sophie von Bissingen	188
Caroline von der Heyden	420
Bennet von Skarczinski	200
Spephan Voß	53, 71, 540, 565, 735
Prof. Dr. Irvin Waller	741, 742
Mario Watz	104
Karoline Weber	284
Christian Weicht	306

PD Dr. Harald Weilnböck	150
Dr. Michaela Wendekamm	292
Balder Wentzel	386
Benedikt Widmaier	152
Jennifer Williams	422
Arno Winther	735
Prof. Dr. Gina Wollinger	200, 248
Julia Wolrab	168
Andrew B. Wootton	356
Dr. Ohle Wrogemann	390
Dirk Wurm	268, 735
Barbara Wüsten	216
Betül Yimez	148
Prof. Dr. Andreas Zick	300
Diana Zierold	88
Eva Zimmermann	88
Maren Zschach	86
Annett Zupke	738

Veranstalter: DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert vom



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Gefördert vom

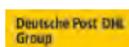


Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Ständige Veranstaltungspartner



Kooperationspartner und Sponsoren



STIFTUNG GEGEN GEWALT AN SCHULEN

